

Mitteilungen

des

Oberhessischen Geschichtsvereins Giessen



Neue Folge

81. Band

GIESSEN 1996

Ergänzung zum Inhaltsverzeichnis:

- Zur Diskussion um den "Kaufmann-Will-Kreis"** S. 383-411
- Vorbemerkung der Redaktion S. 383
- Winfried Speitkamp**, Rezension des Bandes von Jörg-Peter Jatho:
Das Gießener "Freitagskränzchen". Dokumente zum Mißlingen
einer Geschichtslegende - zugleich ein Beispiel für Ent-
sorgung des Nationalsozialismus S. 384-389
- Heinrich Brinkmann**, Der Fall Heinrich Will oder zum Umgang mit Quellen S. 389-409
- Michael Breitbach**, Begrüßungsansprache zur Eröffnung der Ausstellung
"Heinrich Wills Werke und Leben" am 24. 5. 1993, 19.00 Uhr, Netanya-
saal/Oberhessisches Museum S. 409-411

Mitteilungen

des

Oberhessischen Geschichtsvereins Giessen

Neue Folge

81. Band

Giessen 1996

Dieser Band wurde mit einem Zuschuß der
Universitätsstadt Gießen und
des Landes Hessen gedruckt.

Impressum

Herausgegeben vom Vorstand des Oberhessischen Geschichtsvereins
Gießen e.V.

Redaktion:
Ludwig Brake, Michael Breitbach
und Eva-Marie Felschow

Titelbild:
Weibliche Angestellte der Gießener Militärregierung
(Bild: Roth/Dedner)

ISSN: 0342-1198

Druck und Bindearbeiten: Brühlsche Universitätsdruckerei, Gießen

Inhalt

I.	Hans Szczech, Nachruf Herbert Krüger	1
II.	Doris Dedner Die amerikanische Militärregierung in Gießen: die ersten neun Monate	7
III.	Heinz Dörr Vom Flüchtlingskommissariat zur Zentralen Aufnahmestelle - Rückblick auf 45 Jahre Flüchtlingslager Gießen -	49
IV.	Josef Nipper Gießen im Wiederaufbau. 15 Jahre zwischen Planung und Realität	69
V.	Horst Giesler Sportpolitik und Alltagserfahrungen. Die oberhessische Arbeitersportbewegung zur Zeit der Weimarer Republik	109
VI.	Angelika Wigg Zum Stand der archäologischen Untersuchungen im frührömi- schen Militärlager von Lahнау-Waldgirmes an der mittleren Lahn	147
VII.	Volker Bunte u. a. Antike Tradition auf dem Alten Friedhof	177
VIII.	Eva Broschek Matthias Wenzel. Ein Beitrag zur mittelhessischen Bildhauerkunst im 17. Jahrhundert	227
IX.	Katrin Lange Zwischen Verurteilung und Ideologisierung: Zur Einschätzung von Räuberbanden im 18. und frühen 19. Jahrhundert	261
X.	Mayer Ulrich Der Postraub in der Subach	277

XI. Karl Dienst	299
„Bringe deine Bibel und Gesangbuch mit zur Kirche ...“	
XII. Sattler/Klehn	309
Zur Baugeschichte der katholischen Gotteshäuser in Gießen	
XIII. Rezensionen	377

ANSCHRIFTEN DER AUTOREN MOHG 81/1996

Broschek, Eva, In der Grube 8, 35745 Herborn-Hörbach

Bunte, Volker u. a., Hinter der Ostanlage 3, 35390 Gießen

Dedner, Doris, An der Schülerhecke 34, 35037 Marburg

Dienst, Karl, Pfungstädter Straße 78, 64297 Darmstadt-Eberstadt

Dörr, Heinz, Am Wallborn 10, 35396 Gießen

Giesler, Horst, Crednerstraße 36, 35392 Gießen

Klehn, Hermann, An den Gärten 14, 35415 Pohlheim

Lange, Katrin, Johannesberg 47, 35396 Gießen

Mayer, Ulrich, Am Pfingstwäldchen 52, 35578 Wetzlar

Nipper, Joseph, Geographisches Institut, Universität zu Köln,
Albertus-Magnus-Platz, 50932 Köln

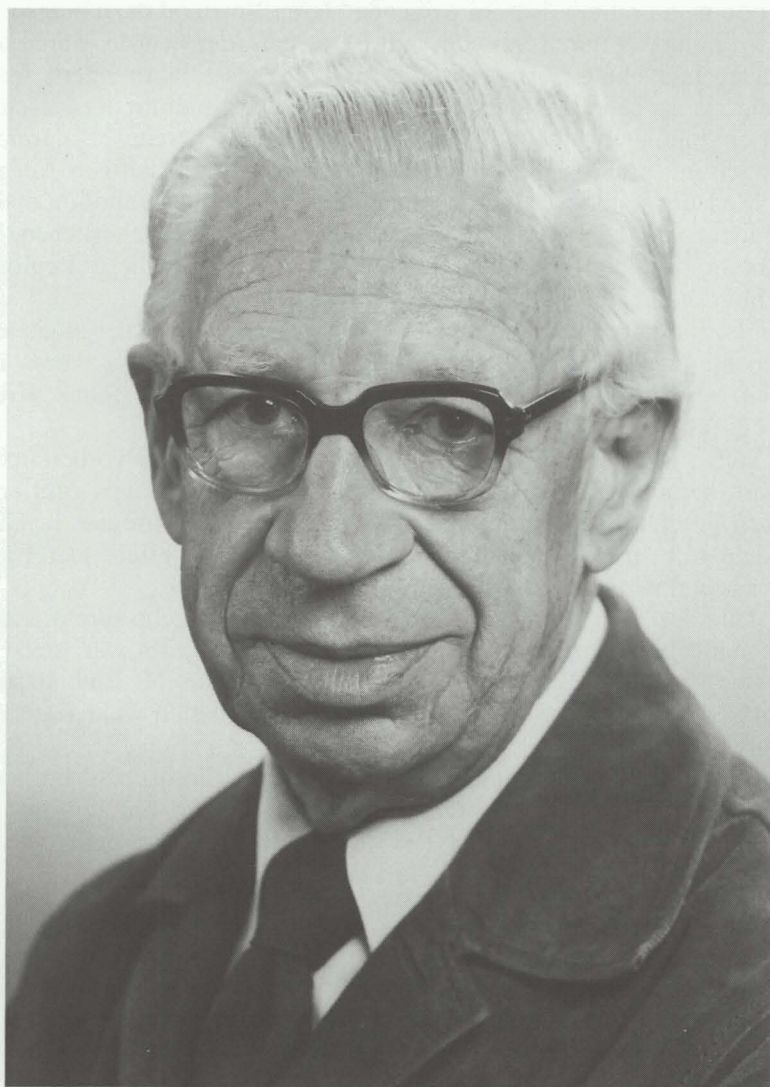
Sattler, Peter W., Almenweg 8, 64756 Mossautal

Szcezech, Hans, Tulpenweg 17, 35396 Gießen

Wigg, Angelika, Römisch-Germanische Kommission des Deutschen
Archäologischen Instituts, Ardtstraße 21, 60325 Frankfurt a.M.

In memoriam

Dr. Herbert Krüger



Am 8. April 1902 wurde Herbert Krüger in der bei Deutschland verbliebenen Grenzmark Posen-Westpreussen geboren. Bereits als junger Mann zeigte er sich offen für alles, was Menschen im Laufe des 20. Jahrhunderts bewegte: die politische und gesellschaftliche Unruhe nach dem verlorenen Weltkrieg und die Jugendbewegung, die im „Wandervogel“ und seinen Idealen neue Lebensformen anstrebte und wohl auch fand.

Herbert Krüger hat sehr bewußt bereits in den frühen 20er Jahren daran teilgenommen und mit dem ihm eigenen klaren Verstand dazu beigetragen, dort, wo immer er durch Studium und Beruf gefordert wurde, während der folgenden Jahrzehnte Geist und die Strukturen dieses Jahrhunderts für sich zu mehr als nur leeren Worten sein zu lassen. Das Studium der Geschichte und Geographie machte ihm in den 30er Jahren bereits erfolgreich in Göttingen mit prähistorischer Archäologie und den vielseitigen Aufgaben eines Museumsleiters vertraut, nachdem er durch seine Promotion über die Geschichte von Höxter und dessen Funktion im mittelalterlichen Siedlungsraum des karolingischen Corvey an der Weser diese Region als Forschungsgebiet erschlossen hatte.

Seine zahlreichen Publikationen zur Vorgeschichte und der allgemeinen Geschichte dieser Region fanden Nachfolger, die sich zur weiteren Bearbeitung heimat- und landesgeschichtlicher Themen im Sinne Krügers angeregt fühlten.

Er selbst auf diese Weise wissenschaftlich aufs beste vorbereitet und bewährt, konnte 1938 das Amt und die Pflichten des damals zum erstenmal neu geschaffenen Direktors des Oberhessischen Museums in Gießen und die damit verbundene Denkmalpflege in der noch bestehenden Provinz Oberhessen übernehmen.

Als bald setzte er seine Arbeit im Göttinger Geschichtsverein auch im OHG maßgeblich fort, zumal es gute Gießener Tradition war, seit Gründung des Vereins im Jahre 1878, Verein und Museum als Einheit zu verstehen und zu gestalten, die erst in den 70er Jahren sich wieder auseinander entwickelte.

Der fruchtbaren Arbeit und dem unermüdlichen Einsatz als Mitglied des erweiterten Vorstandes des OHG setzte 1942 die Einberufung zum Kriegsdienst ein Ende, auf den 1945 die russische Kriegsgefangenschaft folgte. Im September 1946 kehrte er krank nach Gießen zurück, das weitgehend in Trümmern lag, samt dem Oberhessischen Museum. Dessen reiche Bestände versuchte er während einiger Urlaube zu sichern und zu magazिनieren, ein Unterfangen, das damals leicht als „Zersetzung der Wehrkraft“ gedeutet werden konnte.

Wieder daheim, war er in den nun folgenden Jahren zielstrebig bemüht, die Schätze des Museums aus den Trümmern des „Alten Schlosses“ auszugraben und soweit wie möglich für eine provisorische Ausstellung,

zunächst im Dachgeschoß der Liebigsschule, später besser im Asterweg 9, vorzubereiten und auszusuchen.

Als sich in diesen Jahren nach dem totalen Zusammenbruch der OHG neu konstituierte, gehörte Krüger zu den Männern der „ersten Stunde“, die auf seinen Rat und seine Erfahrung nicht verzichten wollten und auch nicht gekonnt hätten. Kaum von den Folgen der russischen Kriegsgefangenschaft einigermaßen genesen, widmete er sich der mittelalterlichen Straßenforschung, mit der er die eine Seite seiner wissenschaftlichen Arbeit einleitete und überzeugend präsentierte. Damals entstanden zahlreiche Veröffentlichungen über Pilgerstraßen, u.a. nach Santiago de Compostela und Itinerare sowie eine Anzahl von Romweg-Routen, die von ihm zum erstenmal veröffentlicht, den Westen Europas bekannt und dadurch nicht nur der Fachwelt zugänglich und interessant gemacht haben. Neben dieser außerordentlich fruchtbaren Arbeit einhergingen Beiträge zur Vor- und Frühgeschichte des heimatlichen Raums, aber auch solche zu Fragen, wie etwa des Jugendstils in Gießen und seinem Umfeld und über das Leben und Schaffen bedeutender Einheimischer, wie den Johann Georg Wille von der „Obermühle“ im heimischen Biebental, der gegen 1800 einer der erfolgreichsten und angesehensten Kupferstecher seiner Zeit geworden ist.

Krügers Bemühen, auch zeitgenössische Kunst einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, galt seine Tätigkeit im und für den OKB, den „Oberhessischen Künstlerbund“, der viele Jahre hindurch im Provisorium des Dachgeschosses der Liebigsschule alljährlich sich vorstellen konnte und ohne Krüger nicht zu einem Träger kulturellen Schaffens in unserer Region sich hätte entfalten und so in ein dankbares Publikum hinein wohl hätte wirken können.

In den Jahren des Wiederaufbaus Gießens aus Schutt und Asche war Krüger einer der treibenden Kräfte, das „Alte Schloß“ wieder funktionsfähig zu machen und damit Gießen ein Haus zurückzugeben, das seinem musealen Erbe angemessen sein konnte.

in diesen Jahren hörte man in unserer Stadt und im OHG dankbar auf Krügers Stimme, wo immer es galt, die historische Bedeutung Gießens und seine Stellung im oberhessischen Raum hervorzuheben und die ihm zustehende zentrale Aufgabe für das Erbe der heimischen Vergangenheit auszubauen.

Deshalb war es selbstverständlich, daß Krüger nach dem Tode von Dr. Klenk 1967 einstimmig zum Ersten Vorsitzenden des OHG gewählt wurde. Die nun folgenden 11 Jahre waren für den Verein eine sehr fruchtbare Zeit der Fortentwicklung und der Selbstdarstellung, nicht zuletzt deshalb, weil der neue Vorsitzende es vorbildlich verstand, Kontakte zu halten zu den ringsum entstehenden örtlichen Geschichts- und Heimatvereinen, den wissenschaftlichen Nachwuchs für die prähistorische Archäologie zu fördern, dadurch in der gesamten Region denkmalpflegerische

Interessen zu wecken und zu verbreiten sowie diese sich profilieren zu lassen.

Zahlreiche Ausgrabungen, die er allenthalben in diesen Jahren leitete, trugen dazu immer deutlicher bei, den Schwerpunkt seiner epochalen Forschungsarbeit auf dem Gebiet des Alt-Paläolithikums in den Vordergrund zu rücken.

Damals entstanden zur Erhellung der Alt-Steinzeit aufklärende Beiträge, zu denen ihn die sogenannten „Treiser Höhlen“ im Lumda-Tal und seine Mitgliedschaft in der „Hugo Obermaier-Gesellschaft,“ deren alljährliche Tagungen er unübersehbar mitgestaltete und die ihn immer mehr zu dem machte, was seinen wissenschaftlichen Ruf über die Grenzen Deutschlands hinaus, namentlich in Frankreich, dem klassischen Land der Paläolithforschung, begründete.

Seit den 50er Jahren beschäftigte ihn das Problem der sogenannten „Geröll“-Artefakte, die seit dieser Zeit bei und in dem Raum um Münzenberg in der nördlichen Wetterau zu Tage traten. Er sammelte sie geradezu leidenschaftlich oder grub sie aus, diskutierte sie mit Fachkollegen des In- und Auslandes und schuf damit die Basis einer außerordentlich fruchtbaren internationalen Zusammenarbeit.

In der Monographie, die 1994 das Landesamt für Denkmalpflege in Wiesbaden-Biebrich herausbrachte, fand seine Arbeit, von ihm als „sein“ Lebenswerk empfunden, die Beachtung und die krönende Würdigung, leider zu einer Zeit, in der er durch sein fortschreitendes Leiden kaum noch wahrnehmen konnte, wofür er mit aller Kraft, später auch zunehmend schwindender, jahrzehntelang gearbeitet hatte.

Für den OHG durfte ich in der Trauerfeier am 22.1.1996 des am 17.1.1996 heimgegangenen Herbert Krüger in großer Dankbarkeit gedenken und ihn nicht nur als Ersten Vorsitzenden unseres OHG würdigen. Er war, so lange er lebte, ein Mensch, der allen, die sich der Geschichte verpflichtet wissen, ein Vorbild und ist der Ehrungen würdig, die ihm zuteil geworden sind.

Ehrungen erwies ihm auch im Laufe der Jahre der OHG. Sie unterstreichen nicht nur die Persönlichkeit dieses Mannes, sie werden auch, nachdem er Gießen verlassen hatte, um fortan in Fürstenfeldbruck im Großraum München zu leben, ihm Anerkennung und Dank Ausdruck verleihen.

Bereits 1978, anlässlich der 100-Jahrfeier des OHG, wurde ihm die Ehrenmitgliedschaft verliehen. 1977, als Festgabe zu seinem 75. Geburtstag, Neue Folge 1977, erschien als Band 62 unserer „Mitteilungen“ eine Festschrift samt einem ausführlichen Verzeichnis der Veröffentlichungen, die ihn seit den 30er Jahren als fruchtbaren Autor nachweisen, und mit der Ernennung zum „Ehrevorsitzenden“ würdigte der OHG anlässlich seiner Übersiedlung nach Süddeutschland seine Verdienste nicht nur als Vorsitzender unseres Vereins, sondern auch als Wissenschaftler, weil sie dazu beitragen, unseren Verein über Deutschland hinaus unmittelbar wirken zu

lassen.

In der Trauerfeier am 22.1.1996, in der sein Sohn Bruno, für den Magistrat der Stadt Gießen Dr. habil. Brinkmann und Dr. Fiedler für das Landesamt für Denkmalpflege von dessen Außenstelle in Marburg sprachen, war sich die überaus große Trauergemeinde einig, daß ein Mann uns für immer verlassen hat, der nicht nur mit seiner Arbeit über „altpaläolithische Geröll-Industrie der Münzenbergergruppe in Oberhessen“ (in der Reihe „Materialien zur Vor- und Frühgeschichte in Hessen“), sondern auf mannigfache Weise sich um den OHG und um Gießen, seiner zweiten Heimat seit 1938, verdient gemacht hat, sondern des Wunsches würdig ist, mit dem ich in der Kapelle des Neuen Friedhofes in Gießen schloß: „Requiescat in pace“, möge er ruhen in Frieden!

Hans Szczech

Die amerikanische Militärregierung in Gießen: die ersten neun Monate

Doris Dedner

„Das Erstaunliche ist wohl nicht, daß uns nicht alles gelungen ist, was wir uns vornahmen, sondern daß wir überhaupt etwas erreicht haben.“¹

Offiziellen amerikanischen Quellen zufolge wurde die Stadt Gießen am 28. März um drei Uhr nachmittags von der Seventh Armoured Division eingenommen.² Von dem Augenblick an wurde die Stadt von amerikanischen Soldaten dominiert: sie beherrschten das Straßenbild, sie besetzten die besten noch unzerstörten Häuser und Einrichtungen; den Deutschen erschienen sie zugleich als Besieger, Befreier, Beschützer, Wohltäter und Feinde. Während der ersten Monate der Besatzung waren die amerikanischen Soldaten überall präsent: sie durchkämmten Häuser und Wohnungen auf der Suche nach deutschen Soldaten, nach Symbolen und Gegenständen der Nazi-Vergangenheit und nach allem, was sie sonst interessierte; sie kontrollierten Papiere und Pässe, überwachten die Sperrstunde, kümmerten sich um die Displaced Persons (DPs), bewachten die Kriegsgefangenen, verteilten Süßigkeiten und Kaugummi; sie "sammelten" Uhren, betranken sich, belieferten den Schwarzmarkt, amüsierten sich mit "Fräuleins" und "Amiflittchen"; einige haben geplündert und Frauen vergewaltigt. Diese allgegenwärtigen Soldaten sind es, an die ältere Gießener sich heute noch erinnern. Sie waren die zahlreichsten und die offensichtlichsten Vertreter der siegreichen Vereinigten Staaten. Die wichtigsten und mächtigsten waren sie jedoch nicht.

Auf den Fersen der in Gießen einmarschierenden Kampftruppen traf noch eine weitere amerikanische Einheit in der Stadt ein. Am 29. März um

¹ Frank Banta, "A Role in the Education Branch of the Military Government for Germany (US), 1945-1949" in: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland, Teil 2: Die US-Zone, hg. von Manfred Heinemann, Edition Bildung und Wissenschaft: 1990, S. 42. Alle auf Englisch geschriebenen Texte wurden von mir übersetzt.

² 5/8 - 3/1. (Alle in dieser Form angegebenen Hinweise beziehen sich auf Material aus den auf Microfiche zugänglichen Akten des Office of Military Government United States.) "Status Report as of 2 June 1945". - Interessanterweise berichtet ein anderes unter derselben Nummer zu findendes Dokument ("Brief History of Detachment G-35"), daß die Stadt am 27. März eingenommen wurde.

9 Uhr früh erschienen zwei Offiziere und acht Unteroffiziere bzw. Mannschaften³ des Detachment H5D2 des 1st European Civil Affairs Regiment unter dem Kommando von Captain V.L. Ehrenclou, um Gießens erste Militärregierung aufzubauen.⁴ Diese Männer und ihre zahlreichen Nachfolger etablierten sich in der Villa Rinn in der Wilhelmstraße. Von dort aus griffen sie bis zur Gründung der Bundesrepublik ein in die weiteren Geschehnisse des Landkreises und der Stadt einschließlich Stadtregierung, Wirtschaft, Schulen, Kulturleben und Bevölkerung - zuerst als Herrscher, dann als Überwacher und schließlich als Beobachter.

Obwohl die Militärregierung besonders in den ersten Monaten nach dem Krieg eine so wichtige Rolle in der Geschichte Gießens spielte, wurde ihr wenig historische Aufmerksamkeit zuteil. In Büchern über die Nachkriegszeit in Gießen werden die Aktivitäten der Militärregierung natürlich kurz erwähnt; einige Forscher haben die Entnazifizierung der Stadtverwaltung und Universität untersucht und dabei auch die Rolle der Amerikaner beleuchtet.⁵ Bis jetzt gibt es jedoch keine Studie über die Militärregierung selbst, keine Darstellung der von ihr in Gießen verfolgten Aufgaben, keine Besprechung ihrer Position innerhalb eines größeren bürokratischen Rahmens, kein Porträt, und sei es noch so skizzenhaft, der einzelnen Soldaten, die gleich nach dem Krieg über die Stadt zu bestimmen hatten. Diese Männer sind anonym geblieben, lebendig nur in den Erinnerungen einiger Zeitgenossen und in den gelegentlichen Berichten, die man im Stadtarchiv und in den Microficheakten des Office of Military Government United States (OMGUS) noch finden kann. Ziel dieser Arbeit ist es, etwas Licht auf die Aktivitäten der Gießener Militärregierung innerhalb ihrer ersten neun Monate zu werfen. Zugleich ist sie auch ein Versuch, einige Vertreter der Militärregierung - sowohl mit ihren verallgemeinerbaren als auch mit ihren individuellen Qualitäten - aus der historischen Vergessenheit zu retten.

Die unmittelbar auf Gießen bezogenen Quellen sind spärlich; stellen

³ Die amerikanische Militärordnung und folglich alle konsultierten amerikanischen Texte unterscheiden in erster Linie zwischen "officers" und "enlisted men" (Unteroffiziere und Mannschaften). Im folgenden wird "enlisted men" meist als "Soldaten" wiedergegeben.

⁴ Im August 1945 bekam das Detachment die neue Bezeichnung G-35.

⁵ Vgl. unter anderen: Kurt Kühnemann, Neues Leben aus Ruinen, Brühlscher Verlag: 1983, und die folgenden Studien von Markus Bernhardt: Gießener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik, Ferber'sche Univ.-Buchhandl.: 1990; "Die Entnazifizierung in Gießen am Beispiel der Stadtverwaltung und der Universität" in: MOGV, Neue Folge, 75, 1990; "Der doppelte Umbruch - Wandlungen und Kontinuität im kommunalen Leben der Stadt Gießen zwischen 1945 und 1948" in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 41, 1991. John Gimbel's A German Community under American Occupation. Marburg, 1945-1952 (Stanford University Press, 1961) enthält Informationen über die Militärregierung in Marburg, Informationen, die sich in vielen Fällen auch auf die Lage in Gießen beziehen lassen.

weise müssen sie daher durch Allgemenstudien der Besatzungszeit und durch die Erinnerungen weiterer Angehöriger der Militärregierung, die in anderen Städten der amerikanischen Zone tätig waren, ergänzt werden. Die erzielten Schlußfolgerungen - über die Qualifikationen, die Ausbildung und den Charakter der Männer, über die Probleme, die sie innerhalb ihrer Organisation und mit den gleichfalls zur Besatzung gehörenden Kampftruppen hatten - müssen bis zur Entdeckung neuen Materials als vorläufig gelten. Wenn jedoch die Veröffentlichung dieser vorläufigen Studie einzelne Gießener Bürger, die damals mit der Militärregierung zu tun hatten, dazu anregt, Korrekturen anzubringen oder weitere Informationen - Erinnerungen oder Dokumente - mitzuteilen, ist einer ihrer Zwecke schon erfüllt.

I. Die Aufgaben und Zwänge der Militärregierung

Als das Detachment H5D2 (später G-35) am Morgen des 29. März in Gießen eintraf, war es im Prinzip schon darauf vorbereitet, die Verantwortung für die Stadt zu übernehmen. Wie alle Detachments mit dem Kennzeichen "H", war es dafür eingerichtet worden, nach der Niederlage Deutschlands einen mittleren Landkreis und kleinen Stadtkreis, seine "pin-pointed area", zu verwalten. Wie alle Civil-Affairs-Einheiten war es vor Ende des Krieges verschiedenen Kampftruppen zugeteilt.¹ H5D2 war zum Beispiel zwischen November 1944 und März 1945 wechselnden Divisionen untergeordnet; es war an der Ardennen-Offensive und dem Einmarsch in Rhein und Ruhr beteiligt.² Wie andere ähnliche Einheiten hatten Captain Ehrenclou und seine Männer die Aufgabe, die Regierungsgewalt in den von den Kampftruppen befreiten oder besiegten Dörfern und Städten zu übernehmen. Sie hatten deshalb schon einige kleine Städte in Belgien und Deutschland unter sich gehabt, bevor sie in Gießen eintrafen. Theoretisch kannten sie die Stadt schon gut. Während der Vorbereitungsphase nämlich sollte jede Civil-Affairs-Einheit "mit ihrem zugeteilten Gebiet so vertraut gemacht werden, daß die Mitglieder sich dort schon am ersten Tag wie zu Hause fühlten, daß sie sogar die Personen, mit denen sie vielleicht zu tun haben würden, schon namentlich kannten."³

¹ Earl F. Ziemke, *The U.S. Army in the Occupation of Germany, 1944-1946*. Center of Military History, United States Army, Washington D.C.: 1975, S. 77. Vgl. auch *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949*, hg. von Christoph Weisz, R. Oldenbourg Verlag: 1994, S. 8.

² In dem "Brief History" steht - offenbar versehentlich - "Rohr".

³ Ziemke, S. 77.

Für die örtlichen Militärregierungen gab es ein Handbuch, das Standardaufgaben und "operating procedures" umriß. In Wirklichkeit jedoch entwickelten die Männer in Gießen ihre eigenen Regeln wahrscheinlich aus der täglichen Praxis heraus. Das Detachment der Militärregierung in Friedberg wenigstens mußte sich eher auf seine eigenen Ressourcen als auf irgendwelche ihnen schon mit auf den Weg gegebene Informationen stützen. So erklärte John Gimbel, Mitglied dieses Detachments später: "Soviel ich weiß, sah ich das Basic Handbook erst, als ich Forscher wurde. Ich bin nicht sicher, ob der befehlshabende Offizier das Buch je gesehen hat."⁴ Gimbel kann sich nur erinnern, daß sie "eine Anzahl Anweisungen hatten. Unsere Anweisungen schrieben vor, daß wir einen Bürgermeister und einen Polizeichef ernennen sollten. Das war unsere erste Aufgabe. Dann sollten wir jemanden für die Versorgungsunternehmen anstellen. Dann andere Leute für andere öffentliche Dienstleistungen." Zur Hand hatten die Offiziere einige von dem OSS (Office of Strategic Services) und später von dem SHAEF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces) vorbereitete Listen möglicher Kandidaten. Diese Listen wurden nach Informationen deutscher Emigranten und nach Ausschnitten aus deutschen Zeitungen zusammengestellt, waren jedoch in der Praxis nicht sehr hilfreich. "Unser Problem war, daß die Listen überholt waren. Viele der erwähnten Personen waren nicht da, oder wir hatten Schwierigkeiten, jemanden zu finden. Daher mußten wir mit sehr viel Leuten sprechen, nicht nur mit Pfarrern, wie jetzt behauptet wird."⁵

Zweifellos hatte das Detachment H5D2 in Gießen dieselben Anweisungen und war bestimmt mit ähnlich überholten Listen ausgestattet. Bis Juni jedoch hatten die Männer der Militärregierung es geschafft, in Gießen und im Landkreis "ungefähr 280 Personen zu ernennen - 80 neue Bürgermeister und 200 andere Amtsträger [officials] oder Leute in 'einflußreichen Positionen'". Bei der Ernennung wurden herangezogen: Listen von "Zivilisten, die keine Nazis waren"; Interviews mit "führenden Geistlichen und anderen prominenten Bürgern"; Interviews mit den Kandidaten selbst, ausgefüllte und evaluierte Fragebögen, "Nachforschungen über die Kandidaten" und Überprüfung durch das Counter Intelligence Corps (CIC).⁶ Zusammen mit den Deutschen, die sie angestellt hatte, übernahm die amerikanische Militärregierung die gewaltige Aufgabe, die Stadt wieder funktionsfähig zu machen und die Bürger mit den notwendigsten Nahrungsmitteln, Waren und Dienstleistungen zu versorgen. Der "Status Report of June 2" gibt eine detaillierte Beschreibung dieser Tätigkeit.

⁴ Hochschuloffiziere, S. 87-88. Diese Bemerkung entstammt dem Protokoll einer Konferenz, an der viele ehemalige Offiziere der Militärregierung teilnahmen. Sie ließ sich anscheinend auf andere Detachments auch beziehen, da der Protokollant hinzufügt: "[Allgemeine Zustimmung durch Gelächter.]"

⁵ Hochschuloffiziere, S. 88-90.

⁶ 5/8 - 3/1. "SHAEF Military Government Questionnaire", 2 June [1945].

Seit unserer Ankunft hat das Detachment sich auf die folgenden Aufgaben konzentriert: lebenswichtige Betriebe und Läden, wie Molkereien, Bäckereien, Metzgereien und Mühlen funktionsfähig zu machen; unter der Aufsicht der Militärregierung die Banken wiederzueröffnen; elektrische Leitungen, die Wasserversorgung, das Telefon- und Eisenbahnnetz wiederherzustellen. Maßnahmen sind unternommen worden, Lebensmittel für die deutsche Bevölkerung und für die vielen in den umliegenden großen deutschen Lagern untergebrachten Displaced Persons zu sichern. Mit Erfolg wurden die Leute aufgefordert, ihre Gärten zu bestellen. Das Detachment kontrolliert die Preise und führt eine strenge Überwachung des Verteilungssystems durch. Verfügbare Arbeitskräfte wurden durch das Arbeitsvermittlungsbüro registriert. Vorbereitungen zur Etablierung eines City Motor Pool für wichtige Fahrten wurden getroffen. Die Repatriierung von DPs macht gute Fortschritte; viele zusätzliche Krankenhausbetten und andere Einrichtungen stehen jetzt zur Verfügung. Vorbereitungen für die Eröffnung der Gerichte sind schon abgeschlossen und verfügbare Anwälte wurden gesucht. Die Polizei wurde reorganisiert und das Gefängnis instand gesetzt; die Feuerwehr wurde ausgestattet; die Sicherheitskräfte haben jetzt das Plünderungsproblem gut im Griff. Alle hiesigen Kunstschätze und Monumente wurden inspiziert und mit "Off Limits" Schilder versehen. Gottesdienste und die sonstige Arbeit der Kirchen wurden nicht beeinträchtigt. Vorbereitungen für den Aufbau der Schulen und die Einstellung geeigneter Kollegen werden getroffen, so daß die Schulen im Herbst wieder eröffnet werden können.

Viele gleich wichtige Tätigkeiten werden in dieser Beschreibung nicht erwähnt: Entnazifizierung, im alleinigen Ermessen des Detachment bis die Veröffentlichung des Gesetz No. 8 eine Wiedereröffnung des ganzen Verfahrens nach neuen Kriterien mit sich brachte; Entmilitarisierung; Bevölkerungskontrolle (Pässe, Sperrstunde, Registrierung); die Aufstellung und Besetzung von Militärgerichten; die Lizenzerteilung an Buchhändler, Verleger, Theater, Kinos, Schauspieler, Sänger usw.; die Zulassung verschiedener Vereine (Chöre, Kaninchenzüchter, Jugend- und Sportgruppen usw.); die Überwachung politischer Parteien, samt Funktionsträgern, Programmen und Propaganda, sobald Parteien wieder zugelassen wurden. Die Liste könnte fast ad infinitum weitergeführt werden und würde vom Bedeutenden zum scheinbar Trivialen reichen, von solchen existentiellen Entscheidungen, wie der Feststellung, wer während des Dritten Reiches Nazi gewesen war, bis zu solchen Alltagsangelegenheiten wie der Suche nach Transportmöglichkeiten für einige Krankenschwestern, die nach Darmstadt wollten, um an einer medizinischen Konferenz teilzunehmen.

Das Detachment G-35 war den von ihnen ernannten deutschen Amts-

trägern, denen sie Befehle gaben, vorgeordnet und den höheren Stellen in Darmstadt, Wiesbaden und Berlin auf dem militärischen Befehlsweg untergeordnet. Die Offiziere in der Wilhelmstraße mußten über alle ihre Tätigkeiten, ihre Erfolge und ihre Probleme detaillierte Berichte an ihre Vorgesetzten schreiben. Da ihre Berichte zum größten Teil auf jenen Berichten basierten, die die deutschen Beamten schrieben, müssen die Offiziere sehr viel Zeit damit verbracht haben, Berichte von Deutschen zuerst zu verlangen, sie dann zu lesen und zu überprüfen, um sie schließlich für ihre Vorgesetzten umzuschreiben - d.h. Papiere vom Eingangsfach zum Ausgangsfach zu befördern. In einem "Memo to All Officers" vom 21. September 1945 machte Captain Ehrenclou seinen Ärger über solche bürokratische Zwänge deutlich.

1. Wie üblich bei dem Treffen der Detachment Commander war das Hauptthema, wie wichtig Berichte sind.
2. Wir müssen einsehen, sagte man, daß unsere wichtigste, unsere grundlegende Funktion darin besteht, Berichte zu schreiben, wie und wann es von uns verlangt wird.
3. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß uns offen gesagt wird, die pünktliche Abgabe der Berichte ist das Wichtigste. Ihre Vollständigkeit und Genauigkeit sind sekundär.
4. Sie werden daher bitte darauf achten, daß Darmstadt alle von den verschiedenen Abteilungen verlangten Berichte pünktlich bekommt,⁷ Falls der Bericht nicht völlig richtig ist, schicken Sie ihn trotzdem.

Die historische Zuverlässigkeit von Berichten des Detachment G-35 ist daher, wenn nicht von unabhängigen Quellen bestätigt, anscheinend nicht immer gesichert.

Historiker der amerikanischen Besatzung würden Ehrenclous Klagen bestätigen. Earl Ziemke schreibt zum Beispiel, daß im Oktober 1945 ein typisches Landkreis-Detachment 109 reguläre Berichte einreichte und insgesamt 305 Mitteilungen verschickte. Dies bedeute bei einem Achtstundentag und sieben Arbeitstagen in der Woche 1.3 Mitteilungen pro Stunde.⁸ Ein Blick auf die zahllosen Arten von Informationen, die in den vom Detachment G-35 eingeschickten Berichten enthalten sind, von Informationen, die zuerst aus deutschen Quellen gesammelt werden mußten, machen solche Statistiken glaubhaft. Themen, über die die Offiziere Berichte zu schreiben hatten, waren z.B.: die Zustände in den Lagern der Displaced Persons, die dort vertretenen Nationalitäten und die Zahl der Repatriierungen; die im Stadt- und Landkreis knapp gewordenen Waren und die requirierten Güter, die in Gießen angekommen oder gerade nicht

⁷ 8/56 - 1/21.

⁸ S. 398.

angekommen waren; die Anzahl und Art der Gerichtsverhandlungen, die genaue Art der Verbrechen und die Zahl der Verurteilungen; die Anzahl der Briefe, die vom Gießener Postamt befördert wurden, und die benötigte Zeit, bis sie in bestimmten Orten ankamen; die Anzahl der Telefonanschlüsse in Gießen und die der Anrufe; den Arbeitsmarkt, das im Umlauf befindliche Geld, den bezahlten Zoll, den Stand der Steuerzahlung in verschiedenen Gemeinden; die örtlichen politischen Aktivitäten, die Anzahl der Mitglieder, die jede Partei zu verzeichnen hatte, den genauen Stand ihrer Kasse, die Namen der Redner, die bei den Treffen gesprochen hatten, und die Anzahl ihrer Zuhörer; die öffentliche Sicherheit, die Anzahl der aufgesammelten Prostituierten, geteilt in die mit und die ohne Geschlechtskrankheiten, die Anzahl der amerikanischen Soldaten (nach Rasse aufgelistet), die in Vorfälle verwickelt waren, die Anzahl der im Gefängnis befindlichen Personen; die Ernährungslage, welche Lebensmittel, bis zum letzten Ei und Pfund Kartoffeln, gelagert wurden, und die Anzahl der Schweine, Rinder und Pferde, die geschlachtet wurden; die Entnazifizierung, die Anzahl der Fragebögen, die bearbeitet wurden, der Beamten und Angestellten, die entlassen wurden; die Wohnungslage in der Stadt, die Anzahl der reparierten Gebäude und die Lebensverhältnisse der Bevölkerung; das öffentliche Gesundheitswesen, die die Bevölkerung und die amerikanischen Truppen bedrohenden Seuchen, die Reinheit des Wassers und die Menge, die gepumpt wurde; die örtliche Industrie, die Anzahl von bestimmten Produkten, die innerhalb einer bestimmten Zeit hergestellt wurde, das allgemeine Geschäftsklima; die Kultur, eine Auflistung der Theaterstücke, Opern und Konzerte, die aufgeführt wurden; die Stimmung der Bevölkerung und ihre Haltung der Militärregierung gegenüber. Diese Liste gibt nur einen ungefähren Eindruck von den Berichtstypen und der Art der geforderten Informationen. Sie ist keineswegs vollständig.

Die Männer in der Wilhelmstraße, Mitglieder nur eines kleinen Kreis-Detachments, waren am unteren Ende der Hackordnung der Militärregierung; dies bedeutete, daß die Anweisungen, die auf einem langwierigen Befehlsweg von oben nach unten kamen, oft spät eintrafen, daß Gesuche ans Hauptquartier häufig nicht bearbeitet wurden und daß die Gießener Offiziere nicht selten die letzten waren, die Bescheid wußten. Gesetz Nr. 8 wurde zum Beispiel im Radio und durch die Zeitung bekannt gemacht, lange bevor lokale Detachments offiziell davon informiert wurden. Dies verursachte einige verlegene Gesichter in Gießen.

Die Bekanntmachung des Gesetz Nr. 8 in der Frankfurter Zeitung führte zu einigem Durcheinander im hiesigen Gebiet. Zahlreiche Leute kamen ins Büro, um sich über das Gesetz und über die von ihnen zur Durchführung verlangten Maßnahmen zu informieren. Da keine genaue Kenntnis des Gesetzes vorhanden ist, konnte unser Büro leider keine Klarheit schaffen. Eine Aufklärung wird von

höheren Hauptquartier in Kürze erwartet.⁹

Der Verfasser eines anderen, einige Monate später geschriebenen Berichtes machte seinen Ärger über den Sand im Getriebe der OMGUS Bürokratie deutlich:

Ein Mangel an Transportmöglichkeiten, an Kommunikation, an technischer Ausrüstung und Versorgung beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit der Polizei. Es scheint keine Lösung dafür zu geben, da Appelle an das höhere Hauptquartier, an Inspektionsoffiziere und -gruppen nichts einbringen. Die die Polizei beaufsichtigenden Offiziere werden häufig gefragt: "Was brauchen Sie?" "Was können wir für Sie tun?" Und dann gehen viele Stunden, die der Public Safety Officer für andere Dienstaufgaben hätte nützen können, dahin, um dem Inspektor oder den Inspektionsgruppen alles zu erklären. Aber wir sind nach wie vor ohne die nötige Versorgung, Transportmöglichkeiten, Kommunikation und technische Ausrüstung, um den von der Militärregierung und der zivilen Administration gestellten Auftrag zu erfüllen.¹⁰

Viele der Frustrationen, die die Männer vom Detachment G-35 zweifellos erfuhren, hatten ihre Ursache in der zunehmenden Bürokratisierung ihrer Arbeit. Kleine Einheiten der Militärregierung wie G-35 hatten sich in dem anfänglichen Durcheinander der Besatzungszeit an viele administrative Freiheiten gewöhnt. Für sie bedeutete die bis September 1945 weitgehend abgeschlossene Etablierung von OMGUS, daß sie zu kleinen Rädern in einer schwerfälligen Bürokratie degradiert wurden. Die Offiziere der Militärregierung wurden jedoch nicht nur von oben unter Druck gesetzt. Sie fühlten sich durch amerikanische Kameraden, denen eine andere Rolle im Besatzungsapparat zuteil geworden war, gleichermaßen eingeengt. Die militärischen Bedürfnisse der Kampftruppen kollidierten häufig mit den zivilen Zielen der Militärregierung; die Männer in der Wilhelmstraße mußten dabei häufig erleben, daß die Militärs am längeren Hebel saßen.

⁹ 5/8 - 3/1. "Historical Report for September".

¹⁰ 5/8 - 3/1. "Historical Report for October".

II. Die Militärregierung, die Kampftruppen und die deutsche Bevölkerung

Gleich nach Kriegsende war das Detachment G-35 natürlich nicht die einzige amerikanische Präsenz in Gießen; es war auch nicht die einzige Quelle amerikanischer Macht und Autorität. Ungefähr 7000 amerikanische Soldaten waren in Gießen und Umgebung stationiert. Ihre Aufgabe war der Bau und die Bemannung des erst im Juli 1945 nach Gießen verlegten 56th Quartermaster Depot, das bald eine der größten amerikanischen Einrichtungen dieser Art in Europa wurde. Wegen der mit dem Depot verbundenen Sicherheitsrisiken und der großen von ihm angezogenen nicht ortsansässigen Bevölkerung wurde eine ungewöhnlich hohe Anzahl Einheiten von Militärpolizei in der Stadt stationiert. Im Oktober 1945 bekam Gießen und Umgebung außerdem die ihnen zugeteilten ständigen Besatzungstruppen. Theoretisch ging die oberste amerikanische Befehlsgewalt im ganzen Gebiet von dem Detachment in der Wilhelmstraße aus. In Wirklichkeit jedoch wurde ihre Autorität von den Befehlshabern der in der Stadt und im Landkreis stationierten Truppen oft in Frage gestellt. Häufig betrachtete das Detachment G-35 diese Befehlshaber und ihre Männer als ernsthafte Hindernisse, die den Wiederaufbau der Stadt blockierten und ein harmonisches Zusammenleben zwischen Siegern und Besiegten erschwerten.

Zum Teil hatte der Konflikt zwischen der örtlichen Militärregierung und den Befehlshabern der Kampfseinheiten seine Ursache in der militärischen Struktur selbst. Anders als beispielsweise bei der britischen gehörte es nicht zu den traditionellen Aufgaben der amerikanischen Armee, die zivile Herrschaft über einen ehemaligen Feind zu sichern, und für viele zur Kampftruppe gehörenden Offiziere waren solche Aufgaben mit wenig Prestige verbunden. Earl Ziemke zitiert aus damaligen Berichten und zeigt, wie schwierig es für die Militärregierung war, nach dem Ende des Krieges in Deutschland Fuß zu fassen. "Die Militärregierung hatte Schwierigkeiten, die Autorität zu übernehmen. Wenn Kampftruppen ein Gebiet besetzten, dann betrachteten sie es als das ihrige." "Die meisten Kampfseinheiten, und zwar Truppen und Befehlshaber gleichermaßen, wissen weder, was die Militärregierung ist, noch was ihre Aufgaben sind." Ziemke verallgemeinert:

Sogar die neuen Einheiten, die als Ersatz nach Deutschland kamen, waren begriffstutzig in Hinsicht auf die Aufgaben der Militärregierung, lernten aber umso rascher die Privilegien wahrzu-

nehmen, die ihre Vorgänger während des Krieges genossen. [Der] kommandierende Offizier eines Detachment der Militärregierung - bestenfalls ein Oberst und meist eher ein Leutnant oder ein Hauptmann -, gleichgültig wieviel Autorität er theoretisch besaß, konnte mit einem Generalmajor nicht konkurrieren, wenn die beiden dasselbe Gebiet besetzten. Der Divisionskommandant entschied immer, wann die Sicherheit seiner Truppen eine Einmischung in die Angelegenheiten der Militärregierung verlangte.¹¹

Im August 1945 versuchte Dwight D. Eisenhower diese Spannung zu Gunsten der Militärregierung zu lösen, indem er den Kommandanten der Dritten und Siebten Armee klipp und klar sagte: "Die amerikanische Armee hat jetzt keine andere Aufgabe, als die Militärregierung in Deutschland zu unterstützen. . . . Niemand soll daran zweifeln. Dies ist der Hauptgrund, weshalb die Armee hier ist, und dies ist, was wir von ihr erwarten."¹² Der Konflikt zwischen den beiden Seiten blieb jedoch bestehen; nach Ziemke "drohte er manchmal sogar die Autorität der Besatzungsmacht zu untergraben. Die deutschen Beamten befanden sich häufig in der Klemme zwischen der Militärregierung, die sie zwar ernannt hatte, die aber zu schwach war, sie zu beschützen, und den Kampftruppen, die sie entweder ignorierten oder sie so behandelten, als ob immer noch gekämpft würde und sie alle Nazis wären".¹³

Solche Zusammenstöße zwischen Armeeobrigkeit und Militärregierung machten sich auch in Gießen bemerkbar; häufig sah sich das Detachment G-35 deswegen vor größere Schwierigkeiten gestellt. Die Hauptkonflikte waren die Requirierung von Gütern, Häusern und anderen Einrichtungen, die Beschaffung von Arbeitskräften, die Weigerung der Armee, Verordnungen der Militärregierung zu befolgen, und das schlechte Benehmen der Truppen.

Gießen gehörte zum Besatzungsgebiet der Siebten Armee und in Bezug auf die Verteilung von knappen Gütern waren deren Befehlshaber nicht besonders großzügig. Ihre Weigerung, Material mit der zivilen Bevölkerung zu teilen, hinderte häufig den Wiederaufbau der Stadt, ein Hauptziel der Militärregierung. Ingenieure der Siebten Armee nahmen zum Beispiel alle sieben Sägemühlen der Umgebung mehrere Monate in Beschlag, mit dem Ergebnis, daß kein zum zivilen Gebrauch nutzbares Holz vorhanden war. Wie dem folgenden Bericht zu entnehmen ist, beschäftigten die Konsequenzen dieser Beschlagnahme sogar die Vorgesetzten des Detachment G-35.

¹¹ S. 313.

¹² 8/216 - 2/2. Zitiert in einem Brief von Colonel James Newman, Leiter des OMGGH, an Major General Fay Prickett, Befehlshabenden General, First Constabulary, vom 14. Juni 1946.

¹³ S. 313.

Örtlichen Bestattungsinstituten fehlt das Holz, um Särge für die Toten zu machen. In der Stadt Gießen gehen Wiederaufbau und Instandsetzungsarbeiten überhaupt nicht mehr voran. Das Elektrizitätswerk in Wölfersheim hatte Holz bestellt, um seine Braunkohlegruben und -zechen zu reparieren; dieses Holz kann nicht geliefert werden. Seifenfabriken, Schlächtereien und Getreidespeicher haben aufgehört, ihre Einrichtungen zu reparieren. G-35 berichtet ferner: wenn der jetzige militärische Bedarf zugrunde gelegt wird, werden Sägemühlen mindestens in den nächsten 30 Tagen nicht zur zivilen Nutzung zur Verfügung stehen.¹⁴

Im Winter 1945/46, wo der Bevölkerung von Gießen pro Zimmer für Kochen und Heizen eine Ration von 1 Kubikmeter Brennholz zustand, sollten innerhalb des Landkreises 44.000 Kubikmeter Brennholz für die amerikanische Armee gefällt werden, genug für 44.000 Zimmer in der Stadt.¹⁵ Die Hälfte des von der Deutschen Tafelglas AG produzierten Glases (400.000 Kubikmeter) war für die Armee bestimmt; dem gesamten oberhessischen Raum wurden 3.000 Kubikmeter zuteil, wovon Gießen bis zum Oktober, bis zum Anfang der Kaltwetterperiode, nichts bekam,¹⁶ obwohl in der Stadt einem Bericht der Militärregierung zufolge die Häuser "sehr häufig ohne Glasscheiben und richtige Dächer" waren.¹⁷ Im August 1945 faßte die städtische Verwaltung ihre Klagen gegen die von der Armee praktizierten Requirierung notwendiger Güter zusammen: "Häufig hindern die amerikanischen Besatzungsbehörden den Wiederaufbau, anstatt ihn zu fördern, oder sie machen den Wiederaufbau sogar unmöglich, indem sie zahllose Mengen an Baumaterial wie Filz, Ziegel, Zement, Lehm und Kalk beschlagnahmen."¹⁸

Die Aufgabe, die Stadt so schnell wie möglich wiederaufzubauen und die Bevölkerung so gut es ging unterzubringen, hing natürlich nicht nur vom Baumaterial ab. Arbeit, zum größten Teil schwere körperliche Arbeit, war auch eine Grundbedingung des Aufbaus, und aufgrund der vielen Kriegstoten und Kriegsgefangenen waren Arbeitskräfte knapp. Wie überall in der amerikanischen Zone genoß die Armee in Gießen eine bevorzugte Stelle am Arbeitsmarkt; das Arbeitsamt hatte Anweisung, den Bedarf des Militärs an Arbeitskräften vor aller anderen Nachfrage zu decken. Die Tatsache, daß deutsche Zivilisten, die für die Armee arbeiteten, jeden Tag eine warme Mahlzeit ohne Rationskarte erhielten, erhöhte natürlich die Attraktivität einer Arbeitsstelle bei den Amerikanern; die weitere Tatsa-

¹⁴ 5/7 - 3/4. "Detachment Reports, August 1945." Im Oktober wurden einige Sägemühlen für den alleinigen Zweck, Holz für die Reparatur von Dächern herzustellen, freigegeben. 5169a (Alle in dieser Form angegebenen Hinweise beziehen sich auf Akten im Archiv der Stadt Gießen.)

¹⁵ "Historical Report for September".

¹⁶ 8/191 - 1/10. "Weekly Reports from SK and LK Giessen."

¹⁷ 5/8 - 3/1. "Historical Report for December."

¹⁸ 5169c.

che, daß die Armee das Recht hatte, die bei zivilen Arbeitgebern angestellten deutschen Arbeitskräfte zu requirieren, gab ihnen in einer ohnehin ungleichen Konkurrenzsituation zusätzliche Vorteile. Obwohl das Detachment G-35 dem zivilen Bauprogramm Priorität einräumte, war es gezwungen, seine eigenen Interessen zu mißachten, indem es der Armee half, Arbeitskräfte vom zivilen Arbeitsmarkt abzuziehen. Mit der Behauptung, es fehle ihr an genügenden Fachkräften, um solche Einrichtungen wie Krankenhäuser und Depots für eine langfristige Benutzung fertigzustellen, schickte die Siebte Armee die folgende Anweisung an die Büros der Militärregierung: "Da der militärische Bedarf gedeckt werden muß, bevor der zivile Bedarf berücksichtigt werden kann, sind alle Detachments der Militärregierung angehalten, auf Nachfragen hin den Ingenieureinheiten behilflich zu sein, das für ihre Projekte notwendige zivile Fachpersonal zu bekommen."¹⁹ Die Büros der Militärregierung wurden daher gezwungen, wichtigen zivilen Zielen der Besatzungs-Politik zuwider zu handeln.

Wie allgemein bekannt, war die von der Armee angeordnete Beschlagnahme von Häusern und anderen Gebäuden in Gießen eine der Hauptquellen der deutschen Animosität den Amerikanern und der Besatzung gegenüber. Obwohl 1945 die Zahl der beschlagnahmten Gebäude nicht so hoch war wie später, als mehr Truppen in Gießen stationiert wurden und es mehr Soldaten erlaubt wurde, ihre Familien mitzubringen, war sie trotzdem hoch genug, um für eine gehörige Aufregung unter der deutschen Bevölkerung zu sorgen. Das Problem war nicht nur, daß Leute gezwungen wurden, innerhalb kürzester Zeit ihre Häuser und oft auch ihre Möbel zu verlassen. Die Armee hatte auch die Tendenz, Verordnungen der Militärregierung zu ignorieren, wonach der Besitz von ehemaligen Nationalsozialisten zuerst beschlagnahmt werden sollte. Um Leute zu ermutigen, ihre ausgebombten Häuser zu reparieren, sollten außerdem die von den Besitzern instandgesetzten Häuser von der Requirierung ausgenommen sein. Die Armee requirierte Häuser und Gebäude nach Lust und Laune und zog es vor, ganze Nachbarschaften zu beschlagnahmen, um ihre Truppen zu konzentrieren. Die Offiziere vom Detachment G-35 protestierten umsonst.

Eines der für die Gießener Bevölkerung traurigsten Ereignisse des letzten Monats war, daß 500 deutsche Zivilisten ihre Häuser räumen mußten, um amerikanische Truppen unterzubringen. Dies brachte die Gießener Militärregierung in große Verlegenheit, da wir der Bevölkerung ständig die Notwendigkeit eingeschärft hatten, ihre Häuser für den kommenden Winter so gut es geht instandzusetzen. Außerdem hatten wir die Politik von General Eisenhower nachdrücklich unterstützt, Zivilisten den notwendigsten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, damit sie adäquat untergebracht werden können. Der zivilen Wohnraumbehörde hatten wir auch in Hinblick auf die Richtlinien der Beschlagnahme im-

¹⁹ 8/89 - 2/11. "OMGGH Manpower Division, Misc. Correspondence" 1945.

plizite Anweisungen gegeben. Das zuständige amerikanische Amt [billeting office] wählte jedoch Häusergruppen entlang zwei Straßen, und unter den Leuten, die ihre Häuser räumen mußten, sind sowohl Antinazis als auch einige führende Männer der Stadt. Seit der Räumung sind diese Leute gezwungen, in Kellern, öffentlichen Gebäuden und anderen Orten zu wohnen, die sicherlich unter keinen Umständen als adäquater Wohnraum gelten können. . . . Zur Zeit wohnen in der Stadt ungefähr 2000 Leute unter solchen tragischen Umständen. Es ist zu erwarten, daß in nächster Zeit mehr amerikanische Truppen in der Stadt Gießen einquartiert werden und daß ungefähr 700 weitere Zivilisten ihre Häuser werden räumen müssen. Dies ist höchst bedauerlich und geschieht trotz aller Anstrengungen seitens der Militärregierung und des für dieses Gebiet zuständigen amerikanischen Billeting Officer.²⁰

Kampftruppen versuchten auch, Möbel von den von der Militärregierung unter Gesetz Nr. 8 übernommenen Häusern zu beschlagnahmen; nach Meinung der Offiziere der Militärregierung handelten sie dabei "gegen den Brief vom 9. Oktober 1945, der dies verbietet".²¹

Besonders in späteren Jahren enthalten die auf Gießen bezogenen OMGUS Dokumente zahlreiche Fälle, wo Offiziere der Militärregierung gegen die rücksichtslose und exzessive Beschlagnahmung von deutschem Besitz protestierten. Die Männer der Militärregierung waren um ein gutes Verhältnis zur deutschen Bevölkerung bemüht, und zugleich wollten sie ein positives Bild der Vereinigten Staaten und ihres demokratischen Systems präsentieren. Aus diesen Gründen unterstützten sie die Interessen der deutschen Bevölkerung gegen die der amerikanischen Armee.

Im ersten Jahr der Besatzung wurden jedoch die meisten Konflikte zwischen Deutschen und Amerikanern durch das Verhalten einzelner amerikanischen Soldaten ausgelöst; dieses Problem verschlimmerte sich sogar in der Periode nach 1945. Obwohl Offiziere der Militärregierung keine direkte Autorität über die amerikanischen Truppen ausübten, waren sie die Empfänger der wütenden Klagen der Bevölkerung. Die Ausschreitungen einzelner Amerikaner waren seinerzeit fast jedem in Gießen bekannt: Trunkenheit, sexuelle Nötigung und Vergewaltigung, gelegentlich Plünderungen oder Diebstähle, Überfälle auf Zivilisten, die böswillige Zerstörung von Gütern wie Obst und Gemüse, wildes Jagen und Schießen, der Mißbrauch von Gartenzäunen und Rucksäcken als Zielscheiben. Amerikanische Soldaten, besonders die schwarzen, wurden sowohl für das große Kontingent der in der Stadt sich aufhaltenden Prostituierten oder Veronika-Dankeschön-Mädchen²⁷ als auch für die extrem häufigen Fälle von Geschlechtskrankheiten verantwortlich gemacht. Viele Soldaten machten aus ihrem Antagonismus deutschen Polizisten gegenüber, die oft auch

²⁰ 5/8 - 3/1. "Historical Report for September".

²¹ 8/191 - 1/10. "MG Report, Casum #38", 17 October 1945.

²⁷ Veronika Dankeschön steht für Veneral Disense (VD) = Geschlechts-Krankheit.

Opfer brutaler Angriffe waren, keinen Hehl; sie prunkten mit ihrer Immunität gegenüber ziviler Verhaftung, schützten ihre "fräuleins" vor Verhaftung und Gefängnis, bildeten sogar Gruppen, um zufällig doch Gefangengenommene zu befreien. Berichte von den zivilen Behörden an die Militärregierung sind voll Klagen über das Verhalten der amerikanischen Truppen, begleitet von kläglichen Bitten um Abhilfe. Die Militärregierung konnte einzelne Offiziere, deren Männer auffällig geworden waren, ermahnen; sie konnte versuchen, womöglich den Friedenstifter zu spielen; sonst war sie jedoch diesen Ausschreitungen gegenüber verhältnismäßig machtlos.

Ein weiteres Problem war, daß die amerikanischen Soldaten häufig kein Gespür für die Gefühle der verarmten und hungernden Zivilbevölkerung zeigten. Diese Mißachtung machte sich in vielen großen Handlungen aber auch in vielen kleinen bemerkbar. Der "Historical Report for October" berichtet zum Beispiel, daß Kampftruppen Feuerwehrgeräte von den Deutschen ausliehen, ohne sich um deren Wartung zu kümmern, "weil diese Geräte nicht zum Zwecke der Feuerbekämpfung, sondern für die Säuberung der Kampffahrzeuge benutzt wurden". Die Geräte wurden anscheinend derart mißbraucht, daß man anschließend versuchen mußte, "den richtigen technischen Zustand wiederherzustellen". Es gab häufig Gerüchte und Klagen darüber, daß die amerikanischen Truppen übriggebliebenes Essen verbrannten, anstatt es der hungrigen Zivilbevölkerung zukommen zu lassen. "From many parts you can hear that American troops are throwing superfluous or not quite unobjectionable victuals on a pile of rubbish, putting petrol on it and burn whole the lot. The population is rather embittered and ask why these victuals are not given to the population suffering distress or the hospitals respectively."²² Aus der Sicht der Armee, die um Hygiene und die Verbreitung ansteckender Krankheiten immer sehr besorgt war, war das Verbrennen der Küchenabfälle sicher nur eine kluge Lösung des Müllproblems. Aus der Sicht der Deutschen jedoch, die mit jeder neuen Ausgabe von Lebensmittelkarten ihre Gürtel enger schnallen mußten, war das Verbrennen eine ungeheure Verschwendung von Nahrungsmitteln. Die Militärregierung nahm sowohl die Klagen der Deutschen als auch die Erklärungen der Armee entgegen; sie saß irgendwo zwischen den Stühlen.

Wie die amerikanischen Truppen mit anderen knappen Ressourcen, etwa mit Elektrizität und Wasser, umgingen, kann als letztes hier zitiertes Beispiel - viele andere könnten aufgeführt werden - ihre Mißachtung der kritischen Lage der deutschen Bevölkerung zeigen. Ende 1945, als die Elektrizität in Gießen streng rationiert wurde, als den Deutschen drakoni-

²⁸ 5169a. 16. November 1945. Da es zwecklos erscheint, die schon einmal übersetzten Mitteilungen der deutschen Ämter an die Militärregierung ein zweites Mal zu übersetzen, werden sie hier im Wortlaut - samt Sprachfehlern - wiedergegeben.

sche Strafen angedroht wurden, falls sie mehr, als ihnen zustand, verbrauchten, beleuchteten und beheizten amerikanische Soldaten ihre Zimmer nach Herzenslust. In einem Bericht an die Militärregierung vom 8. November 1945 drückte der Bürgermeister seine Bitte zum Energiesparen zwar in höflichen, etwas indirekten Worten aus, machte sein Anliegen aber doch klar.

The occupation army and authorities mean an essential factor of the current consumption. Their consumption is rather large. Without doubt we can assume that in his own country the American is used not to stint himself with regard to electric current, and we should think ourselves lucky to be able to do so, too. Considering the present conditions . . . it would be welcomed as a friendly token by the German population who already have to limit their current consumption very much, if the large current consumption of the occupation army could also be limited by a certain degree. We should be very much obliged, if you would inform from your part, too, the offices and troop contingents in your area about this report and induce them to reduce their current consumption by about 20%.²³

Ein Bericht an die CIC vom 7 December 1945 ist etwas direkter:

By the published regulations, concerning the current rationing, the population are forced to take the most rigorous rationing measures. People, therefore, don't understand that in the houses, where Americans are living, all the electric lights are burning day and night. By no means they are trying to be a little economical. Even in rooms, where light would not at all be necessary, it is burning whole the day. The population beg to be a little economical here, too, so that the rationing measures are not causing one-sided charges.²⁴

Die in 1946 und 1947 geschriebenen Berichte werden immer deutlicher, da ständig klarer wurde, daß die amerikanischen Truppen, statt das von ihnen oft angemahnte Strom- und Wassersparen zu praktizieren, ihren Verbrauch dieser knappen Ressourcen eigentlich erhöhten. Zeitweise verbrauchten die etwa 5000 amerikanischen Soldaten und ihre Angehörigen so viel Strom wie die ungefähr 41.500 deutschen Zivilisten; ihr Wasserverbrauch war 333 Liter pro Person im Vergleich zu 85 Liter pro Person für die zivile Bevölkerung (mit Einschluß der Fabriken).²⁵

²³ 5169a.

²⁴ 5169a.

²⁵ 5169a. Der Elektrizitätsbericht ist vom 29. September 1945, der Wasserbericht vom 28. April 1947.

Selbstverständlich war eine adäquate Wasser- und Stromversorgung für das ökonomische Leben der Stadt und für das Überleben der Bevölkerung entscheidend. Die Militärregierung veröffentlichte wiederholt Mahnungen an die amerikanischen Truppen, Wasser und Energie zu sparen, Ermahnungen, die meist auf taube Ohren fielen. Im übrigen mußte sie tatenlos zusehen, wie durch das Verhalten anderer Amerikaner das Verhältnis zur deutschen Bevölkerung sich verschlechterte und wie wichtige Ziele der Besatzungspolitik in Frage gestellt wurden.

III. Die Männer der Militärregierung und ihre deutschen Mitarbeiter

Wer waren die Männer, die nach dem Krieg die ersten deutschen Beamten ernannten, die den Wiederaufbau der Stadt lenkten, die die Berichte an die höheren Chargen der Militärregierung schrieben, an die die Klagen der Stadtverwaltung gerichtet waren, die das Verhalten der amerikanischen Truppen zu beeinflussen versuchten? Eine endgültige Antwort auf die meisten dieser Fragen kann leider nicht gegeben werden; die speziell auf Gießen bezogenen Quellen sind zu spärlich und die amerikanischen Veteranen, die einst Mitglieder von Detachment G-35 waren, sind entweder tot oder derzeit nicht auffindbar. Einige Dokumente, die die Angehörigen der Gießener Militärregierung 1946 betreffen, sind jedoch erhalten. Hierzu gehören eine kurze Geschichte des Detachment, einige biographische Daten über fast alle im Januar 1945 in der Wilhelmstraße 20 arbeitenden Männer, einzelne persönliche Bemerkungen und Betrachtungen in den sonst sehr trockenen Berichten und schließlich einige Beschreibungen von Außenstehenden. Dieses Material hebt viele einzelne Soldaten aus dem Dunkel der Geschichte; die darin enthaltenen Informationen erlauben einige vorläufige Antworten auf die oben gestellten Fragen.

Wie schon gesagt, waren die zwei Offiziere und acht Soldaten von Captain Ehrenclous Detachment theoretisch gut darauf vorbereitet, die Vielzahl der in Gießen während der ersten Monate der Besatzung zu erfüllenden Aufgaben zu übernehmen - auch wenn sie wahrscheinlich kein Militärregierungshandbuch und nur veraltete CIC-Listen im Gepäck hatten. Wie es in der Praxis wirklich aussah, läßt sich leider nicht feststellen, da es im Moment unmöglich ist, das von Detachment H5D2 in Vorbereitung auf seine Aufgaben in Gießen durchlaufene Schulungsprogramm genau zu rekonstruieren. Eins jedoch steht fest: die Übernahme der Stadt durch die Militärregierung verlief nicht vorschriftsmäßig. Theoretisch bestand ein "H" Detachment aus zehn Soldaten und fünf oder sechs Offizieren, die darauf vorbereitet waren, die verschiedenen Funktionen wie öffentliche Sicherheit, Schulen, Versorgungsunternehmen, Arbeitsmarkt,

usw. zu übernehmen. Als das Detachment in Gießen eintraf, fehlten ihm zwar nur zwei Soldaten, jedoch fast die Hälfte der vorgeschriebenen Offiziere. Wie die "Brief History of Detachment G-35" beschreibt, war sogar dieser Zustand nur von kurzer Dauer: "ein Offizier wurde später zu einem provisorischen Detachment geschickt; es blieben nur noch ein Offizier und acht Soldaten. So blieb es ungefähr drei Wochen lang, bis etwa zehn Offiziere von Kampftruppeneinheiten dazukamen." Die genaue Zeitspanne kann hier nicht mit Sicherheit festgestellt werden, aber da berichtet wird, daß ein neuer Offizier im April zur Einheit stieß, kann sicherlich angenommen werden, daß während der kritischen Periode zwischen dem 29. März und Mitte/Ende April Captain Ehrenclou drei Wochen lang der einzige Offizier in der Gießener Militärregierung war. Infolgedessen trug er während der turbulentesten Tage der gesamten Besatzungszeit die alleinige Verantwortung für die Stadt, für die Überwachung so verschiedener Bereiche wie öffentliche Sicherheit, Versorgungsunternehmen, Arbeitsmarkt, Entnazifizierung, DPs, Rechtswesen, Wirtschaftsleben, Transportsystem und die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln und Brennmaterial. Kurz gesagt war Ehrenclou 1945 drei Wochen lang die Militärregierung in Gießen.

Einige Bilder von Captain Ehrenclou existieren zwar noch, leider enthalten aber die bis jetzt gesichteten OMGUS Dokumente über ihn keinerlei biographische Informationen. Nur in den Erinnerungen der Gießener, die ihn zwischen März und Mitte Oktober 1945 kannten und mit ihm zusammen arbeiteten, kann man Hinweise auf seinen Lebenslauf und seine Persönlichkeit finden. Über die meisten Männer, die im Januar 1946 Mitglieder der Gießener Militärregierung waren, wissen wir mehr. Ein am 22. Januar gefertigter "Operations Report on Military Government Detachment No. G-35"²⁶ enthält skizzenhafte Biographien von sechs Offizieren und sechs Soldaten mit Informationen über ihre Bildung, ihren zivilen Beruf, ihre bisherige Dienstzeit und ihre Ausbildung und Erfahrung in "civil affairs" - oder aber ihre fehlende Ausbildung und Erfahrung. Dem Bericht kann man auch entnehmen, wie einige der Männer ihre Rolle innerhalb der Besatzung wahrnahmen.

²⁶ 5/8 - 3/1.



Captain V. L. Ehrenclou bei der Eröffnung des Gießener Landgerichts am 19.6.1945, Verteidigung (Bild: Roth/Dedner)

Einer der am längsten bei dem Detachment G-35 dienenden Soldaten war 1st Lieutenant Richard Tozer, der im April 1945 zu der Einheit stieß. Er war Absolvent eines College,²⁷ wo er Wirtschaftswissenschaft studiert hatte; vor seiner Einberufung im Februar 1942 hatte er sieben Jahre in Nordkalifornien als Vertreter für General Foods gearbeitet. Da er erst Februar 1945 nach Europa geschickt wurde, war seine Zeit bei den Kampftruppen kurz. Im April 1945 kam er zu der Civil Affairs Division und wurde anscheinend gleich nach Gießen geschickt. Seine erste Aufgabe lag innerhalb seines zivilen Tätigkeitsfeldes. "Sein Wert als Trade and Industry Officer wurde durch seine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung und seine bisherige Geschäftserfahrung gesteigert". In dieser Position blieb er jedoch nicht lange. Er wurde bald Public Safety Officer und

²⁷ Nach dem Besuch einer College hat ein Absolvent ungefähr das Äquivalent eines viersemestrigen Studiums an einer deutschen Universität. In den Vereinigten Staaten der dreißiger und vierziger Jahre waren Collegeabschlüsse jedoch sehr viel häufiger als ein Universitätsstudium in Deutschland.

war daher nicht nur für Sicherheit und Ordnung, sondern auch für die zu dieser Zeit noch in dem Machtbereich der örtlichen Detachments liegende Entnazifizierung verantwortlich. Der "Operations Report" bemerkt zwar seine Unerfahrenheit, findet sie aber unerheblich. "Trotz des Mangels an konkreter Ausbildung im Bereich der Public Safety hat er seine Aufgabe gut gemeistert, besonders in Hinblick auf die Beziehung zum militärischen Personal in der Gegend." Unerwähnt bleiben jedoch seine Leistungen in Entnazifizierungsangelegenheiten.

Am 30. Oktober 1945 bekam Gießen wohl mit Lt. E. Van Nunes seinen ersten Special Branch Officer, d.h. jemanden, der sich nur um die Frage der Entnazifizierung zu kümmern hatte. Zur Zeit gibt es keine Informationen über Van Nunes, was wegen seines kurzen Aufenthalts in Gießen - höchstens ein paar Monate - nicht weiter erstaunlich ist. Der "Operations Report" hat dagegen einiges über seinen dreißigjährigen Nachfolger, 1st Lt. Seward Wilson, zu berichten. Nach Abschluß der High School,²⁸ besuchte Wilson einige kaufmännische Kurse an dem Johnson City Business College in seinem Heimatort in Tennessee; mit neunzehn ging er zum Marine Corps, wo er vier Jahre diente. Er wurde 1938 in Shanghai entlassen und blieb dort zwei Jahre als US Zollbeamter. 1940 ging er wieder in die Vereinigten Staaten und arbeitete als Polizist für die Du Pont Hercules Powder Company bis zu seiner Einberufung im März 1942. Er wurde "am 30. Oktober 1945 als Ersatzmann für die Militärregierung nach Europa geschickt und dem Detachment G-35 zugewiesen."²⁹ Dort übernahm er die Verantwortung für die unter dem Gesetz Nr. 8 erforderlichen Berge an Schreibearbeiten.

Captain John Hughes (31) diente zuerst bei einer Kampftruppeneinheit, die im Juli 1944 in Europa eintraf; im Mai/Juni 1945 kam er nach Gießen, wo er innerhalb seiner ersten sechs oder sieben Monate als Labor Officer, als Public Utilities Officer und dann als Post, Telephone and Telegraph Officer fungierte. Im Januar 1946 war er assistant director des Detachment G-35. Captain Hughes war College-Absolvent und hatte vor dem Krieg als Vertreter für die Fidelity Insurance Company of New York gearbeitet. Der "Operations Report" gibt folgende Charakterisierung von ihm und seiner Arbeit: er ist "ein umgänglicher, angenehmer Offizier, der trotz wenig Ausbildung und Erfahrung im Bereich der Militärregierung dort offenbar gute Arbeit geleistet hat".

Der im Januar 1946 befehlshabende Offizier des Detachment G-35 war Major David Easterday (32), der gleichfalls über keine Erfahrung in Zivilangelegenheiten verfügte, als er im April 1945 von einer seit Juli 1944

²⁸ Entspricht ungefähr der elften Klasse eines deutschen Gymnasiums. Seinerzeit erreichten jedoch viel mehr Amerikaner als Deutsche diesen Bildungsgrad..

²⁹ Es ist möglich, daß Wilson und Van Nunes ungefähr zur selben Zeit in Gießen eintrafen und daß Wilson die Aufgaben von Van Nunes übernahm, als dieser irgendwann vor dem 22. Januar Gießen wieder verließ.

in Europa stationierten Infanteriedivision zur Militärregierung überwechselte. Sein erster Posten in der Militärregierung war der des Chefs des Detachment H5A9 in Henten, was etwa Ehrenclous Position in Gießen entsprach. Nach höchstens drei Monaten Dienstzeit in Henten wurde er am 15. Juli stellvertretender Leiter des Detachment der Militärregierung in Darmstadt. Dort blieb er bis zu seiner Versetzung nach Gießen wahrscheinlich am 30. November 1945. Die im "Operations Report" über seinen Zivilberuf enthaltenen Informationen sind ziemlich vage: er war College-Absolvent und hatte vor dem Krieg als "vocational and agricultural instructor" gearbeitet.

Ein weiterer Offizier, 2nd Lt. Roy Quinn (23), arbeitete als Fiscal and Property Officer, d.h. er war verantwortlich für die Prüfung der örtlichen Banken und die Berichterstattung über dieselben, für die Verwaltung der 800 Besitztümer ("Felder, Gebäude, Privathäuser, kleine Bauernhöfe und Geschäfte") im Stadt- und Landkreis, die ehemals der NSDAP und führenden Nazis gehört hatten und dann von der Militärregierung übernommen wurden, sowie für die Bearbeitung der weitere 1500 bis 2000 Besitztümer betreffenden Formulare. Neben der Entnazifizierung war Ende 1945 "property control" die Hauptaufgabe solcher Detachments wie G-35. Vor seiner Einberufung im April 1943 hatte Quinn "engineering" in Ohio studiert. Im Juli 1944 landete er in Europa und diente bei einer Panzerdivision, bevor er Mai 1945 zur Militärregierung versetzt wurde. Im Gegensatz zu seinen oben beschriebenen Kollegen erhielt Quinn eine kurze Ausbildung in "civil affairs", einen zweiwöchigen von der Neunten Armee geführten Kurs der Militärregierung in Bielefeld.³⁰ Ungefähr sechs oder acht Wochen lang arbeitete er in der Militärregierung bei Detachments in Norheim und Gotha; "am 12. Juli meldete er sich in Bad Homburg und am 15. Juli wurde er zum Detachment G-35 geschickt".

Der einzige Offizier der Gießener Militärregierung, der offenbar in seinem Spezialgebiet arbeitete, war 1st Lt. Daniel O'Rourke, der September 1945 als Legal Officer zum Detachment G-35 stieß. O'Rourke war "vor dem Krieg ein etablierter Rechtsanwalt in Chicago" und hatte sogar vor seiner Ankunft in Deutschland Kurse der Militärregierung in den Vereinigten Staaten besucht. Im Januar 1943 zum Beispiel absolvierte er die Provost Marshal School in Fort Custer, Michigan, eine Schule, die in Harold Zinks *The United States in Germany 1944-1955* kurz beschrieben wird. Da es unklar war, wohin Fort Custer-Absolventen am Ende geschickt würden, wurde ein Großteil der Ausbildung Zinks Bericht zufolge sehr allgemein gehalten und beschäftigte sich nicht speziell mit Deutschland.

In Fort Custer war die Ausbildung sehr heterogen, was einerseits vielleicht gerechtfertigt war, aber andererseits dazu führte, daß über so vieles in einer so kurzen Zeit unterrichtet wurde, daß in

³⁰ Im "Operations Report" steht - bestimmt versehentlich - "Belefeld".

vielen Fällen bei den Auszubildenden wahrscheinlich wenig oder gar nichts hängenblieb. Daher behandelten eine oder mehrere Vorlesungen das Armeepostsystem, Flugzeugidentifizierung, das Militärgesetz, die Regeln der Militärkorrespondenz, die Sicherheit, die militärischen Höflichkeitsformen und die Versorgung. Da die Auszubildenden Armeeeoffiziere waren, wurde erwartet, daß sie über Gebiete, die auf dem ersten Blick oft wenig oder gar nichts mit ihren Hauptaufgaben zu tun hatten, etwas wußten. . . . Die in Fort Custer Ausgebildeten mußten Unterweisung in der Pflege von Maschinengewehren, Gewehren und anderen Waffen über sich ergehen lassen, obwohl sehr wenige Offiziere der Militärregierung später Anlaß hatten, solche Gewehre auseinanderzunehmen und zu pflegen. Sowohl in Charlottesville [eine andere Militärregierungsschule] wie auch in Fort Custer gab es Schießübungen, aber in Fort Custer mußten die Auszubildenden mehrere Meilen zum Übungsplatz marschieren, während sie in Charlottesville dorthin gefahren wurden.

Obwohl Auszubildende in Fort Custer sechs Tage der Woche je neun Stunden Unterricht hatten, bekamen sie Zink zufolge keine ausreichende Ausbildung in deutscher Landeskunde.

Die vielleicht größte Schwäche des Programms war, daß die Auszubildenden, die mit nur wenig Kenntnis der deutschen Geschichte, der politischen, wirtschaftlichen and sozialen Institutionen und der deutschen Mentalität ankamen, fast genau so unwissend von dort wegingen. Nur wenige der Ausgebildeten hatten ein adäquates Wissen von den Menschen, den Institutionen oder der Geographie des von ihnen zu besetzenden Landes. Dieser Mangel an einer breiten und ziemlich detaillierten Kenntnis des Problemfeldes Deutschland stellte während der Besatzung eine ernsthafte Behinderung der amerikanischen Bemühungen dar.³¹

Solange in Europa noch gekämpft wurde, gab es für O'Rourke in "civil affairs" keinen Posten; er bekam daher solche Aufgaben wie das Kommando über eine Einheit, die mit der Überwachung von Kriegsgefangenen in den Vereinigten Staaten beauftragt war. Irgendwann vor Juli 1945 besuchte er eine weitere Schule der Militärregierung, die Far Eastern Civil Affairs School, die an zwei verschiedenen amerikanischen Universitäten angesiedelt war. Schließlich wurde O'Rourke doch nach Übersee geschickt, aber nicht nach Japan, wie man vielleicht vermutet hätte, sondern nach Deutschland. Er bekam "für die Dauer von sechs Monaten einen vorläufigen Posten zugewiesen, um sich über die Aufgaben der öffentlichen Sicherheit bei der Militärregierung im besetzten Deutschland kundig zu machen"; darunter fielen Entnazifizierung und Polizeiaufgaben. Nach seiner Ankunft in Deutschland wurde er "eine Woche zur School of Mili-

³¹ D. van Nostrand Company: 1957, S. 11-13.

tary Government nach Bad Homburg geschickt", arbeitete dann einige Monate in Darmstadt, "wo er Aufgaben der 'public safety' wahrnahm," und wechselte schließlich im September 1945 nach Gießen über. In Gießen jedoch wurde O'Rourke nicht in "public safety" eingesetzt, d.h. in dem Gebiet, das er ausdrücklich erlernen sollte; der "Operations Report" berichtet lakonisch, daß er "sich seitdem nur Rechtsfragen widmet", und fügt hinzu, daß er in Hinsicht auf seine vorübergehenden Aufgaben "etwas verwirrt" sei.

Außerdem enthält der "Operations Report" Informationen über die sechs zum Detachment gehörenden Unteroffiziere und Mannschaften, von denen zwei offensichtlich in ihrem Gebiet erfahren und hochqualifiziert waren. Tec 3 Anthony Crea zum Beispiel war "an investigator and legal clerk" für das Detachment und wurde mit verschiedenen Untersuchungen beauftragt; als er sich 1942 freiwillig meldete, war er Rechtsanwalt. Seit Januar 1944 war er in der Militärregierung in Europa tätig, d.h. er muß eine Ausbildung in "civil affairs" gehabt haben, bevor er eine Woche nach der Landung in der Normandie auch in Frankreich eintraf. Da er "bei einem Civil Affairs Detachment dolmetschte", muß er wenigstens eine Fremdsprache, wahrscheinlich Deutsch, gesprochen haben. Es gibt leider keine weitere Informationen über Crea, nicht einmal über den Zeitpunkt seiner Ankunft in Gießen. Der Verfasser des Berichts ist jedoch offensichtlich von ihm beeindruckt: "Der Mann ist für einen wichtigeren Posten in der Militärregierung gut qualifiziert."

Im Januar 1946 war Tec Sgt. Max Zackmann (33), der Hauptverantwortliche für die Displaced Persons und Flüchtlinge betreffenden Aufgaben, wahrscheinlich der Mann mit den unterschiedlichsten Lebenserfahrungen innerhalb des Detachments. Er war Absolvent der Universität von Toulouse, wo er Agrarwissenschaft studierte, und bevor er sich 1942 freiwillig bei der Armee meldete, hatte er als Verwalter einer etwa 320 ha großen Farm gearbeitet. Er war seit Anfang 1944 in Europa stationiert und "von Anfang an" im Aufgabenbereich der "civil affairs" der Militärregierung dabei. Er muß auf jeden Fall eine für die Militärregierung relevante Ausbildung gehabt haben. Er sprach fließend Russisch und Französisch und, da er das Army Specialized Training Program (ASTP) an der Fordham University in New York besuchte, hatte er außerdem wahrscheinlich Grundkenntnisse in Deutsch. Harold Zink zufolge wurde dieses Programm ins Leben gerufen

um eine ausgewählte, kleine Gruppe von Unteroffizieren für besondere Programme auszubilden. Da der Schwerpunkt auf Landeskunde und Sprachen lag, schien einer der Hauptzwecke gewesen zu sein, Unteroffiziere für Besatzungsaufgaben verfügbar zu machen. Viele haben sich lobend über die Qualität der für die ASTP-Einheiten ausgewählten junge Männer geäußert. ... Im allgemeinen war der Unterricht [in Landeskunde und Fremdspra-

chen] besser organisiert und die dafür vorgesehene Zeit angemessener als in Fort Custer oder in anderen rein militärischen Lagern. Viele der jungen Männer erwarben ausreichende Kenntnisse in der von ihnen gelernten Sprache, und außerdem wurden sie einigermaßen mit der Geographie, den Institutionen und den Menschen eines bestimmten Landes vertraut gemacht.

Zink zufolge lag die Hauptschwäche des Programms darin, daß "die Gruppe zu gut war, als daß man sie für Aufgaben in den besetzten Gebieten hätte reservieren können; ihr sofortiger Einsatz bei den Kampftruppen wurde zu dringend und zu häufig verlangt". Zink kommt zu dem Schluß, daß verhältnismaßig wenige dieser Männer in Detachments der Militärregierung in Deutschland eingesetzt wurden.

Diejenigen, die zufällig doch nach Deutschland kamen, erwiesen sich aus verschiedenen Gründen als besonders nützlich: wegen ihrer eigenen Fähigkeiten, ihrer Deutschkenntnisse, ihrer Vertrautheit mit den deutschen Institutionen und mit der deutschen Mentalität. Die wichtigste in Hinblick auf die ASTP-Männer in Deutschland geäußerte Kritik war, daß sie "zu gut waren und zu viel wußten", was zeigt, daß sie in einigen Fällen den Offizieren in ihren Einheiten überlegen waren.³²

Zackmann mag daher einer der wenigen ASTP-Absolventen gewesen sein, die bei der Militärregierung in Deutschland landeten. Sein Lebenslauf scheint auch Zinks allgemeine Schlußfolgerung zu bestätigen: Zackmanns Kenntnisse der relevanten europäischen Sprachen, seine langen Erfahrungen in Frankreich und seine Fordham-Ausbildung lassen darauf schließen, daß seine Fähigkeiten und Qualifikationen besser waren als die vieler der ihm vorgesetzten Offiziere. In einem muß man jedoch vorsichtig sein. Ohne Beweis zu behaupten, daß Zackmann in deutscher Sprache und Landeskunde ausgebildet war, da er nach Deutschland geschickt wurde, wäre voreilig. Ein ehemaliger Sprachlehrer an einem ASTP-Programm zum Beispiel berichtet über die Logik der Armee: "Meine erste Aufgabe an einem ASTP-Programm war es, Soldaten in Deutsch auszubilden. Sie wurden sämtlich zu den Gebieten im Pazifik geschickt."³³

Außer Crea und Zackmann gibt der "Operations Report" eine kurze Beschreibung von zwei weiteren Mitgliedern der Militärregierung in Gießen: Corporal William Rigsbee (19), "acting chief clerk", und Private First Class James Spratt, "acting Motor Pool Sergeant". Rigsbee war erst seit Ende 1944 bei der Armee; am 1. November 1945 wechselte er zur Militärregierung über. Vor seiner Einberufung hatte er zwei Monate lang Betriebswirtschaft an einer Universität in den Vereinigten Staaten studiert und dann als Büroangestellter bei einer Versicherungsfirma gearbeitet.

³² S. 14-15.

³³ Hochschuloffiziere, S. 92.

Rigsbee schätzte sich selbst anscheinend so ein: "da er hauptsächlich als Bürokraft gearbeitet hat, hat er das Gefühl, keine Qualifikationen für einen bestimmten Posten bei der Militärregierung zu besitzen". Spratt, der im Zivilleben als "Autoschlosser, Künstler und Bauarbeiter" gearbeitet hatte, wurde im Sommer 1942 eingezogen und im Oktober 1945 zur Militärregierung versetzt. "Obwohl er keine Ausbildung in den Aufgaben der Militärregierung hatte, leistet er in Bezug auf das Motor Pool und die Organisierung von Transportmöglichkeiten für das Detachment gute Arbeit."

Einige der zum Detachment G-35 gehörenden Männern gefielen offensichtlich ihre Aufgaben; sie hatten es nicht eilig, nach Hause zurückzukehren. Die Namen von zwei von ihnen tauchen als Chefs von Detachments der Militärregierung in anderen deutschen Städten auf späteren "station lists" auf: Major Easterday wechselte zuerst nach Büdingen und dann nach einigen Monaten nach Wetzlar über; Captain Hughes wurde Chef der Militärregierung im Landkreis Lauterbach. Anthony Crea, der Anwalt, hatte sich darum beworben, als Zivilist bei der Militärregierung zu bleiben, und Zackmanns Bitte um eine Versetzung innerhalb der Militärregierung zeigt ebenfalls sein Vorhaben, in Deutschland zu bleiben. Die übrigen Männer dagegen leisteten wahrscheinlich einfach ihren Dienst ab; viele versuchten auch in Gesprächen mit ihren Vorgesetzten keineswegs zu verbergen, wie sehr sie ihre Heimreise herbeisehnten. Der "Operations Report" zitiert einige: "Sobald er entlassen werden kann, möchte er zu seiner früheren Stelle zurückkehren" (Lt. Tozer); "arbeitet gern bei der Militärregierung, möchte aber, sobald er genügend Punkte zusammen hat, zu seiner Familie zurückkehren" (Lt. Wilson):³⁴ "es liegt ihm viel daran, nach Hause zu gehen und seine Anwaltspraxis wiederaufzunehmen" (Lt. O'Rourke); "möchte nach Hause gehen und studieren" (Pfc. Spratt); "er hat keinerlei Interesse in einer Stelle bei der Militärregierung zu bleiben . . . sondern möchte zurückkehren, um sein Studium abzuschließen" (Cpl. Rigsbee).

Der "Operations Report" erwähnt zwar vier weitere im Januar 1946 zum Detachment gehörende Männer, zwei Offiziere und zwei Soldaten, aber er gibt so gut wie keine Informationen über sie. Captain Paul Morton, Public Health Officer, war vorübergehend von der Medical Group nach Gießen abgeordnet und blieb höchstens einige Monate in der Stadt. Als der Bericht verfaßt wurde, war 1st Lieutenant Donald Shea, Administrative Officer, auf einem dreißigtägigen Urlaub in den Vereinigten Staaten. Shea war anscheinend seit mindestens Juni 1945 in Gießen und zeitweilig mit den Aufgaben der Public Safety betraut; näheres ist in dienstlicher Hinsicht über ihn nicht bekannt.³⁵ Was die zwei weiteren Männer angeht, so

³⁴ Siehe unten S. für eine Erklärung des Punktsystems.

³⁵ Für weitere Informationen über Shea vgl. Humphrey, Dedner, Haaser, Lagenkemper

weiß man über den dem Transport zugewiesenen Charles Remmy gar nichts, über den der Public Safety zugewiesenen Tec 4 Norbert Bittner nur, daß er als Zivilist in der Textilbranche arbeitete.

Die Tatsache, daß man über diese Männer keine Informationen hat, ist typisch für die meisten der 1945 zum Detachment G-35 gehörenden Soldaten. Gewöhnlich enthalten die in den auf Mikrofiche in Deutschland verfügbaren Akten des OMGUS keine biographischen Daten. Die vielen Vorgänger der in dem "Operations Report" beschriebenen Männer waren Soldaten, über die wenig oder gar nichts bekannt ist, Männer, die die Stadt betraten und wieder verließen, ohne eine Spur zu hinterlassen, deren Präsenz in Gießen bestenfalls durch einen in einem Bericht erwähnten Namen oder eine auf einem Dokument geleistete Unterschrift aktenkundig ist.

Trotz des weitgehenden Mangels an Informationen über viele Männer, die bei der Gießener Militärregierung arbeiteten, lassen sich doch einige Verallgemeinerungen treffen: die meisten hatten keine Spezialausbildung, die auf die von ihnen zu erfüllenden Aufgaben zugeschnitten war; die Mehrheit hatte keine besonderen Kenntnisse von Deutschland, seiner Geschichte, seinen Traditionen, Institutionen und Menschen; fast alle konnten kein Deutsch und mußten sich daher auf ihre deutschen Mitarbeiter, besonders auf ihre Dolmetscher, völlig verlassen; kaum einer blieb in seiner Stelle lange genug, um sie zu meistern, oder in der Stadt lange genug, um ihre Bevölkerung und deren Probleme kennenzulernen.

Besonders in den ersten Jahren gab es in der Wilhelmstraße ein permanentes Kommen und Gehen. Es gab fünf kommandierende Offiziere der Militärregierung innerhalb ihrer ersten fünfzehn Monate: Captain V.L. Ehrenclou (29. März - 13. Oktober 1945), Major Phil A. Adams (13. Oktober - 30. November 1945), Major David Easterday (30. November 1945 - Mitte/Ende März 1946), Captain Clarence H. Lenneville (Mitte/Ende März - Juni 1946) und Major Charles F. Russe. Von den Männern, die in dem Anfang 1946 verfaßten "Operations Report" erwähnt werden, war fast die Hälfte, Offiziere eingeschlossen, seit weniger als drei oder vier Monaten in Gießen; manche hatten schon Pläne weiterzuziehen. Hughes, einer der am längsten, nämlich seit Sommer 1945, in Gießen stationierten Offiziere, erwartete innerhalb der nächsten Monate versetzt zu werden; Zackmann, der sehr erfahrene Unteroffizier, hatte sich um eine Versetzung beworben und war angewiesen, sich für eine einmonatige vorübergehende Tätigkeit in Berlin zu melden. Von den neunzehn Männern, fast nur Offiziere, deren Namen in verschiedenen zwischen April und November 1945 geschriebenen und auf Gießen bezogenen Dokumenten erwähnt werden, waren Januar 1946 nur noch vier in Gießen, und einer von ihnen war erst im November gekommen.

(Hg), Als Amerika nach Gießen kam (Gießener Allgemeine 1997).

Die schädlichen Auswirkungen dieses ständigen Wechsels innerhalb einer Gruppe, die Sachkenntnisse hauptsächlich am Arbeitsplatz erwarb, wurden Ende März 1946 von einem sich gerade in Gießen aufhaltenden Denazification Inspection Team offiziell bemerkt. "Wegen a) des ständigen Wechsels des Special Branch Officer, b) des Mangels an hinreichendem Personal, c) der mangelhafter Büroorganisation und d) schlechter Arbeit hat Special Branch die Kontrolle über die Entnazifizierung innerhalb des Verwaltungsbezirks völlig verloren."³⁶ Häufige Versetzungen müssen auch in vielen anderen Bereichen die Arbeit des Detachments behindert haben.

Der ständige Wechsel trug sicherlich dazu bei, daß die Militärregierung sich noch viel mehr auf die Leute stützen mußte, die am längsten in der Wilhelmstraße gearbeitet hatten, d.h. hauptsächlich auf ihre deutschen Mitarbeiter. Um die oft komplexen Aufgaben zu verstehen und die tägliche Arbeit verrichten zu können, waren die Offiziere offensichtlich auf deren Hilfe angewiesen. Aus der erstaunlich großen Anzahl der sprachliche Fehler, die besonders Ende 1945 in den von den Offizieren des Detachment verfaßten Berichten zu finden sind, aus Fehlern, die ein Muttersprachler kaum machen würde, kann man schließen, daß einige Offiziere ihre deutschen Mitarbeiter wohl Berichte haben schreiben lassen.³⁷ Auch fanden sie es nicht nötig oder hatten nicht genug Zeit, viele Berichte vor deren Verschickung zu korrigieren.

³⁶ 8/79 - 1/4.

³⁷ Vgl. Gimbel, S. 40. Auf Grund der vom Marburger Detachment geschriebenen Berichte kommt Gimbel zum selben Urteil.



Weibliche Angestellte der amerikanischen Militärregierung in Gießen, 1945 (Bild: Roth/Dedner)

Es gab natürlich einen weiteren Grund, weshalb die für die Gießener Militärregierung arbeitenden Deutschen unentbehrlich waren. Die große Mehrzahl der Offiziere und Soldaten konnte keine Sprache außer Englisch; für sie schufen die deutschen Mitarbeiter, besonders die Dolmetscher, die nötige sprachliche Brücke zu der deutschsprachigen Bevölkerung jenseits der Villa Rinn.³⁸ Einige zeitgenössische Beobachtungen zeigen deutlich, daß deutschsprechende zum Detachment G-35 gehörende Soldaten eine Seltenheit waren. In einem über einen kurzen Besuch in Gießen Ende April 1945 verfaßten Bericht bemerkt der fließend Deutsch sprechende E.Y. Hartshorne, später University Officer für Hessen, den Mangel an linguistischer Kompetenz innerhalb des Detachment. Harshorne kam nach Gießen, um "sich über die Situation der Presse zu informieren", und wollte sich mit einem örtlichen Drucker und Verleger treffen. "Ging zu ihm zusammen mit einem Leutnant der Militärregierung, der eher überflüssig als hilfreich war, da er die falsche Adresse hatte und kein Deutsch konnte. Ging stattdessen zu der einzigen 'weißen' Kontaktadresse³⁹ auf meiner Liste (Professor Fischer) und konnte mich schließlich von beiden, dem Leutnant und Fischer, losmachen." In einem späteren Gespräch mit dem Professor erfuhr Hartshorne, daß er Mitglied der NSDAP gewesen war. "Dies war etwas bestürzend, da ich wußte, daß er im Büro der Militärregierung als Dolmetscher beschäftigt war. Weiß Gott, was sie ohne ihn anfangen würden - der einzige Offizier, der Deutsch kann, ist Captain Strauss."⁴⁰

Nach Albin Mann, einem späteren Gießener Bürgermeister, rührten sehr viele Schwierigkeiten, die das Detachment G-35 mit der deutschen Bevölkerung hatte, daher, daß die Männer der Landessprache nicht mächtig waren. Im Juni 1946 wurde er gefragt, wie er die Erfolge und Mißerfolge der Militärregierung einschätzen würde; als Antwort nannte er das Sprachproblem als das größte Problem der Amerikaner überhaupt:

Most serious reason for lack of understanding between Military Government and population is the language barrier. He regrets that most conferences have to pass through a system of interpreters, whose sympathies are often doubtful or whose intellectual abilities not sufficient. He sees an important step forward in the creating of

³⁸ Ein im März 1946 geschriebenen "Denazification Inspection Report" (8/79 - 1/4) zeigt, daß jemand, der überhaupt kein Englisch sprach, auch für die Militärregierung arbeiten konnte. In der Beurteilung eines "Special Branch investigator" heißt es: "Die Arbeit eines Mitarbeiters, der mit der Auswertung von Fragebögen beauftragt ist, wird durch die Tatsache behindert, daß er keine deutsche Übersetzung der Anweisungen hat, da er kein Englisch spricht."

³⁹ Als "weiß" wurde bezeichnet, wer während des dritten Reiches mutmaßlich kein Nazi gewesen war.

⁴⁰ "Initial Report to SHAEF", aus dem Nachlaß von Edward Y. Hartshorne mit Erlaubnis von Robin Hartshorne. Die unten zitierten Exzerpte aus Hartshornes Briefen und seinem Tagebuch entstammen derselben Quelle.

a better understanding by the increased employment of German speaking American personnel.⁴¹

Ob solches Personal in Gießen je erschien, ist höchst zweifelhaft. Mehr als fünfzig Jahre nach Beginn der Besatzungszeit kann natürlich ein Außenstehender nicht mehr feststellen, ob Manns Urteil über die Fähigkeiten und politische Überzeugungen der Dolmetscher zutrifft. Richtig ist wohl, daß viele der bei der Militärregierung arbeitenden Männer die genannte Inkompetenz oder zweifelhafte Sympathien nicht bemerkt hätten. Einerseits wären ihnen bestenfalls wirklich grobe Sprachfehler aufgefallen; die Qualität und Richtigkeit einer Übersetzung hätten sie nicht beurteilen können. Andererseits stellten sie häufig, wenn nicht regelmäßig, ihre deutschen Mitarbeiter ein, ohne nach deren Hintergrund, politischen Überzeugungen und sprachlichen Fähigkeiten zu fragen, geschweige sie zu überprüfen. Nach Erzählungen von Zeitzeugen zu urteilen,⁴² war oft eine zufällige Begegnung mit einem englischsprechenden Deutschen ein genügender Grund, die Person als Übersetzer oder Dolmetscher einzustellen. Ein ehemaliger amerikanischer Hauptmann, 1946 kommandierender Offizier einer Versorgungseinheit in Lich, erzählt, wie es zu der Einstellung seines zweiten Dolmetschers kam.

Am nächsten Tag kam ein junger Mann herein. Er war einer von diesen schwer zu beschreibenden Typen. Er sagte mir in perfektem Englisch, völlig ohne Akzent, "Ich habe gehört, daß Sie einen Dolmetscher brauchen". Ich sagte, "Ja, das stimmt. Sind Sie Amerikaner?" Er verneinte und erzählte, daß er in Deutschland geboren wurde, daß seine Eltern irgendwann Mitte der zwanziger Jahre in die Vereinigten Staaten gegangen seien und daß er dort einige Jahre gelebt habe. . . . 1938 kam seine Familie wegen eines längeren Besuchs nach Deutschland zurück. Aber dann verweigerte ihnen die deutsche Regierung . . . die Rückreise nach Amerika. Der junge Mann wurde in die deutsche Armee eingezogen, aber als Dolmetscher eingesetzt. . . . Ich habe ihn sofort eingestellt, und er war mir wirklich unentbehrlich.⁴³

Mit so wenig biographischen Informationen über den jungen Mann und ohne verifizierende Dokumente konnte der Hauptmann überhaupt nicht wissen, wen er gerade einstellte. Dasgleiche traf zu, wenn Offiziere der Militärregierung englischsprechenden Deutschen, die sie zufällig auf der Straße kennenlernten, Stellen anboten. Die bloße Tatsache, daß die Lebensläufe vieler wichtigen deutschen Mitarbeiter nicht überprüft wurden, heißt natürlich nicht, daß sie inkompetent oder nicht zuverlässig waren. Es

⁴¹ 8/195-1 - 1/11.

⁴² Vgl. einige Berichte in: Als Amerika nach Gießen kam.

⁴³ Nach mündlichen Mitteilungen von Feston Fitzberger, Buena Vista, Nirgina (Frühjahr 1995).

zeigt jedoch, wie dringend die Amerikaner Hilfe brauchten, wie vertrauensvoll sie in ihren menschlichen Kontakten waren und wie unprofessionell die damalige Situation anscheinend behandelt wurde.

Ein weiterer Punkt ist gleichfalls klar: hätten die Männer vom Detachment G-35 etwas Deutsch gekonnt und einiges über Deutschland gewußt, wären sie nicht von ihren Dolmetschern und anderen deutschen Mitarbeitern so total abhängig gewesen, so hätten sie vielleicht nicht alles für bare Münze nehmen müssen, was die von ihnen ernannten örtlichen Beamten in ihren Berichten schrieben, in Berichten, die nur die Informationen enthielten, die nach Ermessen der deutschen Amtsträger die Militärregierung bekommen sollte.⁴⁴ Solche Debakel wie die Entnazifizierung der Stadtverwaltung, wo die Militärregierung sich von Oberbürgermeister und dann Bürgermeister Dönges bei der Antwort auf die Frage, ob städtische Angestellte wirklich entlassen oder degradiert worden waren, hinters Licht geführt fühlte, wären möglicherweise vermeidbar gewesen.⁴⁵ Gleichfalls hätten die Männer der Militärregierung vielleicht nicht so oft das Gefühl gehabt, daß das Vertrauen, das sie den deutschen Mitarbeitern entgegenbrachten, mißbraucht worden sei.

Ein Bericht vom Oktober 1946 zeichnet die traurige Geschichte eines Mitarbeiters der Militärregierung auf, der in Diebstähle und Schwarzmarktaktivitäten verwickelt war. Dieser Autoschlosser, "der, wie wir dachten, einer der vertrauenswürdigsten Mitarbeiter war und der über 18 Monate für das Detachment gearbeitet hatte", tauschte Teile eines einem anderen Deutschen gehörenden und einige Tage in dem Motor Pool abgestellten Autos aus und verkaufte sie dann. Der Mann wurde später verhaftet, aber auf den Verfasser des Berichts hinterließ sein Verhalten einen unauslöschlichen Eindruck. Anstatt das Geschehen philosophisch zu nehmen - schließlich war er nicht der erste Arbeitgeber, der von einem Arbeitnehmer betrogen wird -, nimmt er den Autoschlosser als Vertreter des gesamten deutschen Volkes, eines Volkes, dem er, wie er sich ausdrückt, in der Vergangenheit viel zu naiv begegnet sei. "Die Moral hiervon ist, daß man keinem Deutschen trauen kann, egal wie lange er für dich gearbeitet hat."⁴⁶

Frühere Entdeckungen, daß andere für vertrauenswürdig gehaltene Mitarbeiter der Militärregierung mehr oder weniger enge Verbindungen mit der NSDAP verborgen hielten, mag die Enttäuschung des Verfassers über die moralische Entgleisung des Autoschlossers noch vertieft haben. Im März 1946 entdeckten zwei Armeeeinspektoren, die die Entnazifizierungsarbeit des Detachment G-35 überprüften, daß einige Mitarbeiter der Gießener Militärregierung ohne richtige Nachforschungen angestellt worden

⁴⁴ Vgl. A German Community, S. 41-44.

⁴⁵ Vgl. 8/45 - 2/23.

⁴⁶ 5/8 - 3/1. "Chronicle of Main Events".

waren und daß sie den strikten Entnazifizierungskriterien nicht genügen würden, die das Detachment gerade für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und in der Industrie anwendete. Einer mußte nie einen Fragebogen ausfüllen, weil er Holländer war; einer "kam 1935 aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland, wurde angeblich von der Gestapo verfolgt, bekam jedoch sofort eine Arbeitsstelle bei der deutschen Armee"; eine Frau war Sekretärin eines Studentenführers gewesen; ein anderer Mitarbeiter war "zwischen 1935-1942 Mitglied der HJ und wurde dann am 1. Oktober 1942 in seinem zwanzigen Lebensjahr Mitglied der NSDAP"; eine weitere Frau war "6 Monate auf Kosten des Reichsstudentenführers in Frankreich herumgereist".⁴⁷

Wie Ehrenclous Zornaubruach über die Notwendigkeit, pünktliche aber vielleicht ungenaue Berichte einschicken zu müssen, und die Frustration seines Kollegen über die fruchtlosen Diskussionen über mögliche Hilfeleistungen war die unverhohlene Enttäuschung des von dem Autoschlosser betrogenen Offiziers eine der seltenen persönlichen Bemerkungen in sonst trockenen und weitgehend farblosen Berichten. Wenn man jedoch nach solchem gelegentlichen Aufblitzen des individuell Persönlichen sucht, bekommt man einen Einblick in die Gefühle der namen- oder gesichtslose Männer der Militärregierung, Männer, die sicherlich ihre eigenen Meinungen über die von ihnen geleistete Arbeit hatten, die aber diese Meinungen meist nicht in einem heute noch auffindbaren Dokument niederschrieben.

Wie oben erwähnt, schienen die Verfasser der Berichte aus Gießen ehrlich um die Nöte der Zivilbevölkerung bemüht und sehr willig zu sein, den Gießenern bei der Beschaffung adäquater Wohnräume und genügender Lebensmittel zu helfen. In den historischen Berichten findet man häufig Ermahnungen an Vorgesetzte der Militärregierung, daß die Wohnlage in Gießen kritisch sei: "[d]ie Stadt Gießen ist eine der Städte, die auf Grund konzentrierter Luftangriffe extrem hohe Schäden erlitten hat. Früher verfügte diese Stadt über ungefähr 12.000 Wohnungen, wovon 4.000 total zerstört wurden und weiteren 12.600 zur Zeit unbewohnbar sind." (Oktober 1945) "Diese Gerüchte [daß weitere Häuser für amerikanische Truppen beschlagnahmt werden sollen] verursachen eine alarmierende Unruhe, da die jetzigen Wohnverhältnisse in der Stadt so sind, daß zur Zeit 70% der früher in Gießen wohnenden Bevölkerung 25% der früher zur Verfügung stehenden Häuser bewohnt und daß sogar diese Häuser sehr häufig ohne Glasscheiben und ohne richtige Dächer sind." (Dezember 1945) Oft enthalten Berichte positive Bemerkungen über die Arbeit der deutschen Amtsträger. Die Polizei, deren Bitte um Waffen immer enthusiastisch unterstützt wurde, erntete häufig ein besonderes Lob. Auch erstaunt es in Hinblick auf den von Prostituierten verursachten Ärger, daß der Verfasser des "Historical Report" vom September 1945 bei der Be-

⁴⁷ 8/79 - 1/4. "Denazification Inspection Report" 26 March to 30 March 1946.

schreibung der Lage so vieler dieser Frauen viel Verständnis und Einfühlungsvermögen zeigte.

Die Frauen kommen von überall in Deutschland und haben es unter schwierigen Bedingungen geschafft, hierher zu kommen. Einmal hier angekommen, haben sie weder Essen noch Unterkunft und sind deshalb bereit, wegen eines Nachtlagers mit Soldaten zu gehen. Nachdem sie so durch halb Deutschland gereist sind, ist es nicht weiter verwunderlich, wenn sie in unserem Krankenhaus in Laubach [für Geschlechtskrankheiten] landen. Die Frage drängt sich auf, was mit diesen Mädchen passieren soll, wenn sie geheilt sind. Soll es ihnen erlaubt werden, oder sollen sie geradezu gezwungen werden, ihr altes Leben wiederaufzunehmen, und in einigen Wochen landen sie dann wieder in unserem Krankenhaus?

1945 schienen einige amerikanische Offiziere das Gefühl zu haben, daß die von ihnen anzuwendenden Entnazifizierungsanweisungen manchmal zu streng waren und daß in einigen Fällen Deutsche zu schwer bestraft wurden. Sie ergriffen für einzelne Personen Partei, wie zum Beispiel für ein führendes Parteimitglied einer noch zu gründenden politischen Partei, der zwar nie Mitglied der NSDAP gewesen war, der aber von seiner Stelle als Schulrat entlassen wurde und nicht Gründungsmitglied werden durfte, nur weil er die zuvor von einem inzwischen Eingezogenen wahrgenommene Aufgabe des Luftschutzuntergruppenführers freiwillig übernommen hatte.⁴⁸ Sie bemühten sich außerdem um Gruppen, deren Behandlung sie unfair fanden. "Einige Personen, die nach den Richtlinien summarisch entlassen wurden, weil sie vor 1937 kurze Zeit Parteimitglieder waren, die sich aber später entschlossen, die Partei nicht zu unterstützen, wurden ebenso behandelt wie Aktivisten, die die ganze Zeit Parteimitglieder blieben."⁴⁹ Andererseits hatten einige amerikanische Offiziere kein Mitleid mit ehemaligen Nazis, die sich ihrer Meinung nach aus ihren wohlverdienten Schwierigkeiten herauszutricksen suchten. Derselbe Offizier, der über das obengenannte Parteimitglied berichtete, empfand nichts als Verachtung für einen um Wiedereinstellung bittenden ehemaligen Lehrer.

Die Entnazifizierung der Lehrer macht Fortschritte und gleichzeitig verursacht sie manch einem ehemaligen Nazi-Lehrer Kopfschmerzen. Einige versuchen in jeder erdenklichen Weise nachzuweisen, daß sie nie echte sondern nur nominelle Nazis waren, da sie in die Nazigruppierungen hineingezwungen wurden.

Einer wurde zum Beispiel 1933 Parteimitglied, trat im nächsten Jahr der SA bei und ist immer noch unverschämt genug zu behaupten, er sei kein Nazi gewesen. Er geht sogar so weit, zu sagen, falls er nicht wiedereingestellt werde, werde er sich vergiften. - Nun, wenn alle Nazis vor 1933 Gift genommen hätten, wären

⁴⁸ "Historical Report for October".

⁴⁹ 8/191 - 1/10. "Military Government Report" 17 October 1945.

heute Millionen von Menschen noch am Leben und es gäbe jetzt keinen Grund für die Nazis, in ihre ehemaligen Stellen zurückzukriechen.⁵⁰

Dieser Offizier - Major Adams, Chef des Detachment im Oktober 1945 - war offenbar in der Lage, zwischen verschiedenen Arten von Deutschen und sogar zwischen verschiedenen Arten von ehemaligen Nazis zu unterscheiden. Viele andere Amerikaner urteilten genau so fair. In dem bisher gesichteten Material gibt es keine Spuren einer allgemeinen Verurteilung des deutschen Volkes, keine Evokation einer Kollektivschuld, kein Ausdruck der Zufriedenheit darüber, daß die hungrigen Deutschen in ihren ausgebombten Städten ihr wohlverdientes Los bekommen hätten. In den vielen Berichten gab es nur eine einzige Verallgemeinerung über "die" Deutschen.

Im August war die allgemeine Wirtschaftslage in Gießen durch Chaos und Unentschlossenheit gekennzeichnet. In der Vergangenheit wurden die Deutschen durch ein Kastensystem indoktriniert und bekamen konkrete Befehle und Anweisungen von ihren höheren Hauptquartieren, so daß es auf der Ebene von Kreis und Stadt heute keine persönliche Initiative gibt. Die Entlassung von kompetenten Amtsleitern wegen ihrer politischen Zugehörigkeit hinterließ eine örtliche Regierung, die sehr unzureichend funktioniert.⁵¹

Es ist unklar, ob hier der Verfasser der jüngsten Nazi-Vergangenheit oder einer allgemeinen "deutschen Mentalität" die Schuld gibt, wahrscheinlich dem ersten. Auf jeden Fall versucht er ein Verhaltensmuster, das er als fremd und frustrierend empfindet, zu verstehen. Verfechter des interkulturellen Verstehens können kaum mehr verlangen.

IV. Die Militärregierung nach 1945

Die Männer, die während der ersten neun Monate der Besatzung die Gießener Militärregierung bildeten, hatten andere Anliegen, andere Ziele, andere Lebensläufe und Erfahrungen als die Männer, die zwischen 1946 und 1949 in der Wilhelmstraße arbeiteten. Die Lage in Gießen war auch nicht die gleiche. Bis Ende 1945 hatten die Militärregierung und die von ihr eingesetzten deutschen Beamten mit der Gießener Bevölkerung zusammen die wichtigsten der im März 1945 von der Stadt zu meisternden

⁵⁰ "Historical Report for October".

⁵¹ "Historical Report for August".

Schwierigkeiten überwunden: die schlimmsten Trümmer waren von den Straßen entfernt; das öffentliche Transportsystem funktionierte wieder; die Versorgungsunternehmen mit der Ausnahme von Gas waren repariert; die Stadt wurde mit Lebensmitteln beliefert; Maßnahmen wurden ergriffen, um die Wohnungsnot zu lindern; viele Schulen waren wieder eröffnet, und die politischen Parteien nahmen ihre Arbeit wieder auf. Schwere Zeiten standen noch bevor - besonders in Hinblick auf die Beschaffung von Lebensmitteln -, aber ein funktionierender deutscher Verwaltungsapparat war geschaffen, um mit ihnen fertig zu werden.

Auf allen Ebenen der Militärregierung wurden Veränderungen in dem Verhältnis zwischen amerikanischen Offizieren und den von ihnen ernannten deutschen Amtsträgern eingeführt, um dieser geänderten Situation gerecht zu werden. Die am 19. September 1945 bekanntgegebene Proklamation Nr. 2 schuf ein neues Regierungsgebilde, Großhessen; zugleich übergab sie die legislative und "andere Regierungsgewalt" an "Regierungspräsidenten, Landräte, Bürgermeister und andere Beamte örtlicher Verwaltungen".⁵² Ein neuer deutscher Verwaltungsapparat übernahm einen Großteil der vordem der Militärregierung vorbehaltenen Funktionen und Macht. Vom Oktober 1945 an wurden diese Änderungen auch in den von dem Detachment G-35 verfaßten Berichten vermerkt. Die Gefängnisse fielen unter die Zuständigkeit der Stadtverwaltung, und die Bürgermeister im Landkreis berichteten nicht mehr direkt an die Wilhelmstraße, sondern nur indirekt über den Landrat. Ab November betraute das Detachment die örtliche deutsche Regierung mit wichtigen wirtschaftlichen Aufgaben wie zum Beispiel mit der Beschaffung, Zuteilung und Verteilung von Gütern; im Dezember übernahm die Stadtverwaltung die Verantwortung für Handel und Industrie, für Rationierung und Preisüberwachung, für Lebensmittelbeschaffung und zivile Versorgung. Viele Arten von Gerichtssachen, besonders Vagabundieren, wurden den deutschen Gerichten anvertraut.⁵³

Den örtlichen Detachments jedoch brachte die am 28. Dezember 1945 vom Office of Military Government Greater Hesse (OMGGH) verfügte Operational Directive Nr. 12 die entscheidende Veränderung und die kritische Aushöhlung ihrer Macht und Autorität. Die Anweisung sah vor, daß die Kreismilitärregierungen in nur fünf Bereichen zum direkten Handeln berechtigt waren: "property control" (des von der NSDAP und prominenten Nazis übernommenen Besitzes), Gerichtsbarkeit der Militärregierung, politische Aktivitäten, öffentliche Sicherheit und Entnazifizierung. "Von dem 1. Januar 1946 an sind von den Militärregierungen der

⁵² Das Recht der Besatzungsmacht. Sonderdruck aus dem Handbuch für die deutsche Polizei, hg. von Felix Brandl, Ausgabe 1947, Veröffentl. unter der Lizenz Nr. 17 (Kurt Sellin, Heidelberg) der Amerik. Militärregierung.

⁵³ Vgl. 5/8 - 3/1. Historical Report for October, Historical Report for November, Historical Report for December.

Regierungsbezirke und Kreise außer in Notsituationen weder Befehle noch Anweisungen an deutsche Amtsträger zu geben". Ausgenommen davon waren nur die fünf oben genannten Bereiche. Den örtlichen Detachments wurde zugleich eine weitere entscheidene Machtquelle entzogen, die beliebige Ernennung und Entlassung von deutschen Amtsträgern, die Entfernung aller von ihnen für Nazis gehaltenen Personen aus ihren Arbeitsverhältnissen. Die örtlichen Detachments sollten noch Fragebögen überprüfen und Entlassungsvorschläge machen, aber "Ernennung und Entlassung aller nicht gewählten deutschen Amtsträger werden unter Vorbehalt der Genehmigung durch das Office of Military Government for Greater Hesse von dem Landesministerpräsidenten oder seinem ernannten Stellvertreter vorgenommen." Ab dem 1. Januar 1946 sollten die örtlichen Detachments der Militärregierung in erster Linie als Augen und Ohren fungieren: "In ihren sonstigen Aktivitäten haben sich die auf Regierungsbezirk und Kreis eingesetzten Militärregierungen auf Inspektion und Berichterstattung zu beschränken."⁵⁴ Diese Funktionsänderung schlug sich später in der nach Mai 1946 vorgenommenen Umbenennung aller Einheiten der örtlichen Militärregierung nieder; statt Detachment Nr. ..., hießen sie jetzt Liaison and Security Offices (LSOs). Auch waren die Funktionsträger jetzt zunehmend ehemalige Soldaten, die zum zivilen Status zurückkehrten oder Personen, die nie beim Militär gewesen waren.

Viele, wenn nicht die meisten Offiziere der Militärregierung waren über die von der Operational Directive Nr. 12 bewirkte Machtverschiebung alles andere als glücklich. Der "Operations Report" vom Januar enthält zum Beispiel eine lange und unmißverständliche Ablehnung des gesamten hinter der Veränderung stehenden Konzepts. Die Idee der Demokratie wird hier häufig beschworen; die mitklingende Besorgnis über das Verschwinden der Macht kann jedoch nicht überhört werden.

Diese neue Veränderung im Kontrollmechanismus schreibt nicht nur ein sehr langes, umständliches, beschwerliches und schwieriges Verfahren vor, um belastete oder inkompetente Amtsträger und Arbeitnehmer [officials and employees] zu entlassen. Sie liefert gleichzeitig ein fertiges Instrument einer diktatorischen, zentralisierten Regierungskontrolle durch den Landespräsidenten. Dies ist den Zielen der Vereinigten Staaten, die die Entwicklung zur Selbstautonomie und einer lokalen, demokratischen Selbstverwaltung vorsehen, genau entgegengesetzt. Die nötige Erfahrung fehlt, um die Auswirkungen richtig einschätzen zu können. Die potentielle Gefahr ist jedoch eindeutig vorhanden und sollte genau beobachtet werden.

Die neue Einschränkung der Befugnisse der örtlichen Militärregierung gegenüber den Aktivitäten und dem Personal von Landkreisen und Gemeinden wird sowohl die Beziehung zwischen der Militärregierung und der Zivilbevölkerung radikal verändern als auch die

⁵⁴ 5/8 - 3/1. Die Anweisung wird in dem "Operations Report" zitiert.

Position der auf der Ebene des Landkreises tätigen Offiziere der Militärregierung zu der von Beobachtern abschwächen. Falls zwischen der zivilen und der militärischen Gewalt ein Konflikt oder Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Interpretation oder Beurteilung entstehen sollten, könnten das Prestige und die Effektivität der Militärregierung ernsthaft gefährdet werden. . . .

Die vorgeschlagene neue Kontrollweise sollte eingehend analysiert und die von ihr ausgelösten Entwicklungen sorgfältig beobachtet werden. Dies ist die durchgreifendste Veränderung der Politik der Militärregierung, die je versucht wurde. Sie hat ein riesiges Wirkungspotential für die Zukunft Deutschlands.

Zusammen mit der Entnazifizierung und der Entmilitarisierung war bei der Besetzung Deutschlands die Dezentralisierung zweifelsohne ein zentrales Anliegen der amerikanischen Regierung. In dieser Hinsicht könnte man daher, ebenso wie der besorgte Verfasser der obigen Zeilen, Operational Directive Nr. 12 als kontraproduktiv einschätzen. Wie bei allen anderen Zielen der Besetzung jedoch verursachten veränderte Umstände eine veränderte Politik; der Herbst/Winter 1945 war in diesem Sinne eine entscheidende Periode.

Nach Beendigung der Kampfhandlungen in Japan und in Deutschland sahen die Amerikaner keine Veranlassung mehr, ihre Truppen dort zu lassen. Der Aufschrei in den Vereinigten Staaten, "die Jungs nach Hause zu bringen", und zwar schnell, war unüberhörbar; die Armee konnte es sich nicht leisten, ihn zu ignorieren. Im allgemeinen wurden Soldaten nach einem Punktsystem, dem Adjusted Service Rating, das zuerst nur für Unteroffiziere und Mannschaften galt, entlassen. Punkte wurden nach folgenden Richtlinien vergeben: ein Punkt für jeden seit September 1940 im Ausland verbrachten Monat, fünf Punkte für jede militärische Auszeichnung und zwölf Punkte für jedes Kind unter achtzehn, jedoch bis höchstens drei. Soldaten mit fünfundachtzig Punkten oder mehr konnten entlassen werden, sobald die nötigen Transportmöglichkeiten organisiert waren. Diejenigen, die weniger Punkte hatten, wurden entweder für den Dienst im Pazifik oder bei den Besatzungstruppen vorgesehen.⁵⁵ Die Männer mit der meisten Ausbildung und Erfahrung waren natürlich, außer sie ließen sich wieder einstellen, die ersten, die Deutschland verließen und ihre Stellen in der Militärregierung freimachten.⁵⁶ Ziemke schätzt, daß nach der Kapitulation Japans "40% der Offiziere und 50% der Soldaten bei der Militärregierung bis zum Ende 1945 für eine Entlassung in Frage

⁵⁵ Ziemke, S. 328-9.

⁵⁶ In A German Community (S. 39) schreibt Gimbel, daß die Armee "die Offiziere der Militärregierung als kritisch einstufte - daher fielen sie nicht unter das für die Entlassung verbindliche Punktsystem" Gimbel kommt auch zu dem Schluß, daß "kurz nach Beendigung des Krieges in Europa viele von ihnen es schafften, aus der Armee entlassen zu werden".

kamen.⁵⁷

Diese allgemeine Truppenauflösung war auch in Gießen spürbar. Verschiedene zwischen August 1945 und Juni 1946 geschriebene Berichte der Militärregierung zeigen eine stetige Verkleinerung des Detachment: im August fünfzehn Offiziere und vierzehn Soldaten, im November dreizehn Offiziere und neun Soldaten, im Dezember elf Offiziere und sieben Soldaten, im Januar sieben Offiziere und sechs Soldaten, im Februar fünf Offiziere und drei Soldaten. Bis zum Juni war das neu benannte Liaison and Security Office mit nur zwei Offizieren und zwei Soldaten besetzt, eine Zahl, die konstant blieb, bis die Militärregierung 1949 in die Obhut des Auswärtigen Amtes übergang und der örtliche Vertreter der Vereinigten Staaten in Gießen den Titel eines "Kreis Resident Officer" erhielt.

Viele über die Besatzungszeit schreibende Forscher und selbst einige ehemalige Offiziere der Militärregierung äußern sich mißfällig, wenn sie auf das Niveau der nach 1945 zu den örtlichen Militärregierungen gehörenden Männer, der Neudazugekommenen sowohl wie der Dagebliebenen, zu sprechen kommen. Alle Offiziere und Soldaten, die genügend Punkte beisammen hatten und sich für das Zivilleben und Zuhause entschieden, wurden durch Männer ersetzt, die im Normalfall Neuankömmlinge in Europa waren, die nicht mit den Kampftruppen zusammen im Dienst gestanden hatten, die nicht an der Befreiung von französischen, belgischen, holländischen, und deutschen Städten beteiligt gewesen waren und die die schlimmsten Zerstörungen des Krieges nicht miterlebt hatten. Diese Männer waren weder besonders erfahren noch besonders gut ausgebildet. Über das Detachment in Marburg schreibt John Gimbel, daß es "das Problem, adäquate Ersatzmänner zu finden, nie löste", und referiert Zinks Meinung, daß "eine der größten Schwächen des von der Militärregierung betriebenen Personalprogramms für Offiziere sein Versagen bei der Beschaffung von Ersatzmännern war".⁵⁸

Auch die Urteile vieler Offiziere und Soldaten der Militärregierung, die sich damals dazu entschlossen, in Deutschland zu bleiben, anstatt wieder in die Vereinigten Staaten zurückzukehren, fallen häufig nicht günstiger aus. Einige ehemalige Offiziere gebrauchen sehr unschmeichelhafte Worte, um ihre damaligen Kollegen zu beschreiben. Einer sagt, daß diese oft diejenigen waren,

die niedere Beweggründer hatten, nicht nach Hause gehen zu wollen. Manche verdienten mehr, als sie hätten zu Hause verdienen können, manche waren in Affären mit deutschen Frauen verwickelt, ein paar hatten sich darauf spezialisiert, Zigaretten und andere Güter aus dem PX gegen wertvolle Antiquitäten zu tauschen, manche waren Opportunisten, und von Zeit zu Zeit machten

⁵⁷ S. 364-5.

⁵⁸ A German Community, S. 39.

einige Schwierigkeiten und trugen (zusammen mit den Soldaten natürlich) dazu bei, den Ruf unseres Landes zu schädigen.⁵⁹

Andere ehemalige Offiziere behaupten, daß "diejenigen, die in den Staaten waren, die besten Stellen bekamen, das war klar. Man mußte nach Hause gehen, um an dem Wettbewerb teilzunehmen. Es gab keine Zukunft in Deutschland, das war klar."⁶⁰ "[D]ie Tendenz war, daß wir die ehrgeizigen, gut qualifizierten Personen verloren, die darauf erpicht waren, nach Hause zu gehen, weil sie weder eine Karriere noch eine echte Zukunft in der Militärregierung haben konnten und weil Arbeitserfahrung in Deutschland nicht sehr hoch angerechnet wurde, wenn sie auf einem Lebenslauf erschien."⁶¹ Ein hoher Offizier der Militärregierung riet sogar einem früheren Untergebenen, an dem er offensichtlich Interesse hatte, nicht wieder nach Deutschland zu kommen. Im August 1947 schrieb James Newmann, Chef des Office of Military Government for Greater Hesse, einem um seine Zukunftsperspektiven besorgten Rechtsanwalt, daß er besser beraten wäre, in den Vereinigten Staaten zu bleiben.

Diese Sache ist auch unsicher, vielleicht sogar mehr als Ihre zu Hause. Es gibt eine große Aufgabe hier - die ist genau so wichtig wie groß - und die L&SOs haben in dieser Beziehung eine große Verantwortung. Jede Stelle, die man hier hat, ist jedoch mit sehr viel Ungewißheit verbunden und es gibt keine Sicherheit in Bezug auf Amtsdauer oder ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis.

Es mag zwar in einigen Fällen erforderlich sein, bei uns zu Hause Leute anzuwerben, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß für jemanden mit einem Beruf und einem passablen Einkommen die Aussicht darauf sehr attraktiv wäre. . . . Obwohl die Verträge eine bestimmte Laufzeit haben, können sie fast jederzeit widerrufen werden, und niemand kann natürlich voraussagen, wann unser Land sich entschließen mag, daß es eine völlig andere Besatzung geben sollte, oder wann der Kongress die nötigen Geldmittel reduzieren oder zurückziehen wird.⁶²

Es gab offensichtlich sehr viele Ausnahmen zu diesem weitgehend traurigen Bild, und keineswegs soll der Eindruck entstehen, daß alle in Deutschland gebliebenen Offiziere oder alle nach 1945 zur Militärregierung gestoßenen Ersatzmänner ihre Arbeitsentscheidung nur aus niederen Beweggründen trafen oder nur weil ihre Inkompetenz andere Berufschancen ausschloß. E.Y. Hartshorne, der Universitätsoffizier für Hessen, der in Gießen wegen seiner festen Absicht, die Universität zu schließen, sehr wohl bekannt ist, entschied sich damals für eine wenigstens vorüberge-

⁵⁹ James L. Sundquist, "Recollections of Military Government" in: Hochschuloffiziere, S. 83.

⁶⁰ Hochschuloffiziere, S. 102.

⁶¹ Sundquist, S. 83.

⁶² 8/214 - 3/17. "Executive Officer General".

hende Karriere in der Militärregierung, eine Karriere, die beispielhaft für eine andere Art von Offizier ist: für jemand, der aus Idealismus und dem Wunsch, seine Machtposition zur Verwirklichung der von ihm als erstrebenswert angesehenen Ziele auszunutzen, bei der Militärregierung geblieben ist.

Hartshorne selbst war ebenfalls skeptisch in Hinsicht auf die Motive seiner in Deutschland bleibenden Kollegen. Als er hörte, daß ein besonders kompetenter Offizier wahrscheinlich bald zu seiner Stelle bei der "New York Times" zurückkehren würde, schrieb er in sein Tagebuch: "Die besten Männer sind zunehmend angeekelt und werden nach Hause gehen; sie werden die Inkompetenten, die ihre Macht und ihren Luxus genießen, oder die Neulinge, die nicht weg können, aber ihre Sache noch nicht beherrschen, hier lassen." Wäre er in seinem ersten Posten bei der Militärregierung geblieben, wäre auch er wohl so schnell wie möglich in die Vereinigten Staaten zurückgekehrt. Wie so viele seiner Kollegen befand er sich am Anfang in einer Stelle, für die er nicht qualifiziert war, was ihm nicht behagte. In einem Brief an seine Frau vom 1. Juli 1945 schreibt er:

Alles in allem bin ich mit meinem Wechsel [zum University Officer] sehr zufrieden. Es ist höchste Zeit, daß ich auf einer ziemlich hohen Ebene in einem Gebiet, in dem ich meinem Urteil traue, Entscheidungen treffe und Politik mache. Wie Du weißt, hatte ich mich mehr und mehr in Richtung Kontrolloperationen in der PWD [Psychological Warfare Division] bewegt und war dabei, die Grundlagen für die von Deutschen zu betreibenden Zeitungen zu schaffen und sogar die Leute für diese Aktivitäten auszusuchen. Die Sache in Marburg war der Höhepunkt von allem, wo ich das gesamte kulturelle Leben einer Stadt als Arbeitsgebiet hatte. Aber abgesehen von der herrlichen Aufregung, die mit einer neuen Erfahrung verbunden ist (mein Bachkonzert war das erste), wäre das auch bald langweilig geworden, weil ich im Bereich der Presse, Buchhandlungen und Musik keine besondere Kompetenz besitze. Ich hätte daher bloß die Rolle des Mäzens der Militärregierung gespielt.

Seine neue Beschäftigung als University Officer gab ihm nicht nur die Möglichkeit, sein umfassendes Wissen der deutschen Universitäten einzusetzen - vor dem Krieg hatte er darüber geforscht und geschrieben -, er bekam auch eine mit viel Macht verbundene Stelle. In einem Brief an seine Frau verhehlte er nicht, wie aufregend für ihn die neue Aufgabe war. "Nach kaum drei Wochen in der neuen Stelle befinde ich mich jetzt zusammen mit einem Generalmajor auf Reisen durch das Land. Ich bin bei der Überprüfung aller Universitäten dabei und habe eine sehr zentrale Rolle in dem ganzen Aufbauprozeß. (Ich darf nicht weiter ins Detail gehen, aber Du kannst Dir gut vorstellen, wie begeistert ich bin, mit soviel Macht das alte Thema wieder aufzunehmen.)" Wie die Erwähnung des

Generalmajors schon zeigt, war Hartshorne gegen die Privilegien der Macht nicht unempfindlich. In einem sowohl ironisch wie auch ernst gehaltenen Ton beschrieb er einige davon in seinen Briefe nach Hause. "Am Freitag besorgte ich mir eine unglaublich große Mercedes-Limousine und fuhr standesgemäß nach Wiesbaden, wo . . . ich den neuen Kultusminister der deutschen Regierung im Land Großhessen besuchte. Er saß sehr bescheiden [deutsch im Original] in einem winzigen Zimmer und sprach fast eine Stunde mit mir, während er draußen ein Zimmer voll Leute warten ließ." "Am nächsten Nachmittag fuhr ich nach Wiesbaden, wo ich mich mit dem Ministerpräsidenten Geiler und zwei anderen Beamten traf. Ich überredete sie, einem Plan zur Liquidierung der Universität Gießen zuzustimmen. Dies ist ein großer Schritt vorwärts, wozu sie in ihrem eigenen Interesse wirklich ein wenig gedrängt werden mußten."

Hartshornes Bemerkungen über seine Arbeit in Deutschland verraten jedoch auch idealistische und zweifelsohne wichtigere Motive für seine Entscheidung, einen Ruf nach Harvard abzulehnen und bei der Militärregierung zu bleiben. Hartshorne hatte klare Ziele im Kopf für die Universitäten in Marburg und Heidelberg; er wollte das Beste ihrer alten Traditionen mit demokratischen Reformen amerikanischer Art abstimmen. In einem Brief an den bekannten ehemals Gießener Germanisten Karl Viëtor drückte er zum Beispiel die Wichtigkeit der von ihm übernommenen Aufgabe aus. "Natürlich möchte ich bald nach Harvard zurück, aber während meiner täglichen Arbeit und bei meinem Kontakt zu deutschen Akademikern, die die Last der Verantwortung für den Aufbau tragen, werde ich ständig daran erinnert, daß wir jetzt erst in der Lage sind, die wirklich wichtigen Ziele des Krieges zu verwirklichen." In einem Brief an seine Frau scheint er von der Größe der von ihm übernommenen Bürde tief beeindruckt:

Wie die Sachen sind, und ich glaube, Du wirst meine Meinung teilen, bietet meine jetzige Arbeit - die Überwachung und Durchführung der "Strategie der Wiedergeburt" der deutschen Universitäten in der amerikanischen Zone - meiner einzigartigen Palette von Fähigkeiten einen einzigartigen Spielraum für Handlung und Einfluß. Gott weiß, ich bin weit davon entfernt, mit den Ergebnissen zufrieden zu sein, aber jemand mußte es tun und der einzige Trost, den man hat, ist, daß es andere vielleicht noch schlechter gemacht hätten - falls in der Tat Leute dagewesen wären, es ihrerseits zu versuchen.

Das Detachment G-35 in Gießen hatte in seinem Personal wohl niemand, der über das Wissen, die Erfahrung, die Energie und den Idealismus eines E.Y. Hartshorne verfügte. Jedenfalls hat es bis jetzt keine Persönlichkeit geschafft, in die Geschichtsbücher aufgenommen zu werden; es gibt kein Zeugnis vom Wirken eines visionären Idealisten. Mit der Ausnahme der

Entnazifizierung jedoch - über die viele Kritiker der Meinung sind, in der gesamten amerikanischen Zone sei sie mißlungen - scheinen die zum Detachment G-35 gehörenden Männer ihre Aufgaben, erstens den Frieden und die Ordnung in der Stadt wiederherzustellen und zweitens ihr Mögliches zu tun, die Nöte der Bevölkerung zu lindern, mehr oder weniger kompetent erfüllt zu haben. Die Offiziere und Soldaten scheinen ein im allgemeinen positives Bild der amerikanischen Besatzung in den Herzen und Köpfen der Gießener Bevölkerung hinterlassen zu haben. Sollte dieser Eindruck falsch sein, mögen sich Gießener Zeitzeugen melden, um das möglicherweise irreführende Bild der Akten zu korrigieren.

„Vom Flüchtlingskommissariat zur Zentralen Aufnahmestelle“

- Rückblick auf 45 Jahre Flüchtlingslager Gießen -

Heinz Dörr

Die Entstehung und geschichtliche Entwicklung des Flüchtlingslagers Gießen ist eng verknüpft mit dem Kapitel Vertreibung und Flucht der deutschen Nachkriegsgeschichte, das ein Chronist einmal als einen „historisch bedeutsamen und sensiblen Abschnitt“ dieser Nachkriegsgeschichte bezeichnete. Das Lager, dessen Bezeichnung „Notaufnahmелager“ ein diese Einrichtung über mehr als drei Jahrzehnte prägender Begriff war, erlangte im Laufe seiner Geschichte nicht nur lokale, sondern auch regionale und überregionale sowie letztlich auch gesamtdeutsche Bedeutung.

Der Beitrag umfaßt einen zeitlichen Rahmen, der mit der Vorgeschichte und Entstehung des Lagers beginnt und mit dem Auslaufen des Aufnahmeverfahrens für DDR-Übersiedler im Jahre 1990 endet.

Vom Flüchtlingslager zum Notaufnahmелager

Vergegenwärtigen wir uns die Zeit nach Kriegsende 1945. Die Kriegereignisse und der totale Zusammenbruch hatten auch in der Stadt und im Kreis Gießen sichtbare Spuren hinterlassen.

Vorherrschend war eine allgemeine Notlage im Versorgungs-, Ernährungs- und Wohnungsbereich. Dazu kam, daß sich die kommunale und staatliche Verwaltung erst noch im Aufbau befand und ihre Gestaltungsmöglichkeiten durch die vorgegebenen Gesetze und Verordnungen der amerikanischen Militärregierung erheblich eingeschränkt waren. So bereitete die Versorgung der Ausgebombten und Evakuierten mit Wohnraum erhebliche Probleme, die noch zusätzlich erschwert wurden durch die aus Krieg bzw. Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Soldaten und die im Laufe der ersten Nachkriegsmonate langsam ansteigende Zahl der Flüchtlinge aus dem deutschen Osten. Damit war auch die zwischenzeitlich eingerichtete Sozial- und Flüchtlingsverwaltung arbeitsmäßig überfordert.

Um die Unterbringung und Versorgung der ankommenden Flüchtlinge bewältigen zu können, wurden daher sog. Flüchtlingsausschüsse für Stadt und Kreis Gießen gebildet, denen die Umsetzung der erforderlichen Hilfsmaßnahmen übertragen wurde. Diesen Ausschüssen gehörten neben den zuständigen Behördenvertretern auch Vertreter der zwischenzeitlich entstandenen karitativen Verbände und später auch der zugelassenen politischen Parteien an. An der Spitze dieser Ausschüsse standen sog. Flüchtlingskommissare. Die Betreuung und Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidern oblag allerdings in erster Linie den karitativen Verbänden, privaten Vereinen und einzelnen engagierten Privatpersonen.

Ende Oktober 1945 informierte die amerikanische Militärregierung die damalige hessische Landesregierung über eine bevorstehende Aufnahme von Deutschen aus der Tschechoslowakei und Südosteuropa. Das Land Hessen oder Großhessen, wie es damals hieß, sollte ab 1946 bis zu 600 000 ausgewiesene Personen aufnehmen. Als Folge wurden in den drei hess. Regierungsbezirken Auffangbahnhöfe und Auffanglager bestimmt bzw. eingerichtet. Für den Regierungsbezirk Darmstadt war dies u.a. Gießen. Als Flüchtlingszentrale wurde das zwischenzeitlich mit hauptamtlichen Mitarbeitern besetzte Flüchtlingskommissariat des Kreises bestimmt, das seinen Sitz im Hotel Kobel (Ecke Bahnhof- und Liebigstraße) hatte. Ihm oblag die Registrierung, Verteilung und Unterbringung der eintreffenden Flüchtlinge und Vertriebenen sowie der entlassenen Kriegsgefangenen. Für die vorübergehende Unterbringung dieser Personen diente das Hotel Lenz am Bahnhof, das Otto-Eger-Heim und zunächst eine, später dann zwei, Baracken, die von der Stadt Gießen mit Unterstützung der karitativen Verbände auf dem ehemaligen Gelände des Viehmarktes an der Hammstraße, dem späteren Standort des Lagers aufgestellt wurden.

Am 11. Februar 1946 traf dann der erste Transport mit Heimatvertriebenen aus dem ehemaligen Sudetenland in Gießen ein. Er umfaßte 1197 Personen aus dem ehemaligen Regierungsbezirk Troppau, die meisten davon aus der Gegend von Reichenberg und Mährisch-Trübau. Nach Abwicklung der Aufnahmeformalitäten wurden sie je zur Hälfte auf die Landkreise Gießen und Friedberg verteilt. Bis Ende September 1946 trafen weitere 21 Sammeltransporte aus der Tschechoslowakei in Gießen ein, davon 20 mit jeweils rd. 1200 und einer mit 274 Personen. Insgesamt waren dies 25 563 Heimatvertriebene, überwiegend aus den ehemaligen Regierungsbezirken Aussig, Troppau und Eger bzw. den Landkreisen Teplitz-Schönau, Reichenberg, Elbogen und Hohenstadt. Die ganze Aussiedlung bzw. Vertreibung ging unter rigorosen Umständen vonstatten (30 Personen einschl. Gepäck jeweils in einem Güterwagen unter vorheriger Wegnahme von Geld und Wertsachen). Das Registrierverfahren in Gießen beschränkte sich auf eine namentliche Erfassung, Prüfung des Herkunftsortes und eine politische Überprüfung. Zur Abwehr infektiöser Erkrankungen bzw. deren Verbreitung mußten sich alle einer medizini-

schen- und Röntgenreihenuntersuchung sowie einer vorhergehenden Entlausung unterziehen. Nach Abschluß des Verfahrens erfolgte die Verteilung auf die einzelnen hessischen Gebietskörperschaften. Die Zuweisungen innerhalb der Gemeinden des Kreises Gießen lag in der Zuständigkeit des Flüchtlingskommissars, der die einzelnen Aufnahmegemeinden vorher festgelegt hatte. Dies stieß zwangsläufig nicht immer auf das Verständnis der örtlich Verantwortlichen und der alteingesessenen Bevölkerung, die selbst unter den bekannten Schwierigkeiten der Nachkriegszeit zu leiden hatten. Neben der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften kam es daher zu Zwangseinweisungen in Privatwohnungen.

Durch Spendenaufrufe versuchte man damals die große Not der Neuankommenden zu lindern, organisierte Kleider- und sonstige Sach- und Lebensmittelspenden. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang - dies gilt auch später für die Betreuung während des Lageraufenthaltes - der ehrenamtliche Einsatz der Helferinnen und Helfer des Roten Kreuzes, der Arbeiterwohlfahrt, der Caritas, der Inneren Mission und der christlichen Nothilfe bzw. der christl. Bahnhofsmissionen.

Seit Herbst 1946 veränderte sich allmählich der Personenkreis der in Gießen ankommenden Flüchtlinge. Es kamen nunmehr überwiegend Einzelpersonen und Vertriebene im Rahmen der Familienzusammenführung und vor allem jetzt auch sog. Ostflüchtlinge aus der damaligen russischen Besatzungszone. Nachdem dann im Dezember 1946 der Alliierte Kontrollrat die Ausweisung von Deutschen aus den Vertreibungsgebieten stoppte, lief auch das bisherige Aufgabengebiet des Flüchtlingskommissariats langsam aus.

Anfang 1947 wurden dem Flüchtlingskommissariat des Landkreises die Aufgaben eines Regierungsdurchgangslagers für das Land Hessen übertragen. Bedingt durch die geographische Lage zur Zonengrenze und die Ausweisung als Eisenbahnknotenpunkt hatte sich die hess. Landesregierung für den Standort Gießen entschieden. Dem Lager standen zu diesem Zeitpunkt für Unterkunftszwecke die bereits erwähnten zwei Baracken an der Hammstraße sowie zwei Baracken in der Liebigstraße bzw. beim Otto-Eger-Heim und das Hotel Lenz zur Verfügung. Neben der Aufnahme von Flüchtlingen aus der russischen Besatzungszone wickelte das Lager noch zusätzlich in den Monaten Juni bis August sog. Dänemarktransporte ab. Es waren dies Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten, die in den letzten Kriegsmonaten und -wochen mit Schiffen über die Ostsee nach Dänemark geflüchtet waren.

Um den Zuzug von einer Besatzungszone in eine andere bzw. von einem Land in ein anderes zentral zu regeln, einigten sich im Juli (24.7.47) die Länder der westl. Besatzungszone in Bad Segeberg auf ein einheitliches Verfahren zur Aufnahme von SBZ-Flüchtlingen (man sprach jetzt immer mehr von sowjetisch besetzter statt russisch besetzter Zone). Auch dabei lag wiederum die Durchführung und Abwicklung für Hessen beim

„Redulag“ Gießen. In diesen sog. „Segeberger Beschlüssen“ wurden erstmals auch verbindliche Aufnahmekriterien, wie z.B. politische Fluchtgründe und Gründe der Familienzusammenführung, festgelegt. Wer diese Kriterien nicht erfüllte, wurde in die Herkunftszone rückverwiesen. Dies geschah in nicht unerheblichem Umfang mittels kleinerer Sammeltransporte. Viele Betroffene setzten sich dabei aber ab und tauchten als sog. Illegale unter. Im Sommer 1948 meldeten sich erstmals Personen, die von den sowjetischen Behörden zum Uranbergbau zwangsverpflichtet worden waren oder werden sollten. Sie erhielten das Bleiberecht, sofern sie den Einsatz glaubhaft nachweisen konnten, z.B. durch Vorlage des in russischer Sprache abgefaßten Schachtausweises.

Nach der Währungsreform am 20.06.1948 boten nunmehr auch immer mehr wirtschaftliche Gründe einen zusätzlichen Anreiz zum Zonenwechsel, so daß sich die täglichen Zugangszahlen ständig nach oben entwickelten. Verstärkt wurde dieser ständige Anstieg durch die zwischenzeitlich durchgeführten und noch laufenden Zwangsent eignungen, die politischen Verfolgungen, die Verpflichtungen junger Männer zur Kasernierten Volkspolizei und die Relegation von Oberschülern wegen ihrer bürgerlichen Herkunft oder aufgrund fehlender systemkonformer Einstellung. Dies führte dazu, daß die Länder des zwischenzeitlich Vereinigten Wirtschaftsgebietes der amerikanischen und britischen Besatzungszonen weitaus strengere Aufnahmekriterien vereinbarten, nämlich die sogenannten „Uelzener Entschließungen“, die im Juli 1949 (11.07.49) die bis dahin geltenden „Segeberger Beschlüsse“ ablösten.

Gleichzeitig war damit die Bildung zweier Zentrallager verbunden, für die amerikanische Zone Gießen und für die britische Uelzen. Am 1. September 1949 übernahm das bisherige Regierungsdurchgangslager Gießen die Funktion eines Zentrallagers für die US-Zone unter gleichzeitiger Umbenennung seines Namens in „Zonenlager Gießen“. Es wurde eine Asylrechtskommission aus Vertretern der einzelnen Länder gebildet, die über die Gewährung des Asylrechts entschied und gleichzeitig die Verteilung auf die einzelnen Länder nach einem festgelegten Verteilungsschlüssel durchführte. In der Zwischenzeit waren auf dem Lagergelände an der Hammstraße erste Ausbau und Verbesserungsarbeiten schon im Frühjahr 1949 durchgeführt worden. Im Herbst 1949 begannen die Erweiterungsmaßnahmen durch das Umsetzen der beiden Baracken am Otto-Eger-Heim bzw. in der Liebigstraße. Das Hotel Kobel wurde geräumt und die dort untergebrachte Dienststelle des Zonenlagers in das Hotel Lenz verlegt. Ab diesem Zeitpunkt waren dann alle Flüchtlinge im Barackenlager untergebracht. Das Lager wurde in der Folgezeit ständig erweitert und ausgebaut; ab Sommer 1950 war es ein für damalige Verhältnisse voll funktionsfähiges Flüchtlingslager mit eigener Gemeinschaftsküche, Speisesaal, Aufenthaltsraum, Krankenrevier und ärztl. Untersuchungsstelle, sanitären Einrichtungen, Kantinen und allen Büroräumen für das gesamte

Lagerpersonal, so auch für die bis dahin im Hotel Lenz untergebrachten Bediensteten. Mit dieser zeitlichen Begrenzung ging auch die Ära des Regierungs- und Zonenlagers Gießen zu Ende, das für 81 470 Menschen im Jahre 1948 und für 58 456 in 1949 eine erste Anlauf- und Aufnahme-stelle im Westen war. Leider liegen exakte Zahlen für die Jahre 1946 und 1947 nicht vor, doch dürften sie sich davon nicht wesentlich unterscheiden. Da das Jahr 1950 den Wechsel von einer bis dahin regionalen bzw. überregionalen Einrichtung zu einer solchen mit bundesweiter Aufgabenstellung beinhaltete, hier noch einige ergänzende statistische und allgemeine Anmerkungen, bevor wir zu dem längsten geschichtlichen Abschnitt des Lagers kommen, der 40 Jahre das Lager mit seiner Bezeichnung als „Notaufnahmelager“ und in seiner letzten Phase als „Zentrale Aufnahmestelle“ prägte und nicht nur in der Bundesrepublik, sondern vor allem in der ehemaligen DDR ein fester Begriff war, mit dem ganz bestimmte Vorstellungen verbunden waren.

In seinem Endausbau umfaßte das bis 1955 bestehende Barackenlager insgesamt 16 Unterkunfts- und Bürobaracken, davon eine mit einem Massivanbau für die Lagerverwaltung, ein Pfortengebäude in massiver Form, einen Behelfskindergarten und war mit einer es eingrenzenden Umzäunung umgeben. Die Gesamtkosten für die Erstellung dieses Barackenlagers einschl. der Befestigung der Lagerstraßen und Umfriedung beliefen sich auf rd. 550 000 DM.

Das Land Hessen als Träger dieser Einrichtung schloß 1951 für das in städt. Besitz befindliche Lagergelände einen Pachtvertrag ab, der laufende und bis 1949 rückwirkende monatliche Pachtzahlungen beinhaltete (anfangs 150,- bis zuletzt 284,- DM). Im Jahr 1955 erwarb dann das Land Hessen das Gelände zu einem Kaufpreis von 67 840,50 DM (10 937 qm).

Die Errichtung des Lagers stieß in der damaligen Zeit auf wenig Gegenliebe bei den Verantwortlichen von Stadt und Kreis und auch innerhalb der einheimischen Bevölkerung. Schon Mitte 1948 hatte man versucht, in Verhandlungen mit dem Land Hessen bzw. dem RP Darmstadt eine Wegverlegung des Lagers zu erreichen, da die vorhandene Massierung der Flüchtlinge in Gießen letztlich auch mit Belastungen im sozialen und finanziellen Bereich, vor allem der Stadt, verbunden war, zumal ein gewisser Teil der im Aufnahmeverfahren abgelehnten Personen in Gießen und im Umland verblieb. Erschwert wurde das Ganze durch den Umstand, daß Stadt und Kreis entsprechende Einrichtungen auf ihrer Ebene ebenfalls vorhalten mußten. Der damalige Oberbürgermeister Dr. Engler ging in einem Schreiben an das Regierungspräsidium Darmstadt sogar so weit zu behaupten, daß der weitaus größte Teil der Flüchtlinge aus Abenteurern und Kriminellen bestehen würde. Aus einschlägigen Unterlagen kann dagegen belegt werden, daß dies eine zwar verständliche, aber überzogene Behauptung darstellte. Zu solchen Aussagen trug leider auch die eine oder

andere etwas polemische Berichterstattung der örtlichen Presse bei. Ein weiterer Versuch, eine Wegverlegung des Lagers bzw. einen finanziellen Ausgleich im Hinblick auf die durch das Lager verursachten Belastungen zu erreichen, unternahm die Stadt Gießen im Sommer 1955 in Form einer an das Land Hessen gerichteten Denkschrift. Dennoch willigte die Stadt dann letztlich in den vom Land in diesem Jahr vorgesehenen Beginn zum Ausbau des Lagers in Festbauweise ein. Von 1955 bis Anfang der 60er Jahre wurde das Barackenlager Stück für Stück durch Massivbauten ersetzt. Im Endausbau verfügte es über ein fünfgeschossiges, drei dreigeschossige, ein zweigeschossiges Gebäude, die für Unterkunfts-, Verwaltungs- bzw. dienstliche- sowie Betreuungszwecke und als Wirtschaftsgebäude mit Großküche und Speiseräumen genutzt wurden. Daneben besaß das Lager noch eine große, vielseitig und variabel verwendbare, eingeschossige Gemeinschaftsanlage, ein kleines eingeschossiges Krankenhaus sowie ein Pforten- und Garagengebäude mit Fernsprechzentrale und einen Kindergarten. Die entsprechenden Bau- und Einrichtungskosten lagen bei rd. 7 Millionen DM. Die Unterkunftsgebäude wurden in den Jahren 1975/76 und 1984 bis 1986 für weitere 4 Millionen saniert und modernisiert.

Notaufnahmelager

Nun zu dem Teil der Geschichte des Lagers, der die Zeit von 1950 bis Juni 1990 umfaßt und die Überschrift „Notaufnahmelager“ und „Zentrale Aufnahmestelle“ trägt. Die anhaltenden starken Zugänge aus der damaligen SBZ veranlaßten die Alliierten Hochkommissare, die ihnen lt. Besatzungsstatut vorbehaltenen Kontrollangelegenheiten in deutsche Zuständigkeit zu übertragen und den Zuzug bzw. die Aufnahme eines jeden deutschen Flüchtlings aus der SBZ zu erfassen und zu überprüfen. Die Betonung lag dabei auf dem Wort „jeden“. Dazu war eine gesetzliche Regelung erforderlich, die eine Einschränkung des Art. 11 GG, der ja die Freizügigkeit aller Deutschen, auch der im anderen Teil des geteilten Deutschlands Lebenden, beinhaltet. So kam es zur Verkündung des am 22.08.1950 in Kraft getretenen „Notaufnahmegesetzes“. Mit der Bezeichnung „Notaufnahmegesetz“ wollte man auf die durch die äußeren Umstände hervorgerufene außergewöhnliche gesetzliche Einschränkung hinweisen. Übrigens hat das Bundesverfassungsgericht in einem späteren Urteil die Vereinbarkeit dieses Gesetzes mit den grundgesetzlichen Bestimmungen festgestellt. Neben politischen Gründen wegen einer besonderen Zwangslage oder des Nachweises einer ausreichenden Lebensgrundlage in der Bundesrepublik gab es noch verschiedene sog. Ermessensgründe, die zu

einer Anerkennung im Aufnahmeverfahren führten, z.B. Fälle der Familienzusammenführung, für alleinstehende Jugendliche, bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres aus sozialen und pädagogischen Gründen und sog. Härtefälle, die gegen eine Ablehnung sprachen. Gegen eine Ablehnung konnte Beschwerde eingelegt werden, über die noch während des Lageraufenthaltes entschieden wurde. Als letzte Beschwerdemöglichkeit bestand noch der Weg zum zuständigen Verwaltungsgericht, allerdings war damit kein weiterer Lageraufenthalt verbunden.

Hervorzuheben ist, daß das Gesetz gleichzeitig als Sperre gegen eine Abwanderung aus der ehemaligen SBZ ohne zwingenden Grund dienen sollte, um die Bundesrepublik vor möglichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gefahren zu schützen. Das gesetzl. Verfahren wurde nunmehr dafür eigens zuständigen Dienststellen des Bundes in den beiden Lagern Gießen und Uelzen übertragen, die damit Bundeszuständigkeit erhielten.

Ab 1. September 1950 führte dann auch das Lager die aus dem Notaufnahmegesetz abgeleitete Bezeichnung „Notaufnahmелager Gießen“. Während die reine Abwicklung des Notaufnahmeverfahrens in der Zuständigkeit des Bundes lag, war das Land Hessen für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung sowie die soziale, materielle und medizinische Betreuung während des Lageraufenthaltes zuständig. Ihm oblag auch die Weiterleitung der Flüchtlinge in die einzelnen Aufnahmeländer nach Abschluß des Aufnahmeverfahrens. Darüber hinaus war es auch für die gesamte Unterhaltung des Lagers und seiner Einrichtungen zuständig. Bis zum 31.03.1969 wurden die dem Land Hessen anfallenden Kosten durch den Bund im Rahmen der Kriegsfolgehilfe durch Pauschalbeträge erstattet, die sich jährlich reduzierten. Ab 1. April 1969 bis zum Ende des Aufnahmeverfahrens für DDR-Übersiedler am 30. Juni 1990 wurden die Kosten für den Lagerbetrieb ausschließlich vom Land Hessen getragen. Während die Familien und die Erwachsenen im Lager Aufnahme fanden, wurden alle alleinstehenden Jugendlichen bis 24 Jahre in eigens dafür bestimmte Einrichtungen untergebracht, erhielten eine spezielle pädagogische Betreuung, die auch eine für ihre persönliche und berufliche Weiterentwicklung notwendige Start- und Eingliederungshilfe einschloß. Es waren dies das 1953 eingerichtete Jugendlager Krofdorf für die männlichen und das in Trägerschaft und Besitz des Sozialdienstes Katholischer Frauen befindliche „Haus Elisabeth“ am Wartweg für die weiblichen alleinstehenden Jugendlichen. Beide Einrichtungen wurden nach dem Mauerbau 1961 geschlossen und als eigenständige Jugendabteilung in das Lager eingegliedert.

Nochmals zu dem geschilderten Notaufnahmeverfahren. Mit der Erteilung der sogenannten Aufenthaltserlaubnis für das Bundesgebiet waren gewisse Vergünstigungen verbunden, so die Aufnahme in einem Übergangwohnheim des Aufnahmelandes, Anspruch auf Arbeitslosengeld und

sonstige Eingliederungshilfen für Flüchtlinge sowie auf spätere Wohnraumversorgung, die dann in den Aufnahmeländern bzw. am künftigen Wohnort geltend gemacht werden konnten. Bei den im Verfahren abgelehnten Personen entfielen diese Ansprüche und Unterstützungen. Eine Rückverweisung in die SBZ war aber damit nicht verbunden. Da der überwiegende Teil von ihnen im Bundesgebiet dennoch verblieb, und die mit einer Ablehnung verbundenen Nachteile sich auf Abwanderungswillige auch nicht abschreckend auswirkten, brachte das Notaufnahmegesetz letztlich nicht die damit verbundene erhoffte Reduzierung der Flüchtlingszahlen.

Die Jahre 1950/51 kann man noch als Übergangsphase von den alten Aufnahmebestimmungen der späten 40er Jahre zu den neuen gesetzlichen Regelungen des Notaufnahmeverfahrens ansehen, da in dieser Zeit noch Personen das Aufnahmeverfahren beantragten, die vor dessen Inkrafttreten in den Westen gekommen waren.

Daneben meldeten sich noch Heimatvertriebene und ehemalige Kriegsgefangene, für die das Notaufnahmeverfahren ebenfalls nicht zuständig war. Weiterhin war das Lager in dieser Zeit mit innerdeutschen Umsiedlungen außerhalb des Notaufnahmeverfahrens befaßt. Es handelte sich dabei um ehemalige Heimatvertriebene, die innerhalb der einzelnen Bundesländer umgesiedelt wurden. So kam es 1950 immerhin noch zu einer Jahresdurchlaufzahl von fast 52 000 Personen.

Ab 1952 bewegten sich die jährlichen Zugänge zwar langsam aber ständig nach oben von 13 500 auf 35 000 im Jahr 1961.

1952 trafen die ersten Transporte mit geflüchteten Bewohnern aus der sogenannten 5-km Sperrzone ein, die in das Innere der SBZ umgesiedelt werden sollten. Unter den Ankommenden befanden sich auch zahlreiche Landwirte, die Einsatz- bzw. Evakuierungsbefehle zum Arbeitseinsatz nach Ostpreußen oder Schlesien erhalten hatten, um dort seit Kriegsende brachliegendes Land zu bestellen sowie zahlreiche junge Männer, die zur kasernierten Volkspolizei, der Vorläuferin der späteren Nationalen Volksarmee, eingezogen werden sollten. Anfang 1953 verstärkte sich die Zahl der nach Westberlin Geflüchteten, so daß zur Entlastung ein Großteil nach Gießen und Uelzen ausgeflogen werden mußte. Dies führte zwangsläufig zu einer Notbelegung des Lagers. Für die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge mußten damals Stadt und Kreis die Lager „Bergkaserne“ und „Bergwerkswald“ oder „Bergheim“ wie es auch genannt wurde, einrichten.

Nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 bis Anfang der 60er Jahre stiegen die Zugangszahlen kontinuierlich an. Ich erwähnte dies bereits. Die Gründe dafür lagen in der damaligen schwierigen Ernährungslage in Ostdeutschland, in der Enteignung von Klein- und Mittelbetrieben, in der Überführung von selbständigen Handwerksbetrieben in sogenannte Produktionsgenossenschaften Handwerk sowie im einschneidenden Einwirken des Staates auf den beruflichen und privaten Bereich. Natürlich spielte

auch das vorhandene Wirtschafts- und Wohlstandsgefälle eine nicht zu unterschätzende Rolle. Bis zum Mauerbau 1961 konnte die Flucht oder der Zuzug in den Westen noch relativ problemlos durchgeführt werden. Neben der Flucht über die zwar bewachte aber noch nicht abgesperrte Grenze bestand die Möglichkeit, legal mit einem Interzonenpaß auszureisen.

Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 änderte sich diese Situation, da die durchgeführten Sperrmaßnahmen eine Flucht praktisch unmöglich machten. Dies wirkte sich auch auf die Zugangszahlen des Lagers aus. So bewegten sich die jährlichen Zugangszahlen in den Jahren nach dem Mauerbau bis Anfang der 80er Jahre zwischen 2500 und 5000 Personen, die unmittelbar im Lager Aufnahme fanden. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß es bis 1972 überwiegend solche im Rentenalter waren, die legal übersiedeln konnten oder nach einer Besuchsreise in der Bundesrepublik blieben. Sie machten vor allem von der Möglichkeit Gebrauch, das Notaufnahmeverfahren auf schriftlichen Weg in Gießen durchzuführen. Unter Einschluß dieser Personen erhöhten sich die Zugänge während dieser Zeit auf durchschnittlich 12-15 000 jährlich.

Der Rückgang der Flüchtlingszahlen führte im Jahre 1963 zur Schließung des Lagers Uelzen, so daß Gießen ab 1. April 1963 alleiniges Aufnahmefür Flüchtlinge und Übersiedler aus dem anderen Teil Deutschlands in der Bundesrepublik war. Ab diesem Zeitpunkt wurde auch die hessische Landeseinweisungsstelle von Hanau nach Gießen verlegt und in das Lager eingegliedert. Sie war danach bis Juni 1990 ausschließlich für die Zu- und Einweisung aller DDR-Übersiedler, aller Aussiedler und aller ausländischen Flüchtlinge nach Hessen und in die hessischen Gebietskörperschaften zuständig.

Mit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages vom 21.12.1972 änderte sich die Struktur der Zugänge. Neben den Rentnern erhielten jetzt nunmehr auch jüngere Leute, zwar nach langer Antrags- und Genehmigungsprozedur, die Erlaubnis zur Ausreise aus der DDR, wie dies danach auch im offiziellen Sprachgebrauch bezeichnet wurde. Die DDR-Behörden bezeichneten diese Genehmigungspraxis nach außen mit dem Begriff „Familienzusammenführung“, was oft lediglich als Alibifunktion für die Außendarstellung diente. Man darf aber nicht übersehen, daß daneben noch immer Menschen die DDR auf verschiedensten Wegen illegal verließen. Es waren dies rund 12-13% aller Zugänge, davon bis zu 2% sogenannte Sperrbrecher, die unmittelbar über die Grenzsperranlagen flüchteten, darunter auch einige spektakuläre Fälle (Flucht mit dem Schlauchboot über die Ostsee, Durchschwimmen der Elbe, Flucht mit dem Flugzeug oder mit Lastwagen und Planiertrauben). Neben Bewohnern aus grenznahen Gebieten waren es vor allem Angehörige der Grenztruppen vom einfachen Soldaten bis zum Offizier. Andere setzten sich während eines beruflichen oder sportlichen Aufenthaltes ab, darunter auch zahlreiche Besatzungsmitglieder von DDR-Handelsschiffen.

Von November 1972 bis Februar 1973 trafen etwa 2 300 ehemalige Häftlinge überraschend im Lager ein, die von den DDR-Machthabern anlässlich des 23. Jahrestages ihrer Staatsgründung amnestiert worden waren. Da es sich dabei um eine allgemeine Amnestie für Straftäter handelte, befanden sich darunter leider auch zahlreiche Personen mit kriminellen Strafen. Zu erwähnen wäre noch, daß von Dezember 1973 bis Anfang 1974 auch eine größere Anzahl chilenischer Flüchtlinge (Anhänger des gestürzten Präsidenten Allende) im Lager Aufnahme fanden, die in der BRD bzw. Hessen Asyl erhalten hatten.

Infolge der geringeren Auslastung wurden Teilbereiche des Lagers in den 60er bis Anfang der 80er Jahre auch anderweitig genutzt. So in den 60er und 70er Jahren als Studentenwohnheim und Wohnheim für Schwesternschülerinnen, für Lehrgänge der Straßenbauverwaltung und für Büro-zwecke des staatlichen Kriminalkommissariats Gießen. Daneben wurde 1972 eine staatliche Förderschule für jugendliche Spätaussiedler mit Internatscharakter im Lager eingerichtet und der Jugendabteilung des Lagers zugeordnet. Die Schule, die für die nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen deutschen Sprachunterricht in Intensivkursen erteilte und den Hauptschulabschluß ermöglichte, bestand bis 1988 und endete mit der großen Ausreisewelle, die damals über das Lager hereinbrach. Ein Schwerpunkt im Aufgabenbereich der Lagerverwaltung in den Jahren von Anfang 1971 bis März 1983 lag vor allem in der Aufnahme und Betreuung von Spätaussiedlerfamilien, die nach Hessen eingewiesen worden waren. Es war dies der gleiche Aufgabenbereich wie er später nach Juni 1990 noch für eine kurze Übergangszeit im Lager gehandhabt wurde. Zur Entlastung der vorhandenen Lagerkapazität infolge der verstärkten Zugänge von Aussiedlern innerhalb des Landes Hessen mußte ab September 1978 eine Außenstelle des Lagers in Bad Nauheim (ehemalige Kurklinik des Landesversorgungsamtes) und ab März 1983 eine gleiche in Laubach (ehemalige Singalumnat des Laubachkollegs) eingerichtet werden, zu denen Mitte der 80er Jahre eine dritte kam (Ferienpark am Niddastausee).

Von 1964 bis 1989 war das Lager noch mit einer speziellen Sonderaufgabe betraut: der Übernahme und Abwicklung von Sammeltransporten mit politischen Häftlingen, die direkt aus DDR-Haftanstalten mit Bussen nach Gießen kamen. Im Amtsdeutsch hieß dies: „Personen, die aufgrund besonderer Bemühungen der Bundesregierung aus der Haft entlassen wurden.“

Es war dies der sogenannte „Freikauf“, eine Entgeltleistung wie sie die DDR auch in den 70er und auch 80er Jahren zum Teil in Fällen von Übersiedlungsgenehmigungen einforderte. Insgesamt kamen bis 1987 rund 25 000 Häftlinge und bis 1989 nochmals weitere rund 2 000, die in kleinen Gruppen mit der Bahn in Gießen eintrafen, da die DDR ab Mitte 1987 aus optischen Gründen keine Sammeltransporte mit Bus mehr zuließ. Am Rande sei vermerkt, daß gerade in den 80er Jahren zahlreiche DDR-Bürger eine Inhaftierung provozierten, um über den Freikauf in die Bundesrepu-

blik zu gelangen.

Ab Ende 1983 stieg die Zahl der Übersiedler merklich an. Darunter befanden sich auch erstmals solche aus der Friedensbewegung in der DDR, die ausgebürgert und abgeschoben worden waren.

Das Jahr 1984 brachte dann die 1. große Ausreisewelle, die am Abend des 18. Februar einsetzte. Sie dauerte bis April und ebte dann im Mai und Juni langsam ab. Für das Lager waren damit enorme organisatorische bzw. logistische Aufgaben verbunden, die nicht alle aufgeführt werden können: Auslagerung und täglicher Transfer von Übersiedlern in Flüchtlingswohnheime im Rhein-Main Gebiet und in die Außenstellen sowie ins Kreisflüchtlingswohnheim Falkweg, Schaffung von Notquartieren in Turnhallen sowie im Lager selbst. Alles Maßnahmen wie sie bei den späteren Ausreise- und Fluchtwellen 1988 und dann 1989/90 noch in weit größerem Ausmaß erforderlich waren. Entsprechend wurde auch das Notaufnahmeverfahren abgekürzt und auf das notwendige Maß reduziert. Als Gründe für diese Ausreisewelle kann als gesichert angenommen werden: - die DDR wollte vor der am 6. Mai anstehenden Kommunalwahl unbequeme Bürger und potentielle Unruhestifter loswerden - gleichzeitig glaubte sie, damit einen seit Jahren bestehenden Antragsstau auf Ausreise abbauen und zum Abschluß bringen zu können und damit indirekt einen Abbau der Überbeschäftigung zu erreichen - und letztlich einen besonders im Großraum Dresden vorhandenen Versorgungsengpaß überwinden zu können. Mit diesen Maßnahmen erhoffte sich die DDR-Führung eine Eindämmung bzw. Erledigung der Ausreiseproblematik. Ein Trugschluß, wie sich in der Folgezeit herausstellte, da dies nunmehr zu einer ständig steigenden Zahl von Ausreisanträgen und zu einer wahren Antragsflut führte, die in den Jahren 1988 und 1989 ihren Höhepunkt erreichte und zu einer bis dahin noch nie dagewesenen Flucht- und Ausreisewelle anwuchs. Hervorzuheben ist, daß es sich bei diesen Übersiedlern faßt durchweg um gut ausgebildete und hochmotivierte Leute handelte, die sich beruflich weiterqualifiziert hatten und überwiegend zu den jüngeren und mittleren Jahrgängen zählten, darunter zahlreiche junge Familien. Insgesamt kamen 1984 25 000 Personen - zusammen mit dem schriftlichen Verfahren etwa 35 000 - direkt in das Lager, davon allein im März und April rund 18 000.

Im Herbst 1984 meldeten sich auch erstmals Übersiedler, die vor ihrer Ausreise in der Bonner Prager Botschaft Zuflucht gesucht hatten und nach Zusicherung der Straffreiheit in die DDR zurückgekehrt waren und danach ausreisen durften.

1985 und 1986 durchliefen immerhin noch fast 17 000 bzw. 16 000 Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR das Lager - einschließlich der schriftlichen Verfahren waren es sogar 22 000 bzw. 21 500 -, davon allein etwa 75 % mit Übersiedlungsgenehmigung. 1987 ging die Zahl der Übersiedler von Januar bis November drastisch zurück, da die DDR die Übersiedlungsgenehmigungen erheblich einschränkte, dafür aber verstärkt

Besuchsreisen in die Bundesrepublik gewährte, die ebenfalls in der irrigen Annahme erfolgten, sie als Ventil gegen den Wunsch auf Ausreise nutzen zu können.

Zentrale Aufnahmestelle

Inzwischen war in 1986 das Aufnahmeverfahren weiter vereinfacht und das bisherige Notaufnahmegesetz in „Aufnahmegesetz“ geändert worden. Gleichzeitig wurde das Notaufnahmegericht ab Mai 1986 in „Zentrale Aufnahmestelle des Landes Hessen“ umbenannt.

Ab Dezember 1987 stiegen die Zugänge aus der DDR wieder deutlich an. Im Januar und Februar 1988 trafen dann über 200 Personen aus der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung der DDR im Lager ein, die innerhalb weniger Stunden von den DDR-Behörden abgeschoben worden waren. Etliche von ihnen hatten bei den Gedenkfeiern für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 18. Januar 1988 öffentlich mit Plakaten demonstriert, die mit dem Zitat von Rosa Luxemburg beschriftet waren: „Freiheit ist immer auch die Freiheit der Andersdenkenden“ und waren danach vorübergehend festgenommen worden.

Im Mai 1988 kam es aus den gleichen Gründen wie bei der Ausreisewelle 1984 wiederum zu einem Ansturm von Ausreisenden. Wieder standen Kommunalwahlen an und die DDR-Machthaber fürchteten weitere demonstrative Akte bis hin zu Aufrufen zum Wahlboykott. Bis Jahresende 1988 kamen dadurch insgesamt rund 28 000 Personen nach Gießen (mit schriftl. Verfahren 33 500).

Der Trend des Jahres 1988 setzte sich auch zu Beginn des Jahres 1989 fort. Die Zugangszahlen stiegen ständig an, allein im 1. Quartal auf 12 200. Dazu zählten auch Übersiedler, die in die ständige Vertretung der BRD in Ostberlin geflohen waren und nach ihrer Rückkehr in die DDR dann ausreisen durften. Wiederum mußten, wie 1984, in der Folgezeit verstärkte organisatorische bzw. logistische Maßnahmen ergriffen werden, die zu weiteren Ausweichquartieren zwangen, die teilweise über ganz Mittel- und Nordhessen verstreut waren. Auch im Lager und außerhalb in Turnhallen, Schulräumen, Gemeinde- und Konfirmandenräumen von Kirchengemeinden u.a. mußten Notbetten aufgestellt werden, um den Ansturm bewältigen zu können. Bis Juli 1989 setzten sich die Zugänge, wie ich bereits ausführte, überwiegend aus Besuchsreisenden, die im Westen blieben, und aus Übersiedlern zusammen. Die Gründe für die wieder verstärkten Ausreisegenehmigungen dürften in folgendem zu suchen sein:

im Hinblick auf den im Oktober 1989 anstehenden 40. Jahrestag der Gründung der DDR wollte sich die DDR als von der Bevölkerung anerkanntes demokratisches Staatsgebilde präsentieren. Daher sollten die entsprechenden Feierlichkeiten störungsfrei verlaufen.

Ein weiteres Kriterium lag in dem 1990 auslaufenden staatlichen Wohnungsbauprogramm der DDR.

Die DDR war aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen zu einer Fortsetzung dieses Programms nicht mehr in der Lage. Da aber nach wie vor gewaltige Wohnungsnot herrschte, sollte die von den Ausreisenden zurückgelassenen freien Wohnungen vom Staat durch Wohnungssuchende belegt werden, um nach außen eine volle Wohnraumversorgung verkünden zu können.

Trotz der Lockerungen im Ausreiseverfahren begehrten aber immer mehr DDR-Bürger eine Übersiedlungsgenehmigung und suchten darüber hinaus auf unterschiedliche Weise die Ausreise zu erzwingen. So kam es im August 1989 zu der bekannten Massenflucht von DDR-Urlaubern aus Ungarn über die dortige Grenze nach Österreich. Gleichzeitig setzte auch ein Ansturm auf die bundesdeutschen Botschaften in Budapest und danach auch in Prag ein. Selbst Ungarn mußte Auffanglager für die in den Westen Ausreisewilligen einrichten. Mit Auto und mit Sonderzügen reisten diese Personen mit Genehmigung der ungarischen Behörden über Österreich in die Bundesrepublik nach Gießen weiter. Binnen kurzer Zeit war das Lager überbelegt und mit einer durchschnittlichen Tagesbelegung von 2 300 am Rande seiner Aufnahmemöglichkeiten angelangt, so daß selbst ein eingeschränktes Aufnahmeverfahren aber auch das ständig bis zur äußersten Grenze der Belastbarkeit arbeitende Lagerpersonal eine ordnungsgemäße Abwicklung nicht mehr gewährleisten konnten. Zur Behebung dieses Notstandes mußten daher ab Ende August die Seltersbergklinik und die Steubenkaserne für Unterkunfts- und Verfahrenszwecke genutzt werden. Bis September trafen dann neben den Direktübersiedlern aus der DDR ständig Flüchtlinge mit Sonderzügen oder als Einzelreisende und mit Kraftfahrzeugen aus Ungarn bzw. Österreich in Gießen ein. Zur Entlastung des Gießener Lagers hatte man zwischenzeitlich eine zweite Aufnahme-stelle in Schöppingen/b. Münster sowie Erstaufnahmestellen in Form von Zeltstädten in Bayern eingerichtet, die neben den Flüchtlingen aus Ungarn auch diejenigen aufnahmen, die aus der Prager Botschaft ausreisen durften. Das Lager Gießen sollte ab diesem Zeitpunkt ausschließlich die unmittelbar aus der DDR ausreisenden Personen aufnehmen, eine Anordnung, die an der Realität vorbeiging.

Da der Bekanntheitsgrad des Lagers Gießen innerhalb der DDR-Bevölkerung so groß war, reisten die meisten Flüchtlinge aus den vorge-

nannten Drittstaaten aber weiterhin mit Bahn oder PKW direkt nach Gießen. Daher war die Aufnahmekapazität des Lagers innerhalb kurzer Zeit erschöpft, so daß weitere Belegungen in Kasernen des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr in Alsfeld, Fritzlar, Hünfeld und Wetzlar - um nur einige zu nennen - Platz greifen mußten. Im Oktober und November trafen dann die letzten Sonderzüge mit Flüchtlingen aus Prag und Warschau mit insgesamt rund 1 600 Personen ein, die im Lager selbst und in den Einrichtungen Steubenkaserne und Seltersberg Aufnahme fanden. Damit ging auch die Zeit der Flucht- und Ausreisewellen über Drittländer zu Ende.

Nach der Grenzöffnung am 09.11.1989 setzte nochmals ein Massenansturm von Ausreisenden aus der DDR ein, der im November dem Lager die höchste monatliche Zugangszahl seit 1949 mit rund 23 000 Personen bescherte. Obwohl sich zwischenzeitlich die allgemeinen politischen Verhältnisse zum Positiven verändert hatten und führende Bundespolitiker die Ausreisewilligen zum Verbleiben in der DDR eindringlich aufforderten, hielt das diese nicht davon ab, den Weg in den Westen anzutreten. Nach wie vor war das Mißtrauen vorhanden, daß sich die politische Situation wieder verschlechtern könnte und eine rasche Verbesserung der wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse nicht eintreten werde. Mit der praktisch ungehinderten Ausreisemöglichkeit nach der Grenzöffnung waren leider auch negative Begleiterscheinungen verbunden. In zunehmendem Umfang kamen nunmehr auch immer mehr Personen mit sozialen Schwierigkeiten, darunter viele junge Männer und Frauen, sogar Minderjährige, aus purer Abenteuerlust und ohne klare Ziel- und Zukunftsvorstellungen vom Leben in der Bundesrepublik. Zu ihnen gesellten sich auch sogenannte Eheflüchtlinge und solche, die sich einer laufenden oder drohenden Unterhaltsverpflichtung entziehen wollten sowie Personen mit kriminellem Einschlag. Dies führte zwangsläufig zu einem deutlichen Akzeptanzverlust der Übersiedler innerhalb weiter Kreise der westdeutschen Gesellschaft. So ging die bis dahin beispielhafte großartige Hilfs- und Unterstützungsbereitschaft, die von Institutionen, Firmen und Handwerksbetrieben, aber auch von Privatpersonen uneigennützig während der Phase der großen Flucht- und Übersiedlungswellen geleistet wurde, erheblich zurück. Festzuhalten ist aber, daß das Jahr 1989 dem Lager Gießen den höchsten Zugang und Durchgang seiner Geschichte als Aufnahmelager für Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR mit insgesamt 120 000 Personen brachte (einschließlich schriftl. Aufnahmeverfahren 137 000).

Das Jahr 1990 ließ die Zugangszahlen im Januar nochmals auf einen ähnlichen Spitzenwert wie im November 1989 ansteigen, auf insgesamt rund 22 200 Personen. Danach gingen die Zugänge merklich zurück, lagen aber im Februar mit rund 14 800 und März mit 10 500 Ankommenden noch auf recht hohem Niveau.

Zwischenzeitlich hatte man in Bonn beschlossen, das Aufnahmeverfahren

ren ab 1. Juli 1990 abzuschaffen, wartete aber noch mit der Verabschiedung bzw. Verkündung des entsprechenden Schlußgesetzes bis nach der Volkskammerwahl im März 1990 (18.3.). In den Monaten April bis Ende Juni trafen vor allem Familienangehörige von bereits zu einem früheren Zeitpunkt in die Bundesrepublik geflüchteten oder übergesiedelten Personen ein.

Mit dem Ende des Aufnahmeverfahrens verlor das Lager Gießen auch seine zentrale bundesweite Aufgabe, die es vier Jahrzehnte und davor auch im regionalen und überregionalen Bereich der Flüchtlingsverwaltung innehatte. Es hat während dieser Zeit einen, wie es kompetente Politiker ausdrückten, nicht unbedeutenden Beitrag zur Bewältigung eines schwierigen Kapitels der deutschen Nachkriegsgeschichte geleistet, das mit „Vertreibung und Flucht sowie Teilung“ überschrieben ist. Gleichzeitig war es auch das Tor und die Zufluchtsstätte für über 900 000 Deutsche aus der DDR und den Vertreibungsgebieten.

Der Vollständigkeit halber muß noch angeführt werden, daß das Lager als „Zentrale Aufnahmestelle des Landes Hessen“ noch bis 31. März 1993 als eigenständige Dienststelle bestehen blieb und zunächst mit Spätaussiedlern, danach mit Spätaussiedlern und Asylbewerbern und ab November 1991 nur noch mit Asylbewerbern oder ausländischen Flüchtlingen belegt war. Seit 1. April 1993 fungiert das Lager als hessische Erstaufnahmeeinrichtung für den zuletzt genannten Personenkreis. Teilbereiche des Lagers sind mit Aufgaben aus dem Aussiedlerbereich, die dem zuständigen Dezernat beim Regierungspräsidium Gießen zugeordnet sind, sowie mit der Einweisung von Asylbewerbern innerhalb Hessens, Aufgaben aus dem Zuständigkeitsbereich des Regierungspräsidiums Darmstadt, betraut.

Daß die mit der Aufnahme, Betreuung und Verteilung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Übersiedler verbundenen vielfältigen und gewiß nicht einfachen Aufgaben und die sich daraus ergebenden Probleme trotz teilweise enormer Belastung unter oft schwierigsten Bedingungen bewältigt werden konnten, war in erster Linie dem großen Engagement aller haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller im Lager tätigen Dienststellen, karitativen Verbände und sonstigen Organisationen sowie den zahlreichen Hilfen von privater Seite und letztlich dem Verständnis und der Bereitschaft des überwiegenden Teils der Lagerbewohner, persönliche Einschränkungen und Belastungen auf sich zu nehmen, zu verdanken.



Abb. 1: Aufbau des Barackenlagers 1947-1949



Abb. 2: Aufbau des Barackenlagers 1947-1949



Abb. 3: Baracke II, ärztliche Abteilung, Krankenrevier, 1947-1949



Abb. 4: Haus I, im Rohbau, (Baubeginn 1956)

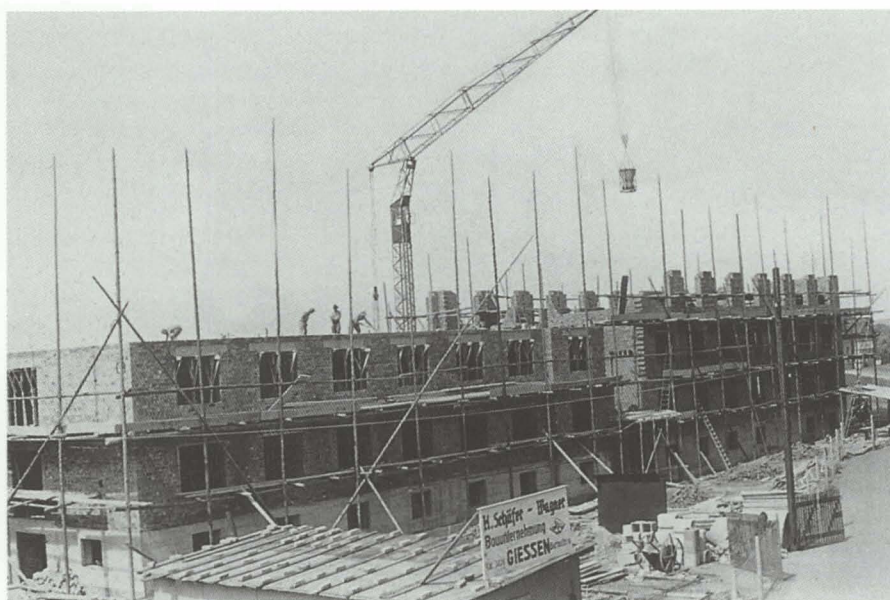


Abb. 5: Haus II, am Baubeginn 1957



Abb. 6: Haus II, im Rohbau 1957



Abb. 7: Blick in überfüllte Unterkunftsräume



Abb. 8: Essensausgabe in der Kantine



Abb. 9: Haus V und Haus II



Abb. 10: Gesamtansicht

Gießen im Wiederaufbau. 15 Jahre zwischen Planung und Realität.

Josef Nipper (Köln)

1. Einleitung

Blickt man heute in der Gießener Innenstadt vom Nordende des Marktplatzes durch die Mäusburg in Richtung Johanneskirche, so schaut der Betrachter über einen großen, z. T. mit Bäumen bestandenen Platz auf 3- bis 5-geschossige Gebäude mit schlichter Fassade (Photo 1). In den 30er Jahren steht an der Südseite des Platzes ein Denkmal. Der Platz ist beträchtlich kleiner und ist umsäumt von weit weniger schlichten Fassaden unterschiedlicher Stilrichtungen (Photo 3). Wiederum den gleichen Ausschnitt zeigt auch Photo 2 im Winter 1944/45 kurz nach dem schweren Luftangriff auf Gießen am 6.12.1944. Vom Zentrum der Gießener Innenstadt blieb nichts übrig als eine Ruinenlandschaft.

Der vorliegende Artikel möchte dazu beitragen, deutlich zu machen, wie der Wiederaufbau Gießens auf dieser "tabula rasa" erfolgt ist. In der Literatur zum westdeutschen Wiederaufbau geht man im allgemeinen davon aus, daß der Wiederaufbau Anfang der 60er Jahre mit dem Inkrafttreten des Bundesbaugesetzes 1961 im wesentlichen abgeschlossen war. Dieses kann sicher auch für Gießen angenommen werden¹. Das bedeutet also, daß der Wiederaufbau der Gießener Innenstadt in nur 15 Jahren durchgeführt worden ist.

Der Schwerpunkt des Beitrages ist dabei nicht eine detaillierte chronologische Nachzeichnung des damaligen Geschehens. Vielmehr sollen einige den Wiederaufbau Gießens kennzeichnende Aspekte herausgearbeitet werden und zwar insbesondere vor dem Hintergrund, inwieweit die konzeptionell-planerischen Vorstellungen des Wiederaufbaus realisiert wurden und welche Faktoren dazu beitrugen, daß diese Realisation in Gießen - auch im Vergleich zu anderen Städten - für einige Bereiche sehr

¹ Zwar wurde der Bereich um das City-Center erst ab Mitte der 70er Jahre bebaut, hier führten aber keine Kriegszerstörungen zu der Neubebauung. Die Gebäude waren in diesem Bereich im wesentlichen erhalten geblieben, allerdings z.T. in einem äußerst schlechten Zustand. Der Abriß der alten Bausubstanz zu Anfang der 70er und der seit 1975 erfolgte Neubau als City-Center ist als Stadterneuerungsmaßnahme einzuordnen (vgl. auch SCHMIDT 1981).

erfolgreich war. Insofern ist der Aufsatz nicht nur eine Geschichte über Gießen, sondern soll auch dazu dienen, grundlegende Merkmale des westdeutschen Wiederaufbaus aufzuzeigen. Wiederaufbau wird zudem gesehen als eine spezifische Stadtentwicklungsphase. Daher werden in den folgenden Kapiteln (vor allem Kapitel 3) auch allgemeinere Überlegungen zu Wiederaufbau und Stadtentwicklung vorgestellt. Diese bilden die Grundlage, auf der das Gießener Geschehen analysiert und interpretiert werden muß. Zudem wird an einigen Stellen auf das Wiederaufbaugeschehen in anderen Städten hingewiesen, sozusagen Fenster geöffnet, um das „Gießenspezifische“ zu verdeutlichen.

2. Vorarbeiten und Datengrundlage

Im Zentrum des Gießener Wiederaufbaus steht ohne Zweifel das Umlegungsverfahren. Über den Wiederaufbau Gießens - und hier insbesondere auch über das Umlegungsverfahren - hat der damalige Leiter des Gießener Vermessungs- und Grundstücksamtes, Dipl. Ing. Heinrich Schmidt, in mehreren Artikeln detailliert berichtet (SCHMIDT 1962, 1993). Seine Arbeiten sind eine wesentliche Grundlage für die hier vorliegende Untersuchung. Interessante Informationen, auch über Hintergründe, liefert zudem die Biographie von ROMERO (1990) über den Architekten Karl Erwin Gruber, der durch Entwürfe an der Wiederaufbauplanung von Gießen beteiligt war. Als weitere wichtige Informationsquelle sind die Adreßbücher der Stadt Gießen zu nennen. Sie dienten als Basis für die Analyse der funktionalen Nutzung vor dem Krieg und während der Wiederaufbauphase. Noch wichtiger für das Verständnis des Wiederaufbaugeschehens in Gießen waren für den Autor dieses Artikels aber die zahlreichen langen und intensiven Gespräche mit Herrn Schmidt seit 1989. Hierdurch wurden Einblicke in den Ablauf des Geschehens möglich, die nur durch wichtige am Geschehen beteiligte Zeitzeugen gegeben werden können².

² Heinrich Schmidt, der leider vor der Drucklegung dieses Artikels verstorben ist (1994), war einer der Gestalter und von daher auch profundesten Kenner des Gießener Wiederaufbaus. Der Autor ist ihm zu außerordentlichem Dank verpflichtet für die Bereitschaft zu den Gesprächen, mehr aber noch für die Art und Weise, in der er den Wiederaufbau Gießens nahegebracht hat. So wie hinsichtlich der Kenntnisse des Wiederaufbaugeschehens in Gießen Heinrich Schmidt von großer Bedeutung war, so hat die Arbeit in der "Wiederaufbaugruppe" am Geographischen Institut der Universität zu Köln ganz entscheidend die allgemeine Sicht des Autors über Wiederaufbau geprägt. Diese Arbeitsgruppe (geleitet von Dr. Manfred Nutz und dem Autor) bestand aus Doktoranden und Diplomanden, die über Wiederaufbauthemen arbeiteten. Dadurch, daß hier über eine Reihe von Städten sowohl in West- (z.B. Köln, Hannover, Duis-

3. Wiederaufbau - Eine spezifische Art von Stadtentwicklung

Der Wiederaufbau Gießens ist zunächst einmal ein stadtgeschichtliches Ereignis und allein von daher interessant. Das Phänomen des Wiederaufbaus ist jedoch auch als Teil des allgemeinen Stadtentwicklungsprozesses zu sehen, wobei in der Wiederaufbauphase infolge der vorhandenen Extremsituation grundlegende Aspekte und Komponenten von Stadtentwicklung viel akzentuierter hervortreten als das in "Normalzeiten" der Fall ist. Von diesem Blickwinkel aus gesehen sind drei grundsätzliche Überlegungen zum Stadtentwicklungsprozeß als Ausgangspunkt und Basis dieses Artikels anzusehen:

1. Neuorientierungen in der Stadtentwicklung vollziehen sich vor allem in Schüben basierend auf
 - gesellschaftlich-ideologischen Neuorientierungen, Änderungen in der ökonomischen Basis, etc.
Die intensiven Diskussionen zur Bodenproblematik Ende der 60er, Anfang der 70er Jahren sind als Beispiel zu nennen. Sie waren z.T. eine Folge der gesellschaftlichen Kritik, die in den Studentenunruhen Ende der 60 Jahre ihren Ausgang hatte.
 - physisch-materiellen Zäsuren, die zum Handeln zwingen. Kriegszerstörungen, Brände oder Epidemien seien angeführt. So führte der Neuaufbau von San Francisco nach dem schweren Erdbeben von 1906 zu einer grundlegenden Neustrukturierung und nimmt Entwicklungen vorweg, die später für US-amerikanische Städte generell kennzeichnend werden (HAAS/KATES/BOWDEN 1977). Die Cholera-Epidemien in Hamburg seit 1830 führten ebenfalls zu einer Umstrukturierung der Innenstadt. Die neuen räumlichen Strukturen sollten u.a. mithelfen, die Ausbreitung solcher Epidemien aufzuhalten (EVANS 1991).

burg, Bocholt, Jülich) als auch Ostdeutschland (Magdeburg, Halberstadt, Nordhausen, Zerbst, Anklam) gearbeitet wurde, war es ideal, die Gießener Situation in den Gesamtzusammenhang einzuordnen und zu bewerten. Ganz besonders möchte der Autor sich bei Herrn Dr. Manfred Nutz und Frau Dorothea Wiktorin bedanken für ihre Mitarbeit. Sie haben in einer Vielzahl von Diskussionen den Fortgang der Arbeiten über Gießen begleitet und ganz erheblich zu der grundsätzlichen Sichtweise beigetragen.

In der Folgezeit sind die Grundstrukturen auf lange Sicht festgelegt und Stadtentwicklung bewegt sich innerhalb dieser. Im Hinblick auf Bombardierung von Städten bedeutet das zudem: Zerstörung beinhaltet neben dem unsäglichen Leid eine Chance für die Gestaltung zukünftiger Entwicklung. Wenn auch diese Relation besteht, so muß doch nachdrücklich betont werden, daß Bombardierung in ihrem Kern eine entmenslichte Kriegsführung ist, die sich vornehmlich gegen Zivilisten richtet und Städte vernichtet. Genau das ist gemeint, wenn HEWITT (1983, 1993, 1994) von den Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg als "place annihilation" bzw. von der Zerstörung der „peoples' city“ spricht. Der serbische Architekt und ehemalige Bürgermeister von Belgrad Bogdan Bogdanovic bezeichnet die Zerstörungen durch den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien als "rituellen Städtemord" (BOGDANOVIC 1992).

2. Wiederaufbau ist Stadtentwicklung im Zeitraffer und unter extremem Streß.

Die Zeit des Wiederaufbaus ist geprägt durch immense Zerstörungen, den riesigen finanziellen und materiellen Mangel und den enormen Druck, schnell Abhilfe zu schaffen. Insgesamt ergibt sich daraus eine extreme Streßsituation, in der die entscheidenden Faktoren für die Stadtentwicklung - und zwar sowohl positive als auch negative - viel klarer zu Tage treten als in "Normalzeiten".

3. Stadtentwicklung vollzieht sich im Widerstreit und Ausgleich unterschiedlichster Interessen.

Zu nennen sind hier insbesondere zwei Kategorien: öffentliches (Politiker, Planer) und privates Interesse (Bodeneigentümer, Betriebe, Anwohner). Die Wechselwirkung zwischen diesen beiden Kategorien bestimmen die Wechselwirkungen zwischen Planung und Realität in der Stadtentwicklung.

Der Wiederaufbau Gießens stellt nun ein Beispiel dar, das eingebettet ist in die oben skizzierte generelle Problematik von Stadtentwicklung. Gießen kann dabei als Beispiel für den Typ der Klein- und Mittelstädte gelten. Gerade über solche Städte ist in der einschlägigen Literatur bisher relativ wenig veröffentlicht worden. Die Beschäftigung mit dem Wiederaufbau konzentriert sich dort im wesentlichen auf Großstädte³. Für Gießen sind

³ Gerade in den letzten Jahren (seit Beginn der 80er Jahre) sind eine Reihe von wichtigen wissenschaftlichen Arbeiten zum Wiederaufbau in Deutschland erschienen. Zu nennen sind vor allem die Arbeiten von BEYME (1987) und DURTH/GUTSCHOW (1988) für den Wiederaufbau in Westdeutschland und diejenigen von TOPFSTEDT (1980, 1988) und HOSCISLAWSKI (1985) für den Wiederaufbau in der ehemaligen DDR. Diese Arbeiten vermitteln einen durchaus umfassenden Überblick, wenngleich sie sich in den Beispielen vor allem auf den Wiederaufbau in den größeren Städten konzentrieren. Diese Tendenz ist in gleicher Weise in den Einzelfallstudien sichtbar (z.B. GUTSCHOW/STIEMER (1982), ROSINSKI (1987)). Auch die nach der Wende veröf-

zudem zwei weitere Punkte zu nennen, die das Thema "Wiederaufbau" zusätzlich interessant machen: Zum einen waren die realen Ausgangsbedingungen außerordentlich schwierig, die Streßsituation also besonders extrem, wie im folgenden noch ausgeführt wird. Zum anderen gab es ein sehr starkes Miteinander der einzelnen Interessengruppen, was in dieser Art in den meisten Städten nicht der Fall gewesen ist.

In der Literatur zum Wiederaufbau (siehe z.B. BEYME (1987), DURTH/GUTSCHOW (1988)) wird generell zwischen drei Formen von Wiederaufbau unterschieden: dem rekonstruktiven Wiederaufbau (Wiederaufbau im engeren Sinne als Wiederaufbau des Gewesenen), dem traditionellen Anpassungsneubau (basierend auf alten Strukturen, aber mit deutlichen Änderungen) und dem Neubau. Rekonstruktiven Wiederaufbau hat es sowohl in West- als auch in Ostdeutschland großflächig nicht gegeben. Die Marktbebauung von Freudenstadt gilt allgemein als Beispiel eines solchen Wiederaufbaus, es ist aber anzumerken, daß die Stellung aller Gebäude zum Markt sich von einer Giebelständigkeit zu einer Traufständigkeit geändert hat. Auch die wiederaufgebauten Gebäude des Münsteraner Prinzipalmarktes zeigen nur eine starke Anlehnung an ihre historischen Vorbilder, wie die Gebäudesilhouetten der Abb. 1 deutlich machen. Eine ausgeprägtere Hinwendung zum Neubau ist in der Innenstadt Hannovers festzustellen, auch wenn es hier sogenannte Traditionsinseln gibt (vgl. MANZ (1995)). Die Beispiele zeigen allerdings auch, daß für eine genauere Kategorisierung des Wiederaufbaus die Dimension "Richtung" nicht ausreichend ist. Hier bietet sich an, zusätzlich die räumlichen Dimension mitaufzunehmen und nach großflächigem Wiederaufbau, Ensembleaufbau und einzelnen Gebäuden zu unterscheiden. Abb. 2 geht von dieser Grundlage aus und zeigt an Beispielen das Spektrum im Wiederaufbau Westdeutschlands, wobei hinzuzufügen ist, daß der großflächige Neubau für Berlin, Saarbrücken und Mainz nicht verwirklicht worden ist. Insgesamt bleibt dabei festzuhalten, daß der Kompromiß "Anpassungsneubau" beim westdeutschen Wiederaufbau eindeutig im Vordergrund steht. Der Wiederaufbau Gießens ist sicher in diese Kategorie einzustufen.

fentlichte vergleichende Studie zum west- und ostdeutschen Wiederaufbau von BEYME u.a. (1992) (wohl die erste in ihrer Art) basiert ausschließlich auf Untersuchungen in Großstädten. Die Konzentration auf Großstädte mag verständlich sein auf Grund oftmals spektakuläreren Wiederaufbaus, des Bekanntheitsgrades der Städte und der Tatsache, daß die führenden Architekten und Städtebauer des Wiederaufbaus meistens in den Großstädten tätig waren. Es ist jedoch festzuhalten, daß in den Klein- und Mittelstädten unter ebenfalls schwierigen Bedingungen der Wiederaufbau vonstatten gehen mußte. Für das Gesamtbild des Wiederaufbaus ist diese Ebene ebenso prägend. Zudem sind dort die Beziehungen zwischen öffentlichem und privatem Interesse allein schon wegen der Größe der Städte oftmals deutlicher sichtbar.

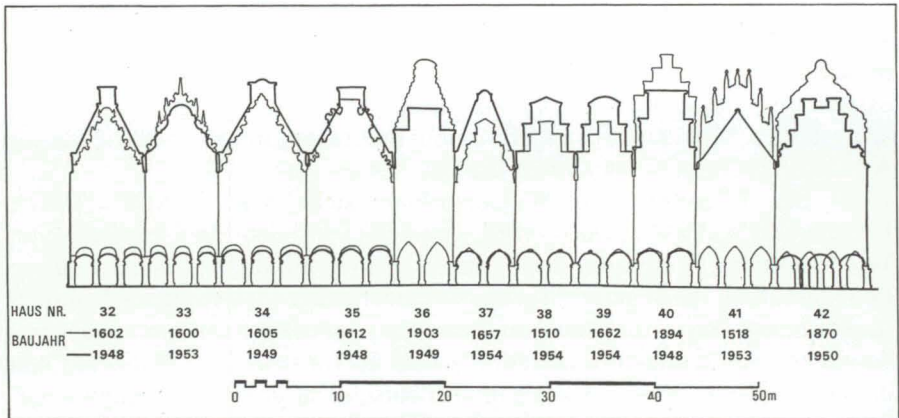


Abb. 1: Gebäudesilhouetten am Prinzipalmarkt in Münster
 Quelle: DURTH/GUTSCHOW 1988, S. 962; verändert

Konzeption	Grundriß	Ensemble	Gebäude
rekonstruktiver Wiederaufbau	Freudenstadt: Markt Münster: Prinzipalmarkt	Münster: Prinzipalmarkt Freudenstadt: Markt Bremen: Schnoorviertel Freiburg: Kaiser-Joseph-Straße Köln: Griechenmarktviertel	Köln: Dom, Gürzenich Frankfurt: Römer
traditioneller Anpassungsneubau	Freiburg: Stadtmitte		Münster: Gebäude am Prinzipal-/Roggenmarkt
	Gießen		
Neubau	Coesfeld Uelzen		
	Hannover Kassel		
	Berlin: Kollektivplan von Scharoun* Saarbrücken: Planung von Pingusson* Mainz: Planung von Lods*	Frankfurt: Berliner Straße Kassel: Treppenstraße	Gießen: Gebäude am Seltersweg Köln: Stadttheater Berlin: Philharmonie Münster: Stadttheater Düsseldorf: Thyssen-Hochhaus

* Planungen nicht verwirklicht

Abb. 2: Kategorien des Wiederaufbaugeschehens in Westdeutschland
 Quelle: NIPPER 1993a, S. 85; verändert

4. Wie war das damals in Gießen? - Das "Ende" und die (Un-) Freiheit des Neubeginns

Zwar hatte es auch schon vor dem 6.12.1944 Bombenangriffe auf Gießen gegeben, jener am Nikolaustag 1944 jedoch war katastrophal und legte weit über die Hälfte der Innenstadt in Schutt und Asche⁴. Die Karte der Abb. 3 zeigt das räumliche Ausmaß der Zerstörungen, die Photos 2 und 4 mögen einen Eindruck von der Intensität der Zerstörungen vermitteln. In manchen Bereichen des Zentrums wie etwa um den Markplatz, dem Kreuzplatz und an der Mäusburg stand kein einziges Gebäude mehr. Die Innenstadt - und ganz besonders der Geschäftskern - war eine tabula rasa. Aber gerade diese Situation kann vom Blickwinkel der Stadtentwicklung zumindestens theoretisch als große Chance gesehen werden, überkommene, hinderliche Strukturen aufzulösen und neue zu schaffen, die als Basis für eine zukunftssträchtige Stadtentwicklung dienen können. Innerhalb der folgenden 15 Jahre wurde in Gießen versucht, genau dieses in die Realität umzusetzen. Das Diagramm der Abb. 4 mag die Situation am Nikolaustag des Jahres 1944 und deren Beziehung zum Wiederaufbau skizzenhaft verdeutlichen.

⁴ Zur Zerstörung Gießens sind in jüngster Zeit zwei detaillierte Untersuchungen erschienen. Die Arbeit von GRAEF (1989) versteht sich in erster Linie als Dokumentation des historischen Geschehens und stützt sich insbesondere auch auf britisches Archivmaterial. In dem Buch von HUMPHREY/HAASER/PAGENKEMPER (1994) wird genau die weiter oben angesprochene Interpretation des Bombenkrieges als "Vernichtung der persönlichen Lebenswelt" belegt, wenn Zeitzeugen ihre persönlichen Erlebnisse und Empfindungen über den "Nikolaustag 1944" schildern.

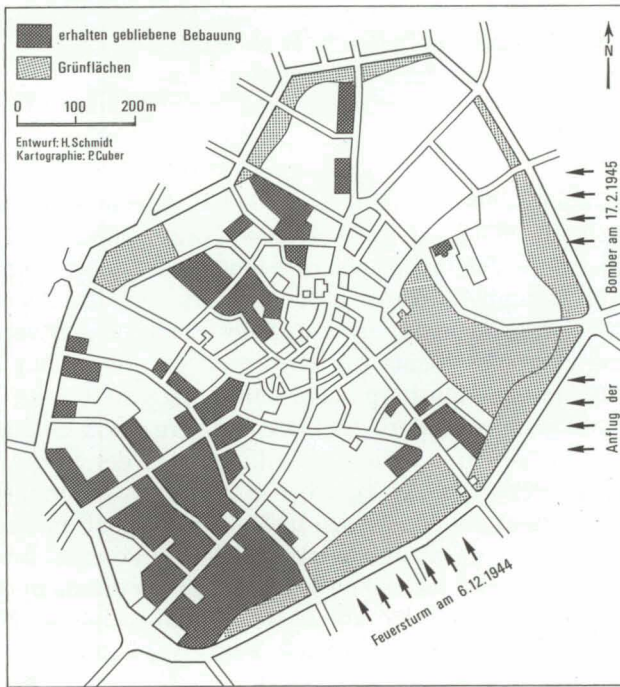


Abb. 3: Bombardierung und Zerstörung der Gießener Innenstadt
 Quelle: SCHMIDT 1993, S. 145

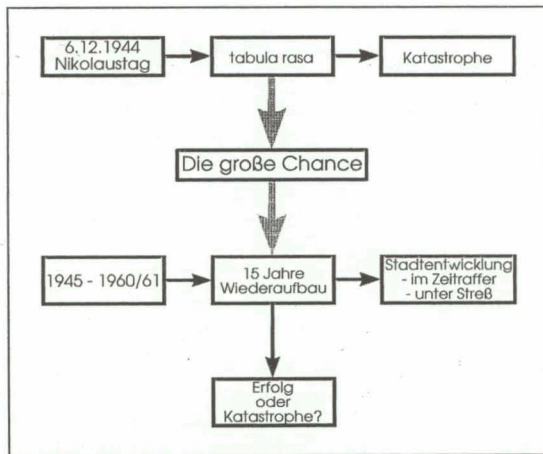


Abb. 4: Bombardierung und Wiederaufbau aus der Sicht von Stadtentwicklung

In der unmittelbaren Zeit nach dem Krieg war in Gießen - wie in allen Städten Westdeutschlands - von Wiederaufbau wenig zu spüren. Generell lassen sich für diese Zeit, die in Westdeutschland etwa bis 1949 dauerte, sowohl allgemeine und als auch mehr städtespezifische Ursachenkomplexe für diese Untätigkeit ausmachen. Sie prägten allerdings nicht nur das Geschehen in den einzelnen Städten zu dieser Zeit, sondern legten darüberhinaus die Grundlagen für den späteren Wiederaufbau. Als allgemeine Ursachenkomplexe sind vor allem zwei zu nennen: die allgemeine wirtschaftliche Situation und das Fehlen einer "vernünftigen" gesetzlichen Grundlage für den Wiederaufbau.

1. Die allgemeine wirtschaftliche Situation war gekennzeichnet durch extremen Mangel und durch die Verwaltung eben dieses Mangels. So sind auch die Anweisungen der US-amerikanischen Besatzungsmacht zu verstehen hinsichtlich der Zuteilung von Baumaterial, des Verbotes von Neubauten und der Erlaubnis, ausschließlich beschädigte Gebäude instandzusetzen. Die Mangelsituation ließ ein anderes Vorgehen unter der Prämisse, das Überleben zu sichern, gar nicht zu. Dieses Vorgehen hatte allerdings die Konsequenz, Wiederaufbau zu verhindern und als Folge davon, wirtschaftliche Aktivitäten zu blockieren, die wiederum notwendig waren für die Ankerbelegung des Wiederaufbaus.

Für Gießen wurde dieses Dilemma sehr deutlich in einer Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.1946. In ihr wurde zunächst festgestellt, "daß entgegen den Bestimmungen Bauten, die nicht im öffentlichen Interesse liegen, von Grund auf neu errichtet werden", und dann die Position des Magistrats zu diesem Problem erbeten. Es ergab sich eine längere Diskussion, in der der damalige Oberbürgermeister Albin Mann (SPD) betonte, "daß das Verbot über die Errichtung von Neubauten beachtet und darüber hinaus auf eine geordnete Planung der Verteilung des Baumaterials hingearbeitet werden müßte,...". Das CDU-Mitglied Nicolaus widersprach dieser Auffassung zwar nicht, betonte aber, "daß im kommunalen Interesse die Durchführung von Bauvorhaben mit Baustoffen, die außerhalb des Kontingents beschafft worden seien, nicht durch Bauverbote unmöglich gemacht werden dürften". Die Diskussion schloß mit der Versicherung des Oberbürgermeisters, "es sei nicht sein Ziel, das Bauen zu unterbinden, sondern es in geordnete Bahnen zu lenken"⁵. Im Grunde wird damit gesagt, daß der Wiederaufbau dringend nötig ist, um die wirtschaftli-

⁵ Protokoll der 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.1946, Stadtarchiv Gießen. Siehe auch Gießener Freie Presse (1946).

chen Aktivitäten in Gang zu setzen. Diese wiederum schaffen dann die Mittel für den weiteren Wiederaufbau. Da die Maßnahmen der US-Behörden den Wiederaufbau nicht zulassen, sollen also über den Schwarzmarkt beschaffte Materialien hier einen Anfang ermöglichen.

2. Im Gegensatz zum Wiederaufbau in Ostdeutschland, wo schon bald ein für die gesamte Ostzone gültiges Baurecht geschaffen wurde, existierte in den Westzonen keine umfassende in sich schlüssige, einheitliche gesetzliche Planungsgrundlage. Bestrebungen hatte es eine Vielzahl gegeben⁶, sie scheiterten jedoch an den unterschiedlichen Interessen der einzelnen Länder, wobei sich vor allem Bayern hervortat. Das Ergebnis war, daß erst nach 1949 die einzelnen Länder spezifische Wiederaufbaugesetze erließen. Für die Zeit bis dahin galten die alten Regelungen weiter. Sie entstammten z.T. der NS-Zeit wie

- die Verordnung über die Regelung des Bauwesens vom 15.2.1936 oder
- die Reichsumlegungsverordnung vom 16.6.1937, z.T. waren es Gesetze aus dem 19. Jhd. wie
- die Hessische Allgemeine Bauordnung vom 1.4.1882 oder
- das Fluchtliniengesetz vom 2.7.1875.

Neben diesen allgemeinen Ursachenkomplexen sind für Gießen weitere anzuführen, die den Wiederaufbau deutlich beeinflussten. Zu nennen sind hier

- der Verlust wirtschaftlicher Standbeine,
- die starke Zerstörung gerade des Geschäftszentrums,
- die geringe Zerstörung bei den benachbarten Konkurrenzstädten,
- die konservierende Wirkung überkommener Strukturen und
- die räumliche Unterschiedlichkeit in der Aufbauwilligkeit der Bürger.

Solche Faktoren sind auch in anderen Städten in der ein oder anderen Art anzutreffen, sie haben aber für die Städte und ganz besonders auch für Gießen in spezifischer Weise gewirkt.

Gießen war vor dem Krieg die Metropole Mittelhessens gewesen. Als wirtschaftliche Standbeine bis zur Zerstörung sind vor allem die Garnison, die Universität, Industrie und die Funktion als Zentrum für Handel und

⁶ Der Lemgoer Entwurf war die wohl bekannteste Konzeption. Insbesondere in der Bodenrechtsfrage ging dieser Entwurf außerordentlich weit (siehe dazu auch Anm. 18) und das war wohl auch ein wesentlicher Grund, daß keine einheitliche Regelung auf Basis dieses Entwurfes erzielt werden konnte. Der Entwurf diente jedoch vielen Bundesländern als Grundlage für ihre Aufbaugesetze.

Dienstleistungen zu nennen. Durch den verlorenen Krieg war der Status als Garnisonsstadt verloren gegangen und infolge der "braunen Vergangenheit" der Universität war davon auszugehen, daß die Funktion als Universitätsstadt wohl auf lange Zeit verloren war⁷. So blieb neben der Industrie nur noch Handel und Dienstleistungen als wirtschaftliche Grundlage der Stadt übrig. Gerade aber der zentrale Geschäftsbereich war am stärksten zerstört worden, so daß für den zuletztgenannten Wirtschaftsektor die räumliche Grundlage nicht mehr vorhanden war. Es war daher klar, daß die Innenstadt sehr schnell wieder als Geschäftszentrum funktionsfähig gemacht, d.h. wiederaufgebaut werden mußte. Hinzu kam, daß die beiden benachbarten Konkurrenzstädte Marburg und Wetzlar kaum Zerstörungen aufwiesen, so daß neben dem Fehlen von Arbeitsplätzen und Versorgungsmängeln langfristig ein Verlust der ehemaligen Stellung als Zentrum Mittelhessens zu befürchten war.

Dem aus dieser Lage heraus entstehende Druck, schnell ein funktionsfähiges, zeitgemäßes Zentrum aufzubauen, standen allerdings einige Strukturen entgegen, die zumindestens eine konservierende Wirkung ausübten. Im Mittelpunkt stehen hier die Boden- und Besitzstruktur und die unterirdische Infrastruktur.

1. Boden- und Besitzstruktur

Die Innenstadt war in ihrer räumlichen Struktur mittelalterlich geprägt mit vielen engen Gassen und winkligen Straßenführungen, kleinteiligen Parzellen und ungünstigem Parzellenzuschnitt. Der Vorkriegszustand des Blocks Neustadt-Sandgasse (vgl. Abb. 5) belegt diese Situation nachdrücklich. Dieser Block ist charakterisiert durch sehr verschachtelte Kleingrundstücke mit überalterten und baufälligen Gebäuden (Scheunen, Stallungen). Die mittlere Größe der Grundstücke betrug zwar 106 m^2 , aber von den insgesamt 57 Grundstücken sind 42 kleiner als 100 m^2 und allein 9 haben höchstens 10 m^2 . Das Gebiet war schon in den 30er Jahren für eine Sanierung vorgesehen. Die Sanierung konnte jedoch nicht mehr wie etwa der Block Schloßgasse/Marktlaubenstraße⁸ durchgeführt werden.

⁷ Zu den "Verstrickungen" der damaligen Gießener Ludwigsuniversität in der NS-Zeit gibt das Buch "Frontabschnitt Hochschule" (1982) detailliert Auskunft. Am 25.3.1946 wurde die Universität geschlossen, übrig blieben praktisch nur zwei Fachbereiche mit der Hochschule für Bodenkultur und Veterinärmedizin und der Medizinische Akademie Gießen. Die Universität wurde als Volluniversität erst 1957 wiedereröffnet.

⁸ Der Block Schloßgasse/Marktlaubenstraße wurde in den 30er Jahren saniert. Eine ausführliche Darstellung des Sanierungsvorhabens ist in SCHMIDT (1962) zu finden.

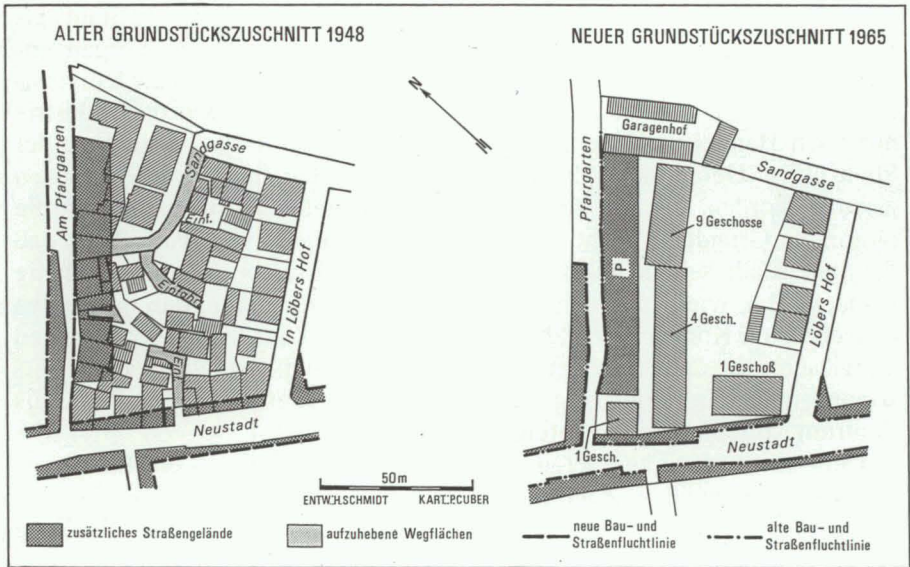


Abb. 5: Die Baulandumlegung im Bereich Neustadt-Sandgasse
 Quelle: SCHMIDT 1993, S. 155; verändert

2. Unterirdische Infrastruktur

Wie in vielen anderen deutschen Städten war die Innenstadt zwar bis auf die Grundmauern zerstört, diese waren jedoch im wesentlichen erhalten geblieben. Auf Grund der Mangelsituation waren diese Fundamente als Schatz anzusehen und als Basis für den Wiederaufbau notwendig. Hinzu kam, daß die unterirdischen Versorgungsleitungen in Gießen infolge der Beschaffenheit des Untergrundes z.T. 4-5 m unter der Oberfläche lagen und zu großen Teilen daher nicht zerstört waren. Zudem führten sie in den meisten Fällen unter den Straßen her, so daß von daher ein völliger Neuaufbau der Innenstadt unabhängig von der alten Grundrißstruktur ökonomisch in keiner Weise durchzuführen war.

Hinsichtlich der Aufbauwilligkeit der Bürger waren starke, oft straßenweise ausgebildete Schwankungen zu verzeichnen. War die Aufbauwilligkeit vorhanden, dann wurde von Seiten der Bürger starker Druck auf den Magistrat ausgeübt. Auf der einen Seite unterstützte die Aufbauwilligkeit die Verantwortlichen in ihren Bemühungen um den schnellen Aufbau, auf der anderen Seite war sie Ursache für starke Unzufriedenheit bei vielen Bürgern, da der Wiederaufbau ja noch nicht in Gang gesetzt werden konnte. Wie stark die Unzufriedenheit der Bürger war und in welchem Maße damit der Druck auf die Stadt vorhanden war, geht aus Artikeln und

Leserbriefen der *Gießener Freien Presse*⁹ hervor, in denen beklagt wird, daß zwar immer wieder neue Pläne gemacht würden, der Wiederaufbau aber konkret nicht in Angriff genommen würde¹⁰. In anderen Fällen, wie etwa im Bereich der Walltorstraße¹¹, war wenig bis keine Aufbauwilligkeit festzustellen. Diese Situation war für die Stadt zwar nicht kurzfristig mit großen Schwierigkeiten verbunden, langfristig aber sehr wohl, was sich deutlich daran zeigt, daß in der Walltorstraße der Wiederaufbau nur zögerlich einsetzt und erst sehr spät beendet wird.

Insgesamt ergibt sich somit für Gießen und für den angestrebten Wiederaufbau eine extreme Streßsituation. Wiederaufbauaktivitäten konnten erst möglich werden, nachdem die beiden zuerst genannten allgemeinen Streßfaktoren "wirtschaftliche Situation" und "gesetzliche Grundlagen" gemildert bzw. gelöst waren

- mit der Einführung der Währungsreform (20./21.6. 1948), durch die eine solide Basis für wirtschaftliches Handeln geschaffen wurde,
- mit dem Inkrafttreten des Hessisches Wiederaufbaugesetzes (25.10.1948), durch das eine solide Basis für planerisches Handeln möglich wurde und
- mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes (23.5.1949), das eine zusätzliche und notwendige Absicherung auf der politisch-

⁹ Die *Gießener Freie Presse* (heute *Gießener Allgemeine*) war eine von der US-amerikanischen Besatzungsmacht zugelassene, neugegründete Tageszeitung und erschien erstmals am 1.1.1946. Die zweite Gießener Tageszeitung, der *Gießener Anzeiger*, ist die ältere Zeitung. Wie alle anderen deutschen Tageszeitungen war sie während der NS-Zeit gleichgeschaltet und daher nach dem Kriege zunächst von der Besatzungsmacht verboten worden. Sie erschien erstmalig wieder am 24.8.1949.

¹⁰ Am 27.9.1948 veröffentlicht die Gießener Freie Presse einen Artikel unter dem Titel "Zuviele Pläne - aber keine Planung" (Gießener Freie Presse 1948b). Am 30.9.1948 berichtet die Zeitung über eine Diskussion der Pläne vor dem "Forum" und zitiert den Sprecher der ausgebombten Kaufleute, Herrn Winterhoff, mit der dringenden Bitte, "die Planung schnellstens in die Tat umzusetzen, um eine weitere Schädigung des Handels zu vermeiden und Gießen wieder die Entwicklung zur Metropole von Oberhessen zu ermöglichen." (Gießener Freie Presse 1948c). Einige Tage später wird in einem Artikel unter dem Titel "Endlich bauen - Schluß mit Planen" gefordert: "Planen ist gut und notwendig, besser und dringlicher ist nun aber der beschleunigte Anfang einer umfassenden Bautätigkeit. ... Aber nicht lange planen! Davon haben wir genug. Und während so im Nordviertel und vielleicht auch an anderen Stellen Wohnungen gebaut werden, wird der 'kreisende Berg' der Planungsmänner eines Tages auch einmal für die Stadtmitte ein 'Mäuslein' gebären" (Gießener Freie Presse 1948e).

¹¹ Die Frage nach den Ursachen für die allgemein geringe Wiederaufbauwilligkeit in der Walltorstraße ist vielleicht nicht eindeutig zu klären. In den Gesprächen mit Herrn Schmid wies dieser immer wieder auf die Geschichte der Walltorstraße als einen Erklärungsgrund hin. Die Walltorstraße gehörte bis zu Anfang des 20. Jhd. zu den Hauptgeschäftsstraßen der Stadt. Seit der Verlegung des Bahnhofs vom Beginn der Marburger Straße an den jetzigen Standort hatte sich die Stellung der Straße als Geschäftsstraße kontinuierlich zurückentwickelt.

gesellschaftlichen Ebene darstellte.

Erst hierdurch waren die rechtlichen Grundlagen geschaffen und damit die notwendigen Sicherheiten für planerisches Handeln und für wirtschaftliche Aktivitäten gelegt.

5. Träumen in Trümmern - Die Zeit der Wiederaufbauentwürfe in Gießen

Hinsichtlich der planerischen Aktivitäten in Gießen lassen sich bis zum Beginn des Wiederaufbaus zwei Phasen ausgliedern:

- Phase I (1945 - 1948): die Zeit des schöpferischen Nachdenkens und der Untätigkeit,
- Phase II (1948/49): die Zeit der konkreten Planung und der politischen Beeinflussung.

Die erste Phase von Kriegsende bis zum Beginn des Wiederaufbaus war in Westdeutschland allgemein eine Zeit des planerischen Nachdenkens, aber auch der planerischen "Untätigkeit". Es wurden neue Konzepte etwa zur Eigentumsproblematik diskutiert und städtebauliche Pläne entworfen, z.T. revolutionäre wie z.B. der Entwurf der Gartenhochstadt von Marcel Lods für die neue Innenstadt von Mainz (basierend auf Ideen von Le Corbusier) oder auch der Kollegialplan von Scharoun für Berlin. Die Pläne wurden nicht realisiert. Trotzdem war diese Zeit der Untätigkeit und gleichzeitigen Planvielfalt sicherlich äußerst fruchtbar, um die Möglichkeiten für zukünftige Stadtentwicklung auszuloten¹².

Für Gießen hat es bis zum Beginn des Wiederaufbaus im Jahre 1949 16 Pläne gegeben (vgl. Tab. 1). Das Grundkonzept mit einem auf die mittelalterliche Struktur fußenden Straßenkreuz ist in allen Plänen vorhanden. Die N-S-Achse Seltersweg-Markt-Walltorstraße ist fast immer identisch, die E-W-Achse Neustadt-Neue Bäume verläuft z.T. unterschiedlich. Die Entwürfe von P. Grund¹³ (Abb. 6) und H.A. Harth¹⁴ (Abb. 7) belegen dieses

¹² Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit spricht WAGNER (1947, S. 549) in seinem Artikel "Zur Freiheit des Handelns" die "auferzwungene Untätigkeit" der Planer an. Er sieht darin aber auch die Chance, "weitschauende und der Not gerecht werdende Planungen" aufstellen zu können. BEYME (1987, S. 11) schätzt die Situation ähnlich ein, wenn er 40 Jahre später feststellt: "Wo noch keine Bauten vorgestellt werden konnten, gab es wenigstens die notwendige Grundsatzdiskussion."

¹³ Peter Grund (1892-1966) war nach seiner Tätigkeit als freier Architekt in Dortmund von 1933-1938 (?) Direktor der Kunstakademie in Düsseldorf. 1936/37 hatte er die

beispielhaft.

Tab. 1: Liste der Entwürfe für den Wiederaufbau der Gießener Innenstadt

Peter Grund (Darmstadt):	2	Entwürfe,
Prof. Karl Gruber (TH Darmstadt):	2	Entwürfe,
Prof. Otto Ernst Schweizer (TH Karlsruhe):	1	Entwurf,
Hans Alex Harth (Baudirektor 46-49 in Gießen):	2	Entwürfe,
Wilhelm Gravert (Baudirektor 28-45/49-57 in Gießen):	1	Entwurf,
Dirksmüller (Gießen):	1	Entwurf,
Wellhausen (Hamburg):	1	Entwurf,
Golder (Baurat Wetzlar):	2	Entwürfe,
Gassner (Regierungsbaurat beim RP Darmstadt):	1	Entwurf,
Nicolaus (Gießen):	2	Entwürfe,
Reg. Präsidium Darmstadt:	1	Entwurf

Quellen: mündl. Mitteilungen von Herrn Schmidt, ROMERO 1990, S. 210

Oberleitung der „Reichsausstellung Schaffendes Volk“. Vorgestellt wurde dort auch die nach einem Entwurf von Grund gebaute „Schlageterstadt“, eine Einfamilienhaussiedlung, die von der Idee der „Bindung der Volksgenossen an die Scholle“ ausgeht. Von 1947-1959 war Grund Oberbaudirektor in Darmstadt und gleichzeitig als freier Architekt tätig.

¹⁴ Hans Alex Harth war von 1946 bis 1949 Baudirektor in Gießen. Vor seiner Tätigkeit in Gießen war Harth Architekt in Frankfurt. Diese Arbeit nahm er nach seinem Weggang aus Gießen wieder auf.

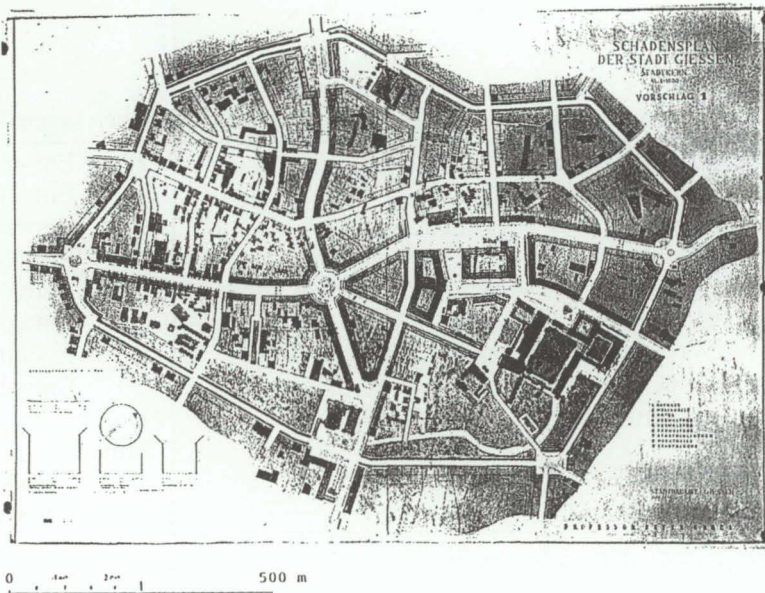


Abb. 6: Wiederaufbauplan von P. Grund (vermutlich Dezember 1947)
 Quelle: ROMERO 1990, S. 207

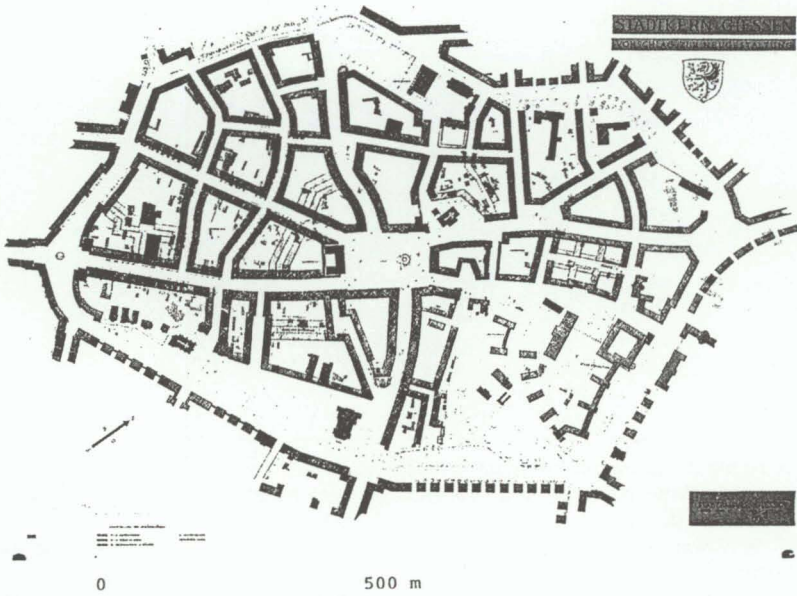


Abb. 7: Wiederaufbauplan von H.A. Harth (Januar 1948)
 Quelle: ROMERO 1990, S. 207

Öffentliche Partizipation war vom Gesetz her nicht erforderlich, allerdings war jedem Verantwortlichen klar, daß der Wiederaufbau nur dann erfolgreich sein konnte, wenn das Vorgehen auf breite Zustimmung der Bevölkerung stieß. Demzufolge wurden diese Pläne durch Diskussionen in der Öffentlichkeit begleitet¹⁵. Dazu diente die Vorstellung der Pläne in der Gießener Freien Presse (1948a, 1948d), eine Ausstellung zur Wiederaufbaukonzeption wie auch die Vorstellung des Plans vor einzelnen Gremien bzw. Interessengruppen wie dem BdA (Bund deutscher Architekten), dem sogenannten "Forum" (einem Zusammenschluß der Gießener Geschäftsinhaber) oder dem Haus- und Grundbesitzerverein.

Selbstverständlich gab es in dieser Phase neben der konstruktiven Diskussion und Kritik auch Ereignisse, die dem Fortgang der Planung nicht unbedingt förderlich waren. Als ein Beispiel sei hier der Fall Nicolaus angeführt. Im Zentrum stand der Vorwurf an den damaligen Beigeordneten und Dezernenten des Bauwesens Nicolaus, das öffentliche Amt mit seinen privaten Interessen als selbständiger Architekt allzu eng zu verquicken (vgl. Gießener Freie Presse 1948b). Eher kurios, aber sicher auch nicht förderlich für den Fortgang war, daß für eine kurze Zeit mit Johannes Neumann alias Nowara ein Hochstapler Bürgermeister der Stadt war (BLUMSCHEIN 1954). Der Prozeß der Entnazifizierung brachte insoweit Probleme, daß dadurch ehemalige kundige Mitarbeiter des Baudezernats lange Zeit an den Planungen nicht mitwirken konnten. Das galt insbesondere für Wilhelm Gravert, dem früheren Baudirektor der Stadt Gießen.

Der Streit zwischen der SPD und der CDU um die Begutachtung der Pläne im Jahre 1948 - mit dem Ergebnis, daß neben dem vom Magistrat angeforderten Gutachten des Regierungspräsidiums Darmstadt von der SPD ein eigenes Gutachten an den Braunschweiger Baudezernenten Göderitz¹⁶ in Auftrag gegeben wurde - läßt sich auf der einen Seite in die

¹⁵ Solche Ausstellungen und Diskussionsrunden gab es natürlich auch in anderen Städten. Eine besonders enge Zusammenarbeit ist beim Wiederaufbau in Hannover zu beobachten, wo private Aufbaugemeinschaften und die Stadtplanung unter Leitung von Rudolf Hillebrecht einen beispielhaften Wiederaufbau betreiben (vgl. DURTH/GUTSCHOW 1988, S. 742 ff.; MANZ 1995). In Düsseldorf findet ebenfalls eine große öffentliche Ausstellung statt. Das Motiv hierfür liegt allerdings insbesondere in der Tatsache, daß es eine grundlegende Kontroverse um die Wiederaufbaukonzeption gab und der verantwortliche Leiter, Friedrich Tamms, durch eine positive Darstellung seiner Konzeption, diese "durchbringen" wollte (vgl. DURTH/GUTSCHOW 1988, S. 428 ff.).

¹⁶ Johannes Göderitz 1927-1933 Stadtbaurat in Magdeburg, 1933 auf Veranlassung der NSDAP in den Ruhestand versetzt; 1936-1945 Geschäftsführer der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung. 1945-1953 Stadtbaurat in Braunschweig; 1945-1962 Professor an der TU Braunschweig und dort von 1960 an Direktor des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen. Göderitz war nach dem 2. Weltkrieg einer der führenden Städtebauer in Westdeutschland. Zusammen mit Roland Rainer und Hubert Hoffmann ist er Autor des Buches „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt“

Reihe der Erschwernisse eingliedern, da dadurch die Verabschiedung des endgültigen Planes verzögert wurde. Auf der anderen Seite ist festzuhalten, daß wichtige Ergebnisse des Gutachtens von Göderitz in die endgültige Planung eingeflossen sind.

Die zweite Phase ist mit nur einem halben Jahr (November 1948 bis Mai 1949) außerordentlich kurz. Kann man die vorhergehende Phase mit einigem Recht als Phase des Vorbereitens und des Diskurses um die zukünftige Stadtentwicklung bezeichnen, so wird in dieser die politische Entscheidung über die Stadtentwicklung getroffen und dadurch die Zukunft planerisch festgelegt. Am 18.11.1948 wird der Generalbebauungsplan von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. Dieser Plan ist eine Überarbeitung des Wiederaufbauplanes von Gravert mit dem Einbau der Gutachterbemerkungen von Göderitz durch Gravert selbst. Abb. 8 zeigt diesen Plan. Kennzeichnend ist die Beibehaltung der alten Linienführung mit der Ergänzung des Durchbruches der Katharinengasse. Hierdurch sollte eine verkehrliche Entlastung des Seltersweges erreicht und gleichzeitig die Stellung dieser Straße als Geschäftsstraße aufgewertet werden. Ähnliche Vorhaben sind in vielen anderen Städte ebenfalls zu finden, wie etwa die Erweiterung der Marspfortengasse in Köln als Ladestraße für die Hauptgeschäftsstraße Hohe Straße (vgl. WIKTORIN 1992). Die Entscheidung für den Gravert'schen Wiederaufbauplan wird in der Stadtverordnetenversammlung letztendlich einstimmig beschlossen. Allerdings führt dieser Beschluß auch zur Konsequenz, daß der damalige Baudirektor Harth, der selber einen Plan erarbeitet hatte, zurücktritt. Sein Nachfolger wird ebenso konsequent Gravert.

(GÖDERITZ/RAINER/HOFFMANN 1957), in dem ein städtebauliches Leitbild entworfen wurde, das über den Wiederaufbau hinaus für die Stadtentwicklung im Westen Deutschlands prägend war.



Abb. 8: Der Wiederaufbauplan von Wilhelm Gravert (Dezember 1950)
 Quelle: ROMERO 1990, S. 213

Fast genau ein halbes Jahr später, am 5.5.1949, wurden dann die beiden für den Wiederaufbau der Innenstadt wichtigsten Pläne, der Fluchtlinienplan und das Verfahren zur Baulandumlegung, verabschiedet. Mit diesem Beschluß war die Wiederaufbauplanung insgesamt und damit die zukünftige Stadtentwicklung festgelegt. Damit war in sehr kurzer Zeit nach der Klärung der politischen, gesetzlichen und ökonomischen Situation ein umfassendes und tragfähiges Wiederaufbaukonzept für Gießen erstellt worden. Im Vergleich zu anderen Städten ist die Kürze der Zeit (Gießen war eine der ersten) und die räumliche Vollständigkeit (in Köln hat es z.B. eine umfassende Wiederaufbauplanung, die auch in Kraft gesetzt worden ist, nie gegeben) hervorzuheben.

Von Mitte 1949 an bis zum Beginn der 60er Jahre wurde dann die Planung in die Realität umgesetzt, wobei nur wenige Abstriche bzw. Ergänzungen zu dem Plan gemacht werden.

6. Das Gießener Konzept des Wiederaufbaus

Das Gießener Konzept der Baulandumlegung und des Fluchtlinienplanes

verfolgt zwei Ziele: die Optimierung der Grundstücksstruktur und die Reorganisation und Optimierung der öffentlichen Flächen. Im folgenden sollen nur die wichtigsten Merkmale angesprochen werden, ausführlichere Darstellungen hierzu finden sich in SCHMIDT (1962, 1993).

Bei der Optimierung der Grundstücksstruktur sind insbesondere drei Punkte zu nennen:

- die Begradigung von Parzellengrenzen und die Arrondierung zersplitterten Besitzes,
- die verbesserte Zugänglichkeit zu den Grundstücken, d.h. jedes Grundstück muß an einem öffentlichen Weg von mindestens 5-6 m Breite liegen, und
- die Vergrößerung von Parzellen, d.h. die Parzelle muß eine Mindestgröße von 120 m^2 und zur Straße hin eine Mindestbreite von 8 m aufweisen.

Die Reorganisation der öffentlichen Flächen diene ebenfalls dazu, die Zugänglichkeit der Innenstadt zu erhöhen und diese für die dort auszuübenden Tätigkeiten funktionstüchtiger zu machen. Drei Maßnahmen sind hier zu nennen: die Verbreiterung von öffentlichen Flächen, das Auflassen kleiner Gassen und Sackgassen und die Einbehaltung von 9,4% der Fläche eines in die Umlegung eingehenden privaten Grundstückes.

Im Mittelpunkt der ersten Maßnahme stand zum einen die Aufweitung des Marktplatzes auf 35 m Breite und 85 m Länge sowie die Erstellung einer 3er-Hierarchie des Straßennetzes in der folgenden Art:

1. Hauptstraßenzüge von 16,5 m Breite und mit einer 4-geschossigen Bebauung,
2. Nebenstraßen von 12,5 m Breite und mit einer 3-geschossigen Bebauung,
3. restliche Straßen (Anwohnerstraßen) von 8-10 m Breite und mit einer 2-geschossigen Bebauung¹⁷.

Zur Realisierung dieser Maßnahmen benötigte man zusätzliche Flächen.

¹⁷ Straßenbreite und Bauhöhe waren so aufeinander abgestimmt, daß die Gebäude der sonnenzugewandte Seite auch noch im Winter während der Mittagszeit Sonne erhalten. Die Reorganisation des Straßensystems ging wie in allen anderen Städte auch von der Erwartung aus, daß der private Pkw-Verkehr in Zukunft stark zunehmen werde. So waren in der Planung der Straßenbreiten Parkstreifen vorgesehen. Z.B. waren die 16,5 m breiten Hauptstraßenzüge mit 3 Fahrspuren und Bürgersteig geplant, wobei eine der Fahrspuren als Parkstreifen angelegt war. Die Überlegungen zum privaten Pkw waren aber nicht grundsätzlich neu für die Planung der Nachkriegszeit. Schon in der NS-Zeit gingen die Stadtplaner - basierend auf ihren Kenntnissen über die Verkehrsentwicklung in den USA - davon aus, daß auch in Deutschland diese Verkehrsart in starkem Maße zunehmen werde. Allerdings wurde im Laufe der Nachkriegszeit das Auto zunehmend zu einem der wichtigsten Einflußgrößen in der Stadtplanung, was sich dann letztendlich auch in der Konzeption der autogerechten Stadt (REICHOW 1959) niederschlägt.

Das Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 5.5.1949 wies dazu folgende Flächenbilanz aus:

Umlegungsgebiet:	278000 m ²
benötigtes Straßengelände:	94000 m ²
bereits vorhanden:	71000 m ²

Somit wurden insgesamt zusätzliche 23000 m² benötigt, d.h. fast ein Drittel mehr, als bisher vorhanden war. Diese Flächen wurden aus den beiden anderen erwähnten Maßnahmen gewonnen.

Das Auflassen kleiner, oft nur 1-2 m breiter Gassen und Sackgassen brachte insgesamt 4000 m² an zusätzlicher Fläche. Gleichzeitig wurde dadurch das Straßennetz klarer strukturiert und vereinfacht. Es hatte allerdings auch zur Folge, daß traditionelle Gießener Straßennamen wie z.B. Dreihäusergasse (Mäusburg/Sonnenstr.), Hundsgasse (Walltorstr./Lindengasse), Kaplaneigasse (Kirchplatz/Schloßgasse), Wettergasse (Mäusburg/Marktstr.), Zozelsgasse (Walltorstr.) verschwanden. Die restlichen 19000 m² wurden durch eine Regelung des am 5.5.1945 beschlossenen Umlegungsverfahrens gewonnen. Danach wurden von jedem in die Umlegung eingehenden Grundstück 9,4% seiner Fläche einbehalten und in das Eigentum der Stadt überführt. Eine finanzielle Erstattung gab es nicht, der Gegenwert wurde in der besseren Zugänglichkeit und dem günstigeren Zuschnitt des Grundstückes gesehen. Diese Regelung war rechtlich abgesichert durch eine Bestimmung des Hessischen Aufbaugesetzes, nach dem bis zu 35% für öffentliche Zwecke einbehalten werden konnten¹⁸.

An zwei Beispielen, dem Block Neustadt-Sandgasse und dem Block Kreuzplatz-Marktplatz, lassen sich die Effekte dieser Maßnahmen sehr deutlich ablesen. In dem schon erwähnten Block an der Sandgasse (vgl. Abb. 5) sind von den ehemals 57 Parzellen nur vier relativ große Parzellen in der Straße In Löbers Hof (Hausnr. 3, 5, 7, 9) mit ihrer Bebauung erhalten geblieben. Alle anderen Flächen wurden zwischen 1949 und 1960 von der Stadt bzw. der Wiederaufbau-AG erworben und die alten Gebäude abgerissen. Die Neubebauung erfolgte durch die Wiederaufbau-AG. Alle Grundstücke sind von einer Straße aus zugänglich, was vorher nicht der Fall war. Der Block am Kreuzplatz (vgl. Abb. 9) war ebenfalls sehr kleinpärzellig strukturiert und teilweise von nur 1 m breiten Gassen durchzo-

¹⁸ Nach dem Krieg gab es eine außerordentlich intensive Diskussion über die Verfügungsgewalt des Bodens in den Innenstädten. Der den Aufbaugesetzen der Länder zugrundeliegende Lemgoer Entwurf ging in der Bodenfrage mit der Konzeption des Gemeinschaftseigentums (Boden in der Innenstadt gehört der "Gemeinschaft der Eigentümer" und wird einer Gesamtnutzung zugeführt, der einzelne hat nur Nutzungsrecht für die einzelne Parzelle) entschieden weiter, ebenso das Wiederaufbaugesetz im östlichen Teil Deutschlands, nach dem jedes Grundstück von der Kommune "in Anspruch genommen" werden konnte. Die Entschädigungsfrage war in diesem Gesetz nicht geregelt und wurde erst Anfang der 60er Jahre in einem eigenen Gesetz geklärt, wenn auch dann so gut wie nie in Anwendung gebracht.

gen. Er gehörte zu den ersten Blöcken in der Baulandumlegung. Die Fluchtlinien wurden zurückgenommen und die kleinen Gassen aufgehoben, durch die Neuanlage der Rittergasse wurde der Block zweigeteilt, um so die Zugänglichkeit in das Innere des Blockes und insbesondere die Versorgung der Geschäfte von der Rückseite gewährleisten zu können. Aus ehemals 86 Grundstücken mit 39 Eigentümern und einer durchschnittlichen Größe von $85,8 \text{ m}^2$ wurden 29 Grundstücke mit einer Durchschnittsgröße von $184,8 \text{ m}^2$, die 27 Eigentümern gehörten.

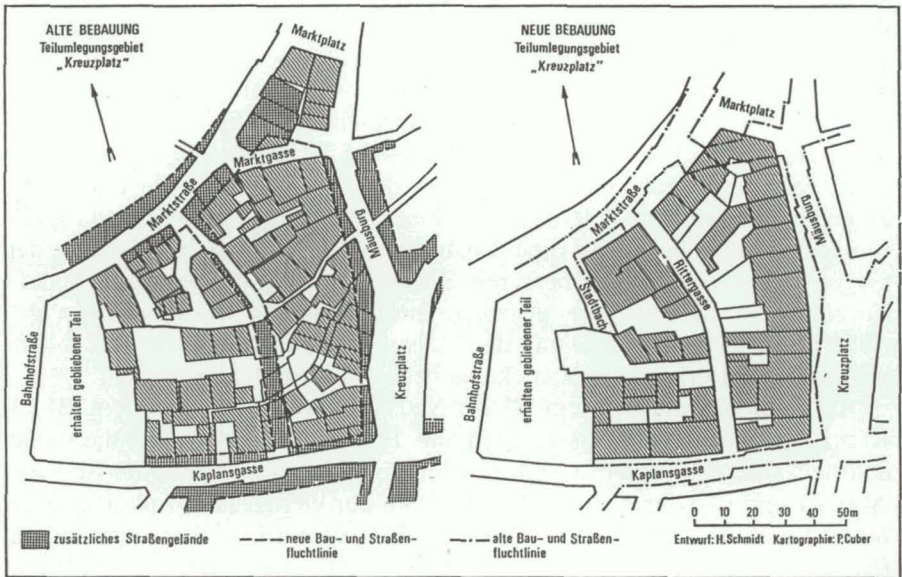


Abb. 9: Die Baulandumlegung im Bereich Kreuzplatz-Marktplatz
Quelle: SCHMIDT 1993, S. 154; verändert

Das Ergebnis dieser Maßnahmen läßt sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Die Maßnahmen schaffen die Grundlage für eine wirtschaftlich optimalere Bodenstruktur und damit günstigere Möglichkeiten zur Inwertsetzung des innerstädtischen Bodens.
2. Die Maßnahmen führen gleichzeitig zu Verlust privaten Eigentums in der Innenstadt und zwar durch Verringerung privaten Grund und Bodens und durch Reduzierung privater Eigentümer. Nach den Angaben von SCHMIDT (1993, S. 156) "kann davon ausgegangen werden, daß rund 600 Eigentümer innerhalb des Anlagenringes von Bodenordnungsmaßnahmen betroffen waren. Etwa 400 Eigentümer haben ihr Eigentum an Grund und Boden in der Innenstadt freiwillig aufgegeben oder in Vollzug von Bodenordnungsmaßnahmen aufgeben müssen."
3. Mit der Annahme dieser Wiederaufbaukonzeption liegt die Schwerpunktsetzung eindeutig in der Verbesserung der räumlichen Grundstruktur (Straßensystem und Grundstücksstruktur) und nicht auf der architektonisch-städtebaulichen Ebene. Für die Stadt ist der Wiederaufbau, definiert als Reorganisation der räumlichen Grundstruktur und Errichtung von Gebäuden entsprechend der Planung, wichtig, architektonische Festlegungen kann sich die Stadt auf Grund der (Mangel-) Situation nicht leisten¹⁹. Gleichwohl hat es bei einigen der Wiederaufbaukonzeptionen für Gießen auch Bestrebungen gegeben, architektonische Schwerpunkte zu setzen. Zu erwähnen sind hier die Vorstellungen von Karl Gruber²⁰, Gießen architektonisch ein mittelalterliches Gepräge wiederzugeben. Seine Idee der Arkadenbebauung am Marktplatz (Abb. 10) macht diese Zielrichtung sehr deutlich.

¹⁹ Information von Herrn Schmidt

²⁰ Karl Gruber (1885-1966) war von 1925-1933 Professor für mittelalterliche Baukunst und Kirchenbau an der TH Danzig, von 1933-1953 Professor für Baukunst, Städtebau und Altertümer an der TH Darmstadt. Gleichzeitig war Gruber von 1938-1945 Denkmalpfleger der Provinz Oberhessen. Neben den Wiederaufbauvorschläge für Gießen hat er solche u.a. für Lübeck (1943) und Darmstadt erarbeitet. In Darmstadt ist er von 1945-1947 Leiter der Wiederaufbaukommission. Eine ausführliche Biographie zu Gruber liefert ROMERO (1990).

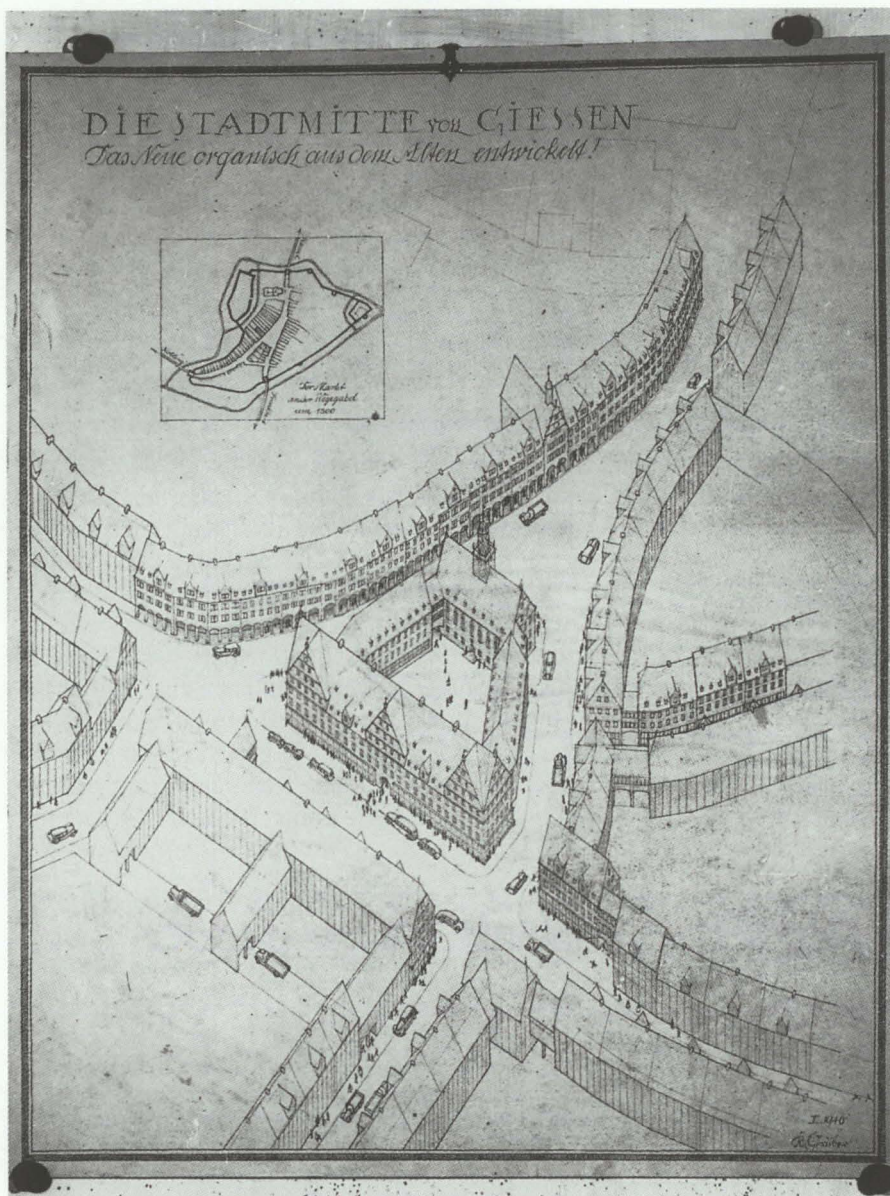


Abb. 10: Entwurf von K. Gruber zur Fassadengestaltung am Marktplatz
 Quelle: Stadtarchiv, Bildersammlung

7. Ursachen für den Erfolg bei der Durchführung des Konzeptes

Obwohl viele Eigentümer Boden in der Innenstadt abgeben mußten, war das Gießener Konzept erfolgreich. Es gab nur ein unbedeutendes Gerichtsverfahren. Drei Gründe lassen sich angeben, die dazu beitrugen, daß das Verfahren trotz der gewaltigen Umstrukturierungen so erfolgreich war:

1. Psychologische Ebene

Die sehr starken Zerstörungen in der Innenstadt und die außerordentlich schlechten Ausgangsbedingungen führten bei den Beteiligten (Planern, Grundstückseigentümern, Geschäftsinhabern) zu der Einschätzung, keine andere Wahl zu haben, als auf diesem Wege ein wieder konkurrenzfähiges Geschäftszentrum entstehen zu lassen. Es bleibt die Frage, warum das in Gießen in diesem Maße der Fall war und zu einem starken Miteinander der einzelnen Parteien führte. Viele andere Städte standen objektiv vor der gleichen Situation; diese führte dort aber nicht unbedingt zu einem ähnlichen Ergebnis. Als Beispiel sei Köln angeführt, wo die Zerstörungen ebenso groß waren, es aber eher zu einem Gegeneinander von Stadtplanung und den Geschäftsleuten der Innenstadt (vor allem vertreten durch die IG City) kam. Neben Ursachen, die in der Struktur der Kölner Innenstadt zu suchen sind, spielten die Person des verantwortlichen Generalplaners, Rudolf Schwarz, und die „braune“ Vergangenheit der für den Wiederaufbau verantwortlichen Wiederaufbau-GmbH, eine nicht zu vernachlässigende Rolle (WIKTORIN 1992). Insofern ist die oben gestellte Frage wohl nur in engem Zusammenhang mit den in den folgenden Punkten 2 und 3 genannten Ebenen zu beantworten. Einschätzung und Handeln hingen neben der „objektiven“ Situation sehr stark von der Persönlichkeit der Verantwortlichen sowie vom konkreten Vorgehen bei der Planumsetzung ab. Die enge Zusammenarbeit, die in Hannover zwischen der Stadtplanung (unter Leitung von Rudolf Hillebrecht) und den privaten Wiederaufbaugemeinschaften zu finden war, läßt sich auf ähnliche Ursachen zurückführen (MANZ 1995).

2. Ebene der handelnden Personen

Gießen hatte das Glück, daß zu dem Zeitpunkt, als das Verfahren in Gang gesetzt wurde, drei Personen dafür verantwortlich waren, die auf Grund ihrer Sachkenntnisse und der Kenntnisse der Gießener Verhältnisse für diese Aufgabe prädestiniert waren:

- Oberbürgermeister Dr. Engler: Er war zwar erst kurze Zeit vorher zum Oberbürgermeister gewählt worden und kam von außerhalb. Er war Jurist und zuvor in einer Hypothekenbank tätig gewesen. Er führte zugleich das Finanz- und Baudezernat
- Stadtbaudirektor Wilhelm Gravert: Er hatte schon vor und während

des Krieges im Gießener Baudezernat gearbeitet und kannte daher Gießen sehr gut.

- Heinrich Schmidt: Er war Leiter des Vermessungs- und Grundstücksamtes. Auch er hatte schon vor dem Krieg bei der Gießener Stadtverwaltung gearbeitet.

OB Engler verließ 1954 Gießen und übernahm eine Aufgabe als Geschäftsführer im Rahmen des Aufbaus von Sennestadt. Er war aber für den Wiederaufbaubeginn insofern sehr wichtig, da er auf Grund seiner Ämter als der letztendlich Verantwortliche die Entscheidungen zu treffen hatte und er hierfür sowohl die Kompetenz als auch die Entscheidungsfreudigkeit besaß²¹. Gravert und Schmidt waren während der gesamten Wiederaufbauperiode in ihren Ämtern tätig und so für die Durchführung über die gesamte Dauer des Wiederaufbaus gesehen die entscheidenden Personen. Beide waren in Gießen seit langem bekannt und hatten das Vertrauen der Gießener Bevölkerung. Zudem kannten sie die Verhältnisse auch der einzelnen Grundstückseigentümer außerordentlich gut, was von großem Vorteil war für die Verhandlungen bei den Umlegungen. Graverts besondere Verdienste lagen sicher in der Erstellung eines durchführbaren, die Gießener Verhältnisse berücksichtigenden Planes. Auf Grund der dominierenden Stellung des Umlegungsverfahrens beim Wiederaufbau ist die Arbeit des Liegenschaftsamtes mit seinem Leiter, Herrn Schmidt, bei der Realisation ganz besonders herauszuheben. Deutlich wird das auch in einer Bemerkung des ehemaligen Oberbürgermeisters Osswald auf einem Diskussionsforum zur Gießener Stadtentwicklung am 28.11.1981 (QUANDT 1984, S. 13).

3. Strategisch-taktische Ebene

Bei der tatsächlichen Planumsetzung lassen sich drei Punkte ausgliedern, die zum Erfolg beitrugen.

- Vorgehen vor der Beschlußfassung
Bevor überhaupt das Konzept in der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorlag, wurde es von Gravert und Schmidt dem BdA und dem Bauausschuß, also Experten und den Entscheidungsträgern, in allen Einzelheiten vorgestellt.
- Vorgehen bei der Baulandumlegung
Das Vorgehen bei der Baulandumlegung läßt sich insgesamt als hierarchisch-schrittweise charakterisieren. Vier Punkte sind im einzelnen herauszustellen:
 - a) Der Beginn der Baulandumlegung
Der Beginn erfolgte im Zentrum am Kreuzplatz mit den Baulandumlegungsmaßnahmen für das Kaufhaus Kerber²². Der Baubeginn

²¹ Information von Herrn Schmidt

²² Das Kaufhaus Kerber war bis zur Zerstörung in der Schulstraße ansässig und war

war Anfang Februar 1950, also nur neun Monate nachdem das Verfahren verabschiedet worden war. Die Eröffnung des Kaufhauses war dann noch im gleichen Jahr zu Weihnachten. Dieses überaus schnelle und erfolgreiche Vorgehen wirkte als Initialzündung für das gesamte Verfahren und ist sicher als ganz wesentliche Komponente für den Erfolg anzusehen.

b) Blockweises Vorgehen bei der Baulandumlegung

Es wurden immer ganze Blöcke bzw. größere Teile eines Blockes in das Verfahren aufgenommen und auch nur immer einige gleichzeitig. Nur so konnten von personeller als auch finanzieller Seite die Kräfte gebündelt werden. Wie Abb. 11 zeigt, erfolgt die Hereinnahme eines Blockes in der Regel vom zentralen Bereich (Kreuzplatz/Marktplatz) nach außen, um so zunächst den Geschäftskern wieder aufzubauen. Gleichzeitig war für die Organisatoren bei ihrer Entscheidung über die Hereinnahme die Aufbaubereitschaft in dem betreffenden Block außerordentlich wichtig.

c) Bebauung nur nach Abschluß der Baulandumlegung

Eine Neubebauung in einem Block wurde nur zugelassen, wenn für den gesamten Block (bzw. Blockteil) die Baulandumlegung abgeschlossen war.

danach zwischenzeitlich im südlichen Seltersweg untergebracht. Das neue Gebäude am Kreuzplatz wurde von Prof. Seeger, Berlin, entworfen und stellte in seiner Architektur ein typisches Gebäude der 50er Jahre dar.

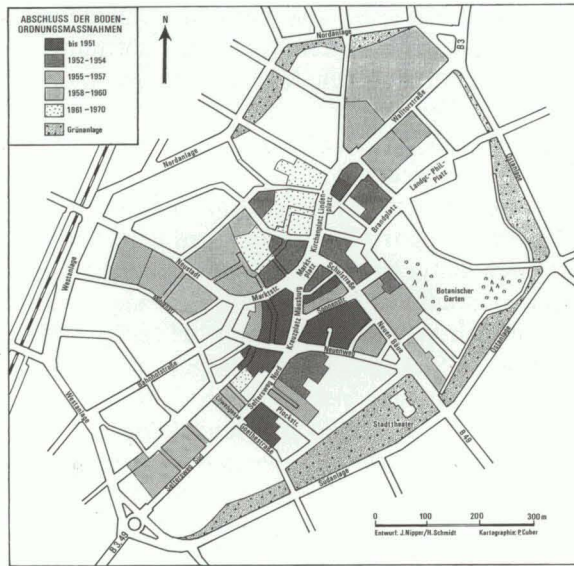


Abb. 11: Bodenordnungsmaßnahmen in der Gießener Innenstadt bis 1970
 Quelle: Schmidt 1993, S. 151

d) Selektives Vorgehen bei der Neuordnung

Den Verantwortlichen war klar, daß auf Grund des Umfangs der Aufgabe und der finanziellen Situation nur dort eine Umlegung erfolgen konnte, wo tatsächlich wiederaufgebaut werden mußte. Wenn die Gebäude nicht vollständig zerstört waren, und von daher wieder nutzbar gemacht werden konnten, wurde zunächst von einer Umlegung Abstand genommen und auf "bessere Zeiten" verschoben. Die Folge war natürlich, daß Straßen z.B. Hausvorsprünge haben konnten und dadurch unterschiedliche Straßenbreiten hervorgerufen wurden, was städtebaulich nicht unbedingt erwünscht war. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür ist der Seltersweg. Der südliche Teil dieser Straße wurde fast gar nicht zerstört. Daher wurden die Gebäude hier nur instandgesetzt und keine Baulandumlegung und die nach dem Fluchtlinienplan vorgesehene Zurückverlegung der Gebäudefront und Verbreiterung der Straße vorgenommen. So ist denn auch noch heute der nördliche Teil des Seltersweges bis zum Gebäude Seltersweg 19 (Geschäft Brückner&Mund) einige Meter breiter²³ und das folgende Gebäude ragt in die Straße hinein.

²³ Die unterschiedliche Strategie des Wiederaufbaus ist neben der Einengung im südlichen Seltersweg auch daran erkennbar, daß im südlichen Seltersweg noch gründerzeitliche Hausfassaden erhalten sind. Solche sind im nördlichen Teil, wo alle Gebäude nach 1949

- Einsatz der Wiederaufbau-AG

Die Wiederaufbau-AG war als 100%-ige Tochter der Stadt gegründet worden für den Wiederaufbau des Nordviertels. Aus städtebaulicher Sicht zeigten sich beim Wiederaufbau der Innenstadt schon bald Mängel insofern, daß die in den Bebauungsplänen vorgesehenen Strukturen (insbesondere 4-geschossige Bauweise) nicht erreicht wurden. Ursache hierfür war zum einen, daß privaten Bauherren primär das Interesse hatten, ihr Geschäft wieder zu eröffnen, und daher zunächst nur ein- bzw. zweigeschossige Gebäude errichteten, zum anderen - und das war wohl entscheidender - hatten viele Eigentümer nicht ausreichende finanzielle Mittel bzw. auch nicht die Kenntnisse, an solche zu gelangen. Daher wurde die Wiederaufbau-AG seit 1952/53 beim Wiederaufbau der Innenstadt eingesetzt. Ihre Aufgabe war es Unterstützung beim Wiederaufbau der Gebäude zu leisten durch Hilfe bei der Finanzierung, bei der Beschaffung von Materialien, dem Aufkauf von Grundstücken und der Bebauung von Grundstücken. Die AG konnte aber auch, wenn nötig, als Bauherr auftreten, was von 1954 an sogar in verstärktem Maße geschah, so daß für einige Zeit fast alle Gebäude von ihr errichtet wurden. Die Gebäude wurden dann später wieder an Privatleute veräußert.

8. Die Gießener Geschäftsstadt - Das Ergebnis nach 15 Jahren

Aus strukturell-städtebaulicher Sicht hat der 15-jährige Wiederaufbau eine neue, günstigere Grundrißstruktur (Parzellen, Straßen) geschaffen, die allerdings so weit wie eben möglich auf der Vorkriegsstruktur basiert. Diese "sparsame" Änderung hat im Rahmen des Machbaren (zumindestens aus damaliger Sicht) die notwendigen, entscheidenden Weichen für die zukünftige Entwicklung der Innenstadt gestellt.

Im Hinblick auf eine Gesamtbilanz des Wiederaufbaus der Gießener Innenstadt sind neben dem strukturell-städtebaulichen jedoch auch der architektonisch-städtebauliche und der funktionale Aspekt zu sehen. Wie in Kapitel 7 schon erwähnt, war die architektonisch-städtebauliche Dimension während der Zeit des Wiederaufbaus sowohl von privater als auch öffentlicher Seite her kein Thema. Auf Grund der Situation waren die Verantwortlichen froh, wenn überhaupt wiederaufgebaut wurde, so daß architektonische Aspekte vollständig in den Hintergrund traten. Zwei

neu errichtet wurden, natürlich nicht zu finden.

Ausnahmen allerdings seien hier erwähnt, nämlich das Gebäude des Kaufhauses Kerber und die Bebauung an der Sandgasse. Bezeichnenderweise war das erstgenannte Gebäude auch das erste überhaupt und wurde zudem von einem potenten Bauherren errichtet. Die Bebauung an der Sandgasse war eine der letzten in dieser Wiederaufbauphase²⁴ und zeichnet die allgemeine Richtung im Architekturstil dieser Jahre nach.

Während der räumlich-strukturelle Aspekt vornehmlich von öffentlicher Seite initiiert bzw. getragen wurde, läßt sich der räumlich-funktionale als das Ergebnis privater Entscheidungen auf die Zerstörung und das Wiederaufbaugeschehen interpretieren und spiegelt als „Inwertsetzung gebauter Umwelt“ Realität von Wiederaufbau wider. Während des Krieges erfolgte so gut wie keine Umstrukturierung auf der betrieblichen Ebene. Der Wiederaufbau und Faktoren wie die Zerstörungen und der Neubeginn mit seinen finanziellen Belastungen, aber auch private Umstände (Geschäftsinhaber gefallen oder in Gefangenschaft) wirkten insgesamt als Filter und ergaben einen Prozeß, der gekennzeichnet war durch

- Aufgabe von Betrieben,
- Verlagerung von Betrieben und
- Rückwanderung von Betrieben.

Dieser Filterungsprozeß hatte bis Anfang der 60er Jahre zu einer Umgestaltung der räumlich-funktionalen Struktur durch das "Ausblenden" bestimmter bisher ansässiger Branchen und durch eine stärkere Konzentration anderer Geschäftsbranchen geführt. Im Kern war diese Entwicklung sicher eine allgemeine Grundentwicklung in der westdeutschen Wirtschaft. Bombardierung und Wiederaufbau mit ihrem Eingreifen in grundlegende Strukturen eröffneten hier jedoch Möglichkeiten, langfristige Tendenzen sehr rasch erfolgen zu lassen. Die ehemaligen Standorte waren ja zerstört und es mußten daher sowieso neue Standortentscheidungen und -investitionen getroffen werden. Drei Teilaspekte, die die Gießener Situation kennzeichnen, mögen hier hervorgehoben werden. Eine detailliertere Diskussion hierzu ist in NIPPER (1993b) zu finden.

1. Die Zahl der Betriebsaufgaben war mit etwa einem Drittel innerhalb von 10 Jahren (1939-1949) außerordentlich hoch und sicher zum größeren Teil auf die Zerstörungen durch die Bombardierungen zurückzuführen. Besonders stark waren Einzelhandelsbetriebe des kurzfristigen Bedarfs und private Dienstleistungen unterer Stufen betroffen. Die Katastrophe setzte hier einen innerstädtischen Umstrukturierungsprozeß (Rückgang geringerwertiger Dienste und Geschäfte) in Gang bzw. beschleunigte diesen. Es ist davon auszugehen, daß dieser in diesem Zeitraum ohne die Zerstörungen nicht so intensiv gewesen wäre.

²⁴ Die Bebauung wurde von der Wiederaufbau-AG durchgeführt.

2. Infolge der Zerstörungen, von denen besonders auch das Geschäftszentrum betroffen war, unterschied sich das räumlich-funktionale Muster nach dem Kriege zunächst deutlich. Viele ausgebombte Betriebe des Geschäftskerns (und hier vor allem solche des höherzentralen Einzelhandels) verlagerten ihren Standort in die weniger zerstörten Geschäftsstraßen der Innenstadt, vornehmlich südlicher Seltersweg und Bahnhofstraße. Diese Betriebe, bei denen Zentralitätsüberlegungen für die Standortwahl eine Rolle spielten, gingen später, wenn der Wiederaufbau dort erfolgt war, recht häufig an den alten Standort zurück²⁵. Solche Überbrückungen kamen aber fast nur bei dieser Art von Betrieben vor und waren insgesamt gesehen relativ selten, was bedeutet, daß in anderen Branchen Zurückverlagerungen weniger auftraten. Standortverlagerungen nach außerhalb des Anlagenringes wurden vor allem von Handwerksbetrieben gemacht, was ebenfalls als Beschleunigung eines Trends aufzufassen ist. Solche Tendenzen waren beim Einzelhandel des mittel- und langfristigen Bedarfs so gut wie gar nicht zu finden.
3. Im Zuge des Wiederaufbaus entwickelten sich die räumlich-funktionalen Strukturen, die sich unmittelbar nach Kriegsende ergaben, teilweise zurück in Richtung derjenigen der Vorkriegszeit. Insofern war die unmittelbare Nachkriegssituation eine Ausnahmeerscheinung. Der alte Geschäftskern war vor dem Krieg stark um Schulstraße, Marktplatz und Kreuzplatz konzentriert. Dieses Gebiet zählte auch 1960 wieder zum Hauptgeschäftsbereich, es gewann aber nicht seine vormals überragende Stellung zurück. Sicher auch mit hervorgerufen durch den Beginn des Wiederaufbaus mit dem Kaufhaus Kerber am Kreuzplatz und dem dadurch erfolgten Wegzug dieses Geschäftes von der Schulstraße erfuhr der zentrale Geschäftsbereich eine Ausdehnung in den Seltersweg. Unterstützt wurde diese Umstrukturierung weiter durch den schleppenden Wiederaufbau in der Walltorstraße und der Tatsache, daß der südliche Seltersweg nicht zerstört war und ja gerade ein "Auffangbecken" für hochwertige Geschäfte des Kerns war. Im Laufe der 60er Jahre setzte dann der Umzug Karstadts von der Mitte des Seltersweges an das südliche Ende zusätzliche Akzente in diese Richtung.

Durch die Bombardierung und den Wiederaufbau erfolgte damit zwar

²⁵ Z.B. siedelte sich das Handarbeits- und Spielzeuggeschäft Fuhr in der Bahnhofsstraße an, um dann 1954 zurück in den Neubau am alten Standort in der Sonnenstraße zu ziehen. Das Bekleidungsgeschäft Imheuser, ursprünglich in der Mäusburg, war nach dem Krieg zunächst im südlichen Seltersweg untergebracht und bezog schon 1951 das nicht weit vom alten Standort entfernte Gebäude Kreuzplatz 1. Aus der Mäusburg zog das Schreibwarengeschäft Papier-Noll zunächst ebenfalls in den südlichen Seltersweg, 1957 ist das Geschäft wieder in die alte Straße zurückgekehrt.

keine grundsätzliche Neustrukturierung, wohl aber eine Modifizierung der räumlich-funktionalen Struktur mit der Tendenz von dem vorkriegszeitlichen stärker punktuellen Geschäftszentrum (mit sehr hoher Konzentration) zu einem linienhaft ausgedehnten Geschäftsband (mit hohen, aber entlang der gesamten Strecke ausgeglichenen Konzentrationen). Ein Vergleich der Bodenpreise entlang der Achse Seltersweg-Marktplatz-Walltorstraße für 1949 und 1965 (vgl. Abb. 12) belegt diese Tendenz eindeutig. Die Bodenpreiskurve von 1949 zeigt eine deutliche Spitze im Bereich des Kreuzplatzes. Vor dort fallen die Bodenpreise in Richtung Walltorstraße steil ab, aber auch entlang des Seltersweges ist ein deutliches Zurückgehen auf etwa 2/3 des Maximums zu verzeichnen. Für 1965 ist die Situation in Richtung Walltorstraße nahezu identisch, entlang des Seltersweges ist allerdings kein Abfall mehr zu konstatieren.

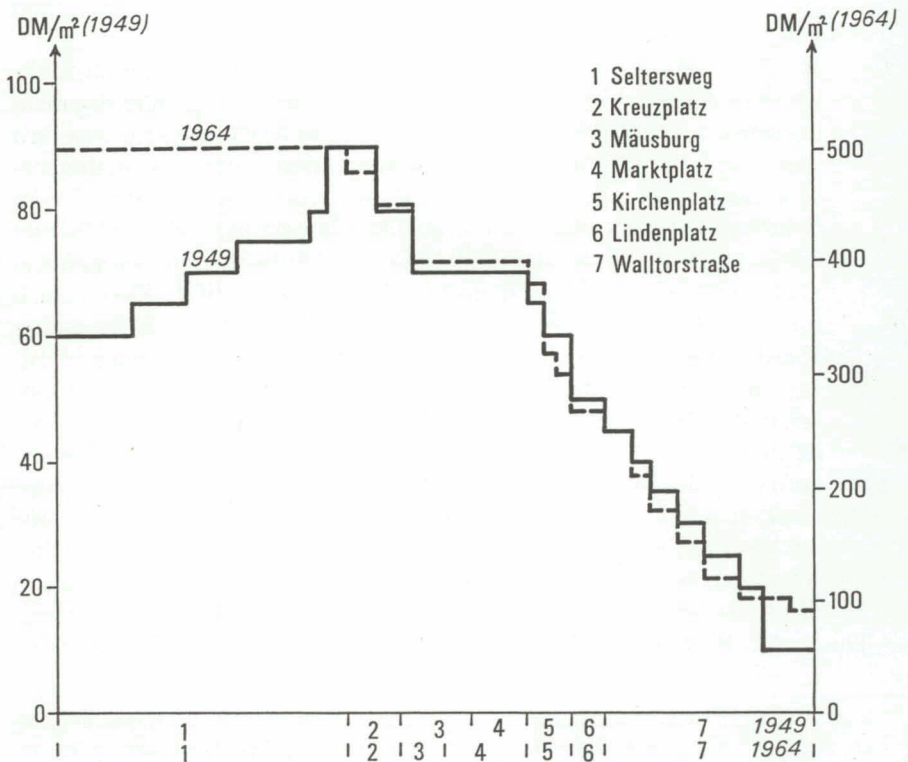


Abb. 12: Bodenpreise entlang der Achse Seltersweg-Marktplatz-Walltorstraße 1949 und 1965

Quelle: Eigener Entwurf auf Basis der Bodenpreisschätzungen der Stadt Gießen von 1949 und 1965

Insgesamt läßt sich sagen, daß im Prozeß des Wiederaufbaus eine funktionale Struktur erzeugt wurde, die sicher auch ohne Zerstörung und Wiederaufbau in die gleiche Richtung gegangen wäre, jedoch nicht mit der Geschwindigkeit und in dem Ausmaß, wie es sich hier vollzogen hat. Ursache hierfür war, daß durch die Bombardierung die alte Grundstruktur, die alte Besitz-, Gebäude- und Parzellenstruktur, „zur Disposition gestellt“ und dadurch "Freiraum" geschaffen wurde, neue Strukturen zu erzeugen.

9. Der Wiederaufbau der Gießener Innenstadt - Eine kritische Würdigung

Der Wiederaufbau der Gießener Innenstadt ist ein Beispiel für den Wiederaufbau unter sehr restriktiven und schwierigen Bedingungen, die eine Konzentration der Aktivitäten erforderlich machen. Gießen entscheidet sich für den städtebaulich-raumstrukturellen Aspekt. Die Bevorzugung dieses Aspektes gegenüber dem städtebaulich-architektonischen ist aus damaliger Sicht verständlich, ja vielleicht notwendig. Sie hat ohne Zweifel zu einer räumlich günstigeren Struktur geführt, die für die Entwicklung des Zentrum wichtig war und auch heute noch ist. Diese räumliche Neuordnung trug dazu bei, die hinderliche Enge in der vormaligen Innenstadt aufzuheben und die Funktionsentmischung in innenstadtorientierte und weniger innenstadtabhängige Betriebe zu beschleunigen.

Bemerkenswert ist auch der Eingriff der Kommune in das damalige Wiederaufbaugeschehen durch die Wiederaufbau-AG. Die Grundidee dabei war, durch unterstützende Maßnahmen privaten Wiederaufbaus bzw. durch Aufbau und anschließende Reprivatisierung eine optimalere Inwertsetzung der Innenstadt zu gewährleisten und private Initiative zu stärken. Eine Zeitlang war die Kommune (durch die Wiederaufbau-AG) von der Parzellenzahl her der größte Grundeigentümer in der Innenstadt. Zeitweise besaß sie mehr als 50% der Parzellen. Heute mag man von planerischer Seite bedauern, daß die Stadt diesen Besitz wieder aufgegeben hat, da sie durch das Verfügungsrecht über Grund und Boden im Hinblick auf zukünftige Planungen weitaus größere Gestaltungsmöglichkeiten gehabt hätte.

Wie schon mehrfach angesprochen stand die architektonische Ebene in keiner Weise im Zentrum des Handelns. Das war sicher auch damals schon ein Manko, allerdings auf Grund der Situation wohl nicht zu umgehen. Auch gegenwärtig ist die architektonische Gestaltung der Innenstadt wenig zufriedenstellend, wenn auch festgestellt werden muß, daß in letzter Zeit Bemühungen erfolgen, hier Änderungen vorzunehmen. Allerdings ist

der unmittelbare Wiederaufbau nicht die alleinige Ursache für diese negative Beurteilung. Eine Reihe späterer Maßnahmen haben in mindestens ebenso starkem Maße zu dieser Bewertung beigetragen. Zu erwähnen ist die Überwegung am Selterstor ("Elefantenklo") aus den 60er und die Gestaltung des City-Centers in den 70er Jahren, aber auch der Fassadenumbau des Kaufhauses Kerber. Dessen Fassade im typischen Stil der 50er Jahre (Photo 5) mußte in den 70ern einer zwar auffallenden, aber in keiner Weise in die Umgebung passenden "Blechfassade" (Photo 6) weichen²⁶.

²⁶ In anderen Städten werden Gebäude mit Fassaden der 50er Jahre neuerdings unter Denkmalschutz gestellt bzw. im Stil der 50er wiederhergestellt. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang die Hahnenstraße (als Ensemble) in Köln, die unter Denkmalschutz steht, oder die Renovierung eines ehemaligen Kölner Kinos im Stil der 50er Jahre.

Literatur

- BEYME, K.v. (1987): Der Wiederaufbau. Architektur und Städtepolitik in beiden deutschen Staaten. München, Zürich
- BEYME, K.v./DURTH, W./GUTSCHOW, N./NERDINGER, W./TOPFSTEDT, T. (Hrsg.) (1992): Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit. München
- BLUMSCHEIN, E. (1954): Vom Chaos zu Ordnung und Aufbau. Rückblick auf die Entwicklung der Stadt und des Kreises Gießen. In: Adreßbuch der Stadt Gießen 1954, S. 1-9
- BOGDANOVIC, B. (1992): Der rituelle Städtemord. DIE ZEIT vom 13.9.1992, Nr. 39, S. 74
- DURTH, W./GUTSCHOW, N. (1988): Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950. 2. Bde. Schriftenreihe des Deutschen Architekturmuseums zur Architekturgeschichte und Architekturtheorie. Braunschweig, Wiesbaden
- EVANS, R.J. (1991): Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830-1910. Reinbek b. Hamburg
- Frontabschnitt Hochschule (1982): Frontabschnitt Hochschule. Die Gießener Universität im Nationalsozialismus. Gießen
- Gießener Freie Presse (1946): Von der Gasversorgung bis zum Schwarzbauen. Gießener Freie Presse vom 18.12.1946, Nr. 155, S. 3
- Gießener Freie Presse (1948a): Gießener Wiederaufbauprojekte vom Gesichtspunkt ihrer Schöpfer gesehen. Gießener Freie Presse vom 30.4.1948, Nr. 50, S. 4
- Gießener Freie Presse (1948b): Zuviel Pläne - aber keine Planung. Gießener Freie Presse vom 27.9.1948, Nr. 133, S. 3
- Gießener Freie Presse (1948c): Baupläne vor dem "Forum". Gießener Freie Presse vom 30.9.1948, Nr. 136, S. 3
- Gießener Freie Presse (1948d): Vorschläge zum Aufbau der Innenstadt. Gießener Freie Presse vom 2.10.1948, Nr. 138, S. 3-4
- Gießener Freie Presse (1948e): Endlich bauen - Schluß mit Planen! Gießener Freie Presse vom 4.10.1948, Nr. 139, S. 3
- GÖDERITZ, J./RAINER, R./HOFFMANN, H. (1957): Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Tübingen
- GRAEF, D. (1989): „Hake“. Angriffsziel Gießen 1944/45. Gießen
- GUTSCHOW, N./STIEMER, R. (1982): Dokumentation Wiederaufbau der Stadt Münster 1945-1961. Münster
- HAAS, J./KATES, R.W./BOWDEN, M.J. (Hrsg.) (1977): Reconstruction following disaster. Cambridge, Mass., London
- HEWITT, K. (1983): Place annihilation: area bombing and the fate of urban places. Annals Association of American Geographers 73(2), S. 257-284

- HEWITT, K. (1993): Reign of fire: the civilian experience and urban consequences of the destruction of German cities, 1942-1945. In: NIPPER, J./NUTZ, M. (1993), S. 25-46
- HEWITT, K. (1994): Civil and inner city disasters: the urban, social space of bomb destruction. *Erdkunde*, Band 48, S. 259-274
- HOSCISLAWSKI, T. (1985): Städtebau in der DDR. Berlin
- HUMPHREY, R./HAASER, R./PAGENKEMPER, M. (1994): Der Untergang des alten Gießen. Gießen
- MANZ, H. (1995): Der Wiederaufbau der Zentren der beiden Städte Magdeburg und Hannover nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Vergleich der politischen Hintergründe, der Aufbauziele, der Planungen und deren Realisation. *Kölner Geographische Arbeiten*, Heft 67, Köln
- NIPPER, J. (1993a): Städte aus/auf Trümmern: Der Wiederaufbau deutscher Städte nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Neuanfang? In: NIPPER, J./NUTZ, M. (1993), S. 73-88
- NIPPER, J. (1993b): Zerstörung, Wiederaufbau und Persistenz. Eine Analyse der raum-zeitlichen Entwicklung der Landnutzung in der Gießener Innenstadt bis Anfang der 60er Jahre. In: NIPPER, J./NUTZ, M. (1993), S. 131-144
- NIPPER, J./NUTZ, M. (Hrsg.) (1993): Kriegszerstörung und Wiederaufbau deutscher Städte. *Geographische Studien zu Schadensausmaß und Bevölkerungsschutz im Zweiten Weltkrieg, zu Wiederaufbauideen und Aufbaurealität*. *Kölner Geographische Arbeiten*, Heft 57, Köln
- QUANDT, S. (Hrsg.) (1984): Giessen - Stadtentwicklung und Geschichtsbewußtsein. Drei Oberbürgermeister im Gespräch. Gießen
- REICHOW, H.B. (1959): Die autogerechte Stadt. Ein Weg aus dem Verkehrschaos. Ravensburg
- ROMERO, A. (1990): Baugeschichte als Auftrag. Karl Gruber: Architekt, Lehrer, Zeichner. Eine Biographie. Braunschweig
- ROSINSKI, R. (1987): Der Umgang mit der Geschichte beim Wiederaufbau des Prinzipalmarktes in Münster/Westf. nach dem 2. Weltkrieg. *Denkmalpflege und Forschung in Westfalen*, Bd. 12, Bonn
- SCHMIDT, H. (1962): Gießens Entwicklung von der mittelalterlichen Innenstadt zum modernen Geschäftszentrum. *Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins zu Gießen*, Band 46, Gießen, S. 85-122
- SCHMIDT, H. (1981): Wandlungen in der Innenstadt Gießens. *Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins zu Gießen*, Band 66, Gießen, S. 55-123
- SCHMIDT, H. (1993): Wiederaufbauplanung und Baulandumlegungsverfahren. Der Wiederaufbau der Gießener Innenstadt bis Anfang der 1960er Jahre. In: NIPPER, J./NUTZ, M. (1993), S. 145-157
- TOPFSTEDT, T. (1980): Grundlinien der Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik 1949 bis

1955. Dissertation zur Promotion A, Karl-Marx-Universität Leipzig, Leipzig

TOPFSTEDT, T. (1988): Städtebau in der DDR 1955-1971. Seemann-Beiträge zur Kunstwissenschaft. Leipzig

WAGNER, M. (1947): Zur Freiheit des Handelns. Neue Bauwelt, H. 92, S. 549

WIKTORIN, D. (1992): Der Wiederaufbau der Kölner Geschäftsstadt 1945 bis 1960. Eine Untersuchung von Anspruch und Wirklichkeit der Wiederaufbauplanung in Köln. Unveröff. Diplomarbeit am Geographischen Institut der Universität zu Köln

Photos



Photo 1: Blick vom Marktplatz durch die Mäusburg in Richtung Johanneskirche 1995 (Eigene Aufnahme, 1995)



Photo 2: Blick vom Marktplatz durch die Mäusburg in Richtung Johanneskirche im Winter 1944/45 (Quelle: Stadtarchiv Gießen, 81-1312)



Photo 3: Blick vom Marktplatz durch die Mäusburg in Richtung Johanneskirche um 1930 (Quelle: Stadtarchiv Gießen, B 120/7)



Photo 4: Blick von der Marktstraße über den Kirchplatz in Richtung Walltorstraße Anfang 1945 (Quelle: Stadtarchiv Gießen, 81-1314)



Photo 5: Blick von der Mäusburg auf den Neubau des Kaufhauses Kerber 1950 (Quelle: Stadtarchiv Gießen, 81-436)



Photo 6: Blick von der Mäusburg auf das Kaufhauses Kerber 1995 (Eigene Aufnahme, 1995)

Sportpolitik und Alltagserfahrungen

Die oberhessische Arbeitersportbewegung zur Zeit der Weimarer Republik

Horst Giesler

Einleitung

Im Gegensatz zu unserer heutigen einheitlichen Sportbewegung, dessen Dachorganisation der Deutsche Sportbund (DSB) ist, existierten zur Zeit des Kaiserreiches und der Weimarer Republik verschiedene unabhängige Sportorganisationen nebeneinander. Parallel zu den sogenannten „bürgerlichen“ Sportverbänden, die im Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen (DRA) organisiert waren, gab es unter anderem noch die konfessionellen Sportverbände (Deutsche Jugendkraft, Eichenkreuz) und die Vereine, die zur Arbeitersportbewegung zählten.

Die älteste und mitgliederstärkste Organisation innerhalb des Arbeitersports bildete der Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB), der 1893 in Gera als Arbeiter-Turnerbund (ATB) gegründet worden war. Aufgrund der national-konservativen Ausrichtung der Deutschen Turnerschaft (DT) und der vielerorts praktizierten Diskriminierung ihrer aus dem Arbeitermilieu stammenden Mitglieder, wollte man mit dem ATB ein Gegengewicht schaffen und eine nach sozialistischen Idealen und Wertvorstellungen ausgerichtete Sportkultur aufbauen.³

Nachdem bereits aufgezeigt wurde, wie sich die Arbeitersportbewegung in Gießen und Umgebung zu Beginn dieses Jahrhunderts etablieren konnte,⁴ wendet sich der folgende Beitrag der Entwicklung und den Ereignissen

³ Der aktuelle Forschungsstand zur Geschichte der deutschen Arbeitersportbewegung sowie die Ergebnisse der Tagung „100 Jahre Arbeitersport in Deutschland“ v. 1.-03. April 1993 in Leipzig sind abgedruckt in: F. NITSCH/L. PEIFFER (Hg.), Die roten Turnbrüder - 100 Jahre Arbeitersport. Marburg 1995.

⁴ Zur Frühphase der oberhessischen Arbeitersportgeschichte siehe den Beitrag von H. GIESLER, Zwischen Traditionalität und sozialistischem Selbstverständnis. Entwicklungslinien der Arbeitersportbewegung in Oberhessen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins NF 79 (1994), S. 293-308.

während der Weimarer Republik zu. Einen inhaltlichen Schwerpunkt bilden dabei - neben Fragen zur Sport- und Vereinspraxis - vor allem die politischen Auseinandersetzungen der oberhessischen Arbeitersportler mit dem aufkommenden Nationalsozialismus.

Quellen

Einen umfangreichen Einblick in den Vereinsalltag, den Wettkampfbetrieb, die Festkultur sowie die politischen Ambitionen der Arbeitersportler liefert die Auswertung des Gießener Anzeigers und die der erhaltenen Exemplare der Oberhessischen Volkszeitung.

Die aus Privat- und Vereinsarchiven stammenden Festschriften und Protokollbücher enthalten grundlegende Informationen zum sportlichen und kulturellen Leben der Arbeitersportvereine. Darüber hinaus sind sie ein wichtiges Zeugnis für die politischen Auseinandersetzungen der oberhessischen Arbeitersportvereine mit dem aufkommenden Nationalsozialismus.

Für die Untersuchung der Ereignisse 1933 sind die Akten der Kreisämter, der Landespolizei und der Geheimen Staatspolizei im Staatsarchiv Darmstadt von großer Bedeutung. Ergänzend zur Auswertung des schriftlichen Quellenmaterials wurden zahlreiche Gespräche mit ehemaligen Arbeitersportlern- und sportlerinnen geführt.

Fußball - eine „proletarische Sportart“

Nachdem der Arbeitersport mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges in Gießen, ebenso wie im gesamten Deutschen Reich, nahezu völlig zum Erliegen gekommen war und obwohl dem Sport in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur eine untergeordnete Rolle zukam, trafen sich bereits im Februar 1919 die Delegierten von 17 Vereinen zum ersten Bezirksturntag des III. Bezirks nach Kriegsende.⁵

⁵ Protokollbuch Freie Turnerschaft Wieseck, Versammlung v. 9.03.1919.

Mit der Stabilisierung der politischen Verhältnisse kam es in der Folgezeit zu einem enormen Aufschwung der Arbeitersportbewegung. Durch den Aufstieg der SPD zur führenden politischen Macht und dem damit verbundenen Wegfall der diskriminierenden Mehrheiten in den Kommunen entwickelte sich der Arbeitersport in der Weimarer Republik zu einer Massenorganisation.

Eine Sonderstellung im Sportangebot der Vereine des ATSB (u. a. Gerätturnen, Gymnastik, Leichtathletik, Faustball, Handball) nahm das Fußballspiel ein. Die Popularität des Fußballs unter den Arbeitern führte auch im Raum Gießen dazu, daß Anfang der 20er Jahre zahlreiche Fußballabteilungen in den Arbeitersportvereinen gegründet wurden. Doch die Aufnahme des Fußballs in das Repertoire des von Turnern dominierten Arbeiter-Turnerbundes war längst nicht selbstverständlich. Ähnlich der Deutschen Turnerschaft (DT), die jahrzehntelang gegen das Fußballspiel polemisierte, gab es auch in den Reihen der Arbeiterturner erhebliche Bedenken gegen den Fußballsport. Dies ist um so erstaunlicher, da das sich von England über Europa verbreitende Fußballspiel gerade die unteren Bevölkerungsschichten sowohl als Akteure wie als Zuschauer besonders faszinierte und es deswegen zeitweilig als eine ausgesprochen „proletarische Sportart“ galt.

Die Kritiker im Arbeiter-Turnerbund verurteilten den Fußball als „brutal, unzivilisiert, entsittlichend, roh, gefühllos, tierische Instinkte weckend sowie verrohend und demoralisierend für den Geist“.⁶ Zudem wurde das Fußballspiel für Arbeiter als gesundheitsschädigend angesehen. In der langen Spielzeit vermutete man zu hohe Anforderungen für das Herz-Kreislaufsystem. Diskutiert wurden daher auch Spielzeitverkürzungen und Maßnahmen wie man der einseitigen körperlichen Belastung der „Nur-Fußballer“ vorbeugen könnte.⁷

Auch von der politisch-ideologischen Seite mußten sich die Fußballer Vorwürfe gefallen lassen. Danach verbreitete das Fußballspiel „fundamentale Prinzipien der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in der Arbeiterklasse“.⁸ Der Wettkampfcharakter und der körperliche Einsatz

⁶ G. HAUK, Fußball - eine proletarische Sportart im Arbeiter-Turn- und Sportbund?, in: H.-J. TEICHLER/G. HAUK (Hg.), Illustrierte Geschichte des Arbeitersports. Bonn 1987, S. 160 sowie Frank FILTER, Fußballsport in der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 1/1988 (2), S. 56.

⁷ Arbeiter-Turnzeitung v. 1.07.1911.

⁸ HAUK 1987, S. 60.

im Spiel wurden als Vorboten eines kompromißlosen Konkurrenzdenkens und Egoismus gewertet.

Auf heftige Kritik stieß auch das Verhalten der Zuschauer. Die lautstarken Sympathie- und Unmutsbekundungen, die meist eine direkte Reaktion auf die Geschehnisse auf dem Spielfeld waren, trafen bei den auf Ordnung und Disziplin ausgerichteten Arbeiterturnern auf einhellige Ablehnung. Vereinsfanatismus und Lokalpatriotismus wurde den Zuschauern vorgeworfen und als „sportwidrig“ kritisiert.

Daß sich der Fußball dennoch im Arbeiter-Turnerbund durchsetzen konnte und die Fußballsparte zu einer der mitgliederstärksten Sportarten anwuchs, hatte mehrere Gründe. Nachdem sich der DFB 1911 dem Jungdeutschlandbund angeschlossen hatte - einem monarchietreuen paramilitärischen Verband - wurden die Stimmen im ATB lauter, die forderten, den aus Arbeiterkreisen stammenden DFB-Mitgliedern im Arbeiter-Turnerbund eine Alternative zu bieten und sie somit dem Sog national-konservativer Gruppierungen zu entziehen.

Durch den Ersten Weltkrieg wurde dann eine Entwicklung eingeleitet, der sich auch die Kritiker im eigenen Lager nicht mehr widersetzen konnten. Da in den Vereinen während des Krieges eine turnerische Ausbildung wegen des Fehlens der zum Kriegsdienst einberufenen Vorturner nicht mehr angeboten werden konnte, nutzten die Jugendlichen nun vielfach die Gelegenheit, ohne Aufsicht Fußball zu spielen. Nach dem Krieg waren es dann gerade diese jungen Mitglieder des ATB, die nicht länger bereit waren, am Turnen teilzunehmen und auf eine Ausweitung des Spielbetriebs drängten.

Auch in Gießen und den angrenzenden Dörfern setzte sich in den 20er Jahren das Fußballspiel durch. Da es den Vereinen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes nicht gestattet war, gegen Mannschaften des Deutschen Fußballbundes zu spielen, organisierte man einen eigenen Spielbetrieb mit Punktspielen, wo am Ende der Saison über Meisterschaft sowie Auf- und Abstieg entschieden wurde. So gab es in der Region Gießen eine 1. und 2. Bezirksklasse, in welchen über 50 Mannschaften gemeldet waren.⁹ In nicht wenigen Orten gab es daher zwei fußballspielende Vereine - einen „bürgerlichen“ und einen Arbeitersportverein.

⁹ Die Angaben ergeben sich durch die Auswertung der Jge. 1930-1933 des Gießener Anzeigers.

Anfang der 30er Jahre gelang es zudem eine Jugendrunde und eine Schülerrunde auszuspielen. Sportliche Aushängeschilder des heimischen Arbeitersports waren die Mannschaften aus Gießen, Heuchelheim, Wieseck und Naunheim, die in der höchsten Klasse spielten und sich vor allem mit Teams aus der Rhein-Main-Region auseinandersetzen hatten. Das absolute Top-Team unter ihnen stellte der Naunheimer Verein. Den Naunheimer Fußballern gelang es 1932 sich gegen die starken Frankfurter Vereine durchzusetzen und den begehrten Hessenmeistertitel zu gewinnen. In den Arbeiterblättern Oberhessische Volkszeitung und Hessischer Volksfreund wurde der „Überraschungsmeister aus der Provinz“ überschwenglich gefeiert.¹⁰

Der hohe Stellenwert, den das Sportspiel Fußball unter den Arbeitern hatte, spiegelte sich auch in den Zuschauerzahlen wider. Wegen des großen Andrangs mußten beispielsweise die Naunheimer des öfteren ins Gießener Waldstadion ausweichen, wo dann bis zu 5000 Zuschauer die Spiele verfolgten.¹¹ Gelegentlich kam es auch zu Begegnungen mit ausländischen Arbeitersportvereinen. Neben dem Werbeeffekt für den Arbeitersport sollten die Spiele gegen belgische, österreichische und schweizer Teams zugleich ein Stück praktizierter Völkerverständigung sein und die internationale Ausrichtung des Arbeitersports unterstreichen.¹²

Die Rolle der Frau im Arbeitersport

Eines der Hauptanliegen des Arbeitersports stellte die Emanzipation und Förderung des Frauensports dar. Lange Zeit war die körperliche Ertüchtigung ein Privileg der Frauen aus den Mittel- und Oberschichten gewesen. Sie verfügten über genügend freie Zeit und Geld, um an zum Teil aufwendigen turnerischen und sportlichen Aktivitäten teilzunehmen. Erst im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Veränderungen am Ende des 19. Jahrhunderts bot sich auch proletarischen Frauen, vor allem im ATB die Chance, zu turnen, zu spielen, Sport und Gymnastik zu betreiben.

¹⁰ Hessischer Volksfreund v. 11.02.1932 und v. 5.03.1932 sowie Oberhessische Volkszeitung v. 20.02.1932.

¹¹ Hessischer Volksfreund v. 7.03.1932.

¹² Gießener Anzeiger v. 15.08.1930 und v. 26.07.1932.

Während die Frauen vor dem Ersten Weltkrieg in den DT-Vereine keinen vollen Mitgliederstatus hatten - das aktive sowie passive Wahlrecht für sie nicht galt - bekannte sich der Arbeiter-Turnerbund frühzeitig zur politischen und rechtlichen Gleichstellung beider Geschlechter. In der Zeitschrift der Arbeiterturnerinnen „Die Freie Turnerin“ heißt es 1911 stolz:

„Von allen Turnorganisationen der Welt ist der Arbeiter-Turnerbund der einzige, welcher die völlige Gleichberechtigung der Geschlechter auf seine Fahnen geschrieben hat und praktisch betätigt.“¹³

Trotzdem wuchs die Zahl der Turnerinnen nur langsam. Schlechte Übungsbedingungen, viele auch im Arbeitermilieu verbreitete Vorurteile sowie der komplexe Lebenszusammenhang proletarischer Frauen erschwerten ein Vereinsengagement. So verwundert es nicht, daß den zahlreichen Männerriegen in den Vereinen nur einige wenige Damenriegen gegenüber standen. Im 3. Bezirk verfügten lediglich die Freie Turnerschaft Gießen und die Vereine aus Launsbach, Heuchelheim, Gleiberg, Krofdorf, Staufenberg und Wieseck über kleinere Damenriegen.¹⁴

War man sich über die Teilnahme von Frauen am Sport prinzipiell einig, so löste die Frage welche Sportarten dem weiblichen Körper und dem weiblichen Wesen entsprächen, heftige Diskussionen aus. Traditionelle Vorurteile medizinischer, moralischer, psychologischer und ästhetischer Art waren auch unter den Arbeitern noch weit verbreitet. Zunächst hielten die Funktionäre des ATB ausschließlich die Gymnastik für die den Frauen gemäße Leibesübung. Dazu zählten sogenannte Fahnenreigen, Reifenreigen, Vorführungen mit dem Stab und Tänze. Erst in den 20er Jahren wurden auch typisch „männliche“ Geräte wie Reck, Bock und Barren sowie die Turnspiele und die Leichtathletik in den Übungs- und Wettkampfkanon der Mädchen und Frauen aufgenommen.

Auf dem Bezirks-Turn- und Sportfest des 3. Bezirks im Juni 1930 in Wissmar waren daher folgende leichtathletischen Wettkämpfe für die Sportlerinnen ausgeschrieben:¹⁵

¹³ Freie Turnerin 4 (1911), S. 186, zitiert aus: G. PFISTER, Die Frau im Arbeiter-Turn- und Sportbund, in: D. BLECKING (Hg.), Arbeitersport in Deutschland 1893-1933. Köln 1983, S. 37.

¹⁴ Die Existenz der Damenriegen läßt sich anhand der Festschriften zu den Bezirks-Turn- und Sportfesten des 3. Bezirks 1929, 1931 und 1932 nachweisen.

¹⁵ Übungsstoff zum Bezirksfest in Wissmar, hrsg. v. Arbeiter-Turn- und Sportbund Deutschlands IX. Kreis, 3. Bezirk.

Über 18 Jahre, Vierkampf
100 Meter
Schleuderball
Freiübung
Kugelstoßen, 5 Kg

Jahrgang 1912-15, Dreikampf
60 Meter
Weitsprung
Freiübung

Einzelkämpfe, über 18 Jahre
Speer
Weitsprung
60 Meter

Jahrgang 1912-15
Hochsprung
Kugelstoßen, 2 ½ Kg

Daneben wurden auf dem Bezirksfest auch „Geräteübungen für Frauen“ angeboten. Auffallend ist dabei, daß den Turnerinnen - im Gegensatz zu den Turnern - lediglich gestattet wurde, Pflichtübungen an Pferd, Barren und Reck zu turnen.¹⁶ Kürübungen waren ihnen untersagt, da den Frauen offensichtlich nicht zugetraut wurde, die Auswahl der Übungen eigenverantwortlich zu treffen.

Für einen Vereinsbeitritt der meist jugendlichen Mädchen war oft nicht so sehr der Wunsch nach körperlicher Ertüchtigung oder Leistungssteigerung als vielmehr das Bedürfnis nach Zerstreuung und Geselligkeit ausschlaggebend. Einen wichtigen Bestandteil des Vereinslebens bildeten daher Ausflüge, Wanderungen oder Badepartien, die Teilnahmen an Bildungsveranstaltungen oder einfach das Zusammensein mit Gleichgesinnten.

Vorurteile der Männer und der gesamte Lebenszusammenhang der Arbeiterinnen verhinderten jedoch vielerorts den gewünschten Emanzipationsprozeß. So hatten verheiratete Arbeiterinnen wegen ihrer beruflichen und familiären Verpflichtungen wenig Zeit und wohl auch wenig Kraft für ein Vereinsengagement. Von daher verwundert es nicht, daß die Zugehörigkeit zu Vereinen meist mit der Hochzeit endete. Auch der Alltag proletarischer Mädchen bot nur wenig Raum für Sport und Spiel. Sie waren in der Regel auch nach dem Eintritt in die Erwerbsarbeit zur Mitarbeit im Haushalt verpflichtet. Aktivitäten außer Haus wurden von vielen Eltern nur ungern geduldet. Es gilt daher festzuhalten, daß sich die emanzipatorischen Absichten der Arbeitersportbewegung in der Praxis nicht oder

¹⁶ Übungsstoff zum Bezirksfest in Wissemar, hrsg. v. Arbeiter-Turn- Sportbund Deutschlands IX. Kreis, 3. Bezirk.

zumindest nicht völlig durchsetzen ließen. Ein Grund mit dafür war sicherlich, daß das bürgerlich patriarchalische Rollenklischee von Mann und Frau auch innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung noch weit verbreitet war.¹⁷

Die Freie Tennisvereinigung Gießen

Zu den wenigen Vereinen innerhalb der Arbeitersportbewegung, die ihren Mitgliedern die Möglichkeit zum Tennis spielen boten, gehörte die 1928 gegründete Freie Tennisvereinigung Gießen. Im Gegensatz zum Fußball, dessen Kritiker aus den eigenen Reihen bald verstummten und der sich zur populärsten Sportart im ATSB entwickelte, blieb das Tennisspiel fortwährend eine Randsportart, das sich ständigen Vorbehalten ausgesetzt sah. Zu eng schien die Anbindung des „weißen Sports“ an die gehobenen Schichten, als daß man es als eine geeignete Sportart für Arbeiter und Arbeiterinnen empfehlen konnte.

In Gießen ging die Initiative zur Gründung eines eigenen Tennisvereins innerhalb der Arbeitersportbewegung von einer kleinen Gruppe um August Kuntzemüller aus.¹⁸ Die großen Erwartungen, die die Mitglieder bezüglich des Baus einer eigenen Tennisanlage hegten, wurden jedoch frühzeitig von der Stadt Gießen enttäuscht. Der Antrag zur Überlassung eines für den Bau geeigneten Grundstücks wurde von der zuständigen

¹⁷ Zur Situation der Frauen im Arbeitersport siehe neben dem Beitrag von PFISTER (1983) auch NITSCH/PEIFFER 1995, insb. S. 88-92 und 114-117.

¹⁸ August Kuntzemüller kann zweifelslos als der Hauptinitiator des Tennisspiels im Gießener Arbeitersport bezeichnet werden. Der Diplomingenieur und stellvertretende Leiter der Gießener Stadtwerke, von seiner Herkunft und seiner beruflichen Stellung sicherlich ein ungewöhnliches und untypisches Beispiel für einen Arbeitersportler, war bereits Mitglied der Freien Turnerschaft Gießen und nahm auch auf höherer Ebene Funktionärstätigkeiten für den Arbeitersport wahr. Als 1. Vorsitzender prägte er in den Jahren bis zur „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten maßgeblich die Geschicke des Vereins. Seine Aktivitäten im Arbeitersport lösten jedoch nicht nur bei seinem Vorgesetzten Befremden aus. Hauptkritikpunkt war die Tatsache, daß er zu untergeordneten Mitarbeitern der Stadtwerke, die zu den Mitgliedern des Vereins zählten, außerbetrieblich ein freundschaftliches Verhältnis pflegte. Kuntzemüller kommentierte die Einstellung seines Vorgesetzten ironisch: „Wie konnte ich mich dazu erniedrigen mit Arbeitern meines Betriebes Sport zu treiben.“ Informationen zur Freien Tennisvereinigung sowie ausführliche biographische Angaben finden sich in den unveröffentlichten Erinnerungen (Teil 1 u. Teil 2) und einer Fotosammlung. Die Unterlagen sind im Besitz seiner Tochter, Frau Inge Linden, Großen-Buseck.

Behörde abgelehnt.¹⁹

Erfolgreicher liefen dagegen die Verhandlungen mit dem Gemeinderat der zu dieser Zeit noch selbständigen Gemeinde Wieseck. Im „roten Wieseck“ zeigten die Verantwortlichen mehr Verständnis für die Pläne der Arbeitersportler. Die Kommunalpolitiker genehmigten die Verpachtung eines Waldstücks, wo die Mitglieder in den folgenden Jahren eine Tennisanlage schufen, die, so die Oberhessische Volkszeitung, „allein schon wegen ihrer herrlichen Lage im Wiesecker Wald zu den schönsten Sportanlagen ähnlicher Art gehört“.²⁰

Zur feierlichen Einweihung der Anlage Mitte Juli 1931, zu der sich auch politische Vertreter des Kreisamtes, der Stadt Gießen und der Gemeinde Wieseck einfanden, hatte man die Freie Tennisvereinigung Frankfurt/M. eingeladen. Mit Ausnahme der Tennisabteilung der Freien Turnerschaft Offenbach gab es ansonsten in ganz Hessen keine Gelegenheit, in einem Arbeitersportverein Tennis zu spielen. Die drei hessischen Vereine standen sich daher auch in der Folgezeit häufig als sportliche Gegner gegenüber.

Ein Wettkampfspiel bestand aus einem Herren- sowie einem Frauen-Einzel, einem gemischten Doppel und jeweils einem Herren- und Frauen Doppel. Wenn die Zeit es erlaubte, trug man im Anschluß auch noch einige nicht in die Wertung eingehende Partien aus. Um die eigene Leistungsstärke weiter zu steigern, nahmen die Gießener häufig die Gelegenheit wahr, an speziellen Lehrgängen teilzunehmen. Diese wurden von den Tennisausbildern der Leipziger Sportschule des ATSB dezentral im ganzen Reichsgebiet durchgeführt.

Bereits sehr bald stießen die Gießener Tennispioniere an ihre Kapazitätsgrenzen. Die Tennisanlage, die in Nachbarschaft zu den Wiesecker Sportplätzen lag und neben einem Tennisplatz, eine Übungsfläche (halber Tennisplatz) mit Betonwand sowie ein „kleines Häuschen“ einschließlich zweier Umkleidekabinen und einem Aufenthaltsraum umfaßte, hatte für einen Mitgliederboom gesorgt. Knapp ein Jahr nach der Einweihung hatte sich die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt.²¹ Den über 50 Mitgliedern wurde von der Gemeinde Wieseck gestattet, einen zweiten Platz zu errich-

¹⁹ KUNTZEMÜLLER Teil 1, S. 75.

²⁰ Oberhessische Volkszeitung v. 20.05.1932.

²¹ Oberhessische Volkszeitung v. 20.05.1932.

ten. Mit der Unterstützung von elf Arbeitskräften des Freiwilligen Arbeitsdienstes, die sechs Wochen an der Anlage beschäftigt waren und dafür eine Vergütung von zwei Reichsmark pro Tag erhielten - der Verein stellte ihnen täglich ein „gutes und reichliches Mittagessen“ zur Verfügung - gelang es den Mitgliedern noch im Mai 1932, mit einem „Tennis-Städtekampf Gießen-Mannheim“ das neue Spielfeld einzuweihen.²²

Dieser recht positiven Entwicklung stand allerdings eine Stagnation auf dem sportlichen Sektor gegenüber. Bedingt durch die zweijährige Bauperiode waren die Spielmöglichkeiten der Mitglieder stark eingeschränkt gewesen. Zudem verbrachten die Wettkampfspieler viel Zeit damit, die zahlreichen Anfänger zu trainieren. An eine Verbesserung des eigenen Spielvermögens war deshalb kaum zu denken. Von daher überrascht es nicht, daß die Vergleiche mit anderen Vereinen meist deutlich verloren gingen.

Nachdem man mit der Fertigstellung des zweiten Platzes nun aber über nahezu optimale Trainingsbedingungen verfügte, sollte die Zukunft auch auf dem sportlichen Sektor einen Aufschwung bringen. Zudem stellte die Stadt in den Winterhalbjahren die Turnhalle der Schillerschule zur Verfügung. Für eine „Benutzungsgebühr“ von zwei Reichsmark durfte man mittwochs von 20.15-22.15 Uhr in der Halle trainieren.²³ Daß die Tennissaison 1932 jedoch schon die letzte sein sollte, konnte zu diesem Zeitpunkt noch niemand wissen.

Die Arbeitersportler im Zeichen der Eisernen Front

Neben den sportpraktischen Aktivitäten verfolgte der organisierte Arbeitersport auch einen politischen Anspruch. Die Arbeitersportorganisationen verstanden sich als ein Glied der organisierten Arbeiterbewegung. Als es Anfang der 30er Jahre darum ging, dem aufstrebenden Nationalsozialismus ein Abwehrbündnis aus dem republikanischen Lager entgegenzustellen, gehörten daher auch die Verbände der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege (ZK), dem Dachverband des der Sozialdemokratie nahestehenden Zweiges des Arbeitersports, zu den Mitstreitern im

²² Oberhessische Volkszeitung v. 20.05.1932.

²³ Vertrag zwischen der Stadt Gießen (Vermieterin) und der Freien Tennisvereinigung Gießen, Stadtarchiv Gießen, Nr. 1401.

Kampf gegen die politischen Gegner. Zusammen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), der SPD, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA-Bund) und dem Reichsbanner gründeten die Arbeitersportler Ende 1931 die sogenannte Eiserner Front, die sich den außerparlamentarischen Kampf gegen den aufkommenden Nationalsozialismus zur Hauptaufgabe gesetzt hatte.

Nachdem sich Anfang 1932 auch in der Region Gießen die Ortsgruppen des Verbandes konstituiert hatten, erlebte die Gießener Bevölkerung Ende Februar die erste größere Demonstration der Eisernen Front. Die örtliche „Kampfleitung“ hatte etwa 3500 Teilnehmer mobilisiert, um zum „Entscheidungskampf gegen Faschismus und Entrechtung“ aufzurufen.²⁴

Als Vertreter der Arbeitersportler war der Männerturnwart des IX. Kreises (Hessen, Hessen-Nassau) im ATSB nach Gießen gekommen. Er mahnte die oberhessischen Sportgenossen, dem Nationalsozialismus entschlossener als bisher entgegenzutreten und die Provokationen der NS-Kampfverbände nicht widerstandslos hinzunehmen:

„Unsere Geduld ist zu Ende, (...), wir haben es satt, uns täglich von den SS- und SA-Horten anpöbeln zu lassen. Wir wollen den Frechheiten der Nazis mit der gleichen Frechheit begegnen. Schon glaubten die Nazis, die Arbeiterschaft hätte den Kampf aufgegeben, aber da hörten sie auf einmal die Schritte der Männer der Eisernen Front. Hitlers kühne Träume sollen nicht in Erfüllung gehen. Die Herrschaft Hitlers würde auch den Arbeitersport wieder vernichten. Darum gehören wir Arbeiterturner in erster Linie in die Eiserner Front.“²⁵

Um die Notwendigkeit der Eisernen Front zu dokumentieren, stellte er im weiteren Verlauf seiner Rede das historische Werden der Arbeitersportbewegung und die damit verbundenen materiellen und ideellen Werte heraus:

„Wir wollen nicht wieder die Vorkriegsverhältnisse, wo die Arbeitersportler unterdrückt und schikaniert wurden, die Funktionäre ins Gefängnis mußten, wenn sie es wagten, Arbeiterkindern Turnunterricht zu erteilen. Die Republik hat mit dieser Benachteiligung des Arbeitersports ge-

²⁴ Oberhessische Volkszeitung v. 29.02.1932. Über die Endphase des Gießener Arbeitersports siehe auch den Beitrag H. GIESLER, Das Ende der Arbeitersportbewegung im Raum Gießen, in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 1/1993 (7), S. 48-64.

²⁵ Oberhessische Volkszeitung v. 29.02.1932.

genüber dem bürgerlichen Sport aufgeräumt. Heute besitzen die Arbeitersportler volle Bewegungsfreiheit und nehmen an der Verteilung von staatlichen Mitteln für die Körperpflege gleichen Anteil wie die bürgerlichen Sportvereine. Dadurch konnte sich der Arbeitersport erst entfalten, konnte sich eigene Sportanlagen schaffen. Das alles soll den Arbeitersportlern wieder genommen werden. Aus den Heimen der Turner sollen SA-Kasernen werden. Daß es dazu nicht kommt, deshalb sind die Arbeiterturner in der Eisernen Front. An dieser Front wird und muß, wenn wir es wollen, der Faschismus zerschellen.²⁶

Die Kundgebung in der Gießener Volkshalle leitete zugleich die Endphase des Wahlkampfes für die Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 ein. Unter der Schlagzeile „Arbeitersportler, schlagt Hitler! (...) Nieder mit dem Faschismus! Hoch die Arbeitersportbewegung!“ druckte die Oberhessische Volkszeitung einen Aufruf der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege, der die Sportler aufforderte, um die letzte Arbeiterstimme zu werben, damit am 13. März der „Faschistenhäuptling Hitler“ so entscheidend geschlagen werde, „daß seine Bewegung zerbricht“.²⁷

Die Aufgabe der politischen Neutralität verlangte der Kreisturnleiter des IX. Kreises. Auf einer Demonstration der Eisernen Front in Friedberg legte er stellvertretend für die Turner und Turnerinnen des IX. Kreises ein Bekenntnis für die Arbeiterbewegung ab.

„Die politische Neutralität der Arbeitersportler hört auf, wenn es gilt, die Interessen der klassenbewußten Arbeiterschaft zu vertreten. Wenn die Führerschaft der Deutschen Turnerschaft sich in ihrem alten Fahrwasser befindet, keinen Marxisten in ihren Reihen duldet, wenn Arbeitersport und Arbeiterkultur vernichtet werden sollen, wenn die Turnhallen in SA-Kasernen verwandelt werden sollen, dann wollen wir gemeinsam mit allen Arbeitern Schulter an Schulter unter der Fahne des Sozialismus den Faschismus niederschlagen. Der Arbeitersport steht und fällt mit der Republik. Er gehört unter einer Diktatur der Vergangenheit an. Mit an der Spitze der Arbeiterbewegung wollen wir auf der ganzen Linie siegen.“²⁸

Die Ausführungen des Kreisturnleiters lassen erkennen, daß man sich seitens der Kreisleitung in Frankfurt keinerlei Illusionen hingab. Der

²⁶ Oberhessische Volkszeitung v. 29.02.1932.

²⁷ Oberhessische Volkszeitung v. 3.03.1932.

²⁸ Oberhessische Volkszeitung v. 23.02.1932.

Beginn einer nationalsozialistischen Diktatur wurde mit dem Ende der Arbeitersportbewegung gleichgesetzt. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus sollte somit auch zum Existenzkampf der Arbeitersportorganisationen werden.

Neben den von den örtlichen „Kampfleitungen der Eisernen Front“ organisierten Veranstaltungen standen im „Kampfjahr 1932“ auch zahlreiche traditionelle Arbeiterfeste im Zeichen der Eisernen Front. In Großen-Linden gestaltete sich das Bezirks-Turn- und Sportfest des 3. Bezirks im Juli 1932 zu einer Werbeveranstaltung der Eisernen Front. Die extrem politische Ausrichtung des „Drei-Pfeile-Treffen“, wie die Veranstaltung bei vielen Sportlern und Sportlerinnen in Erinnerung blieb, war auch eine Reaktion auf den erschreckend hohen Stimmenanteil Hitlers bei der Reichspräsidentenwahl.²⁹

Der Vorsitzende der gastgebenden Freien Turnerschaft Großen-Linden war sich der besorgniserregenden Situation bewußt und nutzte das Bezirks-Turn- und Sportfest zu einer Kampfansage an die Nationalsozialisten.

„Am politischen Horizont sind schwarze Gewitterwolken heraufgezogen, die beginnen sich zu entladen, ja der ganzen Arbeiterschaft Vernichtung drohen. Terror und Brutalität sind Alltäglichkeiten geworden und kennen keine Grenzen mehr. Das schaffende Volk, welches zu einer Macht emporgestiegen ist, soll wieder geknechtet, gekettet und seiner Errungenschaften beraubt werden. Daneben sind wirtschaftliche Not und Arbeitslosigkeit die steten Begleiter, die uns fast die Freude am Dasein rauben und kaum aufatmen lassen. Trotz aller dieser Gefahren suchen wir einen Weg, der uns zusammenführt, der zwar ein dorniger ist, aber doch einmal zum Siege führen muß. Unter der 'Freiheit' findet sich die Arbeiterschaft erneut zusammen, wird sie wieder erstarken und zur Offensive schreiten. Unser Kampf geht um 'Sein oder Nichtsein'. Der Feind ist die faschistische Gefahr, der Nationalsozialismus. Das Proletariat wird zeigen, daß es nicht

²⁹ Sowohl im Kreis Gießen als auch in der Provinz Oberhessen war die Bevölkerung zu einem großen Teil zu Hitler übergegangen. Während im zweiten Wahlgang der Stimmenanteil für Hitler auf Reichsebene 36,8% betrug, lag er im Kreis Gießen bei 49,4% und in Oberhessen bei 52,7%. Damit war die flächenmäßig größte hessische Provinz endgültig zur nationalsozialistischen Hochburg geworden. Zu den Ergebnissen der Reichspräsidentenwahl des Jahres 1932 siehe E. KNAUSS, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre. (Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, Bd. 45.) Gießen 1961, S. 65 ff.

Willens ist, sich dem Faschismus preiszugeben. Wir Arbeitersportler bekennen uns als ein Glied der modernen Arbeiterbewegung und werden bei diesem Kampf in den ersten Reihen stehen. (...) Aus diesem Grund muß unser Fest ein Höhepunkt im Kampf gegen den Nationalsozialismus sein. Es gilt zu zeigen, daß wir im Kampf gegen diese Gefahr als geschlossene Masse dastehen. Das große und hehre Ziel, welches uns vor Augen schwebt, muß uns in diesem Ringen leiten und zum Sieg führen.³⁰

Auch aus den Worten des obersten Bezirksfunktionärs geht eindeutig der politische Charakter des Sportfestes hervor. In seiner ebenfalls in der Festschrift abgedruckten Begrüßung verdeutlichte er, wie stark das sich ständig verschlechternde politische Klima bereits auf die oberhessischen Arbeitersportler abgefärbt hatte und daß unter den Sportlern reale Ängste existierten, die um den Fortbestand der Organisation fürchteten. Dennoch stimmte er mit dem Vorsitzenden der Freien Turnerschaft Großen-Linden darin überein, daß der Faschismus letztlich am wachsenden Widerstand der Arbeiterschaft scheitern werde.

„... und doch zeigt sich gerade in diesen Tagen wieder, daß kein Grund vorhanden ist zu verzagen. Unerschütterlich sehen wir den Dingen, die da kommen, fest ins Auge, die geballten Fäuste der Proleten auf den Straßen und in den Orten zeigen uns, daß es vorbei ist mit der Engelsgeduld. Die Kampfbereitschaft wächst, die geeinte Arbeiterklasse wird aufräumen mit dem ganzen Spuk, der die Hirne eingenebelt hat.“³¹

Welche Rolle er dabei dem Bezirks-Turn- und Sportfest und den Arbeitersportlern zumaß, wird abschließend deutlich.

„Wir Arbeitersportler marschieren in diesen Tagen auf unserem Bezirksfest in Großen-Linden unter der Losung 'Freiheit'. Tausende von Arbeiterfäusten werden dem Gegner zeigen, daß wir uns durch nichts einschüchtern lassen. Aus unzähligen Wunden blutet die ganze Welt, millionenfach gellt der Ruf nach Arbeit durch das All, unsere Gegner kümmert das nicht, sie sind drauf und dran, die Arbeiterklasse vollkommen zu entrechten, zu vergewaltigen. Der Faschismus holt zum entscheidenden Schläge aus. Bundesgenossen, wir stehen vor schweren Kämpfen, in denen sich zeigen wird, zeigen muß, daß wir Arbeitersportler in der vordersten Linie der Arbeiterklasse zu finden sind. Genossen, Genossinnen,

³⁰ Festschrift zum Bezirks-Turn- und Sportfest 1932.

³¹ Festschrift zum Bezirks-Turn- und Sportfest 1932.

zeigen wir in dieser ernsten Stunde, daß wir der Riesenaufgabe, die an uns herantritt, gewachsen sind, schließen wir die Reihen, beseitigen wir alles Trennende, sammeln wir alle Kräfte zur Einheitsaktion der Arbeiterklasse, den letzten Mann in die Front gegen Faschismus und Reaktion, gegen Knechtschaft und Terror, formieren wir uns zum Angriff gegen alles, was gegen uns anstürmt, seien wir kampfbereit für unsere Freiheit.“³²

Die deutlichen Worte der beiden Funktionäre sind Belege dafür, daß das Engagement in der Eisernen Front nicht nur auf Aktivitäten der Bundes- und Kreisführung beschränkt waren. Sie zeugen vielmehr von den Anstrengungen auch auf unterster Ebene, den Nationalsozialisten das abschreckende Bild einer, zumindest im sozialdemokratischen Lager, geeinten und zum Kampf entschlossenen Arbeiterschaft entgegenzustellen.

Einen Schritt weiter als die beiden Sportfunktionäre ging der Regierungsobererrat und Angehörige der Reichstagsfraktion der SPD Heinrich Ritzel. Als Mitglied der Freien Tennisvereinigung Gießen und als Redner in zahllosen Veranstaltungen der Eisernen Front der oberhessischen Bevölkerung bestens bekannt, kam ihm die Ehre zu, das Bezirksfest mit einer Festansprache ausklingen zu lassen. Im Anschluß an den Festzug warnte er die versammelten Sportgenossen vor den Gefahren eines offenen Bürgerkriegs und wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß nach allen geschichtlichen Erfahrungen das Streichholz in Bürgerkriegszeiten auch eine Rolle zu spielen pflege.³³ Von den Arbeitersportlern wurde diese deutliche Warnung an die Adresse der Nationalsozialisten begeistert aufgenommen. Zum ersten Mal hatte jemand offen ausgesprochen, wie er sich den Kampf konkret vorstellte. Für Heinrich Ritzel blieb diese Rede nicht ohne Folgen. So kam es später noch zu einem Prozeß über die „Streichholzrede“ und vereinzelt geschah es, daß er bei öffentlichen Auftritten von politischen Gegnern mit brennenden Streichhölzern beworfen

³² Festschrift zum Bezirks-Turn- und Sportfest 1932.

³³ Heinrich Georg Ritzel war von 1924 bis 1930 Mitglied der hessischen SPD-Landtagsfraktion. Von 1930 bis 1933 gehörte er der SPD-Fraktion des Deutschen Reichstages an. Neben dem Reichstagsmandat arbeitete Ritzel von 1930-1933 als Kreisdirektor in Gießen und stellvertretender Provinzialdirektor für Oberhessen. Während seiner Zeit in Gießen gehörte er der Freien Tennisvereinigung Gießen als aktives Mitglied an (KUNTZEMÜLLER Teil 2, S. 74). Im Rahmen der zahlreichen Personalveränderungen wurde er am 14.03.1933 bei der Provinzialdirektion beurlaubt (Vgl. Gießener Anzeiger v. 14.03.1933). Nach einer vorübergehenden Verhaftung flüchtete er am 26.06.1933 nach Saarbrücken, bevor er sich 1935 in die Schweiz absetzen konnte. Zur Biographie Ritzels siehe auch G. BEIER, Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834-1984). Frankfurt/M. 1984, S. 536.

wurde.³⁴

Es bleibt festzuhalten, daß die Arbeitersportler durchaus gewillt waren, ihren Beitrag zur Abwehr des Nationalsozialismus zu leisten. Die starke Beteiligung der Sportler an den Veranstaltungen der Eisernen Front läßt vermuten, daß die Basis hierin eine Macht sah, der sie vertraute, von der man annahm, daß diese im entscheidenden Augenblick als Kampfmittel eingesetzt werden würde. Doch trotz der erstaunlich realistisch eingeschätzten Gefahr und des wachsenden Terrors durch die Nationalsozialisten beschränkte sich die Führung in erster Linie auf Aktivitäten im Wahlkampf. Alle noch so kämpferisch verfaßten Appelle und Aufrufe können nicht verdecken, daß sich auch unter den Arbeitersportlern eine „trügerische Scheinaktivität“³⁵ ausgebreitet hatte. Die offensichtliche Diskrepanz zwischen den kämpferischen Parolen der Arbeitersportler, die gerade im Vorfeld von Wahlen noch an Schärfe zunahm, und einem wirklichen Handeln gegen die nationalsozialistische Bedrohung, offenbarte der „Papen-Putsch“ gegen die geschäftsführende sozialdemokratische preußische Regierung im Juli 1932. Ohne die Brisanz des Vorgangs wahrzunehmen, arbeitete man in den gewohnten Bahnen weiter und sah keinen Grund, die alte Strategie zu überdenken. Das Vertrauen auf die Macht des Stimmzettels blieb ungebrochen.

Auflösung und Verbot der Arbeitersportbewegung 1933

In Hessen fiel die „Bekämpfung staatsfeindlicher, insbesondere marxistischer Bestrebungen“ nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten in die Zuständigkeit der vom neuen Polizeiführer Dr. Best geschaffenen Behörde mit der amtlichen Bezeichnung „Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen (Zentralpolizeiamt)“.³⁶ Der Jurist und SS-Mann Best,

³⁴ So berichtet ein Gießener Nationalsozialist in seinem Kampfbericht, abgedruckt in: J.-P. JATHO (Bearb. u. Hg.), „Wenn es bald nach Blut und Eisen riecht ...“ Ein NS-Bericht aus der „Kampfzeit in Gießen 1927-1933“. Fernwald-Steinbach o. J. (ca. 1986), S.51. Während JATHO (S. 51a, Anm. 1) den Ort der „Streichholzrede“ mit „bäuerlichem Publikum“ angibt, behaupteten einige Zeitzeugen, daß die umstrittenen Äußerungen des Reichstagsabgeordneten bei seiner Festrede in Großen-Linden gemacht wurden.

³⁵ H. TIMMERMANN, Geschichte und Struktur der Arbeitersportbewegung 1893-1933. Marburg/L., Dissertation 1969, S. 154.

³⁶ Über die Auflösung und das Verbot des Arbeitersports im Volksstaat Hessen inform-

der bereits am 6. März 1933 vom NSDAP-Reichskommissar zum „Sonderkommissar für das hessische Polizeiwesen“ ernannt worden war und umgehend Anstrengungen zur Umstrukturierung des hessischen Polizeiwesens getroffen hatte, verfügte mit der ihm direkt unterstellten Behörde über ein Organ, das als Koordinationsstelle bei der Ausschaltung der Arbeiterbewegung fungieren sollte.

Zu den ersten Opfern der neuen Dienststelle zählte die „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit“ (KG), die kommunistische Organisation des Arbeitersports. Am 16. März 1933 wurde die KG für das Gebiet des Volksstaates Hessen verboten³⁷. Die bewußt getroffene Entscheidung der Darmstädter Behörde, lediglich die Vereine der kommunistischen KG zu verbieten und die Vereine der SPD-nahen Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege (ZK) davon unberührt zu lassen, führte in den Städten und Gemeinden jedoch nicht zu dem beabsichtigten differenzierten Vorgehen. Bereits in der Frühphase des Auflösungsprozesses zählten sowohl KG- wie auch ZK-Vereine zu den Opfern des nationalsozialistischen Terrors. Die Versuche der hessischen Landesregierung, die lokalen NSDAP-Anhänger in ihrem übersteigerten Aktionismus gegenüber den zu diesem Zeitpunkt noch nicht verbotenen ZK-Vereinen zu bremsen und damit selbst mehr Einfluß auf die Vorgänge zu nehmen, führten zu keiner erkennbaren Entspannung.³⁸

In der Region Gießen wie im gesamten Volksstaat lag der Schwerpunkt der Übergriffe auf das Vermögen der Arbeitersportvereine auf den Wochen nach dem 1. Mai 1933. Obwohl der Auflösungsprozeß bereits vor dem Maifeiertag eingesetzt und die Landesregierung bereits erste Verbände der Zentralkommission für verboten erklärt hatte, konzentrierte sich die Zerschlagung der Vereine auf die darauffolgenden Wochen, demnach also auf einen Zeitpunkt, der deutlich vor dem hessenweiten Verbot des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Anfang Juni 1933 lag.³⁹

Aufgrund des zunehmenden politischen Drucks auf die Organisationen

iert ausführlich H. GIESLER, „Arbeitersportler schlägt Hitler!“ Das Ende der Arbeitersportbewegung im Volksstaat Hessen. Ein Beitrag zur Sozial- und Sportgeschichte Hessens. Münster/Hamburg 1995. Zu den Aufgaben der neuen Polizeibehörde siehe insb. S. 120-123.

³⁷ GIESLER 1995, S. 99 ff.

³⁸ GIESLER 1995, S. 115 ff u. 120 ff.

³⁹ Schreiben des Staatskommissars für das Polizeiwesen v. 6.06.1933, betr.: Arbeiter- Turn und Sportvereine, Beschluß ... , Staatsarchiv Darmstadt G 15 Friedberg, R 274.

der Arbeiterbewegung im Frühjahr 1933 und der damit verbundenen Gefahr von Zwangsaufösungen entschieden sich zahlreiche Vereine für eine Selbstauflösung, die den Mitgliedern noch eine gewisse Handlungsfreiheit bezüglich der weiteren Verwendung des materiellen und finanziellen Vereinsvermögens einräumte.

Die Vereine, die das ungewisse Warten der Selbstauflösung vorzogen, sahen sich in den darauffolgenden Wochen zum Teil SA- und SS-Männern gegenüber, die Vermögen und Geräte beschlagnahmten und damit den Vereinen jede sportliche und wirtschaftliche Grundlage entzogen.

Die willkürlichen Besetzungs- und Beschlagnahmungsmaßnahmen der lokalen SA- und SS-Einheiten, waren nur deshalb möglich, weil sie von den Polizeibehörden geduldet wurden. Trotz anderslautender amtlicher Verlautbarungen konnten die örtlichen NSDAP-Gliederungen bei ihrem Vorgehen von einer stillschweigenden Tolerierung ihrer illegalen Handlungen durch die Behörden ausgehen. Durch übergeordnete Verwaltungsinstanzen wurde den Willkürmaßnahmen später nachträglich eine Rechtsgrundlage verschafft.⁴⁰

Als einer der ersten Vereine reagierte die Freie Tennisvereinigung Gießen auf die angespannte politische Lage. Bereits am 19. und 21. März 1933 löste sich der Verein in zwei Mitgliederversammlungen auf und meldete dies anschließend zur Eintragung in das Vereinsregister an.⁴¹ Hinter dem Entschluß zur Selbstauflösung stand jedoch keinesfalls die Absicht der Vereinsmitglieder, auch ihre sportlichen Aktivitäten einzustellen. Es handelte sich offenbar nur um einen formal-juristischen Vorgang, mit dem die Mitglieder versuchten, den politischen Gegnern einen möglichen Angriffspunkt zu nehmen. Die Tennisanlage im Wiesecker Wald wurde von den Tennisspielern auch weiterhin genutzt, so daß die Öffentlichkeit von einem Fortbestehen des Vereins ausging. Hierfür spricht auch, daß die Bürgermeisterei Gießen noch mit Datum vom 5. Mai 1933 vermerkte, dem Verein „zukünftig die Benutzung einer Schulturnhalle nicht mehr (zu) gestatten.“⁴²

Die frühzeitige Selbstauflösung der Freien Tennisvereinigung hatte zur Folge, daß den Nationalsozialisten jegliche Handhabung gegen den Verein

⁴⁰ Zur „Verwertung des beschlagnahmten staatsfeindlichen Vermögens“ siehe auch GIESLER 1995, S. 144-149.

⁴¹ Die Angaben zur Auflösung des Vereins finden sich im Staatsarchiv Darmstadt G 28 Gießen, R 6/5.

⁴² Notiz der Bürgermeisterei Gießen v. 5.05.1933, Stadtarchiv Gießen Nr. 1401.

als Institution genommen worden war. Dennoch blieb es den neuen Machthabern vorbehalten, die Arbeitersportler mit der Beschlagnahmung und der anschließenden Weiterverpachtung der von den Sportlern geschaffenen Tennisanlage um den Mittelpunkt und wertvollsten Besitz ihres Vereinslebens zu berauben.

Das Engagement für die Arbeitersportbewegung hatte für den Vorsitzenden August Kuntzemüller auch persönliche Konsequenzen. Nach der Auflösung versuchte er verzweifelt, seine drohende Entlassung aus dem Staatsdienst zu verhindern. Am 4. Juli 1933 hatte ihn die Stadtverwaltung über die Pläne der NSDAP-Stadtratsfraktion informiert. Die Gießener Nationalsozialisten forderten:

„Dem Dipl.Ing. Kuntzemüller ist zu kündigen. Kuntzemüller war eingeschriebenes Mitglied der SPD. Er bekleidet den Vorsitz im Arbeiterturn- und Sportverein und war eng befreundet mit dem bekannten Oberregierungsrat Ritzel. Es ist anzunehmen, daß diese Bekanntschaft nicht nur geselligen Zwecken diene, sondern daß er auch zu den üblichen politischen Machenschaften von Ritzel sein Teil dazu beigetragen hat. Früher soll er sogar der USPD nahegestanden haben, trotzdem ihm mehrmals von der Verwaltung nahegelegt worden war, seine politische Tätigkeit einzustellen, blieb er bei der Partei. Als überzeugter Sozialdemokrat erklärte er auch im Jahre 1927 seinen Kirchenaustritt.“⁴³

Am 30. September 1933 hatten seine Gegner ihr Ziel erreicht. August Kuntzemüller wurde auf Beschluß des Reichsstatthalters für Hessen mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst der Stadt Gießen entlassen.⁴⁴ Einen anderen Weg wählte die Freie Turnerschaft Wieseck. Der Terror gegen die organisierte Arbeiterschaft, der nach dem 1. Mai 1933 auch im Gießener Umland einen neuen Höhepunkt erreicht hatte und die Zwangsaufösungen benachbarter Arbeitersportvereine veranlaßten den Vorstand zu der Feststellung, „daß ein Weiterbestehen des Vereins unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr möglich ist.“⁴⁵ Auf einer außerordentlichen

⁴³ Auszug aus dem Schreiben der Gießener NSDAP-Stadtratsfraktion an die Bürgermeisterei Gießen, abgedr. in KUNTZEMÜLLER Teil 1, S. 94 f

⁴⁴ KUNTZEMÜLLER Teil 1, S. 100. Nach seiner Entlassung gründete August Kuntzemüller ein Elektro-Unternehmen. Doch der Versuch einer neuen Existenzgründung scheiterte aus den verschiedensten Gründen, so daß sich die Familie Kuntzemüller gezwungen sah, Gießen zu verlassen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde A. Kuntzemüller wieder auf seinem alten Platz in den Stadtwerken eingesetzt.

⁴⁵ Protokollbuch der Freien Turnerschaft Wieseck, Generalversammlung v. 13.05.1933.

Generalversammlung der Freien Turnerschaft im Mai 1933 wurde von den Mitgliedern folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Der Verein löst sich auf, sämtliche aktiven Turner, Fußballer und dergleichen sollen sich beim Turnverein 1862 e.V. Wieseck beteiligen, die Geräte usw. werden dem Turnverein als Eigentum zur Verfügung gestellt, mit der Verpflichtung die überzähligen Geräte, die der Turnverein nicht zu seinem Betriebe benötigt, müssen der Gemeinde dem Volksschulbetrieb zur Verfügung gestellt werden. Zur Ausführung dieses letzten wählt die Versammlung eine Liquidationskommission, die die Liquidierung des Vereinsvermögens gemäß Beschluß der G.- Versammlung endgültig zu regeln und über die Verwendung bei dem Turnverein 1862 e.V. zu wachen hat.“⁴⁶

Diesem bereits im Vorfeld mit der Vereinsführung abgestimmten Antrag folgte ein zweiter, der die Verteilung des Barvermögens betraf und den der Antragsteller ebenfalls mit dem Vorstand abgesprochen hatte.

„Das Geld wird prozentual auf die einzelnen Mitglieder, deren Mitgliedschaft gemäß den Satzungen noch rechtskräftig ist, sofort gegen Quittung verteilt. Eventuelle Beitragsrückstände werden in Anrechnung gebracht.“⁴⁷

Die Ereignisse in Wieseck zeigen, daß selbst in diesen turbulenten Monaten eine Kooperation zwischen „bürgerlichem“ Sport und Arbeitersport möglich war. Dabei wirkte sich das dörfliche Milieu positiv aus auf die Integration der ehemaligen Konkurrenten. Vor allem die jüngeren und sportbegeisterten Arbeitersportler und -sportlerinnen nahmen bereitwillig die Möglichkeit zum Wechsel ins „bürgerliche“ Sportlager wahr. Besonders leicht hatten es dabei die leistungsstarken Fußballer, die nicht selten von Vereinen umworben wurden. Finanzielle Zuwendungen oder die Aussicht auf einen Arbeitsplatz wurden hierbei nicht selten als Lockmittel benutzt. In Gießen wechselte ein Teil der Freien Turnerschaft zum VfB 1908. Dies kam nicht von ungefähr, denn ein Übertritt zum zweiten in der Stadt ansässigen Fußballverein, der Spielvereinigung 1900, war für die Gießener Freien Turner aus politischen Gründen ausgeschlossen. Bei der Spielvereinigung war man stolz darauf,

⁴⁶ Protokollbuch der Freien Turnerschaft Wieseck, Generalversammlung v. 13.05.1933.

⁴⁷ Protokollbuch der Freien Turnerschaft Wieseck, Generalversammlung v. 13.05.1933.

„eine ganze Reihe von Mitgliedern in ihren Reihen zu haben, die an führender Stelle mitgearbeitet hätten, den politischen Umschwung herbeizuführen. Es habe auch kein anderer Verein nur einen annähernden Prozentsatz an SA- und SS-Leuten gestellt, wie 1900.“⁴⁸

Die Tatsache, daß die Vereinsführung des VfB 1908 den Freien Turnern keinerlei Hindernisse in den Weg legte und sich aus dem Angebot leistungsstarker Fußballer ohne Bedenken bediente, rief den Unmut und Neid der Spielvereinigung 1900 Gießen hervor. In der Generalversammlung Mitte Juni 1933 bemerkte der Vorsitzende der Spielvereinigung 1900 dazu:

„Wenn heute die ehemaligen Mitglieder der marxistisch eingestellten ‘Freien Turnerschaft’ in stattlicher Anzahl in gewisse bürgerliche Sportvereine strömten, dann sei diese Tatsache an sich erfreulich. Es müsse aber unter allen Umständen darauf geachtet werden, daß diese Elemente nicht schon jetzt das Übergewicht in den einzelnen Mannschaften erlangten. Keinesfalls sei es aber angängig, daß Mannschaften geschlossen im roten Dreß der Freien Turnerschaft antreten. Die Spielvereinigung 1900 habe in einer der ersten Vorstandssitzungen nach dem Umschwung beschlossen, bis zur endgültigen Klärung dieser Frage durch den Verbandsführer keine freien Turner mehr aufzunehmen.“⁴⁹

Auch wenn die Aussage des Vorsitzenden der Spielvereinigung 1900, daß ganze Mannschaften aus ehemaligen Arbeitersportvereinen nach dem Verbot am Spielbetrieb teilnahmen, von den befragten Arbeitersportlern nicht bestätigt werden konnte, sind seine Worte ein Beleg für die andersorts erfolgreich praktizierte Integration der Arbeitersportler. Insgesamt war das Verhalten weniger von übergeordneten politischen als vielmehr von lokalen und vereinsegoistischen Überlegungen geprägt, wobei in vielen Fällen die sportliche Leistungsfähigkeit die Aufnahmen erleichterte. In der weitestgehend gelungenen Integration der Arbeitersportler liegt nach Otto Bepler, dem damaligen Schriftführer der Freien Turnerschaft Heuchelheim, ein Hauptmotiv, weshalb man nach 1945 von der Wiedergründung einer eigenständigen Arbeitersportbewegung absah.⁵⁰

⁴⁸ Gießener Anzeiger v. 19.06.1933.

⁴⁹ Gießener Anzeiger v. 19.06.1933.

⁵⁰ Gespräch des Verf. mit Otto Bepler v. 19.12.1990.



Schickt Eure Kinder

in die

Jugendabteilungen

der Vereine des

Arbeiter-Turn-

u. Sportbundes



Abb. 1: Werbeanzeige aus der Festschrift zum Bezirks-Turn und Sportfest in Heuchelheim 1929

FESTZUG-ORDNUNG:

1. Radfahrer „Solidarität“ Gießen
2. Kinderabteilung Heudelheim
3. Bezirks-Trommlerchor
4. Musik
5. Bezirks-Ausschuß
6. Fahnen der Bezirksvereine
7. Sportlerinnen
8. Turner
9. Sportler
10. Fußballer
11. Bezirksvereine (passiv) I. II. III. Gruppe

Gastvereine:

12. Radfahrerverein 1926 Heudelheim
13. Musik
14. Freiw. Feuerwehr
15. Gesangverein Liederkranz
16. Arbeiter-Gesangverein
17. Gesangverein Germania
18. Gesangverein Teutonia
19. Obst- und Gartenbau-Verein
20. Gewerbeverein
21. Kegelklub „Gut Holz“
22. Kegelklub „Malkasten“
23. Freie Turnerschaft Heudelheim

Festwagen werden nach Erfordernis eingereiht



Abb. 2: Festzugsordnung für das Bezirks-Turn- und Sportfest in Heudelheim 1929 (Quelle: Festschrift)

Arbeiter Turn- und Sportbund Deutschlands



9. Kreis. 3. Bezirk

ÜBUNGSSTOFF

zum Bezirks-Fest
in Wismar

Kreis
Wetzlar

Samstag, 28. Juni und Sonntag, 29. Juni 1930

Uebungen für Turner, Turnerinnen,
Sportler, Sportlerinnen und Fussballer

Der techn. Ausschuss

Druckerei Volkmann, Heuchelheim.

PROGRAMM:

Samstag, den 28. Juni 1930, nachmittags:

- 4 Uhr: Antreten der leichtathletischen Kampf-richter auf dem Sportplatz
- 4 " Antreten der Sportler (Einzelkämpfer) auf dem Sportplatz
- 6³⁰ " Abbruch der Wettkämpfe
- 7 " Sitzung der Kampfrichter für Leichtathletik und Geräte, sowie der technischen Ausschüsse im kleinen Saale Bittendorf
- 8 " Festkommers auf dem Festplatz

Sonntag, den 29. Juni 1930, vormittags:

- 5 Uhr: Weckruf
- 7 " Antreten der Sportler auf d. Sportplatz
- 7 " Antreten der leichtathletischen Kampf-richter auf dem Sportplatz
- 7 " Antreten der Fußballer auf d. Sportplatz
- 7 " Antreten der Sportlerinnen "
- 8 " Antreten der Turner auf dem Festplatz
- 8 " Antreten der Turnerinnen "
- 8 " Antreten der Kampfrichter für Geräte auf dem Festplatz

Sonntag, den 29. Juni 1930, nachmittags:

- 1³⁰ Uhr: Festzug, anschließend Massenübungen der Männer und Frauen, Ansprache und Vorführungen.

Abb. 3: Programm für das Bezirks-Turn- und Sportfest in Wismar 1930

(Quelle: Übungsstoff zum Bezirksfest...)

Platz bzw. Befähigung für geklebte Extramarken:

Buchinhaber hat im alten Mitgliedsbuch geklebt:

- Stück Bundesfeffmarken 1922
- 1 Stück Olympiamarken 1925
- 1 Stück Bundeschulmarken 1925
- 2 Stück Olympiamarken 1931

Präsidentin Freie Tennisvereinigug
(Vereinssiegel) *Gieseler* (Stempel)

Vollständiger oder auch teilweise unberechtigter Nachdruck der Mitgliedsbücher ist verboten und wird strafrechtlich verfolgt.
Der Bundesvorstand.

ARBEITER-TURN- UND -SPORTBUND E.V.
LEIPZIG 5 9, FICHTESTRASSE 86

MITGLIEDSBUCH UND PASS

A № 238898

für *Armin Kumpfmüller*
geb. *14.9.* zu *Dalen-Dach*

Wohnung: *Siepen, Grödenstr. 5.*
in den Bund eingetreten: in den Verein eingetreten:

am: *17.12.* am: *16.10.28.*
in: *gym* in: *gym*

Der Bundesvorstand: *C. Gellert*
Der Vereinsvorstand: *Kumpfmüller*

Freie Tennisvereinigug
Gieseler

Ausgeteilte Mitgliedsbücher dürfen nicht nochmals verwendet werden. Unlauterheit ist überklebung und Durchkreidung des alten Namens

Abb. 4: Quelle: Privatarchiv Giesler

Kommers-Abend

Programm

1. Internationale Bezirks-Trommlerkorps
2. „Zum Kampf gerüstet“, Marsch Orchester
3. Gesangs-Vorträge Gesangverein „Germania“
4. Sprechchor Sozialistische Arbeiter-Jugend
5. Begrüßungen und Ansprachen
6. Barrenturnen Bezirksriege
7. „Lotosblumen“ (Tanzspiel)
Turnerinnen Heuchelheim
8. Flachtturnen Sportler Lollar
9. 4er-Einradreigen Arb.-Radfahrer Gr.-Linden
10. Volkstänze, Hackenschottisch und Walzertanz
(Zwickauer) Turnerinnen Launsbach
11. Gesangsvorträge Gesangverein „Harmonie“
12. Sozialistenmarsch Bezirks-Trommlerkorps
13. Pferdturnen Bezirksriege
14. Keulenschwingen Turnerinnen Wieseck
15. 1er-, 2er- u. 3er-Kunsthahren, Arb.-Radf. Gr.-Linden
16. Reckturnen Bezirksriege
17. Walzertanz Turnerinnen Wieseck
18. Gruppen-Kunsthahren, Arb.-Radfahrer Gr.-Linden
19. „Heinzelmannchens Wachtparade“
(Tanzspiel) Turnerinnen Heuchelheim

Musikeinlagen durch das Orchester

Bezirksriege:

O. Krelling Wieseck, A. Krelling Wieseck, A. Oswald Wieseck
W. Winter Launsbach, K. Wagner Launsbach, Rudolf Stoll,
Launsbach, W. Siegmann, Aisfeld, Ruppel, Weidenhausen

Beginn
pünktlich
8.30 Uhr

Abb. 5: Programm für den Kommersabend während des Bezirks-Turn- und Sportfestes in Großen-Linden 1932 (Quelle: Festschrift)

Tennis-Städtekampf Mannheim-Gießen

Die besser trainierten Mannheimer siegen mit 18 : 2 Pkt.

In mühevoller und anstrengender Arbeit bauten sich die Mitglieder der Freien Tennisvereinigung Gießen im vergangenen Jahr einen eigenen Tennisplatz, der allein schon wegen seiner herrlichen Lage im Wiesener Wald zu den schönsten Sportanlagen ähnlicher Art gehört. Bereits in diesem Jahre konnte der ursprüngliche Plan, ein zweites Spielfeld anzuschließen, verwirklicht werden; diesmal unter Zuhilfenahme des freiwilligen Arbeitsdienstes. Hier waren 11 junge Leute 5½ Wochen lang beschäftigt, die pro Tag eine Vergütung von 2 Mark erhielten. Der Verein stellte außerdem fast während der ganzen Dauer der Beschäftigung ein gutes und reichliches Mittagessen gratis zur Verfügung. Der Bau des zweiten Spielfeldes hatte sich vor allem deshalb erforderlich gemacht, da die Zahl der aktiven Mitglieder von 26 auf 54 gestiegen ist und die ausreichende Beschäftigung der Sportlerinnen und Sportler auf nur einem Spielfeld nicht gegeben ist. Am 1. Pfingstfeiertag wurde nun das neu erbaute zweite Spielfeld mit einem Städtekampf Mannheim — Gießen seiner Bestimmung übergeben. Der glänzend verlaufenen sportlichen Veranstaltung kam das herrliche Pfingstwetter außerordentlich zustatten. Erwartungsgemäß konnte Mannheim diesen Kampf verdient gewinnen, da die Mannschaft über eine längere Spielerfahrung und ein besseres Training verfügt. Jahrelanges Zusammenpiel schufen hier besonders günstige Voraussetzungen. Bei Gießen lagen die Verhältnisse wesentlich anders. Unter der zweijährigen Bauperiode kamen zunächst die Spielmöglichkeiten etwas zu kurz, zum anderen waren die geübteren Spieler durch das notwendige Training der zahlreichen Anfänger sehr stark in ihrem eigenen Training behindert. Unter Berücksichtigung dieser Umstände zeigten die Giessener Spieler trotzdem recht ansprechende Leistungen. Wenn sie diesmal gegen einen stärkeren Gegner unterlagen, so dürften sie doch aus den Spielen, die sich vom Morgen bis zum Abend hinzogen, recht erfrischendes gelernt haben. Die Spielergebnisse waren:

Sportler, Einzel:

Kramer (Mannheim) — Kunzemüller (Gießen) . . .	6:4 7:5
Gern (Mannheim) — Günderoth (Gießen)	3:6 6:3 6:2
Bödenhaupt (Mannheim) — Bez (Gießen)	3:6 6:3 6:3
Gumprecht (Mannheim) — Borjchel (Gießen)	6:2 6:3
Ekert (Mannheim) — Thielmann (Gießen)	6:3 6:3
Krämer (Mannheim) — Uhlenhaut (Gießen)	8:6 10:8

Sportler, Doppel:

Gumprecht-Ekert (Mannh.) — Wahren-Schwarz (Gieß.)	6:1 6:3
Gern-Bödenhaupt (Mannh.) — Bez-Günderoth (Gieß.)	6:4 6:2
Krämer-Kramer (M.) — Kunzemüller-Uhlenhaut (G.)	6:4 8:6

Abb. 6: Oberhessische Volkszeitung v. 20.05.1932

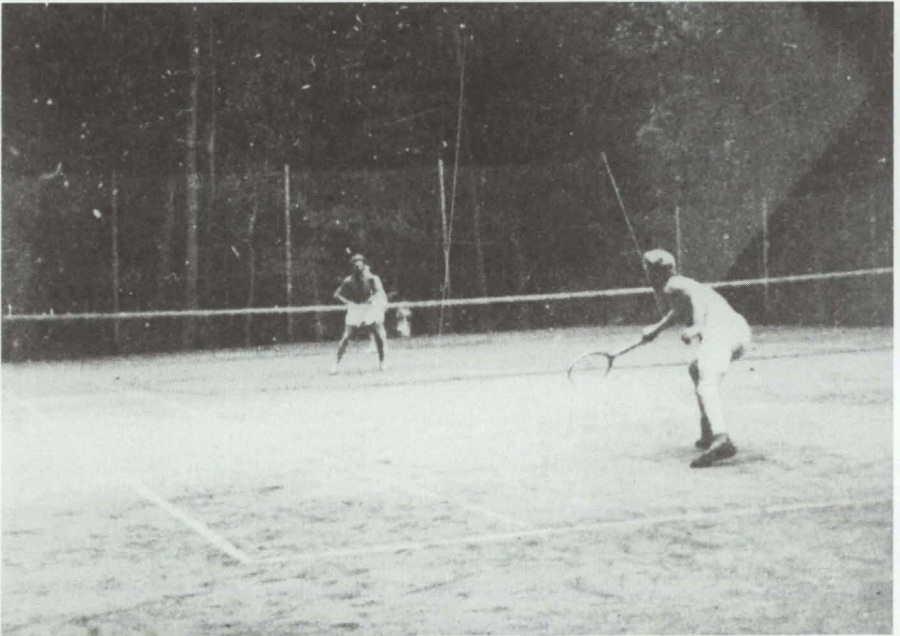
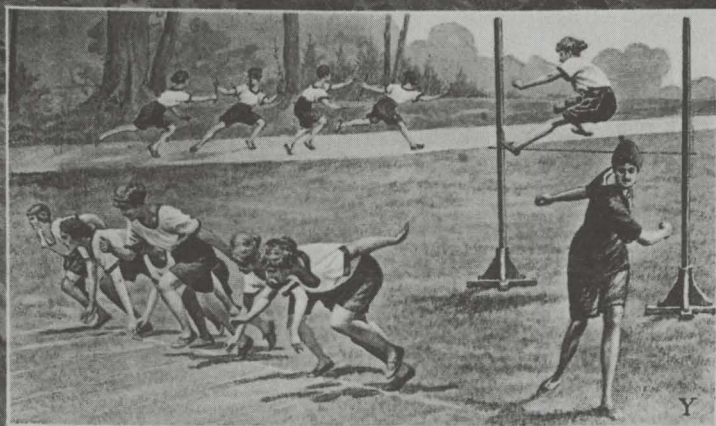


Abb. 7 u. 8: Tennisspieler und Tennisspielerinnen der Freien Tennisvereinigung Gießen auf ihrer Tennisanlage im Wiesecker Wald (Quelle: Nachlaß Kuntzemüller)



Arbeiter- Turn- und Sportbund
9. Kreis 3. Bezirk

EHREN-URKUNDE

Bei dem am 9. August 1925 in Launsbach stattgefundenen

5. Bezirks-Schüler-Turnfest

erhielt die Schülerin

Else Schwalb

aus *Kirchheim* bei dem

volkstümlichen Vierkampf

in Hochsprung, Weitsprung, 50 m Lauf und Freübung

in der *ober*-Stufe mit *70* Punkten den

2. **PREIS.**

Der Turn-Ausschuss

I. A.: Heinrich Amerd, Bezirksturnwart

N. 994

Abb. 9: Quelle: PA Giesler



Abb. 10: Barrenturnerin während des Bezirks-Turn- und Sportfestes in Wieseck 1926 (Quelle: PA Giesler)

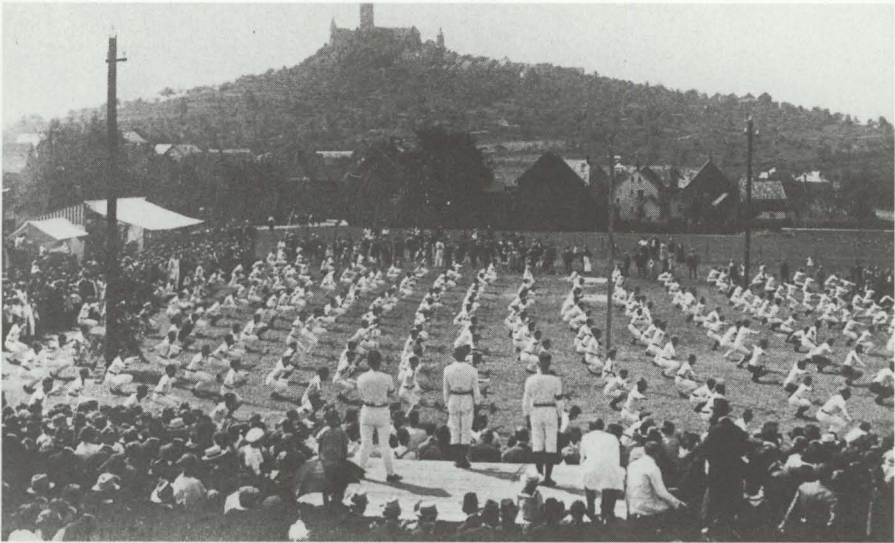


Abb. 11: Sogenannte „Massenfreiübungen“ der Freien Turner auf dem Bezirks-Turn- und Sportfest 1924 in Krofdorf-Gleiberg (Quelle: PA Giesler)



Abb. 12: „Pyramide“ der Freien Turner aus Wieseck beim Bezirks-Turn- und Sportfest in Naunheim 1931 (Quelle: PA Giesler)



Abb. 13: Fußball-Jugendmannschaft der Freien Turnerschaft Wieseck, ca. 1925 (Quelle: PA Giesler)



Abb. 14: Mitglieder des Wassersportvereins Hellas Gießen vor dem vereinseigenen Bootshaus an der Lahn, ca. 1927 (Quelle: PA Giesler)



Abb. 15: Teilnehmer der 1. Arbeiterolympiade 1926 in Frankfurt/M.
während des Festumzuges (Quelle: PA Giesler)



Abb. 16: Freie Turnerinnen aus Heuchelheim in den Fahnen der Eisernen Front während des Bezirks-Turn- und Sportfestes in Großen-Linden 1932 (Quelle: PA Giesler)

Mitglied im Arbeiter-Turn- und
-Sportbund E.V., 9. Kreis, 3. Bezirk



FREIE TENNISVEREINIGUNG GIESSEN E.V.

GIESSEN, den 22. März 1933.
Günbergerstrasse 52.

An das Hessische Amtsgericht

G i e s s e n
=====

Der obengenannte Verein hat in seiner ausserordentlichen Hauptversammlung vom 19. d. Mts. seine Auflösung beschlossen. Abschrift des Auflösungsbeschlusses fügen wir bei. Zum Liquidator wurde gemäss dem in Abschrift ebenfalls beiliegenden Beschluss der ehemaligen Vereinsmitglieder vom 21. d. Mts. Herr Hugo Uhlenhaut, wohnhaft Giessen, Steinstrasse 45, bestellt.

Wir melden die Auflösung hiermit ordnungsgemäss an.

Der Vorstand:

August Kämpfer *Korn Künzgemitter* *Hugo Uhlenhaut*
1. Vors. Kass. Schriftf.

Abb. 17: Staatsarchiv Darmstadt G 28 Gießen, R 6/5

v. R. 128.



Freie Turnerschaft e.V. Heuchelheim

Mitglied des Arbeiter-Turn und Sportbundes - 9. Kreis, 3. Bezirk

Heuchelheim, den 3. Mai 1933
Kr. Gießen

Hess. Amtsgericht Gießen
Eingang 15. MAI 1933
Urn. 1

Hessisches Amtsgericht

Giessen.

Der unterzeichnete Vorstand obigen Vereins beantragt hiermit die Streichung der unter Nr. vorgenommenen gerichtlichen Eintragung desselben mit sofortiger Wirkung.

Kopmann

Vors.

Hermann Bebling

Kass.

Bepler

Schriftf..



Abb. 18: Staatsarchiv Darmstadt G 28 Gießen, R 22/11

Arbeitersportvereine im Raum Gießen 1933

▲ Vereine des ATSB

■ Andere Arbeitersportvereine



Abb. 19

Zum Stand der archäologischen Untersuchungen im frühromischen Militärlager von Lahнау-Waldgirmes an der mittleren Lahn*

Angelika Wigg

Einleitung

Als Teilprojekt des DFG-Schwerpunktprogrammes "Kelten, Germanen, Römer im Mittelgebirgsraum zwischen Luxemburg und Thüringen. Archäologische und naturwissenschaftliche Forschungen zum Kulturwandel unter der Einwirkung Roms in den Jahrhunderten um Christi Geburt" wird seit Ende 1993 durch die Römisch-Germanische Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts das Lahntal zwischen Wetzlar und Gießen archäologisch erforscht¹ (Abb. 1). Der Untersuchungsraum liegt etwa 15 km nordwestlich der in domitianischer Zeit gegründeten und durch den Wetteraulimes begrenzten Provinz Germania Superior mit der unter Trajan gegründeten Civitas Taunensium. Sowohl diese topographische Lage als auch das bisher bekannte archäologische Fundmaterial sind Ausgangspunkte für das interdisziplinär ausgerichtete Forschungsvorhaben, in dessen Mittelpunkt vor allem die Analyse der Kontakte der außerhalb des Römischen Imperiums ansässigen keltischen und germanischen Bevölkerung mit den Provinzen steht². Die Wirkung dieser Kontakte auf die Le-

Publikation Nr. 16 aus dem Schwerpunktprogramm „Kelten, Germanen, Römer im Mittelgebirgsraum zwischen Luxemburg und Thüringen. Archäologische und naturwissenschaftliche Forschungen zum Kulturwandel unter der Einwirkung Roms in den Jahrhunderten um Christi Geburt“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Prof. Dr. S. von Schnurbein danke ich sehr für eine kritische Durchsicht des Manuskriptes. Zitierweise und Abkürzungen nach den Richtlinien für Veröffentlichungen zur Ur-, Vor- und Frühgeschichte, Archäologie der Römischen Provinzen und Archäologie des Mittelalters/Abkürzungsverzeichnis für Zeitschriften. Bericht der Römisch-Germanischen Kommission 71, 1990, 973-998; 73, 1992, 477-540. – Grafik: P. Köllen, E. Reuss u. K. Ruppel; Fotos: J. Bahlo.

¹ A. Haffner/S. von Schnurbein, Kelten, Germanen, Römer im Mittelgebirgsraum zwischen Luxemburg und Thüringen. Ein Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Arch. Nachrichtenbl. 1, 1996, 70-77; dies., Dem Kulturwandel unter dem Einfluß Roms auf der Spur. Ein Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Arch. Deutschland 1996/2, 6-9.

² A. Wigg, Germanen und Römer im Lahntal zwischen Wetzlar und Gießen. Arch. Deutschland 1994/1, 45-46; dies., Roman and native in the Lahn Valley between Wetzlar and Gießen. In: J. Metzler u.a. (Hrsg.), Integration in the Early Roman West. The role of culture and ideology. *Dossiers Arch. Mus. Nat. Hist. et Art 4* (Luxemburg 1996.); dies., Im Schatten des Wetteraulimes.

bens- und Wirtschaftsweise interessiert dabei in besonderem Maße.

Vorlimeszeitliche einheimische Fundplätze der römischen Kaiserzeit, d.h. ab etwa 20/15 v. Chr. bis 85 n. Chr., lassen sich im mittleren Lahntal auch nach gezielten Begehungen bis zum Augenblick nur bedingt nachweisen, zumal römische Keramik, die genauere datierende Anhaltspunkte geben könnte, bisher völlig fehlt³. Die Fundplätze liefern lediglich handgemachte nicht-römische Keramik, die nur allgemein in die Phase Spätlatène/frühe Kaiserzeit zu datieren ist.

Hinweise auf eine römische, militärische Präsenz während der frühen Kaiserzeit gab es bis vor kurzem nicht. Durch intensive archäologische Prospektionen wurden nun zwei frühromische Militärlager, die in der Zeit um Christi Geburt angelegt wurden, in der Gemeinde Lah nau bei Dorlar und Waldgirmes (Lahn-Dill-Kreis) entdeckt⁴ (Abb. 2). Die geographische Lage der beiden Römerlager, es sind die bisher nördlichsten in Hessen bekannten Militärlager, und ihre zeitliche Einordnung machen sie mit zu den wichtigsten archäologischen Neuentdeckungen für die Beurteilung der frühromischen Geschichte in Hessen. Die bisherigen Ergebnisse der Ausgrabungen im Militärlager Waldgirmes gestatten darüberhinaus Überlegungen zur einheimischen Besiedlung im ersten Jahrzehnt n. Chr. Geburt und sind damit auch wichtiger Bestandteil des DFG-Projektvorhabens, insbesondere unter dem Aspekt der schwierigen Nachweisbarkeit einheimischer Siedlungsplätze des 1. Jahrhunderts n. Chr.

Ausgrabungen in Lah nau-Waldgirmes 1993-1995

Die Ausgrabungen durch die Römisch-Germanische Kommission Frankfurt/M. im frühromischen Militärlager von Lah nau-Waldgirmes begannen im Herbst 1993 und haben zunächst verteilt auf vier Kampagnen bis

Neueste Forschungen im Lahntal. In: Roman Frontier Studies 1995. Nederland Arch. Rapporten (im Druck).

³ H. Polenz, Die Latènezeit im Kreis Gießen. In: W. Jorns (Hrsg.), Inventar der urgeschichtlichen Geländedenkmäler und Funde des Stadt- und Landkreises Gießen. Mat. Vor- u. Frühgesch. Hessen 1 (Frankfurt 1976) 197-251; H. Janke, Vor- und Frühgeschichte des Kreises Wetzlar. Mitt. Wetzlarer Geschichtsver. 7-8, 1978; K. Kunter, Baggerfunde aus der Lahnaue bei Heuchelheim/Dutenhofen als Beitrag zur Besiedlungsgeschichte des Gießen-Wetzlarer Raumes. Fundber. Hessen 22/23, 1982/83 (1994), 69-182.

⁴ S. von Schnurbein, Das neue Römerlager in Dorlar. Denkmalpfl. Hessen 2, 1993, 25-27; ders./H.-J.

Köhler, Dorlar. Ein augusteisches Römerlager im Lahntal. Germania 72, 1994, 193-203.

Anfang Oktober 1995 gedauert⁵. Seit Mitte Mai 1996 werden die Grabungen als denkmalpflegerische Maßnahme im Vorfeld einer geplanten Bebauung in Zusammenarbeit von Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Abt. Archäologische und Paläontologische Denkmalpflege und Römisch-Germanischer Kommission vorwiegend mit örtlichen Mitteln durchgeführt. Insgesamt wurden bisher etwa 2000 m² der Lagerinnenfläche und etwa 35 m der Befestigung untersucht.

Lage

Das Lager liegt in einer Entfernung von etwa 2 km Luftlinie zu dem großen Marschlager bei Lahnau-Dorlar am nordwestlichen Ortsrand von Waldgirmes (Abb. 3). Seine strategische und verkehrstopographische Lage war hervorragend. Während ein großer Abschnitt des Lahntales gut vom Lager eingesehen werden konnte, war der Fluß sicherlich zugleich wichtige Transport- und Versorgungsroute für die hier stationierten Truppen. Die Flußschifffahrt auf der Lahn mittels Treidelverkehr dürfte sicherlich bereits in römischer Zeit eine Rolle gespielt haben. Vorstellbar ist, daß von Koblenz und seinem Hinterland bzw. Militärlagern entlang des Rheines Soldaten und Güter herangebracht wurden. Wie die Verwendung des im Raum Limburg/Lahn anstehenden rot-weißen Marmors beim Bau des Hafentempels in Xanten über ein Jahrhundert später zeigt, konnte die Lahn zum Transport von Rohstoffen genutzt werden⁶. Möglicherweise sollte diese Route längerfristig gesehen durch das Lager gesichert werden. Leicht überquerbar war die Lahnaue bei Dorlar und Heuchelheim/Allendorf, Landwege nach Süden zu den in der nördlichen Wetterau lagernden Einheiten schlossen sich an (Abb. 2). Bei einer Marschleistung von rund 20 km pro Tag in Richtung auf das Legionslager in Mainz war Arnsburg schnell zu erreichen, wo ein augusteisch-tiberisches Lager vermutet wird⁷. In der doppelten Distanz lag der ebenfalls spätaugusteische Stützpunkt Bad

⁵ S. von chnurbein/A. Wigg/D. G. Wigg, Ein spätaugusteisches Militärlager in Lahnau-Waldgirmes (Hessen). Bericht über die Grabungen 1993-1994. *Germania* 73, 1995, 337-367.

⁶ Antiker Marmorluxus von Rom bis zum Rhein. Ausstellungskat. Köln (Köln 1994) 10 ff.; zum limeszeitlichen Bergbau an der unteren Lahn: O. Dahm, *Bonner Jahrb.* 101, 1897, 117-127; zum Eisenerzvorkommen im Dillgebiet: B. Pinsker (Hrsg.), *Eisenland - zu den Wurzeln der nassauischen Eisenindustrie* (Wiesbaden 1995).

⁷ B. Steidl, Frühkaiserzeitliche Funde vom Gelände und Vicus „Alteburg“ bei Lich-Kloster Arnsburg, *Kr. Gießen. Saalburg-Jahrb.* 47, 1994, 65-70.

Form und Größe⁹

Das Lager hat eine leicht trapezoide Form von ca. 230x300 m mit abgerundeten Ecken (Abb. 4). Mit einer Größe von 7,7 ha zählt es zu den kleineren Anlagen augusteischer Zeit. Geht man von einer vollständigen Bebauung des Lagerinnenraumes aus, hätte das Lager in Waldgirmes Platz für ungefähr 2000 bis 2500 Mann geboten, d.h. etwa ein Drittel einer Legion bzw. die entsprechende Zahl von Hilfstruppen. Nähere Hinweise, vor allem epigraphische Belege, auf die in Waldgirmes stationierten Einheiten fehlen noch. Auch die wenigen bisher gefundenen Waffen (s. unten) können keinen eindeutigen Anhaltspunkt geben. Vielmehr deuten sie an, daß sich unterschiedliche Einheiten in Waldgirmes aufgehalten haben¹⁰. Ebenso kann vorerst zur Herkunft der Truppen nur spekuliert werden. Das Fundmaterial, vor allem die Gefäßkeramik und die keltischen Münzen, deuten auf Verbindungen zum Niederrhein bzw. das Remer- und Treverergebiet¹¹. Angesichts der relativ geringen Größe dürfte es sich kaum um ein Basislager für weiträumige Operationen handeln. Eher ist an einen Stützpunkt zur Überwachung und Sicherung des mittleren Lahntales und des Zuganges zur Wetterau zu denken. Damit verbunden könnte es sich aber auch um einen Versorgungsstützpunkt, also ein Etappenkastell, das die Verbindungen zu weiter nördlich operierenden Truppen sichern und Nachschub gewährleisten sollte, gehandelt haben.

⁸ D. Baatz/F.-R. Herrmann (Hrsg.), Die Römer in Hessen (Stuttgart 1989) s.v. Bad Nauheim (H.-G. Simon) 237 f.

⁹ Vgl. die Ausführungen und Nachweise zum Bautyp bei v. Schnurbein/A. Wigg/D. G. Wigg (Anm. 5) 340-347.

¹⁰ G. Waurick, Zur Rüstung von frühkaiserzeitlichen Hilfstruppen und Verbündeten der Römer. In: C. von Carnap-Bornheim (Hrsg.), Beiträge zu römischer und barbarischer Bewaffnung in den ersten vier nachchristlichen Jahrhunderten (Marburg 1994) 2.

¹¹ J. Metzler, Das treverische Oppidum auf dem Titelberg. Zur Kontinuität zwischen der spätkeltischen und der frühromischen Zeit in Nord-Gallien. Dossiers Arch. Mus. Nat. Hist. et Art 3 (Luxemburg 1995) 622.

Die Befestigung

Die insgesamt 1,1 km lange Befestigung des Lagers, die an zwei Stellen näher untersucht wurde, bestand aus einer Holz-Erde-Mauer mit zwei davorliegenden Verteidigungsgräben. An der Ostfront wurde ein Tor freigelegt, ähnliche Tore sind an allen Seiten zu erwarten. Ecktürme und eventuelle Zwischentürme sind noch nicht entdeckt.

Die beiden Wehrgräben zeigen im Profil einen V-förmigen Querschnitt, der typisch für die Befestigungsgräben römischer Militärlager ist (*Abb. 5*). Der innere Spitzgraben (1) ist von der heutigen Oberfläche aus gemessen etwa 2,3 m tief und etwa 3,2 m breit. Der äußere Graben (2) ist kleiner. Seine erkennbare Breite beträgt maximal 1,4 m, die Tiefe etwa 1,7 m. Im oberen, stark erodierten Teil weist der Innengraben einen Böschungswinkel von 45-50 Grad auf. Die unteren Grabenwände sind mit Böschungen von 60 Grad steiler erhalten. Mit einem Böschungswinkel von 55 Grad war der Außengraben offensichtlich nicht so steil.

Die etwa 3,2 m breite Mauer bestand aus einer vorderen und einer hinteren Pfostenreihe. Die Pfosten standen in Fundamentgräben und lagen etwa 3 m auseinander. Sie reichten bis maximal 1,4 m unter die heutige Oberfläche. Die Holzpfosten hielten eine aus Holzbohlen errichtete Schalung, die mit dem Aushub der Gräben verfüllt war. Die Pfosten der vorderen Wallversteifung hatten einen Abstand von etwa 1 m von der Innenkante des inneren Grabens, es handelt sich also um eine schmale Berme.

In die Befestigung an der Ostfront war ein Tor eingebaut, das während der Grabungen 1995 freigelegt wurde (*Abb. 6*). Vor dem Tor waren die Lagergräben eingeschnürt, aber nicht unterbrochen. Es muß hier also eine hölzerne Brücke gegeben haben. Es handelt sich um ein Tor aus jeweils drei Pfostenpaaren mit hinter die Holz-Erde-Mauer zurückspringenden Seitentürmen, das eine einfache Durchfahrt von 3,70-4,00 m Breite besaß. Durch die so zurückgezogenen Torwangen entstand ein hofartiger Zwiner, der leicht zu kontrollieren war.

Die Innenbauten und das Straßennetz

Obwohl die Interpretation der im Lagerinnenraum aufgedeckten Baubefunde noch relativ unsicher ist, steht dennoch fest, daß sich hier ein ausgebautes Standlager befand, im Gegensatz zum Marschlager von Dorlar, wo keine Innenbebauung vorhanden war. Die Gebäude wurden in Fachwerk-

technik errichtet. Die Tatsache, daß mehr oder weniger solide Holzgebäude errichtet worden sind, spricht für eine mehrjährige Nutzung des Lagers in Waldgirmes. Daneben ist aber vor allem vor Errichtung der Holzbauten mit Lederzelten zu rechnen, worauf der Fund eines Zeltherings hinweist (s. unten).

Straßen

Hinweise auf die Gliederung der Innenbebauung geben das Osttor und eine in Ost-West-Richtung durch das Lager ziehende Straße, die durch einen Straßengraben angezeigt wird. Der nahezu rechteckige Querschnitt dieses etwa 1 m breiten und noch 0,7 m tiefen Grabens läßt eine ehemalige Holzverschalung vermuten. Seine Funktion läßt sich nicht eindeutig feststellen. Die Bauart römischer Abwasserkanäle war praktisch die gleiche wie die der Holzverschalten Frischwasserkanäle. Ob der Graben, der durch die Torgasse des Osttores zieht, als Indiz für eine Wasserversorgung von außerhalb gelten kann, ist z.Zt. nicht feststellbar. Der Graben folgt im Lagerinnern der natürlichen Hangneigung, ist für eine Entwässerung zunächst also optimal angelegt. Für eine Frischwasserzufuhr von außerhalb des Lagers sprechen allerdings die Fragmente von mehreren 1995 gefundenen Bleiröhren (Abb. 7), die sicherlich als Reste von Wasserrohren angesprochen werden dürfen¹². Es war möglich aus den Quellen in den Hängen oberhalb des Lagers und den westlich bzw. östlich des Lagers vorbeifließenden Bächen Wasser abzuleiten.

Das Straßennetz innerhalb des Lagers ist nur ansatzweise bekannt (Abb. 4). Die in Ost-West-Richtung verlaufende Straße teilt das Lager in einen schmaleren südlichen Teil und eine nördliche größere Hälfte. Sollte die Straße bis zur Westfront und dem dort zu postulierenden Westtor durchgehend verlaufen, müßte es sich um die *via principalis* handeln, was dem üblichen entspräche¹³. Die Hauptfront des Lagers würde sich somit im Süden mit Ausrichtung zur Lahn befinden. Das rückwärtige Tor, die *porta decumana*, wäre dann im Nordosten an der höchsten Geländestelle anzunehmen. Die innen an allen vier Lagerseiten umlaufende *via sagularis* wurde sowohl an der Ost- als auch an der Westfront erfaßt, ist aber noch nicht in ihrer ganzen Breite festgestellt worden.

¹² Zu Wasserrohren aus Blei in Haltern: S. von Schnurbein, Untersuchungen zur Geschichte der römischen Militärlager an der Lippe. Ber. RGK 62, 1981, 68-69.

¹³ Vgl. z.B. Haltern-Hauptlager: S. von Schnurbein, Die römischen Militäranlagen bei Haltern Bodenaltertümer Westfalen 14 (Münster 1974) 54 f.

Gebäude

Die bisher freigelegten Gebäude befinden sich nördlich der Straße in der östlichen Lagerhälfte (Abb. 8). Die teilweise parallelen Baufluchten liegen im rechten Winkel zu der durch das Lager verlaufenden Straße, aber nicht ganz exakt parallel zur Ost- oder Westfront des Lagers. Die Grundrisse der Gebäude lassen vorerst kaum einen Hinweis auf ihre Funktion zu. Es handelt sich um zwei langrechteckige Bauten, wobei von dem östlichen nur eine Gebäudehälfte in der Grabungsfläche liegt, mit einer 9 m breiten Schmalfront. Westlich schließt sich ein weiterer rechteckiger Bau von möglicherweise etwa 15 m Breite an. Getrennt sind die einzelnen Gebäude durch etwa 8 m breite bebauungsfreie Streifen. Zur Straße hin sind sie durch mächtige Pfostengruben, die untereinander im Abstand von 3 m liegen, gekennzeichnet. Möglicherweise befand sich hier eine überdachte Vorhalle.

Hinweise darauf, daß es sich um einen Bereich im Lager handelt, in dem handwerkliche Tätigkeiten ausgeübt wurden (sog. *fabrica*), geben die in den bebauungsfreien Bereichen aufgedeckten Befunde. Es fanden sich Gruben unterschiedlicher Form und Größe. Eine langrechteckige Grube mit den Ausmaßen von 2 x 1 m war ursprünglich holzverschalt. Es könnte sich um eine Vorratsgrube oder ein holzverschaltes Wasserbecken handeln. Eine annähernd runde Grube von 2 m Durchmesser, in der sich mehrere Eisenwerkzeuge, u.a. ein kleiner Steckamboß befanden, ist möglicherweise als Schmiedeherd zu interpretieren. Belege für die Metallverarbeitung sind die in weiteren Gruben und in der näheren Umgebung gefundenen Gußstücke, Schlacken und Erzbrocken.

Töpferofen

Töpferöfen finden sich in der augusteischen Zeit, in der sich das römische Heer überwiegend selbst versorgen mußte, häufiger innerhalb fest ausgebauter Truppenlager. Dennoch war die Überraschung und die Freude groß, als im Sommer 1995 in Waldgirmes ein Töpferofen entdeckt wurde, weil damit ein wichtiger Baustein für die Interpretation des Lagers und seiner Geschichte gewonnen worden ist¹⁴ (Abb. 9). Im Vorfeld des Legionslagers Mainz ist dies überhaupt der erste innerhalb eines Lagers ausgegrabene

¹⁴ D. Walter/A. Wigg, Ein Töpferofen im augusteischen Militärlager Lahnau-Waldgirmes (Hessen). *Germania* 75, 1997 (im Druck).

augusteische Töpferofen. Er lag unmittelbar nördlich des freigelegten westlichsten Gebäudes (*Abb. 8*).

Es handelt sich um einen in den anstehenden Boden eingetieften, vielleicht oben kuppelförmig geschlossenen Töpferofen, bei dem Feuer- und Brennraum durch eine Lochtenne voneinander getrennt sind. Der Ofen wurde von einer langrechteckigen Grube von 1,6 x 1,2 m Größe bedient.

Von ihr führte ein Schürkanal in den Feuerraum. Dieser 0,7 m lange Kanal war vom Feuerraum aus zur Bedienungsgrube durchgestochen worden. In seinem oberen Teil war er halbrund gewölbt, seine Wände waren durch die große Hitze des Schürfeuers hellrot verziegelt.

Der runde Ofenraum besaß einen Durchmesser von 1,3 m und war noch etwa 0,6 m tief erhalten. Die Wände waren mit Lehm verstrichen, um den Temperaturverlust beim Brand so gering wie möglich zu halten. Die Lochtenne, auf der das Brenngut gestapelt wurde, lag auf einer zungenförmig von der Ofenrückwand in den Feuerungsraum hineinreichenden Mauer aus Steinen auf. Der Feuerungsraum wurde dadurch in zwei Kammern unterteilt.

Wie Abdrücke eines Holzgeflechtes auf der Unterseite der Lochtenne zeigen, war sie auf einem Lehrgerüst aufgebaut worden. Mehrere Öffnungen, durch die die zum Brennen nötige Hitze in den Brennraum strömte, waren in der Lochtenne erhalten.

Auf der eingebrochenen Tenne, in der Verfüllung des Brennraumes und in der Bedienungsgrube fanden sich Scherben gleicher Machart und Form. Soweit daran feststellbar, wurden in dem Ofen bauchige Schrägrandtöpfe produziert, die formal von der sog. „Belgischen Ware“ (Haltern Form 85) abgeleitet werden können (*Abb. 10*). Mit dem Ofenbetrieb in Zusammenhang stehen mehrere sekundär verbrannte Amphorenscherben und runde Tonwülste (Brennhilfen). Die Scherben dienten dazu, die Löcher der Tenne zu regulieren, bzw. die Gefäße, die nicht direkt auf den Löchern standen, etwas zu erhöhen, damit auch in die Gefäße die heiße Luft einströmen konnte.

Lage und Zusammensetzung der Funde deuten darauf hin, daß es sich um die Reste der letzten Ofenfüllung handelt und der Ofen nach seiner Aufgabe nicht als Abfallgrube diente, sondern bewußt verfüllt wurde. Eventuell werden die kommenden großflächigen Ausgrabungen weitere Töpferöfen freilegen¹⁵.

¹⁵ In den bisher bekannten augusteischen Militäranlagen mit Töpfereien fanden sich mindestens zwei Töpferöfen (z.B. Nijmegen-Kopsplateau, Xanten und Beckinghausen), in Haltern-Hauptlager die bisher meisten (17 Töpferöfen). Nachweise bei Walter/Wigg a.a.O.

Die Datierung

Die absolute Datierung und damit auch die historische Einordnung des Lagers beruht auf den Fundmünzen¹⁶. Bei den Grabungen wurden bis 1995 einschließlich insgesamt 49 Münzen geborgen. Mit einer Ausnahme, einer augusteischen Silbermünze, handelt es sich um Bronzemünzen (*Abb. 11*): sicher bestimmbar sind acht keltische und 32 römische Gepräge. In ihrer Zusammensetzung entspricht die Bronzemünzreihe in etwa den Fundmünzen aus Haltern, auch mit den Münzen vom vermuteten Varusschlachtfeld bei Kalkriese bestehen wichtige Ähnlichkeiten.

Die sog. Nemausus-Münzen, die im 11 v. Chr. gegründeten Lager Oberaden an der Lippe noch 98% der Bronzemünzen ausgemacht haben, sind in Waldgirmes mit nur einem Exemplar vertreten. Der Anfang von Waldgirmes muß also deutlich nach der Aufgabe von Oberaden im Jahre 8/7 v. Chr. liegen. Den Hauptteil der Münzreihe bilden Prägungen, die im von ca. 5 v. bis 9 n. Chr. belegten Lager von Haltern an der Lippe vorkommen. Es sind die erste Altar-Serie aus Lugdunum und keltische Kleinbronzen. Bei den letzteren handelt es sich um sog. "Aduatuci" vom Niederrhein und Bochumer Regenbogenschüsselchen. Solche keltischen Gepräge gehörten zum normalen umlaufenden Münzgeld in augusteischen Militärlagern in Germanien.

Das fast völlige Fehlen von Münzmeisterprägungen aus Rom sowie republikanischen Aesmünzen, die erst nach der Aufgabe von Haltern um 9 n. Chr. in großer Zahl nach Nordgallien gelangten, weist darauf hin, daß mit einem ähnlichen Schlußdatum wie bei Haltern zu rechnen ist. Dies wird in Waldgirmes untermauert durch das Fehlen der zweiten Altar-Serie von Lugdunum, die 10-14 n. Chr. geprägt wurde. Die Fundmünzen geben keinerlei Hinweise auf eine Okkupation in Waldgirmes nach 9 n. Chr. Damit datiert das Lager in das erste nachchristliche Jahrzehnt.

¹⁶

Die Bearbeitung der Münzen erfolgt durch Dr. D. G. Wigg, Projekt Fundmünzen der Antike Frankfurt/M., dem ich für die folgenden Angaben danke. Vgl. Ausführungen und Anmerkungen bei v. Schnurbein/ A. Wigg/D. G. Wigg (Anm. 5) 348-354.

Das sonstige Fundmaterial¹⁷

Die sich aus der Münzreihe ergebende chronologische Bestimmung wird durch das Keramikspektrum und die weiteren Metallfunde bestätigt. Insgesamt am zahlreichsten ist die römische Keramik, die in ihrem Formenbestand die besten Parallelen zu Haltern und Bad Nauheim aufweist¹⁸. Die Typen- und Mengenverteilung, wobei zwischen feintoniger Keramik und Grobkeramik zu unterscheiden ist, soll hier nicht im einzelnen erläutert werden, sondern nur auf einige Charakteristika verwiesen werden.

Zur feintonigen Ware, die als Eß- und Tafelgeschirr Verwendung fand, gehört die glatte sog. Terra Sigillata (*Abb. 12*). Sie stammt nach den Qualitäten zu urteilen aus italischen Werkstätten und aus Lyon. An Gefäßformen fanden sich bisher Teller und glockenförmige bzw. konische Schalen/Näpfe.

Für die frühkaiserzeitliche Chronologie von Bedeutung sind neben der Terra Sigillata die dünnwandigen Becher (*Abb. 13*). Zwei Gruben enthielten Fragmente von rauhkörnigen Bechern der Form Haltern 40, wie sie auch aus Dorlar und Haltern bekannt sind. Eine Abgrenzung von den frühaugusteischen, vorhalternzeitlichen Lagern von Dangstetten, Oberaden und Rödgen, wo die rauhwandigen Stücke fehlen, ist damit eindeutig möglich.

Die zahlenmäßig am stärksten vertretene Keramikgattung - sie macht gut die Hälfte des römischen Keramikbestandes aus - ist die sog. "Belgische Ware". Diese Tonware, die hauptsächlich in der Gallia Belgica hergestellt wurde, weist eine große Formenvielfalt auf, wobei in erster Linie italische Keramik imitiert wurde. Nach den Töpferstempeln zu urteilen scheinen die in Waldgirmes gefundenen Gefäße zumindestens zu einem Teil aus Nordgallien (Remergebiet) zu stammen¹⁹. Töpferstempel fanden sich bisher nur auf Terra rubra-Gefäßen, folgende Töpfernamen ließen sich identifizieren:

IVLIOS Napf Haltern 80, Teller Haltern 72

NOA/ICOS Napf Haltern 80

ATTISSVS (?) Teller Haltern 72

]ASI (?) Teller

Gleiche Stempel des IVLIOS kommen in Haltern und Ostengland vor. In

¹⁷ Vgl. die Ausführungen einschließlich Anmerkungen bei v. Schnurbein/A. Wigg/D. G. Wigg (Anm. 5) 354-363.

¹⁸ Haltern: Mitt. Alt.-Komm. Westfalen 2, 1901, 132-149; 3, 1903, 74-78; 5, 1909, 101-375; 6, 1912, 33-114; Bodenaltertümer Westfalen 6 (Münster 1943); 19 (Münster 1982); 20 (Münster 1983); 31 (Mainz 1995). Bad Nauheim: Limesforsch. 15 (Berlin 1976) 205-236.

¹⁹ Dr. X. Deru, Louvain-la-Neuve, danke ich vielmals für makroskopische Probenanalysen und Hinweise zu den Töpferstempeln.

einem Grab auf dem Titelberg fand sich ebenfalls ein Napf der Form Haltern 80 mit dem Stempel NOA/ICOS²⁰.

Von den weiteren Typen „Belgischer Ware“ fallen insbesondere die grautonigen Schrägrandbecher Haltern 85 durch einen hohen Anteil auf, was ebenso für Bad Nauheim festgestellt wurde. Die sog. Grätenbecher gelten als datierende Leitform für die augusteische Zeit. Sie sind in Waldgirmes gut vertreten (*Abb. 13*). In Oberaden, Haltern und Friedberg bleiben sie selten, in Bad Nauheim sind sie häufiger.

Die Grobkeramik ist u.a. vertreten mit: Töpfen Haltern 58/91, sog. Kochschüsseln Haltern 56, Reibschüsseln, Dolia und Amphoren.

Unter dem bisher geborgenen Metallfundmaterial sind Waffen und Ausrüstungsgegenstände der römischen Soldaten nur in geringer Anzahl vorhanden. Bei einem 1994 im Bereich der Westumwehrung des Lagers gefundenen Eisenfragment könnte es sich um ein Teil eines Nackenschutzes eines Helmes handeln (*Abb. 14*). Eine kleine bronzene Schnalle gehörte vielleicht zu einem Schienenpanzer. Von den Angriffswaffen der römischen Truppen fanden sich bisher die Spitze einer Wurflanze (*pilum*) sowie eine eiserne Lanzenspitze. Während *pila* als reguläre Bestandteile der Legionsausrüstung anerkannt werden, gehörten Lanzen in der Regel zur Bewaffnung von Hilfstruppen²¹.

Ein ca. 17 cm langer Eisenstift, dessen oberes Ende abgebrochen ist, dürfte ein Zelthering sein. Zum Pferdegeschirr könnten zwei kleine Bronzeglocken gehört haben. Weitere Bronzefunde sind eine Nadel und Teile eines Kettengeflechts.

Der Tracht sind zwölf bronzene und eiserne Fibeln bzw. Fibelfragmente, die in ihrer Zusammensetzung typisch für die augusteische Zeit sind, zuzuordnen (*Abb. 15*). Unter den Bronzefibeln überwiegen Fibeln des Typs Almgren 19aI, die sich u.a. auch in Haltern und Kalkriese finden und in den älteren Lagern Oberaden, Rödgen und Dangstetten nicht vorliegen²². Die Fibel Almgren 19aI ist die älteste Variante dieser als „Knickfibel“ bezeichneten Fibelform und wurde nicht mehr in spätestaugusteischertiberischer Zeit getragen. Hergestellt wurde sie wohl im Rheinland, ihr Verbreitungsschwerpunkt liegt im Gebiet zwischen Rhein und Maas. Ebenfalls um eine Spiralfibel mit oberer Sehne und Sehnenhaken handelt es sich bei dem bronzenen Fibelfragment *Abb. 15, 6*. Es könnte sich um eine sog. „Einfache gallische Fibel“/Typ Almgren 241 handeln²³. Jeweils mit mehreren Exemplaren sind Aucissa- und kleine (einteilige) Distelfibeln vertreten²⁴. Die Aucissafibeln (Almgren Typ 242) zählen zur Gruppe der

²⁰ Publ. Sect. Hist. Inst. Luxembourg 91, 1977, Abb. 52.

²¹ Waurick (Anm. 10) 1-25.

²² Th. Völling, Studien zu Fibelformen der jüngeren vorrömischen Eisenzeit und ältesten römischen Kaiserzeit. Ber. RGK 75, 1994, 207 ff.

²³ Für eine Begutachtung des Stückes danke ich Dr. Th. Völling, Olympia.

²⁴ Zusammenfassend zu den Typen: Metzler (Anm. 11) 213 f. (kleine Distelfibeln); 235

Scharnierfibeln und sind in großer Zahl seit frühaugusteischer Zeit bis um die Mitte des 1. Jahrhunderts n. Chr. zu finden. Wegen ihres Vorkommens vor allem in militärischen Kontexten gilt sie als typische „Soldatenfibel“. In Waldgirmes fanden sich bronzene und eiserne Exemplare. Zur Gruppe der Hülsenspiralfibeln gehören die bisher zwei in Waldgirmes geborgenen bronzene Distelfibeln, deren Herstellungszentrum in Gallien angenommen wird. Die weiteren eisernen Fibelfragmente, darunter zwei weitere Spiralfibelfragmente, sind noch nicht genauer ansprechbar, da ihre Restaurierung nicht abgeschlossen ist.

Die überwiegende Mehrzahl der Metallfunde sind aus Eisen. Es sind vor allem Nägel, darunter zahlreiche Schuhnägel von mit Eisennägeln beschlagenen römischen Sandalen (*Abb. 16*). Einige haben sich, obwohl von der Ledersohle nichts mehr erhalten war, sogar noch in ihrer ursprünglichen Anordnung erhalten. Weiterhin gibt es Messer, Beschläge, einen Schlüssel (*Abb. 14*), einen Fingerring, dessen ursprünglich eingelegte Gemme verloren ist, und eine Öllampe.

Von den sonstigen Funden seien hier noch die bisher vier Spielsteine aus weißem und grünem opaken Glas erwähnt (*Abb. 17*). Die drei weißen Exemplare wurden 1994 im Lagerinnenraum im Straßengraben gefunden, der grüne Spielstein stammt aus dem inneren Lagergraben im Bereich des Osttores. Verschiedenfarbige Spielsteine aus Glas sind zahlreich in römischen Militärlagern anzutreffen²⁵.

Von besonderer Bedeutung ist, daß neben römischer Keramik ein mit etwa einem Drittel sehr hoher Anteil handgemachter Keramik keltisch-germanischer Machart im Lager gefunden wurde, und zwar vermischt und somit zeitgleich mit der römischen Keramik. Insgesamt zeigt das Formenspektrum elbgermanische als auch nordwestdeutsche Einflüsse, eine Erscheinung, die auch an anderen augusteisch/tiberischen Fundplätzen Hessens sowie West- und Mitteldeutschlands beobachtet werden kann. An Gefäßformen kommen Schüsseln (*Abb. 18, 1-3*) und weite konische Schalen (*Abb. 18, 4-6*) vor. Elbgermanischen Einfluß zeigen mehrere Fragmente mit einem innen verdickt facettierten Rand (*Abb. 18, 7*) und Scherben mit kurzem dreieckigem Rand (*Abb. 18, 8*). Anklänge an die von v. Uslar²⁶ definierte Form I der rhein-wesergermanischen Keramik weisen die Randscherben *Abb. 18, 9-10* auf. Gefäße der voll entwickelten Form Uslar I, die sich in früh-tiberischen Komplexen nachweisen läßt, kommen vermischt mit der römischen Keramik nicht vor. Auf Beziehungen zur keltischen Keramik deutet ein bauchiges Gefäß mit umlaufenden Wulst auf dem Oberteil (*Abb. 18, 13*) und ein kammstrichverziertes Gefäß. Das zahlreiche

(Aucissafibeln).

²⁵ R. Wiechers-Weidner, Spiele. In: 2000 Jahre Römer in Westfalen (Mainz 1989) 165 f. Abb. 204-205 (Haltern).

²⁶ R. von Uslar, Westgermanische Bodenfunde des ersten bis dritten Jahrhunderts nach Christus aus Mittel- und Westdeutschland. Germ. Denkm. Frühzeit 3 (Berlin 1938).

Vorkommen germanischer Keramik ist zum einen im Vergleich mit anderen zeitgleichen Lagern, wo wesentlich geringere Mengen festzustellen sind, ungewöhnlich, verwundert aber auch deswegen, weil die Truppe sich vor Ort zu einem noch nicht genau abzuschätzenden Maße auch - wie der Töpferofen zeigt - selbst versorgte. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die handgemachte Keramik lokal hergestellt wurde.

Genauso dürfte die Lebensmittelversorgung der in Waldgirmes stationierten Truppenteile sicherlich zumindestens zu einem Teil aus der Umgebung des Lagers erfolgt sein⁷. Ein Indiz dafür liefern vielleicht die bisher aus dem Lager geborgenen Tierreste. Es überwiegen kleine Rinder, was eine Herkunft aus germanischer Tierhaltung möglich macht. Allerdings käme auch eine nordgallische Herkunft in Frage. Die übrigen Haustierknochen sind von Schwein, Schaf/Ziege und Huhn. An Getreidearten und Hülsenfrüchten sind vor allem Gerste, Dinkel, Echte Hirse und Linse nachgewiesen. Während Gerste bereits in der vorrömischen Zeit häufig anzutreffen ist, tritt Dinkel ab frühromischer Zeit in den Vordergrund, da er sich gut für das Backen von Brot eignet. Im Militärlager von Waldgirmes fanden sich mehrere Fragmente einer Handmühle aus Basalt, mit der die Soldaten das ihnen zugeteilte Getreide selber schroteten²⁸.

Es müssen also in der Umgebung des Lagers zeitgleiche Siedlungen bestanden haben, aus denen Nahrungsmittel und damit wohl auch Keramik als Transportbehälter in das Lager gelangten. Vielleicht haben auch Einheimische als Hilfstruppen im Lager gedient. Wie das Verhältnis dieser eventuell in der Nähe des Lagers siedelnden Germanen und der Römer war, läßt sich nur schwer beurteilen. Vorläufig deuten alle Hinweise auf eine friedliche Koexistenz.

Schluß

Weder eine vor-, noch eine nachlagerzeitliche Besiedlung durch Einheimische konnte im Lagerareal und in der näheren Umgebung des Lagers bis jetzt festgestellt werden. Es ist zu hoffen, daß die weiteren Begehungen und Ausgrabungen Anhaltspunkte zur Besiedlungskontinuität liefern

⁷ Die Bearbeitung der Tierknochenreste erfolgt durch Dr. N. Benecke, Eurasien-Abteilung des Deutschen Archäologischen Instituts Berlin. Die archäobotanischen Untersuchungen führt Dr. A. Kreuz, Institut der Kommission für Archäologische Landesforschung Hessen durch. Beiden danke ich für die Mitteilung der ersten hier angeführten Ergebnisse. Vgl.: A. Kreuz, Landwirtschaft und ihre ökologischen Grundlagen in den Jahrhunderten um Christi Geburt: zum Stand der naturwissenschaftlichen Untersuchungen in Hessen. Ber. KAL 3, 1994/95, 59-91.

²⁸ D. Baatz, Die Handmühlen. In: G. Hellenkemper Salies (Hrsg.), Das Wrack. Der antike Schiffsfund von Mahdia. Kat. Rhein. Landesmus. Bonn 1 (Köln 1994) 97-103.

werden, zumal nicht unbedingt mit einer Platzkontinuität gerechnet werden muß. In diesem Zusammenhang wird es sehr interessant, den exakten Beginn einer in etwa 600 m Luftlinien-Entfernung von der westlichen Front des Lagers in Wetzlar-Naunheim bisher teilweise freigelegten Siedlung festzustellen²⁹. Das hier geborgene Fundmaterial umfaßt handgemachte germanische Keramik des späten 1.-3. Jahrhunderts n. Chr., die teilweise die gleiche Machart wie die germanische Ware aus dem Militärlager in Waldgirmes aufweist. Auffällig ist der geringe Anteil römischer Drehscheibenware, die aber überwiegend in die zweite Hälfte des 2. Jahrhunderts datiert werden kann. Der genaue Siedlungsbeginn im 1. Jahrhundert n. Chr. kann aufgrund der bisherigen Funde noch nicht festgelegt werden. Kam es hier bereits vor Errichtung des Limes zu einer dauerhaften Ansiedlung von Germanen, oder war es gar eine seit der Latènezeit bereits bestehende Siedlung?

Es deutet sich jedenfalls an, daß es nicht erst mit der Errichtung des etwa 15 km südlich des Lahntales gelegenen Limes zu einer Ansiedlung von Germanen im Lahntal kam - bekannt als sog. Gießener Gruppe³⁰ -, sondern daß bereits in augusteischer Zeit Kontakte zwischen Reichsgebiet und dem späteren Limesvorfeld bestanden. Bedingt durch den mit der Etablierung der römischen Besatzung einsetzenden Handel bzw. der Zugänglichkeit von Märkten innerhalb des Reichsgebietes wurden diese dann intensiviert. Diese Beziehungen werden durch eine auffallende Parallelität in der Siedlungsgeschichte des Lahntales und der Wetterau deutlich. Wie in Waldgirmes so lassen sich auch in der Wetterau Germanen bereits während der augusteisch-tiberischen Okkupationsphase im Bereich der Militärlager von Rödgen und Bad Nauheim sowie in Echzell, wo in domitianischer Zeit ein Lager gegründet wurde, und in Gettenau nachweisen. In beiden Regionen ist anschließend an die Auflassung der frühkaiserzeitlichen Militärlager bzw. um die Mitte des 1. Jahrhunderts n. Chr. ein Rückgang, vielleicht sogar ein Abbruch der Funde zu beobachten, die Hinweise auf eine einheimische Bevölkerung geben könnten³¹. Für die Wetterau erklärte Schönberger³² dieses Phänomen, vor allem vor dem Hintergrund des während der

²⁹ Die Ausgrabungen in Wetzlar-Naunheim werden von der Römisch-Germanischen Kommission im Rahmen des DFG-Projektes „Germanische Besiedlung im Vorfeld des Wetterau-Limes“ seit 1995 durchgeführt.

³⁰ Gundermann, Das Urnengrabfeld im Gießener Stadtwalde. Mitt. Oberhess. Geschver. 10, 1902, 93-122; K. Schumacher, Germanische Funde römischer Zeit (II.-III. Jahrh. n. Chr.) aus dem Lahntal. In: AuhV 5 (Mainz 1911) 34-39 Taf. 9; von UsLAR (Anm. 25) 7, 178.

³¹ B. Steidl, Frühkaiserzeitliche germanische Besiedlung in der Wetterau. In: V. Rupp (Hrsg.), Archäologie der Wetterau. Aspekte der Forschung. Wetterauer Geschbl. 40, 1991, 217-233; U. Eisenhauer/M. Seidel, Eine Siedlungsgrube der älteren römischen Kaiserzeit aus Oppershofen, Wetteraukreis (Hessen). Ein Beitrag zur Besiedlungsgeschichte der Wetterau im 1. Jahrhundert nach Christi Geburt. Arch. Korrbbl. 25, 1995, 181-192.

³² H. Schönberger/H.-G. Simon, Das Kastell Okarben und die Besetzung der Wetterau seit Vespasian. Limesforsch. 19 (Berlin 1980) 38 ff.

Spätlatènezeit dicht besiedelten Gebietes, mit einem deutlichen Bevölkerungsrückgang und nicht mit einem völligen Aufhören der einheimischen Besiedlung. Nach den bisherigen Erkenntnissen scheint sich somit in den beiden hier verglichenen geographischen Räumen im 1. Jahrhundert n. Chr. Gleichartiges im Nebeneinander von Militär und einheimischer Bevölkerung zu zeigen. Erst mit der Errichtung des Limes ändert sich diese Situation: Ein bis dahin kulturell relativ einheitliches Gebiet wird durch die Grenze politisch in zwei Teile getrennt. Dieser an sich zunächst unnatürlich erscheinende Vorgang hat auf den sich unmittelbar vor dem Limes befindlichen germanischen Siedlungsraum kein Abbrechen der Beziehungen zum Römischen Reich zur Folge, sondern ein Wiederaufleben von Kontakten, die bereits für die augusteische Periode belegbar sind.

Die jüngsten Ausgrabungen der Römisch-Germanischen Kommission in Waldgirmes und Dorlar belegen zugleich deutlich, daß in augusteischer Zeit das mittlere Lahntal militärisch von großer Wichtigkeit war, wie aus der Einrichtung eines festen Standlagers als auch eines Marschlagers zu entnehmen ist. Das Lager in Waldgirmes war als dauerhafter Stützpunkt eingerichtet, worauf vor allem der Töpferofen und die Bleiwasserleitung hinweisen. Es hätte sich, wenn die Germanienpolitik der Römer den erwünschten Erfolg gebracht hätte, nach Abzug des Militärs leicht zu einem bedeutenden zivilen Zentrum, vergleichbar der Civitashauptstadt Nida, entwickeln können. Die Ereignisse des Jahres 9 n. Chr. ließen die Römer dann jedoch andere außenpolitische Ziele verfolgen und bald stand das rechtsrheinische Germanien nicht mehr im Mittelpunkt des Interesses.

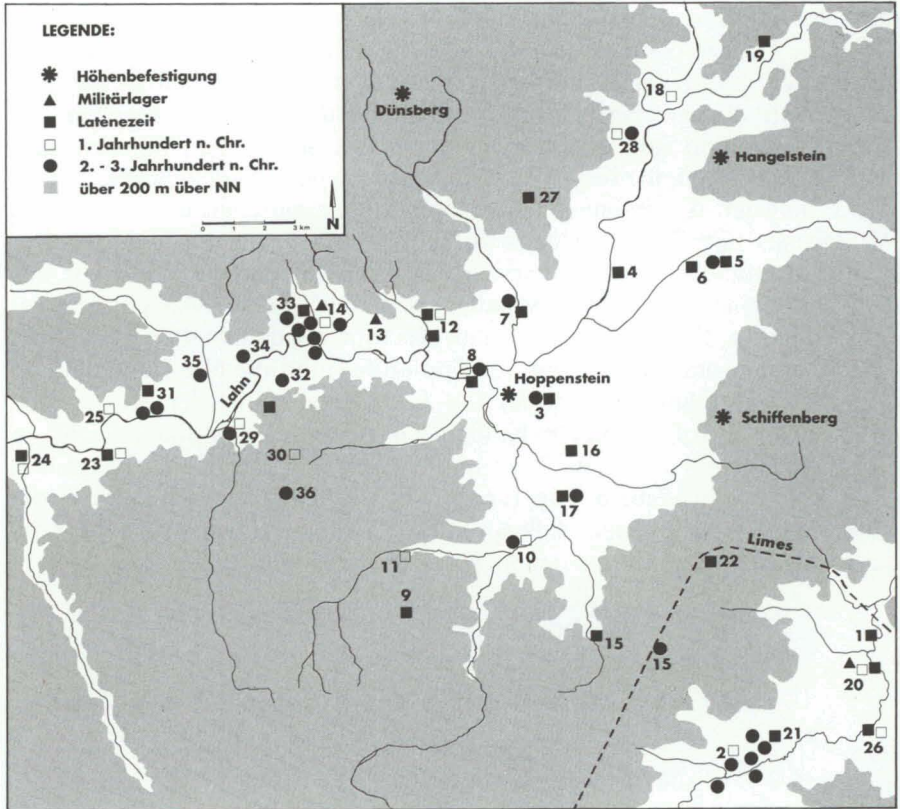


Abb. 1. Eisen- und römische Fundstellen im Gießen-Wetzlarer Lahntal und in der nördlichen Wetterau. 13 Dorlar; 14 Waldgirmes; 33 Naunheim.

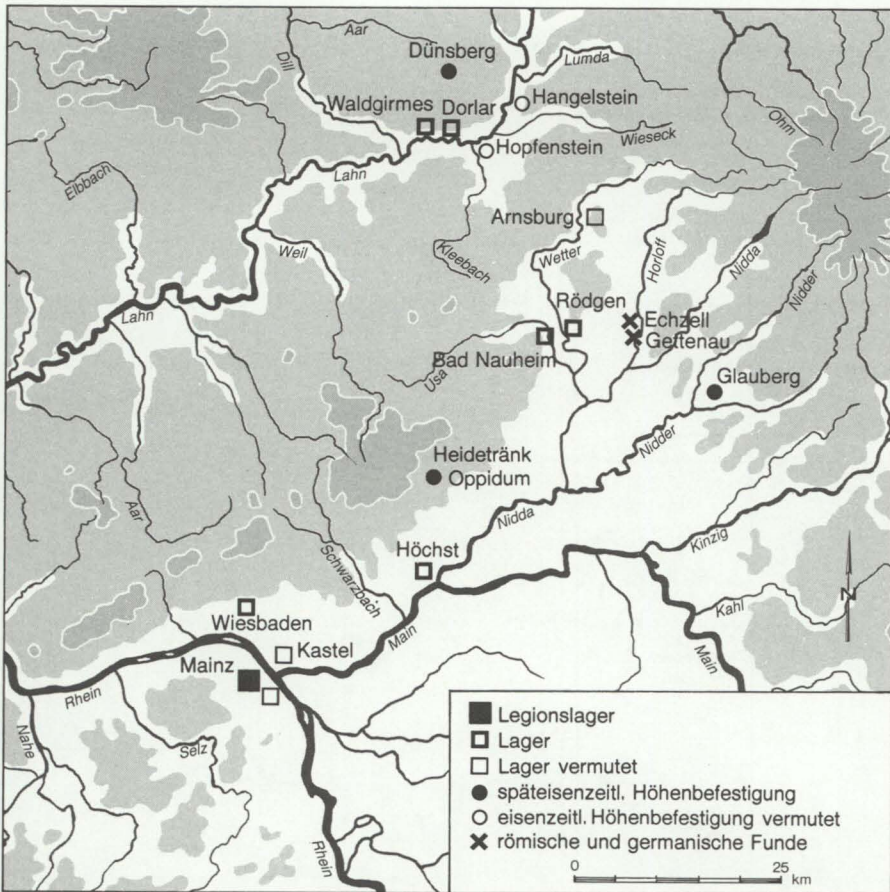


Abb. 2. Fundstellen der späten Eisenzeit und augusteisch-tiberischen Zeit nördlich des Mains.

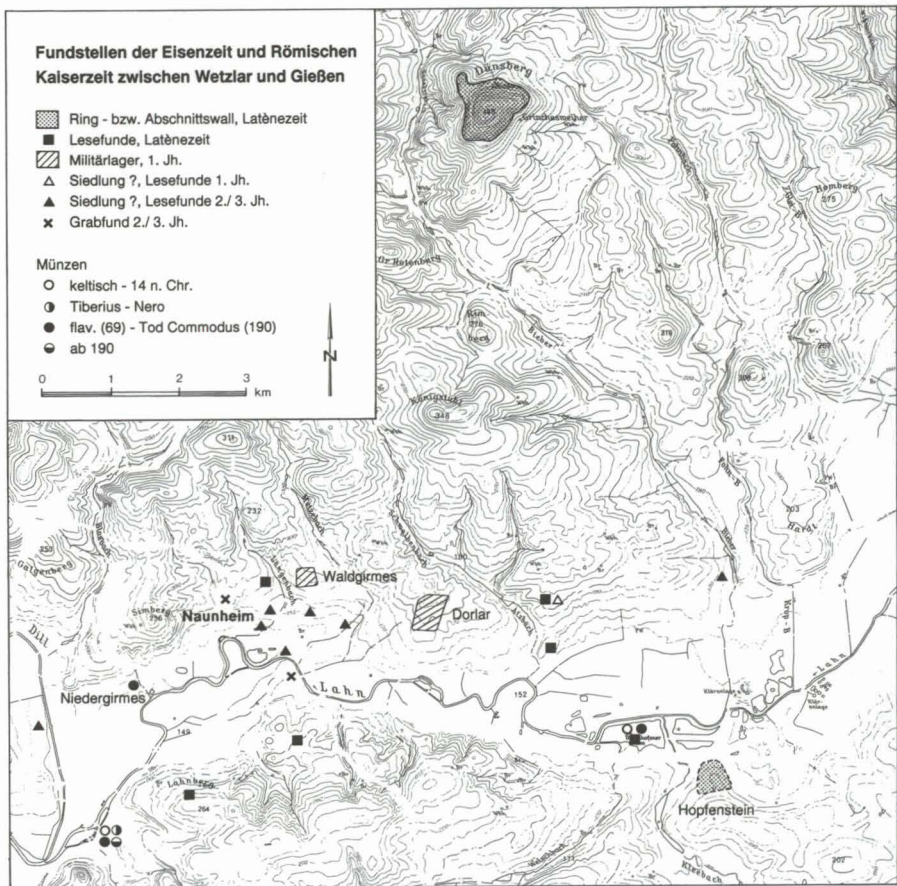


Abb. 3. Das Lahntal zwischen Wetzlar und Gießen während der Eisenzeit und Römischen Kaiserzeit.

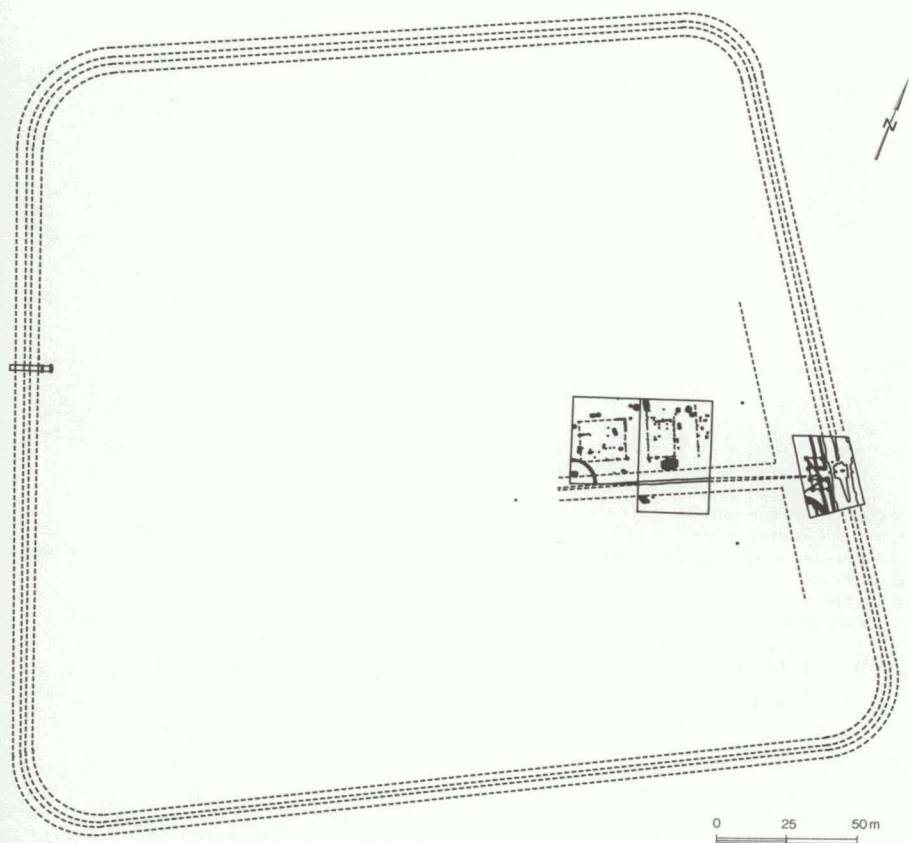


Abb. 4. Lahnau-Waldgirmes. Plan des frührömischen Militärlagers, Stand Herbst 1995.

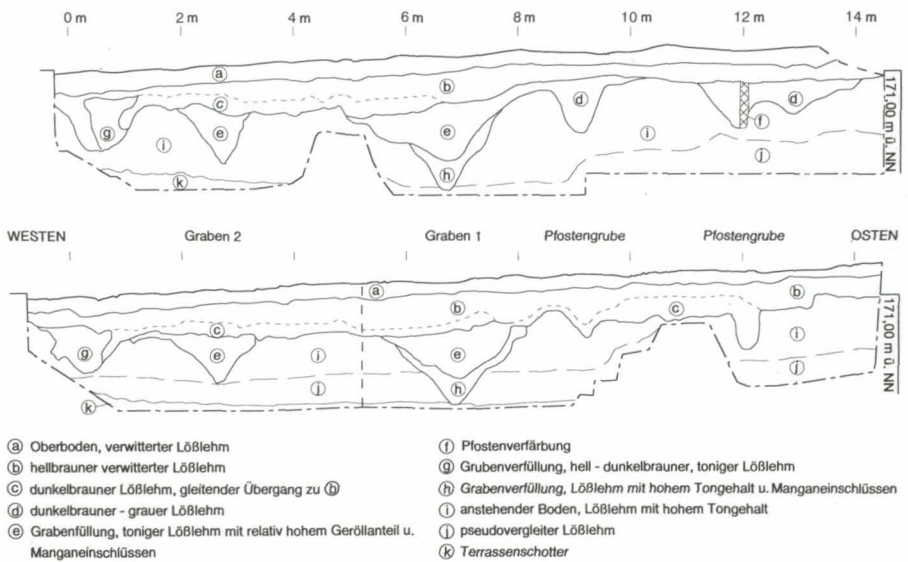


Abb. 5. Lahnau-Waldgirmes. Schnitt durch die Lagerbefestigung in Fläche 4.

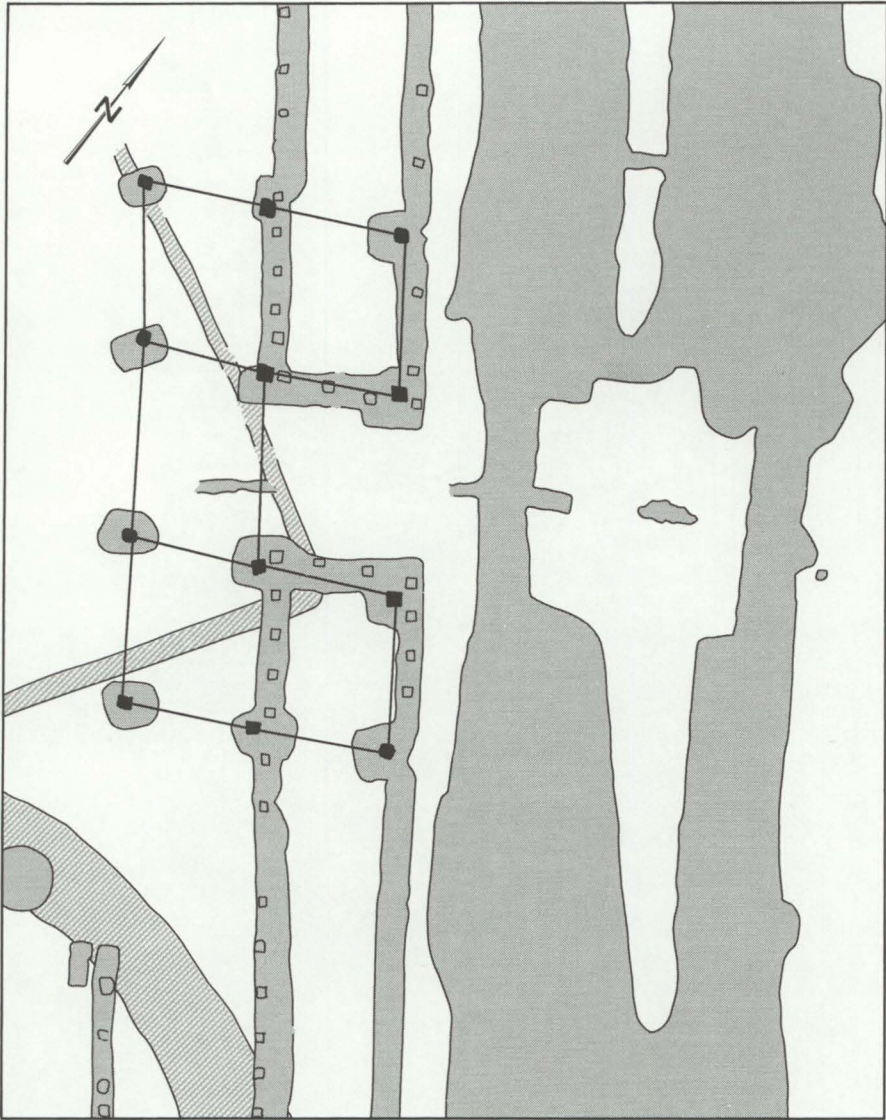


Abb. 6. Lahnau-Waldgirmes. Plan des Tores in Fläche 6. - M. 1:200.



Abb. 7. Lahnau-Waldgirmes. Bleiwasserrohr.

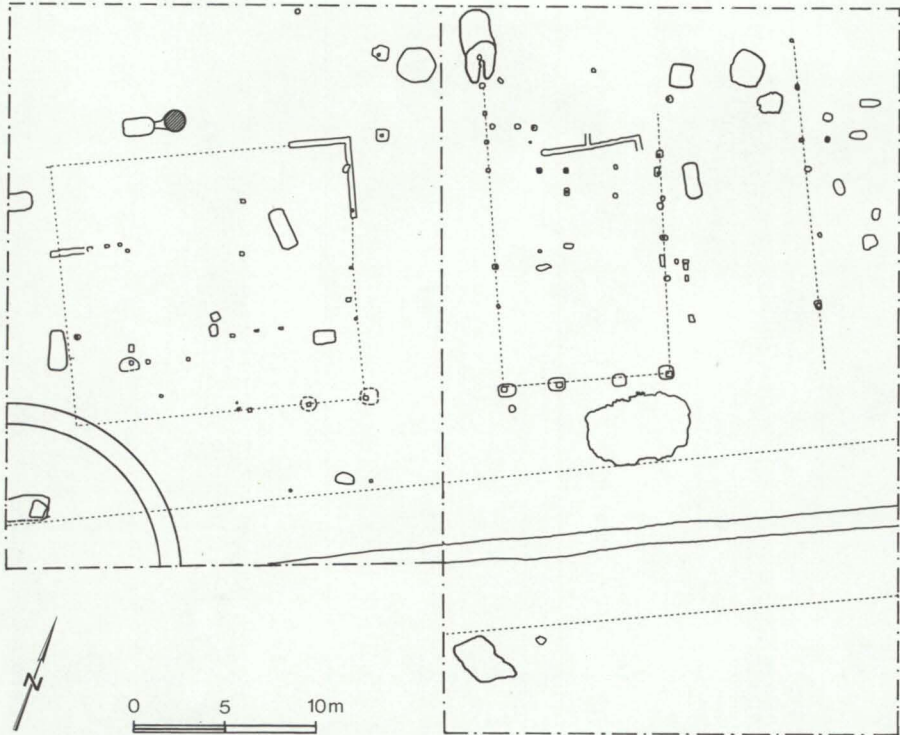


Abb. 8. Lahnau-Waldgirmes. Bauspuren in Fläche 5 und 6.

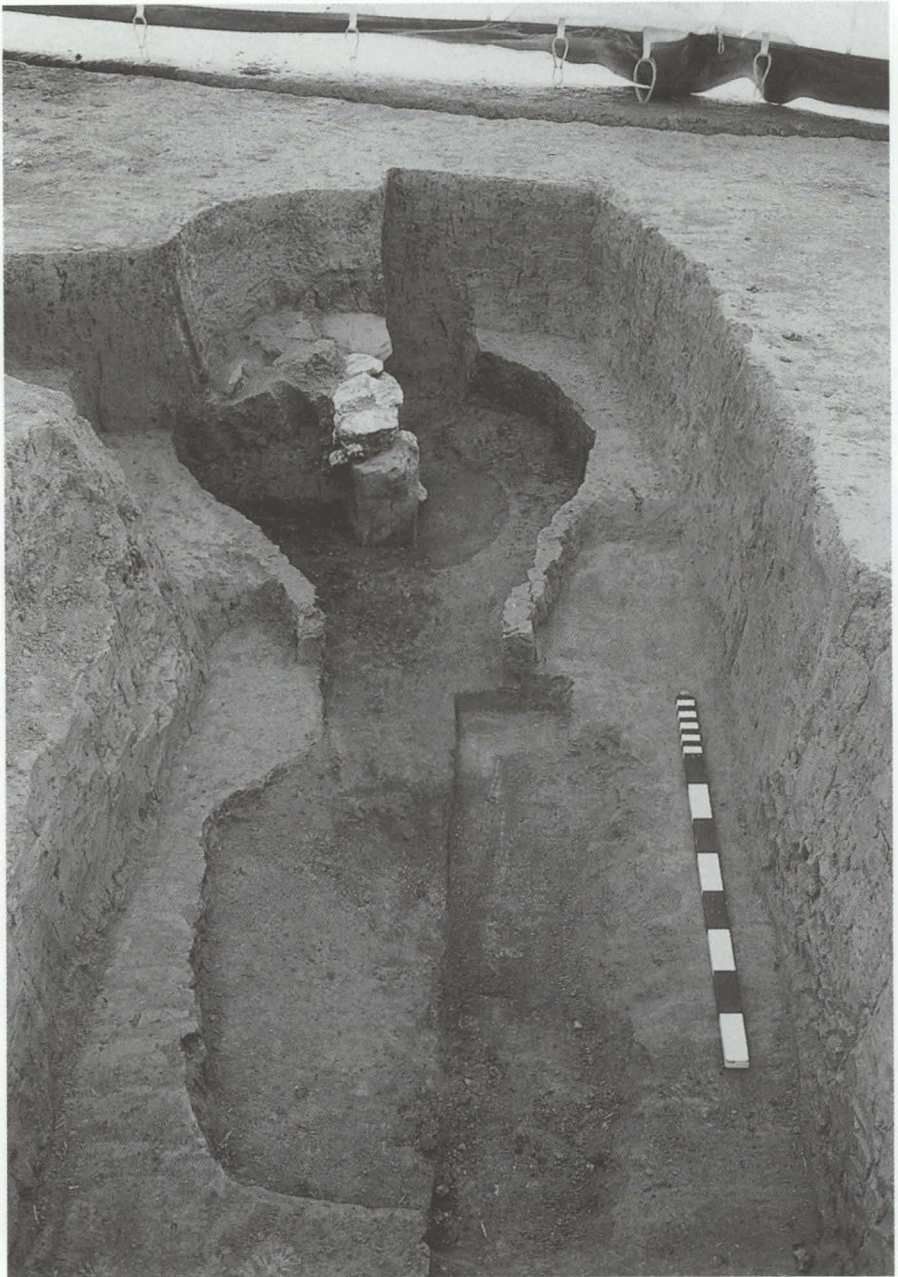


Abb. 9. Lahнау-Waldgirmes. Grabungsfoto des 1995 entdeckten Töpferofens mit Bedienungsgrube (im Vordergrund). Der Ofen im Hintergrund ist fast vollständig abgebaut.

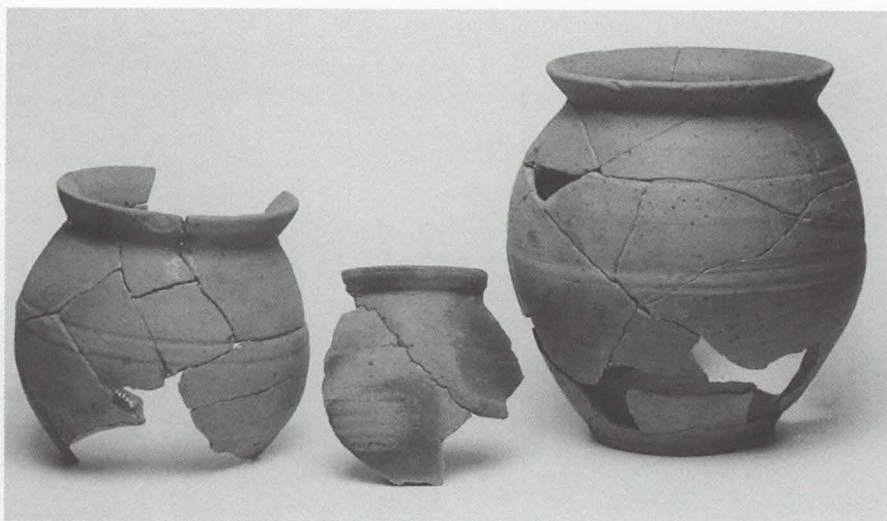


Abb. 10. Lahnau-Waldgirmes. Keramik aus dem Töpferofen.

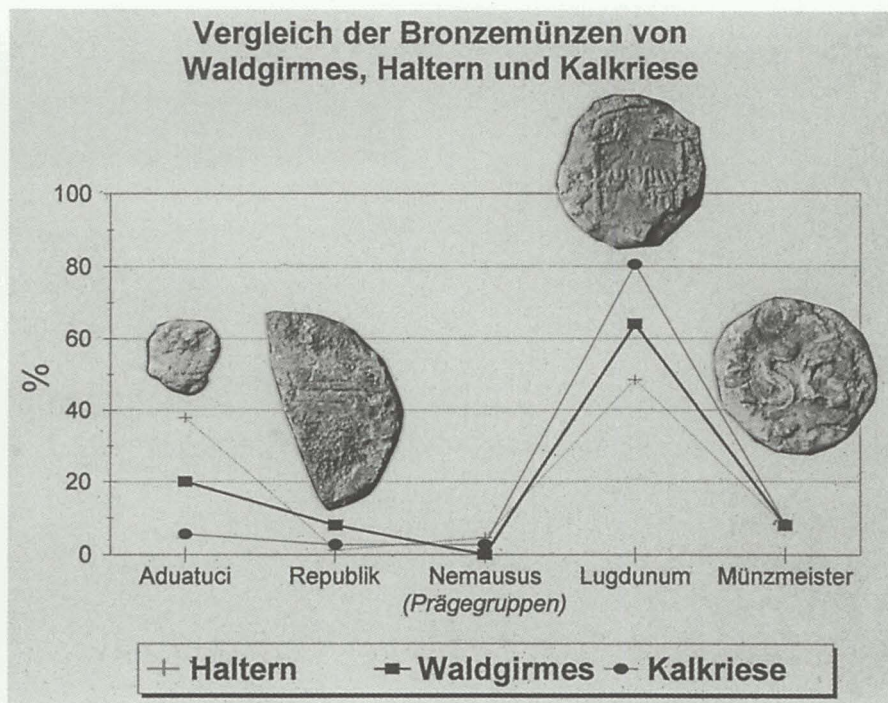
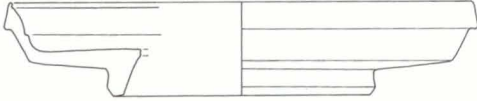
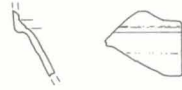


Abb. 11. Schematische Übersicht der Bronzemünzen aus Lahnau-Waldgirmes.

Service Ic



Haltern 1/Consp. 12.5



Haltern 7/Consp. 14.2

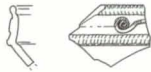
Service II



Haltern 2/Consp. 18.2



Haltern 8/Consp. 22.1-3



Haltern 9/Consp. 22.5.2



Haltern 5/Consp. 20.1.1

Abb. 12. Übersicht über die in Lahnau-Waldgirmes gefundenen Terra Sigillata-Formen. – M. 1:3.



Abb. 13. Fragmente römischer Keramik aus Lahnau-Waldgirmes, links oben Becher Haltern 40, darunter sog. Grätenbecher.



Abb. 14. Eisenfunde aus Lahnau-Waldgirmes. Links oben Helmfragment (?).

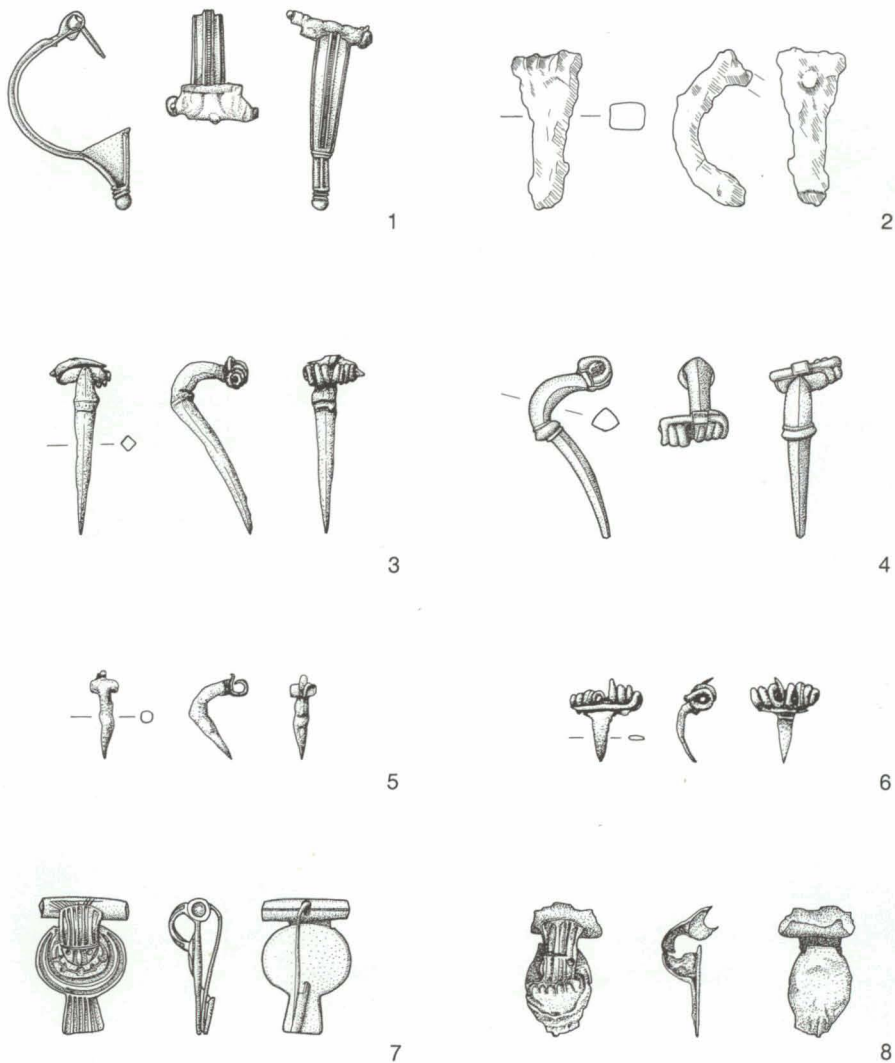


Abb. 15. Fibeln aus Lahnau-Waldgirmes. 1-2 Aucissafibel, 3-5 Almgren 19aI, 6 Almgren 241 (?), 7-8 Distelfibel. 1, 3-8 Bronze, 2 Eisen. – M. 1:2.



Abb. 16. Schuhnägel aus Lahnau-Waldgirmes.



Abb. 17. Lahnau-Waldgirmes. Spielsteine aus opakem Glas.

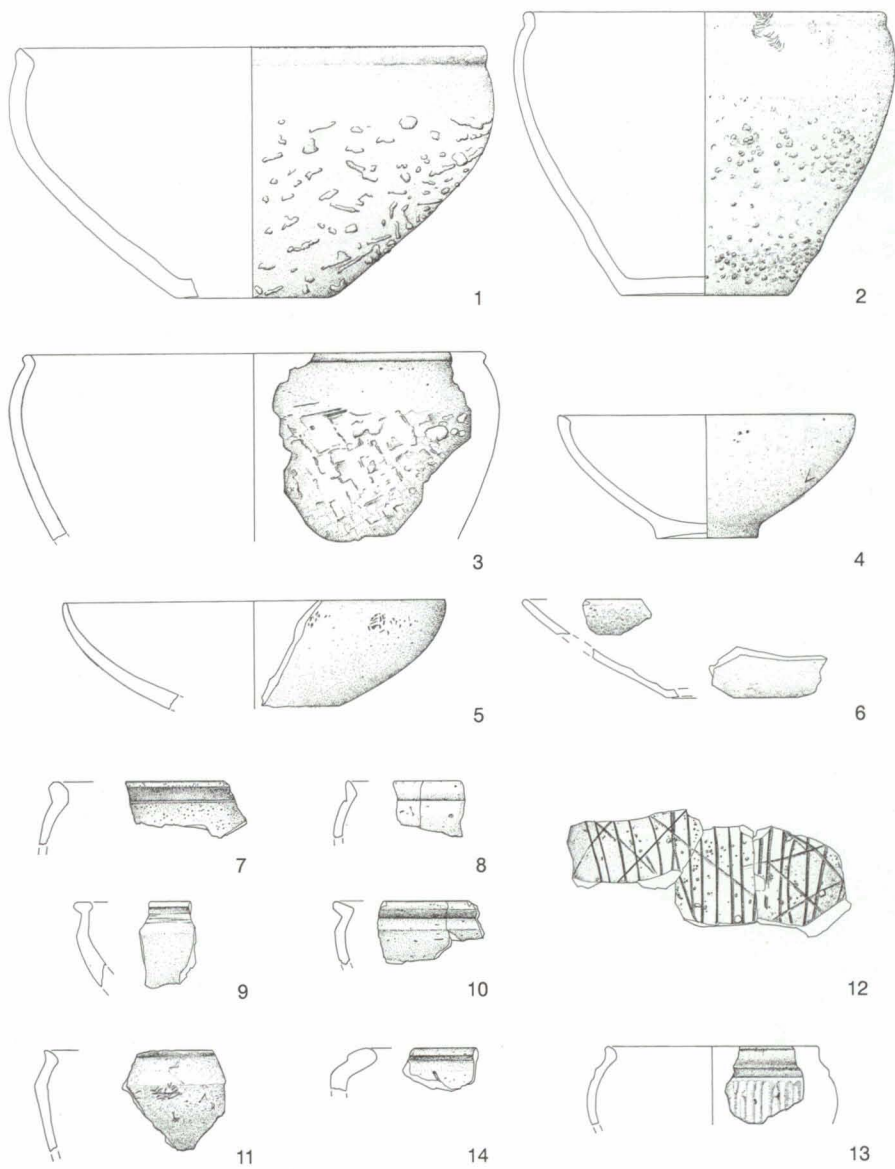


Abb. 18. Formen handgemachter Keramik aus dem Militärlager Lahnau-Waldgirmes. – M. 1:4.

Antike Tradition auf Gießener Friedhöfen

Überlieferungen aus der Antike in Grabmälern nachzuspüren war im Sommersemester 1994 das Ziel eines Seminars von Professor Dr. Wolfram Martini, Professur für Klassische Archäologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Eine Arbeitsgruppe von zwölf Studentinnen und Studenten fand sich zusammen, um die Ergebnisse dieser Untersuchungen im Rahmen einer Photoausstellung, die die Grundlage dieses Artikels bildet, der Gießener Öffentlichkeit zu präsentieren.

Vorgestellt werden Grabdenkmäler des Alten und des Neuen Friedhofs mit Hinweisen auf ihre Beziehungen zur Antike (Abb. 1, Abb. 2, Abb. 3).

Warum Rückgriffe auf die Antike?

Der Klassizismus

Klassizismus als Epochenbegriff bezeichnet die Zeit des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Diese Epoche ist geprägt von der Idee der Aufklärung und dem Sturz der alten Ordnung in Folge der Französischen Revolution. Das sich emanzipierende Bürgertum fand in der Hinwendung zur Antike seine Ideale von Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit in Kunst und Literatur der Griechen vorgeprägt.

Ein Zitat von Friedrich Schiller soll dies veranschaulichen:

„Dieser Torso erzählt mir, daß vor zwei Jahrtausenden ein großer Mensch dagewesen, der so etwas schaffen konnte

- daß dieses Volk dagewesen, das einem Künstler, der so etwas schuf, Ideale gab, daß dieses Volk an Wahrheit und Schönheit glaubte, weil einer aus seiner Mitte Wahrheit und Schönheit fühlte - daß dieses Volk edel gewesen, weil Tugend und Schönheit nur Schwestern der nämlichen Mutter sind. - Siehe, Freund, so habe ich in Griechenland diesen Torso geahndet.“ (Abb. 4 u. Abb. 5)

Was diese Worte Schillers ausdrücken, zeigt auch J. H. W. Tischbein in dem Bildnis „Goethe in der Campagna“ - die Bewunderung der großen deutschen Klassiker für die Antike (Abb. 6). Hingelagert auf Fragmente antiker Architektur, den Blick in die Ferne richtend ist Goethe dargestellt;

im Hintergrund die Landschaft der Campagna. Grünendes Efeu schlingt sich um die alten Trümmer zum Zeichen, daß hier die Antike durch den Dichter zu neuem Leben erweckt wird und er sich als ihr Vollender fühlt.

Es stellt sich die Frage, warum die Antike auf die Menschen des ausgehenden 18. Jh. eine so große Anziehungskraft ausübte. Die geistigen Führer der Aufklärung sahen in ihr das Modell einer alle Lebensbereiche umfassenden Hochkultur, die Antworten gab auf Fragen der Philosophie, Moral, Politik und Gesellschaft, unabhängig von der bislang herrschenden christlichen Tradition.

In diesem Klassizismus vereinigten sich die Vorstellungen der Philosophen und der Künstler. Ihr erklärtes Ziel war die Errichtung einer „Herrschaft der Vernunft und des Geistes“. So huldigt die klassizistische Kunst nicht nur heroischen Gestalten der Antike, sondern verneigt sich auch vor den modernen Wissenschaften. Kultstätte und Mittelpunkt der kommenden Gesellschaft sollten nach den Visionen der Künstler nicht mehr das absolutistische Barock-Schloß, sondern monumentale Tempel der Wissenschaft bilden.

Hinter der Verwendung von antiker Gestalt stand die Vorstellung von Zeitlosigkeit und Überzeitlichkeit; ein Kunstwerk aus diesem Geist sollte für alle Zeit seine Gültigkeit behalten. Der Schwerpunkt des klassizistischen Kunstschaffens lag auf Werken der Architektur und der Bildhauerei.

Auf dem Gießener Alten und Neuen Friedhof sind zahlreiche Grabmäler in Anlehnung an antike Formen gestaltet. Sie belegen, daß die Vorstellungen des Klassizismus über die eigentliche zeitliche Grenze dieser Epoche hinaus wirksam waren und bis heute sind. Dabei finden sich neben allgemeinen Antikenzitate auch direkte Anknüpfungen an die reiche Grabkultur der Antike. (c. k., j. s., m. f.)

Geschichte und Lage der Gießener Friedhöfe

1529

Pestepidemie in Gießen. Innerhalb kurzer Zeit versterben 1500 Menschen, etwa die Hälfte der Stadtbevölkerung.

1530 - 1533

Landgraf Philipp der Großmütige läßt Gießen zur Festung ausbauen. Dabei werden die beiden Friedhöfe ander Stadtkirche und in Selters aufgegeben. Der Acker am Nahrungsberg vor der Stadt, der die Massengräber der Pesttoten aufgenommen hatte, erhält offiziell den Status des Stadtfriedhofes. Diese Anlage, der heutige Alte Friedhof, umfaßte ursprünglich eine Fläche von 105 x 60 Meter.

1623 - 1625

Der Gießener Baumeister Johannes Ebel zum Hirsch errichtet eine „Kapelle auf dem Gottesacker“. Gleichzeitig entsteht das rundbogige Portal, das sich, heute vermauert, an der Westseite des Friedhofes befindet. An der Nord- und Westseite haben sich die ursprünglichen Basaltmauern der Frühzeit erhalten.

1807

Nach mehreren Erweiterungen in südlicher und östlicher Richtung erhält der Friedhof eine neue Umfassungsmauer. Als Baumaterial dient Sandstein, der von der Schleifung der Festungsmauer stammt.

1840

Die Kapelle war durch die Nutzung als Pulverdepot der Artillerie während der Revolutionskriege des 18. Jh. vom Einsturz bedroht. Der Architekt Hugo von Ritgen erhält den Auftrag zur Umgestaltung, die heute noch das Bild der Kapelle bestimmt.

Um 1900

Die Kapazität des Alten Friedhofes ist erschöpft, Erweiterungen sind nun nicht mehr möglich.

1903

Am 1. Juli wird der von Stadtbaumeister Schmand geplante und ausgeführte Neue Friedhof, weit vor der Stadt auf dem 188 Meter hohen Rodtberg, eröffnet.

Am Beispiel der Gießener Friedhöfe läßt sich eine Entwicklung ablesen, die sich auch in vielen anderen Gemeinden vollzieht, allerdings meistens später als hier: Im Mittelalter war es für den christlichen Menschen wichtig, sein Grab in unmittelbarer Nähe des Gotteshauses zu wissen. Dieser Gedanke trat im Gießen der Frühneuzeit hinter der Notwendigkeit von größeren Friedhofsflächen, die nur außerhalb des Stadtkernes zu gewinnen waren, und auch aus Hygienegründen zurück. Der Alte Friedhof entwickelte sich aus dem Acker der Pesttoten organisch, während der Neue Friedhof in seiner Gesamtheit auf dem Reißbrett des Stadtplaners entstand. Mit seinen im neoromanischen Stil konzipierten Hauptbauten stellt er ein Dokument des Historismus der Wilhelminischen Kulturepoche dar. (r.d.). (Abb. 7 u. Abb. 8)

Die griechische Nekropole

Die griechische NEKROPOLIS - die Totenstadt - war außerhalb der Siedlung und fern der Tempelbezirke angelegt. Darin unterschied sie sich von christlichen Friedhöfen - eingefriedeten Höfen - die ursprünglich als Kirchhöfe im Stadtzentrum lagen. Das Recht einer Bestattung innerhalb der Stadtmauern wurde in der griechischen Antike nur in wenigen Ausnahmen als hohe Ehrung und Auszeichnung gewährt.

Nordwestlich von Athen ist die Kerameikos Nekropole die bedeutendste der antiken Stadt. Im 5. Jh. v. Chr. - der „klassischen Zeit“ Griechenlands - lag diese Nekropole außerhalb des nach den Perserkriegen (490-480 v. Chr.) erweiterten Mauerrings (Abb. 9).

Aus Athen führten zwei Tore zum Kerameikos:

Durch das Dipylon verlief der Dromos, die Straße zum westlich liegenden Hain des Akademos, der späteren platonischen Akademie. Das zweite Tor verband die Stadt über die Heilige Straße mit Eleusis. Beide Ausfallstraßen bildeten gleichzeitig die Hauptachsen der Nekropole.

Die privaten Grabanlagen waren häufig Familienbestattungen: Auf gemauerten Sockeln gruppieren sich die Grabmäler einzelner Familienangehöriger. Bepflanzungen und Blumen am Grab waren unbekannt, aber

zahlreiche Bildzeugnisse zeigen die Grabmäler mit Bändern und Kränzen geschmückt und mit Spendengefäßen ausgestattet.

Am Dromos wurde bestattet, wer mit einem offiziellen Staatsbegräbnis geehrt werden sollte. Hier lag auch die gemeinsame Grabstätte für gefallene Athener und ihre Bundesgenossen, das „Demosion Sema“.

In seiner berühmten Grabrede für die Gefallenen des Peleponnesischen Krieges spricht der Feldherr Perikles vom unvergänglichen Ruhm der Männer, die „...hier das herrlichste Grabmal erhalten und derer ewig, sooft Worte und Taten Gelegenheit dazu bieten, gedacht werden wird.“

Der enge Zusammenhang zwischen Gräbern und öffentlicher, belebter Straße unterstützte dieses Gedenken bei der Nachwelt, sowohl im Hinblick auf die Gefallenen des Krieges als auch auf alle anderen Verstorbenen. (m.f.).

Die römische Nekropole

Wie vor den griechischen Städten dehnten sich auch vor den Toren römischer Städte, den Straßen entlang, die Gräber der Verstorbenen aus. Diese Art der Bestattung hatte sich im Verlauf des 2. Jh. v. Chr. entwickelt. Maßgebend waren dafür das griechisch-hellenistische Vorbild und die gesellschaftliche Situation der späten Republik.

Es wäre falsch, bei dieser Bestattungssitte von einer Gräberstraße zu reden, denn die Straßenränder waren keineswegs den Gräbern allein vorbehalten. Jede Art Grundstücksnutzung war dort möglich, gleich ob man ein Grab, eine Villa, eine Garküche oder ein Lokal mit Prostitution im Hinterzimmer errichten wollte.

Das Grab war Teil des öffentlichen Raumes und sollte (!) das auch sein. Der Grabbau, häufig bereits zu Lebzeiten des Grabinhabers errichtet, sollte vom Erfolg im Leben künden und ihn einer staunenden Mitwelt vorführen. Daher waren Grabgrundstücke in unmittelbarer Stadtnähe, an belebten Weggabelungen u.ä. die begehrtesten Plätze. Über Größe und Form des Grabes entschieden allein Geschmack und Geldbeutel der Erbauer. Ein Grabgrundstück konnte so nur 0,30 m x 0,60 m groß sein, sich in einem anderen Fall aber auch über mehrere Hektar erstrecken.

Der Plan der Nekropole vor dem Herkulaner-Tor in Pompeji illustriert augenfällig das Gesagte (Abb. 10 u. Abb. 11). Auch hier zeigt die Nekropole die typische Mischnutzung von Gräbern, Läden und Villen. Die Gräber zeigen eine große Variationsbreite in Größe und Gestaltung. Schon

der Plan weist deutlich aus: Der Tod hat seinen Platz mitten im Leben. Inschriften und Dekoration der Gräber sind ebenfalls dem Diesseits zugewandt.

Das als Verdrängung des Todes zu interpretieren, ist aber falsch. Für den Römer kam es auf das diesseitige Leben an. Seine Hoffnung war kaum auf das Jenseits gerichtet. Die Römer hatten keine kohärente und allgemeinverbindliche Jenseitsvorstellung entwickelt. Den Menschen dieser Zeit drohte am Ende aller Tage kein Weltenrichter. Die Weltgeschichte war das Weltgericht und CARPE DIEM daher die Maxime.

Die bis zur Diesseitsverachtung gesteigerte Jenseitshoffnung des Christentums entsprang einem in Rom fremden Gedankenkreis. Von der römischen Nekropole führt daher weder in Anlage und Gestaltung, noch in der dahinterstehenden Vorstellungswelt ein Weg zum christlichen Friedhof. Erst die Vorstellungen des Klassizismus von der Antike schlugen die Brücke zwischen beiden Welten. (c.l.).

Grundformen antiker Grabdenkmäler und ihr Einfluß auf den Gießener Friedhöfen

Das Gail'sche Grabmal (Abb. 12)

Das aufwendige Grabmal wurde anlässlich des Todes Georg Gails geschaffen, der als Leutnant im Zweiten Großherzoglichen Infanterieregiment bei Gravelotte verwundet wurde und daraufhin am 17. Oktober 1870 verstarb. Das Grabmal entstand zwischen 1872 und 1879 in mehreren Etappen und wurde - der Inschrift am Gebälk zu entnehmen - "entworfen und gezeichnet" von Hugo von Ritgen, "erfunden und ausgeführt" von dem aus Göttingen stammenden Künstler Friedrich H.N. Küsthardt.

Das Grabmal beinhaltet die verschiedensten Stilelemente. So wird z.B. der Mittelteil von einem typisch klassizistischen Dreiecksgiebel bekrönt, und die Inschrifttafel erinnert in ihrer Gestaltung an die italienische Renaissance.

Das Gail'sche Grabmal ist sowohl inhaltlich als auch architektonisch in fünf Bereiche gegliedert. Das Kernstück bildet eine Reliefplatte, die Georg Gail als sterbenden Offizier zeigt. Zu beiden Seiten des Mittelteils schließt sich jeweils eine weitere Reliefdarstellung an. Zwei in ihrem architektoni-

schen Aufbau herausgehobene Nischen bilden die äußeren Abschlüsse zu beiden Seiten und bieten jeweils einer Rundplastik Platz.

Rundplastik

Lebensgroße Statuen von Jünglingen (*kouroi*) und Mädchen (*korai*) gehörten in der Archaik zu den häufigsten Vertretern der Großplastik. Sie standen als Weihungen in Heiligtümern, fanden aber auch als Grabskulpturen Verwendung. Ebenso waren auch Reiterstatuen als Grabdenkmäler gebräuchlich. Seltener waren sitzende weibliche Skulpturen mit übereinandergeschlagenen Beinen und mit in Trauergebärde in die Hand gestütztem Kopf (Abb. 13 u. Abb. 14). Sphingen und Sirenen waren weitere herkömmliche Darstellungsmotive, aber auch vielfältigste Tierdarstellungen wie der Löwe erfreuten sich - besonders im 4. Jh. v. Chr. - größter Beliebtheit im Grabzusammenhang.

Grabvasen

In Athen fanden tönerner Gefäße als Grabmarkierung schon in protogeometrischer Zeit (11.-10. Jh. v. Chr.) Verwendung.

In geometrischer Zeit (9.-8. Jh. v. Chr.) vergrößerte sich die Zahl der unterschiedlichen Gefäßformen. Die Vasendarstellungen zeigten Kampf- und Seegefechtszenen sowie Szenen aus dem Bestattungszusammenhang: Prothesis- (Aufbahrung und Beweinung) und Ekphoradarstellungen (Prozession ans Grab).

In der klassischen Zeit gegen Ende des 5. Jhs. v. Chr. kamen in Athener Nekropolen neben den Tongefäßen monumentale Vasen aus Marmor auf, die entweder - wie die tönernen Vasen - bemalt oder mit Reliefszenen verziert sein konnten (Abb. 15).

Direkt Vergleichbares findet sich auf den Gießener Friedhöfen jedoch nicht, da hier meist Graburnen bildhauerisch wiedergegeben werden (Abb. 16).

Stele

Die beliebteste und am weitesten verbreitete Form der Grabmarkierungen stellte in der Antike die Stele dar, eine schmale, senkrecht stehende Platte aus behauenen Stein, auf welcher der Name des Toten inschriftlich genannt sein konnte (Abb. 43).

Die Stelen waren oft in Basis, Mittelstück und einzeln gearbeiteten oberen Abschluß unterteilt. Der obere Abschluß der Stele konnte entweder architektonisch - als Giebel - oder ornamental - als Schnecken- oder Palmettenanthemion - gearbeitet sein (Abb. 17).

Das Mittelstück der Stelen zeigte seit dem 6. Jahrhundert v. Chr. oft Reliefdarstellungen, ein- oder mehrfigurige Szenen, die im Lauf des 5. Jahrhunderts v. Chr. eine immer stärker architektonische Rahmung erhielten.

Aedikula

Als Aedikula (lat. kleines Haus, Tempelchen) bezeichnet man ein zur Aufnahme einer Statue bestimmtes kleines Bauwerk (Abb. 18 u. Abb. 19). Meist stand dieses auf einem mannshohen Podium, das oft den Namen des Stifters als Inschrift trug. An der Rückseite stets massiv geschlossen, verfügten Aedikulen entweder über geschlossene Seitenwände oder über zwei vorgestellte Frontsäulen. Der Tempelarchitektur entsprechend, wurden sie meistens von einem Dreiecksgiebel bekrönt. Die Aedikulen dienten im Grabkontext in der Regel als architektonische Rahmung für das Bild der Grabinhaber und ihrer Familien.

Obelisken

Während es im antiken Griechenland kein Beispiel für die Verwendung eines Obeliskens als Grabmal gibt, ist aus der römischen Antike ein einziges Grabdenkmal in Form eines Obeliskens bekannt. Errichtet wurde dieser über dem Grab des Antinous in Rom. Der Jüngling, der auf einer Ägyptenreise im Nil ertrank, war der Liebling Kaiser Hadrians. Es hieß, er habe sein Leben für den Kaiser hingegeben, weshalb ihm nach seinem Tod göttliche Ehren zuteil wurden.

Im 19. Jahrhundert war der Obelisk eine weit verbreitete Form des Grabmals. Auch auf den Gießener Friedhöfen findet sich eine große Zahl von Obelisken (Abb. 20).

Zum Begriff des Grabmals

Grabdenkmäler - im weitesten Sinn - sind oberirdische Markierungen von Grabstellen.

Im Griechischen bezeichnet man sie wahlweise als *mnema* (Erinnerung, Gedächtnis) oder *sema* (Zeichen). Sie dienen sowohl der Kennzeichnung eines Grabes, als auch der Erinnerung an den Verstorbenen. Für den Anspruch von Grabdenkmälern, ein bleibendes Andenken zu stiften und zugleich den gesellschaftlichen oder politischen Status widerzuspiegeln, sprechen auch die monumentalen Grabmalsformen.(a. v., k. r.).

Architekturmotive der Antike

Die antiken Grab-Aedikulen beziehen sich mit ihren Dreiecksgiebeln und Säulen auf Formen, die ihren Ursprung im griechischen Tempelbau haben.

Im 5. Jh. v. Chr. erhielten in Griechenland Grabstelen zunächst häufig einen dreieckigen Giebelabschluß mit Eckverzierungen (Akroteren), später auch rahmende Relief-Pfeiler als schmückende Architekturelemente.

Diese Giebel und Pfeiler nahmen im Laufe der Entwicklung an Tiefe zu und boten so der figürlichen Plastik auf den Stelen immer mehr Raum, so daß sie sich vom Reliefgrund mehr und mehr abhob und letztlich rundplastisch gestaltet wurde.

In den Nekropolen von Athen führte diese Entwicklung nicht weiter, weil ein Gesetz vom Ende des 4. Jh. v. Chr. den Grabluxus einschränkte. Im übrigen Griechenland aber wurden vielen Grab-Aedikulen durch Säulen vor den Pfeilern ergänzt.

Solche aufwendigen Aedikulen sind in mehreren griechischen Orten, vor allem aber in Abbildungen auf Grabgefäßen aus Großgriechenland zahlreich erhalten.

Auf dem Alten Friedhof schließen sich viele der älteren Grab-Aedikulen eng an die antiken Vorbilder an (Abb. 21). Aber auch bei Gräbern, die

davon mehr oder weniger abstrahieren, wird der Bezug auf die Antike noch deutlich.

So bei dem Grabmal der Familie Michel (Abb. 22), das dorische Säulen mit einem Giebel verbindet, der von Formvorstellungen des Jugendstils beeinflusst ist, oder beim Grab der Familie Schneider (Abb. 23) auf dem Neuen Friedhof, das die antike Aedikula im wesentlichen in geometrische Rechteck- und Dreieck-Strukturen überträgt. Die beiden Trauernden vor den Relief-Pfeilern gehen als Motiv auf Grabanlagen der Antike zurück, Gewand und Gestus erscheinen aber davon unabhängig.

Die Rückwand zahlreicher Grab-Aedikulen der Gießener Friedhöfe führt mit einem Bogen weiter in einen imaginären Raum dahinter.

Die Verbindung der Aedikula mit dem Bogen läßt an römische Ehrenbogen denken. In römischer Vorstellung waren diese Bogen nicht nur Zeichen der Ehrung und Erhöhung des Feldherren oder Kaisers, für den sie gestiftet wurden. Im Zug durch den Ehrenbogen in Rom sah man in der Antike auch eine sühnende, von Blutschuld reinigende Wirkung (Abb. 24).

Während die meisten Bogentrückwände der Grab-Aedikulen die Namen der Verstorbenen tragen, ist am Grab der Familie Noll ein Engel schwebend auf Goldgrund, dem Symbol für das Jenseits, dargestellt. In christlicher Vorstellung bringt hier der Schritt durch den Bogen - vom diesseitigen in ein himmlisches Leben - die Auferstehung.

Architekturmotive des Grabmals der Familie Gail

Die zentrale Aedikula wurde bei der Erweiterung des Grabes der Familie Gail in eine Grab-Fassade integriert, die an beiden Seiten mit pfeilergestützten Rundnischen abschloß. Die Reliefdarstellungen in den Feldern dazwischen sind in profilierte Rahmen wie in Fenster eingelassen. Darunter tragen Kassetten-Felder die Namen der Bestatteten. Die Sockelzone und das abschließende Gesims in rotem Sandstein unterstreichen den Fassadencharakter des Grabmals.

Ägyptische Architekturmotive

Die Übernahme der ägyptischen Pyramide als Grabmal ist bereits im 1. Jh.

v. Chr. durch die Cestius-Pyramide in Rom bezeugt (Abb. 25).

Antonio Canova (1757-1822) läßt Gestalten in antiken Gewändern - Personifikationen der Trauer, Tugend und Barmherzigkeit - durch das Tor einer kleinen Pyramide treten. Dieses Grabmal verbindet Plastik, die sich an griechisch-römischen Vorbildern orientiert, mit ägyptischer Architektur. Zitate typisch ägyptischer Bauformen wie Obelisk und Pyramide sind seither, vor allem im Bereich der Grabgestaltung, europäische Tradition (Abb. 27).

Das Grabmal der Familie Streng auf dem Alten Friedhof steht in dieser Tradition. Der zentrale Grabstein variiert die Pyramide. Seine Frontseite wird von einer Tür beherrscht, Symbol für den Durchgang von der Welt der Lebenden in das Jenseits. Darüber, wie in einer Fensternische, legt eine Gestalt in antiker Kleidung, mit verhülltem, gesenktem Haupt, den Arm über die runde Tafel mit dem Namen der Familie (Abb. 26). (m. f.)

Die Grabfigur

Etwa 600 Jahre vor Christus werden in Attika neben schlichten aufrecht stehenden Stelen auch Rundplastiken in menschlicher Gestalt als Grabmal aufgestellt. Zunächst gibt es zwei wichtige Motive der Grabfigur. Statisch aufrecht stehende Jünglinge, sie werden als Kuroi bezeichnet und stehende Mädchen, sie werden als Koren bezeichnet. Als figürliche Grabmotive kommen zu diesen ersten stehenden Figuren Reiterfiguren, Sphingen, Sirenen, Hunde und Löwen hinzu. Auf den Gießener Friedhöfen findet man vereinzelt diese Motive.

Die stehende Grabfigur

In den zwei Außennischen des Grabmals der Fabrikantenfamilie GAIL steht jeweils eine etwa lebensgroße weibliche Gestalt aus Marmor. Beide sind laut Inschrift von dem Bildhauer Friedrich H.N. Küsthardt hergestellt. Die linke wird als die "Hoffnung" und die rechte als die "Liebe" bezeichnet.

Die "Hoffnung" (Abb. 28) trägt ein um den Körper gelegtes Gewand in

antikisierendem Stil. Unterhalb des Umschlages, zu den Füßen hin, fällt das Gewand in vielen Falten herab. Das rechte Bein, das Standbein, auf dem ihr Gewicht lastet, hat sie etwas zurückgenommen und nach außen gestellt. Die Fußspitze des Spielbeins schaut unter dem Gewand hervor. Zwei Finger ihrer linken Hand legt sie an ihren Hals.

Die Haare sind hinten zu einem Knoten zusammengebunden. Auf der linken Seite der Figur steht eine abgebrochene Säule, auf deren Schaft sich ein mit einer Reliefdarstellung verziertes Gefäß befindet.

Das antike Beispiel der „Artemis von Larnaca“ (Abb. 29) stammt aus frühhellenistischer Zeit um 330 v. Chr.. Vergleichbar ist in erster Linie das Motiv der neben einer Säule stehenden Figur. In beiden Fällen hat die Figur ihr linkes Bein vor die Säulenbasis gestellt. Unterhalb ihres linken Armes steht auf einer Säule eine Artemis Statuette.

Der Bildhauer Kephisodotos hat mit der Skulptur: „Eirene mit dem Plutosknaben“ (Abb. 30) die bildliche Darstellung von Frieden und Reichtum geschaffen. Die Friedensgöttin Eirene hält den Plutosknaben (Plutos, aus dem griechischen: Reichtum, Wohlstand) auf ihrem Arm. Sie trägt einen Peplos und ein einfaches Mäntelchen als zeitgenössische griechische Tracht. Bakchilides umschreibt dies folgendermaßen: „Der Frieden gebärt den Reichtum.“

Die "Liebe" (Abb. 31) wird durch eine Frauengestalt mit einem unbedeckten Kind in ihren Armen verkörpert. Die Gesichter sind einander zugewandt und berühren sich im Kinnbereich.

Die "Liebe" steht wie die "Hoffnung" auf einem runden Sockel. Sie trägt ein ähnliches Gewand, jedoch hat sie es genau gegensätzlich gewunden, nämlich von der linken Hüfte über die rechte Schulter. Es ist am unteren Saum und an den Armen mit einer gehäkelten Spitze besetzt. Die Haare sind ebenfalls zu einem Knoten zusammengebunden.

Sitzende Grabfiguren

Sitzende Figuren kommen ebenfalls als Grabmonumente in der Antike vor. Sie sind vereinzelt in Griechenland gefunden worden.

Das junge Mädchen des Grabmals der Familie Spruck (Abb. 32) auf dem Alten Friedhof, ganz aus weißem Marmor gearbeitet, sitzt auf dem Sockel eines Obelisken. Sie trägt ein antikes Gewand, einen gegürteten Peplos, der auf den Schultern mit jeweils drei Knöpfen zusammengehalten ist. Ihr Kopf ist nach unten geneigt.

Seit der frühen klassischen Zeit wird die sitzende Figur mit übereinan-

dergeschlagenen Beinen, den Kopf in einer Trauergebärde auf die Hand gestützt, dargestellt.

Auch die überlebensgroße Figur des Grabmals Mahla - Gail sitzt auf einem Felsblock (Abb. 33). Rechte und linke Hand liegen aufeinander in ihrem Schoß. Sie trägt über dem Chiton (Gewand) ein Himation (Mantel), das auch ihren Kopf bedeckt. In der rechten Hand hält sie einen Kranz mit einer Schleife.

In der Antike sind häufig Grabfiguren in dieser Haltung dargestellt, auch die Skulptur der Penelope aus Persepolis zeigt einen ähnlichen Gestus (Abb. 34).

In Homers Odyssee ist Penelope die Gemahlin des Odysseus. Sie ist ein Vorbild ehelicher Treue, da sie 20 Jahre lang auf die Wiederkehr ihres Gatten wartete.

Die Statue aus Persepolis sitzt mit übereinandergeschlagenen Beinen auf einem Felsblock. Sie ist ebenfalls mit Chiton und Mantel, den sie über den Kopf gezogen hat, bekleidet.

Das Haar

Das Haar der weißen Marmorstatue auf dem Grabmal der Familie Spruck ist nach antiker Art in der Mitte gescheitelt (Abb. 36). Von den Schläfen ist es in langen Wellen nach hinten genommen und zu einem Knoten eingeschlagen, aus dem sich eine im Nacken herabhängende Locke gelöst hat.

Diese Frisur kann man z. B. bei antiken Darstellungen der Liebesgöttin Aphrodite finden.

Das zusammengebundene Haar der auch unter dem Namen Venus von Milo bekannten Statue der Aphrodite von Melos (Abb. 35), um 120 v. Chr., die sich heute im Louvre in Paris befindet, folgt diesem überzeitlichen Schönheitsideal.

Nike - Darstellungen

Der Typus der Nike findet sich mehrmals auf dem Alten Friedhof. Die Nike ist in der Antike die Personifizierung des Sieges. Auf dem christli-

chen Friedhof verbindet sich diese Figur mit dem Engel, der zur Auferstehung führt und damit den Tod besiegt.

Die Figur des Grabmals der Familie Rühl ist wie fast alle geflügelten Skulpturen des Alten Friedhofes etwas kleiner als lebensgroß. Die geöffneten Flügel und die Fußhaltung deuten auf den Augenblick der Landung (Abb. 37).

Das Bild der Nike des Paionios (nach 421 v. Chr.) stand einst vor der Ostseite des Zeustempels in Olympia auf einem annähernd 10 Meter hohen Pfeiler (Abb. 38).

Zwischen Himmel und Erde schwebend, mit einem Adler unter den Füßen, ist die Siegesgöttin im Flug dargestellt. Fußhaltung und Schrittstellung sind bei der weißen Marmorfigur des Grabmals Rühl sehr ähnlich.

Der Löwe

Tiere auf Gräbern gab es seit archaischer Zeit (700-480 v. Chr.), jedoch treten sie erst ab dem 4. Jahrhundert in größerer Zahl auf. Auf Reliefdarstellungen finden wir Löwen, Panther, Stiere, Widder, Ziegen, Hunde, Schwäne, Hähne und Rebhühner. In der Rundplastik ist neben Hund, Stier und Adler der Löwe die beliebteste Skulptur für Gräber.

Der Löwe steht als Wächter. Seine Stärke ist sein wichtigstes Attribut. Der älteste bekannte Grablöwe ist der Löwe aus Korfu. Er stammt aus den Jahren um 600 v. Chr.

In den Nekropolen von Athen, Kythera und Milet wurden ebenfalls archaische Löwen gefunden. Später wurden Löwen auf Sammelgräbern von Kriegsgefallenen aufgestellt.

Der Löwe des Grabmals der Familie Wolf (Abb. 39) auf dem Neuen Friedhof liegt auf der rechteckigen Grabplatte. Seinen Kopf hat er auf seine Vorderläufe gelegt. Die Augen sind geschlossen, aber auch im Schlaf wacht er über die Verstorbenen.

Der Löwe aus Milet, Mitte des 6. Jh. v. Chr., Berlin, Nationalmuseum, bedeckt ebenfalls fast die gesamte Grabplatte (Abb. 40). Seine Augen sind geöffnet. Er erfüllt so seine Funktion als Wächter der Grabanlage.

(d. i., v. b.).

Das Grabrelief

Das Grabrelief war in der Antike weit verbreitet und sehr beliebt. Vorwiegend wurde der Verstorbene allein oder im Kreise seiner Familie dargestellt. Die Reliefs trugen häufig auch Inschriften mit den Namen der Verstorbenen und Angaben zu deren gesellschaftlicher Stellung.

Wie beim Beispiel des Grabmals der Hegeso waren die Reliefdarstellungen oftmals durch Angaben von Architektur gerahmt (Abb. 41).

Als Grabmal der Familie Kalbfleisch dient der Abguß eines antiken Reliefs. Dargestellt sind Orpheus und Eurydike, geleitet von Hermes, dem Gott, der die Verstorbenen in die Unterwelt führt (Abb. 42).

Der Mythos besagt:

Orpheus erfreute die Götter mit seinem Gesang so sehr, daß sie ihm den Wunsch, die Gattin Eurydike aus dem Schattenreich der Toten wieder zurück ins Leben zu holen, erfüllen wollten. Allerdings mußte er versprechen, sich auf diesem Weg nicht umzuschauen. Orpheus verstieß gegen die Bedingung und verlor so wieder, was er durch die Kraft seines Gesanges bereits erreicht glaubte (Abb. 43).

Die klassizistische Auseinandersetzung mit diesem antiken Mythos spiegelt sich auch in Friedrich Schillers Gedicht "Nänie" wieder:

Auch das Schöne muß sterben!
Das Menschen und Götter bezwinget,
nicht die eherne Brust rührt es des stygischen Zeus.
Einmal nur erweichte die Liebe den Schattenbeherrscher,
und an der Schwelle noch, streng,
rief er zurück sein Geschenk.
Nicht stillt Aphrodite dem schönen Knaben die Wunde,
die in den zierlichen Leib grausam der Eber geritzt.
Nicht errettet den göttlichen Held
die unsterbliche Mutter,
wenn er, am skäischen Tor fallend,
sein Schicksal erfüllt.
Aber sie steigt aus dem Meer
mit allen Töchtern des Nereus,
und die Klage hebt an um den verherrlichten Sohn.
Siehe! Da weinen die Götter, die Göttinnen alle,
daß das Schöne vergeht, daß das Vollkommene stirbt.
Auch ein Klaglied zu sein im Mund der Geliebten,
ist herrlich,
denn das Gemeine geht klanglos zum Orkus hinab.

Gailsches Grab auf dem Alten Friedhof in Gießen

Auf den Reliefplatten zu beiden Seiten der Aedikula des Gail'schen Grabes sind Szenen des Alten und Neuen Testaments dargestellt (Abb. 44, Abb. 45, Abb. 46). Sie haben keine antiken Vorläufer, sondern beziehen sich lediglich in Motiv-Details auf das Altertum. Ihre nächsten Parallelen liegen im italienischen Quattrocento (Ghiberti). Die Gestalten sind aber mit antikisierenden Gewändern bekleidet und in antike architektonische Zusammenhänge gesetzt; dies erlaubt dem Betrachter, einen „antiken Bezug“ herzustellen.

Die zentrale Reliefplatte zeigt den Verstorbenen in Uniform (Abb. 47), gelagert vor der an den Erhebungen des Gleibergs und Vetzbergs erkennbaren Landschaft seiner Heimat (Abb. 48).

Nike/Viktoria, die Siegesgöttin der Griechen und Römer, bringt ihm den Ehrenkranz. So wird der „Tod für das Vaterland“ heroisiert, der Soldat geehrt und der ihm gebührende Ruhm mit der Anknüpfung an die Antike versinnbildlicht (u. l.).

(Abb. 49).

Das Marmorrelief des Grabes der Familie Althaus (Abb. 50) ist im Material und in der Darstellung eines Paares, auch durch die Art seiner Bekleidung, eng an griechische Grabreliefs angelehnt. Aber nicht nur in Details wie der modernen Frisur der männlichen Gestalt, sondern vor allem im Verhältnis der Personen zueinander zeigt sich auch der Abstand zur Antike.

Auf dem attischen Grabrelief des Thraseus und der Euandria reicht sich das Paar die Hände zum letzten, endgültigen Abschied vor dem Gang in das Schattenreich der Toten. Sie sind einander zugewandt, haben aber doch schon einen Abstand zu ihrem Gegenüber. Solche Abschiedsdarstellungen kehren auf antiken Grabstelen und Grabspenden-Gefäßen (Lekythen) häufig wieder.

Das Paar des neuzeitlichen Grabreliefs dagegen ist eng verbunden dargestellt. Diese Beziehung hat nach christlicher Vorstellung über den Tod hinaus bestand, da das Weiterleben im Jenseits zur Hoffnung auf ein Wiedersehen berechtigt.

Auf dem Grabmal des Carl Philipp Hess ist ein Jüngling mit Flügeln abgebildet, der über einer gesenkten Fackel lehnt (Abb. 51). Ein Pendant zu diesem Relief, mit Landschaftsangaben, Urne und einem kleinen flie-

genden Insekt, detailreicher ausgeführt, zeigt die Grabplatte des Fridericus Carolus Rumpf (Abb. 52).

Im antiken Griechenland wurde Thanatos, der Tod, und sein Bruder Hypnos, der Schlaf, als Jünglinge mit Flügeln dargestellt. Die Fackel ist ein Symbol für die Unterwelt: Persephone, die Göttin, die eine Hälfte des Jahres im Hades, die andere auf der Erde weilt, hat eine Fackel als Attribut.

Auf den römischen Grabdarstellungen hält ein Eros sie als Zeichen des Todes. Auf dem hier gezeigten Giebelbeispiel hält er die Fackel gesenkt, den neuzeitlichen Darstellungen der beiden Grabmale auf dem Alten Friedhof vergleichbar.

In dem Gedicht „Resignation“ greift auch Schiller in der zweiten Strophe auf das antike Bild des Todes mit der gesenkten Fackel zurück:

Des Lebens Mai blüht einmal und nicht wieder;
Mir hat er abgeblüht.
Der stille Gott - o weinet meine Brüder -
Der stille Gott taucht meine Fackel nieder,
Und die Erscheinung flieht (m. f.)

Von der Natur des Ornaments in der antiken Kunst

Das Ornament ist ein Zweig der Kunst und wird nur an etwas Gegenständlichem sichtbar: an einem Raum, Bauwerk, an Geräten, Gefäßen.

Das Ornament bereichert das Aussehen des Gegenstandes, betont seine Gestalt oder gliedert den Bau. Es verdeutlicht seine Bestimmung und ästhetische Funktion.

Alle Ornamente können gemalt oder plastisch gestaltet sein. Für beide Gruppen gilt, daß das Ornament als Ganzes oder aber auch Teile desselben Bedeutungsträger für eine Aussage werden können.

Das Ornament nimmt seine Vorbilder

- aus der pflanzlichen Welt
- aus der Tierwelt

- aus der Invention oder Phantasie des Künstlers, der verzieren will (geometrische Formen)

(Abb. 53, Abb. 54, Abb. 55, Abb. 56, Abb. 57)

Die für unsere Betrachtung wichtigsten Vorbilder sind die Pflanzen, denn aus den Pflanzen entstanden die ornamentalen Grundformen in der griechischen Kunst. Für uns interessant sind hier im besonderen die Blütenknospe, die Krone mit Blütenblättern, das Blatt, der Stiel und später auch die Frucht. Dabei ist zu bemerken, daß auf fast allen von uns betrachteten Ornamenten der Grabmäler auf den Gießener Friedhöfen, auf denen wir einen Bezug zur Antike herleiten konnten, die einzelnen Formen stilisiert wurden.

Nicht die Naturgleichheit ist zu sehen, sondern nur eine Naturähnlichkeit, die aber gerade dann eine besondere Aussagekraft entwickelt, wenn einzelne Teile zum Bedeutungsträger werden.

Mohn und Palmette Grabmal Müller

Umgeben von einem schmiedeeisernen Gitter und steinernem Eckpfosten - eine schwarze Marmorstele mit Stelenbekrönung aus weißem Marmor. Das Gitter zeigt Rankenwerk gekrönt von alternierenden Mohnkapseln und Palmetten (Abb. 58 u. Abb. 59).

Bereits den Metamorphosen des Ovid können wir die Todessymbolik des Mohns entnehmen. Die um ihren Gatten Ceyx bangende Alcyone träumt von einem Grabhügel, in dem Ceyx begraben liegt.

"Draußen am Eingang stehen
in üppiger Blüte der Mohn
und Kräuter tausenderlei,
aus denen die Nacht
ihre süßen Schlummersäfte gewinnt,
das beschattete Land zu betauen."

Ovid, *Metamorphosen*

Grabmal Spruck

Umfriedet von Pfosten mit einer Krönung von Mohnkapseln und Mohnblüten in Rankenornamenten sitzt eine weiße Marmorfigur, die wiederum einen Strauß von Mohnfrüchten in der Hand hält (Abb. 60).

Grabmal W. Spruck

Das Grabmonument hat einen auf elementare Formen reduzierten Palmetten-Lotusfries, der nur noch als antikes Zitat verstanden werden kann (Abb. 61).

Grabmäler Familie Joseph Mann und G. Schneider

Die Grabmonumente zeigen jeweils Lotosknospen und Blütenfriese. (Abb. 62, Abb. 63, Abb. 64, Abb. 65, Abb. 66, Abb. 67)

Lutrophore mit Rankenornament

Grabmal der Familie Gail

Reiche Ornamentik auf den Pilastern

Aus einer mit Trauerband geschmückten Lutrophore wächst ein Blatt- und Rankenornament, dessen aufrollende Blätter Mohnknospen freigeben. (Abb. 68, Abb. 69, Abb. 70, Abb. 72)

Palmette Akanthus

Grabmal Koch

Das Grabmonument zeigt eine stilisierte Palmette mit seitlichen Ranken.
(Abb. 71, Abb. 73, Abb. 74)

Ölbaumblätter Fries

Grabmal Herrmann Helwig

Fries aus Ölbaumblättern und Oliven (u. t., p. t.).
(Abb. 75 u. Abb. 76)

Autoren:

Volker Bunte
Ralf Dörschner
Monika Francke
Despina Ioannidou
Christian Kaufmann
Udo Lenz
Carsten Lind
Kerstin Rüschemschmidt
Jeanette Schmitt
Ursula Tonnemacher
Peter Tonnemacher
Annette Völker

Abbildungsliste :

- Abb. 1 Stele auf dem Alten Friedhof
- Abb. 2 Grabmal der Familie Jäger auf dem Alten Friedhof
- Abb. 3 Grabmal Spruck auf dem Alten Friedhof
- Abb. 4 Der Torso von Belvedere, römische Kopie einer hellenistischen Skulptur, Rom, Vatikanische Museen
- Abb. 5 Der Torso von Belvedere, römische Kopie einer hellenistischen Skulptur, Rom, Vatikanische Museen
- Abb. 6 Goethe in der römischen Campagna, J.H.W. Tischbein, 1887, Frankfurt, Städel
- Abb. 7 Plan des Alten Friedhofs
- Abb. 8 Plan des Neuen Friedhofs
- Abb. 9 Gräberstraße auf dem Kerameikos Athen
- Abb. 10 Plan des antiken Pompeji
- Abb. 11 Detailplan der Straße am Herkulaner Tor
- Abb. 12 Grabmal der Familie Gail auf dem Alten Friedhof
- Abb. 13 Grabmal der Familie Mahla - Gail auf dem Alten Friedhof
- Abb. 14 Trauernde Dienerin, letztes Drittel 4. Jh. v. Chr., Berlin, Staatliche Museen
- Abb. 15 Grablekythos, 4. Jh. v. Chr., Wien, Kunsthistorisches Museum
- Abb. 16 Grabmal Franz Xavier Henrizi auf dem Alten Friedhof
- Abb. 17 Grabmal Hermann Noll auf dem Alten Friedhof
- Abb. 18 Grabrelief des Hiras, um 100 v. Chr., München, Glyptothek
- Abb. 19 Grabmal der Familie Emmelius auf dem Alten Friedhof

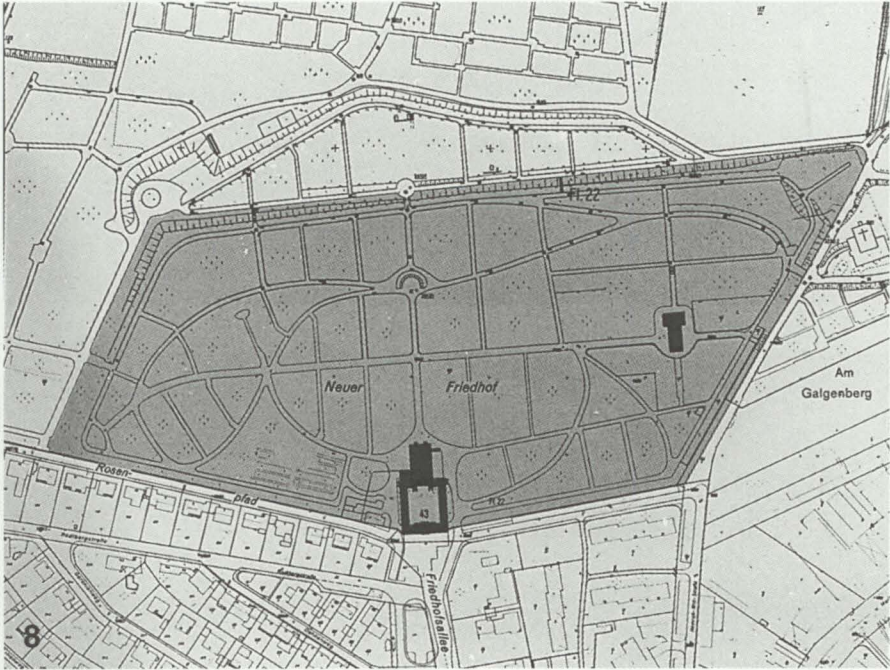
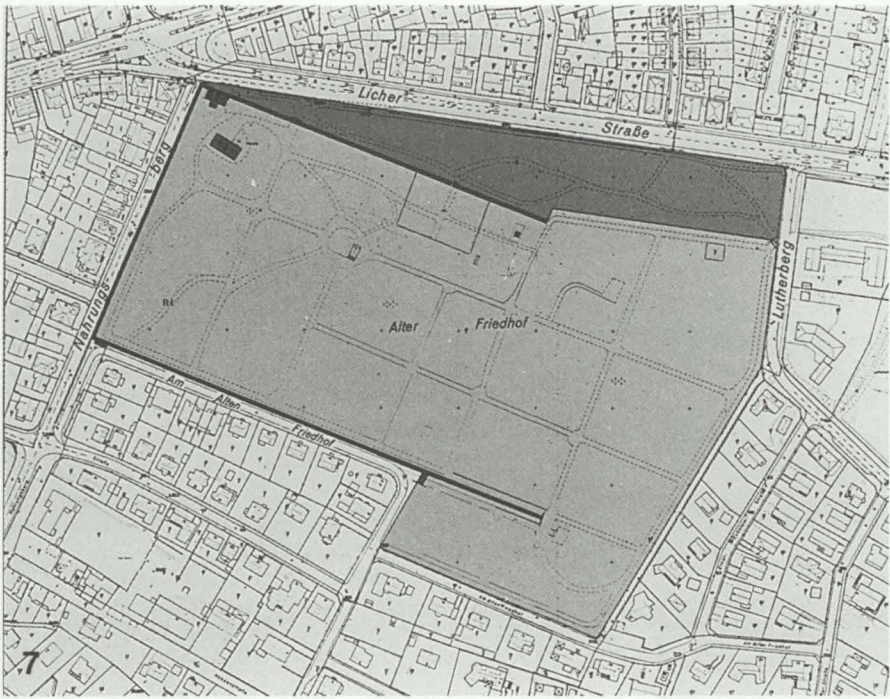
- Abb. 20 Grabmal der Familie Fischer auf dem Alten Friedhof
- Abb. 21 Grabmal der Familie Noll auf dem Alten Friedhof
- Abb. 22 Grabmal der Familie Michel auf dem Alten Friedhof
- Abb. 23 Grabmal der Familie Schneider auf dem Neuen Friedhof
- Abb. 24 Arco dei Gavi, Verona, 1. Jh. n. Chr
- Abb. 25 Cestius - Pyramide, 1. Jh. v. Chr., Rom
- Abb. 26 Grabmal der Familie Streng auf dem Alten Friedhof
- Abb. 27 Grabmal der Erzherzogin Maria Christine, A. Canova, 1798 - 1805, Wien, Augustinerkirche
- Abb. 28 Die Hoffnung. Grabmal der Familie Gail auf dem Alten Friedhof
- Abb. 29 Artemis von Larnaca. Frühhellenistisch aus Zypern.
- Abb. 30 Eirene mit dem Plutosknaben. Um 370 v. Chr., aus Athen
- Abb. 31 Die Liebe. Grabmal der Familie Gail auf dem Alten Friedhof
- Abb. 32 Sitzende des Grabmals der Familie Spruck auf dem Alten Friedhof
- Abb. 33 Sitzende des Grabmals der Familie Mahla-Gail auf dem Alten Friedhof
- Abb. 34 Penelope. Römische Kopie nach einem Original von 460 v. Chr., aus Persepolis
- Abb. 35 Aphrodite von Melos. Um 120 v. Chr., aus Melos
- Abb. 36 Detail Haar. Grabmal der Familie Spruck auf dem Alten Friedhof
- Abb. 37 Grabmal der Familie Rühl auf dem Alten Friedhof
- Abb. 38 Nike des Paionios. Nach 421 v. Chr. in Olympia.
- Abb. 39 Grabmal der Familie Wolf auf dem Neuen Friedhof

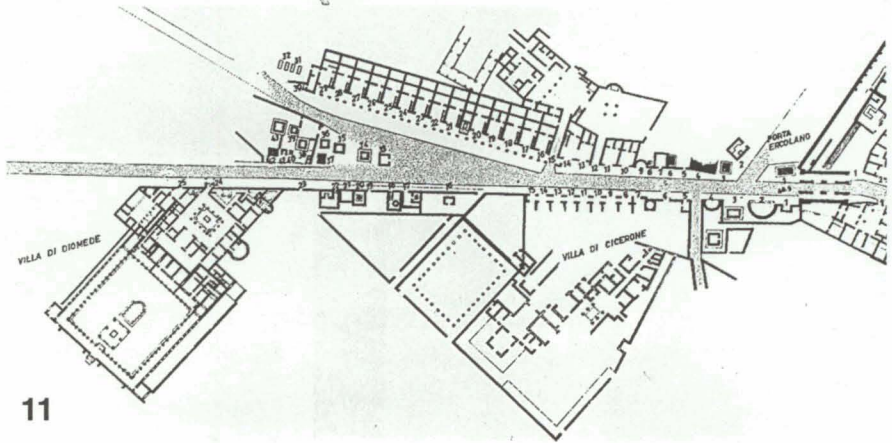
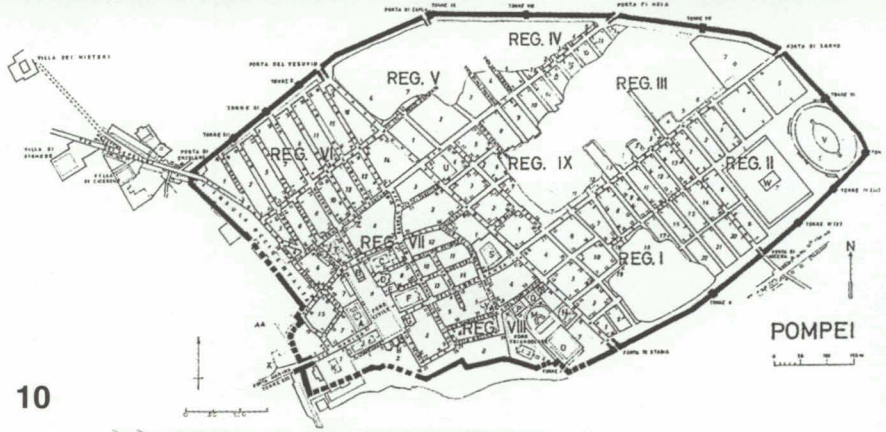
- Abb. 40 Löwe aus Milet. Mitte des 6. Jh. v. Chr., Berlin, Nationalmuseum
- Abb. 41 Grabmal der Hegeso, um 410 v. Chr., Athen, Nationalmuseum
- Abb. 42 Grabmal der Familie Kalbfleisch-Benas auf dem Neuen Friedhof
- Abb. 43 Abschied des Orpheus von Eurydike, römische Kopie eines attischen Reliefs, um 420 v. Chr., Neapel, Museo Nazionale
- Abb. 44 Grabmal Familie Gail auf dem Alten Friedhof
- Abb. 45 Der Jakobssegel
- Abb. 46 Auferweckung des Jünglings von Nain
- Abb. 47 Liegender Soldat mit Nike
- Abb. 48 Gleiberg / Vetzberg
- Abb. 49 Nike von Samothrake, um 190 v. Chr., Paris, Musée du Louvre
- Abb. 50 Grabmal der Familie Althaus auf dem Neuen Friedhof
- Abb. 51 Grabmal Carl Philipp Hess auf dem Alten Friedhof
- Abb. 52 Grabmal Fridericus Carolus Rumpf
- Abb. 53 Lotos - Palmetten - Fries
- Abb. 54 Palmette
- Abb. 55 Laufender Hund
- Abb. 56 Flechtband
- Abb. 57 Anthemion
- Abb. 58 Grabmal der Familie Arnold Müller auf dem Alten Friedhof
- Abb. 59 Stele von Amphipolis, Archäologisches Museum Kavala
- Abb. 60 Grabmal der Familie Spruck auf dem Alten Friedhof

- Abb. 61 Grabmal der Familie W. Spruck auf dem Alten Friedhof
- Abb. 62 Grabmal der Familie Josef Mann auf dem Alten Friedhof
- Abb. 63 Grabmal der Familie G. Schneider auf dem Neuen Friedhof
- Abb. 64 Schatzhaus der Siphnier, 525 v. Chr., Delphi
- Abb. 65 Fries vom Erechtheion, 406 v. Chr., Athen, Akropolis
- Abb. 66 Grabstele eines Jünglings von Aegina, um 420 v. Chr., Athen, Nationalmuseum
- Abb. 67 Bekrönung eines Monuments mit den Namen der Gefallenen, Korinth und Koroneia, 394 v. Chr., Athen, Nationalmuseum
- Abb. 68 Grabmal der Familie Gail auf dem Alten Friedhof
- Abb. 69 Stele Neokles und Aristoteles, Hamburg, Museum f. Kunst u. Gewerbe
- Abb. 70 Stele des Phainippos, um 330 v. Chr., Louvre
- Abb. 71 Grabmal der Familie Koch auf dem Alten Friedhof
- Abb. 72 Stele des Paramythion, um 380/370 v. Chr., München Glyptothek
- Abb. 73 Grabstele eines Mädchens, Berlin, Staatliche Museen
- Abb. 74 Stele des Aristogeiton, Athen
- Abb. 75 Grabmal der Familie Hermann Helwig auf dem Neuen Friedhof
- Abb. 76 Volutenkrater des Darius - Malers, um 330 v. Chr., Neapel, Nationalmuseum





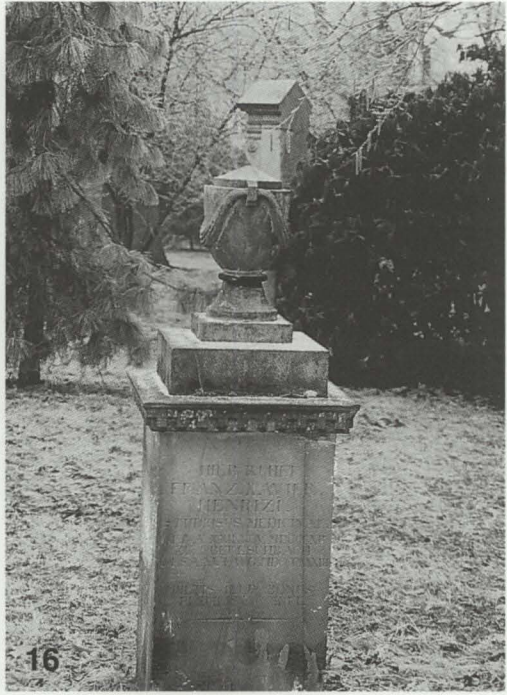




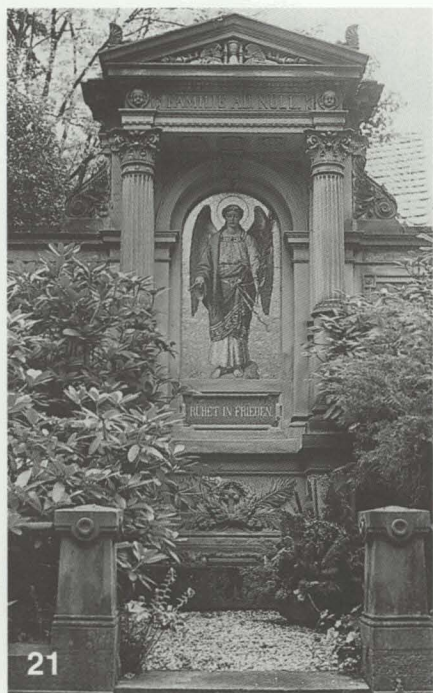


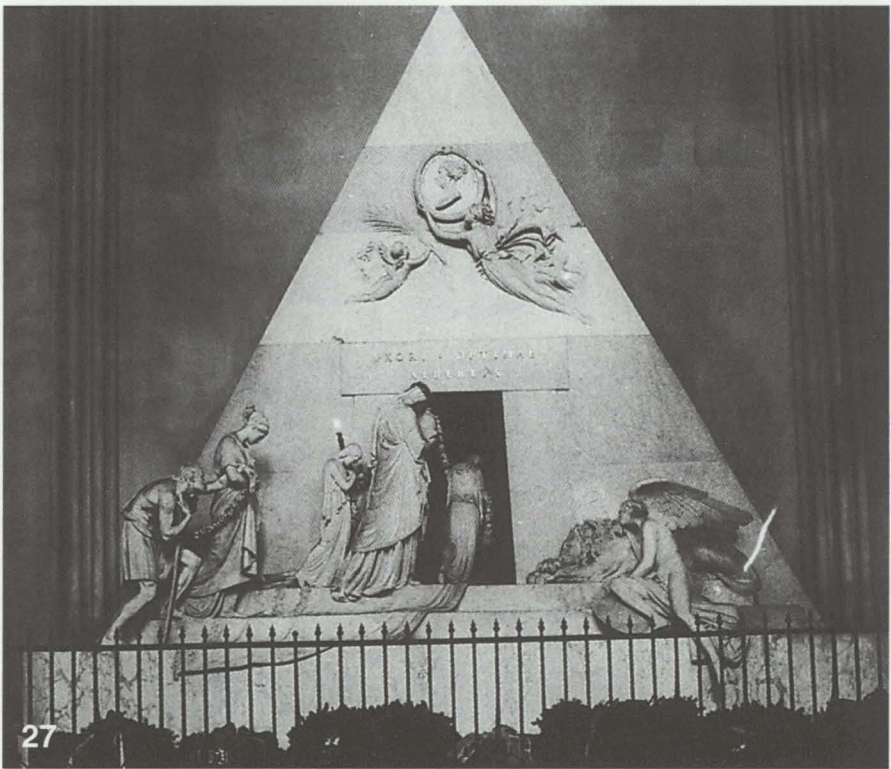
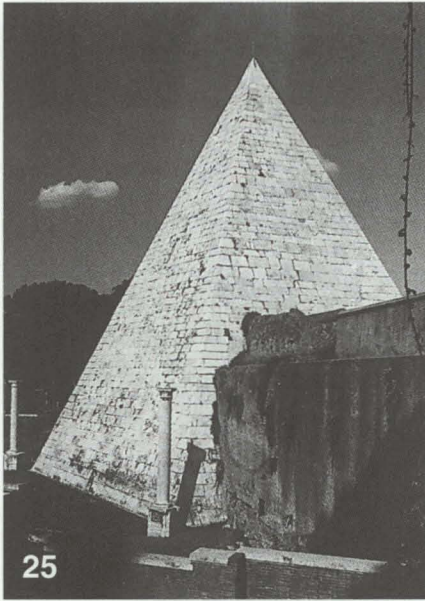
12

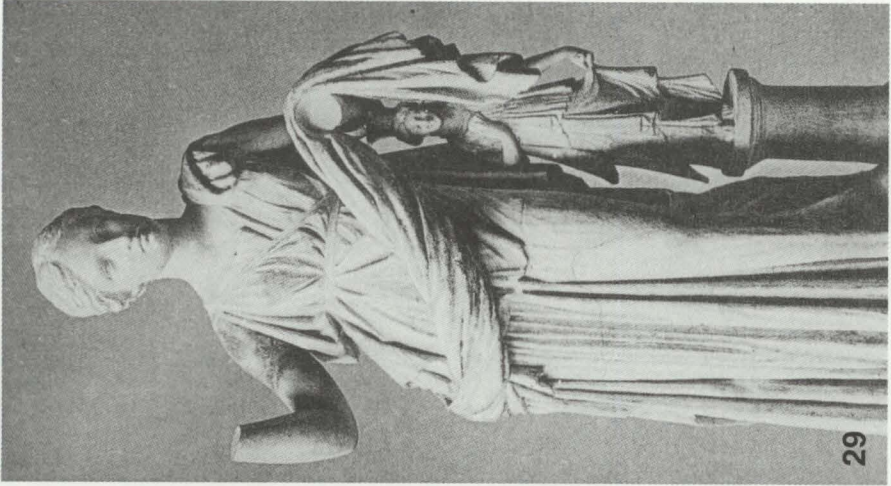












29



28





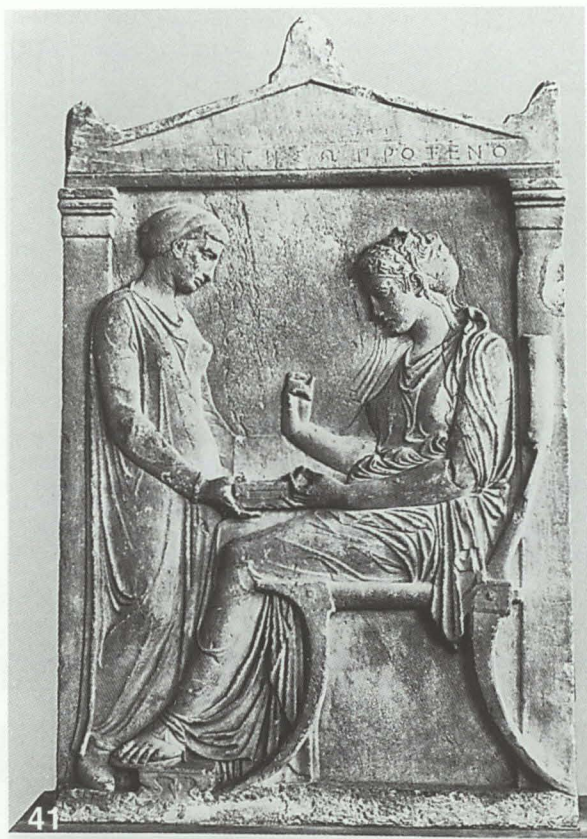




39



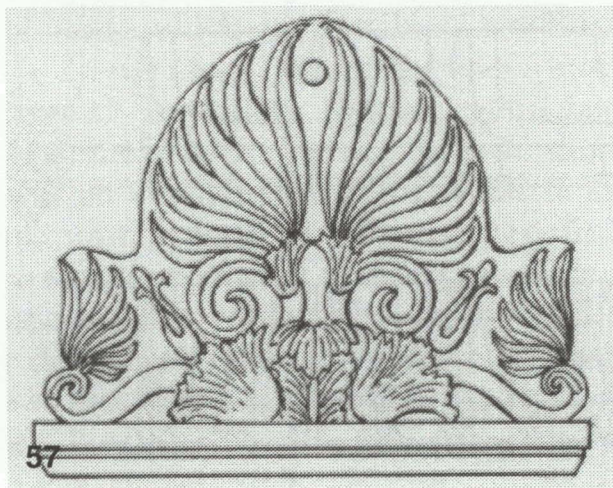
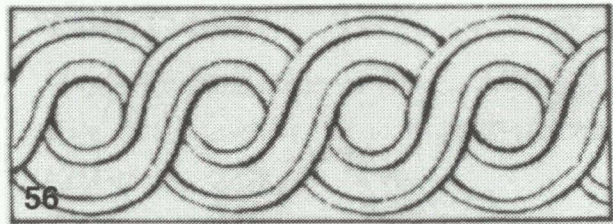
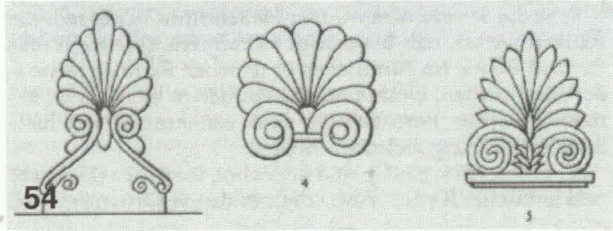
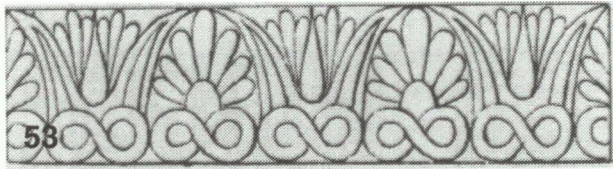
40



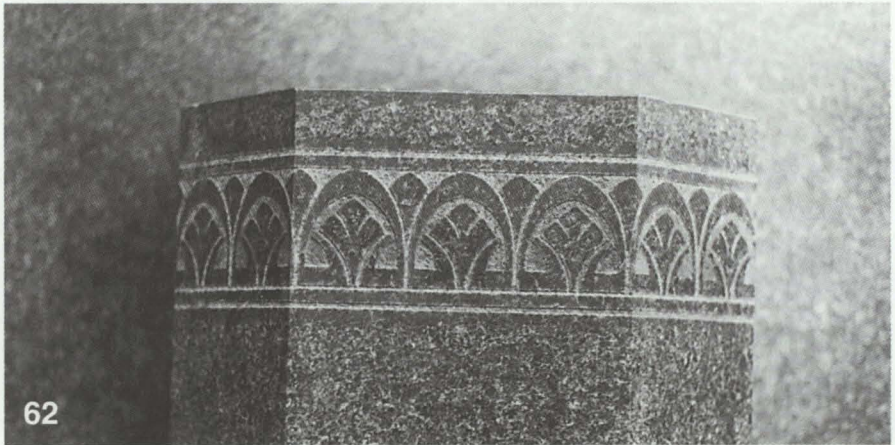
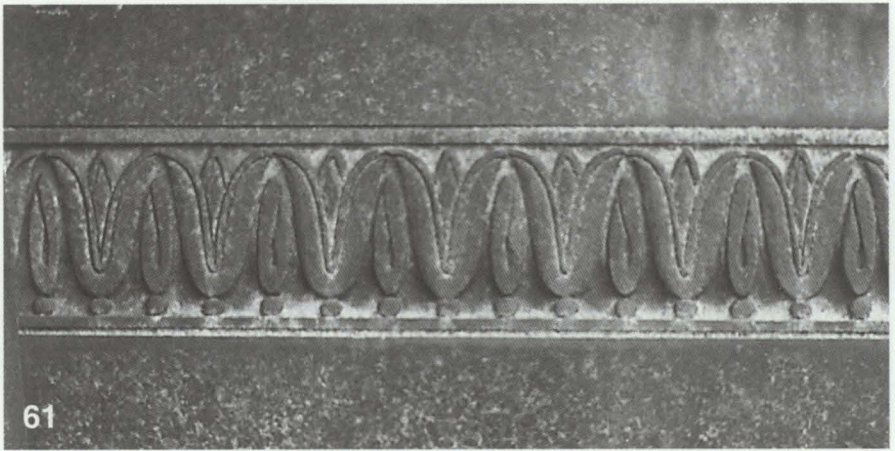


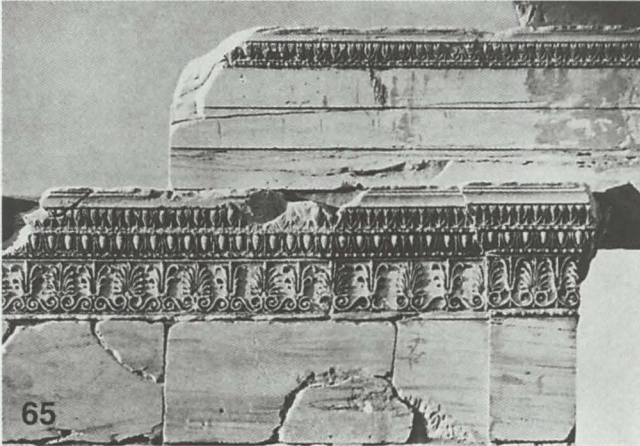














68

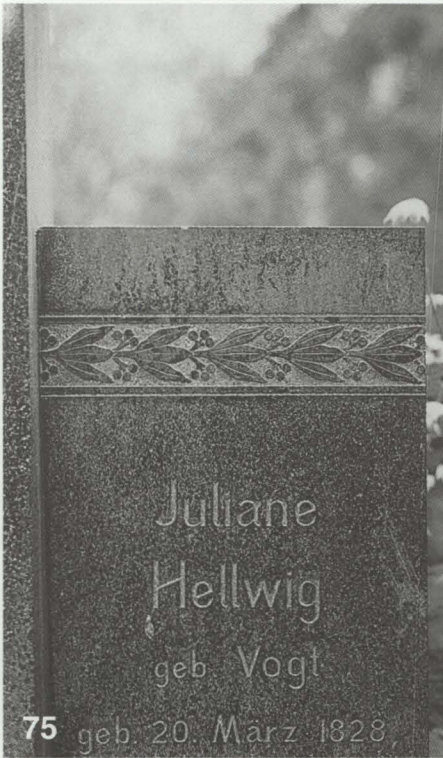


69



70





MATTHIAS WENZEL

Ein Beitrag zur mittelhessischen Bildhauerkunst im 17. Jahrhundert

Eva Broschek

Zeugnisse der Bildhauerkunst aus dem 17. Jahrhundert sind im ländlichen Raum überwiegend aus dem Bereich der Sepulkralkultur erhalten geblieben. Das bedeutet, wenn man sich ein Bild über die Entwicklung dieser Kunstgattung aus jener Zeit machen will, sucht man sinnvoller Weise Orte auf, wo man auf solche Funde hoffen kann. In Marburg sind es in erster Linie die Kirchen, in Gießen vor allem der Alte Friedhof.

Die zahlreichen dort erhaltenen Epitaphe und Grabsteine des 17. Jahrhunderts bieten für mancherlei Untersuchungen eine reich gedeckte Tafel, so etwa für stadthistorische, universitätshistorische, soziologische und - nicht zuletzt - kunsthistorische. Diese steinernen Tafeln sind jedoch, soweit bis heute festgestellt werden konnte, von den ausführenden Bildhauern bzw. Steinmetzen bis auf wenige Ausnahmen nicht signiert worden. Nur spärliche Nachrichten haben wir darüber, wer die überwiegend guten bis aufwendig und kunstfertig gestalteten Steine gearbeitet hat, und auch diese wenigen Informationen erweisen sich bedauerlicherweise bei eingehender Nachforschung teilweise als voreilig und falsch.¹

Genaugenommen bleiben nur drei relativ zuverlässige Werkzeuge übrig, um die Hand einzelner Künstler aus der diffusen Vielzahl von überlieferten Werkstatt- und Gehilfenarbeiten herauszupräparieren: gesicherte archivalische Quellen (wie z. B. Eintragungen in den Kirchenbüchern, zeitgenössische Rechnungen, Briefe, Urkunden), die Eingrenzung der

¹ Als Paradebeispiel sei hier die in sämtlichen Schriften tradierte Auffassung wiedergegeben, alle drei Epitaphe der Theologen Winkelmann (+1626), Haberkorn (+1656) und Feuerborn (+1676) im Inneren der Kapelle am Alten Friedhof in Gießen seien von den Brüdern Adam und Philipp Franck geschaffen worden. Wie jedoch bei Hans Lorenz (Die Landgrafengräber und der Hochaltar in der Lutherischen Pfarrkirche zu Marburg. In: Marburger Jahrbuch für Kunstwissenschaft Bd. 1, 1924, S. 164) nachzulesen ist, verstarb Adam Franck bereits im Jahre 1629, und sein Bruder überlebte ihn auch nur relativ kurz: dessen Name "verschwindet" 1634 aus den Akten.

Entstehungszeit der untersuchten Objekte nach der Lebens- bzw. Wirkungszeit des Künstlers/Kunsthandwerkers (sofern bekannt) und schließlich der minutiöse Vergleich bislang unbekannter Arbeiten mit figürlicher Darstellung, ornamentaler Ausstattung sowie dem Schriftbild der wenigen gesicherten Werke.

Nun wissen wir u. a. von der *Existenz eines Bildhauers Matthias WENZEL* und von seinem Haupt- und zugleich *einzigem gesicherten Werk*, nämlich dem Grabmonument im Chor der Elisabethkirche in Marburg, das Landkomtur Leopold von Neuhoff (+ 1670) für sich im Jahr 1669 bestellt hatte². Einige Einzelheiten zu den Lebensdaten dieses Barockkünstlers erfahren wir von Stahr³. Um nicht nur Kunstinteressierten sondern auch Familienforschern Informationen zu liefern, sollen diese Eintragungen hier vollständig wiedergegeben werden.

W e n s e l, Mathes, Mattias, Matthäus, luth., Bildhauer,
wohnh: am Grün

4.1.1665: als Jungbürger aufgenommen

1674: Witwe zahlt 3 Alb. 3 Hlr. Geschoß

1682: Sohn der Witwe soll Lehrling werden.

S. d. Christoph W., in d. fürstl. Residenz Iburg bei
Osnabrück bestallter Burggraf

geb. in Iburg, gest. vor 1674

verh. 12.10.1663 mit

Maria Katharina Neuhöffer, luth.

T. d. Konrad N. u.d. Cath. Baltzer

get. 6.2.1642, konf. 1656, gest. nach 1682

Kinder: 1. Johann, get. 24.5.1665

2. Johann Ludwig, get. 17.2.1667, konf. 1679

3. Johannes, get. 29.8.1669

4. Johann Christoph, get. 23.10.1670, konf. 1684

5. Sybille, get. 9.3.1673, konf. 1685

verh. 20.2.1696 mit Joh. Burkh. Vapel

Ergänzend sei noch gesagt, daß nach Lorenz⁴ Wenzel ein "Schüler Studios (...) und von 1661 in Marburg nachweisbar" gewesen ist, ohne jedoch Quellen für diese Behauptungen anzugeben.

² Hans Lorenz, a. a. O., S. 190 f sowie

Catharina Graepler, Der Bildhauer Johann Friedrich Sommer in Marburg. Zur Geschichte der Skulptur in Hessen während der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts. Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 38, Marburg 1992, S. 12

³ Kurt Stahr, Marburger Sippenbuch (Bd. 1 - 23 Typoskript), Bd. 22 1965, S 238

⁴ Hans Lorenz, a. a. O., S. 186

Adolphus Studion ist ein Bildhauer aus Elssingen, der 1636 die Witwe des o. g. Adam Franck⁵ geheiratet und dessen Marburger Werkstatt weitergeführt hat⁶. Er starb nach Stahr⁷ vor März 1669, war aber schon 1664 ernsthaft erkrankt⁸. Sein Stiefsohn, der 1626 geborene Helwig Franck⁹, arbeitete vermutlich schon geraume Zeit in der Werkstatt mit und führte sie nach Studions Ableben weiter, da jener nur drei Töchter hinterließ. Helwig Franck starb 1674 oder 1675.

Es ergibt sich rein rechnerisch, daß Wenzel etwa 12 - 14 Jahre in Marburg tätig war, die ersten Jahre als Konkurrent oder Werkstattgenosse zunächst Studions¹⁰ und dann, bis zu ihrem fast gleichzeitigen Tode, Helwig Francks. Für beider letzte Schaffensphase muß sogar noch ein dritter Mitstreiter angenommen werden, namentlich Helwig Francks erstgeborener Sohn, Johann Adam Franck, geb. 1652¹¹, welcher bis zu seinem Tode im Jahre 1705 in Marburg und der weiteren Umgebung als Bildhauer nachweisbar ist.

Adolphus Studion und nachfolgend Helwig Franck bewohnten das von Studion erworbene Haus in der Kugelgasse, während Wenzel sein Domizil am Grün hatte. Wir wissen nicht, ob sie eine gemeinsame Werkstatt betrieben haben oder zwei miteinander wetteifernde. Rückschlüsse anhand des jeweiligen Kundenkreises würden lediglich zu Spekulationen führen aber nicht letztendlich Klarheit schaffen.

Aus Gießen ist im fraglichen Zeitraum kein vergleichbarer Künstler überliefert. Auf dem dortigen Alten Friedhof ist aber eine erstaunlich große Anzahl von Grabsteinen und Epitaphen aus dem behandelten Epochen erhalten, welche an Hand von Vergleichen in ihrer Mehrzahl mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den obengenannten Bildhauern zugeordnet werden können. Sie alle und ihr Werk müssen nacheinander aus der Vergessenheit gehoben und eingehend besprochen werden, doch wenden wir uns zunächst den Arbeiten des Matthias Wenzel zu.

Als Ausgangsposition dienen uns das bereits erwähnte Neuhoff-Denkmal aus der Elisabethkirche sowie das Epitaph für Martin Heurath (+1665) an der Siechenkapelle St. Jost ebenfalls in Marburg. Dieses ist nach Lemberg ebenfalls ein Werk Wenzels¹² und es gibt keinen Grund,

⁵ Das Leben und Werk der Bildhauerfamilie Franck soll gesondert gewürdigt werden.

⁶ Von seiner Hand ist eine Reihe Komturenepitaphe ebenfalls in der Elisabethkirche erhalten, welche noch im Rahmen einer eigenen Studion-Besprechung behandelt werden sollen.

⁷ Stahr, a. a. O., Bd. 21 (1963), S. 183

⁸ StAM, Marburger Protokolle 1664, 18. Mai

⁹ und nicht, wie irrtümlich von Lorenz behauptet, der 1624 geb. Johann Adam Franck (Lorenz, a. a. O., S. 186)

¹⁰ Siehe auch weiter unten unter Epitaph Tülsner.

¹¹ Stahr, a. a. O., Bd. 10 (1954), S. 220 f

¹² Margret Lemberg, Sprechende Steine. Grabmalkunst zwischen Renaissance und

diese Behauptung anzuzweifeln. Glücklicherweise bieten beide Objekte eine ganze Reihe derart eigenständiger Merkmale auf, daß eine vergleichende Untersuchung an Drittsteinen wesentlich erleichtert wird. Eine kurze Beschreibung zählt im folgenden diese Charakteristika zusammenfassend auf, um den korporativen Rückgriff zu erleichtern und späteren Wiederholungen vorzubeugen.

1. Das Grabmal des Leopold von Neuhoff (1669/70)

Innerhalb eines klassischen Aedikula-Aufbaus schreitet die ganzfigurige Darstellung des geharnischten Verstorbenen derart energisch aus einer Korbogennische hervor, daß die großwüchsige Gestalt sich gleichsam aus dem Stein heraus zu lösen scheint und partielle Vollplastizität erlangt. Dennoch ist diese eindrucksvolle Plastik mit Porträtcharakter für unsere Zwecke von untergeordneter Bedeutung, weil die Anzahl mächtiger und zahlungskräftiger Auftraggeber, die ein ähnlich imposantes Denkmal bestellt hätten, eher gering war. Lediglich das schmale und dennoch etwas teigige Gesicht mit der hohen und ungewöhnlich breiten Stirn wird uns interessieren sowie die eigentümlichen, wie frisch von großen Lockenwicklern gelösten Haarsträhnen des Komturs und das sich wie eine der Länge nach zusammengeknüllte Papiertüte hinter der rechten Schulter Neuhoff's aufbauschende Schärpenende. Merken sollten wir uns ebenfalls die weich in- und gegeneinander geschobenen, wie von innen aufgeblasen wirkenden Falten der festlich drapierten Tischdecke unter dem Arrangement aus ritterlichem Helm und auch Handschuhen. Ganz ähnlich modelliert Wenzel den Lendenschurz seiner Christusfiguren. (*Abb. 1*)

Wichtige Volutenkonsolen tragen schlanke, von korinthisierenden Kapitellen gekrönte Säulen, auf welchen die Wappen der Ahnenprobe zwischen umlaufenden Bändern mit den Namen der Adelsgeschlechter untergebracht wurden. Darüber, das gesamte Feld aus schwerem Gebälk und verkröpftem Dreiecksgiebel einnehmend, ist eine mächtige Kartusche aus Fremdmaterial (Alabaster ?) untergebracht. Sie besteht aus dem Familienwappen des Landkomturs mit der für Wenzel typischen waagrecht ausgezogen oder abgespreizt wirkenden Skulptierung der Federbüsche und aus zwei abgewandten, seitlich stützenden allegorischen Wesen. Deren besondere Merkmale sind das auffallend eng an der Schädeldecke anliegende lange glatte Haar, welches in archaisch anmutenden Wellen liegt,

Romantik im Marburger Raum. Landeskundliche Bildbände I, Marburg 1987, S. 126. Lemberg spricht von einem Epitaph, doch könnte es sich nach der Abbildung um einen Grabstein handeln.

außerdem die sehr weit unten, etwa an der horizontalen Mittellinie des Gesichts liegenden Augen, die ungelenk geformten Busen und das knorpelig sich verjüngende Ornament anstelle des Unterleibs. (Abb. 7)

Innen zweifelsfrei verwandt sind die Posaunenengel über dem Giebel sowie die Putten der Sockelzone. Zur selben "Familie" gehören auch die seitlichen Figuren, deren wie geleckt erscheinenden Haare diesmal in Korkenzieherlocken enden und welche flügelartig an den Säulen zu kleben scheinen. (Abb. 231) Eine reichhaltige Auswahl an üppigen Obstarrangements, Ranken und unmotiviert darangehängten wollig wirkenden Stoffbahnen rundet das Angebot des rein dekorativen Zierrats ab. (Abb. 2) Zwischen den Konsolen - quasi als Demonstration des barocken Horror vacui - ist ein Füllornament untergebracht, welches zugleich ikonologische Bedeutung hat: als der Boden auf welchem der Kriegsherr steht, sind mit deutlichem Bezug auf diesen seine Utensilien (Kanone, Pulverfässer, Streitaxt, Schwerter, Morgenstern) in einem Rahmen aus stilisierten Blattschwingen und sich raupenartig kringelnden Gebilden mit minutiöser Detailtreue dargestellt. (Abb. 4) Insgesamt wird die Fläche durch das alles überziehende Ornament aufgelöst. Auffallend ist desweiteren, daß Wenzel die konstruktiven und "technischen" Details mit sicherer Hand aus dem warmtonigen roten Lahn-Sandstein¹³ haut, während seine menschlichen Gestalten leicht schwammig geraten und die angedeuteten anatomischen Formen eher fabuliert als der Natur nachgebildet erscheinen.

Es bleibt leider im Dunkeln, wo Wenzel das Handwerk gelernt, an welchen Vorbildern er sein Auge und in welchen Werkstätten er seine Hände im Umgang mit welchen Werkstoffen auf den damals üblichen Wanderschaften geschult hat. Es wird vermutlich auch ungeklärt bleiben, welche Orte er tatsächlich besucht und deren Kunstschatze besichtigt hat, oder etwa ob er letztere mittels der damals üblichen und weitverbreiteten Stiche kennengelernt hat. Nachforschungen in Iburg blieben ergebnislos, und Kommissar Zufall meldete sich bislang nicht.

Wenzels Kunst wurzelt tief in der norddeutsch-niederländischen Renaissance mit deren manieristischer Häufung von antiken, italienischen und Floris-Stil-Elementen. Sie orientiert sich aber auch stark an südlichen Vorbildern. Denkbar ist zum Beispiel, daß für die Gesamtkonzeption des Neuhoff-Denkmal (vielleicht sogar auf Wunsch des Komturs) die sogenannte Patrona Bavariae an der Münchner Residenz, geschaffen 1615 von Hans Krumper, Vorbild gewesen ist. Für die eigenartig dickbäuchigen Gesellen, die, wie ins Semiprofil gedrehte Hermen, Epitaphe von Wentzel mit ihrem Rücken seitlich stützen, finden sich Vorläufer beispielsweise an Fenstereinfassungen des Palazzo Spada (Ende des 16. Jh. von Giulio

¹³ Alle weiter unten besprochenen Objekte sind, sofern nicht anders vermerkt, aus diesem Material entstanden.

Mazzoni) in Rom oder des Palazzo Pallavicino (früher Pessagno, 1570 - 1580, vielleicht von G. B. Castello gen. il Bergamesco) in Genua oder etwa an einem (vermutlich) aus Augsburg stammenden Schrank um 1660, heute in Hamburg im Museum für Kunst und Gewerbe.

Die Tatsache, daß die flankierenden Halbfiguren vom Neuhoff-Denkmal vom Komtur aus links männlich und rechts weiblich ausgebildet sind, ist - von der Position - sicherlich auf die Überlieferung (siehe Stellung der Familienmitglieder auf Grabsteinen) zurückzuführen. Ikonografisch mögen die Adam- und Eva-Darstellungen vom Grabmal Philipps III. in der Pfarrkirche zu Butzbach, um 1620 von Philipp Franck in Holz geschnitzt, Pate gestanden haben. Wentzel übernahm weiterhin - wenn auch sein Stil insgesamt ein sehr eigenständiger ist - die Haarbehandlung von Philipp Franck, wogegen die Vorliebe zu der reichhaltigen "fruchtigen" Ausstattung seiner Werke Adolphus Studion nachempfunden ist. Zum Teil geht auch das von Wentzel häufig verwendete Blattmaskaron, welches er mit Hingabe variiert und suchbildartig im Ornamentdschungel immer wieder effektiv zu verstecken weiß, sowie das häufig alles mit Ausnahme der Inschriftentafel überwuchernde schmückende Beiwerk seiner Grabmale auf diese Vorbilder zurück. Unverkennbar sind aber viele Zutaten ein Nachklang der in der Renaissance auf dem Gebiet des Ornaments so dominierenden Floris-Schule.

Im folgenden werden die weiteren bisher aufgefundenen Arbeiten des Matthias Wentzel in annähernd chronologischer Reihenfolge vorgestellt.

2. Epitaph der Christina Tülsner (+1657) an der Westmauer des GAFh.

Hier ist vorerst die früheste Mitarbeit Wenzels nachzuweisen. In der evangelischen Pfarrkirche von Marburg hängt nämlich eine bemalte hölzerne Gedenktafel für die Familie Vultejus/Heistermann. Die Entstehungszeit (1640), aber vor allem stilistische Details erlauben, ja fordern eine Zuschreibung an A. Studion. Besonders auffallend sind die seitlichen Blattmasken und die daraus herabhängenden Tuchzipfel. Diese Masken wiederholen sich exakt auf dem steinernen Epitaph der Christina Tülsner (+1657) an der Westmauer des Alten Friedhofes in Gießen.

Auch der kleine geflügelte Engelskopf sowie die Schrift scheinen hier wieder von Studions Hand zu sein. Lediglich die zwei Familienwappen im Giebelfeld der Platte sind ganz offensichtlich nicht wie die, welche jener schuf. Sorgfältige Vergleiche zeigen, daß sie genau denen vom Neuhoff-Grabmal entsprechen, also bereits von Wentzel gemeißelt worden sein müssen. Er hat übrigens eben diese Studion-Masken mit nur wenigen

Änderungen nach seinem persönlichen Stil umgeformt, in sein Repertoire aufgenommen und später an zahlreichen von ihm gestalteten Epitaphe verwendet.

3. Das Epitaph des Eberhard Stroh (+1663) GAFh Ka O

darf als die erste bisher feststellbare und bedeutende Arbeit aus dem Œuvre Wenzels angesehen werden. (Abb. 6) Sie muß schon unter den Zeitgenossen Aufsehen erregt und Bewunderung erweckt haben. Sie mag sogar ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß der Komtur Neuhoff nicht nur den Auftrag für die Errichtung seines Denkmals an Wenzel erteilt, sondern ihn wohl auch ganze Bildsequenzen vom Stroh-Epitaph an dem Grabmonument zitieren ließ.

Eine sehr gelungene Gesamtkomposition hat Wenzel mittels eines kleineren horizontalen und eines großen vertikalen Ovals untergliedert. Das obere trägt die Familienwappen, während das untere die Inschrift aufnimmt. Das symmetrisch angeordnete vielfältige Ornament überzieht außerhalb der beiden Spiegeln die ganze hochrechteckige Platte aus rotem Sandstein und weicht ihre Konturen auf. Das schmückende Beiwerk weist ein reiches Repertoire vor allem an Zubehör auf, welches sich auf den Beruf des verstorbenen Fürstlichen Zeughauptmannes bezieht. Neben einer Rollwerkmaske, Knorpelwerk sowie dem unverwechselbaren Wenzel-Engel als unterem, tragendem Abschluß der Gedenktafel, entdeckt man weiterhin darauf zwei behelmte Soldatenköpfe, zahlreiche Waffen, Pulverfässer, Kanonen und Kugeln, Seile, Morgenstern sowie verschiedenes anderes Kriegszubehör. (Abb. 5)

Dieser Stein wurde wiederholt in Veröffentlichungen behandelt (s. Anm. 23), ohne jedoch den Versuch einer Zuschreibung zu wagen. Zwar konnte bis heute kein zuverlässiger Hinweis auf die Urheberschaft gefunden werden, doch zeigt der Vergleich mit dem einzigen gesicherten Werk Wenzels, dem Neuhoff-Grabdenkmal, eine Fülle von überzeugenden inhaltlichen und vor allem stilistischen Übereinstimmungen.

Wir können auf Grund der Proben seines Könnens rückschließen, das Wenzel nicht als Steinmetz, sondern als Bildhauer ausgebildet wurde. In diesem Fall gilt es weiter zu folgern, daß er mit Sicherheit nicht nur als Stein- sondern auch genauso als Holzbildhauer tätig gewesen sein muß, beispielsweise an der Ausgestaltung von Kircheneinrichtungen und der Herstellung vornehmer Möbel und Interieurs. Auch im Bereich der Sepulkralkunst gehörten Epitaphe sowie Model für gußeiserne Gedenktafeln zum Tätigkeitsbereich der Holzbildhauer. Die Vermutung erwies sich als

richtig, und die Suche war erfreulicherweise erfolgreich:

4. Das Taufbecken sowie die Kanzel samt Fuß und Schalldeckel (ca. 1660 - 1665)

in der Marburger Universitätskirche hat alle Teile aus mehreren verschiedenfarbigen Hölzern gearbeitet, vielfältig gegliedert und intarsiert. Sie weisen zahlreiche Details auf, die zunächst dem Stil Studions entsprechen. Dazu gehört die ganz linke von vier unter der polygonalen Kanzel abgehängten reliefierten Holzplatten. Diese Schürze neben der Treppe weist ein prägnantes Motiv auf, wie es uns überraschend auch an dem Lincker-Grabmal (siehe weiter unten) mit identischen Merkmalen begegnet¹⁴. Die drei weiteren stammen mit Sicherheit von einer zweiten Hand und können - mittels Vergleiche mit anderen Arbeiten - eindeutig Wenzel zugeschrieben werden. Die lose hängenden weichen Schleier, lanzenförmige Blätter, die reichhaltige Auswahl an sehr naturgetreu geschnitzten Früchten, deren zentrale Montage sowie die typischen, in Kufen endenden schneckenförmigen Wülste, alles konsequent symmetrisch angeordnet und von knobbligem Knorpelwerk eingefasst, stellen eine lange Reihe überzeugender Indizien dar. (Abb. 9 u. 10)

So zweifelsfrei man diese Feststellung bei dem genannten schmückenden Beiwerk treffen kann, so schwierig dürfte es sein, die Mitarbeit Wenzels an den konstruktiven Teilen und deren Ornamentierung nachzuweisen. Möglich ist daß Wenzel bereits dabei mit Studion zusammengearbeitet hat, vielleicht hat er aber auch erst 1664, als Studion schwer erkrankt war¹⁵, die Vollendung von dessen Werk übernommen. Es überrascht jedenfalls, daß diese wertvolle und seltene Kirchengenausstattung bis dato als das Werk *eines unbekannt*en Künstlers gilt.

¹⁴ Drei halbkreisförmige Lünetten mit reich profiliertem, annähernd gleichem Rahmen bekronen das Bauwerk, aber zwei weisen zusätzlich je eine, verschiedene, ornamentale Umfassung auf. Dadurch entsteht der Eindruck, als wären sie nicht gleichzeitig entstanden. Besonders interessiert hier der rechte Giebel, welcher von einer Tuch/Obst-Girlande in Wenzel-Manier geziert wird. Nähere Untersuchungen jedoch ergaben, daß die Art, in welcher das durch die Ringe gezogene Tuch strukturiert ist, die bauchigen Rundungen der Obststücke, die scharfgratige Formulierung der Artischockenknospe, wie auch die breitangelegten Blätter und schließlich die Komposition, welche eine von links unten nach rechts oben strebende Dynamik aufweist, dieses Feston als ein Werk Studions kennzeichnen.

¹⁵ Stahr, a. a. O., Bd. 21 (1963), S. 183

5. Epitaph des Nicolaus Tilenius (+1664) GAFh Ka S

Die schmale hochrechteckige Platte, umrahmt von einer umlaufenden Inschrift mit den persönlichen Daten des Verstorbenen, wirkt wohlthuend geschlossen und lebt von der harmonischen Aufteilung der Fläche. Ihr archaisches Aussehen dürfte dem Wunsch dieses Toten oder seiner Hinterbliebenen entsprechen. Unverkennbar von Wenzel geformt ist der von weiten Schwingen getragene Engelskopf unter dem typischen Familienwappen sowie die dekorative Umfassung des Inschriftenspiegels und nicht zuletzt die Schrift selbst. (*Abb. 15*)

6. Das Epitaph des Michael Heurath (1665)

Gleichsam als Fingerübung für das spätere Hauptwerk begegnet uns hier die wesentlich bescheidenere und dadurch intimere, weil nicht so massiv auf Repräsentation ausgerichtete Form des Familienepitaphs in einem besonders schönen Beispiel. Mag Wenzel stellenweise Probleme mit der Formgebung im einzelnen gehabt haben, die Komposition der großen Form hat er mit sicherem Gefühl für Proportionen aufgebaut und es verstanden, sie gefällig einzuteilen und ausgewogen zu gestalten.

Die eigentliche Inschriftentafel wird von einem durch Ohrmuschelornament umfaßten Giebfeld gekrönt. Beiderseits von dem zentral auf einem angedeuteten Hügel aufragenden Kruzifix vom Dreinageltypus knien als Oranten der Verstorbene und seine Frau, in überlieferter Art er links, sie rechts vom Kreuz (vom Betrachter aus gesehen). Prägnant sind die in der Mitte des Lendenschurzes Christi V-förmig zusammenlaufenden Falten, welche die um den Körper gewickelten Bahnen unterbrechen und das eher unmotiviert hinter der linken Hüfte auftauchende geknotete Stoffende mit dem bereits bekannten "Tütenrand". Beide Eigentümlichkeiten sind beinahe deckungsgleich am Neuhoff-Denkmal zu sehen. Das Ehepaar ist wohlproportioniert in Szene gesetzt und hier auch schon beinahe vollplastisch dem Reliefbild entwachsend. Die Kleidung ist mit allen modischen Einzelheiten sehr sorgfältig gearbeitet, wenn sie auch eine wulstige, wie wattiert unterfütterte Faltenführung und steife, wie aus Blech geschnittene glatte Rundungen aufweist. Die besonders ausgeprägte Liebe unseres Künstlers zum Detail äußert sich hier in dem lässig vor den Knieenden hingelegeten eleganten Kavaliershut mit Straußenfederbesatz, an welchen sich ein kleiner Hund lehnt. Wenzel ist offensichtlich mit Hingabe auf die persönlichen Wünsche der Auftraggeber eingegangen, eine Neigung, die uns auch an Gießener Arbeiten häufig begegnet. (*Abb. 19*)

7. Die Inschriftenplatte des Conrad Theodor Lincker (ca. 1667 - 1670)

von dem monumentalen Grabmal der Familie Lincker (um 1660) auf dem Friedhof am Barfüßer Tor in Marburg weist mit Sicherheit auf Wenzel hin. Es ist dies die linke von drei gleich großen in eine Art Portalarchitektur in Form einer dreifachen Aedikula eingelassenen Tafeln. (*Abb. 12*) Es ist vermutlich die jüngste der Platten, da die einzige aus dem Sandstein von kräftiger Rottönung, der von Wenzel meist verwendet wurde. Die mittlere Tafel kann als ein Werk Studions angesehen werden, während die rechte eine Arbeit von Helwig Franck sein dürfte. Das Grabmal ist nach mehreren Restaurierungen möglicherweise nicht mehr ganz authentisch wiederaufgebaut. Die architektonische Rahmenkonstruktion weist zwar auffallend viele Gemeinsamkeiten mit Details vom Neuhoff-Denkmal auf, doch könnten diese Übereinstimmungen auch auf gemeinsame klassische Vorbilder (etwa auf Stichen) zurückzuführen sein.

8. Wandgrabmal für Christian Busch (+1667) GAFh Ki S

Hier sehen wir eine solche Aedikula vor uns, mit Säulen auf merkwürdig wuchtigen Volutenkonsolen, welche Wenzel bereits vor dem Neuhoff-Denkmal gearbeitet hat. Zwar handelt es sich bei dieser eigenwillig kraftvollen Konstruktion um eine sehr schlichte Gesamtgestaltung, doch könnten neben dem Lincker-Grabmal - direkt vor Ort - auch die prächtigen Landgrafengräber und der Altar der Lutherischen Pfarrkirche in Marburg Quelle der Inspiration gewesen sein. Die Engelsköpfe dieser beiden Epitaphe (Lindur und Busch) sind unverkennbar die gleichen wie die der seitlichen Figuren vom Neuhoff-Denkmal. (*Abb. 13 u. 3*)

9. Epitaph für Johann Heinrich Christian Graf zu Solms (+1668)

Die aufgezählten typischen Merkmale kommen gehäuft auch an der Steintafel in der Kirche des Klosters Altenberg vor. (*Abb. 14*) Vor allem mit Hilfe der ausgeprägt Wentzel'schen Engelsköpfe oben rechts und links

sowie mittels der seitlichen Masken und des Cherub im unteren Rahmensegment kann diese Tafel unschwer Wentzel zugeschrieben werden.

10. Epitaph für Anna Elisabetha und Christina Agneta Sirizius (+1668) GAFh Ka N

Dies ist ein Epitaph für zwei kleine Mädchen. Für die ungewöhnliche Aufgabe hat Wenzel eine sehr persönliche Lösung gefunden, indem er die Familienwappen unüblicherweise derart ins Mittelfeld rückte, daß die zwei diese flankierenden Engel quasi als Gleichnis für die Geschwister stehen. (Abb. 8)

11. Epitaph der Gutha Catharina Müller, geb. Seiler (+1668) GAFh Ka O

Die beiden Epitaphen Müller (s. unter 13.) sind wohl kurze Zeit nacheinander entstanden. Sie weisen auch in etwa die gleichen Maße auf und sind nebeneinander in die Außenmauer der Kapelle auf dem Gießener Alten Friedhof eingemauert worden. Wir wissen nicht, wann dies geschah. Das Epitaph der Gutha Catharina ist schlichter, besitzt (heute) keinen Sockel mit Leichttext und möglicherweise schon ursprünglich keine seitlichen "Anbauten". Offensichtlich zierte heute die rechte Wange von Elisabeths Epitaph die entsprechende Seite von Guthas Inschriftentafel. (Abb. 21)

12. Das hölzerne, farbig gefaßte Epitaph der Familie Grünewald (1669)

in der lutherischen Pfarrkirche in Marburg reiht sich als Bindeglied zwischen die steinernen Grabmale und die Arbeiten aus anderen Werkstoffen nahtlos ein, indem es sich durch die Handhabung der Schrift in der von einem stilisierten elliptischen Lorbeerkranz umrahmten Inschriftentafel und den Fruchtgehängen im unteren Bereich als Werk Wenzels zuordnen läßt. Solche weichen Stoffschals, die locker in oder auf das Ohrmuschelornament ein- bzw. aufgehängt sind, kennen wir schon vom Neuhoff-Denkmal. Die hier eingesetzten Obststilleben, jeweils um eine die Mitte

bildende Frucht herum arrangiert sowie die scharf geschnittenen Lorbeerblätter sind uns ebenfalls von dort geläufig. (*Abb. 11, 4, 10*)

13. Epitaph für Elisabetha Müller, geb. Becker (1670) GAFh Ka O

(s. weiter oben unter 11.) An sich deuten viele Einzelheiten auf eine Urheberschaft Wenzels hin. Doch geriet hier die Dekoration wuchtiger, die allegorischen Gestalten körperhafter und deren selbstbewußt aufrechte Haltung verrät einen neuen Geist. Die rote Sandsteinplatte ist nun waagrecht deutlicher gegliedert und der Fries des Gebälks nimmt - zusätzlich zu der Lebensgeschichte im Hauptfeld und dem Leichtext in der Sockelkartusche - das persönliche Motto der Verstorbenen auf. (*Abb. 20*)

14. Die Stuckdecke mit Medaillons die vier Elemente darstellend (ca. 1670)

im Haus der Kaufmannsfamilie "zum Schwan" in der Marburger Augustinergasse¹⁶ sind mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls von Wenzel geschaffen. (*Abb. 18*) Die Stukkaturkunst der alten Etrusker und Römer ist in wunderbaren Beispielen überliefert. Nach der Versenkung in die Bedeutungslosigkeit nahm sie die Renaissance wieder auf. "Aber zu ihrer vollen Entfaltung verhalf ihr erst das Seicento. Für das Barock hatte sie die gleiche Bedeutung wie die Bildhauerei. Keiner der großen Künstler glaubte sich zu erniedrigen, wenn er von Marmor und Bronze zum Stuck überging."¹⁷ Nun brauchte unser Künstler bescheidenerer Auftraggeber "nur" vom Sandstein und Holz umzusteigen, doch zeugt seine Handfertigkeit auch auf diesem Gebiet von einer insgesamt gründlichen, vielseitigen und modernen Ausbildung.

¹⁶ Erwähnt und auf das Jahr 1670 datiert bei Margret Lemberg, *Barock im Marburger Raum*, Marburg, 1989, S.

¹⁷ *Baukunst und dekorative Skulptur der Barockzeit in Italien*. Hrsg. von Corrado Ricci, ins Deutsche übertragen von Julius Baum, Stuttgart 1922

15. Grabstein des Heinrich Stumpf (+ 1672) an der Westmauer des GAFh¹⁸

Erhalten ist numehr die obere Hälfte eines zeittypischen Grabsteins mit dem eigentlichen Schriftfeld und darüber einer Giebelzone. Diese wird wiederum von einem in der Mitte aufragenden Kruzifix beherrscht, und darunter werden die Familienmitglieder nach Geschlechtern getrennt als knieende Oranten gezeigt. Deren relativ große Anzahl läßt die Proportionen verschieben, doch hält sich Wenzel hier im übrigen weitestgehend an das Schema des Heurath-Grabsteins.

16. Grabstein des Johannes Landau (+1673) Friedhof am Barfüßer Tor in Marburg

Dieser Grabstein ist in hohem Maße verwittert, eine Zuschreibung wird dadurch stark erschwert. Dennoch sprechen die Umrisse der Familienszene unter dem Kreuz, die noch erhaltenen Reste des Ornaments sowie die "dickschädelligen" Putten für die Urheberschaft Wenzels.

17. Epitaph für Johannes Paul Heinrichsen (+1673) GAFh Ka O

Dem Epitaph der Elisabetha Müller in Aufbau, Gliederung und Ausstattung sehr ähnlich, haben wir hier erneut ein Grabmal vor uns, das sich von der reinen Inschriftentafel emanzipiert und die Gestalt eines barocken Prachtfensters (zum Jenseits ?) angenommen hat. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, da Wenzel an der roten Sandsteinplatte eine Tiefenschichtung vornimmt, wodurch die Fläche mit den Textteilen hinter einen strenggeschnittenen wenig erhabenen Rahmen zurücktritt. (*Abb. 16*)

Das Mittelfeld ist schematisch so bekrönt, wie unser Auge es von den zeitgenössischen Grabplatten gewohnt ist. Bei genauem Hinsehen zeigt sich, daß die verwendete Blattmaske und ihr flügelartiges Knorpelwerk nicht denen entsprechen, die wir inzwischen von Wenzel gewohnt sind.

¹⁸ Abbildung und ausführliche Beschreibung siehe: Eva Broschek, Weitere drei Grabsteine um 1700 vom Alten Friedhof in Gießen, MOHG NF 80 1995, S. 139 f (Abb. S. 144)

Vermutlich war hier bereits der junge Johann Adam Franck tätig. Dafür sprechen deutliche Analogien zu seinen späteren eigenen Arbeiten.

18. Epitaph für Otto Prale (+1674) GAFh Ka W

Das eben Geschilderte trifft fast durchgehend auch auf dieses Epitaph zu. Besonders auffallend dominieren hier Wenzels Masken und Fruchtgehänge das schmückende Beiwerk. Einzelne Früchte und Blattformen scheinen direkt den Holzreliefs des Kanzeldekors aus der Universitätskirche in Marburg entnommen zu sein. (*Abb. 17 u. 10*)

19. Grabstein des Johannes Kreker (Kroeker) (+1674) GAFh Ka N¹⁹

Auch für diesen Grabstein gilt das zu 15. und 16. Geschriebene. Zu bedenken gilt, daß es diese Art einfacher Bürger-Denksteine²⁰ vermutlich in sehr viel größerer Zahl gegeben haben wird, als die großen und prächtigen Epitaphie für Professoren, wohlhabende Studenten, Bürgermeister und Adelige. So gesehen wird die weniger individuelle Gestaltung verständlich, mindert aber nicht die Bedeutung der unterrepräsentiert erhaltenen Stücke. Der Tradition entsprechend wurden sie jeweils unter dem Namen des Familienvaters angeführt, doch sind sie - fast immer - dessen ganzer Familie oder zumindest jenen Familienangehörigen mit gewidmet worden, welche vor ihm dahingeschieden sind.

20. Denkmal für Peter Haberkorn (+1676) GAFh Ki N

Dieses Wandgrabmal ist eines der bedeutendsten vom Gießener Alten Friedhof und wurde schon entsprechend oft beschrieben und reprodu-

¹⁹ Abbildung und ausführliche Beschreibung siehe: Friedrich Azzola, Sechs historische Grabsteine, um 1700, vom Alten Friedhof in Gießen. In: MOHG NF 79 1994, S. 81 ff (Abb. S. 93) sowie: Eva Broschek, Weitere drei Grabsteine um 1700 vom Alten Friedhof in Gießen, MOHG NF 80 1995, S. 135 f

²⁰ Es handelt sich hierbei durchaus um Grabzeichen von wohlhabenderer Kundschaft. Weniger zahlungskräftige Hinterbliebene bestellten noch schlichtere Schriftplatten ohne figürlichen Schmuck oder eben nur einfache Grabzeichen aus Eisen oder Holz.

ziert²¹. Durchweg wurde es aber, zusammen mit den in der Tat sehr ähnlichen Denkmalen für die Theologieprofessoren Johannes Winckelmann und Justus Feuerborn, den Brüdern Adam und Philipp Franck zugeschrieben (s. Anm. 1). Die Lebensdaten des Verstorbenen, aber vor allem stilistische Merkmale wie die Kopfform, die Gestaltung der Hände sowie die Faltenführung und das Knorpelwerk deuten zweifelsfrei auf die gestaltende Hand Wenzels hin. (Abb. 22)

Vermutlich hat sich bereits Feuerborn an seinem großen Vorbild Winckelmann und dessen Gedächtnismal orientiert und demonstrierte Identifikation durch die Gestaltung seines eigenen. Nichts lag nun näher, als daß sein eigener Schwiegersohn, Peter Haberkorn, dem zweifachen Vorbild folgend, sein Denkmal entsprechend gestalten ließ. Er wird, hochbetagt (geb. 1604) noch zu seinen und Wenzels Lebzeiten den Auftrag für die Herstellung erteilt und möglicherweise sogar die Produktion überwacht haben.

Das lebensgroße, mächtige Standbild ist im Sinne barock-illusionistischer Bedürfnisse als Hochrelief aus Sandstein gearbeitet und farbig gefaßt. Der ebenfalls farbige Blendbogen, vor den die Figur plaziert wurde, soll den Eindruck einer Rundbogennische erwecken. Haberkorn ist in ernster Statuarik im schwarzen Talar gezeigt, wie seine Vorgänger frontal, mit porträthaften Zügen und sorgfältig gemeißelten Händen, eine Bibel haltend. Die Bogenzwickel haben die Familienwappen aufgenommen, während die Inschrift zwischen der ornamental eingerahmten Giebelkartusche und dem podestartigen Sockel aufgeteilt wurde. Auch hier flankieren seitlich ausladende allegorische Figuren, welche an römische Grottesken-Hermen auf Voluten erinnern, den Hauptkörper des Grabmals. Sie tragen kräftige Schwingen und je eine symbolische Fackel in der Hand. Es sind weibliche Gestalten (Engel), die in Anbetracht der Würde des "Kunden" schamhaft bekleidet wurden.

21. "Steinerne Geburtsurkunde" für die Familie des Conrad Vogt (+1678) GAFh Ka W²²

Für die äußere Erscheinungsform dieses Steins trifft einmal mehr das unter 19. behauptete zu. Diese kleinen Denkmale gehören in die letzte Wirkungsphase Wenzels, in eine Zeit, in der das letzte Mitglied der Bildhauer-

²¹ s. u. a. : Kredel Elisabeth, Grabschriften von Gießener Universitätsangehörigen aus dem 17. und 18. Jahrhundert. In: Nachrichten der Gießener Hochschulgesellschaft Bd. 7, Heft 6, Gießen 1929 sowie Scheuermann, a. a. O.

²² Abbildung und ausführliche Beschreibung siehe: Eva Broschek, Weitere drei Grabsteine um 1700 vom Alten Friedhof in Gießen, MOHG NF 80 1995, S. 140 f (Abb. S. 145)

familie Franck, Johann Adam, seine gut dreißigjährige Schaffenszeit begann.

Am Beispiel der angeführten Werkstücke liegt die Vermutung nahe, daß sich in Wenzels Kunst frühe Eindrücke von nordisch schlanken Architekturmaßstäben mit süddeutscher Freude an wucherndem Dekor paaren, um letztlich dem mittelhessischen Raum mit der bodenständig guten aber nicht überragenden und selten spektakulären Kunst angepaßt zu werden. Wenzels Kunst mutet etwas altmodisch und provinziell an. Der Gebrauch seiner Formensprache wirkt stellenweise aditiv, er wiederholt oft Stereotypen im Aufbau und der Komposition. Letzteres war sicherlich auch in hohem Maße Auftraggeberwille, denn die Menschen seiner Umgebung waren vermutlich selbst etwas altmodisch und provinziell.

Seine Bedeutung liegt auch nicht in herausragenden Einzelergebnissen, sondern vielmehr in dem Nachweis von gutem ländlichem Kunsthandwerk voller eigenständiger Ideen und unermüdlichem Erfindungsreichtum, mit der gleichzeitig ausgeprägten Fähigkeit, an einer Fülle von Aufgabenstellungen trotz Anpassung an den vorherrschenden Zeitgeschmack und der Vorgaben der Besteller Individualität der Gestaltung und des Ausdrucks zu vollbringen.

An dieser Stelle sollte nicht speziell auf die Herkunft verschiedener Motive der Sepulkralkunst im 17. Jahrhundert eingegangen und keine eingehende Analyse einzelner Details im Sinne einer Ikonologie vorgenommen werden. Auch die zahlreichen gesicherten, teilweise spannenden Inschriften hätten den Rahmen dieser kurzen Abhandlung, deren Ziel es lediglich war, eine vorläufige Werkzusammenstellung eines vergessenen Künstlers zu versuchen, gesprengt. Für einschlägig interessierte Leser folgt nun deshalb noch ein Verweis auf diese interessanten deutschsprachigen und lateinischen Texte.

Inscriptennachweis:

Die Inschriften der besprochenen Grabmale sind teilweise noch lesbar bzw. die Texte wurden dokumentiert.

Lfd. Nr.	Schrift	
	lesbar	dokumentiert
1.	ja	
2.	teilweise	Br
3.	ja	Br, Zwingel ²³
(4.	entf.)	
5.		Br
6.	ja ²⁴	
7.	teilweise	
8.		Kr ²⁵
9.	ja	
10.		Br
11.		Br
12.	ja	
13.		Kr ²⁶ , Br
(14.	entf.)	
15.	nein	
16.	teilweise	Br
17.		Kr ²⁷
18.		Kr ²⁸
19.		Azzola ²⁹ , Br
20.		Kr ³⁰ , Scheuermann ³¹
21.		Br

²³ Walter Zwingel, Wer waren Eberhard Stroh und Johann Georg Abel ? In: Heimat im Bild, Beilage zum Gießener Anzeiger, Nr. 18/1985

²⁴ Auf der Abbildung bei Lemberg ist die Giebelpartie wiedergegeben mit deutlich lesbarer Inschrift. Der Autorin ist nicht bekannt, ob der Leichentext des Steins ebenfalls noch entziffert werden kann.

²⁵ Elisabeth Kredel, Grabschriften von Gießener Universitätsangehörigen aus dem 17. und 18. Jahrhundert. In: Nachrichten der Gießener Hochschulgesellschaft, Bd. VIII, Heft 2, Gießen 1931

²⁶ Elisabeth Kredel, Der Grabstein einer Professorenfrau. In Hessische Heimat, Beilage zur Gießener Allgemeinen, Nr. 15/1980

²⁷ Elisabeth Kredel, Grabschriften..., a. a. O.

²⁸ Elisabeth Kredel, Grabschriften..., a. a. O.

²⁹ Siehe Anm. 19

³⁰ Elisabeth Kredel, Grabschriften..., a. a. O.

³¹ Erich Scheuermann, Meine Ahnen II (Die Ahnenreihen Mentzer, Feuerborn, Haberkorn). Beiträge zu einer Familiengeschichte Scheuermann. Heft 6 masch. Schr., Hannover 1933

Abkürzungen:

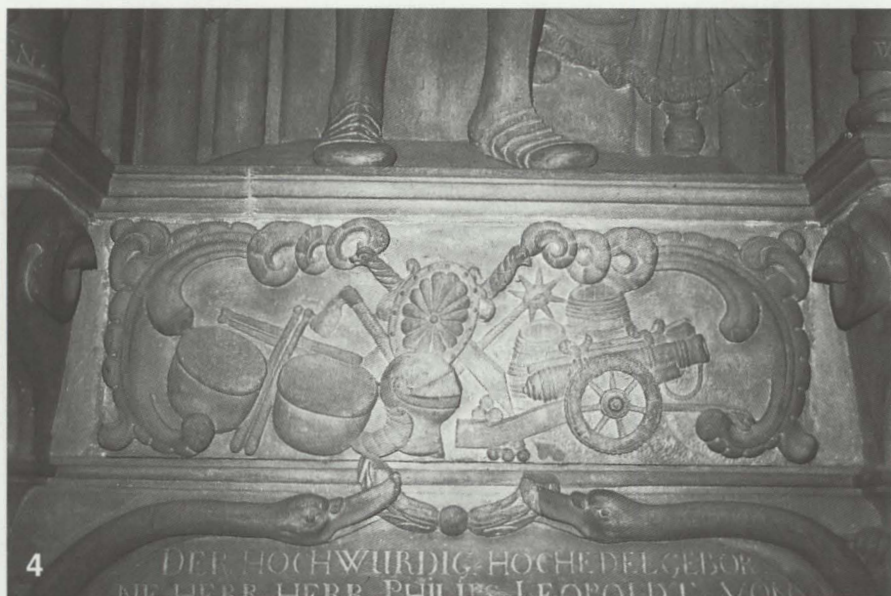
GAFh	Gießener Alter Friedhof
K	Kapelle auf dem Alten Friedhof in Gießen
a	außen
i	innen
O/S/W/N	Himmelsrichtungen
Br	Eva Broschek, Privatarchiv
Kr	Elisabeth Kredel, jeweilige Literaturangabe in den Anmerkungen

Abbildungen:

1. Grabmal des L. von Neuhoff
2. Grabmal des L. von Neuhoff, Detail
3. Grabmal des L. von Neuhoff, Detail
4. Grabmal des L. von Neuhoff, Detail
5. Epitaph des E. Stroh, Detail
6. Epitaph des E. Stroh
7. Grabmal des I. von Neuhoff, Detail
8. Epitaph der Schwestern Sirizius
9. Kanzel der Universitätskirche zu Marburg, Detail, verm. von A. Studion
10. Kanzel der Universitätskirche zu Marburg, Detail, verm. von M. Wenzel
11. Epitaph der Familie Grünewald
12. Epitaph C. Lincker
13. Wandgrabmal für Chr. Busch
14. Epitaph des J. Graf zu Solms
15. Epitaph des N. Tilenius
16. Epitaph für J. Hinrichsen
17. Epitaph für O. Prale
18. Stuckdecke aus dem Haus „zum Schwan“ in Marburg
19. Grabstein des M. Heurath
20. Epitaph der E. Müller
21. Epitaph der G. Müller
22. Denkmal für P. Haberkorn

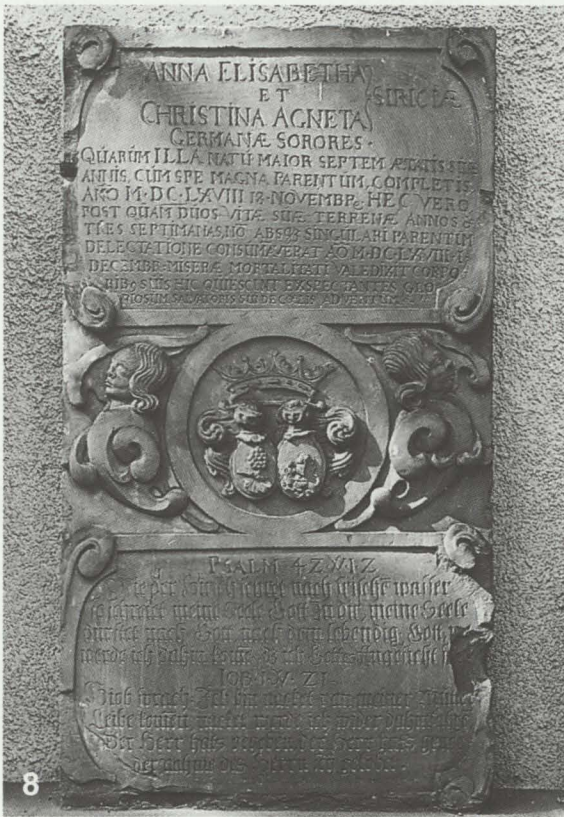




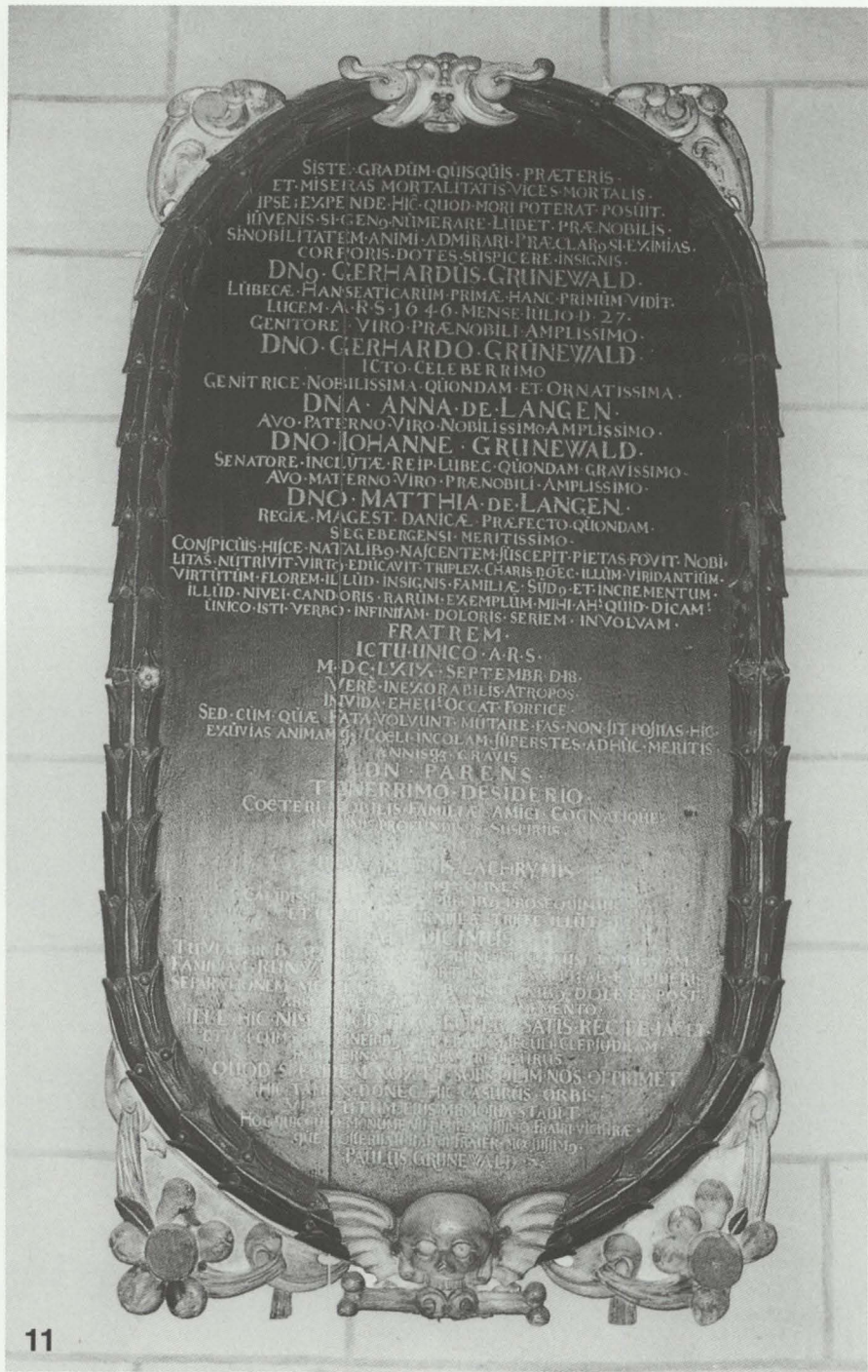




Dem
Weiland Edelstros
achtbar und Mannes Herrn
Urbhart Strohen
von Sieser bündig, gewiene Hoch
für Hesse Dar mit bestverdientem
Zug haubtmann
Nach dem derselbe am 5^{ten} 4. MAI
1663. bey einem unermüliche an
zündtem Feuerwerck welches Er be
arbeitte heissen zäufferlich erschlagen
anzweyentlich aber seligst verschied
Wird gegenwärtig Grabstein
zu unsterbliche Andenk. und ist mit
Ehrenbezeugung angericht.
Von dem nachgelassenen hochst
betrubte Wittib v. Tochter
im Jahr 1664







SISTE GRADUM QUI SQUIS PRÆTERIS
ET MISERAS MORTALITATIS VICES MORTALIS
IPSE EXPE NDE HIC QUOD MORI POTERAT POSUIT
IUVENIS SI GENO NUMERARE LIBET PRÆNOBILIS
SINOBLITATEM ANIMI ADMIRARI PRÆCLARO SILEXIMIAS
CORP ORIS DOTES SUSPICERE INSIGNIS

DNO GERHARDUS GRUNEWALD
LUBECA HANSEATICARUM PRIMÆ HANC PRIMUM VIDIT
LUCEM A R S 1646 MENSE JULIO D 27

GENTORE VIRO PRÆNOBILI AMPLISSIMO
DNO GERHARDO GRUNEWALD
ICTO CELEBERRIMO

GENTRICE NOBILISSIMA QUONDAM ET ORNATISSIMA
DNA ANNA DE LANGEN

AVO PATERNO VIRO NOBILISSIMO AMPLISSIMO
DNO IOHANNES GRUNEWALD

SENATORE INCLUTE REIP LIBEC QUONDAM GRAVISSIMO
AVO MATERNO VIRO PRÆNOBILI AMPLISSIMO

DNO MATTHIA DE LANGEN
REGIÆ MAGEST DANICÆ PRÆFACTO QUONDAM

SEEBERGENSE MERITISSIMO
CONSPICUIS HIJCE NATALIBO NASCENTEM SUSCEPIT PIETAS FOVIT NOBILITAS
NUTRIVIT VIRTU EDUCAVIT TRIPLEX CHARIS DOEC ILLUM VIRIDANT IUM
VIRTUTUM FLOREM ILLUD INSIGNIS FAMILIÆ SUD ET INCREMENTUM
ILLUD NIVEI CANDORIS BARUM EXEMPLUM MIH AH QUID DICAM
UNICO ISTI VERBO INFINITAM DOLORIS SERIEM INVOLVAM

FRATREM
ICTU UNICO A R S

M DC LXIX SEPTEMBR DB
VERE INEXORABILIS ATROROS
INVIDA EHEU OCCAT FORICE

SED CUM QUÆ FATA VOLVUNT MUTARE FAS NON SIT FOJIAS HIC
EXUVIAS ANIMAM COGLI INCOLAM SUPERSTES ADHIC MERITIS
ANNIS GRAVIS

NON PARENS
TERRIMO DESIDARIO

COETERI VULGIS FAMILIÆ AMICI COGNATIONE
MORIBUS SUSPICIS

LAETITIA

CANDISSIMO
LIT

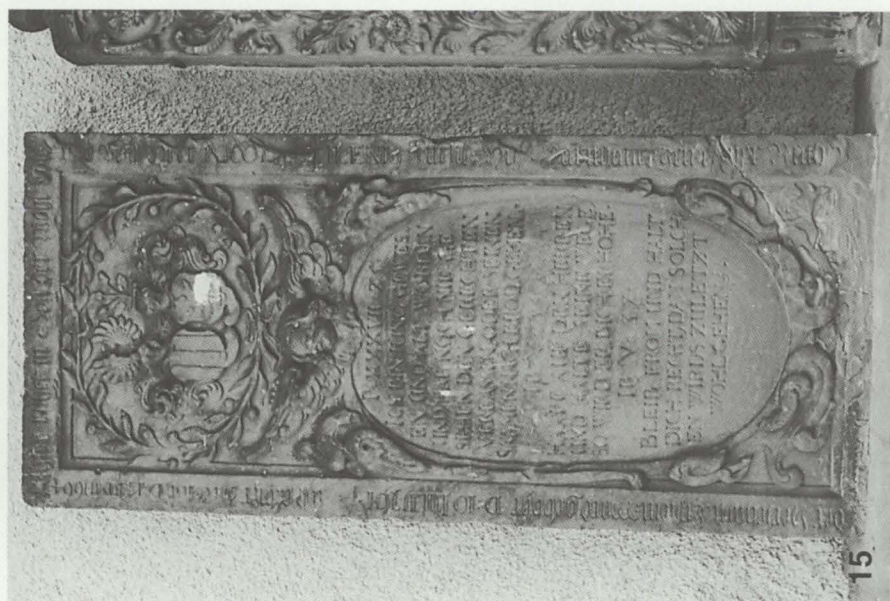
TRIMI
FAMILIA
SEPARATIONE

ELLE HIC NIS
CITACIBUS

QUOD S PA
MI TAB

MOGUCHE
QUE

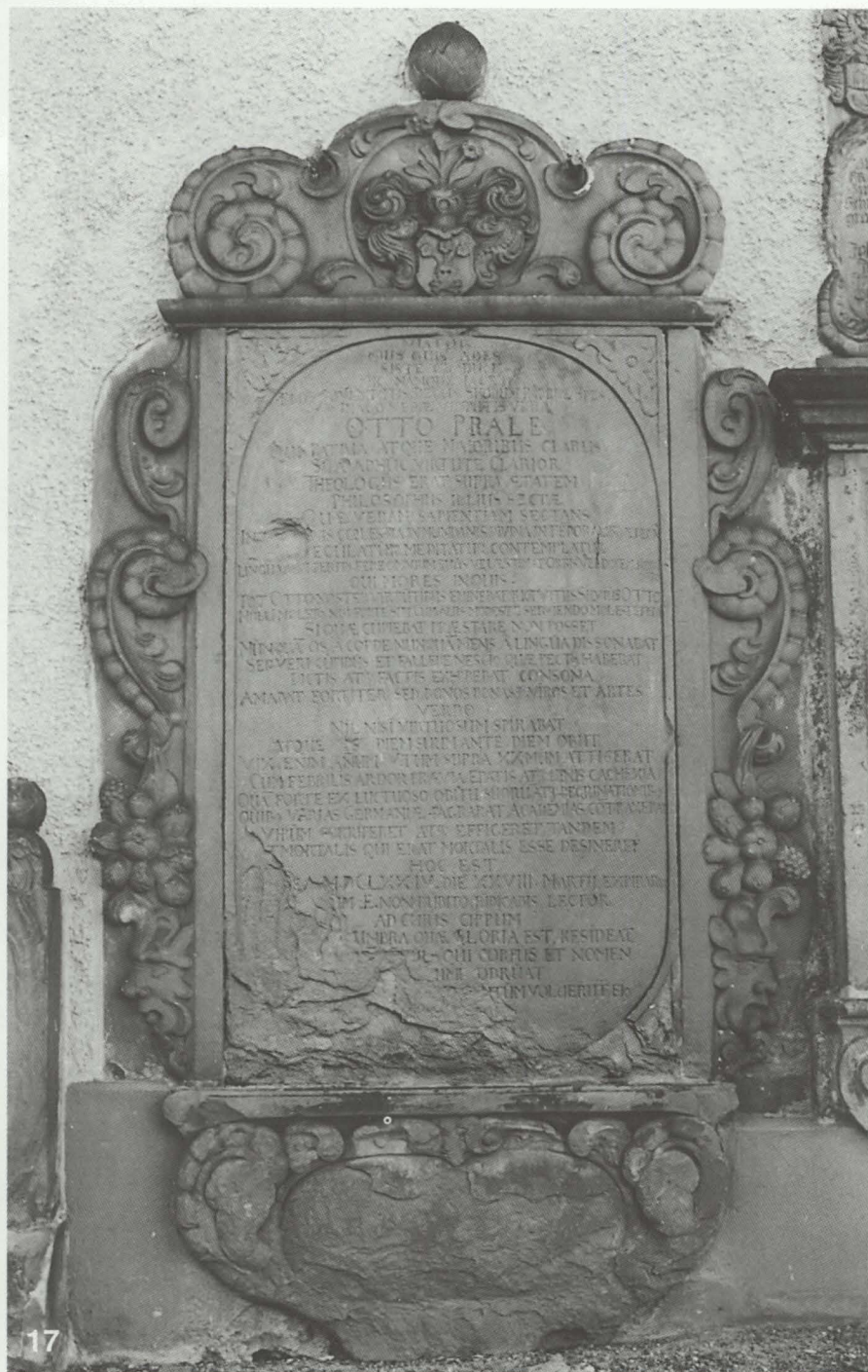
PAULUS GRUNEWALD



15



14





Zwischen Verurteilung und Ideologisierung: Zur Einschätzung von Räuberbanden im 18. und frühen 19. Jahrhundert¹

von Katrin Lange

In unmittelbarer Nähe dieses Vortragsortes, im sogenannten Heidenturm am Gießener Schloß, saßen vor nunmehr 269 Jahren 24 Mitglieder der Räuberbande um den Großen Galantho über ein Dreivierteljahr lang in Haft. Am 11.11.1726 erging das Urteil gegen sie, das am 14. und 15.11. auf der Richtstätte an der Marburger Straße vollstreckt wurde. Fünf Banditen waren "durch Zerstoßung ihrer Glieder von oben herab zu radbrechen und deren Körper aufs Rad zu flechten." Acht Räuber wurden gehenkt, neun weitere, darunter sechs Frauen, geköpft. Ihre Körper verscharrte man, mit Ausnahme von zweien, die an die Anatomie der Universität gingen, in einer Grube am Galgen.

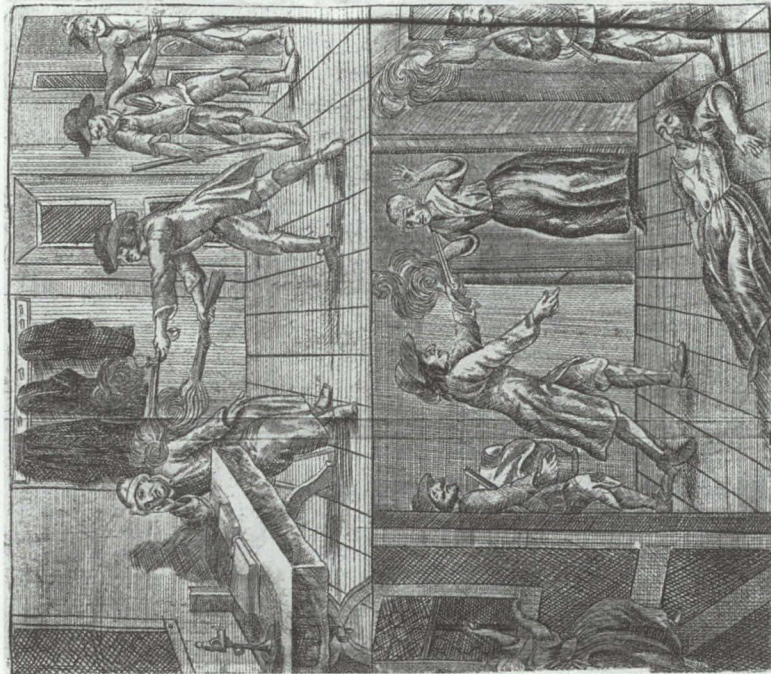
Knapp hundert Jahre später, 1813, bestätigte der Gießener Hofgerichtsrat und Kriminalrichter Friedrich Ludwig Adolf von Grolmann ausdrücklich die Angemessenheit solcher harter Urteile. Er beschrieb das für das Ancien Régime so typische Räuber- und Gaunertum folgendermaßen: "Doch ist der Staat berechtigt, diese Menschen-Classe, die jedem seiner Gesetze Hohn spricht, die der ewige erklärte Feind aller rechtlichen Bürger ist, die dem Landmann die Nachtruhe raubt die er ermüdet von des Tages Sorgen so nöthig hat, die wie Ungeziffer an dem Mark des Untertanen saugt, die ihm entzieht was das Verhängniß der Zeiten ihm übrig läßt, - und wie ein Krebs-Schaden die Kräfte eines sonst gesunden Staats-Körpers verzehrt, [...] zu strafen und unschädlich zu machen."² Dieses von den zeitgenössischen Kriminalbeamten gezeichnete Bild der sittlich verrohten, skrupellosen und allgegenwärtig bedrohenden Banditen prägte lange Zeit auch die wissenschaftliche Forschung.³

Im Gegensatz dazu bildete sich verstärkt seit den siebziger Jahren eine Interpretationsrichtung heraus, die den organisierten Räubern, ausgehend von den ökonomischen und sozialen Bedingungen ihrer Zeit, ein politi-

¹ Dieser Vortrag basiert auf dem gleichnamigen Aufsatz in: *Volkskunde in Rheinland-Pfalz*, 8. Jg., H. 1, 1993, S. 3-13. Vgl. auch: K. Lange, *Gesellschaft und Kriminalität: Räuberbanden im 18. und frühen 19. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1994.

² F.L.A. von GROLMANN, *Actenmäßige Geschichte der Vogelsberger und Wetterauer Räuberbanden und mehrerer in Verbindung gestandener Verbrechen. Nebst Personal-Beschreibung vieler in alle Lande teutscher Mundart dermalen versprengter Diebe und Räuber*, Gießen 1813, S. 6.

³



FAMOSE Mord that welche bey Fischerstrasse im Jahr 1726 an dem pfa. Kirchhof und bey der Strasse zu der Isdorff im Straßf. Kellerischen ausgeübet haben.

Ausführliche
RELATION
 Von der
FAMOSEN
Siegermer = Diebs =
Mord und Rauber = Bande/

Notabe
 Den 14. und 15. Novembr. Ao. 1726. in Gießen durch Schwertdt.,
 Sitzung und Rath, respective justitiarisch worden

Worinnen
 Nach praemittirter Historie von dem Ueppung und Sit-
 ten derer Siegermer &c. die vornehmste und schwerste Begangen-
 schafften mit allen Umständen erschelet, auch was *carissime Proceß* so wol
 ant- als in- & post Torramm vorgenommen worden, enthalten ist.
 Aus denen weitläuffigen Deutchlichen Original- Actis in möglichster
 Kürze zusammen gesagt,
 Und auf

Sr. Hochfürstl. Durchl. zu Hessen = Darmstadt

Gnädigste Special- Erlaubniß,
 Dem Publico zum Besten, in öffentlichen Druck befördert,
 Durch

D. Johann Benjamin Weissenbruch/
 Buchst. = Pfl. = Drucker. Vormund = Rath. auch Ober = Schuttschiffen und Pfl. = Reichs =
 Alleeoren beistell.

In die einigen Kupffern.
 Franckfurt und Schpzig.

Verlegt Joh. Phil. Krieger, Universitäts = Buchhändler zu Gießen und Marburg. 1727.

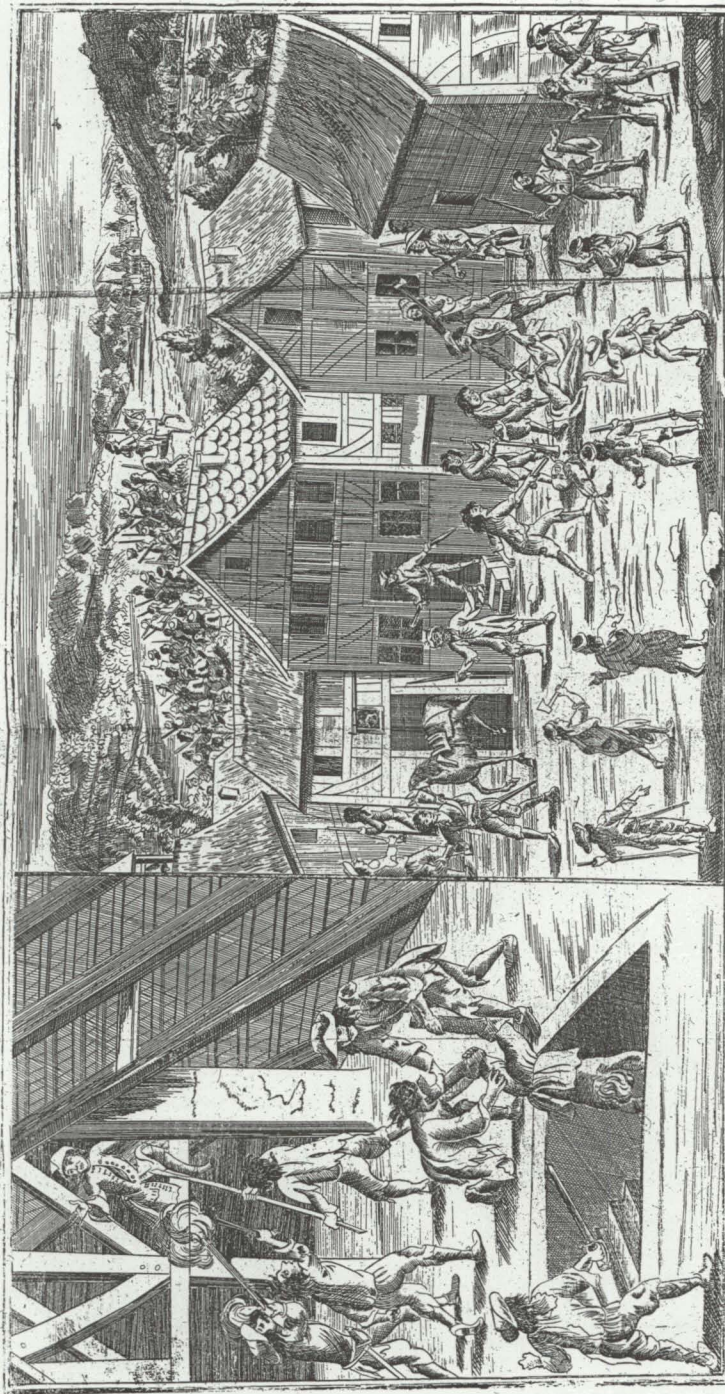


ABBILDUNG VON DEM MOERDERISCHEN ANGRIFF VND DARAVF ER FOLGTENMORDTHAT DES LAND LIEVTENANT
 EMERANERS AVF DER GLAS HVT TEN IN DER GRAFFSCHAFT NIDDA & C

Tab. Andreas. Kall. Sculpt. Bütz. Boch.

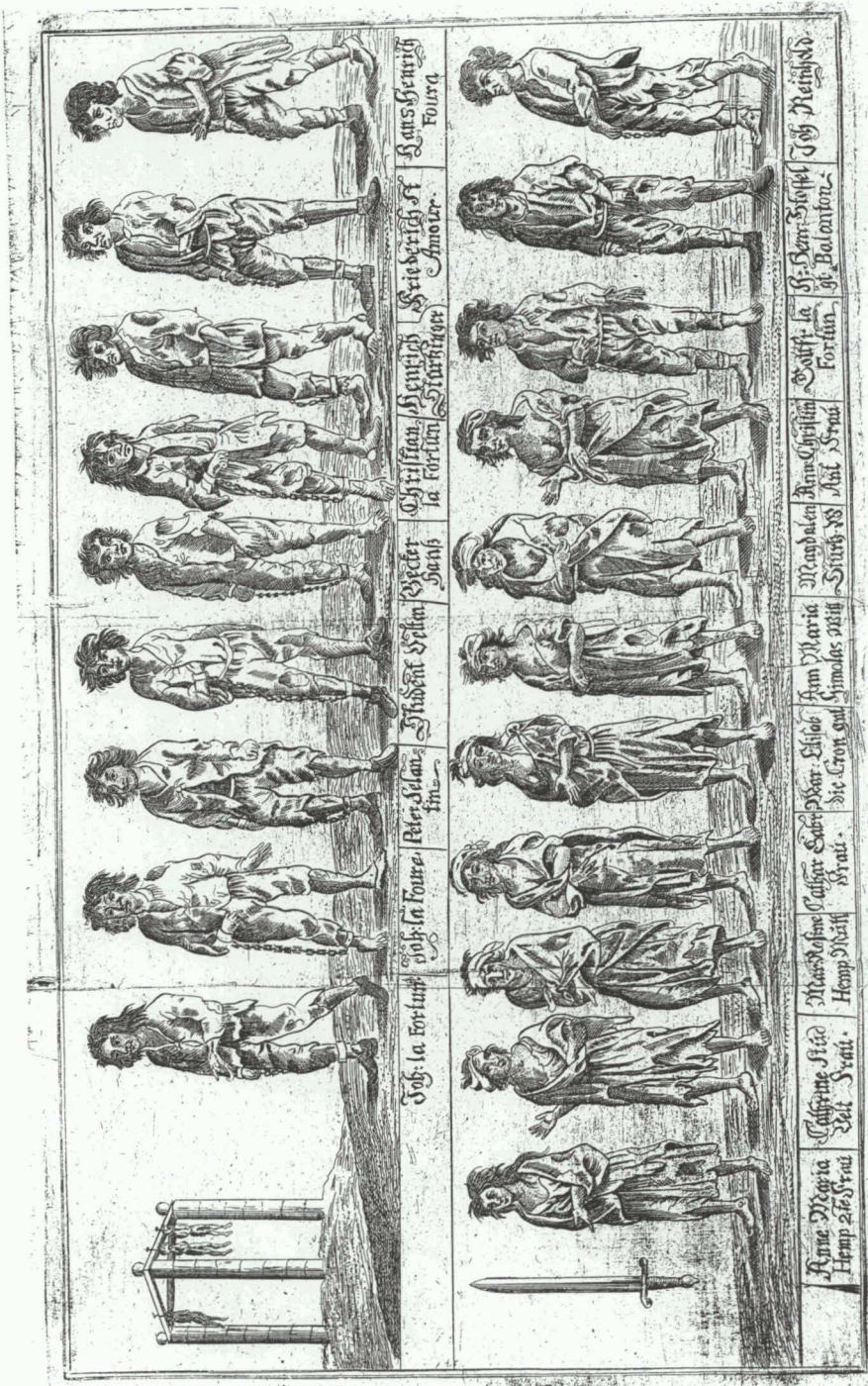
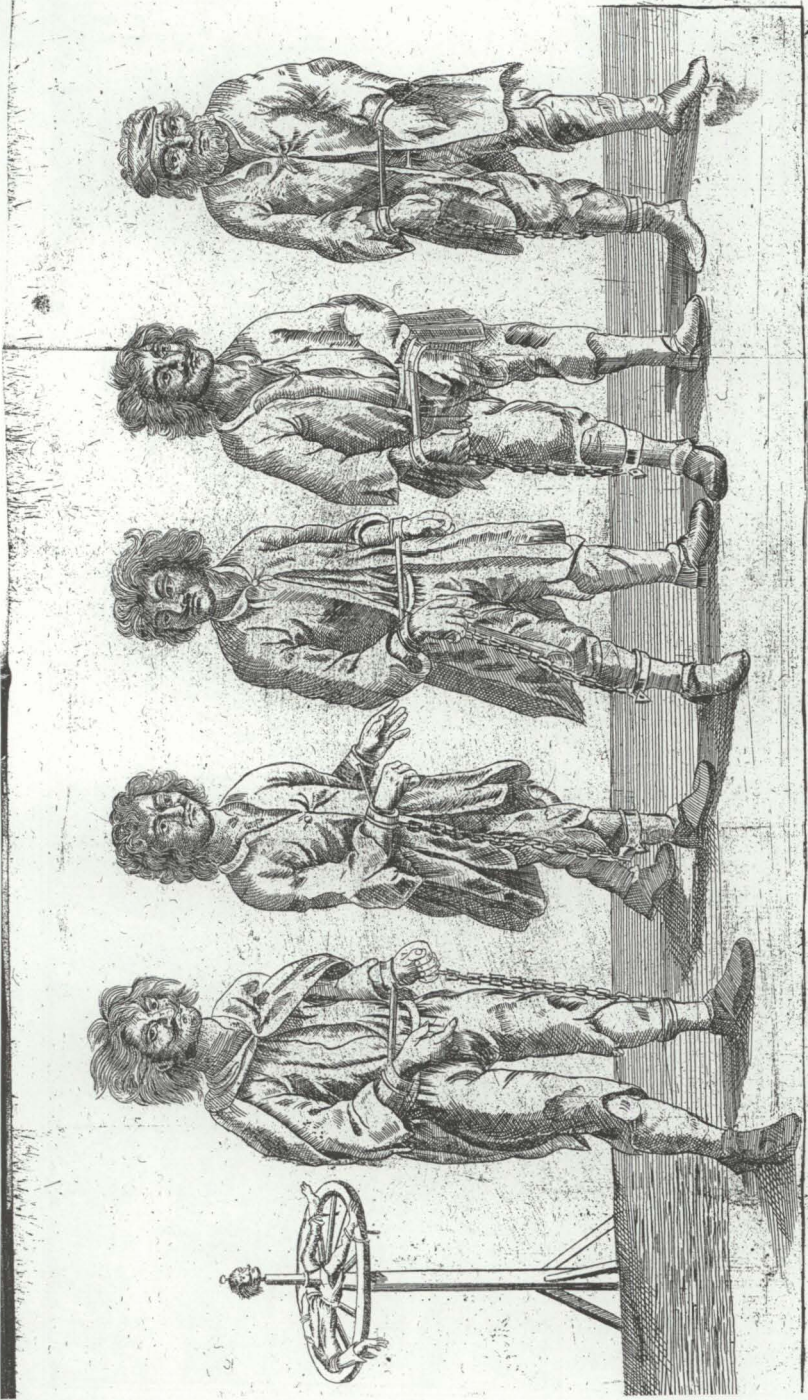
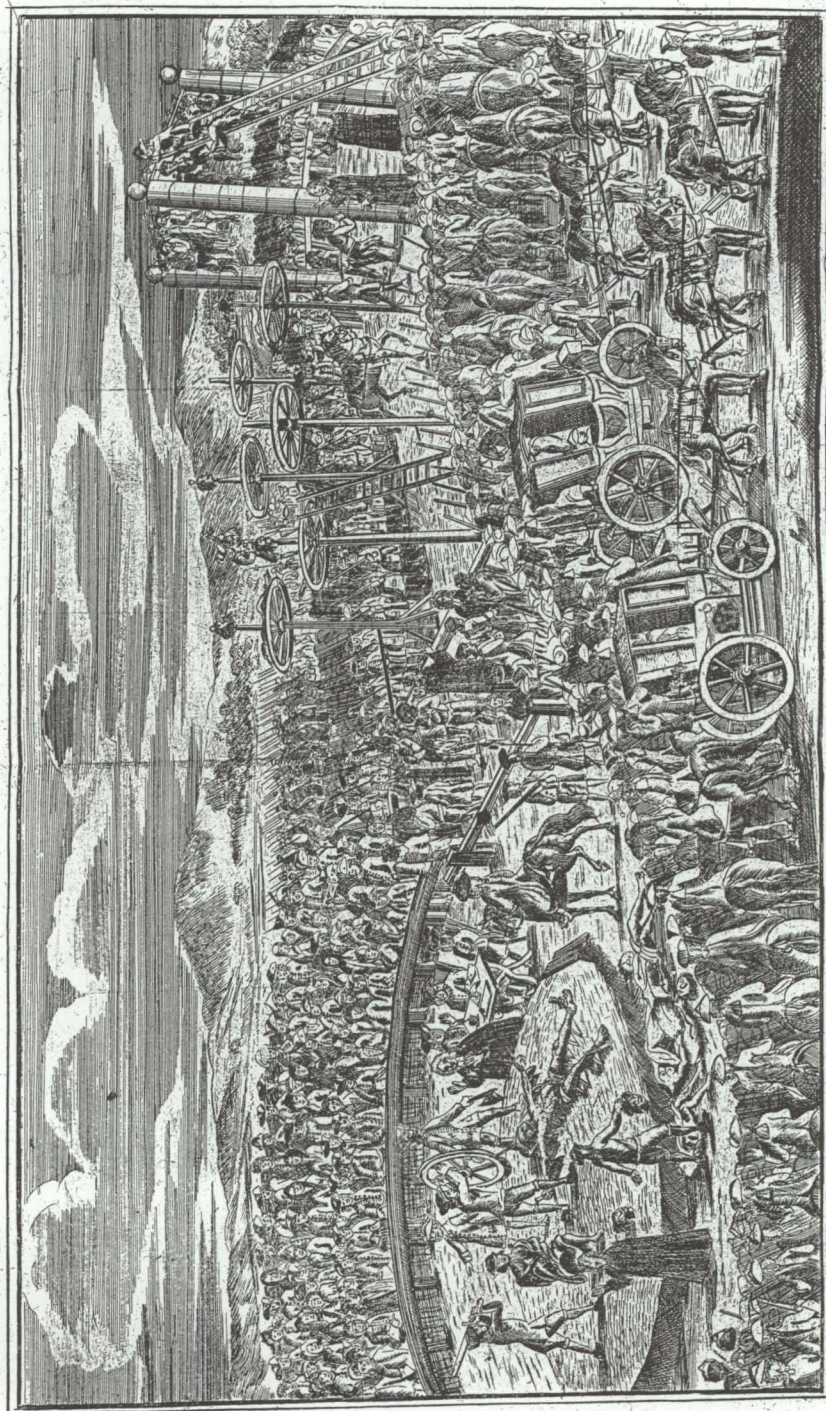


Illustration of a theatrical troupe with names and descriptions in German script.



IOH: LORRIES: GABRIEL ♦ HEMPERLA • LOR: LAMPERT • ANTE: ALEXANDR • FRANZ: LAMPERT.



H. Kell. Sculp.

sches Bewußtsein, Sympathie mit den Armen und eine Frontstellung gegen die etablierte Gesellschaft zusprach und sie in die Nähe des sozialen Protests rückte.⁴ Die entsprechenden Autoren übertrugen dabei die Ergebnisse Eric J. Hobsbawms über das der seßhaften bäuerlichen Bevölkerung entstammende und von ihr unterstützte, die traditionelle Sozialordnung verteidigende Sozialbanditentum auf die Verhältnisse im Deutschland des 18. und frühen 19. Jahrhunderts, wo die aus Angehörigen der Vagantenschicht rekrutierten Räuberbanden dominierten.⁵

Im folgenden gilt es, diese einander unversöhnlich gegenüberstehenden Sichtweisen anhand dreier Fragenkomplexe kritisch zu überprüfen: Welche physische Bedrohung ging von den Räuberbanden für die Bevölkerung real aus? Wie lukrativ waren ihre Unternehmungen? Wen wählten sie als bevorzugte Opfer? Abschließende Überlegungen zur Rekrutierung und Organisierung der Räuber sollen dazu beitragen, das Phänomen des Bandenwesens im 18. und frühen 19. Jahrhundert zu charakterisieren. Als Quellengrundlage dienen die Aktenmäßigen Geschichten, die von den mit der Prozeßführung gegen eingefangene Banditen betrauten Untersuchungsrichtern verfaßt wurden. Neben berichtenden, vielfach moralisierenden Passagen enthalten sie wertvolle neutrale Daten, indem sie sämtliche ermittelten Verbrechen der in der jeweiligen Region tätigen Bande mit exakter Beschreibung von Tatort, -zeitpunkt und -hergang sowie einer Aufzählung aller Beteiligten und des Erbeuteten auflisten. Im Mittelpunkt der Ausführungen stehen sechs Organisationen: die in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Hessischen agierenden Zigeuner um den Großen Galantho und die zeitgleich vor allem in Sachsen tätige straff gegliederte Gruppierung unter dem Krummfingers Balthasar, die Zigeuner um Hannikel und die Große Niederländer Bande mit ihren Unterformationen, die ihre Verbrechen gegen Ende des 18. beziehungsweise an der Schwelle vom

⁴ G. KRAFT, Historische Studien zu Schillers Schauspiel "Die Räuber". Über eine mitteldeutsch-fränkische Räuberbande des 18. Jahrhunderts, Weimar 1959; C. KÜTHER, Räuber und Gauner in Deutschland. Das organisierte Bandenwesen im 18. und frühen 19. Jahrhundert, Göttingen 1976; A. KOPECNY, Fahrende und Vagabunden. Ihre Geschichte, Überlebenskünste, Zeichen und Straßen, Berlin 1980; N. FINZSCH, Obrigkeit und Unterschichten. Zur Geschichte der rheinischen Unterschichten gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1990. Diese Sichtweise wurde erstmals in Frage gestellt von U. DANKER, Räuberbanden im Alten Reich um 1700. Ein Beitrag zur Geschichte von Herrschaft und Kriminalität in der Frühen Neuzeit, Frankfurt/M. 1988, S. 493 f; ebenso bei H. SARKOWICZ, Einleitung zu Die deutschen Räuberbanden. In Originaldokumenten hrsg. und kommentiert von H. BOEHNCKE und H. SARKOWICZ, Bd. I: Die großen Räuber, Frankfurt/M. 1991, S. 9 f.

⁵ E.J. HOBBSAWM, Sozialrebelln. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, Neuwied 1962; ders., Die Banditen, Frankfurt/M. 1972. Die Kriterien des Sozialbanditentums erfüllte im Untersuchungszeitraum und -gebiet allenfalls in Ansätzen die auf Wilderei spezialisierte Gruppierung um den Bayerischen Hiesel, dessen Motive jedoch nicht überschätzt werden sollten.

18. zum 19. Jahrhundert in Schwaben respective im Linksrheinischen begingen, schließlich die zu Beginn des 19. Jahrhunderts aktive Odenwälder sowie die Vogelsberger und Wetterauer Bande.⁶

Fragt man erstens nach der Bedrohung der Bevölkerung durch Räuberbanden im Untersuchungszeitraum, so stößt man auf das Problem, daß sich Aussagen zur Quantität der Bandenkriminalität aufgrund der ungenügenden Material- und Forschungslage nicht treffen lassen. Es ist daher nötig, sich dem Komplex anhand qualitativer Kriterien zu nähern. Zunächst läßt sich eine mit der Zeit deutlich abnehmende Brutalität in der Vorgehensweise der einzelnen Banden beobachten. Nur für die beiden Formationen des frühen 18. Jahrhunderts stellte Gewalt ein konstitutives Merkmal ihrer Aktionen dar. Sie wendeten sie teilweise ohne sichtbare Notwendigkeit und nur zum Selbstzweck an. So gingen die Zigeuner um den Großen Galantho mit äußerster Grausamkeit gegen Opfer und zufällige Zeugen vor. Beim Prozeß in Gießen wurde ihnen vorgeworfen, sie hätten, "wann die Unterthanen sich ihnen widersetzen wollen, solche todt zu schiessen sich betrohentlich vernehmen lassen".⁷ Das aufsehererregendste Verbrechen dieser Bande bestand in der brutalen Ermordung eines Vertreters der Obrigkeit, des Land-Lieutenants Emeraner, nachdem dieser im Wirtshaus zu Hirtzenhayn einige Zigeuner festgenommen hatte. Daraufhin

⁶ D.J.B. WEISSENBRUCH, Ausführliche Relation von der famosen Ziegeuner- Diebs-Mord- und Rauberbande, welchen den 14ten und 15. November 1726 zu Giessen durch Schwerdt, Strang und Rad, respective justificirt worden [...], Franckfurt und Leipzig 1727; Actenmäßige Nachricht von einer zahlreichen Diebs-Bande welche von einem zu Hildburghausen in gefänglicher Haft sitzenden mitschuldigen jungen Dieb entdeckt worden nebst einem Anhang, o.O. 1753; Ch.F. WITTICH, Hannikel oder die Räuber- und Mörderbande, welche in Sulz am Neckar in Verhaft genommen und am 17.ten Juli 1787 daselbst justificirt worden. Ein wahrhafter Zigeuner-Roman, ganz aus den Kriminalakten gezogen, Tübingen 1787, neuerdings abgedruckt in: Die deutschen Räuberbanden, Bd. I (wie Anm. 4), S. 105-164; B. BECKER, Aktenmäßige Geschichte der Räuberbanden an den beyden Ufern des Rheins. Erster Theil: Geschichte der Brabantischen, Mersener, Crevelder, Neußer, Neuwieder und Westphälischen Räuberbande, Cöln 1804, ND Leipzig 1972, weitgehend abgedruckt in: Die deutschen Räuberbanden (wie Anm. 4), Bd. II: Die rheinischen Räuberbanden; L. PFISTER, Aktenmäßige Geschichte der Räuberbanden an den beiden Ufern des Mains, im Spessart und im Odenwalde. Enthaltend vorzüglich auch die Geschichte der Beraubung und Ermordung des Handelsmanns Jacob Rieder von Winterthur auf der Bergstraße. Nebst einer Sammlung und Verdolmetzung mehrerer Wörter aus der Jenischen oder Gauner-Sprache, Heidelberg 1812; von GROLMANN (wie Anm. 2); C.F. BRILL, Aktenmäßige Nachrichten von dem Raubgesindel in den Maingegenden, dem Odenwald und den angrenzenden Ländern besonders in Bezug auf die in Darmstadt in Untersuchungshaft befindlichen Glieder desselben, Darmstadt 1814, alle auszugsweise abgedruckt in: Die deutschen Räuberbanden (wie Anm. 4), Bd. III: Von der Waterkant bis zu den Alpen, S. 127-179; 197-237; 240-266.

⁷ Detaillierte und empirisch belegte Ausführungen bei LANGE (wie Anm. 1), S. 165-195. WEISSENBRUCH (wie Anm. 6), S. 54.

formierten sich 50 ihrer Landsleute, fanden den flüchtigen Emeraner auf dem Dachboden des Wirtshauses, quälten und beschossen ihn, raubten seine Wertsachen und warfen ihn die Treppe hinunter, bevor sie mit Jubelgeschrei abzogen.⁸

In dem mit einem Mitglied der Krummfingers Balthasar Bande aufgenommenen Verhörprotokoll werden elf Morde erwähnt, wovon die Hälfte Auseinandersetzungen zwischen den Banditen betrafen, die andere Hälfte sich gegen Einzelpersonen richtete, die die Täter im Wald spontan ausplünderten und erschossen. Darunter war ein junges Mädchen, mit dem die Räuber kein Mitleid hatten, obgleich es "sehr beweglich lamentiret, erbärmlich geweinet, und gesagt [hätte]: sie habe nichts als ihre Kleider."⁹

Die übrigen hier behandelten Räuberbanden hingegen setzten Gewalt nur sehr zweckgerichtet ein oder verzichteten sogar weitgehend darauf. Kam sie zur Anwendung, so hatte sie einen bestimmten Sinn innerhalb des räuberischen Agierens. Zunächst ging es darum, eine mögliche Gegenwehr der Opfer auszuschalten. Sowohl beim Raub als auch beim Straßenraub warf man diese zu Boden, band und knebelte sie. Weitere physische Angriffe lassen sich nur in zwei Situationen verzeichnen. Zum einen mißhandelten die Räuber die Bewohner, wenn sie keine oder nicht genügende Beute fanden. Hatte der Baldowerer in seiner Beschreibung der Raubgelegenheit übertrieben, so glaubten die Banditen, man wolle ihnen vorhandene Schätze vorenthalten, und versuchten, durch Folterungen die geheimen Verstecke zu erpressen.¹⁰ Die andere Situation trat ein, wenn sich die Opfer wehrten und die Räuber um ihre eigene körperliche Unversehrtheit fürchteten beziehungsweise sich in der Gefahr sahen, von herannahenden Verfolgern gefaßt zu werden.

Ein weiterer Aspekt, der Auskunft über die Bedrohung der Bevölkerung durch Räuberbanden gibt, besteht in deren Bewaffnung. Besonders gut, ja militärisch war die Bande des Krummfingers Balthasar mit modernen, funktionsfähigen Waffen ausgestattet. Ihr Anführer besaß etwa eine Pistole, die man zweimal hintereinander abschießen konnte, und unter das Pulver mengten die Räuber "Kügelgen, wie kleine Erbsen, welche machten, daß es nicht knalle."¹¹ Diese Ausrüstung erklärt sich leicht, gehörte doch das Büchsenhandwerk in Suhl zum Revier der Bande.

Eine quantitativ reiche Ausstattung mit Waffen ist sonst nur für die Niederländer belegt, die bei ihrer Methode des offenen Angriffs zumindest auf die Drohfunktion von Pistolen und Degen angewiesen waren.

⁸ Ebd., S. 59-64; weitere Beispiele für Gewaltanwendungen durch diese Bande: ebd., S. 73; 82 f.; 90; 98 f.

⁹ Actenmäßige Nachricht (wie Anm. 6), S. 39; weitere Beispiele für Gewaltanwendungen durch diese Bande: ebd., S. 22; 30 f.; 38 f.

¹⁰ Beispiele bei WEISSENBRUCH (wie Anm. 6), S. 102; WITTICH (wie Anm. 6), S. 40; 48 f.; BECKER (wie Anm. 6), Bd. II, S. 11; 64; 444 f.

¹¹ Aktenmäßige Nachricht (wie Anm. 6), S. 39.

Die Banden des frühen 19. Jahrhunderts hingegen waren nur von Fall zu Fall und meist lediglich mit Prügelstöcken oder Baumästen bewaffnet. Diese Auswahl verwundert nicht, denn die selten benutzten Pistolen waren qualitativ sehr schlecht, wurden unsachgemäß geladen und versagten immer wieder im entscheidenden Augenblick. Sie stellten sogar ein Sicherheitsrisiko dar, wie im Fall des von der Wetterauer und Vogelsberger Bande verübten Diebstahls in Vollmitz. Hier war eine Pistole überladen worden. Als Folge sprang der Messingring ab und fügte dem Räuber eine Verletzung am Daumen zu.¹²

Wertet man zweitens die Quellen hinsichtlich der Beuteerträge von Räuberbanden aus, so zeigt sich, daß der von den Verfassern der Aktenmäßigen Geschichten immer wieder erhobene Vorwurf, die Räuber hätten Unsummen im Wirtshaus verpraßt, statt das illegal Erworbene wenigstens zum Zwecke einer bürgerlichen Existenzgründung zu verwenden¹³, ins Leere greift. Während sich über die beiden Banden des frühen 18. Jahrhunderts, deren Beute fast zur Hälfte aus Kleidern und Stoff, zu etwa 20 % aus Lebensmitteln, aber nur zu ca. 10 % aus Geld und Schmuck, im übrigen aus Vieh bestand, wegen der fehlenden Angaben zum Wert des Gestohlenen noch keine eindeutigen Aussagen treffen lassen¹⁴, so kann man bei den Niederländern und den Zigeunern um Hannikel eine Korrelation zwischen Vorgehensweise sowie Art und Höhe der Beute erkennen. Beide bevorzugten den offenen Raubüberfall. Von der Großen Niederländer Bande liegen auswertbare Zahlen nur für eine Unterformation, die Neuwieder Bande, vor.¹⁵ Mehr als zwei Drittel ihrer Beuteerträge bestanden in Geld und gut veräußerbaren Wertgegenständen wie Schmuck, Uhren und Kirchensilber. Das für den eigenen Bedarf Gestohlene, etwa Lebensmittel oder Waffen, machte demgegenüber nur einen geringen Anteil aus. Aus den wenigen, in verschiedenen Währungseinheiten angegebenen Aussagen über den Wert des Erbeuteten läßt sich vorsichtig schließen, daß die Überfälle der Neuwieder im Vergleich mit anderen Banden in der Regel recht lukrativ gewesen sein müssen, selbst wenn man die durch die Methode des offenen Angriffs erforderliche höhere Teilnehmerzahl, die stellenweise 15 Banditen umfaßte, in Rechnung stellt.

Auch die Zigeuner unter Hannikel erbeuteten in den meisten Fällen Geld, und es gelangen ihnen neben weniger spektakulären Unternehmungen mehrfach lukrative Coups mit Erträgen bis zu 18 000 Gulden. Insgesamt soll Hannikel in seiner Räuberkarriere 41 614 Gulden erstohlen

¹² Vgl. von GROLMANN (wie Anm. 2), S. 122.

¹³ So z.B. bei J.U. SCHÖLL, Abriß des Jauner und Bettelwesens in Schwaben nach Akten und andern sichern Quellen von dem Verfasser des Konstanzer Hanns, Stuttgart 1793, S. 260 f.

¹⁴ Zahlen bei LANGE (wie Anm. 1), S. 173.

¹⁵ Genaue Angaben ebd., S. 171.

haben.¹⁶

Dagegen fallen die beiden Banden des frühen 19. Jahrhunderts deutlich ab. Die etwas günstigere Bilanz der Odenwälder Bande erklärt sich aus der Verübung auch der einträglicheren Delikte des Raubs und des Straßenraubs neben den bevorzugten Diebstählen und heimlichen Einbrüchen. An der Art der Beute zeigt sich, daß besonders die Vogelsberger und Wetterauer Räuber, die ihren Erwerb zu über 80 % aus einfachen und qualifizierten Diebstählen bestritten, nicht wählerisch waren. Sie machten ihr Vorgehen offenbar davon abhängig, ob etwas leicht, ohne Gefahr und ohne großen personellen Aufwand gestohlen werden konnte. Wenn sich ihnen die Gelegenheit bot, nahmen sie Wäsche, Bettzeug oder Kleidung von der Leine beziehungsweise Bleiche, entwendeten Tiere von der Weide oder aus dem Stall. Beim Einbruch, der möglichst unbemerkt vollzogen werden sollte, griffen sie nach erreichbaren Gegenständen, etwa Branntwein- und Waschkesseln, Geschirr, Kleidung, vor allem aber Lebensmitteln. Geld sowie andere Wertgegenstände waren meist gut versteckt und für die risikoscheuen Räuber kaum zugänglich. Einen beträchtlichen Anteil an der Beute machten Eßwaren aus.¹⁷

Im Gegensatz zu der Auffassung der zeitgenössischen Autoren trug die Bandenkriminalität daher offenbar in zunehmendem Maße Bagatelldeliktcharakter. Vielfach verlief die Grenze zum Mundraub fließend. Dies gilt um so mehr, wenn man sich verdeutlicht, daß der Beuteertrag, der bei den beiden Banden des frühen 19. Jahrhunderts zu etwa zwei Dritteln unter 100 Gulden lag, noch durch die Zahl der Teilnehmer dividiert wurde. Zum anderen mußten die Naturalien, sollten sie nicht unmittelbar den Eigenbedarf decken, an einen Hehler verkauft werden, der, in einer ungleich sichereren Position als die Räuber, ihnen häufig einen sehr ungünstigen Tauschwert anbot. Schließlich ist erwiesen, daß der Alltag auch der bedeutenderen Banditen von einem ständigen Wechsel zwischen vorübergehendem Reichtum und häufiger Armut gekennzeichnet war. "Heute haben sie alles im Ueberfluß, Geld, Kleinodien, Lebensmittel die Menge: morgen leiden sie an allem Mangel, haben nicht einen Bissen Brods vorrätig."¹⁸ So weiß man von Fetzer und anderen berühmten Räubern der Neuwieder Bande, daß sie zwischenzeitlich immer wieder aufs Betteln angewiesen waren.

Je riskanter die Unternehmung durchgeführt wurde, desto größer war die Chance, lukrative Beute zu erringen, desto höher lag auf der anderen Seite aber die Gefahr, gefaßt zu werden oder zumindest ohne Beute flüchten zu müssen. Diese Erfahrung blieb selbst den souveränen Niederländern

¹⁶ Vgl. WITTICH (wie Anm. 6), S. 54.

¹⁷ Genaue Angaben Genaue bei LANGE (wie Anm. 1), S. 175-177.

¹⁸ SCHÖLL (wie Anm. 13), S. 309.

nicht erspart.¹⁹ Bei den beiden Banden des frühen 19. Jahrhunderts war das Scheitern, das um die 10 % aller ermittelten Vergehen ausmachte, hingegen eher auf Mangel an Planung, Uneinigkeit unter den Banditen oder Unpäßlichkeiten zurückzuführen. Ein Angriff bei Schlüchtern mußte unterbleiben, weil "Zunder-Albert und Wurzel-Jörg sich so stark betrunken hatten, daß sie nicht marschieren konnten und die Kameradschaft daher nicht um die Zeit in der Gegend eintreffen konnte, zu welcher die Ochsenhändler solche gewöhnlich passirten."²⁰

Mit dem Beutegewinn hängt drittens eng die Frage nach den Opfern zusammen. Die Historiker beschränkten sich bisher weitgehend auf die durch Belege nicht abgesicherte These, es habe sich vorwiegend um Wohlhabende gehandelt. Betrachtet man die Angaben in den Quellen genauer, so zeigt sich, auch wenn präzise Informationen nur für einige Banden vorliegen, daß eine solche Verallgemeinerung unzulässig ist. Lediglich die Niederländer dürften sich in der Tat auf relativ reiche Opfer konzentriert haben. Eine Auflistung der von der Neuwieder Bande Beraubten ergab ein deutliches Überwiegen von Kaufleuten, Händlern und Bankiers vor Vertretern der Obrigkeit, Wirten und schließlich Müllern und Schmieden. Vertreter der Unterschichten wurden so gut wie nicht heimgesucht.²¹

Ganz anders sieht die Bilanz für die Odenwälder sowie die Vogelsberger und Wetterauer Banditen aus. Sie nahmen jede günstige Gelegenheit wahr, ohne sich darum zu kümmern, wen sie schädigten. Neben Kaufleuten und Händlern, Bauern, Handwerkern, ländlichen Beamten und Gastwirten, die immerhin über einen gewissen Besitz verfügt haben dürften, bestahlen diese Räuber auch Menschen ihrer eigenen sozialen Schicht: Schäfer, Hirten, Gesinde, Unterbäuerliche, Musikanten und sogar Gauner. Dabei handelte es sich oft um "Kochemer", also Leute, die die Banditen in irgendeiner Weise unterstützten. Mitglieder der Odenwälder Bande brachen zum Beispiel in die Thomashütte bei Eppertshausen ein, in der zwei von ihnen zuvor Quartier gefunden hatten, und stahlen 93 Gulden, 28 Kreuzer, "die siebenjährige Ersparniß einer armen Magd."²² In Ilbenstadt verspotteten Räuber der gleichen Bande einen Hirten, dem sie zuvor mehrere Ziegen entwendet hatten, mit den Worten: "Nun Schwarzer! jetzt haben wir die Ziegen, du nicht!"²³

Gelegenheitsarbeiten einzelner Banditen erbrachten die Möglichkeit zum Baldorn. Der zur Vogelsberger und Wetterauer Bande gehörige Conrad Anschuh half einer armen Witwe beim Holzhacken gegen etwas Geld und ein Essen. In der folgenden Nacht brach er durch den Stall, in

¹⁹ Beispiele in BECKER (wie Anm. 6), Bd. II, S. 58-61; 66-75; 177; 197-204.

²⁰ BRILL (wie Anm. 6), S. 115.

²¹ Genaue Angaben bei LANGE (wie Anm. 1), S. 183.

²² Pfister (wie Anm. 6), Bd. I, S. 123.

²³ Ebd., S. 109.

dem er das Holz zerkleinert hatte, und mit der gleichen Axt in die Stube ein, wo ihm die Mahlzeit gereicht worden war. Er stahl dort Kleider, Leder und Wäsche im Wert von 57 Gulden.²⁴

Im Gegensatz zu dem undankbaren und zerstörerischen Verhalten stehen Züge von Mitleid und Humanität, die von einigen Räubern überliefert sind. Beim Straßenraub beließen Mitglieder der Odenwälder Bande unbemittelten Opfern mehrfach ihr geringes Vermögen beziehungsweise gaben es ihm auf seine Klagen hin zum Teil oder auch vollständig zurück. Auch bei Raubunternehmungen zeigten die Odenwälder Züge von Mitleid gegenüber Kindern und alten sowie kranken Hausbewohnern, denen sie zu verstehen gaben, daß sie "von ihnen nichts Arges zu befürchten hätte[n]."²⁵

In den Fällen, in denen die Räuber den Opfern ihr Geld zurückgaben, handelte es sich jedoch stets um extrem niedrige Beträge. Vielfach hatten sie sich vorher anderweitig gesättigt, so daß ihre Großmut keine Entbehrungen für sie selbst nach sich zog. Auffallend ist zudem, daß Züge von Mitleid nur bei der direkten Konfrontation mit dem Opfer, das heißt beim Straßenraub oder Raub, auftraten. Offenbar ließen sich die Räuber durch unmittelbare Klagen erweichen, während sie beim heimlichen Einbruch keine Rücksicht auf den möglichen Ruin ihres meist wenig bemittelten Opfers nahmen, sich vielmehr im eigenen Überlebensinteresse keine Solidarität erlauben konnten.

Welches Bild boten nun die Räuberbanden des 18. und frühen 19. Jahrhunderts? Zunächst wird aus den gewonnenen Erkenntnissen deutlich, daß sich zum Ende des Untersuchungszeitraums hin ein Bedeutungsschwund vollzog. Die Gewalttätigkeit der Banditen nahm im Zuge der allmählichen gesellschaftlichen Humanisierung immer mehr ab, die sich neben dem Kriegswesen vor allem im Strafvollzug manifestierte. Hier fand im Laufe des 18. Jahrhunderts eine langsame Abkehr von der Folter und den grausamen Körperstrafen statt, die den Banditen vielfach als Vorbild für ihr eigenes Vorgehen gedient hatten. So wird die Brutalität der Krummfingers Balthasar Bande erklärlicher, wenn man die Aussage kennt, die der Stiefsohn des Anführers über die zeitgenössischen Haftbedingungen machte: "Sein Vater hätte damals in Ketten gesessen, daß er nicht hätte auf die Erden kommen können, und die Maden und Läuse hätten ihm große Löcher in die Seiten und Kniekehlen gefressen gehabt, daß er auch noch immer nicht recht fortkommen könnte, wenn er aufstünde."²⁶

²⁴ Vgl von GROLMANN (wie Anm. 2), S. 307. Weitere Beispiele: ebd., S. 169; 241; 243; 389; 414.

²⁵ PFISTER (wie Anm. 6), Bd. II, S. 138. Weitere Beispiele für die Odenwälder Bande: ebd., S. 172; Bd. I, S. 97; 103; BRILL (wie Anm. 6), S. 117; für die Niederländer: BECKER (wie Anm. 6), Bd. II, S. 95; 377.

²⁶ Actenmäßige Nachricht (wie Anm. 6), S. 19.

Ähnliches dürfte für die Zigeuner um den Großen Galantho gelten, die als Begründung für ihr brutales Vorgehen gegen Bauern angegeben hatten: "Die armen Ziegeuner wollten ja doch leben."²⁷ Tatsächlich bestritten ihnen die am Beginn des 18. Jahrhunderts allorts erlassenen Zigeunergesetze dieses Recht, indem sie die Angehörigen der ethnischen Minderheit für vogelfrei erklärten. Noch 1724 wurden in Berneck 17 Zigeunerinnen im Alter von 15 bis 98 Jahren ohne Prozeß und ohne Nachweis begangener Verbrechen an Bäumen aufgeknüpft.²⁸ Erst mit der Aufklärung begann die physische Bedrohung durch die Behörden zu verschwinden.

Schon die Große Niederländer Bande verzichtete auf die Anwendung von Gewalt zum Selbstzweck, obwohl ihr die äußeren Bedingungen, die erhebliche Beeinträchtigung der Staatsmaschinerie durch Krieg und Besatzung im Linksrheinischen eine breitere Organisation, eine ungestörtere Vorbereitung ihrer Coups und ein offensiveres Vorgehen mit einer großen Teilnehmerzahl ermöglichten. Dieses wiederum eröffnete ihnen die Chance, auch an versteckte Geldvorräte und Wertgegenstände heranzukommen. Die Banden des frühen 19. Jahrhunderts hingegen, denen eine solche Begünstigung durch äußere Umstände fehlte, verlegten sich weitgehend auf heimliche, meist wenig lukrative Aktionen.

Widerlegen diese Feststellungen bereits die von den zeitgenössischen Justizbeamten vorgenommene Charakterisierung, wie sie in den eingangs zitierten Worten von Grolmanns zum Ausdruck kam, so ermöglichen abschließende Überlegungen zur Rekrutierung und Organisation der Banditen, aus denen sich ihre Motivation ableiten läßt, die Konturierung eines anderen Bildes. Dieses widerspricht auch den Thesen der zu Beginn erwähnten Forschungsrichtung. Ihre Vertreter sind der Ansicht, die Räuber hätten die sozialen Ungerechtigkeiten ihrer Zeit erkannt, seien mit ihren Mitteln, nämlich Raub und Diebstahl, gegen die Mächtigen sowie Reichen vorgegangen und hätten eine "Gegengesellschaft in Konkurrenz zur etablierten"²⁹ errichtet. So hatte der Odenwälder Räuber Mannefriedrich im Heidelberger Gefängnis gereimt: "Die meisten Herrn sind Schuld daran, daß mancher thut, was er sonst nicht gethan."³⁰ Doch stellen solche gelegentlich überlieferten Äußerungen von inhaftierten Banditen nicht vielmehr Rechtfertigungsversuche vor dem Untersuchungsrichter dar, mit deren Hilfe sie die Schuld von sich abzuwälzen und anderen zuzuweisen suchten?

Eine klare Frontstellung der Räuberbanden gegen die Reich:n und eine

²⁷ WEISSENBRUCH (wie Anm. 6), S. 120.

²⁸ Vgl. J.S. HOHMANN, *Geschichte der Zigeunerverfolgung in Deutschland*, Frankfurt/M. / New York 1981, S. 34.

²⁹ KÜTHER (wie Anm. 4), S. 10; ähnlich bei KOPECNY (wie Anm. 4), S. 143; FINZSCH (wie Anm. 4), S. 242.

³⁰ PFISTER (wie Anm. 6), Bd. II, S. 33.

Solidarisierung mit den Armen läßt sich in den Quellen nicht nachweisen. Die Betrachtung der Opfer zeigte, daß sich die Täter keinesfalls auf die Beraubung Wohlhabender beschränkten, auch wenn hier hoher Beutegewinn zu erwarten war. Wo sich die Möglichkeit dazu aber nicht ohne Risiko ergab, zogen sie es vor, einem armen Hirten gefahrlos seinen geringfügigen Besitz zu entwenden. Deshalb fällt es schwer, den Räubern und Vaganten ein "Klassen- oder Standesbewußtsein"³¹ zuzusprechen und eine gemeinsame Frontstellung zu erkennen.

Zwar gab es einen Zusammenhalt der "Kochemer", der in Banden organisierten Räuber, Bettler und am Rande der Gesellschaft Lebenden, ohne den die Dauerhaftigkeit des Phänomens der Bandenkriminalität nicht denkbar wäre. Sie kannten sich über Territorialgrenzen hinweg, heirateten untereinander, erzogen ihre Kinder nach ihrer spezifischen Lebensweise und verständigten sich in der Gaunersprache. Die "Kochemer" standen insofern in einem Gegensatz zur herrschenden Gesellschaft, als sie sich aufgrund ihrer vagierenden Lebensweise der Kontrolle durch die Obrigkeit entzogen und zahlreiche in der Gesellschaft geltende Gesetze und Normen mißachteten. Dieser Antagonismus äußerte sich partiell in einem Bewußtsein der Andersartigkeit, ja der Überlegenheit gegenüber den "Wittischen", die die Gesetze beachteten.³²

Betrachtet man aber im einzelnen die Ursachen für die Organisation der "Kochemer", so fällt auf, daß es weniger ihre eigene Entscheidung war, die sie in eine Gegenposition drängte. Eine Auswertung der den Aktenmäßigen Geschichten beigefügten Gaunerlisten ergab, daß die dort aufgeführten, von Mitgliedern und Helfern der Banden ausgeübten Berufe zu annähernd 90 % auf eine unterständische und wirtschaftlich ungesicherte Existenz, meist verbunden mit der vagierenden Lebensweise, hindeuten.³³ Da der Staat des Ancien Régime bemüht war, das Nichtseßhaftenproblem statt mit sozialpolitischen mit polizeilichen Maßnahmen zu lösen, wurden Bettler und Vaganten um ihrer bloßen Existenz willen verfolgt, de facto fast immer über die zahlreichen Territorialgrenzen abgeschoben, aber de jure beim wiederholten Aufgreifen auch durch die Brandmarkung, schließlich sogar die Todesstrafe bedroht. Daher befanden sich die Betroffenen automatisch am Rande, wenn nicht außerhalb der etablierten Gesellschaft. Der Schritt zur Verbindung mit den Gaunern war von hier aus nur ein kleiner. Zum einen bot der Anschluß wirtschaftliche Vorteile, zum anderen gewährte die Organisation in Banden Schutz vor der Verfolgung durch die Obrigkeit, und sie erwies sich beim kriminellen Lebenserwerb mit der dadurch ermöglichten Arbeitsteilung als ideal. Die Bande kann daher als

³¹ KÜTHER (wie Anm. 4), S. 104.

³² Vgl. SCHÖLL (wie Anm. 13), S. 256.

³³ Genaue Zahlen bei LANGE (wie Anm. 1), S. 100-108; zur Problematik der Quellenauswertung über die Berufsstruktur von Räuberbanden: ebd., S. 101.

Zweckverband angesehen werden, der die Aufgabe übernahm, die aus der Gesellschaft ausgestoßenen Menschen seinerseits zu integrieren. Es handelte sich dabei nicht um "Gaunerrepubliken" oder gar einen "Staat im Staate".³⁴

Doch darf man das Bewußtsein der Räuber von den sozialen Ungerechtigkeiten ihrer Zeit nicht zu hoch veranschlagen. Ihr Agieren, ihr Lebenserwerb durch kriminelle Handlungen, stellte eine Reaktion auf ihr individuelles materielles Elend und die am eigenen Leib erfahrene obrigkeitliche Verfolgung dar. Damit reagierten sie anders, aktiver, auf die Ausgrenzungsprozesse der Gesellschaft als die Mehrheit der das gleiche Schicksal teilenden Vaganten und Angehörigen der seßhaften Unterschichten, zu deren Vorkämpfern sie sich aber nicht machten, die sie, wenn sich keine besseren Chancen eröffneten, sogar bestahlen. Die Art der Vorgehensweise mit der hohen Zahl von Gelegenheitsdiebstählen, die Auswahl der Opfer und die damit zusammenhängenden geringen Beuteerträge haben gezeigt, daß die unmittelbare Motivation zu der jeweiligen Tat der Armut der Räuber entsprang. Häufiger als gemeinhin angenommen wird, stand die Deckung des eigenen Bedarfs im Vordergrund: "Es war im Winter 1805, wo, wie Johann Adam Heußner sagt, nicht viel gethan werden konnte; da seyen sie Nachts ausgegangen, um etwas zu bekommen, es hätte bestehen mögen, worin es wolle, wenn es auch nur Eßwaaren gewesen wären."³⁵ Letzten Endes reichte die Energie der meisten Räuber, sofern sie sich nicht wie die Niederländer auf begünstigende politische Rahmenbedingungen stützen konnten, nur zur Verübung einzelner Delikte aus, während die herrschende Armut zusammenhängende Aktionen nicht gestattete.

Man muß daher davon ausgehen, daß die Straftaten eines großen Teils der Räuberbanden nicht "Verhaltensweise einer Gegengesellschaft, sondern Teil einer Armutsgesellschaft"³⁶ waren.

³⁴ KÜTHER (wie Anm. 4), S. 56; KRAFT (wie Anm. 4), S. 53.

³⁵ PFISTER (wie Anm. 6), Bd. II, S. 148.

³⁶ E. SCHUBERT, *Arme Leute, Bettler und Gauner im Franken des 18. Jahrhunderts*, Neustadt an der Aisch 1983, S. 259.

Der Postraub in der Subach¹

Ulrich Mayer

Der Postraub in der Subach eine Woche vor Pfingsten 1822 - ein Überfall auf eine Postkutsche in einem Waldtal im hessischen „Hinterland“² in der Biedermeierzeit - das könnte der Stoff für eine romantische Spitzbubengeschichte sein. Da drängt sich das Bild des mythisch verklärten Schinderhannes oder des edlen Räubers auf, das 1827 Wilhelm Hauff in der Rahmenerzählung „Das Wirtshaus im Spessart“ vermittelte. Die Faszination eines legendären Räuberlebens und die romantische Verklärung unseres Falles schwindet allerdings schnell, wenn man bedenkt, daß zwei der am Postraub Beteiligten sich in der Haft das Leben nahmen und fünf Männer wegen dieser Tat 1824 in Gießen hingerichtet wurden.

Kein Ereignis der Geschichte des Hinterlandes ist so häufig beschrieben worden, zwischen 1825 und 1993 neunmal³. Ich hebe daraus zwei Darstel-

¹ Vortrag beim Oberhessischen Geschichtsverein in Gießen am 17.1.1996. Für den Abdruck wurde die Vortragsform beibehalten. Die Anmerkungen wurden ergänzt.

² Der Ort des Überfalls liegt in der Gemarkung der Gemeinde Lohra. Der dortige Verein für Geschichte und Volkskunde machte den Postraub zum jährlichen Anlaß seines Frühlingfestes direkt am Tatort. Zuweilen wird der Überfall nachgespielt, es gibt eine Wandergruppe, die an diesem Tag den etwa 20 km langen Weg der Räuber von Kombach bei Biedenkopf bis zur Subach nachgeht.

³ Franz, Carl, Der Post-Raub in der Subach, begangen von acht Straßenräubern, von denen fünf am siebenten October 1824 zu Giessen durch das Schwerdt vom Leben zum Tode gebracht worden sind, Giessen 1825. Neu erschienen Marburg 1986 (Zitate nach dieser Ausgabe.)

Ungekürzter Nachdruck in: Boehnke, Heiner/Sarkowicz, Hans (Hrsg.), Hessens große Räuber. Die großen Banden zwischen Weser und Neckar, Frankfurt a.M. 1995, S. 214-260

Teilabdruck des Franz'schen Berichts unter dem Titel: Der Postraub in der Subach, in: Mitteilungen aus Geschichte und Heimatkunde des Kreises Biedenkopf. Vereinsblatt des „Geschichtsvereins für den Kreis Biedenkopf“, 3. Jhg., Nr. 9, vom 6. November 1909
Nachdruck dieser Fassung in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Volkskunde Lohra, Sonderheft 1984

Kern, Heinrich Ludwig, Postwagen im Hinterhalt. Der Geldraub bei Gladenbach in einer Waldschlucht Pfingsten vor 155 Jahren, in: Heimat an Lahn und Dill (Beilage der Wetzlarer Neuen Zeitung), Nr. 79, Jhg. 1977, Ausgabe Mai, S. 1 f.

Haß, Ulrike, Der plötzliche Reichtum der armen Leute von Kombach (Jugendbuch), Reinbek 1980 (rororo Rotfuchs 242)

lungen hervor: Einmal den von dem Gießener Kriminalgerichtssekretär Carl Franz nach den Akten verfaßten und schon 1825 in Gießen publizierten amtlichen Bericht, zum anderen den auf diesem Bericht basierenden Film des jungen Regisseurs Volker Schlöndorff von 1970 mit dem Titel „Der plötzliche Reichtum der armen Leute vom Korbach“⁴. Die beiden Darstellungen bieten einen deutlichen Kontrast. Es wäre reizvoll und auch erkenntnisfördernd, den Film und den Bericht detailliert miteinander zu vergleichen. Nur so viel soll dazu gesagt werden:

Franz verfolgt die Absicht, vor einer möglichen Sympathie für die Räuber oder gar einer Nachahmung zu warnen. Immerhin war es einigen Bauern aus der Gegend von Biedenkopf ja gelungen, einen militärisch geschützten Geldtransport zu überfallen und dabei neben etwa 350 Gulden Privatgeld über 10.000 Gulden an Steuer- und Forsteinnahmen des Großherzogtums Hessen-Darmstadt zu rauben. Wie die strikte Aufklärung des Falles und die gnadenlose öffentliche Aburteilung hatte der Bericht die Funktion, ähnlichen Taten vorzubeugen. Etwa ein Viertel des Berichts stellte Vorbereitung und Durchführung des Raubs, Beuteverteilung und abschließende Exekution dar, drei Viertel schilderten detailliert die polizeiliche Untersuchung und die Verhöre der Delinquenten und sollten die rasche, unnachgiebige und erfolgreiche Arbeit der großherzoglichen Justizbehörden dokumentieren. Die Botschaft war klar: Warnung, politische Belehrung, Einschüchterung der Untertanen.

Im Gegensatz dazu nahm Volker Schlöndorff die Vorlage als Gelegenheit, im Sinne des Neuen Deutschen Films eine authentische Geschichte „von unten“ zu erzählen. Es ging ihm darum, in Armut und Not der Bauern gerade auch Motivationen für den Raub darzustellen, in dem Geschehen eine erschütternde Konfrontation von auswegloser Misere und autoritärer Staatsmacht zu präsentieren und im Scheitern der Tagelöhner letzt-

Mayer, Ulrich, „Der plötzliche Reichtum der armen Leute von Korbach“. Versorgungskriminalität im frühen 19. Jahrhundert, in: Geschichte lernen, Heft 22 (1991), S. 41-51

Nachdruck dieses Aufsatzes in: Hinterländer Geschichtsblätter, 72 (1993), Nr. 4, S. 139-142

⁴ Der plötzliche Reichtum der armen Leute von Korbach, Film 16 mm, 1970, Regie: Volker Schlöndorff, Drehbuch: Margarethe von Trotta und Volker Schlöndorff, in: Archiv des Deutschen Filmmuseums, Frankfurt a.M. Ausleihbar über die Landesfilmdienste.

Vincke, Kristin, Zwischen historischem Dokument, Sozialromantik und Kitsch: Räuber im Spielfilm, in: Siebenmorgen, Harald (Hrsg.), Schurke oder Held? Historische Räuber und Räuberbanden, Sigmaringen 1995, S. 236 f. / Vgl. Presse- und Materialsammlung des „Vorlasses“ Volker Schlöndorff, in: Archiv des Deutschen Filmmuseums, Frankfurt a.M.

lich Partei gegen obrigkeitsstaatliche Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung zu ergreifen. So weit der Vergleich⁵.

Nach diesen Bemerkungen zur Überlieferungsgeschichte soll es nun darum gehen, den Postraub, seine Umstände und sein Umfeld näher zu beleuchten. Ich werde in folgenden Abschnitten vorgehen: 1. Die geographisch-politische Situation, 2. Vorbereitung, Durchführung und Ahndung des Postraubs, 3. Erklärung der längerfristigen und aktuellen Hintergründe.

1. Die geographisch-politische Situation

Lassen wir uns einmal von Carl Franz in die Szenerie einführen: „Von Gießen aus fährt monatlich einmal ein Wagen, das sogenannte Geldkärrchen, nach dem fünf Stunden davon entfernten Landstädtchen Gladenbach, um von dort die herrschaftlichen und Privatgelder, Briefe und Paquete abzuholen. Auf dem Wege dahin führt eine schöne Aue zuerst nach dem Dorf Krofdorf, welches eine Stunde von Gießen entfernt ist; von da gelangt man in den Krofdorfer Wald, durch welchen eine schöne und breite Straße führt und der sich in der Nähe von Kirchförs mit einem anderen Walde vereinigt. Von hier aus fängt der Weg an sehr beschwerlich zu werden, und kann, zumal bei ungünstiger Witterung, oft nur mit Gefahr geritten oder gefahren werden; über hohe, mit Bäumen und Gesträuch bewachsene Berge, durch schauerliche Hohlwege, deren Seitenwände bedeutende Felsenmassen bilden, auf Wegen, die kaum eines Wagens Breite fassen und an tiefen Abgründen hinführen, gelangt man, meistens im Walde, über Rollshausen nach dem Dorfe Mornshausen, das eine halbe Stunde von Gladenbach liegt. Diesen Weg, der, seiner Lage nach, einer der unsichersten seyn könnte, geht übrigens der Wanderer ganz ungefährdet - und den bekannten trefflichen Polizei-Anstalten des Großherzogthums Hessen und der benachbarten Staaten hat man diese Wohlthat allein zu danken“⁶.

Wir bemerken die Vorbilder dieser romantischen Naturbeschreibung. Caspar David Friedrich z.B. hat solche Landschaften gemalt, Carl Maria von Webers Freischütz - seit 1821 erfolgreich aufgeführt - spielt in einem derartigen Bühnenbild. Aber jenseits aller romantisierenden Übertreibun-

⁵ Vgl. Boehnke/Sarkowicz, S. 213f.

⁶ Franz, S. 6

gen stellt Franz hier die wichtigsten Elemente des geographischen Umfeldes dar.

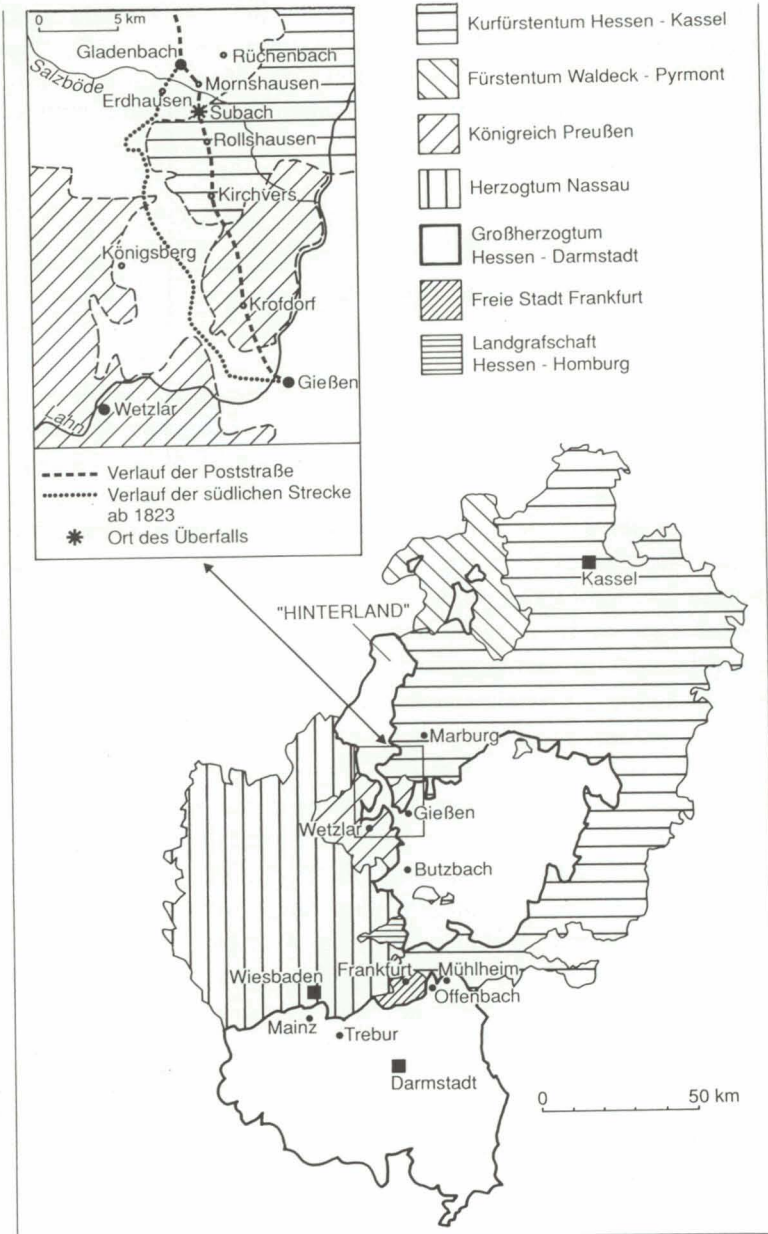


Abb. 1 Hessen nach 1815

Der langgezogene nordwestliche Zipfel der hessen-darmstädtischen Provinz Oberhessen zwischen dem Lahnknie bei Gießen und Battenberg an der oberen Eder war aus der Sicht der Provinzhauptstadt Gießen, erst recht aber der Landeshauptstadt Darmstadt ein rechtes „Hinterland“⁷. Noch nach einer Landesbeschreibung von 1852 „erfreut (es) sich bei den übrigen Bewohnern des Großherzogthums keiner besonders günstigen Meinung, namentlich die Rheinhessen und Starkenburger denken sich das ‘Buchfinkenland’, wie sie es nennen, als eine Art Sibirien“. Aus der Sicht der fruchtbaren Wetterau und der Rhein-Main-Ebene taugte die Gegend nicht viel: „Die nicht zahlreichen Flecken und Dörfer des Hinterlandes bieten allerdings keinen sonderlich freundlichen Anblick dar. Der Boden ist im Ganzen steril und eigentlicher Wohlstand findet sich nirgends allgemein. Die Dörfer liegen zerstreut, ohnehin durch zahlreiche Gebirgskegel sehr isoliert“⁸.

⁷ Nach kriegerischen Auseinandersetzungen der hessischen Teillinien um die Aufteilung der alten Landgrafschaft Hessen gehörte das Oberfürstentum um Gießen und Alsfeld mit dem Biedenkopfer Hinterland seit dem Westfälischen Frieden von 1648 zur Landgrafschaft Hessen-Darmstadt. Vgl. Wolf, Jürgen Rainer, Hessen-Darmstadt und seine Landgrafen in der Zeit des Barock, Absolutismus und der Aufklärung (1650-1803), in: Schultz, Uwe (Hrsg.), Die Geschichte Hessens, Stuttgart 1983, S. 121

⁸ Walther, Philipp A.F., Das Großherzogthum Hessen nach Geschichte, Land, Volk, Staat und Oertlichkeit, Darmstadt 1854, Unveränderter Neudruck Wiesbaden 1973, S. 136f./Vgl. die Eindrücke eines zeitgenössischen anonymen Reisenden, nach: Hessische Zustände. Bericht von einem Ausflug ins Hinterland im Juni 1844, in: Hinterländer Geschichtsblätter 68 (1989), Nr. 4, S. 25

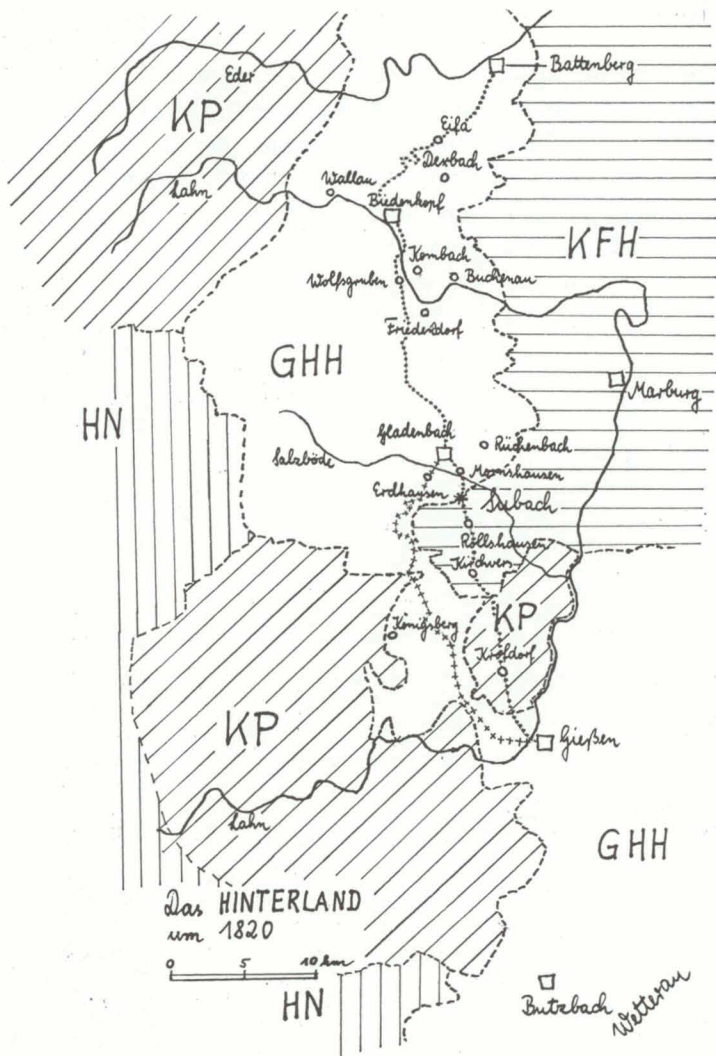


Abb. 2 Verkehrsgeographische Situation des Hinterlandes um 1820

Legende

- GHH = Großherzogtum Hessen (Darmstadt)
- HN = Herzogtum Nassau
- KFH = Kurfürstentum Hessen (Kassel)
- KP = Königreich Preußen
- Verlauf der Poststraße Gießen - Battenberg
- ++++++ Verlauf der südlichen Strecke ab 1823
- * Ort des Überfalls

Abb. 2 dokumentiert die vertrackte verkehrsgeographische Situation dieses seltsam langgezogenen Handtuchs. Jedes Staatsgebilde benötigt ein funktionsfähiges System zur Kommunikation in verwaltungstechnischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Dafür fielen die sozusagen querverlaufenden und zudem nicht schiffbaren Flößchen bzw. Flußoberläufe aus. In vorindustrieller Zeit konnte also hier zum Transport von Menschen, Waren, Geldern, Nachrichten und Ideen nur eine Straße dienen. So war die gestückte Straße von Gießen über Gladenbach und Biedenkopf bis zum nördlichen Städtchen und Verwaltungsmittelpunkt Battenberg sozusagen die Lebensader des Hinterlandes. Wer die Sicherheit dieser Verbindungsstrecke in Frage stellte, traf in mehrfacher Hinsicht einen Lebensnerv des Staates. Dabei war es unerheblich, ob etwa ein Straßenraub aus rein materiellen Gründen oder mit einer politischen Motivation erfolgte. Aus der Sicht des Staates konnte darauf nur strengste Ahndung folgen. Deshalb auch der deutliche Hinweis auf die „bekanntesten trefflichen Polizei-Anstalten“ im Franz'schen Szenarium.

Und diese Hinterland-Lebensader war in zumindest zweifacher Weise gefährdet und verwundbar, politisch und geographisch bedingt. Der politische Aspekt ergab sich aus der territorialen Gemengelage im südlichen Streckendrittel. Die Straße, die mittelalterlichen oder noch älteren Wegstrecken folgte, verlief im südlichen Abschnitt durch die Territorien des Königreichs Preußen und des Kurfürstentums Hessen-Kassel. Die Sicherheit des Verkehrs hier war gleichzeitig Bedingung und Folge des nachbarlichen Verhältnisses und damit eine Frage von außenpolitischer Brisanz. Diesen Umstand machte sich der Anstifter, der hausierende Strumpfhändler David Briel aus Dexbach, zunutze, als er seinen ersten Kumpan, den Tagelöhner Jacob Geiz aus Kombach, für einen Überfall auf das genannte Geldkärrchen mit den staatlichen Geldern gewinnen wollte: „Wir greifen es auf churhessischem Boden an, da muß auch der Churfürst von Hessen unserem Großherzoge das Geld wieder ersetzen. Gesezt, es würde nun deshalb auch eine Steuer ausgeschrieben, so kann es einem Manne höchstens zwei bis drei Kreuzer tragen, - und uns wäre auf immer geholfen“⁹.

Die gefährdete Lage der Verbindung von Gladenbach nach Gießen war der Darmstädter Regierung bewußt. Deshalb ließ sie seit 1817 eine Chaussee bauen, die von Gladenbach aus etwas weiter westlich über Erdhausen allein durch hessen-darmstädtisches Gebiet führte. Nur ein kleines Stück an der „Eisernen Hand“ nördlich Frankenbach mußte wegen der Gelände-verhältnisse über preußisches Gebiet geführt werden¹⁰. Noch die heutige

⁹ Franz, S. 54

¹⁰ Fuhr, Reinhold, Zur Verkehrsgeschichte des Hinterlandes, in: Hinterländer Ge-

Landstraße folgt von der Höhe über Oberweidbach bis Gießen dieser Trasse. Auf den Schneebergen südwestlich Erdhausen, wo die sogenannte „Alte Schneeberger Landstraße“ heute als Waldweg dient, ist streckenweise die alte gestückte Fahrbahn als archäologisches Relikt erhalten.

Der zweite sicherheitsgefährdende Aspekt ergab sich aus den bereits angedeuteten geographischen Bedingungen. Die Straße mußte drei Gebirgsriegel überwinden, die zugleich ausgedehnte Waldgebiete waren: im Norden das Sackpfeifen-Massiv, südlich der Salzböde die Bergkette von der Endbacher Platte über die Schneeberge bis zum Teufelsberg und weiter südlich die Hochfläche des Krofdorfer Forsts. Dabei gab es drei besonders gefährdete Stellen. Es waren jeweils die Nordanstiege, wo Steilstrecken mit einem Gefälle von ca. 14 % die Gespanne zu langsamer Fahrt und Haltepausen nötigten: Im Norden bei Eifa, im Süden von Kirchvers hinauf zum Dreiherrenstein, in der Mitte war es die Subach, ein Seitental der Salzböde, wo ein 350 m langer Hohlweg von 260 m Meereshöhe auf 310 m hinaufführt. Dazu lag der untere Ausgang der Subach-Hohl genau auf der Grenze zu Kurhessen. Wo also hätte man besser überfallen können? Dies führt uns zum nächsten Abschnitt:

schichtsblätter 42 (1963), S. 4-6/Vgl. Karte von dem Großherzogthume Hessen, aufgenommen von dem Großherz. Hess. Generalquartiermeisterstabe. Bearbeitet 1823-1850, Nachdruck durch das Hess. Landesvermessungsamt Wiesbaden, Blatt Gladenbach und Blatt Biedenkopf.

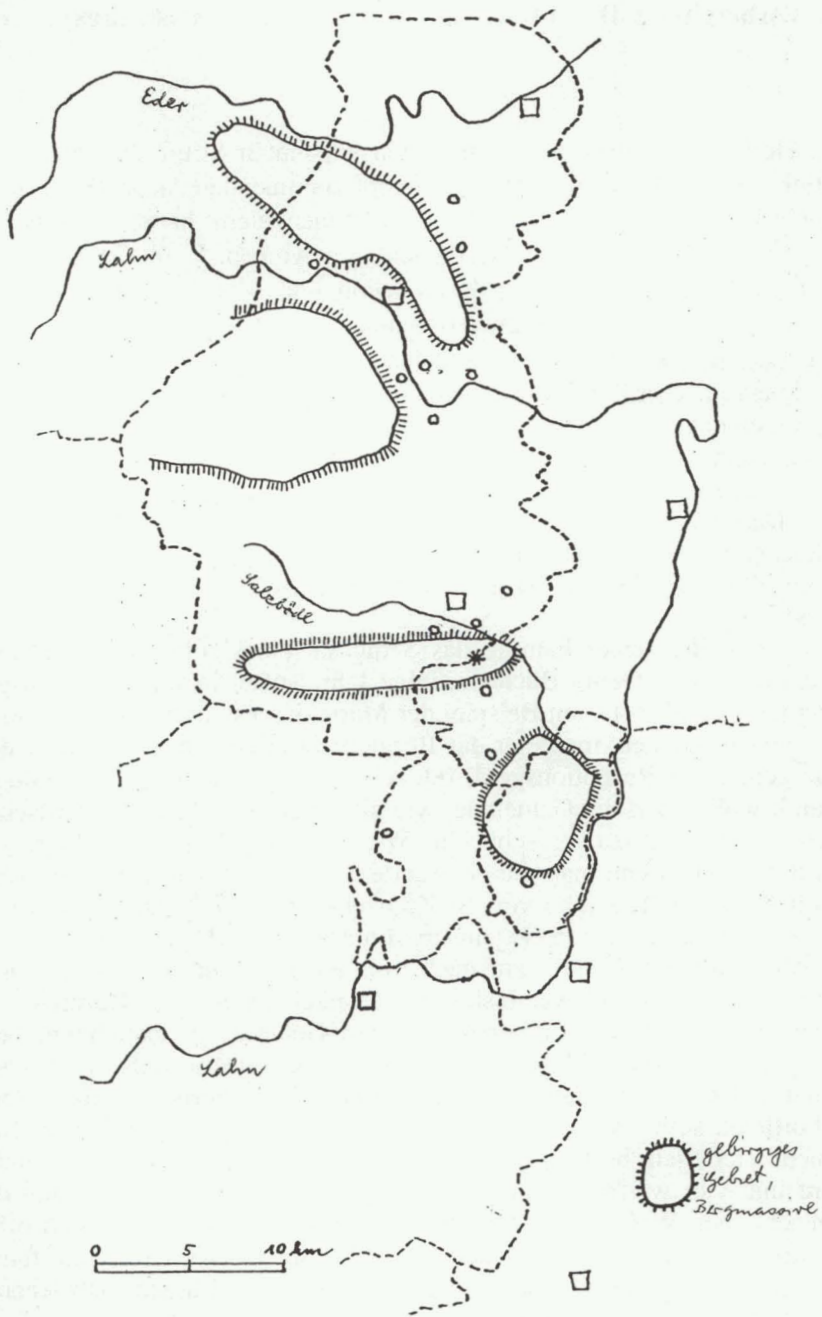


Abb. 3 Schema der topographischen Situation des Hinterlandes

2. Vorbereitung, Durchführung und Ahndung des Postraubs

Im Herbst 1821 gelang es dem schon genannten Strumpfhändler David Briel, den aus Kombach bei Biedenkopf stammenden Jacob Geiz, den er früher bei der Jagd, d.h. beim Wildern kennengelernt hatte, für seine Idee eines Überfalls auf das Geldkärrnchen zu gewinnen. Jacob Geiz fand bald Komplizen in seinem Vater Hans Jacob und seinem Bruder Heinrich, beides geübte Wilderer. Schwierigkeiten brachte noch der Umstand, daß ein Landschütze mit scharf geladenem Gewehr jedesmal den Wagen begleitete. Dieser Punkt wurde noch im Herbst aus dem Weg geräumt.

Bei einem Gasthausbesuch in Königsberg - heute Ortsteil von Biebental - traf Heinrich Geiz den von dort gebürtigen Landschützen Volk. Beide hatten sich beim Militärdienst in Offenbach kennengelernt. Sie kamen auf ihre Daseinsnöte zu sprechen. Geiz hatte noch in Offenbach ein Dienstmädchen kennengelernt und danach als Reservist das Verhältnis in Mühlheim, ihrem Heimatort, fortgesetzt. Die beiden bekamen ein uneheliches Kind.

Geiz wollte seiner Familie das Schicksal eines solchen Verhältnisses ersparen, wie es Georg Büchner einige Jahre später in seinem Schauspielfragment „Woyzeck“ am Beispiel der Marie dargestellt hat. Um als Soldat heiraten zu können, mußte er das Bürgerrecht erwerben. Dies ging jedoch nur gegen ein Rezeptionsgeld, d.h. ein Einzugsgeld von 200 Gulden¹¹. Damit wollte sich die Gemeinde, wie allgemein üblich, gegen wirtschaftlich schwache Zuzügler schützen. Wie aussichtslos Geizens Lage war, wird deutlich, wenn man die geforderte Summe mit dem damals in Kombach gezahlten Tagelohn von 16 Kreuzern vergleicht¹². Demnach kostete die Rezeption den reinen Gegenwert von 2 ½ Jahren Tagelohn.

Wie sich herausstellte, hatte auch Volk einem Offenbacher Mädchen die Ehe versprochen und war bisher am Mangel der nötigen Rezeption gescheitert. Schnell war er bereit, sich am Geldraub zu beteiligen. Seine Aufgabe sollte darin bestehen, aus dem Gewehr des jeweils begleitenden Landschützen vorher heimlich die Munition zu entfernen. Falls er selbst eskortieren sollte, wollte er sich ohne Gegenwehr gefangen geben. Nach einem Vierteljahr bestand das Komplott aus neun Männern, den genannten fünf und vier weiteren Bauern und Tagelöhnern aus Kombach und dem benachbarten Wolfgruben. Um die Bewaffnung brauchte man sich offensichtlich nicht viel Sorgen machen. Im Hause der Wilderer Geiz fanden sich bei einer späteren Hausdurchsuchung mehrere Flinten, Schrotbeutel,

¹¹ Franz, S. 55

¹² Huth, Karl, Kombach im Wandel der Jahrhunderte, Kombach 1968, S. 49

Pulverhörner, eine Kugelform und eine der beim Überfall benutzten Pistolen, die den Überfallenen durch Messingbeschläge und einen Messingring um den Lauf aufgefallen waren¹³.

Bevor am Sonntag, dem 19. Mai 1822 der Postraub gelang, scheiterten ab Weihnachten 1821 sechs Versuche, die jedesmal mit langen Anmärschen zu einem der drei genannten Schwachpunkte der Poststrecke verbunden waren. Dreimal sollte bei Eifa angegriffen werden. Einmal wurde der Transport unerwartet von zwei Gendarmen begleitet, dann ließ plötzlich einsetzender Schneefall befürchten, man könne sich durch Spuren auf dem Heimweg verraten. Später verfehlten sich die Kumpanen im Wald. Bei einem Versuch nahe Kirchvers im Krofdorfer Forst war der Wagen von einer Gruppe von Rekruten begleitet. Zweimal mißlang eine Tat in der Subach. Zuerst blieb der Wagen über Nacht in Gladenbach, dann brachte ein Teilnehmer noch kurzfristig die Nachricht an die Hohl, daß diesmal kein Geld geladen sei.

Nun gab es den siebenten Versuch. Carl Franz berichtet:

„Alle Theilnehmer versammelten sich an dem Samstag vor Pfingsten, als den 18. Mai, in dem Hause des Hans Jacob Geiz. Hier wurden die Verabredungen zur Ausführung des Plans, wobei Heinrich Geiz das Wort führte, besprochen, die Rolle eines Jeden vertheilt, sodann fünf Pistolen mit Kugeln und dickem Schrot geladen und in einen Büchsenranzen gesteckt. Larven, die sie schon lange vorher gekauft hatten, sowie Stricke und Lappen und eine Axt, thaten sie in einen anderen Büchsenranzen.“

Die Männer verließen Kombach nachts um 10 Uhr und „trafen morgens um zwei Uhr auf dem Platz, wo der Angriff beschlossen war, ein. Rechts im Gebüsch, wenn man von Gladenbach kommt, lagerten sie sich und erwarteten so den Morgen.“ Bei Tagesanbruch „banden sie ihre Larven vor, wechselten ihre blauen Kittel mit anderen alten Kleidern, ihre Hüte mit Kappen verschiedener Farbe, legten sich darauf in das Gebüsch nieder und tranken sich tapfer mit Brantwein zu“¹⁴.

Am Morgen dieses Tages war der Postillon Müller mit dem Geldkärnchen von Gießen nach Gladenbach gekommen, hatte dort zu Mittag gegessen und Geld, Pakete und Briefe im Geldkasten verstaut. Um ein Uhr brach er, von dem bewaffneten Landschützen Hamann aus Hartenrod eskortiert, auf. Carl Franz berichtet von der Ankunft an der Subach-Hohl: „Hier fährt man zwischen ungeheuren Seitenwänden, die mit hohen Bäumen und dichtem Gestrüppe bewachsen sind, einen sehr steilen Weg hinan, auf den sich mühsam ein Fuhrwerk hinauf schleppt und der nur *eine* Spur hat. Ehe ein Fuhrmann in diese Schlucht einfährt, gibt er durch Peitschenkatschen ein Zeichen, auf ein Gegenzeichen wartend, um nicht einem anderen Fuhrwerk zu begegnen, wo wegen Enge des Wegs ein

¹³ Franz, S. 26

¹⁴ Ebd., S. 56f.

Ausweichen unmöglich wäre. Dieses Zeichen gab denn auch Müller, und da solches unbeantwortet geblieben, fuhr er getrost, nicht ahnend was ihm bevorstand, in die Schlucht ein. Vor seinen Pferden her ging Müller, einige Schritte hinter dem Wagen der Landschütze, um an den beschwerlichsten Stellen den Pferden mit Hülfe beispringen zu können, oder doch durch Anstemmen zu verhindern, daß der Wagen wenigstens nicht zurücklaufen könne. So hatten sie mit vieler Anstrengung beinahe den Gipfel des Berges erreicht, als es der Fuhrmann für rathsam hielt, hier abermals Halt zu machen und den keuchenden Pferden zum Ausschnaufen einige Rast zu gönnen. - Kaum aber wieder angefahren, - da fallen zwei Schüsse und in demselben Augenblicke stürzen von beiden Seiten aus dem Gebüsch 7 bis 8 verlarvte Kerls, mit Pistolen in den Händen, zwei auf den Postillion, vier auf den Landschützen, mit dem Zurufe: 'Haben wir dich, Spitzbuben, Hallunken, jetzt muß das Geld heraus!' banden ihnen die Augen zu und schleppte so die Unglücklichen in den Wald¹⁵. „Acker fiel sogleich den Pferden in die Zügel und fuhr den Wagen auf die linke Seite in das Gebüsch. Nachdem er den Kasten heruntergeworfen, kam schon wieder David von Dexbach zurück und holte die mitgenommene Axt, um den Deckel des Kastens einzuschlagen. Da nun nach einigen Schlägen der Stiel derselben brach, so sprang Heinrich Geiz zu dem Wagen hin und schnitt die an demselben sich befindende Axt los, bei welchem Geschäft er seine Messerklinge zerbrach. Nach einigen Hieben stürzte der Deckel des Geldkastens ein, und darauf nahmen sie das in Tüchern und Beuteln bepackte Geld heraus und theilten es in die Büchsenranzen ein¹⁶.

Die Räuber zogen wieder ihre blauen Bauernkittel an und versteckten die alten Kleider mit einem schweren Sack voll Geld in einer hohlen Eiche. Bevor sie von der Szene verschwanden, schirrten sie die Pferde aus, banden sie locker am Wagen an und warfen ihnen mitgebrachtes Heu vor. Dann zogen sie sich auf zwei getrennten Strecken nach Kombach zurück. Dort wurde im Geiz'schen Hause noch in der Ankunftsnacht die Beute ganz real verteilt. Das Geld wurde in ein Fäßchen geschüttet und nach der Berechnung des Heinrich Geiz so aufgeteilt, daß jeder 800 Gulden erhielt. Die meisten versteckten das, was sie nicht bald ausgaben, hinter Bretterverschlagen oder vergruben es in verschiedenen Äckern und Gärten. Die gefesselten Müller und Hamann konnten sich nach einiger Zeit aus eigenen Stücken befreien und im nächsten Dorf auf kurhessischer Seite die Behörden alarmieren. Noch am gleichen Tag wurde die Umgebung von einem Aufgebot durchstreift, aber ohne Spuren der Räuber auszumachen.

Die Landgerichte in Gladenbach und Biedenkopf betrieben die ersten Ermittlungen, innerhalb derer auch der Postillon und der Landschütze

¹⁵ Ebd., S. 6f.

¹⁶ Ebd., S. 57f.

kurzzeitig unter Verdacht und sogar in Haft gerieten. Nach der Aussetzung einer Belohnung von 500 Gulden häuften sich zwar denunziatorische Hinweise - auch auf die Wilderer-Familie Geiz fiel schon früh ein Verdacht -, aber die Bemühungen blieben letztlich erfolglos. In dieser Situation beauftragte die nächsthöhere Instanz, nämlich das Hofgericht der Provinz Oberhessen in Gießen, den Kriminalrichter Danz mit der Aufklärung des Falles. Danz setzte einerseits die bisherigen Fahndungsmethoden fort, indem er nach allgemeinen Hinweisen Untersuchungen gegen angezeigte, verdächtige Personen durchführte. Auf diese Weise konzentrierte sich sein Interesse auf Wilddiebe in der Region. Daß die Täter Einheimische sein mußten, ergab sich aus den Aussagen der Überfallenen über den Dialekt der Räuber.

Andererseits bediente sich Danz geradezu moderner kriminalistischer Mittel, indem er Spitzel für eine Art Rasterfahndung einsetzte. Diese „vertrauten Leute“ sollten auf das Auftauchen der bei den Raubgeldern vorherrschenden Münzsorte, vor allem aber auf größere Geldausgaben achten, die bei den armen Leuten in den Dörfern eigentlich gar nicht erwartet werden konnten. Nachrichten über auffälligen Umgang mit Geld setzte Danz in Beziehung zu amtlichen Aussagen über bisherige Vermögensverhältnisse. Nach den Worten von Franz waren diese Diskrepanzen von größerem Aufwand und bisheriger Armut für Danz das stärkste Indiz, das „auf einen rechtlichen Erwerb des bei ihnen wahrgenommenen Geldes nicht schließen ließ.“ Und so wurde den als ausgesprochen arm bekannten Leuten aus Kombach der plötzliche Reichtum zum Verhängnis.

Aus vielen Einzelheiten knüpfte sich ein dichtes Netz um die auffallenden Personen: Das Wechseln einer größeren Summe der bei dem geraubten Geld vorherrschenden süddeutschen Konventionstaler, Kauf und Bezahlung von Ackerwagen und Getreide, Besitz von neuen Taschenuhren, plötzliche Zahlung des Einzugsgeldes und Heirat in Mühlheim, Verleih hoher Geldsummen für Baumaßnahmen, Begleichung von Schulden einer mittellosen Witwe, kostspielige Reise nach Mühlheim mit Übernachtung in einem Gasthof in Butzbach. Da werden auf Jahrmärkten und in Wirtshäusern dicke Geldbeutel gezeigt und Kumpane freigehalten. Da wird renommiert, in den Äckern und Gärten um Kombach sei mehr Geld vergraben, als das ganze Dorf wert sei, was sich beim Nachgraben später auch teilweise bewahrheitet. Da wird von buchstäblich schnüffelnden Nachbarn Geld in der Herdasche und im Federbett gefunden. Überhaupt kann innerhalb des Dörfchens von knapp 150 Einwohnern von Solidarität nicht gesprochen werden, eher von Neid; Nachbarn geben der Polizei bereitwillig anonymen Bescheid. Aus dem Bericht spürt man förmlich das Tratschen heraus.

Nachdem bei einer Durchsuchung des Geiz'schen Hauses belastende Waffen und Munition gefunden worden waren, wurden seit September 1822 die Verdächtigen aus Kombach und Wolfgruben gefangengesetzt.

Nur einem gelang die Flucht aus dem Gefängnis. Noch ein zweiter konnte entkommen: David Briel, der neben Heinrich Geiz durch seinen Militärdienst in Mainz eine gewisse Weltläufigkeit erfahren hatte. Zu einer Zeit, als noch kein Verdacht auf ihn fiel, ließ er sich einen Hausierschein, also einen Paß ins Ausland geben. Im Bericht erscheint Briel als der eigentliche Anstifter, es fragt sich aber zumindest, ob die Gefangenen dem Verschwundenen zu ihrer Entlastung diese Rolle zuschrieben. Briel gelang der Aufbau einer neuen Existenz in Amerika, wie aus einem Brief von 1845 an seinen Bruder in Dexbach hervorgeht¹⁷.

Die in Gießen Festgesetzten konnten während der Untersuchung gelegentlich sogar Alibis beibringen. Aber durch psychologische Methoden wie Dauerverhöre und Gegeneinander-Ausspielen der Verhafteten sowie ihrer Familienangehörigen¹⁸ über neun Monate hin weichgemacht und durch Indizien letztlich erdrückt, legte einer im Juni 1823 ein Geständnis ab, und nun folgten die anderen. Auch der Landschütze Volk wurde aus Platzmangel im Gefängnis in eine Gießener Kaserne verbracht. Dort entriß er seiner Bewachung die Pistole und erschöß sich. Ein anderer erhängte sich in seiner Zelle.

Nach den Untersuchungen wurde die Sache dem zuständigen Hofgericht in Gießen zur Entscheidung übergeben¹⁹. Dies erkannte am 25. März 1824 wegen Straßenraubs auf die Todesstrafe durch das Schwert²⁰. Gegen

¹⁷ Blöcher, Kurt, Ein Brief des Posträubers David Briehl aus Amerika, in: Hinterländer Geschichtsblätter 61 (1982), Nr. 2, S. 13

¹⁸ Seit dem 18. Jahrhundert wandten die ermittelnden Beamten unter dem humanisierenden Einfluß der Aufklärung zunehmend solche Methoden statt Folterinstrumente zur unabdingbaren Ablage eines Geständnisses des Inquisiten an. Bald, Herbert, Art. Brandzange, in: Siebenmorgen, S. 346, Nr. 181

¹⁹ Gerichtswesen im Großherzogtum Hessen-Darmstadt
 GROSSHERZOG (in der Residenz Darmstadt)
 Genehmigung des Urteils
 ↑
 OBERAPPELLATIONSGERICHT (in Darmstadt)
 Überprüfungsbehörde für Urteile in Strafsachen
 ↑
 HOFGERICHT (in Gießen u. Darmstadt)
 Kriminalsenat für Strafsachen Untersuchungsrichter
 Entscheidungsbehörde für Strafsachen
 ↑
 STADT- UND LANDGERICHTE (z.B. in Gladenbach, Biedenkopf)
 Untersuchungsbehörde für Strafsachen

²⁰ Das hohe Strafmaß entsprach durchaus den in Hessen-Darmstadt gültigen Strafrechtsbestimmungen. Bis zur Einführung eines landeseinheitlichen Strafgesetzbuches am 1. April 1842 galt in der Provinz Rheinhessen, die aus einem Teilgebiet des ehemals französischen Departments Donnersberg (Mont Tonnère) bestand, das dort 1810 dekretierte französische Strafrecht, der Code pénal, während in den rechtsrheinischen Provinzen Starkenberg und Oberhessen noch immer die Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V., die 1532 erlassene „Constitutio criminalis Carolina“, die wesentliche Grund-

das Urteil riefen die Verteidiger das Oberappellationsgericht in Darmstadt an, ohne Erfolg. Vielmehr bestätigte es das Urteil und sandte es zur Genehmigung dem Großherzog zu. Dieser ließ „dem Gang des Gesetzes freien Lauf“, wie Franz berichtet.

Das Urteil wurde am 7. Oktober 1824 in Gießen vollstreckt. Franz erzählt das archaische Ritual des Stabbrechens²¹ und die anschließende Exekution auf dem Marktplatz²²:

„Da schlug es neun. Unter dem traurigen Geläute der Sterbeglocke näherten sich, begleitet von den Geistlichen, unter militärischer Bedeckung die Sünder den Schranken und dem Tische, worauf ihr Todesurtheil lag, dessen Lade ihre Todesstäbe einschloß. Hier angekommen, stellten sie sich Hand in Hand an die eine Seite des Tisches und unter ihnen ein Vater neben seine zwei Söhne. Der Richter erhob sich sodann, rief ihnen nochmals ihre früheren Vergehen in's Gedächtnis und sagte ihnen, daß jetzt die Stunde ihrer Strafe mit dem Schwerdte zum Tode gekommen sey. Dann

lage des Strafrechts war. Nach Art. 126 der „Carolina“ wurde jegliche widerrechtliche Wegnahme einer beweglichen Sache als Raub mit der Todesstrafe durch Enthaupten geahndet. Als besonders schweres Vergehen galt der Straßenraub, da sich dieses Delikt aus dem Tatbestand des Raubes und dem des Friedensbruchs auf öffentlichen Wegen und damit der Verletzung der öffentlichen Sicherheit zusammensetzte. Infolge Uneinheitlichkeit und Antiquiertheit des Strafrechts war die Lage in Hessen-Darmstadt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch Richterwillkür, Ungewißheit des Rechts und Unsicherheit in der Strafrechtspflege gekennzeichnet.

Freilich gab es außerhalb des Großherzogtums seit Ende des 18. Jahrhunderts unter dem Einfluß von Naturrechtslehre und Aufklärung durchaus differenziertere kriminalrechtliche Bestimmungen. So bedrohte das Preußische Allgemeine Landrecht von 1794 gem. § 1199 den Straßenraub nur im Falle von Raubmord und der Schädigung des Beraubten an Gesundheit oder an Gliedmaßen mit der Todesstrafe, während nach den §§ 1197 und 1198 Straßenraub ohne Nachteil für Gesundheit und Leben des Geschädigten mit zehnjähriger bis lebenslanger Festungs- oder Zuchthausstrafe belegt wurde. Auch im benachbarten Kurfürstentum Hessen-Kassel war man bereits von der Todesstrafe abgegangen und ahndete Raub mit Freiheitsstrafen.

Justiz in alter Zeit, Rothenburg o.d.T. 1989, S. 304/Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794. Textausgabe mit einer Einführung von Hans Hattenhauer und einer Bibliographie von Günther Bernert, Neuwied 1971, S. 719/Heuser, O.L., Systematisches Handbuch des Kurhessischen Straf- und Polizei-Rechtes, Cassel 1853, S. 29f., 116ff./Christ, Heinrich, Entstehung und Grundgedanken des Strafgesetzbuchs für das Großherzogtum Hessen vom 1. April 1942, Jur. Diss. Masch., Marburg 1968, S. 15ff., 34f./Vgl. auch Strafgesetzbuch für das Großherzogtum Hessen, Darmstadt 1841/Für Recherchen zu diesem Problem danke ich Frau Astrid Grün.

²¹ Das Stabbrechen war eine in Deutschland seit dem 16. Jahrhundert übliche sinnbildliche Rechtshandlung. Am Tag der Hinrichtung zerbrach der Richter bei der nochmaligen Verlesung des Urteils einen Stab und warf dem Verurteilten die Bruchstücke vor die Füße. Dieser Akt symbolisierte den Ausschluß des Delinquenten aus der Rechtsgemeinschaft. Nun war er schutzlos dem Tod durch den Scharfrichter ausgeliefert. Bald, Herbert, Art. Richterstab, in: Siebenmorgen, S. 339, Nr. 160/Justiz in alter Zeit, S. 196

²² Franz, S. 62

nahm er die schwarzen Stäbe aus dem Tisch, brach einem Jeden den seinen und warf ihnen mit den Stücken nun alle Hoffnung des Lebens zu Füßen.

Nun brach man zum Richtplatze auf und strömend begleitete eine große Menschenmasse den Zug.“

Der Scharfrichter enthauptete die Delinquenten. Der vorletzte war der junge Familienvater Geiz.

„Auf dem Schaffotte hob Heinrich Geiz sein Sacktuch in die Höhe und zerriß es mit den Worten: 'Zerreißt mein Leben, so sollst auch du zerreißen!' Dann setzte er sich gelassen nieder und starb einen standhaften Tod. - Jetzt bestieg Hans Jacob Geiz das Blutgerüste. Mit schrecklichem Schaudern sah er auf den Stuhl, wo seine Kinder sich verblutet und ließ sich dann halb ohnmächtig auf ihn nieder. Ein Schwertstreich trennte sein Haupt vom Rumpfe.“

Mit diesem tragischen Schluß können wir es nicht bewenden lassen. Wir müssen den Versuch unternehmen, die Hintergründe zu erklären, die zu der aus Not geborenen Tat führten. Damit sind wir beim letzten Abschnitt:

3. Erklärung der längerfristigen und aktuellen Hintergründe

Es gab strukturelle Grundlagen und akute Anlässe für die äußerst schlechte wirtschaftliche Lage der Bevölkerung des Hinterlandes in der Vormärzzeit.

Das Hinterland war abgelegener Zipfel des deutschen Kleinstaates mit der damals höchsten öffentlichen Verschuldung. Das fürstliche Haus lebte über seine Verhältnisse und auf Kredit, immer in Hoffnung auf gute Ernten und damit landwirtschaftliche Einkünfte. Zum Ausgleich des chronischen Haushaltsdefizits wurden vergleichsweise hohe Steuern erhoben. Zusätzlich gab es hohe Kommunalabgaben, weil viele Gemeinden noch die Kriegsschulden der napoleonischen Ära verzinsen und tilgen mußten²³. Es war der Staat, gegen den 12 Jahre nach dem Postraub Büchner und Weidig flammenden Protest erhoben²⁴.

Aufgrund der Bodenbeschaffenheit war die Landwirtschaft des Hinterlandes nicht ertragreich. Im Vergleich zur hessischen Kornkammer Wetterau betrug der Durchschnittsertrag nicht einmal die Hälfte. In der un-

²³ Crößmann, Christoph, Die Unruhen in Oberhessen im Herbst 1830, Darmstadt 1929, S. 42

²⁴ Büchner, Georg/Weidig, Friedrich Ludwig, Der Hessische Landbote. Erste Botschaft, Darmstadt, im Juli 1834

günstigen Hanglage der Gemarkung Kombach, wo teilweise der felsige Untergrund durch die dünne Humusdecke tritt, waren die Erträge besonders gering. Es gab deshalb kaum Familien, die sogar bei guter Ernte ihren Jahresbedarf an Lebensmitteln selbst decken konnten. Oft wurde das mit Mühe aufgezogene Schwein verkauft, um einen Erlös zu erzielen. Deshalb gab es häufig monatelang kein Fleisch. Das Brot war von minderer Qualität. Zeitgenössische Beobachter stellten als besonderes Merkmal der Hinterländer Bevölkerung deren Genügsamkeit heraus, die aus Mangel und Armut resultierte²⁵.

Als zusätzliche Belastung erwiesen sich die Folgen der sogenannten Bauernbefreiung der napoleonischen Zeit. In Hessen-Darmstadt, das Mitglied des Rheinbundes war, wurde 1811 die Aufhebung der Leibeigenschaft und aller damit verbundenen Abgaben und Frondienste dekretiert. Die neue Freiheit mußte aber teuer erkaufte werden. Die Bauern erhielten das Land, auf dem sie saßen, zu freiem Eigentum, aber die damit verbundenen Naturalabgaben und Dienste mußten durch Geld abgelöst werden. Vertreter aller Gemeinden des Amtes Biedenkopf begrüßten 1815 z.B. in einer förmlichen Versammlung (Rüegericht) die Aufhebung, baten jedoch um Aufschub der Zahlungstermine²⁶. Mittlere und kleinere Bauern nahmen die private Verschuldung auf sich und bezahlten an dieser „Ablösung“ drei Generationen lang, bis zum Ende des Jahrhunderts. Wer nicht zahlen konnte, mußte zwangsweise verkaufen und erzielte bei der großen Zahl solcher Notverkäufe oft nicht einmal den Erlös zur Deckung seiner alten Schulden²⁷.

Angesichts solcher Umstände mußte es dem Kriminalrichter Danz schon auffallen, daß beispielsweise der alte Geiz, dessen Gesamtvermögen auf 250 Gulden geschätzt wurde, sich plötzlich einen Ackerwagen für 28, Getreide für 26 Gulden, die Begleichung fremder Steuerschulden und die 200 Gulden Einzugsgeld für seinen Sohn leisten konnte.

Insgesamt wurde es nahezu unumgänglich, den mangelhaften Lebensverhältnissen durch „Mehrberufigkeit“ zu begegnen. In den großen Waldgebieten um Biedenkopf wurden Holzfällen, das Brennen und Fahren von Holzkohle zusätzliche Erwerbsquellen. Zur Waldarbeit kam gelegentlich das Schnitzen von Sieben und Töpfen. Seit dem 18. Jahrhundert entwickel-

²⁵ Huth, Karl, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Landkreises Biedenkopf 1800-1866, Wetzlar 1962, S. 12/In Kombach betrug der Anteil der Höfe mit mehr als 5 ha Grundeigentum 20 % aller Betriebe, der Anteil der sog. Geringen Leute mit Parzellen- und Kleinbesitz unter 2 ha jedoch 58 %.

Werner, Kerstin, „Hatte schon jeder seine Arbeit.“ Dörfliche Gesellschaft im Wandel: Frauenrollen im Strukturwandel des hessischen Hinterlandes 1870-1930, Diss. Masch., Kassel 1996, S. 94, Anm. 56

²⁶ Huth, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 28ff.

²⁷ Blöcher, Elsa, Das Hinterland. Ein Heimatbuch, Biedenkopf 1981, S. 57/Crößmann, S. 42f./Fleck, Peter, Agrarreformen in Hessen-Darmstadt. Agrarverfassung, Reformdiskussionen und Grundlastenablösung (1770-1860), Marburg 1982, S. 185ff.

ten sich im Hinterland Heimspinnerei und Heimstrickerei als charakteristische ländliche Gewerbe. Hinterländer „Strumpfleute“, wie etwa David Briel, setzten Strümpfe und sonstige Strickwaren im Hausierhandel vor allem in den Städten des Rhein- und Maingebiets ab²⁸.

Inbesondere aber bot die seit dem 18. Jahrhundert blühende handwerkliche Textilproduktion in Biedenkopf eine Existenzgrundlage für die Bevölkerung der Stadt und der näheren Umgebung. 1778 gab es über 150 Tuchmachermeister, bis 1816 nahm ihre Zahl noch zu. Die Leinen- und Wolltuche wurden vor allem in den benachbarten preußischen Provinzen Westfalen und Rheinland abgesetzt, aber auch bis nach Süd- und Nordamerika. Mit der Errichtung der Kontinentalsperre sank der Absatz des exportorientierten Gewerbes. Um 1813 führten Rüstungsaufträge des französischen Militärs noch einmal zur Belebung, aber dann ging es rapide bergab, mit der Folge, daß ein Regulativ zwischen unzureichendem landwirtschaftlichem Beschäftigungsangebot und wirtschaftlicher Grundsicherung der Hinterländer Leute entfiel.

Aktuelle Ereignisse und weltwirtschaftliche Veränderungen verschlechterten die soziale Lage der armen Leute von Korbach nahezu schlagartig. Die Aufhebung der Kontinentalsperre brachte den hessischen Tuchmachern keine Erleichterung. Die maschinell produzierenden englischen und schottischen Konkurrenten konnten mit gleichmäßiger verarbeiteten Tuchen bei niedrigeren Preisen die Weltmärkte gewinnen. Als die Vereinigten Staaten und Spanien (für seine südamerikanischen Kolonien) 1816 protektionistische Zölle verhängten und Preußen 1818 Schutzzölle nach außen einfuhrte, endeten Ausfuhrmöglichkeiten wie mit einem Schlage. Mit dem Ende der Weberei entfiel von heute auf morgen Beschäftigung und Einkommen der Armen um Biedenkopf. Sie wurden vom Niedergang des Hinterländer Textilgewerbes noch stärker getroffen als die Gewerbetreibenden²⁹.

Diese Existenzgefährdung war umso bedrohlicher, als sie mit einer akuten Agrarkrise zeitlich zusammenfiel. Witterungsbedingte Ernteausfälle seit 1812 wurden durch den Ausbruch des Vulkans Tambora in Indonesien im April 1815 verschärft, da der Staubschleier die Sonneneinstrahlung zwei Jahre lang behinderte³⁰.

1816 begann mit einer katastrophalen Mißernte eine Reihe von Hungerjahren. 1817, 1819 und 1821 wurde das Getreide wegen andauernder

²⁸ Huth, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 13/Walther, S. 137/Beimborn, Anneliese, Wandlungen der dörflichen Gemeinschaft im Hessischen Hinterland, Marburg 1959, S. 45f./Crome, August Friedrich Wilhelm, Handbuch der Statistik des Großherzogtums Hessen, Darmstadt 1822, S. 332f.

²⁹ Walther, S. 149/Cröbmann, S. 45/Möker, Ulrich, Nordhessen im Zeitalter der industriellen Revolution, Köln/Wien 1977, S. 83

³⁰ Walther, S. 149/Cröbmann, S. 45/Möker, Ulrich, Nordhessen im Zeitalter der industriellen Revolution, Köln/Wien 1977, S. 83

Nässe nicht reif, die Kartoffeln verfaulten schon in der Erde. Der gewaltige Preisanstieg für die raren Agrarprodukte verschärfte die Not derer, die auf Zukauf von Lebensmitteln angewiesen waren. Einige sehr gute Ernten zwischen 1818 und 1825 bewirkten einen Zusammenbruch des Getreidepreises auf ein Drittel, sodaß die Ernten den Bauern keinen Erlös einbrachten. Die dürftigen Verhältnisse verschärfen sich zu verzweifelter Not. Das Betteln nahm auffallend zu³¹.

Welche Auswege gab es aus dieser Notlage? Man konnte Tagelöhner werden. Die in Korbach und den Nachbargemeinden vorherrschende Form des Anerbenrechts brachte es mit sich, daß auf den wenig einträglichen Bauernstellen weitere erwachsene Kinder nicht mitversorgt werden konnten. So verdingte sich Jacob Geiz im Tagelohn, zwei weitere Beteiligte ernährten sich laut Bericht „von ihrer Hände Arbeit“, also als Knecht oder Tagelöhner.

Jedoch gab es vor Ort nur für wenige Arbeitssuchende auch eine Beschäftigung. Zu Beginn der 20er Jahre war nur ein Fünftel der 50 Tagelöhner in Korbach, Eckelshausen und Wolfgruben auch beschäftigt. Die anderen mußten außerhalb ihr Brot suchen. Sie zogen für 5-6 Monate zur Saisonarbeit als Schafscherer, Fruchtschneider oder Drescher in landwirtschaftliche Gunsträume, in die Wetterau, ins Ried, an die Bergstraße, nach Rheinhessen oder ins preußische Westfalen³². Ludwig Acker beispielsweise war „ins Dreschen“ nach Trebur bei Rüsselsheim gegangen. Jost Wege saß einmal mit einem Burschen zusammen, der so arm war, daß er nicht einmal in die Wetterau „ins Dreschen“ gehen konnte.

Schließlich zwang die wirtschaftliche Not manche dazu, ihr Dorf für immer zu verlassen. Nicht zufällig kam es 1819 zur ersten Auswanderungswelle aus Oberhessen. Die etwa 600 Personen stammten vor allem aus den Ämtern des Hinterlandes³³. Die Bevölkerungszahl des Hinterlandes sank, ein Indiz dafür ist die Einwohnerzahl Korbachs, die zwischen 1799 und 1828 von 193 um mehr als 25 % auf 142 Seelen zurückging³⁴. Auch das Abwandern in Städte oder stadtnahe Regionen mit möglicherweise besseren Beschäftigungschancen ist zu bemerken. Vielleicht ist dies auch zusätzlich zu der Liebe zu seiner Frau ein Motiv für Heinrich Geiz'

³¹ Lütge, Friedrich, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Heidelberg 1976, S. 453/Crößmann, S. 42f./Brämer, Rainer, Vorwort, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Volkskunde Lohra, Sonderheft 1984, S. 2

³² Blöcher, Hinterland, S. 113/Huth, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 13/Huth, Korbach, S. 49/ Werner, Kerstin, Wandern zwischen zwei Welten. Die Geschichte der Hinterländer Arbeitsmigration in der Wetterau, in: Münkler, Herfried/Keller, Michael (Grsg.), Die Wetterau - Landschaft zwischen Tradition und Fortschritt, Friedberg 1990, S. 263-290

³³ Richter, Hans, Hessen und die Auswanderung 1815-1855, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, Neue Folge, Bd. 32, Gießen 1934, S. 58

³⁴ Huth, Korbach, S. 12

Abwanderung nach Mühlheim am Main gewesen.

Nimmt man die skizzierten Momente des dörflichen Pauperismus zusammen, so versteht man, daß schiere Existenznot immer mehr Tagelöhner und Bauern dazu brachte, den Lebensunterhalt durch Wildern in Wald und Gewässern wenigstens einigermaßen abzusichern. Und hier waren die berüchtigten Geize nur eine von zahlreichen Wilddiebbanden, die Carl Franz zufolge in jenen Jahren „die Geißel und Schrecken der ganzen Umgegend“ geworden waren.

Der ganze Bericht über Postraub, Kriminaluntersuchung und Ahndung ist als Beleg einer eindringlichen Warnung vor diesem weit verbreiteten Delikt zu verstehen. Der erste Satz der Einleitung gibt gleich den Tenor an: „Es gibt wenige Verbrechen, die den Keim so vieler anderen in sich tragen und in ihren Folgen schrecklicher und gefährlicher für die menschliche Gesellschaft werden können, als das Verbrechen der Wilddieberei.“ Statt der erwarteten Sicherung gegen „Mangel und Noth“ aber führe die Wilderei zwangsläufig zu Diebstahl, Raub und Mißachtung anderer Menschenleben. Franz: „So wird der Wilddieb Räuber und Mörder.“ Die Botschaft des Berichtes war damit klar: Wer das Wildern beginnt oder nicht sein läßt, ist für uns aus der menschlichen Gesellschaft ausgestoßen. Letztlich wird es ihm ergehen wie den Leuten aus Kombach. Weshalb aber wurde die uns heute eher sportlich oder folkloristisch erscheinende Wilddieberei als so besonders frevelhaft bezeichnet und so besonders scharf geahndet? Es liegt wohl daran, daß der Wilddieb die traditionellen feudalen Jagdrechte des Landesherrn verletzte, den Fürsten also in einem damals noch verbliebenen ganz eigentlichen herrschaftlichen Recht traf.

Abschließend bleibt noch die Frage, um welche Art von Kriminellen es sich eigentlich handelte. Waren es Sozialrebell³⁵, Bauernbanditen, räuberische Wilderer nach der Art des Bayerischen Hiesel, dessen Tun ein Akt von Auflehnung gegen die Jagd als Zeichen feudalen Herrschaftsanspruchs gewesen war³⁶, waren es Vorläufer des Vogelsberger Bauernaufstands von 1830³⁷ oder gar Sozialrevolutionäre in der Vorwegnahme Büchners und Weidigs? Wenn ich es richtig sehe, waren sie nichts davon, auch keine aus Not geborenen Volkshelden. Der Subach-Raub war keine Widerstandsaktion gegen die Obrigkeit, kein Akt sozialen Protests, keine Vergeltung für erlittenes Unrecht, keine Tat von „Rächern der Entrechteten“. Die Kombacher zielten nur auf materiellen Gewinn für sich, hatten aber nichts von der mobilen und kühnen Arbeitsweise der organisierten Kriminalität wie etwa der „Großen Niederländischen Bande“³⁸. Wir haben

³⁵ Hobsbawm, Eric J., Sozialrebelln. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, Neuwied/Berlin 1962

³⁶ Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian (Hrsg.), Bettler, Gauner und Proleten. Armut und Armenfürsorge in der deutschen Geschichte, Reinbek 1983, S. 58f.

³⁷ Crößmann, Unruhen

³⁸ Sachße/Tennstedt, S. 98f./Küther, Carsten, Räuber und Gauner in Deutschland. Das

es hier mit einem schlichten Fall von Versorgungskriminalität zu tun, der sich in die Basisdelikte des vorindustriellen Pauperismus wie die aus sozialer Not motivierten Vergehen Holzdiebstahl und Wilderei einreihet³⁹.

Ich will die Frage von Recht und Gerechtigkeit nicht relativieren. War die Bestrafung der Tat angemessen? Hier liegt meines Erachtens ein deutlicher Fall für die Machtdemonstration des vormärzlichen Staates, für Herrschaftssicherung und Disziplinierung der Untertanen durch die im wörtlichen Sinne gnadenlose Anwendung der Justizeinrichtungen vor.

Die Kombacher kamen dem Staat an einer extrem empfindlichen Stelle in die Quere, dadurch erhielt ihre Tat eine politische Dimension. Und deshalb ist ihr Schicksal - sie hatten ja keinem an Gesundheit oder Leben geschadet und sich noch um die zufällig betroffene Kreatur gesorgt - so tragisch.

organisierte Bandenwesen im 18. und frühen 19. Jahrhundert, Göttingen 1976, S. 16f.
³⁹ Blasius, Dirk, Sozialgeschichte der Kriminalität, in: Kaiser, G./Kerner, H.-J./Sack, F./Schellhoss, H. (Hrsg.), Kleines kriminologisches Wörterbuch, 2.. Aufl., Heidelberg 1985, S. 417f.

„Bringe deine Bibel und Gesangbuch mit zur Kirche ...“

Karl Dienst

Vom „Gesangbuch im Kopf“ zum „Gesangbuch in der Hand“

„Bringe deine Bibel und Gesangbuch mit zur Kirche“: Dieser Satz aus Johann Jakob Rambachs (1693-1735) „Hundert nöthige Sittenregeln für Kinder“ (Gießen 1734) ist für uns - wenigstens hinsichtlich des Gesangbuchs - nichts Neues. Das Gesangbuch sichtbar mit in den Gottesdienst zu nehmen: Das wurde uns Konfirmanden noch 1944 eingeschärft; das galt nicht nur damals als Bekenntnisakt. Allerdings stellte mein Doktorvater Wilhelm Jannasch (RGG³ II, 1469) noch für die Zeit um 1700 fest: „Die Verantwortung für das Singen trug der Pfarrer; die Gemeinde sang auswendig; das Gesangbuch war für sie keine geschriebene oder gedruckte Größe, sie besaß es in Kopf und Herz. Als die ungeheuer gewachsene Zahl der Lieder ein Auswendigsingen immer unmöglicher machte, ergab sich (etwa um die Wende vom 17. zum 18. Jh.) die Notwendigkeit, statt der vielen zum Teil sehr umfangreichen Privat-Gesangbücher amtliche Gesangbücher herauszugeben, was wiederum die Einführung von Nummern tafeln zur Folge hatte“. Im „Vollständigen Franckfurtischen Gesang-Buch. Darinnen 1054 alte und neue Evangelische Lieder zusammen getragen. Aus welchen die in öffentlichen Kirchen-Versammlungen abzusingenden Gesänge allein sollen genommen werden ...“ (Frankfurt/M. 1731) heißt es: „In unserm Franckfurtischen Zion hat es bißher an geistlichen Liedern nicht gefehlet, vielmehr haben sich die nach und nach heraus gegebene, und mit neuen Liedern vermehrte Gesang-Bücher so gehäuffet, daß, wenn man gleich eines oder das andere Franckfurtische Gesang-Buch mit sich in die Kirche genommen, dennoch je zuweilen aus einem andern Gesang-Buch ein Lied angestimmt worden, das man in jenem nicht gefunden, und folglich nicht mitsingen können. Daher dann ein Hochlöbliches Consistorium bewogen worden, Einem Hoch-Edlen und Hochweisen Magistrat den Vorschlag dahin anzutragen, ob nicht, wie an verschiedenen Evangelischen Orten gewöhnlich, ein vollständiges Franckfurtisches Kirchen-Gesang-Buch zum Druck zu befördern wäre, daß bey dem öffentlichen Gottesdienst keine andere, als darin befindliche Lieder abgesungen würden ...“ Der Magistrat stimmte am 24.11.1729 zu. Das Konsistorium beauftragte das Predigerministerium mit der Auswahl der Lieder. Das Gesangbuch erschien bei drei Buchhändlern Frankfurts „unter einem von Einem Hoch-Edlen Magistrat ihnen großgünstig verliehenen Privilegio, auf

gewisse Jahre überlassen.“ Allerdings setzt dieses „Gesangbuch in der Hand“ voraus, daß man auch lesen kann. Wie stand es damals mit dieser Kulturtechnik?

Lesen als Kunst

Im Spätmittelalter, gegen Ende des 15. Jh.s, kann man vielleicht ein Prozent der Bevölkerung als „Leseublikum“ ansehen. Dies ist nicht einfach ein Phänomen sozialer Schichtung. So konnte z.B. der Kurfürst Ruprecht I. von der Pfalz, der 1386 die Universität Heidelberg gegründet hatte, zumindest nicht schreiben. Im Jahre 1313 war der gesamte Konvent des Schwarzwaldklosters St. Georgen einschließlich des Abtes des Schreibens unkundig. Ob es mit dem Lesen jeweils besser stand? Eine Ausnahme bildeten die (auch einfachen) Juden, die im Mittelalter in aller Regel Hebräisch lesen und schreiben gelernt hatten. Der Antrieb, lesen, schreiben und rechnen zu lernen, war außerhalb des Klerus im Mittelalter kein religiöser, sondern ein profaner (Kaufmannschaft). Noch bis ins 19. Jh. hinein bildete - trotz sich ausweitender allgemeiner Schulpflicht - das Leseublikum eine relativ schmale Schicht der Bevölkerung, obwohl z.B. Pietismus und Aufklärung aus verschiedenen Motiven versuchten, geistlichen und weltlichen Lesestoff zu verbreiten. Im 17. Jh. z.B. bildeten die Erbauungsschriften einen erheblichen Bestandteil der Druckerzeugnisse.

Martin Luther hat nicht, wie später Philipp Jakob Spener (1635-1705), von jedem Christen verlangt, täglich in der Bibel zu lesen. Der Aufbau eines evangelischen Kirchenwesens hat ihn vor allem zur Abfassung des (Kleinen und Großen) Katechismus (1529) veranlaßt. Sein eigentlicher Sitz im Leben ist nicht der Schul- und Konfirmandenunterricht, sondern die tägliche Lebensgemeinschaft des Hauses; der primäre Bekenner ist der christliche Hausvater; die Schulmeister unterstützen diese „Hausbischöfe“. In der (kurzen) Vorrede zum Großen Katechismus schreibt Luther: „Darum auch ein jeglicher Hausvater schuldig ist, daß er zum wenigsten einmal in der Woche seine Kinder und Gesinde der Reihe nach (ab)frage und verhöre, was sie davon wissen oder lernen und, wo sie es nicht können, mit Ernst dazu (an)halten ...“ Abgesehen davon, daß zu Luthers Zeit nur ein ganz geringer Anteil an der Bevölkerung überhaupt lesen konnte, ist darauf hinzuweisen, daß die reformatorische Bewegung nicht durch ein verbreitetes Lesen von Luthers Schriften zu einer Volksbewegung wurde, sondern durch die auch aus Luthers Schriften schöpfenden Predigten reformatorischer Pfarrer. Die reformatorische Bewegung war eine Predigtbewegung und keine Lesegesellschaft; Luther hat auch aus theologischen Gründen immer wieder versichert, das Evangelium sei ein mündlich ergehendes Wort, eine viva vox. Die Perikopen, der Psalter und der Kate-

chismus - das sind die drei hauptsächlichsten Textsorten, durch die der Gemeinde noch im 17. Jh. das Wort Gottes vermittelt wurde.

Der Senior der Frankfurter Lutherischen Geistlichkeit und Begründer des Pietismus in der Lutherischen Kirche Philipp Jakob Spener veröffentlichte 1675 in seiner Schrift „Pia Desideria“ ein Kirchenreformprogramm, an dessen Spitze der Satz steht: „Daher ist zu überlegen, ob nicht der Kirche wohl geraten wäre, wenn neben den gewöhnlichen Predigten über die verordneten Texte auch noch auf eine andere Weise die Leute weiter in die Schrift geführt würden. 1. Mit fleißiger Lesung der Schrift selbst, sonderlich aber des Neuen Testaments. Das ist ja nicht schwierig, daß jeder Hausvater seine Bibel oder wenigstens sein Neues Testament bei der Hand habe und täglich etwas in solchem lese oder wenn er des Lesens unerfahren, sich von anderen vorlesen lasse ... 2. Neben dem, daß also die Leute zur privaten Lektüre angetrieben werden, wäre ratsam: Wo man es einführen könnte, daß zu gewissen Zeiten in öffentlicher Gemeinde die biblischen Bücher nacheinander ohne weitere Erklärung verlesen würden ... Das diene zu aller, vornehmlich aber derjenigen Erbauung, welche gar nicht oder nicht bequem und wohl lesen können oder auch die Bibel nicht zu eigen hätten“. Das Gesangbuch erwähnt Spener nicht, obwohl er selbst Lieder gedichtet hat, die damals auch in Gesangbücher Eingang fanden. Spener berücksichtigt das Lesenkönnen also stärker, als Martin Luther das tun konnte; dennoch ist für ihn das Lesen nur ein Vermittlungsmedium neben anderen.

In der „Hessen-Darmstädtische(n) Schul-Ordnung für Die deutschen Schulen im Ober-Fürstenthum; Auf Hoch-Fürstlichen gnädigsten Befehl publiciret Den 14. Aug. 1733“ (vgl. Wilhelm Diehl, Die Schulordnungen des Großherzogtums Hessen. Monumenta Germaniae Paedagogica Bd. 33, Berlin 1905), die auf den Gießener Superintendenten und Theologieprofessor Johann Jakob Rambach zurückgeht, ist dann auch ausdrücklich vom Gesangbuch die Rede. Auf ihn geht auch das Ende 1733 erschienene „Neu eingerichtete Hessen-Darmstädtische Kirchen-Gesang-Buch“ zurück. In der genannten Schulordnung heißt es: „Bei dem Singen hat der Schulmeister die Schüler darzu anzuhalten, daß sie weder zu geschwind, noch zu langsam die Worte aussprechen, auch, damit sie sich nicht gewöhnen falsch zu singen, ihre Gesang-Bücher in den Händen haben. Es soll auch keine Woche vorüber gehen, darinn die Schul-Kinder nicht wenigstens ein oder zwey Melodien der Lieder durch öfters Vorsingen accurat lernen“. Daß das Gesangbuch mit zur Kirche zu nehmen ist, erwähnt Rambach in den gleichzeitig erschienenen „Hundert nöthigen Sitten-Regeln“ von 1734.

Lesen als schulisch vermittelte Kulturtechnik

Luthers Offener Brief an die Ratsherren aller Städte Deutschlands, christliche Schulen einzurichten und zu unterhalten (1524), gilt gewöhnlich als ein entscheidender Anstoß für die (allerdings erst später organisatorisch umgesetzte) allgemeine Schulpflicht. Aber schon Luther begegnet einem Einwand, mit dem sich noch mein Vater als Lehrer in einer Dorfschule auseinandersetzen mußte: „Du fragst: ‘Ja, wer kann denn seine Kinder so entbehren und alle zu Junkern erziehen? Sie müssen im Hause mit arbeiten’ ... Ich meine, daß man die Knaben jeden Tag eine oder zwei Stunden in eine Schule gehen, nichtsdestoweniger aber die andere Zeit im Hause arbeiten, ein Handwerk ... lernen lassen soll, daß also beides nebeneinanderhergeht, solange das Volk jung ist und Fleiß darauf verwenden kann. Sie verbringen doch ohnehin bald zehnmal soviel Zeit mit Kegeln, Ballspielen, Laufen und Balgen. Ebenso kann auch ein Mädchen so viel Zeit haben, jeden Tag eine Stunde zur Schule zu gehen und dennoch ihren Aufgaben im Hause nachkommen. Mehr Zeit (als es dafür braucht) verschläft, vertanzt und verspielt es doch gewiß“ (WA 15, 46f.).

Ähnlichen Problemen begegnet noch 1733 Johann Jakob Rambach! Abgesehen davon, daß Eltern ihre Kinder „bis ins achte, neunte Jahr von der Schule zurückhalten“ und daß die Kinder „sehr unfleißig und unordentlich sich beweisen“, klagt er: „Daß an manchen Orten, sonderlich im Vogels-Berge und daherum, die Schulen im Sommer gänzlich eingestellet, ja wohl gar die Kinder allererst um Martini (11. November) hinein geschickt, und um Peters-Tag (22. Februar) schon wieder heraus genommen worden; da es also nicht anders seyn können, als daß sie in den übrigen acht Monaten alles wieder schändlich vergessen, was sie etwa in diesen vier Monaten gelernet und begriffen haben“.

Auch mit Hilfe drakonischer Strafen soll folgende Ordnung durchgesetzt werden: „Mit denen Schul-Kindern soll die Schule im Sommer so wohl als im Winter unausgesetzt an allen Orten, wo ordentliche Schulmeister seyn, täglich drey Stunden Vormittage und drey Stunden Nachmittage gehalten werden, und auch in der Erndte-Zeit von Johannis bis Michaelis nicht gänzlich cessiren, sondern wenigstens alsdann täglich zwey Stunden von den erwachsenen Kindern, von den kleinern aber, die bey solcher Arbeit noch nichts helfen können, wie sonst ordentlich, besucht werden.“ Ob die im gleichen Atemzug auch genannten Belohnungen weiterhelfen, sei gefragt: „Für jede Stunde, die ein gesundes Kind die Schule versäümet, sollen die Eltern oder Vorgesetzten derselben einen Creutzer erlegen, welches Geld zu Ende eines jeden Monats ohnnachlässlich eingetrieben, von dem Casten-Meister jedes Orts in Rechnung ge-

nommen und dafür neue Testamente und Gesang-Bücher gekauft, und den armen Kindern, die fleißig zur Schule gehen, ausgetheilet, auch wohl zum Schul-Gelde für arme Elter-lose Kinder angewendet werden soll.“

Den Schulmeistern werden Nebentätigkeiten zur Aufbesserung ihres schmalen Einkommens untersagt, damit sie ihre ganze Kraft in den Unterricht stecken. Allerdings kontert hier Rambachs Kollege Superintendent Liebknecht: „Zwey Schulmeister habe ich, welche, wenn sie s.v. keine Besen mehr binden dörrften, u. solche nach Wetzlar oder sonst bringen, so müssen sie Hunger sterben“. Auch berücksichtigt Rambach nicht die soziale Lage der Bevölkerung in den armen Teilen Hessens. Die Strafbestimmungen der Schulordnung greifen aber auch aus anderen Gründen nicht. Liebknecht fragt nicht nur rhetorisch: „Wie werden die Bauern Articul machen, auch so lange processiren wieder den Schulmeister, wenn er straffet, bis sie ihn weg gejaget, auch woher soll der Schulmeister Strafe geben, wenn er von Hauß zu Hauße isset statt des Lohns? Wie soll er sechs stunden lang im Sommer informiren, wann er von Hauß zu Hauß informirt? Wer soll ihm zu essen geben, da der Bauer im Sommer nichts als Wasser und Brot auf dem Felde isset, nicht nach Hauß kömmet, und dieses nicht satt hat. O wer die Armuth auf dem Lande ansiehet und anhöret, der muß anders denken.“

In der hessen-darmstädtischen Schulordnung von 1733 erfahren wir allerdings auch etwas über die Methode des Lesen-Lernens: „Wegen des Lesens können die Kinder in drey Ordnungen getheilet werden. Die erste Ordnung lernet die Buchstaben durch öfters fragen, auch außer der Ordnung, kennen, und deutlich aussprechen. Die andere Ordnung lernet die Buchstaben zusammen setzen, oder buchstabieren. Die dritte Ordnung wird ferner geübt, daß sie deutlich, und nach den Unterscheidungs-Zeichen, den punctis, commatibus etc. lesen lerne. Es sollen aber die Schul-Diener hierinn nicht zu sehr eilen, und die Kinder nicht eher zum buchstabiren lassen, bis sie die Buchstaben fertig können, und nicht eher zum lesen mit ihnen schreiten, bis sie ohne Anstoß buchstabiren, und die Worte recht theilen können. Gleichergestalt können diejenigen, die schreiben lernen, in drey Ordnungen getheilt werden, so, daß einige die einzeln Buchstaben, die man ihnen anfänglich mit einem Bleystift vormahlen, und mit Dinte überziehen lassen kan, andere aber Sylben und Wörter, die übrigen nach Vorschriften schreiben. Es ist aber auch nicht zu vergessen, daß die Kinder zur Lesung geschriebener Briefe angeführet, und nebst dem im Rechnen nothdürftig informirt werden“.

Daß aber nach wie vor das „Gesangbuch im Kopf“ wichtig bleibt, geht ebenfalls aus der genannten Schulordnung hervor: „Weyl bey den Kindern das Gedächtnuß am fähigsten ist, so sollen die Schul-Diener dahin sehen, daß außer dem Catechismo, wie auch Tisch-Gebeten, Morgen- und Abend-Segen etc. ein guter Schatz von schönen Kernsprüchen heiliger Schrift, von Psalmen und geistlichen Liedern, durch öfters herlesen und

wiederholen, denselben eingepreßt, aber auch der Verstand derselben durch kurze Fragen ihnen beygebracht werde ...“ Wichtiger als die Lieder ist allerdings der Katechismus; er soll „alle Tage tractiret“ werden.

Rambachs Vorstellungen müssen auch vor dem Hintergrund der Schulpädagogik im 17. Jh. gesehen werden. Hier sei z.B. auf zwei Bilder des Niederländers Jan Steen (1626-1679) hingewiesen (Horst Schiffler/Rolf Winkeler, Tausend Jahre Schule. Eine Kulturgeschichte des Lernens in Bildern. Stuttgart/Zürich 1987², 74f.). In dem Bild „Die Dorfschule“ beherrscht ein vierschrötiger Schulmeister, der zum Einprägen der Lektionen auch das Pritschholz zu Hilfe nimmt, die Szene. Wie die Kinder mit dem Pritschholz zu leben gelernt haben, zeigen uns ihre verweinten, schadenfrohen oder apathischen Gesichter. Mit den gleichen malerischen Mitteln beteiligt uns Jan Steen auch am Leseunterricht für die Katze („Kinder bringen einer Katze das Lesen bei“); ihr ist im Spiel die Rolle des ABC-Schützen zugeordnet. Das Kind vorne links hält ein aufgeschlagenes Lesebuch auf dem Knie. Die Rute, die ihm der Maler in die Hand gegeben hat, zeigt uns, daß hier Schule gespielt wird; denn mit dem alten Kennzeichen des Lehrerstandes wird dem Mädchen eindeutig die Rolle des Schulmeisters zugeschrieben. Jan Steens Gemälde „Jungen- und Mädchenschule“ (ebd. 79) entspricht nicht den landläufigen Vorstellungen von einem geordneten Unterricht. Von einer methodisch streng geführten Klasse kann keine Rede sein. Der Lehrer ist auf die Mithilfe seiner Frau angewiesen, um die große Zahl der Schüler aller Altersstufen einigermaßen zu bändigen. Sie vertritt ihn auch, wenn er wegen seines kargen Lohnes seinen Nebentätigkeiten nachgeht. Nicht anders als in den mittelalterlichen Schulen beschränkt sich das Unterrichten darauf, jedem Schüler einzeln seine Aufgaben zu stellen, ihn sich dann selbst zu überlassen und irgendwann ihn dann zu „verhören“, was wohl öfters in einem Strafgericht endete. Kein Wunder also, wenn Schüler auf dem Boden einnicken, miteinander schwatzen oder auf den Bänken herumtanzen. Die späteren Methoden des Massenunterrichts wie Jahrgangsklasse, frontales Unterrichtsverfahren und vor allem gemeinsamer Fortschritt aller Schüler beim Lernen, sind hier noch unbekannt.

Rambachs oberhessische Verhältnisse sind keineswegs singulär. Schiffler/Winkeler (ebd. 100) weisen z.B. auf Brandenburg-Preußen hin, wo noch um 1800 in vielen Dörfern Schule nicht von einem ausgebildeten, geprüften und besoldeten Lehrer gehalten wird. Vielmehr mietet sich die Gemeinde für drei oder vier Wintermonate z.B. einen leicht zu befriedigenden Schneidergesellen, der dann mit seiner Schule wöchentlich von einem Hause zum andern wandert und dabei auch von den jeweiligen Hauswirten gespeist wird (vgl. Rambach). Oft hütet bei diesen auch „Gang-oder Laufschulmeister“ genannten Lehrkräften ein und derselbe Mann im Sommer das Vieh und im Winter die Jugend des Dorfes. In mehreren Dörfern war der Schulmeister, um leben zu können, auch der

Nachtwächter. Für das „bisgen Lesen und Schreiben“ braucht man keinen gelehrten Schulmeister. Einen solchen hätten viele Gemeinden auch gar nicht bezahlen können. Bis ins 19. Jh. hinein, in dem dann die Lehrerseminare entstanden, konnte sich fast jeder, der einen guten Leumund besaß und sich dazu befähigt fühlte, um eine solche Dorf-Lehrerstelle bewerben. Pfarrer, Schultheiß und Räte prüften die Bewerber und trafen die Wahl. Wie das praktisch vor sich ging, zeigt das Protokoll einer Lehrerwahl aus dem 18. Jh. Beworben hatten sich ein Schuster, ein Weber, ein Schneider, ein Kesselflicker und ein invalider Unteroffizier. Der Weber machte das Rennen. Hier das Protokoll: „Jakob Maehl, Weber, hat die Fünzig hinter sich, hat gesungen: a) ‘O Mensch, beweine’, b) Zeuch ein zu Deinen Thoren, c) Wer nur den lieben Gott läßt walten’. Melodie ging in viele andere Lieder, Stimme sollte stärker sein, quiekte mehrmalen, so nicht sein muß. Gelesen Josua 19,1-7 mit 10 Lesefehlern, buchstabiren Jos. 18,23-26 ohne Fehler. Dreierlei Handschriften gelesen, schwach und mit Stocken, drei Fragen aus dem Verstant, hierin gab er Satisfaction. Diktando 3 Zeilen geschrieben, fünf Fehler. Des Rechnens auch nicht kündig ...“ Auch Vorurteile bestimmten das Wahlergebnis: „Es wurde nun einmütig davor gehalten, daß Jakob Maehl der capabelste, wogegen den andern, namentlich dem Kesselflicker, nicht zu trauen, sintemalen er viel durch die Lande streiche, dagegen der einbeinige Kriegsknecht die Fuchtel gegen die armen Kindlein zu stark zu gebrauchen in Verdacht zu nehmen sei ... Auch sei zwischen rohen Soldaten und solchen Würmlein ein Unterschied zu setzen. Der Pastor ließ nun votiren, und wurde Maehl einstimmig erwählet“ (Schiffler/Winkeler 101).

Wunsch oder Wirklichkeit?

Unsere bisherigen Ausführungen lassen eine gewisse Skepsis hinsichtlich der allgemeinen Lesefähigkeit in dem genannten Zeitraum zu. Aufgrund dieser Situation ist es verständlich, wenn sich im 16./17. Jh. der Gemeindegang zwar nach Gesangbüchern richtete, die aber in den Händen der Pfarrer und Kantoren waren. Nach diesen „Kantionalen“ sangen, so die herrschende Meinung, die Gemeinden die Lieder gewöhnlich auswendig. Es wäre dem gemeinen Mann als Hochmut gedeutet worden, wenn er, wie ein Kantor oder Schulmeister, aus einem Buch hätte singen wollen.

Nun scheint ein 1599 in Frankfurt am Main bei Johann Spieß gedrucktes Gesangbüchlein eine Ausnahme zu bilden. Sein Titel lautet: „Geistreiche vnd liebliche Gesäng D. Martin Luthers/vnd anderer mehr getreuer vnnnd recht Euangelischer Lehrer. Wie sie in den reinen vnnnd wahren Catholischen Kirchen zu Franckfurt am Mayn/vnnnd anderswo auff Sonn vnd Wercktag/gesungen/vnnnd mehrer Theils bey dem täglichen

Gottesdienst sollen geubet werden. Jacobi V. Ist jemandt gutes Muhts/der singe Psalmen“.

Das Gesangbüchlein gehört zu dem ebenfalls bei Spieß erschienenen Frankfurter „Handbüchlein“ von 1599, das neben Luthers Kleinem Katechismus die Frankfurter Agende von 1589/99 und die Ordnung der Kinderlehre enthält. In der Vorrede des Frankfurter Lutherischen Predigerministeriums heißt es: „Derwegen als newlicher Zeit/auß guter Wohlmeynung vnd christlicher Eynfalt/anderer Euangelischen Kirchen Exempel nach/auch neben der wohl bestellten Musica vnnnd cantu figurali, noch darzu ein Orgel in vnserer jetzigen Haupt vnd Pfarrkirchen Zun Barfüßern angerichtet/vnnnd vns vnverborgen/daß mehrmalen von fürnemen Leuten begeret worden/daß sonderlich die Kirchengebet vnd catechismus/wie sie Sonn vnd Wercktage gebräuchlich/mit einer groben vnnnd leßlichen Schrifft gedruckt/vnd zu täglichem Gebrauch mitgetheilet würden. So hat ihme ein ordentlich Ministerium dieser Statt vnnnd Kirchen/wohlgefallen lassen/das christlich Erbietten Johann Spiessen/Buchdruckers allhie/daß er/zur Beförderung der Ehr Gottes/vnd einer Christlichen Gemein/Alten vnnnd Jungen zu gut/ein solch Handbüchlein wölle zurichten lassen/da nit allein erstgedachte vnnnd begerte nützliche Arbeit/sondern die gantze Haußhaltung der Euangelischen Kirchen beysammen were/welche dann zu gleich bey versamleter Gemein/vnd daheimen zu Hauß/wo es der Fall begrieff/könnte zur Hand seyn/vnd am aller nützlichsten gebraucht werden ...“

Die Vorrede des Predigerministeriums nimmt nun auch auf das Gesangbuch Bezug: „Zum dritten ist von nöthen gewesen/auch ein gewisses Gesangbüchlein zu stellen vnnnd an zu ordnen. Weil sich aber hiermit nach vnserm gebräuchlichen Gesangbuch zu richten/vnnnd dieselbe doch wegen der Menge nit alle haben können behalten werden/darmit es nit zu weit außlieff/als vnser Intent vnnnd Fürhaben eines geschmeidigen Handbüch=leins erfordert: So seynd allein die fürnembsten Gesäng vnnnd Psalmen/so am bräuchlichsten/vnd bishero in der Kirchen gemeinlich seynd in Vbung gewesen/oder doch nit allerdings vngeubet bleiben vnd gelassen werden sollen/zusammengetragen (auß dem Gesangbüchlein/so Herr Eucharius Zinckeyssen/Pfarrherr zu Langen/vor Jahren angeordnet/vnnnd durchauß mit vnserm grossen Kirchen Gesangbuch vbereinstimmt ... Dazu doch diese Erinnerung gehöret/vnd vmb der Vnachtsamen willen nicht sol vnterlassen werden/daß sich fromme Christen nicht zu schemen noch zu beschweren haben/ihr Gesang vnd Bettbüchlein auch mit sich in Kirchen zunehmen/vnnnd den Gesang mit iren Stimmen helffen zieren vnnnd erhalten ...“

Als Bestandteil des „Handbüchleins“ verdankt das Gesangbüchlein von 1599 seine Entstehung also der privaten Unternehmungslust des Frankfurter Buchdruckers Johann Spieß. Allerdings hebt die Mitarbeit des Frankfurter Predigerministeriums das Büchlein über den Rang eines rein priva-

ten, kommerziellen Unternehmens hinaus. Dies gilt insbesondere im Blick auf den Umstand, daß sich die Auswahl der Gesangbuchlieder laut Vorwort ausdrücklich nach ihrem tatsächlichen oder beabsichtigten Gebrauch im Frankfurter lutherischen Gottesdienst richtet. Auch der Abdruck der Frankfurter Agende weist auf den speziellen Frankfurter Charakter dieses Unternehmens hin, was natürlich nicht generell ausschließt, daß Spieß das Ganze oder Teile auch anderweitig vermarkten kann. Wichtig ist vor allem dies: Die Benutzung des Handbüchleins, insbesondere des Gesangbuchs, durch die Gemeinde im Gottesdienst wird ausdrücklich erwähnt. Hier haben wir einen frühen Beleg dafür, daß bereits im 16. Jh. die allgemeine Sitte des Auswendigsingens wenigstens tendenziell durchbrochen und die Gesangbücher in die Hand der Gemeindeglieder gegeben werden sollten. Daß es sich hier um eine Neuerung (wenigstens für Frankfurt/M.) handelt, geht auch aus obigem Passus hervor: „daß sich fromme Christen nit zu schemen noch zu beschweren haben“, wenn sie das Gesangbuch mit in die Kirche nehmen. Dieser Satz ist auf dem Hintergrund der landläufigen Auffassung, das Mitbringen solcher Bücher zum Gottesdienst, ohne daß man ein liturgisch-hymnologisches Amt innehat, sei ein Zeichen von Hochmut und Amtsanmaßung, gut zu verstehen. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß ein solches Mitbringen nur für diejenigen möglich und sinnvoll war, die das Handbüchlein kaufen und darin lesen konnten. Dennoch muß der Drucker Spieß eine Absatzmöglichkeit gewittert haben, sonst hätte er die Initiative wohl kaum ergriffen.

Übrigens gibt die Vorrede zum eigentlichen Gesangbuch von 1599 auch Aufschluß über die tatsächliche oder gewünschte Singepraxis in der Frankfurter Barfüßerkirche, die damals die lutherische Pfarrkirche für ganz Frankfurt war: Die einzelnen Lieder sind mit Zeichen versehen, die es der Gemeinde anzeigen, ob und in welcher Weise sich Gemeinde und Orgel bei den einzelnen Liedern abwechseln (sog. Alternatimpraxis). Es heißt: „Weil in vnser Pfarrkirchen zun Barfüßern/auff die Sonn vnd Feyertag/die Orgel auch wirdt geschlagen/zwischen dem Choral Gesang ... so weiset die Abtheilung deß Psalmens/wie oft die Abwechßlung/eins vmbs ander zu orgeln vnd zu singen/könne füglich geschehen ... Wenn aber die Orgel nicht gebraucht wirdt/so werden alle Gesäng ohne Vnterscheid/mit ihren Gesetzen von Anfang biß zu End außgesungen“. Die uns heute geläufige Praxis der Liedbegleitung durch die Orgel ist damals unbekannt. Die Orgel wird „zwischen dem Choral Gesang“ geschlagen: Sie tritt jeweils an die Stelle der Gemeinde und übernimmt eine oder mehrere Strophen, die, wenn es ein sinnvolles Unternehmen sein soll, die Gemeinde in der Stille mitliest und mitbetet. Erst von 1650 an wurde die Orgel auch in anderen Frankfurter lutherischen Kirchen benutzt, desgleichen auch an Werktagen. In die Betstunde wurde sie 1687 eingeführt; das Orgelspiel bei Trauungen kam erst 1828 auf. Die Orgelbegleitung des Gemeindegesangs kam erst 1711 in Übung. Bis dahin wurde er von Kantoren und Vorsängern geleitet.

Zur Baugeschichte der Katholischen Gotteshäuser in Gießen

Peter W. Sattler und Hermann Klehn

Die evangelischen Kirchen in Gießen sind ausgiebig von WEYRAUCH (1979) und SATTLER und KLEHN (1992, 1993) gewürdigt worden. Auch EULER (1988) hat sich mit kirchlichen Bauwerken im Stadtgebiet von Gießen beschäftigt. Die religiösen Gebäude und überhaupt die Entwicklung der katholischen Christengemeinde wurden bislang vergleichsweise fast stiefmütterlich behandelt, sieht man einmal von den Ausführungen von BUCHNER (1879), BAYER (1903, 1907, 1912/13), WALBE (1938), DEUSTER (1948), WEYRAUCH (1979) und KOCI (1982) ab. Der Grund für diese schmale literarische Lage dürfte in der Tatsache zu sehen sein, daß Gießen seit 1526 eine evangelisch-lutherische Stadt gewesen ist und deshalb der Schwerpunkt der Betrachtung auf den protestantischen Kirchen lag. Durchweg liegt das Hauptinteresse der zitierten Autoren auf der Baugeschichte der hier zu behandelnden Objekte.

Nicht nur wegen des gemeinsamen christlichen Ursprungs, sondern auch wegen der ständig zunehmenden Bedeutung der katholischen Gemeinde in Gießen - vor allem nach 1945 -, soll den kirchlichen Bauwerken dieser Religionsgemeinschaft gedacht werden. Dieser Beitrag kann und will allerdings nur in einem ersten Versuch die Grundzüge der Bautätigkeit und Baulichkeiten der Katholiken in Gießen nach ihrem Wiedererstehen umreißen. Methodisch haben wir dabei das chronologisch-tabellarische Verfahren gewählt, um einen leichteren Überblick zu erreichen. An entscheidenden Stellen gehen wir durch Exkurse in die Tiefe.

- 721 In diesem Jahr beginnt Bonifatius mit dem Bau des Klosters Amöneburg. Dort soll er nach eigenem Zeugnis schon Christen angetroffen haben. Es liegt nahe, daß zu diesem frühen Zeitpunkt auch in der „Wiesecker Marca“ schon Christen wohnten, zumal
- 778 dort früh eine Kirche erwähnt wird (778).
- 722 Auf das Jahr 722 einer möglichen Missionierung des Lahngaus verweist Bayer (1907) und Deuster 1957).
- 775 Im Jahr 775 vermachen die Töchter des Grafen Cancor im Oberrheingau Radult und Eufemia ihren Besitz in der Wiesecker Mark dem Reichskloster Lorsch.
- 778 Im Jahr 778 wird „im Hof der Wieseck“ eine Kirche genannt.
- 722 Schon 722 wird die Peterskirche in Selters erwähnt; sie könnte

- eine Stiftung von Bonifatius sein.
- 1129 Auf dem Schiffenberg wird von der Gleiberger Gräfin Clementia ein Kloster gegründet, dessen religiöse Beziehungen zu Gießen jahrhundertlang unübersehbar ist. Das Augustiner-
- 1323 Chorherrenstift ging 1323 an den Deutschen Ritterorden über. Als älteste Kirche in Gießen gilt die Peterskirche in Selters, im
- 1248 Süden des Stadtgebietes. Sie stand wohl schon vor dem Jahr
- 1150 1248, möglicherweise schon seit Gründung Gießens um 1150, vielleicht sogar noch früher, denn gelegentlich wird Bonifatius als ihr Gründer angesehen (DEUSTER 1957). Selters war jedenfalls die Mutterpfarrei, der auch die Burgkapelle der alten Wasserburg im heutigen Zentrum Gießens unterstand und aus der wohl die Pankratiuskapelle und die spätere Stadtkirche hervorgegangen ist.
- 1248 Die erste Nachricht von einem Gotteshaus in Gießen erhalten wir aus dem Jahr 1248. Es ist dies die Kapelle zum hl. Pankratius und zur hl. Maria. Sie lag bei der späteren evangelischen Stadtkirche und war Tochterkapelle der Pfarrkirche in Selters. Die Erbauung dieser Kapelle ist wohl im Zusammenhang mit der ersten Burganlage in Gießen im 12. Jahrhundert zu sehen. Von
- 1484 der alten Pankratiuskirche ist nur noch der 1484 erbaute und
- 1520 1520 vollendete Turm vorhanden.
- 1265 Im Jahr 1265 wird erstmals ein Pfarrer in Gießen erwähnt. Eine andere Quelle nennt als Ersterwähnung für einen Pfarrer in
- 1279 Gießen das Jahr 1279.
- 1520 Am 22. Juli 1520 wird in der Kirche St. Pankratius in Anwesenheit des Weihbischofs Niedaus von Trier ein neu aufgestelltes Bild der Mater dolorosa benediziert. Dies ist die letzte Nachricht aus der katholischen vorreformatorischen Zeit.
- 1526 Am 19. Oktober 1526 beruft Landgraf Philipp (der Großmütige) von Hessen die Synode von Homburg ein. Die „Reformatio ecclesiarum Hassiae“ wird angenommen. Damit wird auch das Schicksal der Gießener katholischen Gemeinde besiegelt. Der erste evangelische Pfarrer wirkt in Gießen.
- 1530 In der Zeit von 1530 bis 1532 wird die Kirche in Selters
- 1532 (Petruskirche) niedergelegt. Reste dieser Kirche wurden beim Bahnbau der Strecke Gießen-Gelnhausen und Fulda wiederentdeckt.
- 1790 Im Jahr 1790 wird die katholische Gemeinde in Gießen neu errichtet.
- 1791 Am 9. April 1791 kommt der erste katholische Pfarrer nach der Reformation nach Gießen; es ist der Fuldaer Benediktiner Bonifaz Carl Sigmund Schalk, Er bleibt bis zum Jahr 1793.
- 1793
- 1794 Im Jahr 1794 kommt der Geistliche de Labrousse; er bleibt bis

- 1795 1795.
- 1804 Am 19. Juli 1804 wird der katholischen Gemeinde die Mitbenutzung der evangelischen Burgkirche gestattet. Diese ist eine zu Gottesdienstzwecken hergerichtete Sporthalle ohne Turm und Glocken, „Ballhaus“ genannt, 1609 am Südrand des Botanischen Gartens errichtet und 1645 als evangelische Kirche eingerichtet (SATTLER und KLEHN 1993). - Zur Benutzung der Burgkirche durch die Katholiken gibt es einige widersprüchliche Aussagen. So will BUCHNER (1879) wissen, daß „auf kurze Zeit ... der 1795 katholische Gottesdienst in die Burgkirche, im August 1795 aber wieder in das Universitätsgebäude verlegt“ worden ist. Nach unseren Recherchen (SATTLER und KLEHN 1993) war die
- 1808 Burgkirche zwischen 1808 und 1821 das einzige Gotteshaus in
- 1821 Gießen (1808 wurde die Stadtkirche bis auf den Turm abgetragen), das wohl den Evangelischen (bedingt durch den Umbau der Pankratiuskapelle/Stadtkirche) als auch den Katholiken als religiöse Unterkunft genügen mußte. Den katholischen Christen diente die Burgkirche auch nach der Vollendung der Stadtkirche und Auszug 1824 der Evangelischen noch einige Jahre als religiöser Versammlungsort. 1824 wurde die Burgkirche abgerissen.
- 1824 WELCKER (1928) berichtet, daß im Jahr 1804 der hessische
- 1804 Landgraf der katholischen Kirchengemeinde in Gießen die Mitbenutzung der Burgkirche im Botanischen Garten eingeräumt und der damalige katholische Pfarrer Beilner sich hierfür öffentlich bedankt habe. - Nachdem die evangelischen Christen aus der Burgkirche aus - und in den Neubau der Pankratiuskirche (Stadtkirche) eingezogen waren, wurde das umgebaute Ballhaus der katholischen Kirchengemeinde zum Ankauf angeboten, von dieser jedoch abgelehnt. Diese Aussage deckt sich - auch in zeitlicher Hinsicht - mit der von DEUSTER (1948, 1957). DEUSTER (1948) gibt noch den Hinweis: „(Katholischer)
- 1791 Gottesdienst wurde zuerst (also ab 1791, Anm. d. Verf.) in einem Saale der Universität, dann in der Burgkirche abgehalten.
- 1821 „DEUSTER (1957) ergänzt, daß 1821 die Burgkirche von der evangelischen Kirchengemeinde als Gotteshaus aufgegeben und der katholischen Gemeinde zum Kauf angeboten worden sei. Letztere habe dankend abgelehnt, wegen der Baufälligkeit und
- 1824 der hohen Restaurierungs- und Reparaturkosten. 1824 wurde die Burgkirche schließlich abgetragen. Den Katholiken sei als neuer Gottesdienstraum eine Räumlichkeit im unteren Stock der ehemaligen Kaserne (alte Klinik) in der Liebigstraße zugewiesen worden. Der erste Gottesdienst wurde dort am Gründonnerstag
- 1823 des Jahres 1823 abgehalten. WEYRAUCH (1979) weiß, daß während der Benutzung der Burgkirche - in welchem Zeitraum

- auch immer - durch die katholische Gemeinde auch eine Glocke vom Stadtkirchturm für sie geläutet werden konnte (die Burgkirche hatte ja weder Glockenturm noch ein Geläut). Weiter berichtet WEYRAUCH (1979), daß die katholische Gemeinde von 1827 an in die neue Stadtkirche zum Gottesdienst gehen konnte. Immer dringlicher sei auch der Wunsch nach einem eigenen Kirchengebäude geäußert worden. Von DEUSTER (1957) erfahren wir schließlich, daß zumindest im Jahr 1784 schon in einem Saal des Kollegengebäudes (am Brandplatz zwischen dem alten und dem neuen Schloß auf dem Gelände des Botanischen Gartens) den katholischen Studenten und Professoren die Gelegenheit geboten wurde, sonntäglichen Gottesdienst abzuhalten. diesen hielten Franziskaner aus Wetzlar (WEYRAUCH 1979).
- 1784 Eine neue Epoche für die katholische Gemeinde in Gießen beginnt mit dem Jahr 1836. Damals legte der großherzoglich-hessen-darmstädtische Geheime Baurat Georg Moller einen Planentwurf für den Neubau eines katholischen Gotteshauses vor.
- 1836 Im März 1837 wird der Bauplatz Ecke Frankfurter- und Liebig-Straße erworben. Im Frühjahr 1838 beginnen die Bauarbeiten, Grundsteinlegung ist der 1. August 1838. Eine Statistik wird miteingemauert, aus der hervorgeht, daß die katholische Pfarrei Gießen 1838 314 Seelen zählt, mit ca. 45 Schulkindern, dazu noch 200 Katholiken in der Pfarrei im Umkreis von zehn bis zwanzig Stunden; an der Universität befinden sich 34 Theologen unter den 370 Studenten.
- 1837 Vom Moller-Plan mußten aus Kostengründen Abstriche gemacht werden. so wurden vor allem die Fassaden vereinfacht, der umlaufende Fries und die Seitentüren sowie die runden Turmfenster weggelassen. Der Innenraum bekam eine einfache Decke statt des schmuckhaften Gewölbes auf Säulen.
- 1838 Am 1. August 1838 wird ein Grund- und Denkstein feierlich eingemauert. Im Sommer 1839 schenkt der Großherzog der katholischen Gemeinde eine Orgel und ein Altarbild, das aus der Kapelle des katholischen Lehrerseminars in Bensheim stammt. Die Kirche wird von zwei Öfen beheizt. WALBE (1938) schreibt: „1838-1840 wurde nach dem Entwurf von Georg Moller eine katholische Kirche mit Westturm am Seltersberg erbaut. Ein guter Bau mit Innenraum von besten Verhältnissen. Jetzt ist er verstümmelt und dient profanen Zwecken.“
- 1839 Am 7. September 1840 wird die erste katholische Kirche nach der Reformation in Gießen konsekriert (= geweiht), also ihrer Bestimmung übergeben. Das Gotteshaus wird den Heiligen Bonifatius und Petrus geweiht. Diese beiden Heiligen wurden
- 1840

wohl ganz bewußt und zielsicher ausgewählt, um die alte Tradition ungebrochen wieder aufzunehmen und dort anzuknüpfen, wo die Reformation den Katholiken in Gießen ein zwischenzeitliches Ende bereitete. Man erinnert sich: Die wohl älteste christliche Kirche in Gießen, in Selters, war St. Petrus geweiht und hieß deshalb Peterskirche. Eine alte Tradition will wissen, daß diese Kirche von Bonifatius, dem Missionar Hessens, gegründet worden ist. Hierzu meint DEUSTER (1957): „Es darf mit gutem Recht angenommen werden, daß die in unserer Chronik erwähnte älteste Kirche unseres heutigen Stadtgebietes, das dem hl. Petrus geweihte Gotteshaus von Selters, eine Gründung des hl. Bonifatius oder wenigstens seines Schülers und Nachfolgers Lullus war. Bonifatius war im Jahre 722 von Amöneburg her auf einer Missionsreise zu den 'Lahngauern', wie sich die Reste des hier noch seßhaften alten Chattenstammes nannten, gekommen und hatte ihn offenbar recht erfolgreich das Evangelium gepredigt. Denn bereits im Jahre 738 wendet sich Papst Gregor III. in einem Hirtenschreiben u.a. auch an die 'Lognai' (Lahngauer) und ermahnte sie, den von ihm kraft seiner apostolischen Vollmacht ordinierten Bischöfen und Priester willig zu folgen.“

- Das älteste katholische Gotteshaus in Gießen diente übrigens nur 64 Jahre lang, bis 1904, seinen Zwecken. Es wurde 1910/11 zu einem Vereinshaus umgebaut.
- 1904
1910/
1911
- 1840 Die 1840 erbaute Kirche war schlicht, einfach, in Anlehnung an den klassizistischen Stil und dem Geschmack der zeitentsprechend konzipiert und ausgeführt worden. Der Grundriß war längsrechteckig und mit halbrunder Apsis ausgestattet. Der Haupteingang lag im Westturm. Im Turm hingen zuerst zwei Glocken. 1882 kam eine dritte hinzu.
- 1882
1856 Im Jahr 1856 wird das erste katholische Pfarrhaus erbaut; es bildete später einen Teil des Westflügels des St. Josephs-Krankenhauses und bestand bis 1899 (Pfarrhaus der ersten Generation).
- 1899
- 1867 Am 6. Mai 1867 wird eine katholische Konfessionsschule im
1868 katholischen Pfarrhaus etabliert, die allerdings nur bis 1868 Bestand hat.
- 1866 Im Juni 1866 erhält die Apsis der Kirche bunte, gemalte Chor-
1867 fenster, im Dezember 1866 einen eisernen Kandelaber. 1867
1869 bekommt das Gotteshaus einen neuen Altaraufsatz, 1869 eine
1870 neue Kommunionbank, und 1870 werden sechs bunte, gemalte
1840 Fenster in das Kirchenschiff eingesetzt. Schon 1840 wurde eine neue Orgel eingebaut.

- 1869 Der Bau der Bahn Gießen-Fulda und -Gelnhausen im Jahr 1869 kostet die katholische Gemeinde teilweise den Verlust ihres 1837
- 1837 erworbenen Kirchenplatzes. Die zum Portal der Kirche hinauf-führende Freitreppe muß abgebrochen und der Aufgang in die Ecke verlegt werden.
- 1880 Am 23. Mai 1880 besucht der Komponist Franz Liszt die Kirche und nimmt am Gottesdienst teil.
- 1882 Am 7. Dezember 1882 beziehen zwei Barmherzige Schwestern die Wohnung im Haus Seltersweg 41.
- 1885 Im Jahr 1885 wird ein gemeinsames Schwesternhaus in der Nähe
- 1886 der Kirche erstellt; die Übergabe erfolgt am 17. Mai 1886 (Am Riegelpfad 2, früher Liebigstraße 29).
- 1889 Am 1. Oktober 1889 wird das Dekanat Gießen errichtet (früher zählte die katholische Gemeinde zum Dekanat Ockstadt bei Friedberg).
- 1891 Am 1. November (Allerheiligen) 1891 feiert die katholische Gemeinde Gießen ihr 100jähriges Bestehen.
- 1898 Am 26. Oktober 1898 erwirbt die katholische Gemeinde das Grundstück im Osten des Pfarrgrundstückes; das dortige Verwaltungsgebäude einer Bergbaugesellschaft wird als Pfarrhaus (der zweiten Generation) genutzt, die Barmherzigen Schwestern ziehen im September 1899 in das ehemalige Pfarrhaus, Liebigstraße 22, ein (ihr Vorgänger-Domizil, das Schwesternhaus im Riegelpfad, wird verkauft) und richten dort eine erste Krankenstation ein.
- 1898 Im Jahr 1898 wird ein neuer Bauplatz für einen Kirchenneubau neben dem Pfarrhaus besorgt und am 26. Oktober dieses Jahres käuflich erworben.
- 1903 Von 1903 bis 1905 erfolgt der erste Bauabschnitt der neuen
- 1905 St. Bonifatius-Kirche in der Liebigstraße 28. Am 24. September 1905 wird der Kirchenbau benediziert (=gesegnet). Die alte Kirche, steht leer und unbenutzt. In ihrem Turm hängen immer noch die drei Glocken.
- 1906 Im Jahr 1906 erfolgt der Anbau für die Krankenstation an das
- 1913 ehemalige Pfarrhaus (der ersten Generation), 1913 wird ein größerer Anbau ausgeführt (3. Bau, Ostflügel). Beendet und eingeweiht wird diese Umbau- und Erweiterungsmaßnahme am
- 1915 19. März 1915.
- 1910 Ende 1910 wird mit dem Umbau der alten Kirche begonnen. diese wird zum katholischen Vereinshaus, auch Saalbau genannt. Gleichzeitig wird an dieses Gebäude ein Geschäftshaus angehängt. Die Einweihung des Vereinshauses erfolgt am 10. Dezember
- 1911 1911.
Hier nochmals die Baudaten des Saalbaus in der Zusammen-

schau:

Baubescheid erteilt:	19. Oktober	1910
Rohbauabnahme:	09. August	1911
Beginn der Verputzarbeiten:	13. September	1911
Fertigstellung der Verputzarbeiten:	16. Oktober	1911
Fertigstellung insgesamt:	10. Dezember	1911
Einweihung:	19. Dezember	1911.

Architekt ist H. Garnon.

- 1914 Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 wird das Vereinshaus als Lazarett beschlagnahmt.
- 1917 Im Jahr 1917 müssen die zwei größten Glocken (von dreien) im Turm der alten Kirche für Kriegszwecke abgegeben werden, dazu die Prospektpfeifen der Orgel. Nach Auflösung des
- 1920 Lazarett im Jahr 1920 wird der Saalbau wieder als Vereinshaus an die katholische Gemeinde zurückgegeben. Zu der zweckmäßigen Einrichtung gehörte sogar eine Bühne mit Schwingboden. - In dieser Zeit erklangen vom Turm des Vereinshauses noch die drei Glocken (zwei wurden wiederbeschafft) zum Gottesdienst in der Bonifatiuskirche.
- 1929 Am 1. Juli 1929 wird das neue Pfarrhaus bezogen (dritte Generation).
- 1930 Im August 1930 werden die Chorfenster in der neuen St. Bonifatiuskirche eingesetzt. Beim Bombenangriff am 6. Dezember
- 1944 1944 werden sie völlig zerstört.
- 1934 In den Jahren 1934 bis 1936 erfolgt der Endausbau der
- 1936 St. Bonifatiuskirche. Am Samstag, 27. Juni 1936, wird die erweiterte Kirche eingeweiht (Konsekration). Zuvor fand eine Messe im katholischen Vereinshaus statt.
- Die St. Bonifatiuskirche war nach einem Entwurf von Prof. L. Becker (Mainz) in neugotischem Stil entstanden, ganz dem Zeitgeschmack entsprechend. Der bereits 1902 angefertigte Entwurf sah eine dreischiffige Kirche mit zwei Türmen in einer Gesamtlänge von 58 Metern und in einer Breite von 22,60 Metern vor. Der sich in den nachahmenden Formen der Spätgotik (Neogotik, Pseudogotik) repräsentierende Bau hat einen 70 Meter hohen Turm; ein weiterer kleiner Turm flankiert das nordwestliche Seitenschiff.
- 1902 Beim ersten Bauabschnitt wurde mit dem Chor begonnen, dem sich zeitlich und räumlich das Querhaus, ein Langhausjoch und die Sakristei anschlossen. Der Torso wurde mit einer provisorischen Mauer zur Liebigstraße hin beendet
- 1905 (Geldmangel). Am 24. September 1905 wurde das halbfertige Gotteshaus benediziert. Als Glockenturm fungierte noch der Turm in der Nachbarschaft, der Glockenturm der ehemaligen und

nun zum Vereinshaus umgebauten Kirche an der Ecke Frankfurter-Liebigstraße.

1934 Als es dann 1934/35 mit den Bauarbeiten weitergeht, wird nach
1935 überarbeitetem Plan ein Langhausjoch weggelassen und auch auf
den zweiten Turm verzichtet. Auch hier diktiert wieder Geld-
mangel die Überlegung, was aber angeblich der Gesamtanlage
zum Vorteil gereicht haben soll.

1936 Am 27. Juni 1936 wird der Kirchenbau geweiht (konsekriert).
Die Pläne wurden von der Architektenfirma Prof. L. Becker,
Anton Falkowski und Hugo Becker in Mainz gefertigt.
Einer Beschreibung der St. Bonifatiuskirche aus dem Jahr 1936
entnehmen wir die folgende Passage:

„Ein zweistöckiger Bau mit Durchfahrt verbindet in ansprechen-
der Weise Kirche und Pfarrhaus. Von der Liebigstraße aus führt
eine zweiarmige Freitreppe empor und zwar zunächst auf einen
großen Vorplatz, von dem aus eine weitere Treppe zum Haupt-
eingang der Kirche führt. Das Innere der Kirche bietet einen
schönen Anblick. Kräftige Sandsteinpfeiler und Säulen tragen
das 16 bis 18 Meter hohe Gewölbe. Das Gesamtbild wird har-
monisch durch den Chor mit seinem Sternengewölbe und seinen
bunten Fenstern abgeschlossen. Angenehm wirkt das schöne Rot
der Architekturglieder, welche die durch grünes Fensterglas
gedämpften weißen Putzflächen umrahmen. In die Seitenschiffe
bietet sich mancher abwechslungsreiche Durchblick. Der Turm-
raum ist durch zwei Öffnungen in den Erdgeschoßmauern mit
dem Kirchenraum verbunden. die Beichtstühle werden in die
zwischen die Strebepfeiler der Seitenschiffe angeordneten Ni-
schen eingesetzt. Am westlichen Seitenschiff ist eine Gruft mit
kleiner Kapelle angebaut. Die Kirche enthält zwei Emporen, von
denen die größere für die Orgel und den Kirchenchor bestimmt
ist. Der Verbindungsbau von der Kirche zum Pfarrhaus birgt im
Erdgeschoß einen Bibliotheksraum, im ersten Obergeschoß einen
kleinen Saal und darüber eine Wohnung. Das obere Stockwerk
des Turmes enthält die Glockenstube.

Der gesamte Bau wurde in 1 ¾jähriger ununterbrochener Tätig-
keit vollendet. 100 Personen hatten während dieser Zeit Be-
schäftigung und Verdienst. Der Turmbau erforderte besonderen
Aufwand an Material und Arbeitskraft. Im Kellerstock des
Turmes mußten allein etwa 50 000 Stück Klinker vermauert
werden. Das errechnete Gewicht dieses Bauteils an der Funda-
mentsohle beträgt rund 2700 Tonnen.“

In einem anderen Bericht aus dem Jahr 1935 heißt es u.a.: „Vom
Turm aus bietet sich ein einzigartiger Ausblick auf die Stadt.
Tief unten liegen die Häuser, weit schweift der Blick über Stras-

sen und Gassen in die Runde. Von überallher leuchten die reifen Getreidefelder herauf. Gleiberg, Vetzberg und Dünsberg grüßen herüber, einen schönen Anblick bietet der Schiffenberg. Wenn man gar oben auf der jetzt in Arbeit befindlichen Turmhaube steht, dann wird selbst der Vierungsturm auf dem Kreuzschiff der katholischen Kirche wieder zierlich, und in die Liebigstraße blickt man wie in eine Schlucht hinein.

Interessant ist es, in diesem Zusammenhang etwas über die Materialmenge zu hören, die insbesondere für die Turmhaube aufgewandt werden muß. 60 Kubikmeter Holz sind für das Balkengerüst nötig. Das bedeutet zwei ganze Eisenbahnwaggons voll. Die Länge der aus dieser Holzmasse geschnittenen Balken beträgt 2000 laufende Meter. Die Balken, die die Turmhaube zu tragen haben, sind etwa 25 Zentimeter (im Quadrat) stark. Für den Transport der Balken in die Höhe schuf man innerhalb der Turmspitze eine Drahtseilwinde.“

- 1937 Im Sommer 1937 bekommt die St. Bonifatiuskirche fünf Glocken. WEYRAUCH (1979) schreibt: „1937 ertönte nach 20 Jahren wieder ein katholisches Geläut mit fünf Glocken, von denen aber bereits im März 1942 vier abgeliefert werden mußten.“ Nur eine Glocke, die kleinste, darf im Glockenturm hängenbleiben.
- 1939 Im Jahr 1939, mit Kriegsbeginn, wird das katholische Vereinshaus wieder beschlagnahmt und als Lazarett eingerichtet.
- 1944 Am 6. Dezember 1944, der Brandnacht von Gießen: Der lichterloh brennende Kirchturm der alten katholischen Kirche, des katholischen Vereinshauses, leuchtet wie eine hohe Fackel; das Vereinshaus brennt bis auf die Umfassungsmauern und bis auf das Erdgeschoß nieder, das unter einer Betondecke erhalten blieb. Auch die St. Bonifatiuskirche erleidet Schäden: eine schwere Bombe reißt die östliche Flanke der Kirche auf, das Seitenschiff wird völlig zerstört; sie sprengt die Gewölbe des Mittelschiffs und schlägt die hohen gemalten Chorfenster samt dem Gesprenge des Hochaltars in tausend Scherben. Gottesdienst findet zunächst in der kleinen Kapelle des St. Josephskrankenhauses statt, in den Sommermonaten meist im Pfarrhof,
- 1945 teilweise auch im notdürftig hergerichteten Kirchenraum Für den Gottesdienst wird bis 1946 auch das Lichtspieltheater
- 1946 „Gloria-Palast“ benutzt.
- Annalise Adam schreibt in einem Brief vom 26. Mai 1945: „Wir haben jetzt im Schwesternhauskapellchen Gottesdienst, und bei schönem Wetter im Kirchhof (Altar am Pfarrhaus). Herr Grode ist eifrig bemüht, daß die Kirche sobald wie möglich wieder gebaut wird. Die eine Seite ist ja ganz offen“ (HUMPHREY, R. u.a., Herausgeb.: Gießen - ein Kriegsende, Gießen 1995, S. 266;

auf S. 265 ist das Innere der zerstörten kath. Pfarrkirche St. Bonifatius, Seitenteil nach Bonifatiusweg hin, zu sehen). In einem Artikel aus dem Jahr 1995 heißt es: „In Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wird auch noch der an der Frankfurter Straße stehende Kirchturm geblieben sein, der seine Spitze verloren hat, dessen Kirchturmuhre aber noch die Zeit - 15.30 Uhr - des unheilvollen Tages von 1944, an dem Bomben Gießen zerstörten.“

Nachweislich erfolgte der Bombenangriff auf Gießen am 6. Dezember (Nikolaustag) 1944 in der Zeit von 20.03 Uhr bis 20.35 Uhr (GRAEF 1986, 1991, HUMPHREY et al. 1994). Vorausgesetzt, die Zeitangabe von 15.30 Uhr (b.z.w. 3.30 Uhr) auf dem Zifferblatt stimmt, dann muß das Uhrwerk noch mindestens $6 \frac{3}{4}$ Stunden weitergelaufen sein, bis die Zeiger stehenblieben. Anders im Falle einer Uhr auf dem Bahnkörper am Bahnhof, unweit des Standortes des Kirchturms; ein Zeitzeuge erinnert sich (HUMPHREY et al. 1994): „Gleich hinter der Brücke (am Bahnhof) stand eine große Uhr auf dem Bahnkörper, welche noch wochenlang auf 20.20 Uhr stand. Zu dieser Zeit ist sie am 6. Dezember stehengeblieben.“ - Auf einem Foto, das Ende der fünfziger Jahre vom alten Kirchturm entstand, glaubt man noch die Zeigerstellung genau zu erkennen: 15.30 Uhr. Diese Feststellung entspricht der Zeitungsangabe aus dem Jahr 1975.

Auch den brennenden Kirchturm des Vereinshauses haben Zeitzeugen beobachtet bzw. die Zerstörung des Vereinshauses (HUMPHREY et al. 1994) mit eigenen Augen gesehen: „Ich sehe noch deutlich die brennende Klinik - heute Postgebäude - vor mir, die brennenden Turmbalken der katholischen Kirche (Martinshof) ...“ Ein weiterer Zeitzeuge erinnert sich: „uns liefen die Tränen herunter vor Erschütterung, und wir konnten es nicht fassen. Ich erinnere mich beispielsweise, daß der Turm des katholischen Vereinshauses in vollem Brand stand. Als die Sprossen des Turmgerüsts voll brannten, sah es so aus, als ob Tausende von Kerzen angesteckt seien, ein entsetzliches Bild.“ - Ein dritter Zeitzeuge: „Meine Mutter versuchte nun herauszufinden, wo wir an Wasser kommen könnten, denn nun waren unsere Wasservorräte erschöpft, und wir fürchteten ja weitere Angriffe. Mit Eimern bewaffnet, ging ich los und hörte, daß am katholischen Vereinshaus ein Brunnen sei. Lange Schlangen von Menschen standen dort, um Wasser zu schöpfen, und jeder durfte zwei Eimer bekommen. Das Vereinshaus selber (der Saalbau) lag darnieder, und immer noch waren die Brandwolken überall und um uns herum ...“

Nach 1945 wird im Saalbau eine Behelfsdecke installiert und der

- Betrieb im Erdgeschoß aufgenommen.
- 1947 Im August 1947 kommen von den vier Glocken, die 1942 abgeliefert werden mußten, drei zurück. Die größte Glocke war offensichtlich eingeschmolzen worden.
- 1948 Am 24. Dezember 1948 kann die Christmesse wieder in dem beträchtlich erweiterten und mit Chorschranken, Ambonen und einer neuen steinernen Kommunionbank versehenen Chor gefeiert werden.
- 1949 Am 24. Dezember 1949 kann auch das linke Seitenschiff mit den Beichtstühlen und die Taufkapelle wieder in Benutzung genommen werden.
- 1950 Bis 1950 werden unter großem Opfer der Gemeindemitglieder die Schäden behoben. 1958 wird die Beschaffung und das Aufstellen einer neuen Orgel in Angriff genommen. 1958 kommt
- 1958 auch ein Rückpositiv und 1965 ein großes Orgelwerk.
- 1965
- 1951 Im Mai 1951 beginnt der Wiederaufbau des katholischen Vereinshauses bzw. des „Saalbaues“. Die beiden Brüder Georg und Hans-Joachim Kalus übernehmen das notdürftig aufgebaute
- 1953 Lokal mit dem kleinen Saal als Pächter. Am 30. Dezember 1953 wird der Saalbau eröffnet bzw. eingeweiht. Schon 1953 beschloß der Pfarrgemeinderat, den großen Saal wieder aufzubauen.
- 1954 Am 25. Februar 1954 stellt die Bauaufsicht fest, daß die Schornsteine des Saalbaues in der Liebigstraße 20 einzustürzen drohen. Die baulichen Mängel werden bis zum 1. Mai 1954 unter Stadtbauinspektor Gravert beseitigt. Das Baugesuch der kath. Pfarrgemeinde zum Wiederaufbau des 1944 zerstörten Saalbaues (Bauschein 356/53) stammt vom 14. September 1954. Geplant ist ein Vereinshaus. Da nur 65.000 DM zur Verfügung stehen, soll mit diesem Geld insbesondere der große Saal wieder aufgebaut und benutzungsfertig hergerichtet werden. Hierzu ist zunächst der Abbruch der oberen schadhaften Mauern auf die Höhe des ersten Stockes vorgesehen. Die Stahlbetondecke ist für eine Nutzlast von 500 kg ausgelegt, damit hier später eine Dachterrasse oder Gäste- und Unterrichtsräume untergebracht werden können. Geplant ist ein Ziegel- oder Schieferdach. In einem späteren Bauabschnitt soll die Renovierung der Fassade erfolgen.
- 1956 Mit nahezu 12 000 Gemeindemitgliedern ist die katholische Pfarrei Gießen die größte der Diözese Mainz.
- 1957 Schon 1957 wurde das Baugesuch für einen neuen Saalbau gestellt.
- Am 1. Juni 1957 wird die Pfarrkuratie St. Albertus (Nordpfarrei) errichtet. Mit der Thomas-Morus-Kirche (Ostpfarrei) hat Gießen drei selbständige Pfarrgemeinden mit jeweils einem eigenen Gotteshaus. Dazu kommen ehemalige Filialen von St. Bonifatius im

- Pfarrbezirk Gießen in Lollar, Grünberg, Großen-Buseck, Gros-
sen-Linden und Londorf. Alle sind sie inzwischen längst selb-
ständige Pfarrgemeinden mit eigenen Gotteshäusern. Filiale von
St. Bonifatius sind Klein-Linden und Allendorf.
- 1958 Im November 1958 erfolgt die Konsekration der Kirche in der
Nordanlage der Pfarrei St. Albertus durch Bischof Dr. Albert
Stohr.
St. Albertus-Kirche:
Grundsteinlegung durch Domkapitular Weißbecker, Mainz am
3. November 1957;
Einweihung: 8. November 1958.
- 1961 Im Jahr 1961 wird die Baugenehmigung zur Errichtung einer
Gaststätte mit Saal erteilt.
- 1967 Im Jahr 1967 wird die Kirche „St. Thomas Morus“ konsekriert; sie
liegt im Osten der Stadt Gießen.
Thomas-Morus-Kirche:
Grundsteinlegung: 30. Mai 1966
Erster Spatenstich: 06. Februar 1966
Richtfest: 18. November 1966
Konsekration: 15. Juli 1967
Im Saalbau gab es in dessen Glanzzeiten täglich eine Großveran-
staltung. Im großen Saal erfolgten Ausstellungen, Tagungen,
Bälle, Vereinfiern, Stiftungsfeste, politische Reden, Diskussio-
nen und Wahlkampfveranstaltungen.
Übrigens: Beim Abbruch des Saalbaues/Vereinshauses wurde
vergeblich nach dem Grundstein und der darin eingelegeten
Urkunde gesucht. Der Text ist allerdings bekannt.
Der Beginn des Neubaus ist für den 1. Dezember 1968 angesetzt,
September 1969 soll Eröffnung sein.
- 1968 Am 4. November 1968 beginnt der Abbruch des Saalbaus. Ein
Neubau soll ihn ersetzen. Geplant werden: eine Gaststätte, zwei
Säle, ein Gartenrestaurant, ein überdachtes und verglastes Terras-
sen-Cafe', Konferenz- und Jugendräume und eine Weinstube in
altdeutschem Stil. Geplant ist ferner ein Bildungs- und Sozial-
zentrum mit Bibliothek, Tagungsräume für die katholische
Laienschaft. Mit der Sprengung des Glockenturms der ersten
katholischen Kirche in Gießen am Samstag, dem 16. November
- 1968, 11.10 Uhr (54 Sprenglöcher wurden gebohrt), geht eine Epoche zu
Ende. Ein makabres Mahnmal verschwindet für immer aus dem
Stadtbild von Gießen.
- 1972 Im Jahr 1972 wird der Martinshof eingeweiht, wie der Saalbau
bzw. das Vereinshaus in der Liebigstraße 20 jetzt genannt wird.
Benannt ist das Gebäude nach St. Martin.
- 1973 Im Jahr 1973 wird Heuchelheim-Kinzenbach zur Filialkirchenge-

- meinde von St. Albertus mit eigenem Kirchenverwaltungsrat und Pfarrgemeinderat ernannt. Die Grundsteinlegung einer eigenen Kirche erfolgt im September 1979.
- 1979
- 1982 Am 1. Mai 1982 wird die Kirche „Maria Frieden“ konsekriert. Nach mehr als 450 Jahren erhalten die Katholiken von Heuchelheim wieder eine eigene Kirche.
- 1975- In der Zeit von 1975 bis 1977 fällt eine kostspielige Renovierung
1977 der Pfarrkirche St. Bonifatius. Es werden insgesamt rund 800.000 Mark ausgegeben. Die Hälfte davon wird von Gemeindegliedern gespendet.
- In drei Bauabschnitten wird renoviert: Gewölbe (von der Eingangsseite bis zum Chor), der Holzboden wird durch Tonplatten ersetzt; renoviert werden ferner der Hochaltar und die Kreuzwegstationen. Es erfolgt die Erneuerung des Kirchendaches von Chor und Querhaus, die Ausbesserung der restlichen Dachflächen und die Abdichtung der Stützpfiler, die Renovierung der Sakramentskapelle mit Erneuerung des Fußbodens, Wärmeisolierung der Decke, neue Bestuhlung und Ausmalung in neugotischem Stil, ferner die Restaurierung der Bänke im Hauptschiff, die Erneuerung der ersten und zweiten Empore, Wärmeisolierung des Gewölbes und wärmedämmende Verglasung der Fenster. Die Renovierung lag in Händen von Kirchenrestaurator Günther Daniel.
- 1994 Am 27. April 1994 kommt die neue Dreifaltigkeitsglocke in Gießen an. Sie wurde in Sinn gegossen. Sie ist das originalgetreue Abbild der Dreifaltigkeitsglocke, die während des Zweiten Weltkrieges (1942) mit drei weiteren Glocken vom Glockenturm geholt wurde. Am 8. Mai 1994 ist Glockenweihe. Damit besitzt die Pfarrgemeinde St. Bonifatius wieder ihre fünf Glocken und damit volles Geläute. An diesem Tag ertönt erstmals seit 52 Jahren ein Vollgeläut. Es ist der Fronleichnamstag. Die katholische Gemeinde in Gießen ist in diesem Jahr 203 Jahre alt, folglich kann sie 1996 auf ein 205jähriges Bestehen zurückblicken, freilich nach neuer Zählung. Nach alter Zählweise geht die katholische Tradition mindestens auf das Jahr 1248 zurück, in dem erstmals eine christliche Kirche in Gießen erwähnt wird. Somit kämen wir auf ein 748jähriges Bestehen. Nimmt man gar die Jahreszahl 722 als Basis, dann sind es stolze 1274 Jahre! Über die Glocken der St. Bonifatiuskirche und über die in Gießen amtierenden katholischen Pfarrer informiert die Festschrift „Sanct Bonifatius Gießen“ (1958, Seite 48/49). Wir ergänzen im folgenden die Amtszeiten der Geistlichen:
- 1996 Karl Joseph Deuster,
Geistlicher Rat und Dekan: 1939 - 1969

Adam Heinstadt, Pfarrer:	1969 - 1975
Kurt Peter Lohner, Pfarrer:	1975 - 1986
Horst Schneider, Pfarrer:	1986 -

Insgesamt wirkten in Gießen seit 1791 bis heute 20 Geistliche.

Danksagung:

Die Verfasser bedanken sich bei Franz Forchner, Gießen, für hilfreiche Unterstützung und Heinz Winkler, Lollar, für die von ihm angefertigten Bauzeichnungen.

Exkurs:

Die Feierliche Weihe der Gießener Bonifatiuskirche

Einem Bericht vom 29. Juni 1936 entnehmen wir folgende Textpassagen:

„Die feierliche Einweihung der erweiterten katholischen Kirche durch den Bischof von Mainz (Dr. Albert Stohr) wird über die katholische Kirchengemeinde hinaus ein denkwürdiges Ereignis bleiben. Zahlreiche Katholiken der oberhessischen Diaspora nahmen an dieser Feier teil. Eine bischöfliche Messe im Vereinshaus leitete die Kirchenweihe ein. Anschließend begab sich der Bischof im feierlichen Zuge zum neuen Gotteshaus, begleitet von den oberhessischen Pfarrern und dem Wetzlarer Geistlichen, sowie den Priestern seines Gefolges und einer zahlreichen Volksmenge.

Die Weihezeremonien

Am Portal begann mit einem Gebet die eigentliche Weihehandlung. Als äußere Vorbereitung hierfür wurde die Bereitung des Weihewassers vorgenommen. Dann folgte die Weihe der Kirche von außen. Dreimal umwandelten Priester und Volk betend das Gotteshaus und dreimal klopfte der Bischof mit seinem Stab an das Portal, um Einlaß für den „König der

Herrlichkeit“ zu verlangen, der ihm beim dritten Male gewährt wird. Während nun der Bischof mit dem Klerus in die Kirche einzog, blieb die Gemeinde im Gebete verharrend vor dem Eingang stehen, wo ihr Kaplan Haenlein die vorbereitenden Zeremonien erklärte, die in dem geschlossenen Gotteshause vor sich gingen.

Unter den rhythmischen Wechselgesängen der Priester hielt der Bischof zum Zeichen der Besitzergreifung seinen Einzug in die Kirche. In geheimnisvoller Zeremonie zeichnete er auf zwei kreuzweise über den Fußboden der Kirche gezogenen Aschenstreifen das lateinische und das griechische Alphabet ein, zum Zeichen dafür, daß Gott, der das Alpha und Omega, der der Anfang und das Ende ist, diesen Ort in Besitz nimmt. Dieser ursprünglich heidnische Brauch war ein Bannmittel gegen feindliche Mächte bei Besitzergreifung eines Tempels. Mit der Weihe des sogenannten Gregorianischen Wassers wurde der vorbereitende Teil der Kirchenweihe beschlossen, nun begann die Heiligung, die Taufe des Altars, der ja der Mittelpunkt und das Herz des Gotteshauses ist. Nach mehrmaliger Umwanderung des Altars und der Kirche erreichte mit dem eucharistischen Weihegebet diese Weihe der Kirche ihren Höhepunkt.

Nun verließ der Bischof wiederum die Kirche, um in feierlicher Prozession die Reliquien um die Kirche herumzutragen. Unter Einhaltung der Zeremonien trugen hierauf die Priester die Reliquien in die Kirche hinein, gefolgt von der Gemeinde, die zum ersten Male das neue Gotteshaus betrat. Hier folgte dann der Höhepunkt des Weiheaktes durch die Konsekration des Altars, der in Duft und Licht gehüllt wurde zum Zeichen dafür, daß der Heilige Geist herniedergestiegen ist, als die Gralstaube, die verwandelnd über dem Kelche schwebt. Unter den Wechselgesängen der Priester schritt die Handlung Ihrem Ende zu.

Erstes feierliches Hochamt

Zu dem ersten feierlichen Hochamt in der neugeweihten Kirche hatten sich Pfarrer Bechtolsheimer und Kirchenvorstand Noll, Ratsherr, SA-Truppenführer Rechtsanwalt Krüger als Vertreter des beurlaubten Oberbürgermeisters, Vertreter der Wehrmacht und der Gießener Schulen und andere Ehrengäste eingefunden. Pfarrer Gerlach aus Herbstein zelebrierte unter Assistenz in Gegenwart des Bischofs, der von dem Gießener und einem Mainzer Domkapitular umgeben war, das erste hl. Meßopfer. Die Wechselgesänge der Priester und die Mitwirkung des Kirchenchores gaben der Feier eine würdige Umrahmung.

Nachdem der Bischof zum Pfarrhaus geleitet worden war, machte der Kirchenvorstand mit den Ehrengästen einen Rundgang durch das neue Gotteshaus.

Am Nachmittag wurde der Bischof von den Kindern begrüßt, an die er eine kurze Ansprache richtete, später empfing er den Kirchenvorstand, die Lehrer und die Vereinsleitungen.

Das bedeutend erweiterte Gotteshaus wies am Sonntag (28. Juni 1936) einen überaus starken Besuch auf. Auf dem festlich geschmückten Altar zelebrierte beim Hochamt der Geistliche Rat Bayer das Meßopfer. Die Festpredigt hielt der Wetzlarer Pfarrer Dr. Hoeren, der den Firmlingen ernste Mahnungen mit auf den Weg gab. Anschließend teilte der Bischof das Sakrament der Firmung aus.

Bei der Nachmittagsandacht hielt der Bischof eine Ansprache an die Gießener Gemeinde und erteilte ihr den päpstlichen Segen.

Dank an den Bischof

Mit einer Feierstunde der Pfarrgemeinde unter Mitwirkung des Wetzlarer und des Gießener Kirchenchores und des Gießener Kirchenorchesters wurden die Feiertage beendet. Der Geistliche Rat dankte dem Bischof für seine Mühen und gab der Freude darüber Ausdruck, daß er nicht nur als kirchlicher Oberhirte und Herr, sondern auch als Vater in Christus zu der Gießener Pfarrgemeinde gekommen ist, die ihn lebhaft und herzlich begrüße. Er versicherte ihm der Ehrfurcht, Liebe und des Gehorsams der Gießener Gläubigen und sprach den Wunsch aus, daß er bei der nächsten Gelegenheit wiederum die Gießener Katholiken durch seinen Besuch erfreuen möge.

In gleicher Weise dankte ein Sprecher des Kirchenvorstandes der Exzellenz für die Weihehandlung. Als Dolmetsch der Gefühle der Pfarrgemeinde würdigte er trotz aller Abneigung des Geistlichen Rates und Domkapitulars für äußere Ehrungen die großen Verdienste, die er sich als Pfarrer der Gießener Gemeinde durch die Erbauung dieses schönen Gotteshauses erworben hat.

Der Sprecher dankte ganz besonders Baumeister Peter Grode für die tatkräftige Mithilfe am guten Gelingen dieses Werkes, den Kirchenchören und ihren Dirigenten, vor allem dem Gießener Chor unter Leitung von Lehrer Klein, für die schöne Ausgestaltung und auch Kaplan Haenlein für seine große Mühewaltung.

In sehr launiger Weise bedankte sich der Bischof für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe und Verehrung, die ihm in diesen Tagen hier in Gießen entgegengebracht wurden. Auch er versicherte dem Geistlichen Rat Bayer seine Hochachtung und versprach, ihm seinen Lebensabend in dankbarer Anerkennung verschönern zu helfen. Als Oberhirte drückte er ihm seine Anerkennung für sein priesterliches Wirken und sein bescheidenes Wesen aus.

Allen denen, die sich bereitwilligst in den Dienst der hohen Sache gestellt haben, sagte er herzliche Dankesworte und begründete sein Bemühen, für alle seine Diözesane nur der Volksbischof bleiben zu wollen. Mit aufmunternden Worten an ihr gläubiges Empfinden verabschiedete er sich von der Gemeinde, die seine Ansprache mit lebhaften Beifallskundgebungen aufnahm.

Eine Visitation der Gießener Schulen am Montag (29. Juni 1936) beschließt den Besuch des Bischofs, der heute nachmittag nach Grünberg weiterfährt, um der dortigen Pfarrgemeinde einen kurzen Besuch abzustatten.“

Die Katholische Pfarrgemeinde in Zahlen

Jahr	Katholiken	Einwohner insges.	in %
1828	397	7151	5,5
1838	314		
1840	340	7209	4,7
1850	401	8696	4,6
1860	467	8992	5,2
1865	622	10300	6,0
1870	754	10223	7,3
1871	735	12245	6,0
1880	1338	17003	7,9
1890	1783	22932	7,7
1891	1800		
1895	1975	22752	8,7
1900	2464	25491	9,6
1905	2734	28769	9,5
1910	3157	31153	10,1
1925	3323	33600	9,9
1933	3542	35913	9,8
1939	4442	42948	10,3
1940	4442	43664	10,3
1946	6260	39709	15,7
1950	7635	46712	16,3
1955	11155	57954	19,2
1956	11275	60610	19,3
1989	19110	78029	24,5
1990	19379	79832	24,3
1993	18260	78562	23,2
1994	18163	79285	22,9

1838 kamen zu den 314 Katholiken noch 200 Seelen aus der Umgebung von Gießen. 1900 gab es im Stadtgebiet von Gießen 2464 Katholiken. Dazu kommen noch rund 500 katholische Gläubige aus etwa 70 Orten der Umgebung. Im Pfarrbezirk Gießen gab es vor 1945 rund 6000 Gemeindemitglieder. Nach 1945 bis 1957 waren es 18 000. 1952 gab es in Gießen-Stadt 7023 Katholiken, in Gießen-Kleinlinden 198 und in Gießen-Wieseck 414. 1986 gab es rund 6500 Angehörige der röm-kath. Pfarrgemeinde in Gießen. Auch die Jahreskommunionen zeigen die aufsteigende Tendenz in der Gießener katholischen Pfarrgemeinde:

1799	300
1891	3870
1913	15143
1915	29620
1955	86000

Literatur:

- Anonymus: Der Erweiterungsbau der katholischen Kirche in Gießen.
In: Gießener Anzeiger (Generalanzeiger für Oberhessen),
Dienstag, 18. September 1934.
- Anonymus: Der Turmbau der katholischen Kirche.
In: Gießener Anzeiger (Generalanzeiger für Oberhessen),
185. Jg. Nr. 172, S. 10, 26. Juli 1935.
- Anonymus: Aus Stadt und Diözese Mainz. Einweihung der neuen
katholischen Kirche in Gießen.
In: Martinus-Blatt, Mainz 1936, S. 13.
- Anonymus: Die Weihe der katholischen Kirche in Gießen am
Samstag, den 27. Juni 1936.
In: Martinus-Blatt, Mainz 1936.
- Anonymus: Einweihung der neuen katholischen Kirche in Gießen.
In: Martinus-Blatt, Nr. 27, Mainz 1936.
- Anonymus: Die neue katholische Kirche in Gießen.
In: Gießener Anzeiger, 186. Jg., 26. Juni 1936,
Nr. 147, S. 7.
- Anonymus: Die feierliche Weihe der Gießener Bonifatiuskirche.
In: Gießener Anzeiger, Jg. 186, Nr. 149, 29. Juni
1936, S. 7
- Anonymus: Die Religionszugehörigkeit in Gießen.
In: Gießener Anzeiger, 06. Februar 1952, Jg. 202,
Nr. 30, S. 3.
- Anonymus: Gießener Bevölkerung und Religionszugehörigkeit.

In Gießener Anzeiger, Jg. 202, Nr. 30, 1952, S. 3.

Anonymus(„ro“): Der „Saalbau“ wird abgerissen.

In Gießener Allgemeine Zeitung, Nr. 250,
Oktober 1968, S. 17.

Anonymus(„nn“): Am 4. November ist es soweit: An den Saalbau wird die Spitzhacke gelegt. Der Neubau soll am 1. Dezember beginnen. Eröffnung für September geplant - Mit grossem und kleinem Saal, Gaststätte, Garten-Restaurant, Café-Terrasse, Konferenzraum, altdeutsche Weinstube.
In: Gießener Anzeiger, Nr. 241, 16. Oktober 1968, S. 4.

Anonymus(„in“): Der letzte Walzer im Saalbau. Abschied von einem Haus mit langer Tradition.

In: Gießener Anzeiger, Nr. 252, 28. Oktober, 1968, S. 5.

Anonymus: Gestern begann der Abbruch des Saalbaues Liebigstraße.
In: Gießener Anzeiger, Nr. 258, 5. November 1968, S. 6.

Anonymus(„hc“): Erst beim dritten Versuch fiel er.

In: Gießener Anzeiger Nr. 269, 18. November 1968,
S. 4.

Anonymus: Ein neues Dach

In: Gießener Allgemeine Zeitung Nr. 175, 1. August
1975, S. 13.

Anonymus(„K“): Bonifatius-Kirche besteht 70 Jahre

In: Gießener Allgemeine Zeitung Nr. 188, 16. August
1975, S. 22.

Anonymus(„Ja“): Für 800.000 DM Bonifatiuskirche renoviert. Die Arbeiten wurden 1975 begonnen - Die Fenster müssen noch künstlerisch gestaltet werden.

In Gießener Anzeiger, Samstag, 03. Dezember 1977,
Nr. 281, S. 24.

Anonymus(„ba“): In der Bonifatiuskirche

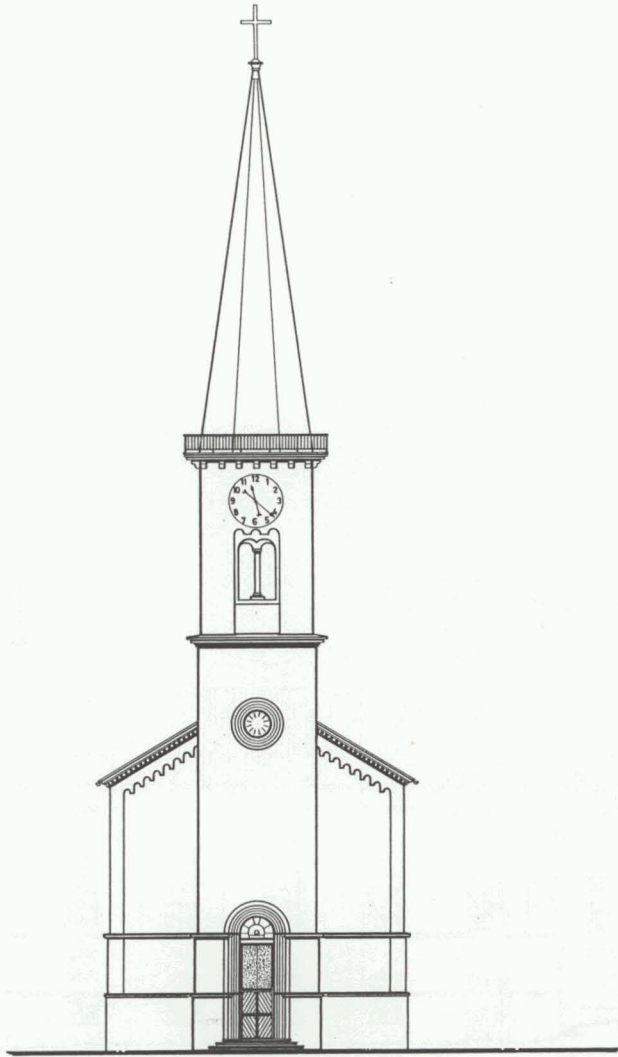
In: Gießener Allgemeine Zeitung Nr. 98, 28. April
1994, S. 25.

Bayer, J.: Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse in Gießen.
I. Die Vorgeschichte des Kirchenbaues.

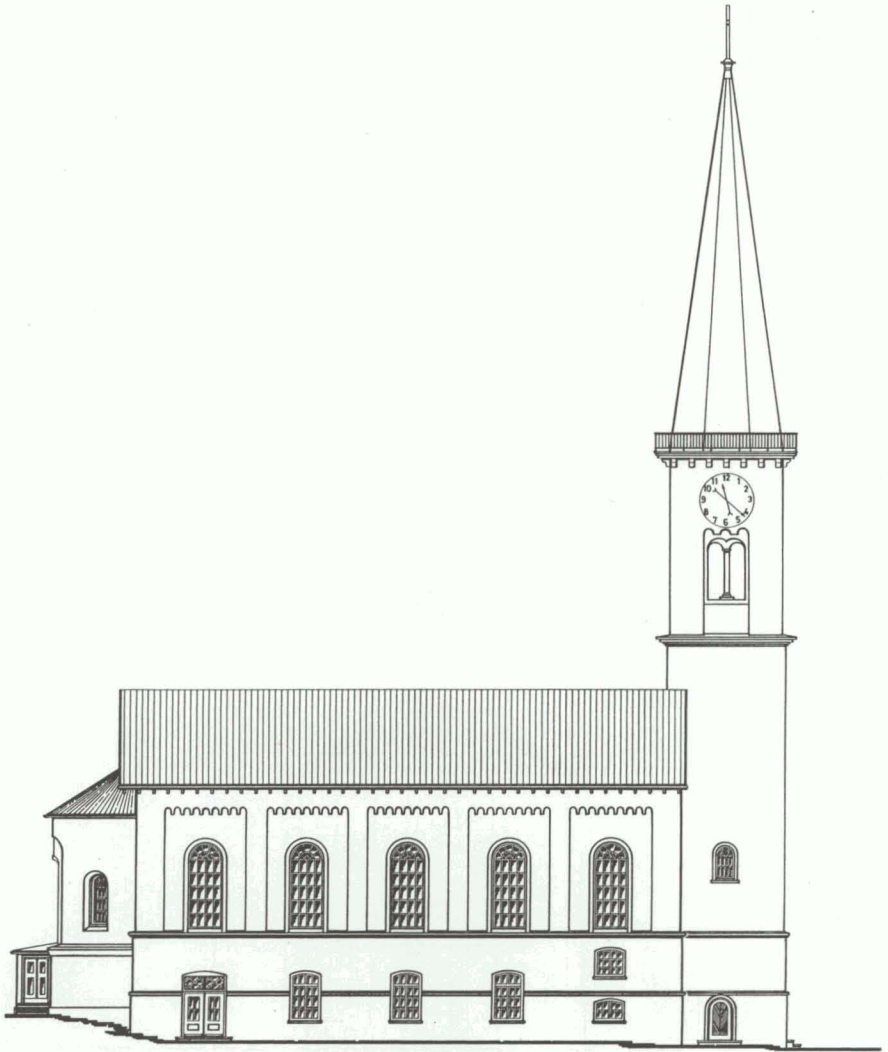
In: Bonifatius Correspondenz, Gießen 1903

- Bayer, J.: Katholische Gemeinde
In: Die Universitätsstadt Gießen 1607 - 1907,
Gießen 1907 und 1912/13, S. 181 - 183.
- Bickel, J.: Aus der Geschichte der Stadt.
- Buchner, D.: Gießen vor hundert Jahren. Culturgeschichtliche Bilder
aus der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts.
Gießen 1979, S. 90 - 93.
- Deuster, K.J.: Katholische Gemeinde Gießen
In: Karl Glöckner (Bearbeiter): Denkschrift zur
700-Jahrfeier der Stadt Gießen: Gießen 1248-1948.
Gießen 1948, S. 81 - 83.
- Deuster, K.J.: Sanct Bonifatius Gießen. Gießen 1958
- Euler, K.F.: Das Hospital zum „Hl. Geist und St. Elisabeth“ zu
Gießen.
In: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins,
N.F., 73. Bd., Gießen 1988, S. 1 - 52.
- Forchner, F.: Kirchengeschichtliches. Maschinenschriftliches
Manuskript, 6 DIN-4-4-Seiten, Gießen, 17. April 1992.
- Graef, D.: „Hake“ - Angriffsziel Gießen 1944/45. Gießen 1986,
1991.
- Humphrey,
Haaser und
Pagenkemper: Der Untergang des alten Gießen. Hundert Zeitzeugen
berichten von den Bombardierungen der Stadt im
II. Weltkrieg. Gießen 1994.
- Humphrey, R.,
Haaser, R.,
Kross, M., und
Pagenkemper M.: Gießen - ein Kriegsende. Erinnernte Zeitgeschichte der
letzten sechs Kriegsmonate. Gießen 1995.
- Knauß, E.: Zwischen Kirche und Pforte. 1200 Jahre Wieseck.
Gießen-Wieseck 1975

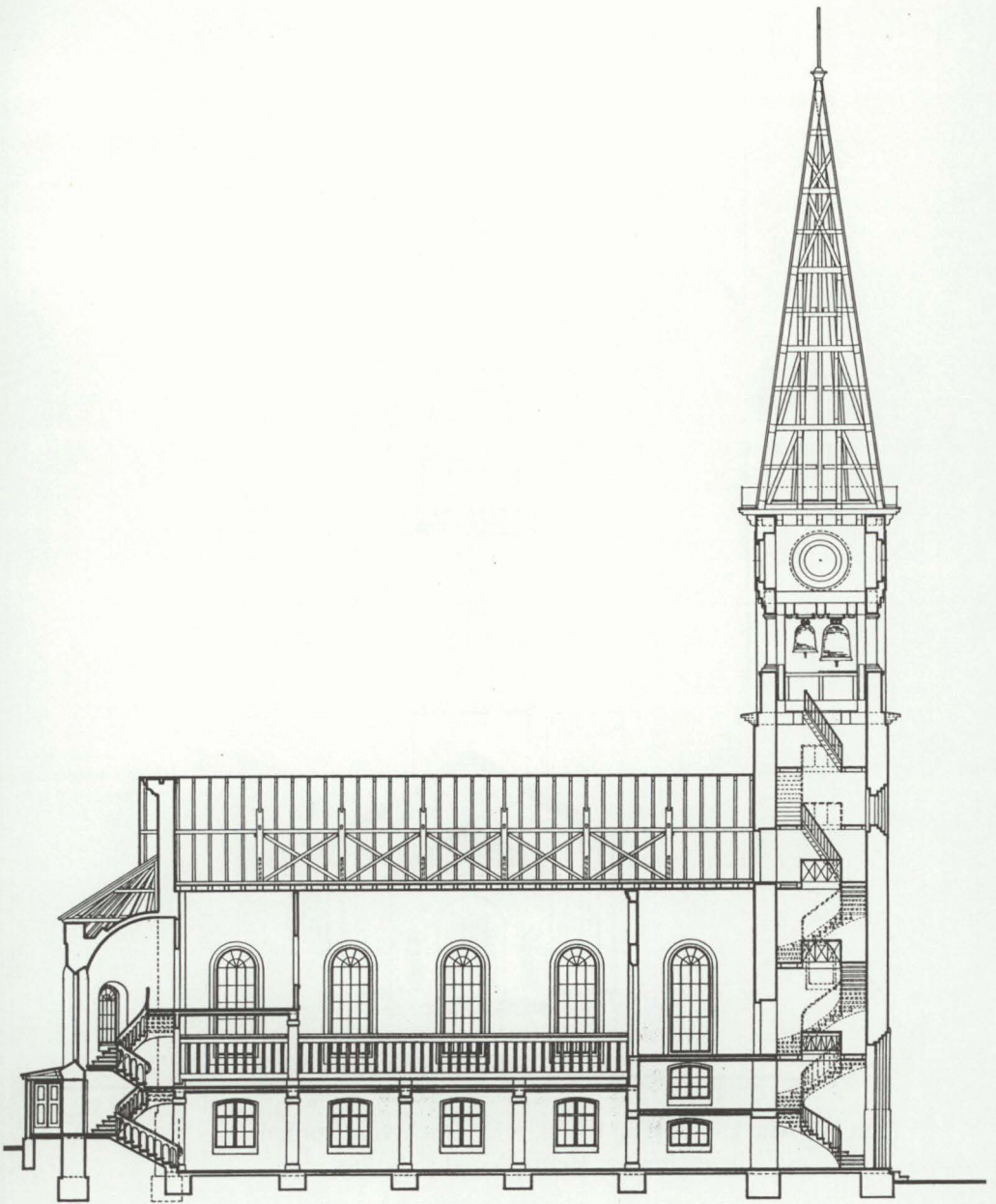
- Koci, K.: Die Geschichte der katholischen Pfarrei Gießen nach der Reformation.
In: 1882 - 1982: 100 Jahre Kirchenchor St. Bonifatius Gießen; Festschrift, herausgegeben vom Vorstand des Kirchenchores St. Bonifatius Gießen, Butzbach-Nieder-Weisel 1982, ohne Seitenangabe.
- Sattler, u.
Klehn: Der Stadtkirchturm. Das Wahrzeichen Gießens.
Horb/Neckar 1992.
- Sattler, u.
Klehn: Vom Ballhaus zur Burgkirche. Zeitweise Ersatz für die Stadtkirche, eine der ältesten Kirchen der Stadt Gießen.
In: MOHG, NF, Bd. 78, Gießen 1993, Seite 193-208.
- Szczeck, H.: Das kirchliche Leben in Gießen bis zur Reformation.
In 1882 - 1982: 100 Jahre Kirchenchor St. Bonifatius Gießen. Festschrift, herausgegeben vom Vorstand des Kirchenchores St. Bonifatius, Butzbach/Nieder-Weisel 1982.
- Walbe, H.: Die Kunstdenkmäler im Volksstaat Hessen, Kreis Gießen, Band I, Nördlicher Teil, Darmstadt 1938, S. 136.
- Welcker, F.: Von der guten alten Zeit.
In Heimat und Bild, Gießen, 9. August 1928, Nr. 32, S. 127.
- Weyrauch,: Die Kirchen des Altkreises Gießen. Gießen 1979, hier: Seite 200 - 213.



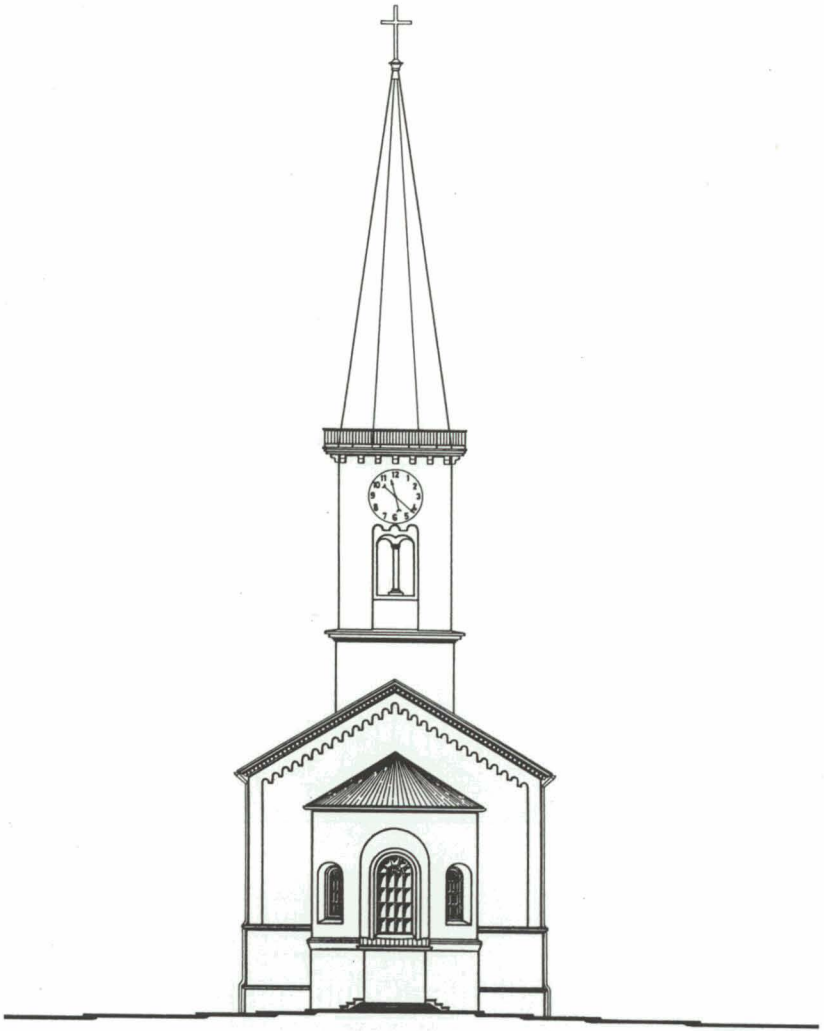
Plan I: Alte katholische Pfarrkirche, Ansicht von der Frankfurter Straße;
Rekonstruktionszeichnung: Heinz Winkler, Lollar.



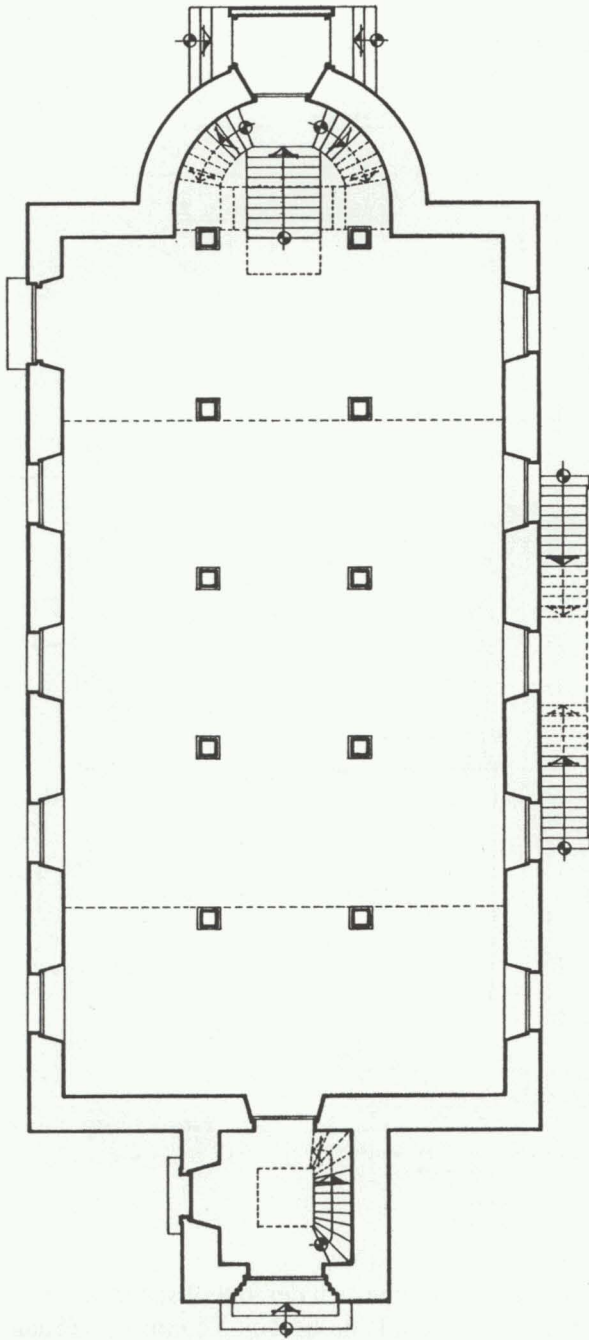
Plan II: Alte katholische Pfarrkirche, Ansicht von der Liebigstraße;
Rekonstruktionszeichnung: Heinz Winkler, Lollar.



Plan III: Alte katholische Pfarrkirche, Ansicht von Osten auf den Chor;
Rekonstruktionszeichnung: Heinz Winkler, Lollar.



Plan IV: Alte katholische Pfarrkirche, Blick von Norden;
Schnittzeichnung: Heinz Winkler, Lollar.



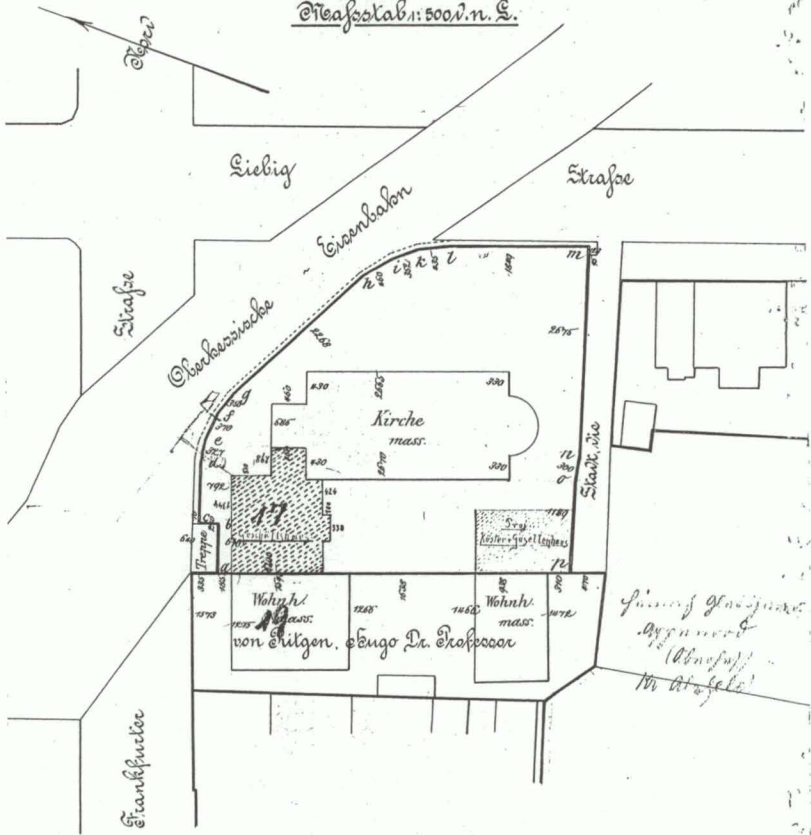
Plan V: Alte katholische Pfarrkirche, Erdgeschoß;
Grundriß: Heinz Winkler, Lollar.

Plan 5 Nr. 44 - 1892/91

Lage - Plan

zum Baugesuche der katholischen Kirche zu Gießen

Maßstab 1:500 n. L.



Anmerkung: Die mit a bezeichneten
Stübe sind den bestehenden Anlagen.

Gebäude eingezeichnet
Giessen, den 17. Aug. 1910

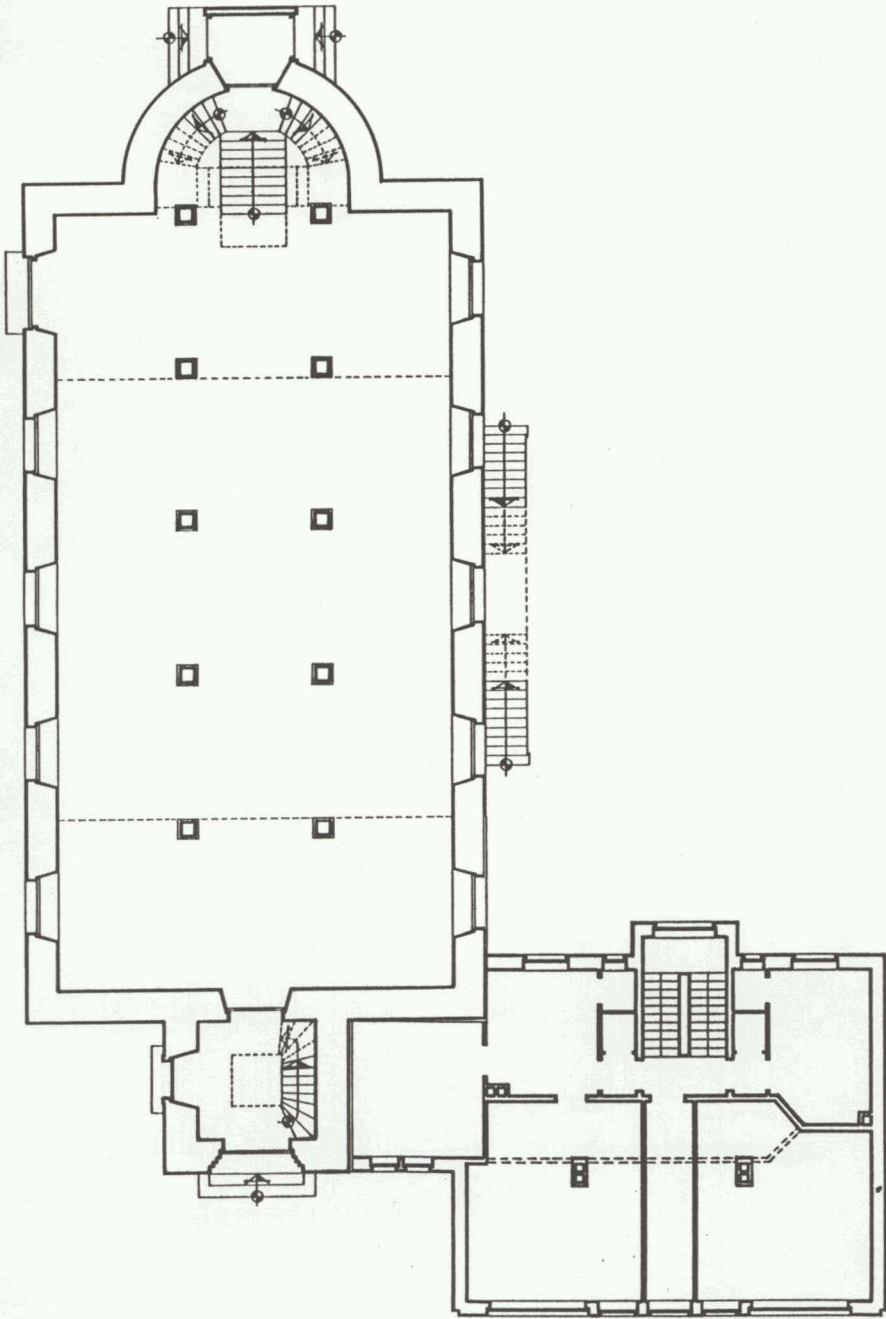
Hörnerke
Arch. Kt.

Gezeichnet, Gießen im Februar 1910

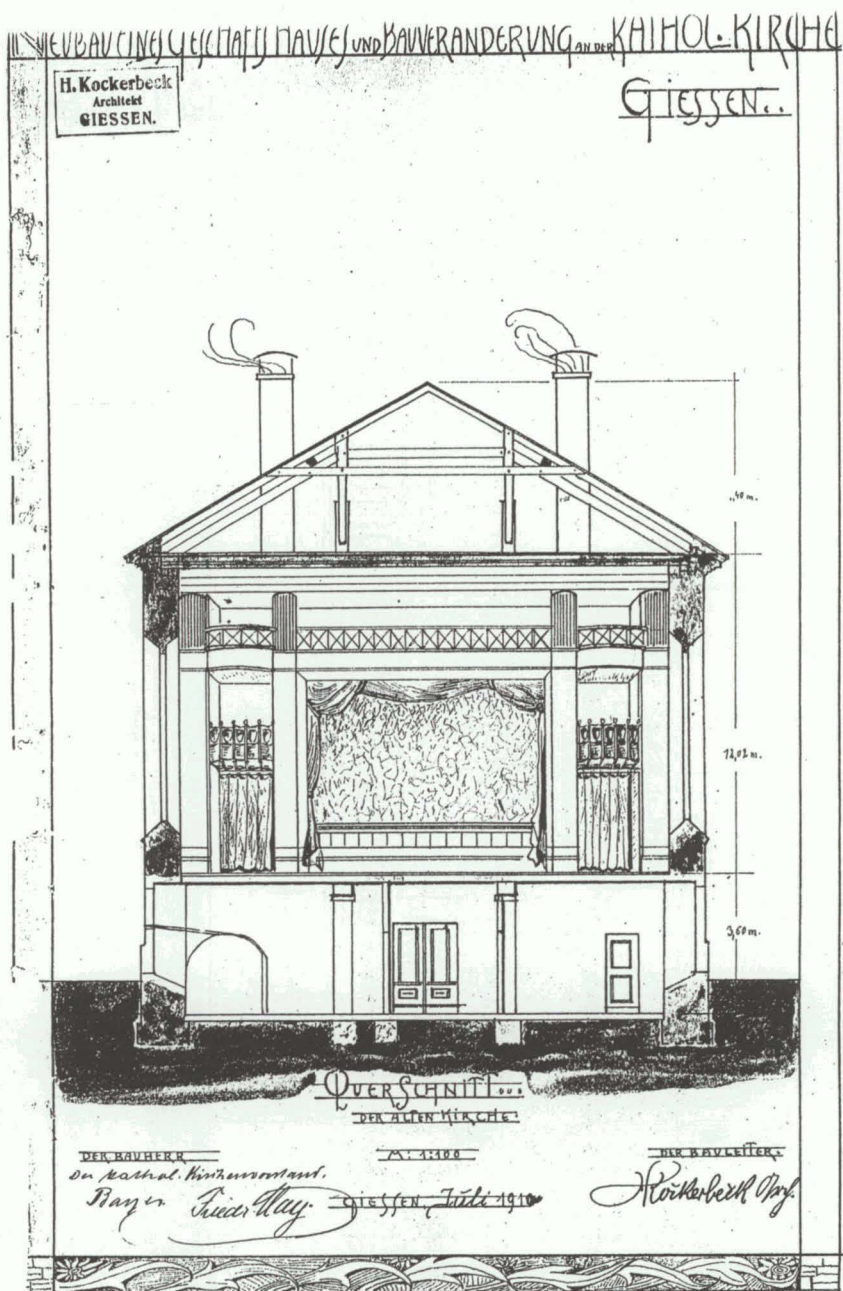
Städt. Vermessungsamt.

[Signature]

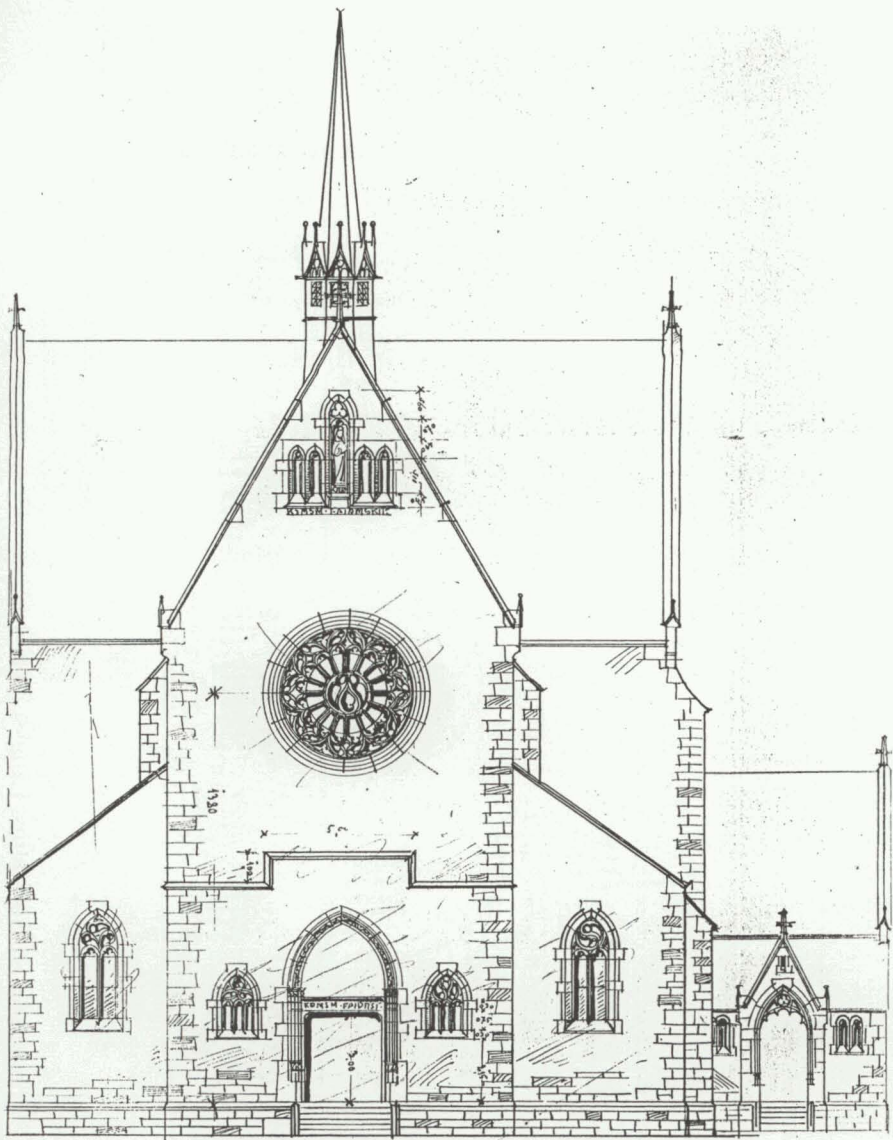
Plan VI: Lageplan zum Baugesuch der katholischen Kirche zu Gießen, 1910; Umbau zum katholischen Vereinshaus (Saalbau) mit Anbau eines Geschäftshauses, Ecke Liebigstraße/Frankfurter Straße.



Plan VII: Neubau eines Geschäftshauses und Bauveränderung an der kath. Kirche (später Vereinshaus/Saalbau), 1910; Grundriß.



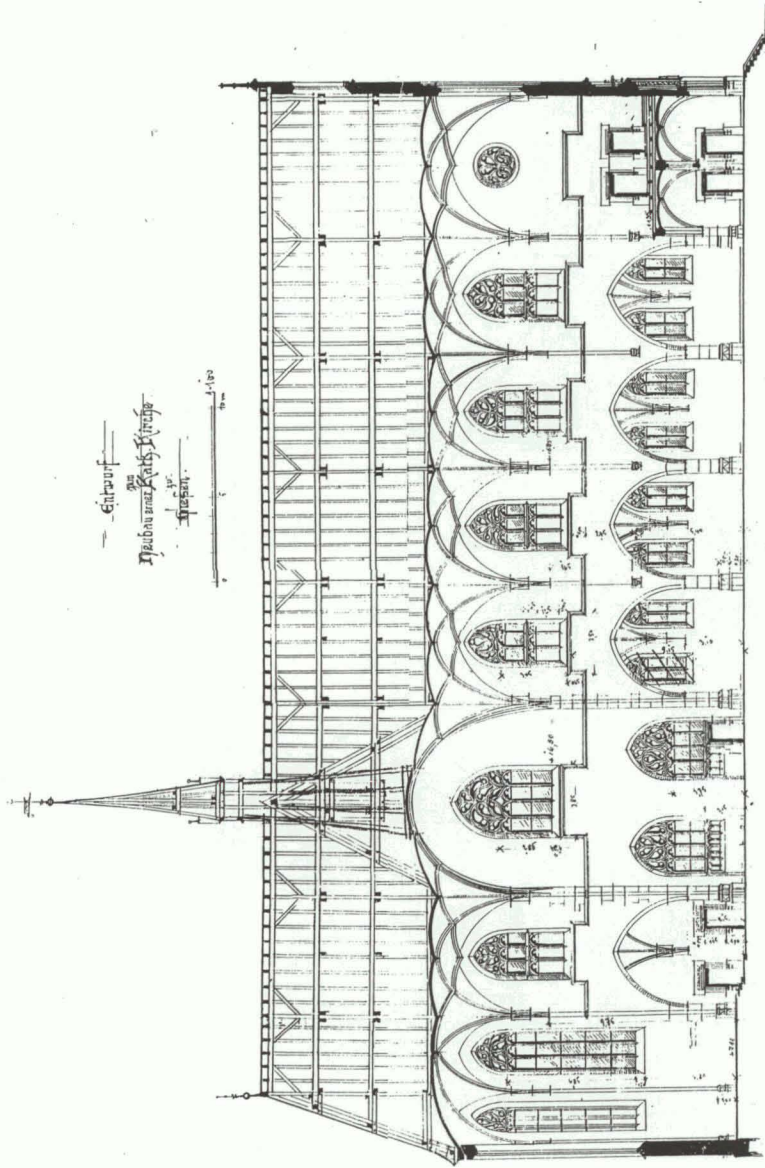
Plan X: Bauveränderung der katholischen Kirche, Querschnittszeichnung, Blick aus westlicher Richtung, 1910; Zeichnungen der Pläne VI bis X: Stadtarchiv Gießen.



Vorderansicht der Kirche in der r. Periode

Winnig im Febr. 1901. u. auf die
 Plang.
 W. Becken.

Plan XI: Pfarrkirche St. Bonifatius, Vorderansicht, Hauptportal, 1902.



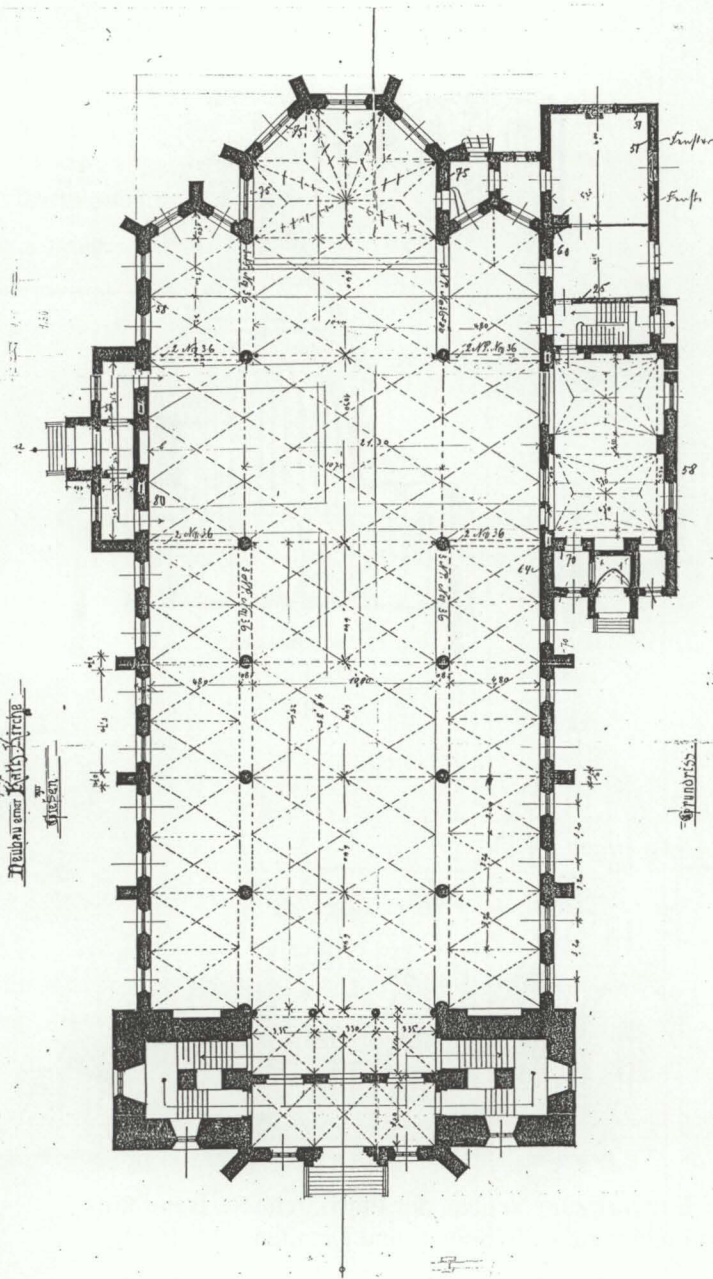
Githaurf
 Die Pfarrei
 St. Bonifatius
 Kirchenbau
 1:100

Längsschnitt

Datum: im Febr. 1902
 v. Prof. Dr. Ing. v. H. v. ...
 Bl. 100
 F. v. ...

Plan XII: Pfarrkirche St. Bonifatius, Längsschnitt, 1902.

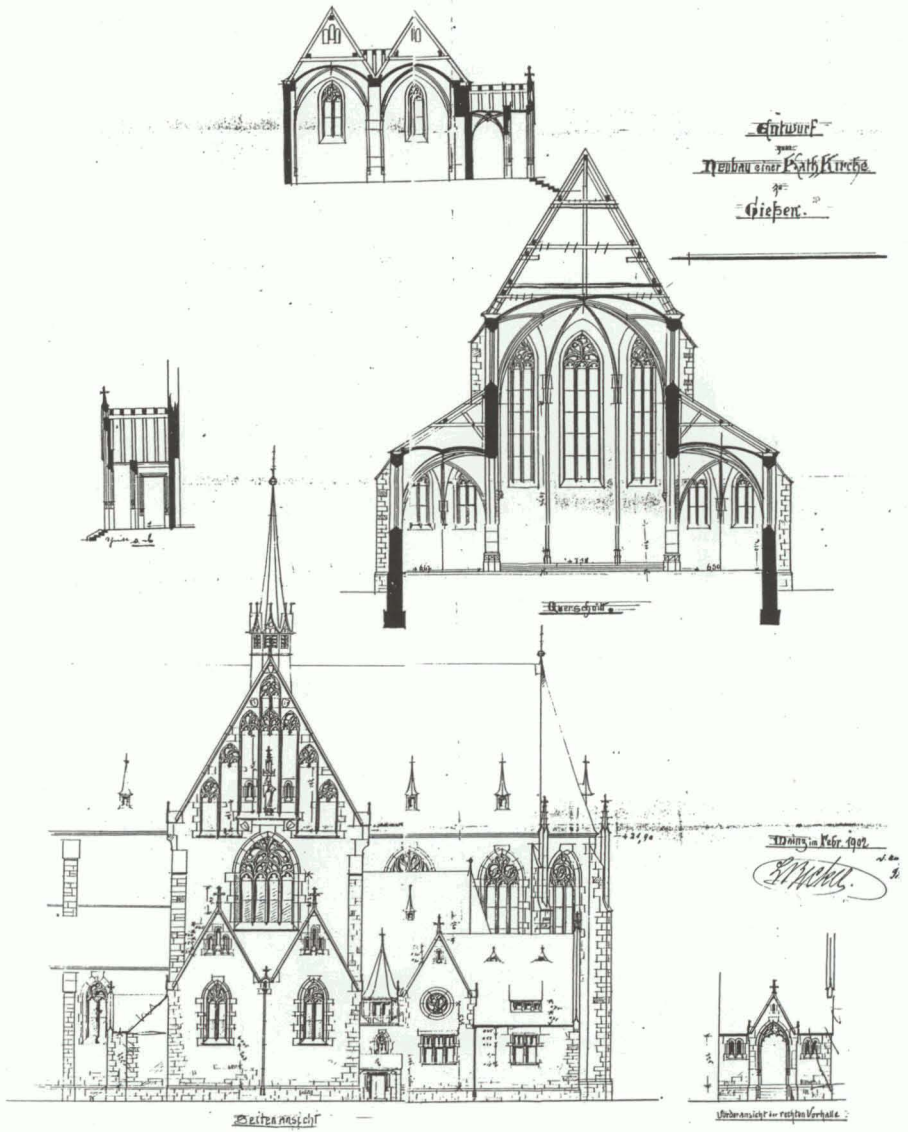
Entwurf
 Neubau einer Kathedrale
 in
 München



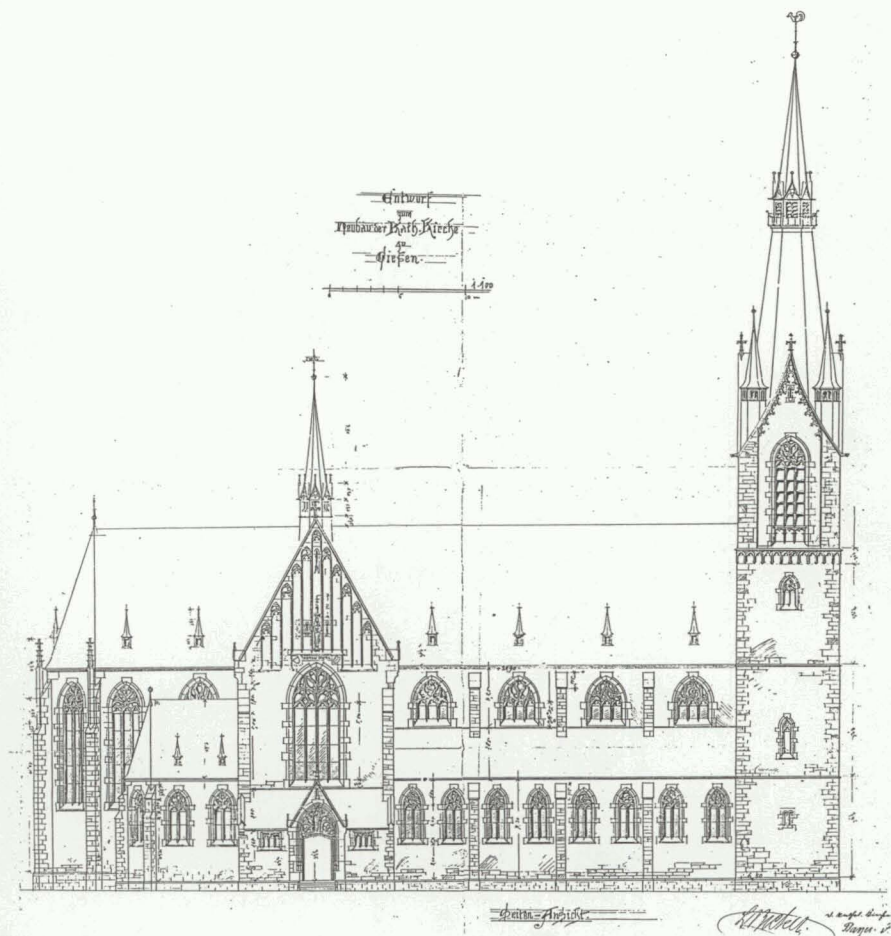
Entwurf im Jahr 1902
 v. Engel, Hofmann, ...
 Mayer, ...
 Engel

Grundriß
 1:100

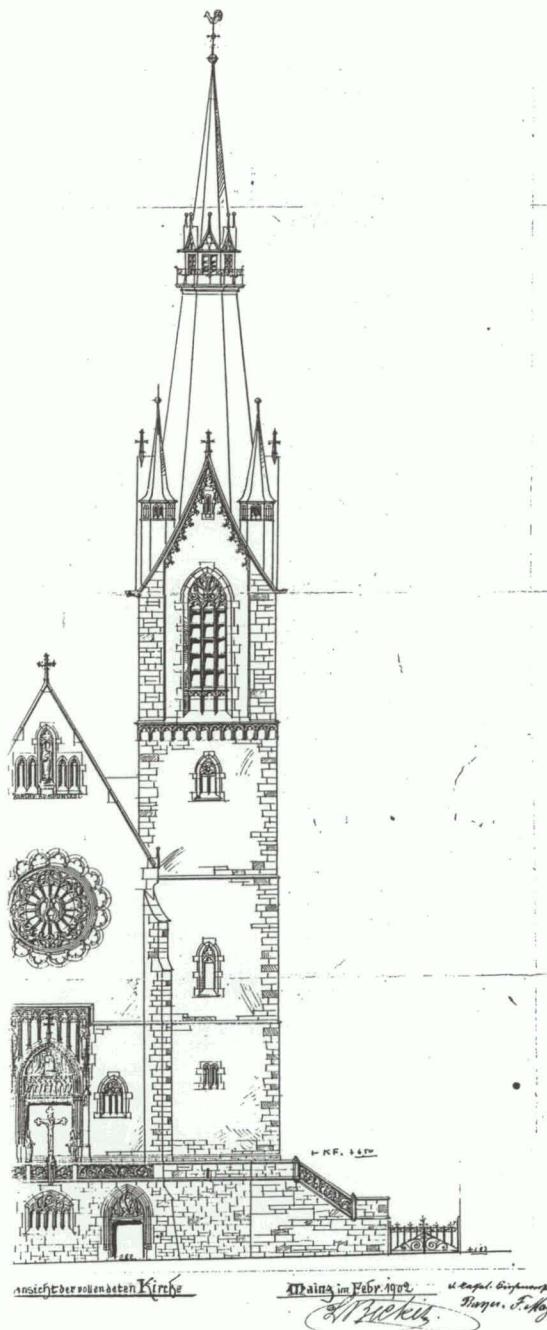
Plan XIII: Pfarrkirche St. Bonifatius, Grundriß, ohne Querschnitt und Turm, 1902.



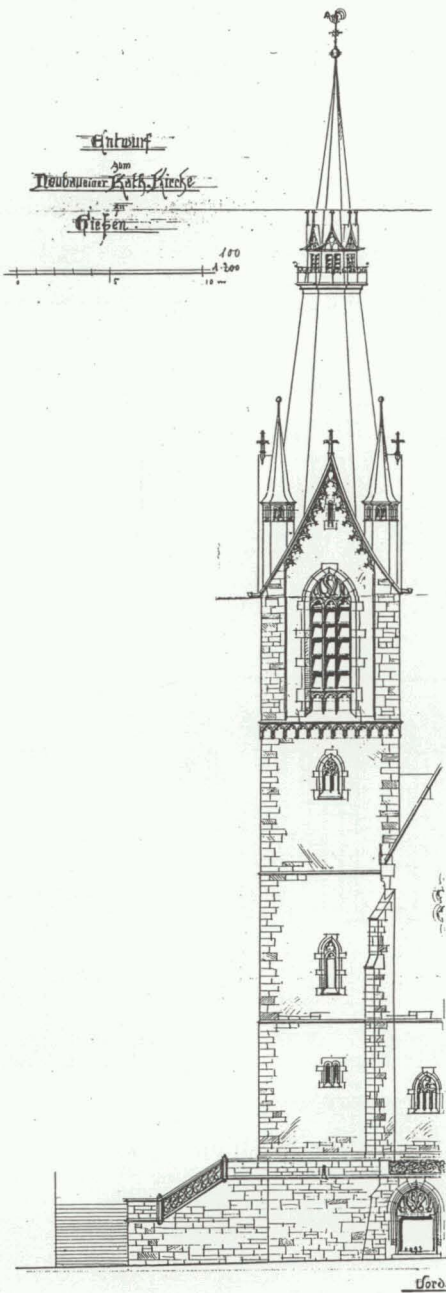
Plan XIV: Entwurf zum Neubau der Pfarrkirche St. Bonifatius, Liebzigstraße 28, Seiten- und Detailansicht, 1902.



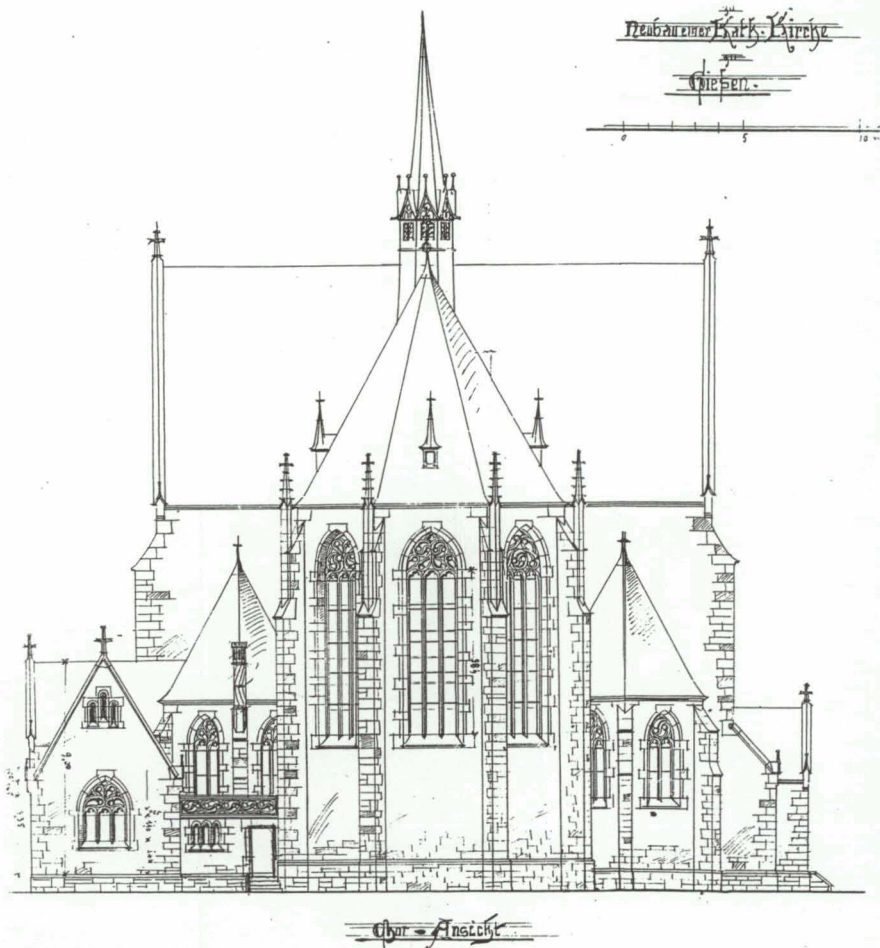
Plan XV: Erweiterung der Pfarrkirche St. Bonifatius 1934; Seitenansicht.



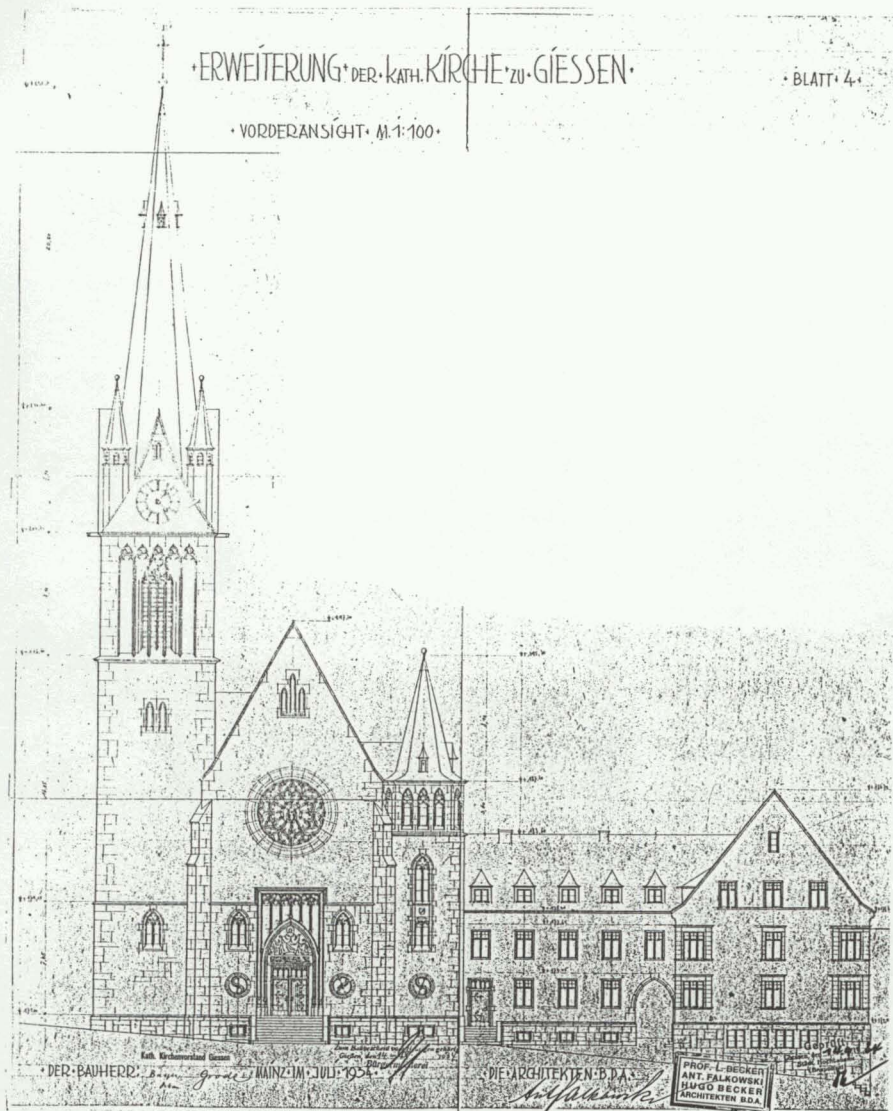
Plan XVI: Entwurf zur Erweiterung der Pfarrkirche St. Bonifatius, Ansicht der Kirche mit Hauptportal und Glockenturm, 1902.



Plan XVII: Entwurf von 1902 aus einer anderen Perspektive.



Plan XVIII: Blick auf den Chor von St. Bonifatius, 1902.



Plan XIX: Erweiterung der Pfarrkirche St. Bonifatius, Vorderansicht, 1934. Planzeichnungen Nr. XI bis XIX: Magistrat der Universitätsstadt Giessen, Bauordnungsamt.

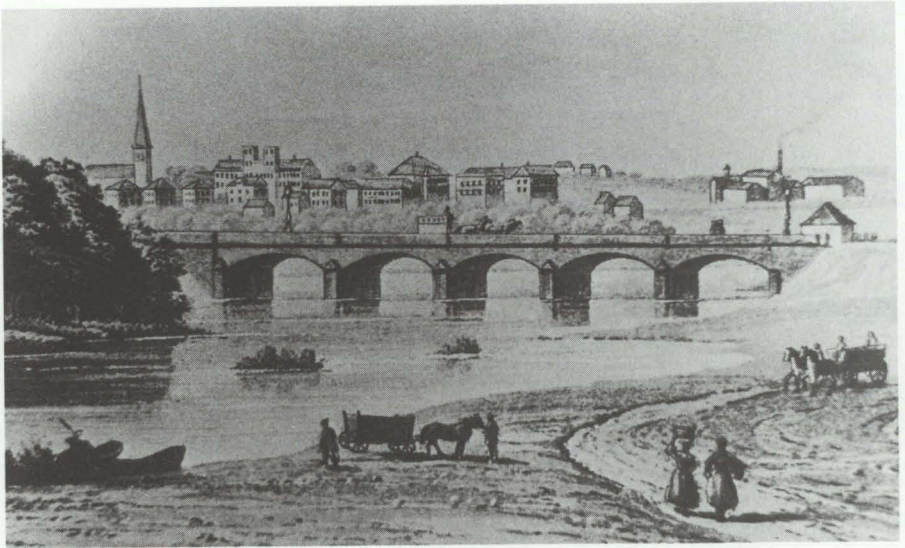


Bild 1:
Blick von der Schützenstraße auf die Lahnbrücke und auf den Seltersberg
mit der katholischen Kirche; Stich von F. Heinzerling, Reproduktion:
Detlef Welzel, Gießen, Kirchenarchiv der Markus- und Matthäus-
Gemeinde, Gießen.

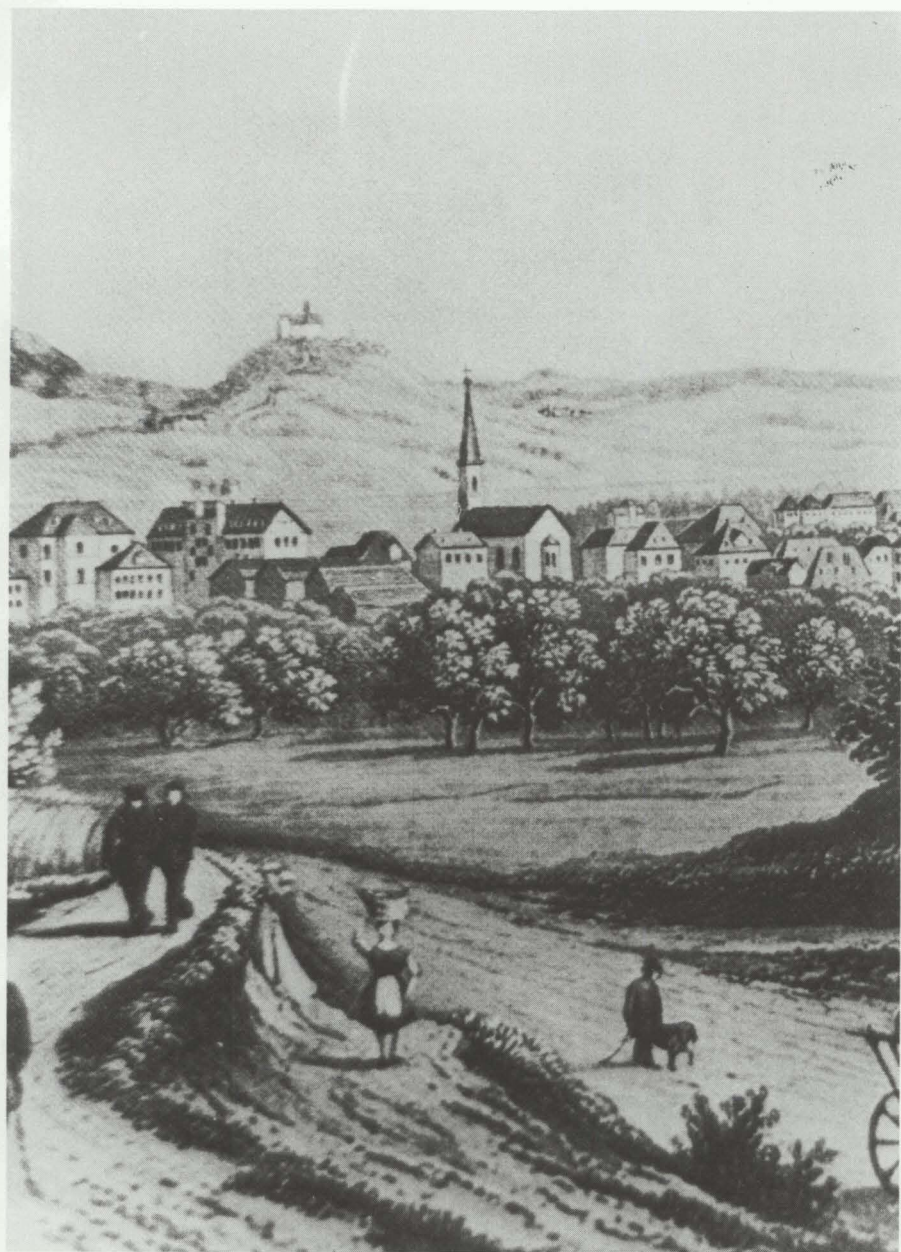


Bild 2:

Blick auf die alte katholische Kirche vom Wartweg aus; im Hintergrund der Gleiberg. Stich von F. Heinzerling, 1853, Reproduktion: Detlef Welzel, Gießen, Kirchenarchiv der Markus- und Matthäus-Gemeinde, Gießen.

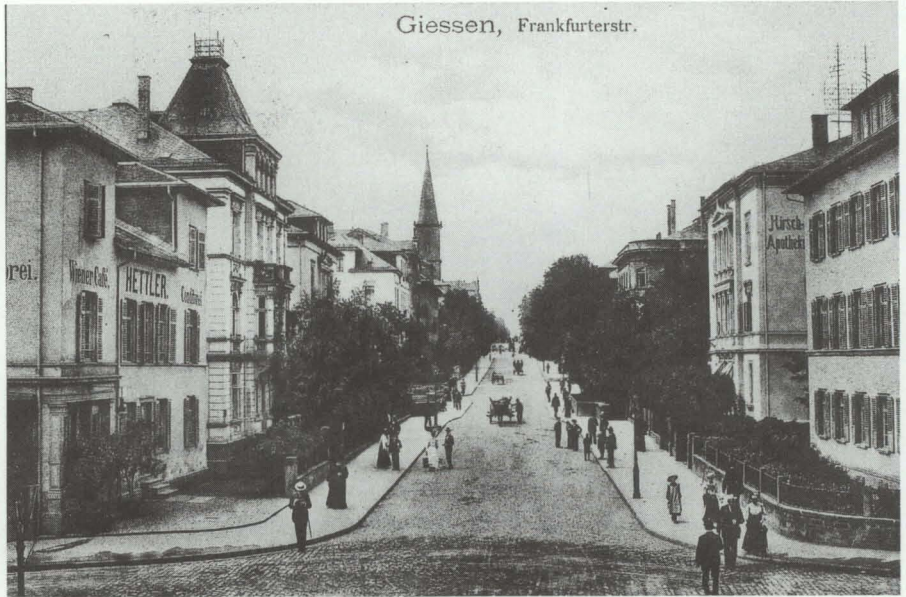


Bild 3:
Ansichtspostkarte, Gießen, Frankfurter Straße; Blick auf die alte Pfarrkirche hinten links, um 1900.

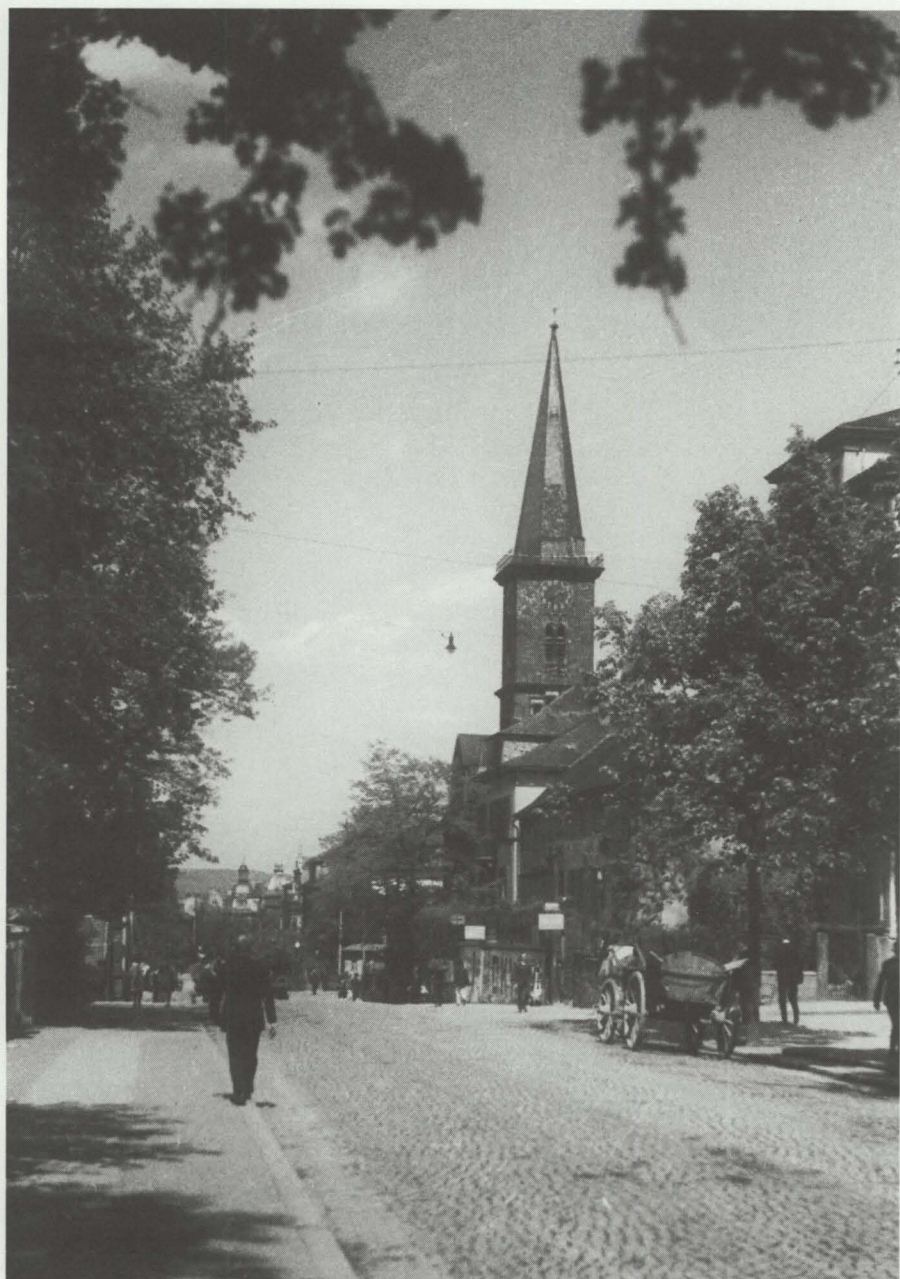


Bild 4:
Die alte katholische Pfarrkirche, Blick von der Frankfurter Straße zum
Selterstor, um 1900; Stadtarchiv.



Bild 5:
Blick vom Turm der alten katholischen Kirche auf die Kreuzung Liebig-
straße/Frankfurter Straße; um 1920, Stadtarchiv.



Bild 6:
Alte katholische Pfarrkirche, Blick aus südwestlicher Richtung, um 1930;
Kirchenarchiv der Markus- und Matthäus-Gemeinde Gießen, Reproduktion:
Detlef Welzel, Gießen.

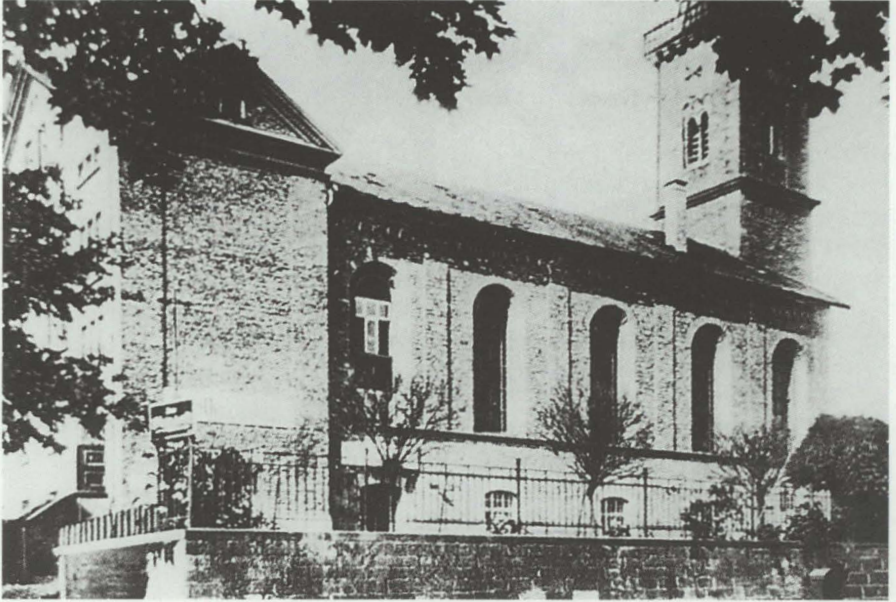


Bild 7:
Alte katholische Pfarrkirche, Blick aus nordöstlicher Richtung
(Liebigstraße); um 1930. Foto: Franz Forchner, Gießen, Reproduktion:
Detlef Welzel, Gießen.



Bild 8:
Alte katholische Pfarrkirche nach ihrer Zerstörung (6. Dezember 1944),
Blick aus südwestlicher Richtung; rechts die Polizeiwache, Ende der
fünfziger Jahre. Foto: Rudolf Metzger, Gießen.



Bild 9:
Die alte katholische Pfarrkirche; Blick von der Wieseck-Brücke in den
fünfziger Jahren. Oberhessisches Museum Gießen, Reproduktion: Marion
Boländer.

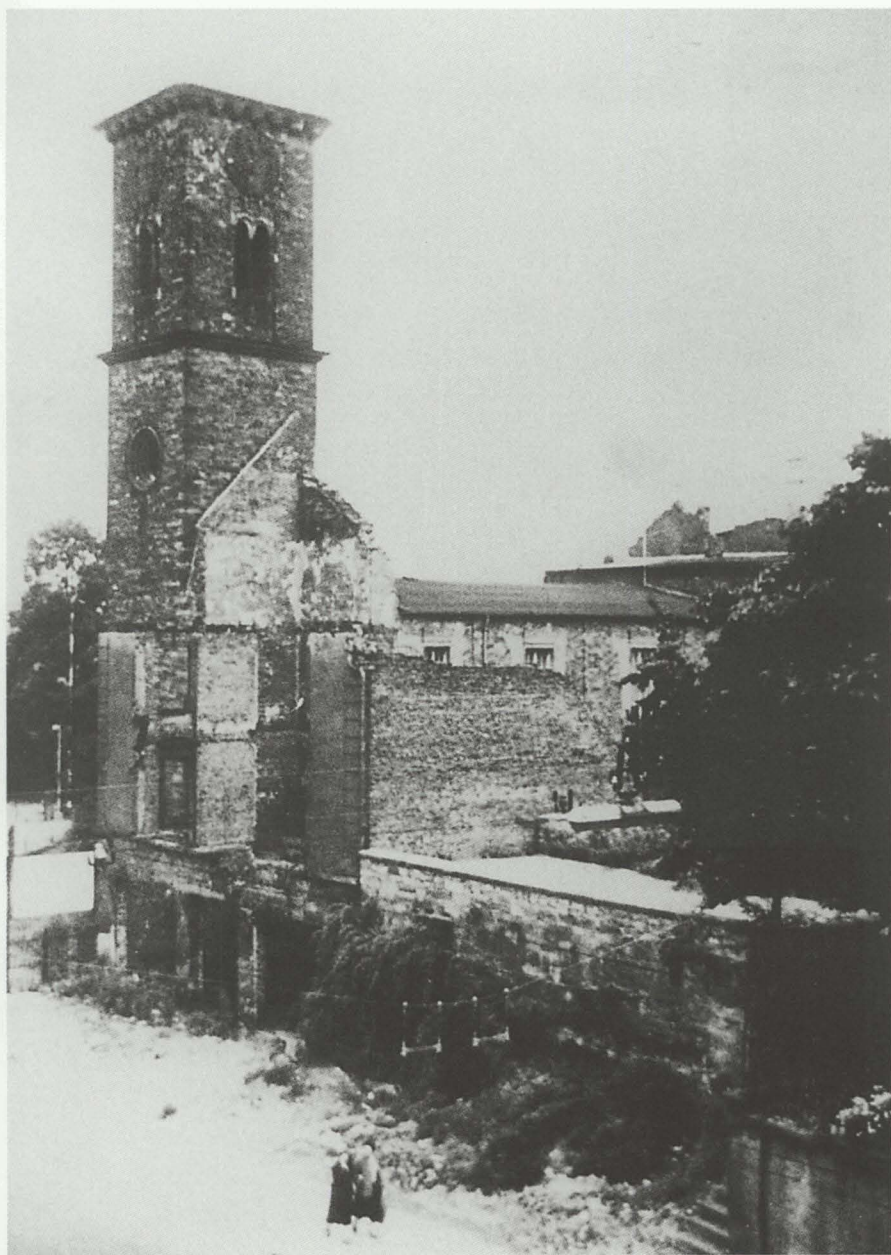


Bild 10:
Die alte katholische Pfarrkirche Ende der fünfziger Jahre. Oberhessisches
Museum Gießen. Reproduktion: Marion Boländer.

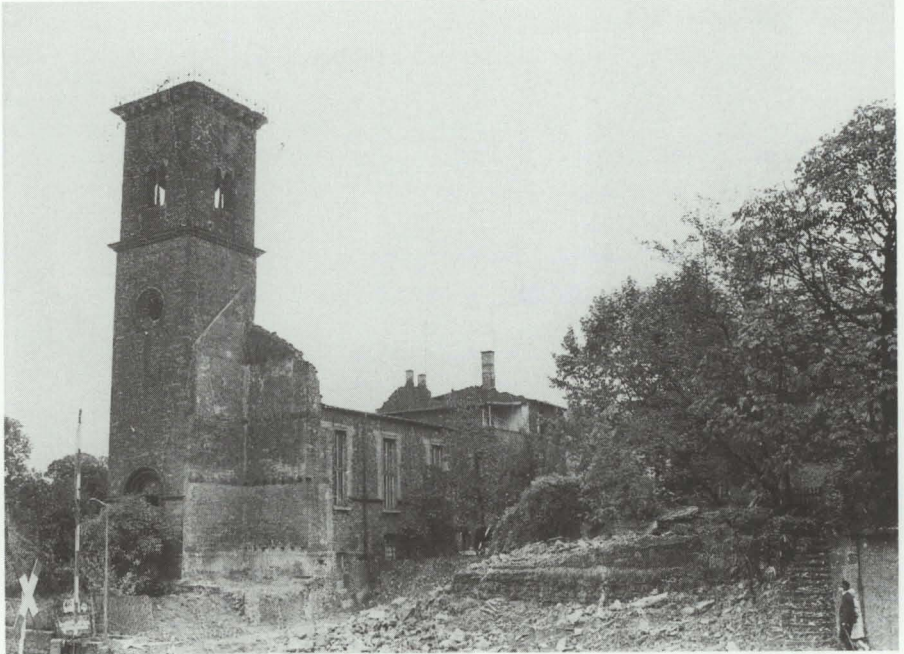


Bild 11:
Alte katholische Pfarrkirche (Saalbau), hier vor ihrem Abriß 1968; Fotografie Brunk, Gießen.

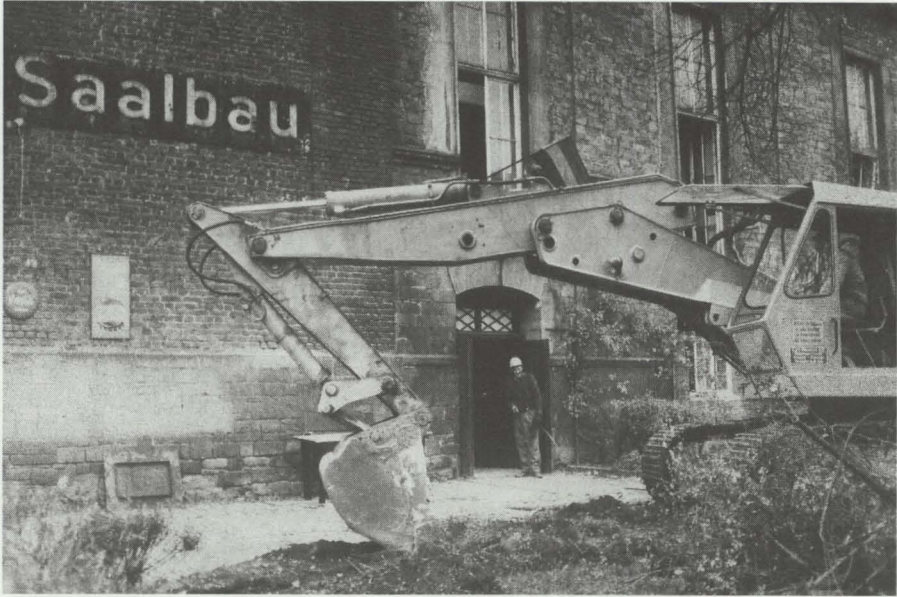


Bild 12:
Der Saalbau kurz vor dem Abriß im November 1968; Oberhessisches
Museum, Reproduktion: Marion Boländer, Gießen.



Bild 13:
Der Martinshof heute; Blick von der Liebigstraße/Ecke Frankfurter Straße.
Im Hintergrund rechts die Pfarrkirche St. Bonifatius, davor das Schrankenwärterhaus der Deutschen Bundesbahn. Foto: Franz Forchner, Gießen
1995.



Bild 14:
Der Martinshof von der Liebigstraße aus; Foto: Hermann Klehn, 1996.

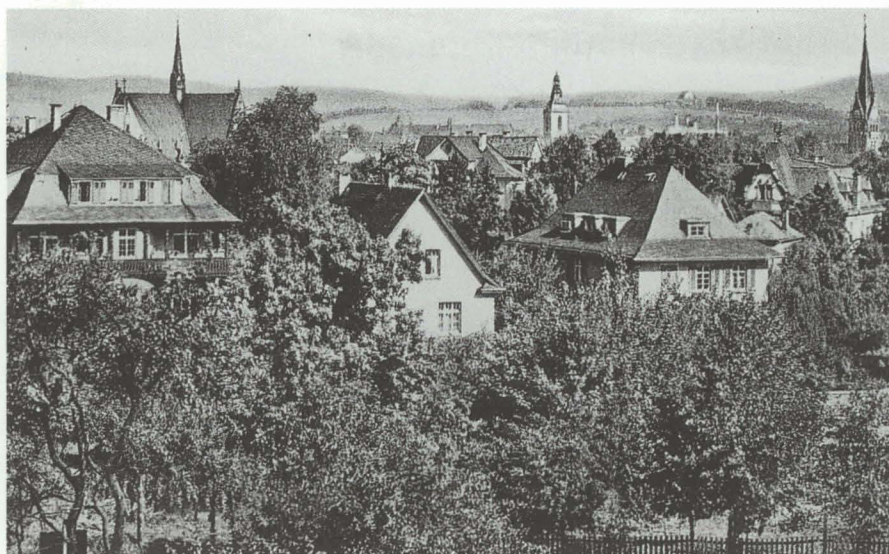


Bild 15:
Blick auf Gießen mit den Kirchen (von links) St. Bonifatius, Stadtkirche
und Johanneskirche; Ansichtspostkarte, 12. Juli 1935.

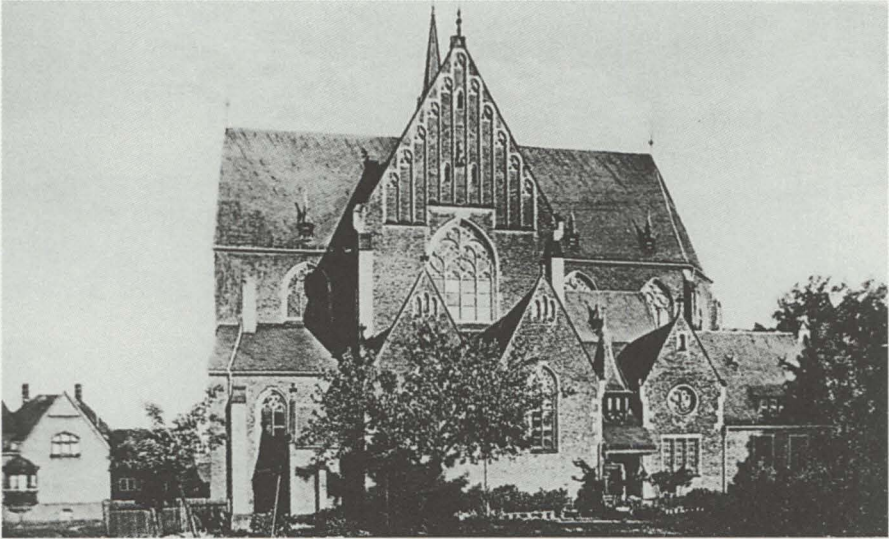


Bild 16:
Katholische Pfarrkirche St. Bonifatius, Blick auf die Westfassade; An-
sichtspostkarte vor 1934.

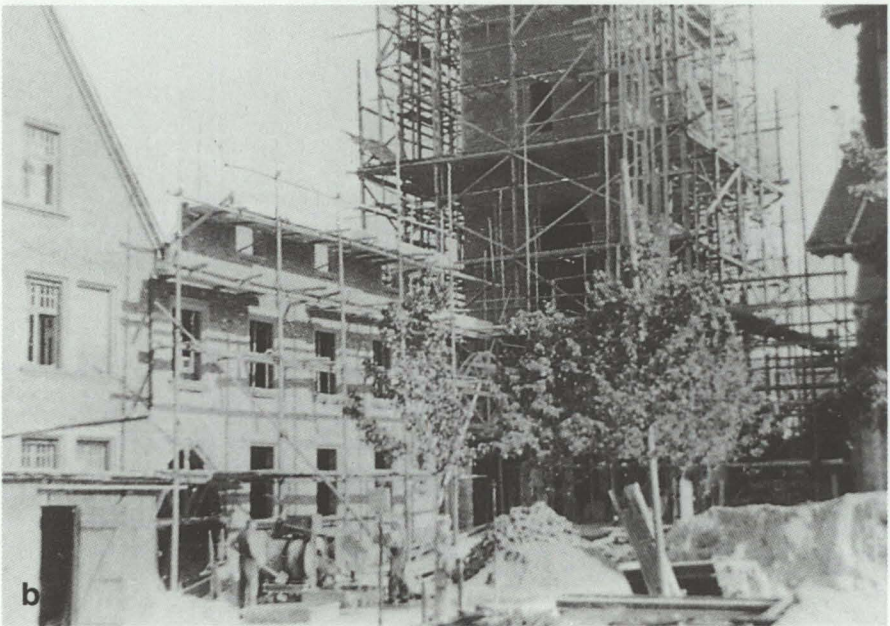
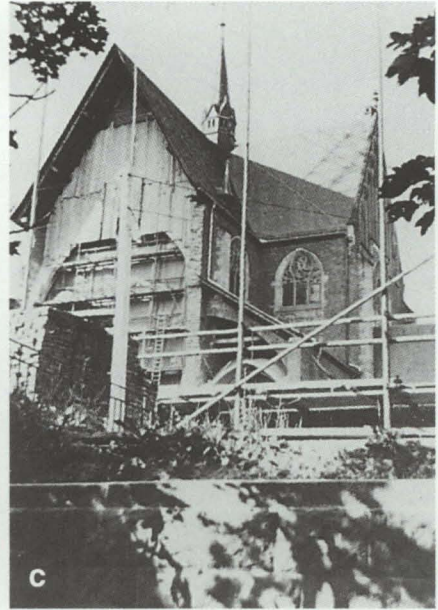
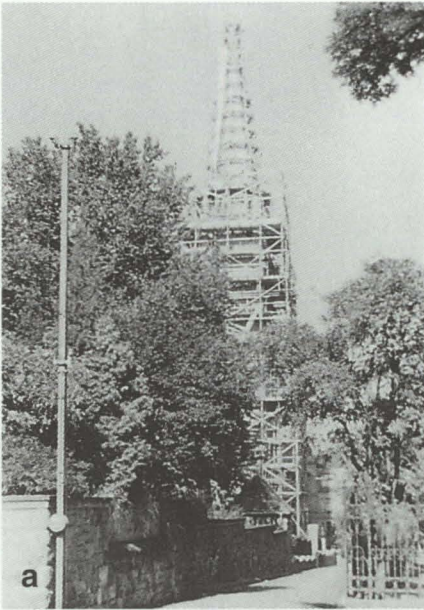


Bild 17:
Erweiterung der katholischen Pfarrkirche St. Bonifatius 1934-1936; a) eingestülpeter Glockenturm, b) Detail, c) Chorpartie; Fotos: Franz Forchner, Gießen Reproduktionen: Detlef Welzel, Gießen.



Bild 18:
Choransicht von St. Bonifatius, Ansichtspostkarte, 13. März 1959, Reproduktion: Marion Boländer, Gießen.



Bild 19:
Blick auf St. Bonifatius aus südöstlicher Richtung, Ansichtspostkarte,
Reproduktion: Marion Boländer, Gießen.

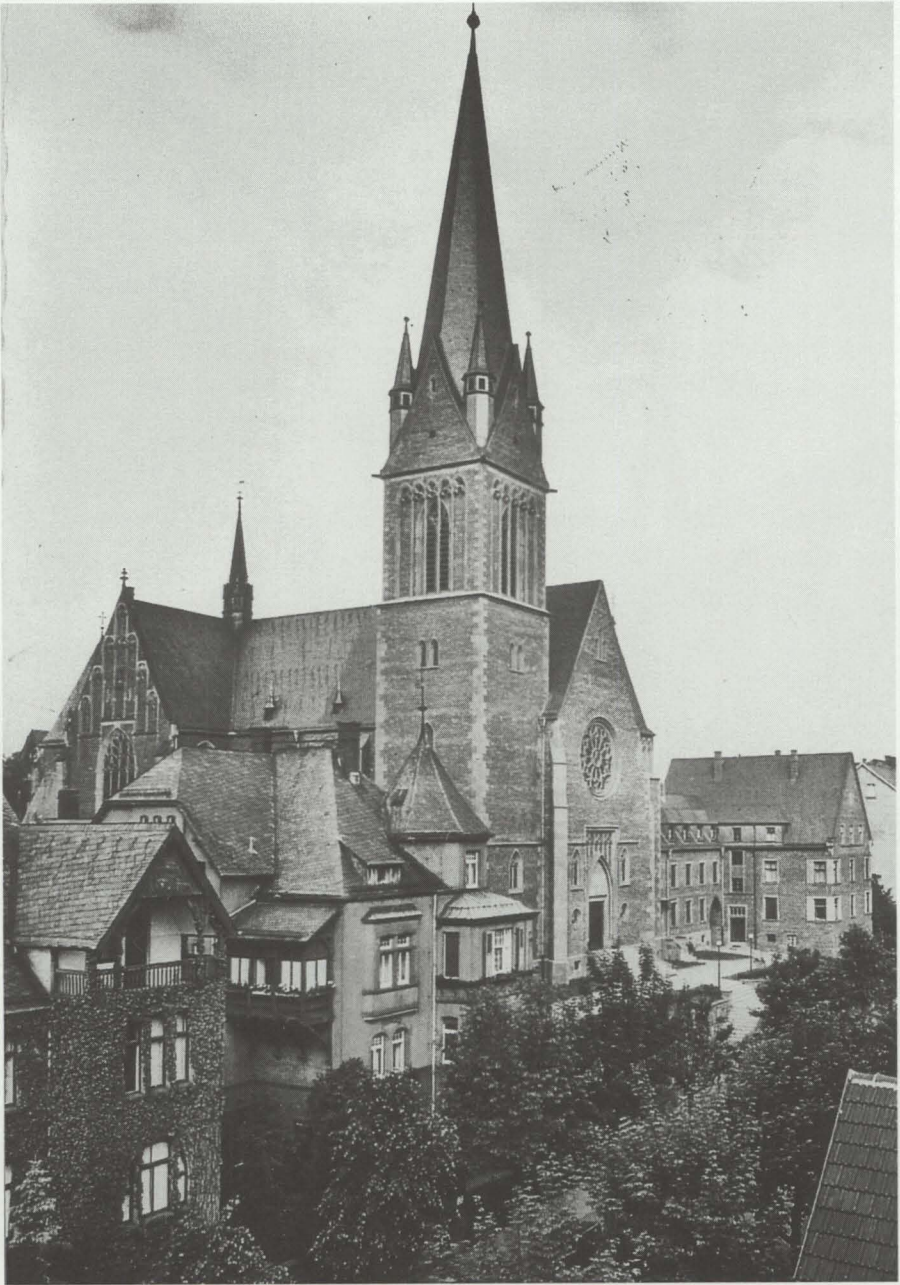


Bild 20:
St. Bonifatius, Blick auf das Hauptportal und am Kirchturm; Ansichtspost-
karte, 20. August 1958, Reproduktion: Marion Boländer, Gießen.



Bild 21:
St. Bonifatius, Blick von der entgegengesetzten Richtung, Ansichtspost-
karte, 1. Juni 1938, Reproduktion: Marion Boländer, Gießen.

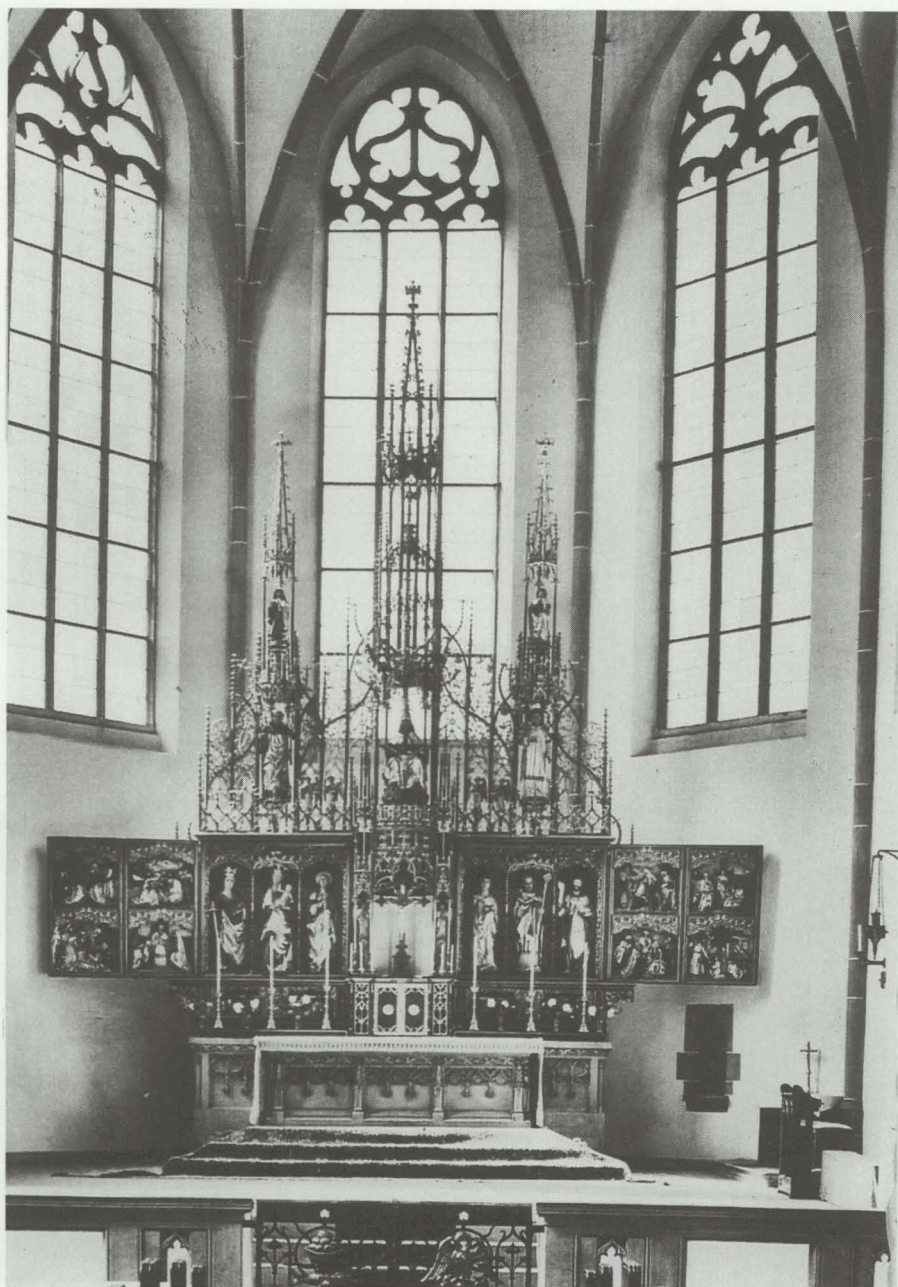


Bild 22:
St. Bonifatius, Innenansicht, Chor mit Hochaltar, Ansichtspostkarte,
1. März 1957, Reproduktion: Marion Boländer, Gießen.

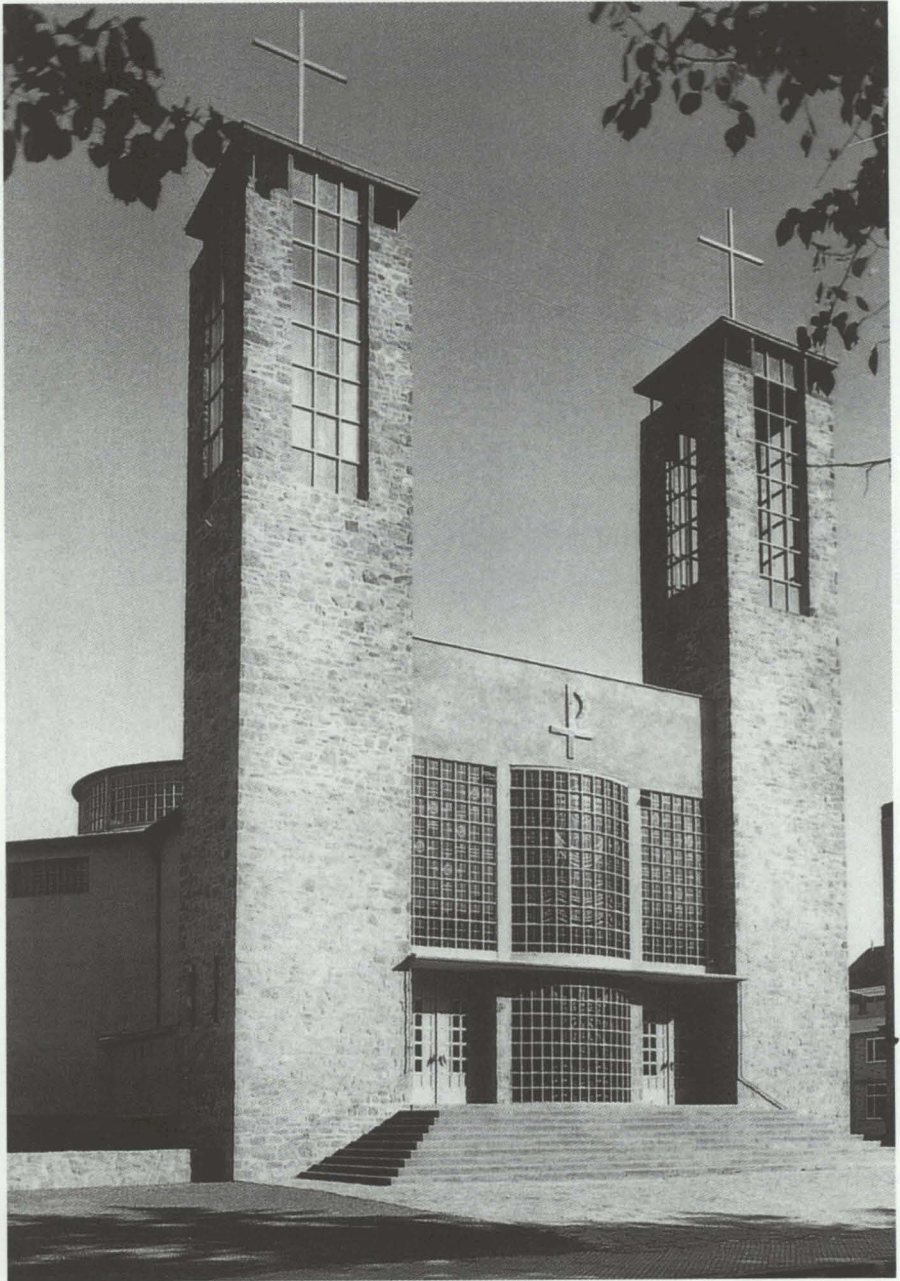


Bild 23:
Pfarrkirche St. Albertus, Nordanlage, Ansichtspostkarte, 22. Juni 1960,
Reproduktion: Marion Boländer, Gießen.

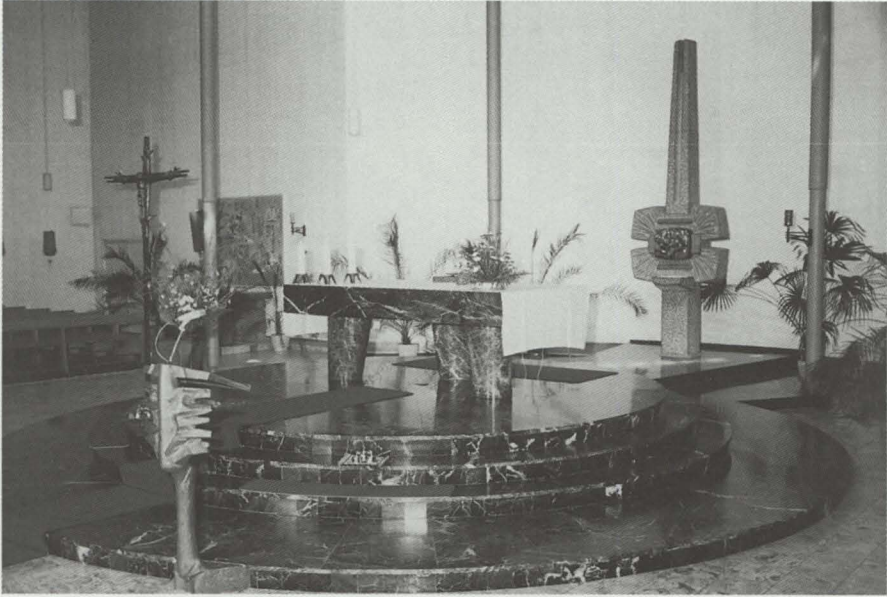


Bild 24:
Pfarrkirche St. Albertus, Altar, 1995, Archiv der Pfarrgemeinde
St. Albertus.



Bild 25:
Pfarrkirche St. Albertus mit zerstörtem Haus Lang, Ansichtspostkarte,
1958, Reproduktion: Marion Boländer, Gießen.



Bild 26:
Pfarrkirche Thomas Morus, Grünberger Straße, 1996, Foto: Hermann
Klehn.

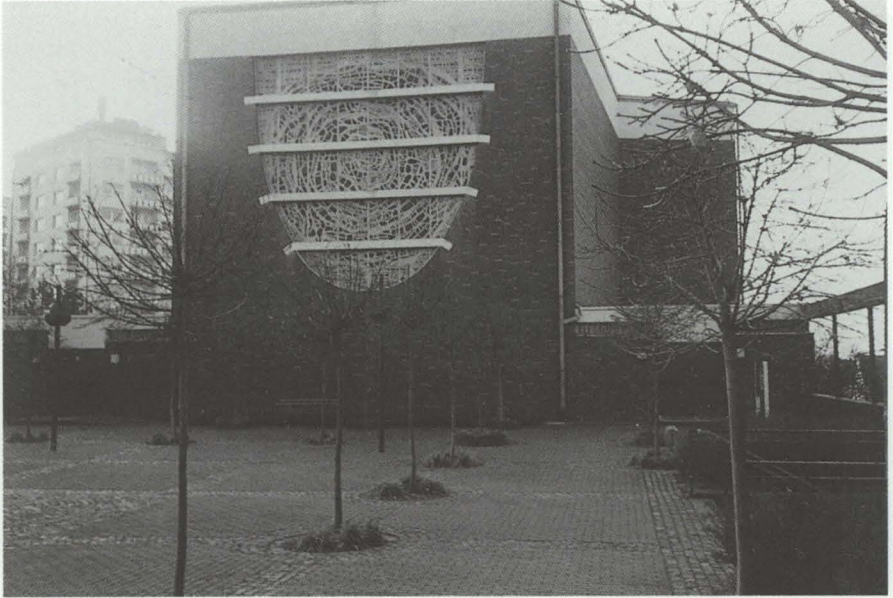


Bild 27:
Pfarrkirche Thomas Morus, 1996, Foto: Hermann Klehn.

Dieter Trautwein, Heil von den Inseln. Bonifatius und die Iroschotten-
neu gesehen. Revision eines Vorurteils. Christliche Verlagsanstalt Kon-
stanz 1993, 254 S. Zahlreiche Abbildungen und Kartenskizzen, DM 24,80

Es ist ein gutes Vorzeichen für eine kirchengeschichtliche Arbeit, wenn die
führenden Repräsentanten der beiden großen Kirchen, der Kirchenpräsi-
dent der EKHN Spengler (bis 1992) und der Mainzer Bischof Prof. Dr.
Karl Lehmann, ein gemeinsames Geleitwort verfaßt haben.

Dieses Vorwort weist nicht nur auf die Wurzeln des europäischen Chri-
stentums hin, sondern macht auch deutlich, daß die Besinnung auf die
frühmittelalterliche Tradition eine unverzichtbare Voraussetzung für die
ökumenische Bewegung unserer Zeit ist. Zugleich weisen die Kirchen-
männer darauf hin, daß über die wichtige religiöse Bedeutung dieser
Studie hinaus auch ein Beitrag zur wachsenden europäischen Einheit
geleistet wird, so wenn sie sagen, daß die „Wiederentdeckung solcher
Quellen (der Kirchengeschichte) sich als stärkeres Ferment europäischer
Gemeinschaft erweisen könnte als ausschließlich politische und wirt-
schaftliche Interessen.“

Trautweins Buch wird diesem Anspruch durchaus gerecht, wenngleich
sein vordringlichstes Anliegen ein anderes ist:

Er versucht, in - für den kritischen Leser - nachvollziehbaren Schritten
dem Untertitel seines Buches „Revision eines Vorurteils“ insofern gerecht
zu werden, als er die Vorstellung einer romfreien quasi protestantisch
geprägten Kirche vor Bonifatius in unserem Raum in der Weise relativiert,
daß sie nicht von Bonifatius Rom unterworfen und damit zerstört worden
sei. Diese Auffassung nennt Trautwein seine anerzogene „protestantische
Iromanie“, von der er sich durch seine intensive historische Forschung
geheilt weiß.

Der „Iromanie“ gegenüber steht die andere extreme Auffassung - von
Trautwein als „Irophobie“ bezeichnet -, die eine missionarische Tätigkeit
der iroschottischen Wanderprediger im hessisch-thüringischen Raum in
Abrede stellt, nicht zuletzt, weil ihr Leben und Wirken kaum quellenmäßig
zu belegen ist. Sie ist gleichwohl in Forschung und Lehre bis heute die
vorherrschende Meinung, und es ist Dieter Trautwein, zu danken, mit
seiner umfassenden Analyse des frühen Christentums in unserem Raum
diese einseitige Beurteilung in Frage zu stellen und um ein „neues Ver-
ständnis“ zwischen Iromanie 'und Irophobie' zu werben. Dies gelingt ihm
durch die Darstellung des frühen irischen Christentums und der
„Peregrinatio“ (= Wanderschaft und Mission) der iroschottischen Mönche.
Dort wird deutlich, daß trotz der Tatsache, daß Iren in der Bekehrungsar-
beit vor Bonifatius in unserem Gebiet nicht nachgewiesen sind, eine Wirk-
samkeit iroschottischer Wandermönche - auch in Hinsicht auf breitere
Missionstätigkeit - angenommen werden darf.

In besonderer und uns unmittelbar berührender Weise gelingt Trautwein

dieser Nachweis am Beispiel der Wüstungskirche von Hausen (bei Lich), deren Ursprünge durch die verdienstvolle Forschungs- und Grabungsarbeit unseres früheren Ehrenmitglieds, des hessischen Landeshistorikers Pfr. i.R. Waldemar Küther, auf die Zeit um 750 datiert werden konnte, und die - ähnlich wie die Kirche von Wieseck - zu jenen 7 Kirchen zählte, die der irische Abt Beatus im Jahre 778 dem Kloster Honau, dessen Abt er inzwischen geworden war, vermachte. Diese Kirchen dienten mit hoher Wahrscheinlichkeit dem Ausbau einer Kirchenorganisation nach iroschottischem Muster, lange bevor im ausgehenden 8. Jh. der Einfluß des irisch begründeten Kirchen- und Klosterverständnisses zurückging und nunmehr maßgeblich von den mächtigen Reichsklöstern Fulda und Lorsch bestimmt wurde. Trotzdem sind die ausgegrabenen Reste der „Beatus-Kirche“ in der Wüstung Hausen ein bleibendes Zeugnis dafür, daß es auch im hessischen Land für einige Jahrzehnte eine irisch-christliche Präsenz gab (S. 162). Siehe hierzu auch MOHG Bd. 56/1971.

So darf mit Trautweins Würdigung der iroschottischen Wandermönche (auf ihre „Peregrinatio“ wird ausführlich eingegangen, S. 54-94) das „irische Ferment“ im Wirken der Nachkommen nicht ausgeschlossen werden, und es ist ihm zu folgen, wenn er in einer Art Ausgleich der unterschiedlichen Einschätzung iroschottischer Tätigkeit in unserem Raum folgert:

„Gegenüber einer vor allem protestantisch und antirömisch gepflegten Iromanie muß festgehalten werden, daß Bonifatius selber so sehr aus den Wurzeln irischer Peregrinatio lebte, daß er darum nicht der vielgescholtene Unterdrücker eines lebendigen iroschottischen Christentums gewesen sein kann. Den Vertretern einer Irophobie sollte es nicht schwerfallen, das irische Erbe im Wesen des Bonifatius zuzulassen und anzuerkennen“ (S. 158f).

Trautweins spannend geschriebenes Buch rückt uns in Mittelhessen ganz nah durch seine lokalen und sehr persönlichen Bezüge: Der Pfarrerssohn - im hessischen Hinterland geboren - wächst in Rodheim auf, fährt mit dem „Bieberlieschen“ ins Gießener Gymnasium und trägt seine selbst gesammelten Scherben vom Dünsberg auf Vermittlung seines Geschichtslehrers zu unserem früheren Ehrenvorsitzenden Dr. H. Krüger, dem damaligen Direktor des Oberhessischen Museums in Gießen (S. 23).

Diese Funde inspirieren ihn so stark und das Interesse an der keltischen Besiedlung unserer Heimat wird so groß, daß es ihn bei all seiner theologischen und kirchenmusikalischen Arbeit nicht mehr losläßt.

Mit seinem verehrten Lehrer Dr. Karl Glöckner, unserem langjährigen 1. Vorsitzenden (1934-1962), der Trautweins historisches Interesse erkannte und förderte, diskutierte er den Namen Dünsberg, den er heute - entgegen Glöckners Meinung - für eindeutig keltischen Ursprungs hält.

Der Verfasser bezieht auch neueste wissenschaftliche Erkenntnisse in seine Forschungen mit ein, so etwa, wenn er darauf hinweist, daß die

sogenannte „Varusschlacht“ mit der Vernichtung dreier römischer Legionen durch die Germanen (4 n. Chr.) nicht im Teutoburger Wald, sondern nach jüngsten Grabungen am Kalkrieser Berg in der Nähe von Osnabrück stattgefunden hat, oder wenn er die sensationelle Entdeckung eines gewaltigen römischen Heerlagers bei Lahнау-Dorlar (außerhalb des Limes!), das ca. 7 km Luftlinie vom Dünsberg entfernt liegt, im Zusammenhang mit den Kämpfen um den Dünsberg erwähnt.

In gewisser Weise bestätigen auch die jüngsten Ausgrabungen auf dem Glauberg bei Büdingen als bisher nördlichste keltische Burgsiedlung seine Betrachtungen der frühen keltischen Besiedlung unserer Heimat und der keltischen Herkunft des Namens Dünsberg (S. 26). Die lebendige und durchgehend auch für den Laien verständliche Darstellung, die mit zahlreichen Bildern geschickt aufgelockert und für die entsprechenden Aussagen anschaulich gemacht wurde, ist sowohl für den religiös motivierten wie für den historisch interessierten Leser eine empfehlenswerte Lektüre, der eine freundliche Aufnahme zu wünschen ist. Auch könnte das „Heil von den Inseln“ der ökumenischen Bewegung neuen Auftrieb geben.

E. Knauß

Die Keltenfürsten vom Glauberg, hrsg. v. Landesamt für Denkmalpflege, Wiesbaden 1996 (= Bd. 128/129 Archäologische Denkmäler in Hessen), 10 DM broschiert, gebunden 20 DM

Brandaktuell ist der Katalog zu den Ausgrabungen am Glauberg bei Büdingen. Und doch ist der sensationelle neue Fund aus der Grabstätte eines Keltenfürsten noch nicht dabei, da dieser erst nach Drucklegung des Buches entdeckt wurde. Die Stele mit den Micky-Maus-ähnlichen Ohren hat weltweit für Schlagzeilen gesorgt und selbst die eher bedächtige Archäologen-Zunft in Aufregung versetzt. Man spricht von einem Jahrhundertfund. Damit hatten die Fachleute vom Landesdenkmalamt in Wiesbaden nicht gerechnet, als sie 1994 begannen, am Hang des Glauberges zu graben.

Der Glauberg ist als frühkeltischer Fürstengrabhügel seit langem bekannt. Prof. Heinrich Richter unternahm von 1933-39 bereits umfangreiche Grabungen, deren Ergebnisse durch den Krieg jedoch teilweise verloren gingen. Seit 1985 führt die Archäologische Denkmalpflege des Landes Hessen alljährliche Grabungskampagnen durch, die auf dem Hochplateau des Hügelrückens interessante Ergebnisse hervorbrachten. Diese sind in einer Rundwanderung von nahem zu betrachten.

Dem Heimatverein Glauburg (U!), namentlich seinem Vorsitzenden Werner Erk, ist es zu verdanken, daß die Luftbildarchäologie konsequent weiterverfolgt wurde und 1988 eindeutige Ergebnisse erbrachte. In den unterschiedlich gefärbten Erdschichten und den ungleich wachsenden Pflanzen ließen sich bestimmte Muster erkennen, die auf eine sogenannte Prozessionsstraße und einen Kreishügel hinwiesen. Bis zum Beginn der Ausgrabungen am Hang vergingen dann nochmals sechs Jahre.

Der schmale Band dokumentiert alle Phasen der neuen Ausgrabungen mit höchst anschaulichen Fotografien. Der Leser wird selbst zum Forscher beim Studium der Abbildungen und erfährt das Wichtigste bereits durch die aufschlußreichen Bildunterschriften. Besonders faszinierend ist die Dokumentation der Entwicklungsstufen bei einer Grabung, etwa bei der Öffnung des Grabes 1 und bei der Blockbergung des Grabinhaltes. Die Bergung eines ganzen Erdblocks wird notwendig bei leicht zerfallenden Materialien wie Faserreste, die vor Ort verloren gingen und nur im Museum sorgfältig untersucht werden können.

Landesarchäologe Dr. Fritz-Rudolf Herrmann entrollt in seinem Beitrag die Geschichte des Glaubergs und seiner Erforschung, nennt Namen und Zahlen, und das immer in gut lesbarer Form. Prof. Otto-Hermann Frey beschreibt die metallenen Fundstücke und vergleicht die Schalen und Kannen, die Maskenfibeln und Gürtelhaken mit denen anderer keltischer Fundorte im deutschen Raum.

Die kenntnisreichen, aber wissenschaftlich nicht überladenen Beiträge und zahlreiche faszinierende Fotos machen das Buch zum empfehlenswerten Geschenk, für Fachleute und interessierte Laien. Der broschiierte Band ist auch direkt im Heimatmuseum in Glauburg-Glauberg zu kaufen.

Dagmar Klein

Elisabeth Johann, Trachen in der Wetterau - Auf der Suche nach einer vergangenen Welt, Gießen 1995, 320 S. mit über 200 z.T. farbigen Abbildungen und einer Übersichtsliste.

In einer Zeit, in der die letzten Trachtenträgerinnen in einigen Dörfern zwar noch bekannt, aber schon nicht mehr zu sehen sind, kommt jetzt ein Buch auf den Markt, das versucht, dieses in der Wetterau bereits untergegangene Volksgut der Nachwelt in Wort und Bild zu erhalten.

Kaum jemand dürfte dafür besser prädestiniert sein als Elisabeth Johann, die sich seit fast zwei Jahrzehnten dem Studium der Trachten in der Wetterau widmete, zunächst als langjährige Museumsleiterin in Butzbach

und in den letzten Jahren als Gemeindearchivarin in Altenstadt.

Nach ihrer eigenen Darstellung hätte diese Arbeit vor vielen Jahren geschrieben werden müssen, da Trachten heute nicht mehr getragen werden. Die letzte Trachtenträgerin der Wetterau starb im Jahre 1975. Der uns benachbarte, aber nicht zur Wetterau im eigentlichen Sinne zählende Hüttenberg bildet da eine Ausnahme. Umso erfreulicher und wichtiger war es, daß sich Frau Johann dieser schwierigen Aufgabe unterzog, die Trachten der Wetterau fast flächendeckend aufzuspüren und aufzuzeichnen, soweit das noch möglich war.

Ihr zentraler Sammelpunkt war das Butzbacher Museum, wo bereits vor ihrer dortigen Tätigkeit ein beachtlicher Grundstock von Trachten vorhanden war. Der Bestand wurde durch gezielte Suche nach weiteren Stücken vergrößert, alles inventarisiert und so aufbewahrt. Ihre intensive Beschäftigung mit den Trachten der Wetterau - ausgehend vom Raum Butzbach - wurde nicht nur von ihrer Museumsarbeit in Butzbach inspiriert, sondern wurde auch bestimmt von der Erkenntnis, daß das Gebiet zwischen Taunus und Vogelsberg, zwischen Frankfurt und Gießen in der Literatur ein fast „weißer Fleck auf der Trachtenkarte“ war.

Die Autorin berichtet eingehend über ihren didaktischen Ansatz und die Wege ihrer Forschung. Es ist der Arbeit zugute gekommen, daß sich Frau Johann nicht streng an die Grenzen der Wetterau gehalten hat (die ohnehin schwer zu bestimmen sind), sondern auch angrenzenden Landschaften wie dem östlichen Vogelsberg, dem Kinzigtal, dem Raum um Hanau und Gelnhausen und vor allem dem Taunusrand breiten Raum einräumte.

Ein wesentlicher Teil des Buches beschreibt die Tracht in ihren einzelnen Teilen, und diese Abschnitte sind - wie auch alle anderen Abschnitte - so reich bebildert (vielfach auch farbig), daß diese Beschreibungen auch für den Laien anschaulich und verständlich sind. Frau Johann konnte aus einem Bildarchiv von nahezu 2000 Fotos diejenigen auswählen, die dem Buch seine eindrucksvolle Note gaben. Auch der Herstellung der Trachten und ihrer Präsentation bei den verschiedenen Lebensabschnitten wird Beachtung geschenkt.

Besonders wertvoll wird Frau Johanns Studie in dem Abschnitt über das Ende der Tracht in der nördlichen Wetterau, weil es hier gelungen ist, praktisch „in letzter Minute“ noch Verwandte und Freunde von Trachtenträgerinnen zu befragen. Vor allem der Abschnitt „Ein Leben in der Tracht“ (S. 114ff) zeigt die Beziehung der unterschiedlichen Trachten zu den diversen Festen und Feiern im Leben der Landbevölkerung.

Die Autorin macht auch deutlich, daß das „Aussterben“ einer Tracht immer zwei Daten hat. Zunächst wird den Kindern keine Tracht mehr angezogen; viel später, oft erst Jahrzehnte danach ist das Ende gegeben, wenn die letzte Trachtenträgerin stirbt. Auch der Übergang von der ursprünglichen Tracht über eine Art Halbtracht zur städtischen Kleidung vollzog sich in den meisten Fällen allmählich.

Besonders schwierig gestaltete sich die Forschungsarbeit in der südlichen Wetterau, weil hier die Trachten wahrscheinlich schon zu Beginn des 19. Jh. aufgegeben wurden und so nur noch wenige Spuren zu entdecken waren. Um so wertvoller sind dann die - gewiß bescheidenen - Ergebnisse, die in mühevoller Kleinarbeit zusammengetragen werden konnten.

Eine große Hilfe für den interessierten Leser ist das ausführliche Ortsregister und das umfangreiche Verzeichnis der Literatur, die Elisabeth Johann für ihre Arbeit benutzt und ausgewertet hat. Dem drucktechnisch hervorragend ausgestatteten Werk ist eine weite Verbreitung zu wünschen.

Erwin Knauß

Zur Diskussion um den „Kaufmann-Will-Kreis“

Vorbemerkung

Der Oberhessische Geschichtsverein hat in Zusammenarbeit mit dem Magistrat der Universitätsstadt Gießen aus Anlaß der 50jährigen Wiederkehr am 19.2.1993 der Ermordung von Heinrich Will öffentlich gedacht. Dies geschah unter anderem auch durch die Mitherausgabe eines Bandes „Heinrich Will 1895-1943, Leben und Werk, Gießen 1993“. Form und Inhalt des Gedenkens wie auch die im Zuge der Aufarbeitung der Geschichte vertretenen Auffassungen waren Gegenstand heftiger Kontroversen in der Gießener Region. Höhepunkt der Kritik war die Herausgabe des Buches von Jörg-Peter Jatho, Das Gießener Freitagskränzchen, Dokumente zum Mißlingen einer Geschichtslegende - zugleich ein Beispiel für Entsorgung des Nationalsozialismus, Fulda 1995. Nach Auffassung der Redaktion signalisieren Schärfe und Polemik der Kontroverse vor allem die Betroffenheit der Beteiligten, die mit persönlichen Vorwürfen und wechselseitigen Unterstellungen operieren, wodurch vom Sachgehalt des historischen Vorgangs tendenziell weggeführt wird. Die Redaktion hat deshalb den Neuhistoriker Winfried Speitkamp um eine Rezension des Buches von Jatho gebeten, die im vorliegenden Band zum Abdruck kommt. Die Redaktion stellt darüber hinaus die Überlegungen von Heinrich Brinkmann zur Diskussion. Sie sieht darin einen Beitrag, der sich auf das vorliegende Material in seiner Gänze und all seinen Widersprüchlichkeiten einläßt und Vorschläge für eine Interpretation macht. Außerdem wird die Begrüßungsansprache am 24.5.1993 des Vorsitzenden des Oberhessischen Geschichtsvereins zur Eröffnung der Ausstellung „Heinrich Wills Werke und Leben“ dokumentiert.

(Die Redaktion)

Jörg-Peter Jatho, Das Gießener "Freitagskränzchen". Dokumente zum Mißlingen einer Geschichtslegende - zugleich ein Beispiel für Entsorgung des Nationalsozialismus, Ulenspiegel-Verlag, Fulda 1995, 229 S.

Seit Mai 1941 fanden sich alle zwei bis drei Wochen freitags einige Bürgerinnen und Bürger aus Gießen und der näheren Umgegend in der Wohnung von Alfred Kaufmann ein. Man verbrachte den Abend gemeinsam, unterhielt sich, hörte den ausländischen Rundfunk, debattierte über die Nachrichten und die politische Lage, erzählte auch politische Witze über nationalsozialistische Politiker. Die Treffen waren nicht streng formalisiert, der Kreis zwar begrenzt, aber auch nicht fest. Eingeladen wurden die Teilnehmer von Kaufmann selbst. Wer mitdiskutierte, wer sich derweil anderweitig beschäftigte, etwa nur Essen zubereitete, war nicht klar. Jedenfalls wurde der Kreis denunziert. So wurden bei einem Treffen am 6. Februar 1942 die Anwesenden festgenommen, einige weitere gelegentliche Teilnehmer später verhaftet. In Haft kamen neben Kaufmann, ehemals Pfarrer, dann promovierter Orientalist und wissenschaftlicher Schriftsteller, der Kunstmaler Heinrich Will, seine Frau Elisabeth Will, die Lehrerin Emilie Schmidt, die Filialleiterin eines Lebensmittelgeschäfts Stefanie H., die Studentin Renate Roese, die Professoren-Gattin Hildegard Falckenberg, der Pfarrer Ernst Steiner aus Hausen und seine Frau Helene Steiner. Zumindest die Männer wurden in der Haft schwer mißhandelt. Steiner wurde dabei ermordet oder beging Selbstmord. Im Juli 1942 wurden Kaufmann und Will wegen "landesverräterischer Begünstigung des Feindes" und "Verbrechen" gegen die Rundfunkmaßnahmen durch den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Die Frauen wurden zu dreijährigen Haftstrafen verurteilt. Für Elisabeth Will, die jüdischer Abstammung war, fiel die Strafe mit sechs Jahren besonders hart aus. Sie wurde später ins Konzentrationslager verschleppt und ermordet. Heinrich Will wurde im Februar 1943 hingerichtet, Kaufmann dagegen begnadigt.

Bedeutung und Rolle des "Freitagskränzchens" sind in der Gießener Lokalgeschichtsschreibung außerordentlich umstritten. Die einen rechnen den Kreis dem Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime zu. Für Kurt Heyne etwa, der 1986 in den "Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins" eine umfangreiche Materialsammlung über den Gießener Widerstand vorgelegt hat, handelt es sich um "eines der herausragenden Beispiele von bürgerlichem Widerstand in unserer Stadt und seiner Umgebung". Heyne spricht in diesem Zusammenhang ausdrücklich vom "Kaufmann-Will-Kreis". Diese Einschätzung ist in weiteren Publikationen und insbesondere durch Angehörige der ehemals Beteiligten unterstützt

worden.

Die anderen, darunter Jatho, bestreiten diese Wertung entschieden. Hier gilt der Kreis als unpolitische Runde, in der man sich privat zusammengefunden habe, um unter den Bedingungen des Krieges Geselligkeit zu pflegen, sozialen Halt zu gewinnen. Die Teilnehmer, namentlich Kaufmann und Will selbst, seien im Grunde keineswegs Gegner, sondern Anhänger des Regimes gewesen. Die Kritiker der Widerstandstheorie behaupten zudem, vor allem von seiten des Geschichtsvereins werde ein quasi offiziöses Gießener Geschichtsbild propagiert. Durch persönliche Verbindungen belastet, habe man die Lokalgeschichte geschönt, nationalkonservative oder sogar nationalsozialistische Bürger zu Widerständlern stilisiert. Mit allen Mitteln werde manipuliert, so seien die wissenschaftlichen und politischen Gegner der Widerstandstheorie bei Quellenzugang und Veröffentlichung behindert worden. An alledem erkenne man die Kontinuität der bürgerlichen Eliten Gießens, die durch die nationalsozialistische Zeit bis heute führe.

Die Kontroverse ist mit äußerster Schärfe und Polemik geführt worden. Gegenseitig unterstellte man sich die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Auch persönliche Verunglimpfungen blieben nicht aus. Die Fronten verliefen dabei gelegentlich quer zu den politischen Lagern. Mit seinem neuen Band knüpft Jatho an diese Diskussionen an. Den größten Teil des Buches machen Dokumente zum Fall aus. Dazu zählen besonders Akten der Kreisleitung Wetterau, Verhörprotokolle, Briefe und der Urteilstext. Hinzu kommen weitere Materialien, etwa Erläuterungen zu den beteiligten Personen sowie Dokumente aus der neueren Debatte um den Fall. Einleitend formuliert der Verfasser auf knapp vierzig Seiten "Zwölf Punkte zur Diskussion". Hier erläutert er noch einmal zugespitzt seine Vorwürfe gegen die Gießener Geschichtspflege und seine Einschätzung des "Freitagsskränzchens". Die Thesen berühren Grundfragen der Widerstandsproblematik. Vier allgemeinere Bemerkungen sind deshalb erforderlich.

Zum ersten war der Widerstand im "Dritten Reich" kein homogener und monolithischer Block. Den Widerstand gab es insofern nicht. Statt dessen gab es, neben der dominierenden Haltung von Opportunismus, Mitläufertum und Mitträgerschaft, zahlreiche Formen von Unangepaßtheit, Dissidenz, Opposition, Verweigerung, Protest und Resistenz, die mit unterschiedlichen Mitteln wirkten und mit unterschiedlicher öffentlicher Reichweite zutage traten. Insbesondere die bürgerlichen Kreise, die dem Widerstand zugerechnet werden, waren keineswegs homogen, nicht einmal Gruppen wie die Weiße Rose. Verschiedenartige Ideenkreise trafen hier zusammen. Von deutschnationaler Gesinnung über die christliche Glaubensverwurzelung bis hin zu einer gewissen Sympathie für die Sowjetunion reichten die Vorstellungen. Schon die wenigen Flugblätter der Weißen Rose spiegeln unterschiedliche Schwerpunkte.

Zum zweiten war Widerstand in vielen Fällen, und zwar gerade beim Bürgertum und beim Militär, nicht von vornherein und durchgängig feststellbar. Viele gewannen erst im Laufe der Zeit eine kritische Einstellung zum "Dritten Reich". Der Wandel konnte durch einschneidende Ereignisse hervorgerufen werden, durch moralische Erschütterung über den nationalsozialistischen Terror oder aber auch durch das eher nationalkonservativ motivierte Gefühl, Hitler werde Deutschland in die Niederlage treiben und zugrunde richten. Dies spielte bei vielen Militärs eine Rolle. Einige Widerständler des bürgerlichen, adeligen und militärischen Lagers hatten anfangs sogar dem Nationalsozialismus nahe gestanden. Viele zielten auch später keineswegs auf eine Demokratie nach westeuropäischem Muster. Manche hielten sogar einige wesentliche Tendenzen der Hitlerschen Politik nicht für grundsätzlich falsch.

Zum dritten waren gerade im Vorfeld des Widerstands, auf der Ebene der alltäglichen Berührung mit dem Regime, die Grenzen zwischen Anpassung und Resistenz schwer zu ziehen. "Flüsterwitze" und dergleichen offenbarten zwar alltägliche Resistenz, hatten aber auch Entlastungsfunktion, machten sie doch das Leben in der Diktatur erst erträglich. In gewisser Hinsicht trugen sie deshalb sogar zur Stabilisierung der NS-Herrschaft bei. Aber jede Grußverweigerung, jede jugendliche Unbotmäßigkeit, jede persönliche Abneigung gegen bestimmte Amtsträger konnte zugleich in offeneren Widerstand übergehen. Vor allem konnte derartige als Widerstand denunziert werden. Das "Dritte Reich" war die Hoch-Zeit der Denunziation. Manche persönlichen Konflikte wurden derart auf die politische Ebene getragen. Der Nationalsozialismus offenbarte auch in dieser Hinsicht die Abgründe menschlicher Möglichkeiten.

Zum vierten schließlich war auch der Nationalsozialismus wie der Widerstand kein monolithischer und unveränderlicher Block, und dies gilt in ideologischer, sozialer und institutioneller Hinsicht. Das "Dritte Reich" bestand nicht nur aus Hitler. Schon die nationalsozialistische Ideologie war eine Mischung unterschiedlicher Elemente. Nationalistische, völkische, antisemitische, sozialdarwinistische und sozialistische Gedankensplitter der Jahrhundertwende waren darin enthalten. Entgegen neueren Versuchen, daraus eine eigenständige Ideologie mit womöglich modernisierenden Zügen zu konstruieren, handelte es sich um ein bloßes Konglomerat, das nicht verschmelzen konnte. Viele konnten sich daraus das Passende herausuchen und das weniger Passende für zweitrangig erklären. Affinitäten reichten von nationalkonservativen bis zu nationalbolshewistischen Gesinnungen. Deutschnational gesinnte Konservative, bündische Jugendliche, protestantische Christen und viele mehr konnten im Nationalsozialismus eine Ideologie sehen, die bei gehöriger Einflußnahme in ihrem Sinn zu modifizieren war. Auch deswegen beriefen sich nach 1945 manche darauf, nur mitgewirkt zu haben, um Schlimmeres zu verhüten. Das war subjektiv vielleicht häufig nicht einmal falsch, sondern

quasi eine psychologisch erforderliche Lebenslüge, um anfängliche Begeisterung und Mitverantwortung zu verarbeiten. Doch verkannten viele Beteiligte, daß sie durch ihre Mitwirkung den Nationalsozialismus nicht modifizierten und mäßigten, sondern konstituierten und prägten. Die Reibungen im nationalsozialistischen System, die oft behandelten polykratischen Züge, waren ebenfalls Ausdruck der Vieldeutigkeit des Nationalsozialismus und der ihn tragenden Kräfte.

In wissenschaftlicher Hinsicht folgt daraus die Notwendigkeit, Nationalsozialismus und Widerstand gleichermaßen zu historisieren. Beide können nur in ihrem prozeßhaften Charakter verstanden werden, und der Prozeß bezog seine Dynamik aus der Wechselwirkung. Das bedeutet keine Entschuldigung. Allerdings ist das Phänomen des Widerstands allein mit moralischen Kategorien schwer greifbar. Dämonisierungen und Heroisierungen verbieten sich. Denn eine klare Grenzziehung zwischen Anpassung und Resistenz wird, je näher man auf die einzelne Person schaut, immer schwieriger. Vielmehr müssen auch Biographien historisiert werden. Ein Leben ist kein Werk aus einem Guß. Es wird zwar in der Regel vom Ende her als Gesamtheit interpretiert und mit Sinn versehen. Dabei werden die Wenden, die Zufälligkeiten, die Einbrüche von außen gewissermaßen harmonisiert. Diese Gefahr ist namentlich bei Widerständlern gegeben, deren Biographie man nicht selten im volkspädagogischen Interesse zu glätten geneigt war. Die Debatte, die vor einigen Jahren um antisemitische Tendenzen im konservativen Widerstand geführt wurde, belegt dies. Eine Idealisierung ist freilich nicht nur historisch anfechtbar, sie ist auch pädagogisch fragwürdig. Sie hebt den Widerstand in entfernte Sphären, statt die Einsicht in Handlungsmöglichkeiten auch unter außergewöhnlichen Bedingungen zu vermitteln. Auch Widerständlern Zweifel und Fehler zuzugestehen, würde den Realitätsbezug erleichtern.

Die Gießener Verhältnisse spiegeln in kleinen die Grundprobleme der Widerstandsdiskussion. Das "Freitagskränzchen" bei Kaufmann war keine Widerstandsgruppe. Dazu fehlten den Teilnehmern intellektuelle Durchdringung, politische Handlungsperspektive, Wirkungsabsicht, Folgenkalkulation und wohl auch die menschliche Größe. Es handelte sich um einen Kreis von Personen, die selbst, soweit sie überhaupt politisch dachten, von dem deutschnationalen oder sogar nationalsozialistischen Ideenkonglomerat geprägt waren und dem "Dritten Reich" zunächst mit großer Sympathie begegnet waren. Das gilt für Kaufmann, ehemals Lehrer von Rudolf Heß, und für Will, der, worauf zumindest einige Indizien hindeuten, in der Weimarer Zeit dem Nationalsozialismus nahegestanden hatte, auch in seinem künstlerischen Schaffen alles andere als oppositionell war, allerdings durch die Tatsache, daß seine Frau jüdischer Herkunft war, sehr unmittelbar in Konflikt mit dem Regime geraten mußte. Auch das war typisch: Die beteiligten Personen waren aus unterschiedlichen, jeweils individuellen Gründen in eine gewisse Distanz zu einem Regime geraten,

das ihre Erwartungen und Hoffnungen nicht erfüllt hatte. Sie waren wie viele skeptisch geworden, was den Krieg und die Erfolgsmeldungen anging. Sie hatten Angst vor der Zukunft und zweifelten, ob sich das "Dritte Reich" halten werde. Sie suchten sich durch Radiohören, Gespräche und Witze Entlastung zu verschaffen. Vorrang hatte die Geselligkeit, und die persönlichen Interessen von Kaufmann spielten wohl eine besondere Rolle. Kurz: Man traf sich nicht, um das Regime zu bekämpfen oder auch nur zu unterhöheln, sondern ganz im Gegenteil: man traf sich, um unter den Bedingungen des Regimes existieren zu können. Das ist nachvollziehbar und durchaus ehrenwert, es bietet auch die Option zum Widerstand, es ist indes noch kein Widerstand. Es wurde auch nicht dadurch zu Widerstand, daß die Beteiligten die Falschmeldungen der deutschen Propaganda kritisierten und über Niederlage und Besatzungspolitik spekulierten. Wer den Kreis zum Widerstand überhöht, überfordert die Beteiligten. Daß die brutale Bestrafung der Teilnehmer des Kreises Unfreiheit und Terror spiegelt, die Beteiligten zu Opfern macht, bleibt davon unbenommen.

Auch die zur Verfügung stehenden Quellen scheinen für eine weitergehende Interpretation nichts herzugeben. Aus der Zeit vor der Verhaftung fehlt es fast völlig an Dokumenten, die eine Widerstandshaltung belegen könnten. Die Formulierungen der Vernehmungsprotokolle, wie Jatho sie abdruckt, sind ernüchternd und erschreckend. Die Beschuldigten versichern hier häufig ihre nationale Gesinnung, ihre Sympathie für das "Dritte Reich", räumen Fehleinschätzungen ein und betonen ihre Arglosigkeit. Gleichzeitig denunzieren fast alle ihre jeweiligen Mitbeschuldigten. Doch wird man das im nachhinein kaum zum Gegenstand moralischer Vorwürfe machen dürfen. Über den Charakter des Kreises vor der Verhaftung sagt es nur mittelbar etwas aus. Aussagekräftig ist vor allem, daß die Betroffenen sich in keiner Weise auf ein mögliches Verhalten in der Haft vorbereitet hatten. Das scheint nicht für eine Widerstandstätigkeit zu sprechen. Die nachträglichen Aussagen der Angehörigen jedoch sind nur mehr begrenzt zuverlässig. Spätere Erinnerungsschichten haben sich über die Vergangenheit gelegt, Erfahrungen werden durchaus unbewußt weiterentwickelt, um die Erinnerung psychisch zu verkräften. Deshalb fällt es schwer, einige verstreute Hinweise über widerständiges Verhalten von Beteiligten des Freundeskreises schon zu einer durchgängigen Haltung zu verdichten. Es geht um individuelle Einstellungen, nicht um Aktivitäten oder gar organisierten Widerstand.

Jatho spricht all dies an. Seine Ausführungen zum Widerstand und zum Kaufmann-Freundeskreis sind, auf den wissenschaftlichen Kern reduziert, differenziert und aufklärend. Das gilt etwa für seinen Hinweis auf die schwer zu ertragende Widersprüchlichkeit der handelnden Personen. Das Problem des Buches liegt zum einen in der Gegenwartsbezogenheit der Darstellung. Jatho will nicht nur die Frage des Widerstands vor 1945 behandeln, sondern die soziale und politische Kontinuität der bürgerlichen

Eliten Gießens nachweisen. Dies macht er an einzelnen Personen fest, ihren persönlichen Verbindungen mit nationalsozialistischen Amtsträgern und vermeintlichen Widerständlern. Die strukturellen Kontinuitäten kann er aber nicht belegen. Immer wieder driftet die Darstellung daher in quasi verschwörungstheoretische Dimensionen ab. Damit in Zusammenhang liegt das Problem des Buches zum anderen in der Darstellungsweise und Polemik, die die Wertung verzerrt. Denn wo Jatho Verschwörung entdeckt zu haben meint, formuliert er nicht nur scharf, was zulässig ist, auch nicht nur polemisch, was als Stilelement einer politischen Diskussion vertretbar sein mag, sondern seinerseits denunzierend, so etwa, wenn er einzelnen seiner Kritiker belastete Angehörige vorhält. In diesem Zusammenhang sind ihm auch unentschuld bare Fehler unterlaufen, die mittlerweile zur Einschwärzung einzelner Stellen geführt haben. Besonders irritierend ist, daß Jatho damit unversehens methodisch in die Nähe des von ihm behandelten Gegenstandes rückt. Das erschwert die offene Diskussion über den historischen und politischen Kern der Widerstandsproblematik, die Diskussion nämlich über Handlungszwänge, Gestaltungsmöglichkeiten und individuelle Verantwortung in der Geschichte.

Winfried Speitkamp, Gießen

Der Fall Heinrich Will oder Zum Umgang mit Quellen*

Heinrich Brinkmann

1. Am 18.02.1993 fand zur Erinnerung an die 50 Jahre vorher in Frankfurt am Main erfolgte Hinrichtung des Malers Heinrich Will im Netanyasaal in Gießen eine Gedenkfeier statt. Einige Monate später am 24.5.1993 wurde in demselben Saal eine Heinrich-Will-Ausstellung eröffnet, zu der auch ein von Bertin Gentges im Auftrag des Magistrats der Universitätsstadt Gießen herausgegebener Band mit einem Werkverzeichnis der Arbeiten von Will erschien. Außerdem wurden in dem Band die am 18.02.1993 gehaltenen Reden abgedruckt nebst (unter anderem) zwei Aufsätzen von

* Für erhellende Diskussionen danke ich Dr. Michael Breitbach.

Hans Adamo und Gaby Rehnelt, die sich mit dem sogenannten Kaufmann-Will-Kreis beschäftigen - eine Bezeichnung, die seit Ende der 80er Jahre für diese Gruppe genutzt wird. Dem Aufsatz von Adamo läßt sich entnehmen, daß ihm die Gerichtsakten und Verhörprotokolle, die aus Anlaß des Prozesses gegen die Mitglieder des Kreises entstanden waren, vorlagen, womöglich auch noch darüber hinausgehendes Material, das sich in privater Hand befindet. Kritiker der insbesondere von Adamo vertretenen These, wonach die Mitglieder einem Widerstandskreis zuzuordnen seien, recherchierten ihrerseits die Materiallage, insbesondere die den Prozeß betreffenden Aktenstücke, und so veröffentlichte Jörg-Peter Jatho zu diesem Fall zwei Jahre später eine Fülle von Materialien, soweit sie in öffentlich zugänglichen Archiven gelagert sind, allerdings mit Ausnahme der Anklageschrift. Damit war die Frage erneut zur Überprüfung gestellt, ob es sich bei diesem Kreis, der sich selbst in den Vernehmungen durch die Gestapo als Freitagskränzchen bezeichnet hatte, zum Widerstand zu zählen ist oder nicht.

Zur Stützung seiner These hatte unterdessen Adamo in den „Mitteilungen“ des Oberhessischen Geschichtsvereins, NF 80, S. 223ff. eine Liste von Personen und Gelegenheiten veröffentlicht, durch die bzw. bei denen dieses Kränzchen als eine Widerstandsgruppe bezeichnet wurde. Ein Sachkriterium, das eine solche Bezeichnung rechtfertigen würde, sucht man allerdings vergebens. Soweit sich Adamo dabei auf Aussagen von Personen beruft, die der kommunistischen Bewegung angehören, muß auf folgendes aufmerksam gemacht werden: 1935 wurde auf dem 7. Plenum der Kommunistischen Internationalen und nachfolgend auf der Brüsseler und Berner Konferenz der KPD eine Strategie festgelegt, die nach Kriegsende ihre politischen Wirkungen entfalten sollte¹. Es ging politisch um die Herstellung möglichst breiter Bündnisse bis tief in das Bürgertum hinein. So war es verständlich, daß ein Element der Bündnisstrategie darin bestand, von der KPD alles als Widerstand hinzunehmen und zu würdigen, was von den entsprechenden Gruppen und Institutionen als solcher bezeichnet wurde. Im übrigen gedachte man der Opfer des Widerstandes als Opfer des Faschismus. So wurde bewußt darauf verzichtet, die strengen Kriterien, die an den eigenen Widerstand angelegt wurden, zugrunde zu legen. Recht gesehen informiert Adamo deshalb mit seiner Aufzählung nur

¹ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Referate und Resolution, Frankfurt am Main 1975, siehe hierzu das Referat von Georgi Dimitroff, S. 91-164; Klaus Mammach: Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.-15.10.1935), Frankfurt 1975; derselbe: Die Berner Konferenz der KPD (30.01.-1.02.1935), Frankfurt 1974

darüber, wer wann den Kaufmann-Will-Kreis als Widerstandsgruppe bezeichnet hat - mehr nicht.

Jathos Arbeit macht es nun möglich, daß eine Fülle von Material nachlesbar und damit für die Diskussion fruchtbar gemacht werden kann. Seiner Arbeit wäre es freilich zustatten gekommen, wenn er das von ihm ausgebreitete Material in seiner weit ausgreifenden Einleitung auch tatsächlich herangezogen und verarbeitet hätte. Auch wenn er die Skala des Historikers Peukert anführt, mit deren Hilfe es anhand einer Vielzahl von Kriterien möglich ist, den Charakter vom widerständigen Handeln näher zu qualifizieren, so hat sich Jatho nur sehr spärlich auf eine Diskussion des Handelns dieser Gruppe eingelassen, um desto mehr darüber zu spekulieren, daß sich der Oberhessische Geschichtsverein als eine Organisation zum Weißwaschen der braunen Vergangenheit der Gießener Prominenz betätige. Die hierfür angeführten Belege finden sich u.a. im Anhang des Buches in Form eines alphabetisch geordneten Personenregisters, welches mindestens für eine Person falsch ist und deswegen auch eingeschwärzt werden mußte. Wenn Jatho diese Meinung über den Oberhessischen Geschichtsverein hat, wäre es sinnvoll, eine Arbeit über die Tätigkeit des Geschichtsvereins vor, während und nach der braunen Diktatur vorzulegen. Diese müßte aber entscheidend über das hinausgehen, was in dem Register an Zugehörigkeiten von Personen zu NS-Organisationen aufgeführt worden ist. Nicht erst seit den Tagebüchern von Victor Klemperer wissen wir, daß allein die Mitgliedschaft in einer NS-Organisation nicht zwingend schon bedeutet, daß die betreffende Person ein tiefbrauner Nazi gewesen sein müsse. Will man Personen wirklich bewerten, kommt es darauf an zu rekonstruieren, was diese über ihre organisatorische Zugehörigkeit hinaus wirklich getan haben. Diese Analyse fehlt aber durchgängig. Deshalb ergeben sich aus den Hinweisen Fragen, sie bieten aber kein ausreichendes Material für Antworten.

Woran die Positionen in der Diskussion nach meiner Auffassung krankt, ist, daß beide Seiten den NS-Staat außerordentlich monolithisch begreifen. Die Wirklichkeit auch des NS-Staates ist - was gerade die Diskussion um Widerstand und Resistenz auszuloten sucht - sehr viel differenzierter und mehrschichtig, wofür auch die Geschichte des Kaufmann-Will-Kreises ein erhellendes Beispiel sein dürfte.

2. Am 6.02.1942 drangen Gestapomänner spätabends in die Wohnung von Dr. Kaufmann ein und verhafteten dort neben Heinrich Will, seiner Ehefrau und Pfarrer Steiner noch weitere Personen, die nach kurzem Verhör im Gestapokeller in Gießen nach Darmstadt überstellt wurden, um dort weiter verhört zu werden. Vor allem Pfarrer Steiner aus Hausen wurde derartig drangsaliert und gefoltert, daß er vermutlich Selbstmord beging. Die anderen wurden nach ausführlichen Verhören vor den Volksgerichtshof in Darmstadt gestellt und verurteilt.

Liest man die Vernehmungsprotokolle, so ist auffällig, wie in den Ver-

nehmungen versucht wird, aus dem Kaufmann-Will-Gesprächskreis ein staatsgefährliches Komplott zu schmieden, das sich des Hochverrates schuldig gemacht habe. Immer wieder wird der staatsfeindliche Charakter der Äußerungen hervorgehoben (zum Beispiel in: Jatho, S. 75, 81, 83, 89). Eine der verhafteten Frauen, die Studentin Roese, bezeichnet in den Voruntersuchungen die Äußerungen Wills gar als „marxistisch“ (in: Jatho, S. 100), und Pfarrer Steiner meint, Wills politische Richtung sei „radikal und kommunistisch“ (in: Jatho, S. 118). Ob dies von den Befragten wirklich so gesagt oder auch nur so gemeint worden ist, ist eher zweifelhaft - die Sprache der Vernehmungsprotokolle ist ganz offensichtlich diejenige der vernehmenden Beamten -, dies ist aber auch letztlich zweitrangig. Wichtig ist nämlich das Interesse der vernehmenden Beamten, aus diesem Gesprächskreis eine Organisation zu machen, die den Hochverrat geplant hat, zu dem erschwerend auch noch das Abhören von Feindsendern hinzukommt. Roese bezeichnet wohl wunschgemäß diesen Kreis als „gefährlich“ (in: Jatho, S. 99), Emilie Schmidt, eine weitere Besucherin des Kränzchens, als „illegalen Verschwörerklub“ (in: Jatho, S. 107), Kaufmann spricht vom „Komplott“ (in: Jatho, S. 71). Der Gesamteindruck, der sich aus den Vernehmungen ergibt, ist zunächst der, daß sich hier eine Gruppe traf, in der konspirativ auf den Umsturz des politischen Systems hingearbeitet wurde. So sah auch der Grundtenor der Anklageschrift aus (Adamo, in: Heinrich Will, S. 221ff.). Man kann - gerade wenn man die Kriegssituation, den terroristischen Charakter der NS-Diktatur und die Bedingungen eines politischen Strafverfahrens bedenkt - davon ausgehen, daß hochversierte Vernehmungsbeamte am Werke gewesen sind, die wußten, welche psychologischen und physischen Mittel einschließlich der Folter eingesetzt werden konnten und wurden, um die entsprechenden Geständnisse zu erhalten. Dies dürfte bei dem betroffenen Personenkreis um so leichter gewesen sein, weil - soweit bekannt - alle Betroffenen keinerlei Erfahrungen mit der Strafjustiz oder den politischen Verfolgungsorganen hatten. So wird man ihnen, so ist zu vermuten, leicht die Äußerungen in den Mund geschoben haben können, die aus Sicht der Vernehmungsbeamten für die Anklageschrift gebraucht wurden. Die reuigen Eingeständnisse des staatsfeindlichen Tuns gehören, zumal in der konkreten historischen Situation, zu dem Ritual solcher Gesinnungsverfahren, in denen das Opfer zur Einsicht und zum Geständnis seiner „Schuld“ gebracht werden soll.²

In dem Gerichtsverfahren, das als Schauprozeß in einer großen Öffentlichkeit durchgeführt wurde, muß sich der Eindruck, daß diese Gruppe konspirativ am Umsturz des NS-Systems gearbeitet habe, aber nicht

² Siehe hierzu die grundlegende Studie von Otto Kirchheimer, Politische Justiz, Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken (1961), 1981, Frankfurt a.M.

eingestellt haben. Das Gericht betont ausdrücklich: „Der Vorbereitung zum Hochverrat hat der Senat keinen der Angeklagten als überführt erachtet. Abgesehen davon, daß sie einer auf gewaltsamen Umsturz gerichteten Organisation nicht angehört haben (womit zugleich der Vorwurf, Will sei Marxist und Kommunist, fallen gelassen wurde, d.Verf.) läßt sich bei Kaufmann und Will auch nicht nachweisen, daß sie selbst zu einem Umsturz beitragen wollten. Mehr Bedeutung als der Erörterung der möglichen Folgen eines verlorenen Krieges läßt sich den Gesprächen über den Umsturz oder die Aufteilung des Reiches nicht beilegen“ (in: Jatho, S. 155). Das Gericht hebt gar hervor, daß das Abhören von Feindsendern praktisch keinen Nachteil „für das Reich bedeutet habe und der Vorteil für die Feindmächte unbedeutend gewesen ist“ (in: Jatho, S. 156).

Über Kaufmann und Will wird aber dennoch die Todesstrafe verhängt. Warum? Das Gericht gibt die Antwort: Weil sie als gefährliche ideologische Gefahrenherde „deutsche Frauen defaitistisch infiziert“ hätten (in: Jatho, S. 156). Zwei Momente sind hier bedeutsam: Erstens die ideologisch seuchenpolizeilich zu bekämpfende Gefahr und zweitens die Verführung bis dato ideologisch unschuldiger Frauen, denen durch Kaufmann und Will ihre Unschuld geraubt wurde. Beide verdienen deshalb den Tod, weil sie als gebildete Männer wehrlose Frauen ideologisch geschändet haben. Damit wird neben den ursprünglichen Anlaß, das Rundfunkverbrechen, ein zweites Vergehen gestellt, dem ein Frauenbild zugrundeliegt, welches aus zwei Komponenten besteht: Erstens die Frau sollte eigentlich immer im Status der Unschuld verbleiben, also nicht erwachsen werden; zweitens weil die Frau im Prinzip immer unerwachsen bleibt, ist sie dem Mann spezifisch unterlegen und deswegen verführbar. Die Frauen werden in diesem Verfahren bestraft (2-3 Jahre Gefängnis), weil sie sich ideologisch haben verführen lassen. Da sie aber nur passive Opfer sind, werden sie nicht zum Tode verurteilt. Dies trifft nur auf die Frau von Heinrich Will nicht zu, die Jüdin war: Sie wird nicht nur mit einer empfindlich höheren Gefängnisstrafe (6 Jahre) belegt, sondern später auch in ein KZ verbracht, in dem sie schließlich umkommt. Der Volksgerichtshof hält Elisabeth Will vor: „Sie ist Jüdin, deshalb besonders verpflichtet, sich den Vorschriften zu fügen und in dieser Hinsicht auch verpflichtet, ihrem Mann gegenüber standhaft zu bleiben“ (in: Jatho, S. 157).

Warum wurde Heinrich Will schließlich als einziger aus dem Kreis hingerichtet? Einiges ist u.a. dem Gnadengesuch, das seine Verwandten eingereicht haben, zu entnehmen (Jatho, S. 141f). Will wird dort als jemand vorgestellt, der sich sehr intensiv vor 1933 um die Propagierung des Nationalsozialismus bemüht haben soll, wenn er auch nicht in der NSDAP Mitglied gewesen sei. Nach 1933 leitete er drei Jahre lang die Bezirksgruppe der bildenden Künstler in Oberhessen und erhielt dafür den Ehrenbrief des Präsidenten der Reichskammer für Bildende Künste. Man kann vermuten, daß Will eifrig, politisch naiv diesen Posten wahrgenommen

hat, denn in dem Gnadengesuch wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß seine nicht erfolgte Gleichstellung als Künstler mit den Berufsbeamten aufgrund seiner Heirat mit einer jüdischen Frau eine politische Umorientierung ausgelöst habe. In der Anklageschrift stand es noch anders. Erst durch das Urteil, sodann aber auch in den Gnadengesuchen wird im wachsenden Maße Frau Will für den Gesinnungswechsel von Heinrich Will verantwortlich gemacht. Wenn Adamo Recht hat, dann ging dies wohl auf Frau Will selbst zurück, die von sich aus auch zur Rettung ihres Mannes begonnen haben soll, die Scheidung zu betreiben (Adamo, in: Heinrich Will, S. 242) - darauf ist noch zurückzukommen. Dies wird im übrigen auch vom Volksgerichtshof so bewertet (in: Jatho, S. 145).

Neben dem Verbrechen der ideologischen Verseuchung und Verführung wehrloser Frauen kommt bei Will straferschwerend hinzu, daß dieser sich der Sexualreglementierung der Nazis entzogen hat, indem er sich nicht von seiner jüdischen Frau hat scheiden lassen wollen. Er war nach Auffassung der Nazis somit jemand, der bewußt seine eigene ideologische Ansteckung durch seine Frau in Kauf genommen hat, wie es in seinem Umdenkungsprozeß auch deutlich wurde. Das unterscheidet ihn von Kaufmann, dem trotz seiner „sehr großen Schwäche für Frauen“ (in: Jatho, S. 150) nicht nachgesagt werden kann, daß er den Sexualkanon der Nazis gebrochen habe. Ich vermute daher, daß nicht nur die abschreckende Wirkung des Vollzugs des Todesurteils für die Ablehnung einer Begnadigung Wills Ausschlag war, denn diese Wirkung hätte sich mit der Hinrichtung Kaufmanns aufgrund dessen herausgehobener gesellschaftlichen Stellung aus Sicht der Nazis vielleicht sogar besser erreichen lassen. Ausschlaggebend könnte vielmehr genau diese Verweigerung der Befolgung des harten Sexualimperativs der Nazis durch Will gewesen sein. Bei Kaufmann kommt strafmildernd hinzu, daß er zwar die ideologische Gefolgschaft aufkündigte, aber dies war eine Entscheidung, deren Gründe in seiner Person lagen, und die nicht von außen induziert war. Will allerdings war dem Bild der Nazis vom deutschen Manne nicht gerecht geworden, weil seine Umorientierung durch eine Frau verursacht war; er war nicht Manns genug, den Bruch mit dem Nationalsozialismus kraft eigener Entscheidung zu vollziehen, sondern er war Opfer einer Verführung. Er hatte sich in dieser Hinsicht wie eine Frau verhalten und mußte wohl deswegen aus der männerbündisch begriffenen Gemeinschaft ausgestoßen und vernichtet werden.³ Nur insofern könnte die Annahme zutreffen, man habe Will als einen Abweichler exemplarisch bestrafen wollen: Es war nicht der politisch-ideologische Fall, der bestraft wurde, sondern die viel weitergehende Verweigerung, sich auf den Sexualkanon der Nazis einzulassen, aus der dann die ideologische Abweichung erwuchs.

³ Siehe zu diesen Zusammenhängen auch Klaus Theweleit, Männerphantasien, 2 Bände, 1978, Frankfurt a.M.

Wenn Will sich dieser Reglementierung entzog, so deswegen, weil er das Verhältnis zu seiner Frau als etwas betrachtete, in das der Staat sich einzumischen nicht das Recht habe, weil in eklatanter Weise die für die Persönlichkeitsentfaltung grundlegende Bedingung von Privatheit des Menschen verletzt würde. Ehe und Privatleben gehören zu der autonomen Sphäre, die sich staatlicher Reglementierung entzieht. Was für Will galt, galt ebenso auch für die anderen. Kaufmann verteidigt die Zusammenkunft der Gruppe ausdrücklich: Der Zweck der Zusammenkünfte war fürs erste die Freundschaft (in: Jatho, S. 56). Auch Will stimmt dem zu: „Dieser Freundeskreis wurde mit der Zeit zu einem intimeren Zirkel aufgebaut, bei dem ohne gegenseitige Hemmungen vor allem auch in politischer Richtung Unterhaltungen gepflegt wurden. Ihr Vertrauen war so groß, daß wir Gleichgesinnten den Schweizer und Londoner Sender gemeinsam abgehört haben“ (in: Jatho, S. 89). Diese beiden in den Vernehmungsprotokollen auftauchenden Äußerungen legen nahe, daß sich das Kränzchen als eine Gruppe verstand, die in der abgeschlossenen Sphäre von Privatheit und Vertrauen glaubte, sich offen miteinander austauschen zu können. Für die Mitglieder des Kreises mußte deshalb der Vertrauensbruch der Dagmar Imgart besonders schändlich wirken.

Zwei Kriterien waren es, die erfüllt sein mußten, um in den Kreis aufgenommen zu werden. So wurde erwartet, daß es sich bis auf eine Person um Angehörige der Bildungsschicht handelte (Kaufmann, in: Jatho, S. 65), und „man könne unmöglich heute mehr mit einem Menschen verkehren, der nicht die Unsinnigkeit der deutschen Eroberungspläne eingesehen habe, denn die Unterdrückung der fremden Völker sei ja barbarisch“ (Kaufmann, in: Jatho, S. 68). Kaufmann begründet die Bildung des Kreises schließlich mit der Zerstörung seiner ihm bisher vertrauten Öffentlichkeit, in der er sich bewegte: „Die Auflösung der Korporationen und die Folgen des Kirchenstreites zwangen mich dann vollends noch in das gegnerische Lager“ (in: Jatho, S. 65). Als selbstverständlich nimmt er für sich in Anspruch, daß er sich selbst ein Bild von der politischen Lage machen könne und daß er deswegen auch Feindsender hören dürfe.

Nun mag dies alles sicher nicht Widerstand in Form zum Beispiel illegaler Arbeit, Sabotage und sonstigen, notfalls gewalttätigen Aktionen gewesen sein. Wie das Gericht beurteilt auch Jatho die Gruppe als nicht systemgefährdend, da sie keinen eigenen politischen Anspruch auf einen konkreten politischen Widerstand und neuen politischen Entwurf hat. Zählt man die Motive zusammen, die zur Bildung des Kaufmann-Will-Kreises geführt haben, dann kommen laut den Protokollen doch eine erkleckliche Anzahl von Resistenzmotiven und -handlungen zusammen: Zerstörung der bisher gewohnten Öffentlichkeit, bildungsbürgerliche Abschottung gegen den nationalsozialistischen Pöbel, das Recht auf eigene Informationsbeschaffung und Auswertung, Schaffung einer privaten Sphäre, in denen die Imperative des nationalsozialistischen Staates in

bezug auf die Kommunikationsformen und -gegenstände nicht anerkannt werden und ebenso gravierend die Mißachtung der nationalsozialistischen Sexualeinschränkungen. Das alles ist Ausdruck des Selbstbewußtseins einer bürgerlichen Schicht, die davon ausgeht, daß das Individuum durchaus einen Wert in sich selber habe, der nicht nur sich selbst gegenüber, sondern auch im anderen geachtet werden muß. Ihr renitentes Verhalten richtet sich gegen die Verhaltenszumutungen, die der nationalsozialistische Staat als notwendig zu erbringende Leistung fordert. In des Wortes ursprünglichen Sinn kann dies durchaus als politisch, als auf das Gemeinwesen zielend verstanden werden, weil hier ein Protest gegen diese Zerstörung eines des Menschen würdigen Gemeinwesens vorliegt.

3. Will man nun diesen gesamten Vorgang gewichten, so gilt es, folgende Aspekte herauszustellen:

Entgegen den Vernehmungsprotokollen - und wohl auch den Ausführungen in der Anklageschrift - geht die richterliche Einschätzung dahin, daß, um die Selbstbenennung der Mitglieder des Kaufmann-Will-Kreises aufzunehmen, das „Freitagskränzchen“ jedenfalls nicht als eine politische Widerstandsorganisation einzuschätzen sei. Zu konstatieren gilt es ferner, daß es Gnadengesuche gab, in denen zugunsten Heinrich Wills auf eine schon sehr frühe Agitation zugunsten der Nazis hingewiesen wird. Es gilt ferner, daß der Verteidiger von Will, Rechtsanwalt Zimmer - zugleich Vater von Gaby Rehnelt - in einem Schreiben vom 27.07.1942 ausführt: „Daß er (Will, d.Verf.) im Jahre 1930 eine Jüdin geheiratet hat, hat er erst später erfahren“ (in: Jatho, S. 136 Anmerkung 274). Demgegenüber berichtet Gaby Rehnelt in ihrem Beitrag: „Fast vier Jahre lang sehen sie sich (gemeint ist Heinrich Will und seine spätere Frau Elisabeth Klein, d.Verf.), aber meist nur sonntags, wenn Familie Klein ... spazieren geht ... Heinrich Will sitzt still neben Liesel, hält ihre Hand und trinkt ein Glas Milch“ (Rehnelt, in: Heinrich Will, S. 323). 1930 heirateten beide. Kurz zuvor tritt Elisabeth zum evangelischen Glauben über. Soll Heinrich Will dies tatsächlich, wie im Gnadengesuch geltend gemacht wird, nicht gewußt haben? Verständlich wird eine solche Behauptung des Verteidigers nur dann, wenn man davon ausgeht, daß es bei Gnadengesuchen darauf ankommt, solche Argumente zu präsentieren, die den Betroffenen in einem guten oder wenigstens milden Licht erscheinen lassen. Ob diese vom Verteidiger aufgestellte Behauptung tatsächlich hilfreich war - sie ließ sich vermutlich relativ rasch widerlegen -, darf bezweifelt werden. Andererseits war sie geeignet, die These der Verführung Wills durch eine Frau, wie das Gericht es sah, eher zu bestärken. Außerdem läßt die Heirat daran Zweifel, daß Heinrich Will wirklich ein gewissermaßen sattelfester Nazi gewesen war, denn dazu hätte auch das Bekenntnis zum Antisemitismus als demjenigen Bestandteil in dem ideologischen Gebräu⁴ gehört,

⁴ Der Nationalsozialismus hat es nie geschafft, eine ähnlich konsistente theoretische

das die ideologische Kernsubstanz der Nazis ausmachte. Es ist gerade die Heirat, die als ein gewissermaßen erratischer Block in der Biographie Wills steht.

Solange aber nicht alle noch verfügbaren Dokumente über die Beziehung Wills zu seiner Frau zugänglich sind und demzufolge bewertet werden können, steht diese Heirat quer zu den Argumentationskontexten der sich widersprechenden Autoren. Entweder war Will, wie die Argumentation in den Gnadengesuchen glauben machen will, in allen Stücken ein Nazi, der nur bei seiner Frau von seiner antisemitischen Einstellung eine Ausnahme machte. Oder Will war ein Konservativer, bei dem man dann allerdings sein Verhältnis zum nationalsozialistischen Regime in Anbetracht der Übernahme von Funktionen im Bereich der Kulturorganisationen klären müßte. Um die Frage zuzuspitzen: War Will Antisemit? Hing er etwa der Rassenlehre an oder verhielt er sich selektiv, indem er zwar zum Beispiel die Bekämpfung der Sozialdemokratie begrüßte, dem Heimatkult anhing, der sich in seiner Malerei manifestierte, aber eben kein Antisemit war? Will trat nie in die NSDAP ein. Sollte er sich dessen bewußt gewesen sein, daß ein Eintritt in die Partei für ihn wegen seiner jüdischen Frau nur schwer möglich war, eben wegen des militanten Antisemitismus?

Wie reagierten zum Beispiel die Brüder und die Eltern auf Elisabeth? Der Brief des Bruders Georg aus den USA vom 9.07.1940 (in: Jatho, S. 138ff) strotzt voller Antisemitismen und Antikommunismen und wirft die Frage auf, wieweit Will und seine Frau in dieser Familie akzeptiert waren. Am Schluß des Briefes wird nur Heinrich Will, nicht aber dessen Frau mit

Gestalt zu gewinnen wie etwa der Marxismus-Leninismus; er hat auch nie Schriften hervorgebracht, die jene argumentative Stringenz und systematische Logik besitzen wie zum Beispiel „Das Kapitel“ von Karl Marx. Ein Vergleich dieses Buches etwa mit Hitlers „Mein Kampf“ oder Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“ verbietet sich allein schon aus sprachlich-ästhetischen Gründen, von der theoretischen Substanz ganz zu schweigen. Der Nationalsozialismus ist ein Gemisch aus sozialen Ressentiments, Konservatismen, Autoritarismus, Germanenkult - der aber nicht von allen ernst genommen wurde - und Rassismus. Dieser Rassismus ist allerdings der harte Kern des Nationalsozialismus, weil das, was an eigenständiger Politik des Nationalsozialismus auszumachen war und wodurch er sich von allen anderen ideologischen Politiken unterschied, die gnadenlose Durchsetzung seiner Rassenideologie war. Daß es innerhalb dieser Rassentheorie bezüglich der Wertigkeit der Rassen Abstufungen gab, zeigt nicht nur die Vernichtung der Juden und ihre mit Abstand brutalste Mißhandlung in den Konzentrationslagern, sondern ebenso die unterschiedlichen Formen der Kriegsführung an der Ostfront, die von Beginn an als Vernichtungskrieg geplant worden waren, und an der Westfront, die sich eher an die Regeln der klassischen Kriegsführung hielten. An der Ostfront ging es nicht nur um die Vernichtung des ideologischen Feindes, sondern auch um die Unterwerfung und teilweise Vernichtung der Slaven; an der Westfront hatte man es im Sinne der Nazis mit rassisch höherstehenden Völkern zu tun, mit denen man eher von gleich zu gleich glaubte verkehren zu können, wobei die germanische Überlegenheit natürlich gewahrt sein sollte.

einem Gruß bedacht. Der Brief ist wohl von Rechtsanwalt Zimmer seinem Schreiben vom 3.07.1942 an den Volksgerichtshof beigelegt worden, in dem er auch Zeugen benennt, welche Heinrich Wills frühes Eintreten für den Nationalsozialismus bekunden sollen (in: Jatho, S. 134) - dazu sogleich. Wenn tatsächlich starke Sympathie mit und Mitgliedschaft in der NSDAP bzw. ihren Unterorganisationen bestanden hatten, wie hat sich die Familie dann in ihrer sozialen Umgebung verhalten? Versuchte sie, die jüdische Herkunft von Frau Will zu vertuschen? Was wußte man davon im Dorf bereits vor 1933? Oder wurde die jüdische Herkunft für die Öffentlichkeit erst nach dem Erlaß der Rasseschutzgesetzgebung deutlich? Da Kaufmann Frau Will in seiner Wohnung bei Besuchen von Will mit eingelassen hat, muß man auch bei ihm danach fragen, ob er Antisemit war, und wenn ja, welche Qualität dieser Antisemitismus angesichts der Verbindung mit Frau Will hatte. Selbst wenn Kaufmann bei den Vernehmungen behauptete, nicht gewußt zu haben, daß Frau Will Jüdin war, muß man sich angesichts der Prozeßsituation fragen, ob dies nicht eine Schutzbehauptung war. Wenn dies so sein sollte, dann würde dies bedeuten, daß die Frage der jüdischen Abstammung für Kaufmann nicht von Bedeutung gewesen war. Damit wäre aber die Behauptung, er sei ein alter Nazi gewesen, zumindest noch durch anderes als das Prozeßmaterial allein zu belegen, aus dem sein Antisemitismus hervorgehen müßte.

Es ist richtig, daß in dem von Jatho ausgebreiteten Material, vor allem in den Gnadengesuchen darauf hingewiesen wird, daß sich Will bereits sehr früh für die Nazis eingesetzt und seine Brüder veranlaßt haben soll, der NSDAP beizutreten. Bei diesen Behauptungen muß man sich fragen, ob sie einer Überprüfung standhalten.

In bezug auf Wills Brüder dürften die Behauptungen zutreffen, waren also für Will entlastend. Daß Will bereits 1921 für die Nazis Propaganda gemacht oder 1926 das Absingen der „Internationalen“ gestört haben soll, wird sich nur schwer belegen oder widerlegen lassen. Schriftliche Zeugnisse sind wohl nicht vorhanden. Das sah im übrigen das Gericht genauso. Denn Zimmer hatte in seinem Schreiben vom 10.07.1942 beantragt, zwei Zeugen vor dem Volksgerichtshof zu hören, und zwar den Bruder Philipp Will und Heinrich Rabenau, die beide bestätigen sollten, Heinrich Will habe sich viele Jahre für den betont völkischen und später nationalsozialistischen Gedanken eingesetzt (in: Jatho, S. 137/138). Der Volksgerichtshof lehnte den Beweisantrag ab, weil „die in der Eingabe behaupteten Tatsachen, zu denen die Zeugen vernommen werden sollen, als wahr unterstellt werden können“ (in: Jatho, S. 138 in Anmerkung 277). In der Urteilsbegründung wird darauf zweimal Bezug genommen: „Nach seiner unwiderlegten Darstellung hat er (gemeint ist Heinrich Will) sich schon bald nach ihrer Gründung für die NSDAP eingesetzt, ist aber nie ihr

Mitglied gewesen“ (in: Jatho, S. 145).⁵ „Heinrich Will hat sich, wie ihm der Senat glaubt, bis zum Jahre 1930 für den Nationalsozialismus eingesetzt. Da ihm dies geglaubt wird, war es entbehrlich, hierüber die von dem Verteidiger in der Hauptverhandlung beantragten Zeugen zu vernehmen“ (in: Jatho, S. 134).

Zum Hergang. Obwohl der Volksgerichtshof die Vernehmung der benannten Zeugen abgelehnt hatte, beantragt der Verteidiger Zimmer in der Hauptverhandlung noch einmal die Vernehmung der von ihm als Entlastungszeugen genannten Personen. Das Gericht unterstellt, daß deren Aussagen wahr seien. Sind sie es wirklich? Einem Gericht ist es freigestellt, während eines Verfahrens gestellte Beweisanträge abzulehnen. Eine solche Ablehnung muß begründet werden. Aus prozeßökonomischen Gründen kann ein Gericht zum Beispiel einen Beweisantrag dadurch erledigen, daß es den behaupteten Sachverhalt kurzerhand für wahr hält. Damit ist nicht gesagt, daß es sich auch tatsächlich so verhalten muß. Denn es mag zum Beispiel sein, daß das Gericht die zum Beweis gestellten Tatsachen in bezug auf den Prozeßstoff für unerheblich hält. Dies gilt insbesondere für Beweisangebote bei Leumundsaussagen, die den Angeklagten positiv würdigen sollen. Zur Aufhellung des Tathergangs tragen sie meist kaum etwas bei. Die Aussagen, die Zimmers Entlastungszeugen machen sollten, liefen darauf hinaus, daß Will eigentlich so lange den Nationalsozialismus unterstützt habe, bis er heiratete und von da ab vom Nationalsozialismus - wie der Volksgerichtshof formuliert - „abgeglitten ist“ (in: Jatho, S. 134). Ungeklärt bleibt angesichts der widersprüchlichen ideologischen Gestalt des Nationalsozialismus, was das Beweisangebot tatsächlich hätte erbringen sollen und was die Zeugen hätten tatsächlich bekunden können. Vermutlich würde kaum mehr dabei herausgekommen sein, als daß Will wie viele andere seiner Generation unzufrieden mit der Weimarer Republik war, und in dem Völkischen oder auch der nationalsozialistischen Partei eine Chance sah, die von ihm abgelehnte demokratische Staatsform durch eine andere zu ersetzen, die zugleich auch Deutschlands Größe würde restaurieren können. Solange dies aber nicht tatsächlich geklärt ist und auch nicht bekannt ist, welche politischen Vorstellungen Will tatsächlich hatte, ist Vorsicht angebracht, Will als Nazi zu bezeichnen. Zumindest müßte ihm hierfür ein rassistisches Denken und somit ein Antisemitismus nachgewiesen werden können.

Selbst dann also, wenn die beiden Behauptungen zutreffen sollten, daß Will für die Nazis schon 1921 Propaganda gemacht, bzw. 1926 das Absingen der „Internationalen“ gestört haben soll, sagen sie letztlich wenig darüber aus, ob Will als Nazi bezeichnet werden könnte. Für die Gnaden-

⁵ Hierauf beruft sich zur Stützung seiner These, daß Heinrich Will während der Weimarer Republik ein Nazi gewesen sei, auch Bruno W. Reimann in seinem Schreiben an den Magistrat der Stadt Staufenberg vom 24.07.1996

gesuche war allerdings das Vorgehen des Gerichtes, die Tatsachenbehauptungen durch Zeugen nicht bekräftigen zu lassen, sondern - weil weder hieb- und stichfest zu belegen, noch zu widerlegen - als wahr zu unterstellen, zweischneidig, weil die weitere Benutzung dieses Arguments auf schwankendem Boden stand. Andererseits können in einem normalen prozessualen Verlauf die als wahr unterstellten Tatsachenbehauptungen, zum Beispiel bei Berufungen oder Gnadengesuchen argumentativ so genutzt werden, daß ihr Wahrheitsgehalt zunächst nicht bezweifelt werden kann, es sei denn in einer Berufungsverhandlung werden die von der Vorinstanz als wahr unterstellten Tatsachenbehauptungen Gegenstand einer eigenen Überprüfung. Ob sich allerdings bei der Verwilderung der Rechtspflege im Dritten Reich vor allem gegen dessen Ende dieser Grundsatz, der nicht nur prozeßökonomischen Sinn hat, sondern auch der Maxime *In-dubio-pro-reo* dient, noch beachtet wurde, darf bezweifelt werden. Der Verteidiger Zimmer war indes in der Wahl seiner Argumente auf alles angewiesen, was den Leumund Wills aus der Sicht der NS-Staatsorgane positiv darzustellen in der Lage war. Nach Abschluß des Verfahrens behauptete Zimmer sogar in seinem Gnadengesuch, „im hiesigen Turnverein trug er (gemeint ist Will) sehr dazu bei, daß das Abgleiten ins marxistische Fahrwasser verhindert wurde“ (in: Jatho, S. 142). Ob diese Behauptung sich überprüfen ließ, steht dahin.

Wir haben bereits schon gesehen, daß Rechtsanwalt Zimmer mit riskanten, weil leicht zu überprüfenden unrichtigen Tatsachenbehauptungen zur Entlastung von Will arbeitete. Es ist bis zum Beweis des Gegenteils davon auszugehen, daß die Vorbereitung des Prozesses und die Gnadengesuche und damit die Selektion der Tatsachen und die Behauptung von Tatsachen in Absprache mit dem Verteidiger Zimmer besprochen wurden bzw. geschehen sind; dies ist auch sonst bei derartigen Verfahren üblich. Man darf deshalb davon ausgehen, daß auch Wills Schreiben vom 28.06.1942, also vor Prozeßbeginn, in dem er sich als Sympathisant der NSDAP seit 1920 bezeichnete, mit Zimmer abgesprochen war. Ob es sich hier um prozeßstrategisch eingeführte wahrheitswidrige Behauptungen oder um Tatsachen handelte, muß durch weiteres zusätzliches Quellenmaterial überprüft werden, weil die vorgelegten Quellen in dieser Hinsicht nicht genügend zuverlässig sind. Selbst wenn sich Will subjektiv diese frühe Tätigkeit für die NSDAP zuschreibt, bleibt bei der diffusen ideologischen Struktur der Nazis tatsächlich offen, für was er eigentlich eingetreten ist. Wir wissen, daß ein Eintreten für die „Republikaner“ nicht immer bedeutet, auch einer zu sein; auch hier können soziale Ressentiments einen Kristallisationskern suchen und ihn bei dieser Partei finden. Der Nationalsozialismus war von Beginn an diffus genug, um viele unterschiedliche Ressentiments an sich binden zu können.

Auf diese beiden Behauptungen stützen sich jene, an ihrer Spitze Jatho, die Will zu einem Altnazi stempeln wollen. Aus dieser Sicht wird dann

gefolgert, daß Will als einer der Ihren von den Nazis mit dem Vorsitz des Künstlerbundes betraut wurde. Ob diese Schlußfolgerung tatsächlich zutrifft, ist durchaus zu bezweifeln. So ist bekannt, daß die Nazis zu Beginn des Dritten Reiches in den Bereichen, die nicht unmittelbar der Machtsicherung dienten, also der Polizei und wichtiger administrativer Positionen (zum Beispiel Bürgermeistern), vorsichtig voringingen. Der Künstlerbund dürfte eine Ansammlung von machtpolitisch gesehen eher unwichtigen Personen gewesen sein, die man hoffen konnte, durch freundliche Behandlung für sich zu gewinnen. Warum sollte man nicht auf einen politisch eher unerfahrenen Menschen zurückgreifen, der zudem durch seine jüdische Frau und durch fehlende Parteizugehörigkeit als Aushängeschild die beste Gewähr dafür bot, in diesem Segment der Bevölkerung durch Vorspiegelung von relativer Pluralität sich Wohlwollen zu erwerben? Gerade deswegen ist es wichtig zu wissen, wieweit bekannt war, daß Frau Will eine getaufte Jüdin war. Die Tatsache, daß Will wohl nach dem Erlaß der Rassenschutzgesetze als Künstler nicht den Berufsbeamten gleichgestellt und im übrigen in seiner Arbeit immer mehr eingeschränkt wurde, legt zwei Schlußfolgerungen nahe:

1. Man wußte höheren Orts davon, hat dies aber zunächst auf sich beruhen lassen, weil man einen späteren Zeitpunkt abwarten wollte, an dem man Will seines Postens entheben konnte, wenn man nur weit genug in der Eroberung der Macht vorangekommen war, so daß man auch die bis dahin unwichtigeren Organisationen unter das Parteidiktat stellen konnte.

2. Man wußte es nicht und hat erst bei einer Überprüfung der Personalunterlagen (zum Beispiel Standesamt) von Funktionsträgern dies festgestellt, und hat dann Will begonnen, zu drangsalieren.

Ich neige eher zur ersten Version, für die im übrigen spricht, daß Will für seine Tätigkeit ausdrücklich belobigt wurde, denn dann war der Fall für ihn noch jäh und entspricht im übrigen den politischen Infamien, die zum politischen Stil der Nazis gehörten.

Von Interesse wäre ferner zu erfahren, ob es eine Auseinandersetzung zwischen der unteren, am Ort ansässigen Organisation gab, wenn diese davon wußte - die Kenntnis sich zu beschaffen, dürfte nicht schwer gefallen sein, nachdem die Herrschaft über die Ämter aufgerichtet und damit der Zugang zu den Personalakten gesichert war - und den oberen Stellen, die dies nicht automatisch wissen mußten. Selbst wenn diese Stellen davon wußten, hätte sich daran ein Konflikt bezüglich der Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme entzünden können, in dem politische Opportunität und Reinheit der Lehre aufeinander trafen. Und es mag sein, daß die Opportunität zunächst siegte. Im übrigen spricht für diese Version, daß die Nazis - wie gesagt - zu Beginn ihrer Herrschaft versucht haben, sich im künstlerischen und wissenschaftlichen Bereich mit großen Namen zu schmücken.

Befunde dieser Art führen deshalb zu Fragen, die für eine Reihe von

Künstlern und Wissenschaftlern in der Nazidiktatur, nicht nur bei Richard Strauß, sondern beispielsweise auch Wilhelm Furtwängler und Martin Heidegger Gültigkeit haben: welche Dispositionen und Grundpositionen sind es im einzelnen, die sie für Vereinnahmungsversuche durch die Nazis haben verführbar werden lassen?

Resümiert man den vorliegenden Befund, so sind Belege für politischen Widerstand durch den Kaufmann-Will-Kreis bisher nicht zu finden. Sondern: Adamo und Jatho gehen selektiv mit den Quellen um. Beiden ist gemeinsam, daß sie, je nach ihrer Perspektive und ihrem Erkenntnisinteresse, einzelne Aussagen in den Quellen für bare Münze nehmen, ohne den konkreten Kontext zu berücksichtigen, in dem die Quellen, insbesondere die Vernehmungsprotokolle, auf die sich Adamo wesentlich zur Untermauerung seiner These vom Widerstand beruft, und die Gnadengesuche, auf die sich Jatho zur Entkräftung der These Adamos stützt, eigentlich entstanden sind und welchen Zweck Argumente in der Phase vor dem Prozeß und nach der Verkündung des Urteils spielen. Das ihren Thesen widersprechende Material wird ausgeblendet oder jedenfalls nicht argumentativ verarbeitet, wobei Jatho die Beurteilung des Gerichts bezüglich des Charakters der widerständigen Handlungen des Freitagskränzchens, die seine These stützen würde, auch nicht aufgreift. Beide stellen sich nicht wirklich dem gesamten Material und den sich daraus ergebenden echten oder auch scheinbaren Widersprüchen; in ihre Deutungen gehen sie nicht ein.⁶ Bei Adamo wird dies nachvollziehbar, wenn man die Verarbei-

⁶ Zur Kräftigung seiner These stützt sich Adamo schließlich auf Formen des magischen Denkens, wenn er schreibt: „Unter der Guillotine vermengt sich sein (Wills, d.Verf.) Blut mit denen der sieben tschechischen Widerstandskämpfer, die wenige Minuten vor ihm ermordet wurden“ (Adamo, in: Heinrich Will, S. 244). Was will Adamo mit dieser schauerlich anmutenden Blutmystik sagen? Soll aus dieser hinrichtungsbedingten Blutvermischung nachträglich abgeleitet werden, daß Will ebenso ein aktiver Widerstandskämpfer war wie die sieben Tschechen? Es ist durchaus legitim, den Leser auch mit blutigen Greuelszenen zu konfrontieren, wie dies kürzlich zum Beispiel Goldhagen in seinem Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ (Berlin 1996), wenn auch zum Entsetzen von Hans Mommsen, getan hat. Goldhagen schildert in seinem Buch sehr minutiös und zuweilen kaum erträglich, zu welchen Quälereien und sadistischen Gewaltanwendungen die NS-Mörder gegenüber ihren Opfern fähig waren, die häufig ihre Opfer nicht möglichst schnell getötet, sondern noch entwürdigt und körperlich auf das Schwerste malträtirt hatten. Der Erkenntniswert solcher Schilderungen kann darin gesehen werden, daß zum einen dies in der wissenschaftlichen Literatur bisher noch nicht in dieser Deutlichkeit geschehen ist, zum andern aber, um die These zu stützen, daß mit der Gewöhnung an die Tötung der Opfer ihre Mörder häufig immer mehr zu nicht unmittelbar aus der Situation selbst zu erklärenden Gewaltexzessen neigten. Einen derartigen Erkenntniswert läßt sich der Schilderung von Adamo nicht entnehmen, es sei denn, man rekurriert auf blutmystische Vorstellungen, denen zufolge vergossenes Blut zum Beispiel die moralische Qualität dessen ändert oder gar heiligt, der es vergießt, zu dessen Gunsten es vergossen oder dessen Blut selbst vergossen wird. Wenn Adamo auf solche letztlich magischen Vorstellungen glaubt zurückgreifen und argumentativ verwenden zu müssen, liegt die Frage nahe, wie sicher er sich seiner

tung von Anklageschrift und Urteil näher beleuchtet. Den Angeklagten wird in der Anklageschrift vorgeworfen,

„1. ausländische Sender absichtlich abgehört zu haben, 2. im Inland es unternommen zu haben, während eines Krieges gegen das Reich der feindlichen Macht Vorschub zu leisten, 3. das hochverräterische Unternehmen, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die Fassung des Reiches zu ändern, ... wobei die Tat darauf gerichtet war, zur Vorbereitung des Hochverrates einen organisatorischen Zusammenhang herzustellen oder aufrecht zu erhalten“ (Zitat von Adamo in: Heinrich Will, S. 221f). Daß im Urteil nur noch die Beschuldigungen zu 1. und 2. aufgeführt werden und, wie oben ausgeführt, auch nur in völlig verändertem Maße, wird von Adamo nicht verarbeitet, was übrigens auch für Jatho gilt. Wenn Adamo ausdrücklich betont: „Die Anklageschrift ... trägt die Unterschrift des Parrisius ... was er unterschreibt, ist für alle Beteiligten Ge-

thesen ist. Auch die bereits zitierte lange Auflistung der Gelegenheiten, in denen das „Freitagskränzchen“ als widerständige Organisation bezeichnet wurde, ist nicht nur ein Indiz für einen argumentativen Notstand, sondern ebenso auch Ausdruck eines magischen Denkens, welches durch ständige Wiederholung einer Formel oder Sachverhalte glaubt, daß sich die Wirklichkeit den eigenen Wünschen entsprechend neu formieren werde. (Welche Rolle die Blutmystik im Vorfeld des Nationalsozialismus gespielt hat, hat kürzlich René Freunds Buch „Braune Magie?-Okkultismus, New Age und Nationalsozialismus“, Wien 1995, gezeigt.) Ein weiterer Beleg dafür, wie Adamo sich bemüht, Will zum Widerstandskämpfer zu erklären, bietet folgende Stelle: „In seinem Urteil erklärt der VGH: Beide Angeklagte - Kaufmann und Will - hätten den „Tatbestand der landesverräterischen Feindbegünstigung als Täter (§ 47 StGP) in Tateinheit mit den von ihm begangenen Rundfunkverbrechen mit unbedingtem Vorsatz erfüllt.“ Für die Vorbereitung zum Hochverrat habe dagegen der Senat keine der Angeklagten als überführt erachtet. „Ein billiger Trost für die Verurteilten, denn diese formale Relativierung hat schon insofern keine Bedeutung, weil in der Praxis des VGH in dieser Zeit der drastischen Verschärfung aller Strafmaße die Grenzen zwischen Hoch- und Landesverrat immer mehr verwischt werden“ (Adamo, in: Heinrich Will, S. 234). Adamo gibt für diese These allerdings keine Belege. Für die damalige Rechtsprechung war das Abhören von Feindsendern automatisch mit dem Straftatbestand des Landesverrates gekoppelt und in dem Urteil wird auch mehrfach auf diesen Tatbestand des Landesverrates hingewiesen. Zu Recht betont Adamo, daß der Vorwurf des Hochverrates, auf den sich die Ermittlungen der Gestapo konzentrierten, vom Gericht fallengelassen wurde, weil sich offensichtlich nichts Einschlägiges in dieser Hinsicht nachweisen ließ. Wenn Adamo allerdings ohne Belege eine fortschreitende Verwischung von Landes- und Hochverrat in der nationalsozialistischen Rechtsprechung betont, dann soll damit die These vom Widerstand begründet werden. Verwischung bedeutet auch hier Mischung zweier Tatbestände: Wenn die Begehung von Hochverrat, welcher den klassischen Tatbestand Widerstand darstellt, gerade nicht festgestellt wurde, der Landesverrat alleine in dem Tatbestand des Feindsenderhörens gesehen wird, so soll damit offenbar eine Brücke zum Sachverhalt des politischen Widerstandes konstruiert werden. Daß auch diese Art von Landesverrat durch Rundfunkverbrechen im vorliegenden Fall durch den Volksgerichtshof ausdrücklich als ungefährlich eingeschätzt wurde, schwächt zusätzlich die These vom Landesverrat als Widerstand im vorliegenden Fall. Siehe dazu noch später im Text.

setz“ (Adamo, in Heinrich Will, S. 223), so wird diese Aussage unverständlich, weil der Volksgerichtshof schließlich dieses „Gesetz“ ja gebrochen hat. Die Differenz zwischen Urteil und Anklageschrift bietet vielmehr Anlaß für die Annahme, daß der Zusammenhang innerhalb des Nazismus, hier zwischen der Gestapo und der politischen Justiz des Volksgerichtshof, doch nicht so eng gewesen ist, sondern daß es, wie die Begründungen zeigen, durchaus eigenständige Bestrebungen innerhalb der Justiz gab, die ihre Definitionsmacht gegenüber einem anderen Staatsorgan demonstrierte. Und diese Feststellung gilt auch dann, wenn das Todesurteil gegenüber Will und Kaufmann schon vorher festgelegt worden sein sollte, weil die Differenz in der Begründung eben auch eine Differenz in der Sache ist: nämlich die, daß die Gestapo zum Erweis der Notwendigkeit ihrer Existenz wesentlich wegen Hochverrates ermittelte, der mit ihrem primären Ziel des Staatsschutzes übereinstimmte, während der Volksgerichtshof in erster Linie seine Aufgabe in der ideologisch-politischen Erziehung sieht und damit den Schwerpunkt auch auf die vom Sexualkanon abweichenden Verhaltensweisen und des Landesverrates legt, die bestraft werden. Der Landesverrat in Tateinheit mit dem Rundfunkverbrechen bedeutet das manifeste Mißtrauen in die ideologisch-politische Führung der Nazis. Hochverrat könnte auch von einer Naziclique praktiziert werden.

Das nunmehr zugängliche Material läßt auch die Gründe für die Begnadigung Kaufmanns und die Ablehnung des Gnadengesuchs von Will in einem neuen Licht erscheinen. Am 13.02.1943 wird Kaufmann begnadigt, am 4.02.1943 wird Wills Gnadengesuch abgelehnt. Adamo führt die Ablehnung von Wills Gnadengesuch auf die verlorene Schlacht von Stalingrad und die Vorbereitung des totalen Krieges zurück.⁷ Unterstellt man dieses Argument, so gibt es keinen Grund dafür, warum Kaufmann begnadigt wurde, zumal aus dem fotokopierten Schreiben vom 12.08.1942 klar hervorgeht, daß ein Gnadenerweis für Will und für Kaufmann nicht befürwortet wird (siehe Adamo, in: Heinrich Will, S. 253). So plausibel die Argumentation Adamos für die Einschätzung der politischen Großwetterlage sein mag, so wenig vermag sie in dem konkreten Fall die unterschiedliche Behandlung beider Gnadengesuche zu erklären. Für eine Abschreckung in der Öffentlichkeit wäre - wie bereits ausgeführt - der Vollzug des Todesurteiles gegenüber Kaufmann vermutlich breitenwirksamer gewesen.

4. Vom schwierigen Umgang mit den Dokumenten und Quellen zeugt auch das bereits erwähnte Schreiben von Reimann an den Magistrat der Stadt Staufenberg vom 24.07.1996. Aus dem Schreiben geht hervor, daß

⁷ Man könnte noch die Ergebnisse der Konferenz von Casablanca vom Januar 1943 hinzufügen, die die Fortsetzung des Krieges bis zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands festlegte.

Reimann das Buch von Jatho wie auch das von Gentges kennt. Deshalb ist nicht nachvollziehbar, weshalb er dann zwei gravierende Fehlinformationen ausbreitet:

Er zitiert aus einem an ihn gerichteten Schreiben von Ria Deeg vom 5.03.1990, mit dem er belegen will, daß Heinrich Will „ein aktiver Mitgänger“ der Nazis gewesen sei: „Der Kunstmaler Will war bis zu seiner Verhaftung im Auftrag der NSDAP Vorsitzender des Künstlerbundes. Er war bis zur Verkündung der Rassengesetze von der Naziideologie angetan. Erst als seine Frau, die Jüdin war, von den Rassegesetzen betroffen wurde, wurde er zum entschiedenen Nazigeegner.“ Ria Deeg schrieb diese Zeilen, als die Dokumente noch nicht veröffentlicht waren, also fehlerhaftes Erinnern durchaus möglich war. Aus den Dokumenten geht allerdings eindeutig hervor, daß Will von seiner Position als Vorsitzender des Künstlerbundes wegen seiner Frau bereits 1936 und nicht erst im Zuge seiner am 6.02.1942 erfolgten Verhaftung enthoben wurde (in: Jatho, S. 163).

Außerdem glaubt Reimann vor „Idealisierungen“ wie der folgenden warnen zu müssen: „Die Treue zu seiner Frau war ihm wichtiger als die rassistischen Imperative des nationalsozialistischen Systems, da es von ihm die Trennung forderte“ (so Manfred Mutz, in: Will, S. 7); denn am 26.08.1942 habe Rechtsanwalt Zimmer an den Oberstaatsanwalt am Volksgerichtshof geschrieben: „Ich habe den Auftrag, die Ehe (Wills) zur Scheidung zu bringen, und zwar entspricht dieser Auftrag dem eigensten Entschluß des Verurteilten“.

Hierzu führt Gaby Rehnelt, wohl in Kenntnis der entsprechenden Dokumente, aus: „Eine letzte Hoffnung für die Begnadigung ist nun die immer wieder von der Gestapo in Darmstadt verlangte Scheidung. Liesel Will besteht jedoch nach dem Urteil des Volksgerichtshofs auf einer Scheidung, um das Leben des geliebten Mannes zu retten. Widerstrebend gehen Heinrich Will und sein Anwalt auf die Idee einer Scheidung zum Schein ein. Sie wissen, daß die Ehe mit einem „Arier“ der letzte, wenn auch geringe Schutz für Liesel Will ist. Sie schreibt RA Zimmer in einem Gnadengesuch „von der geplanten Scheidung“, daß er den Auftrag habe, „die Ehe zur Scheidung zu bringen“. Aber nichts dergleichen geschieht, obwohl Liesel Will in ihrem letzten Brief vom 14.08 an die Angehörigen in Treis energisch verlangt, daß RA Zimmer sich um die Scheidung bemühen solle. Liesel Will will ihren Mann retten. Von ihr stammt die Idee der Trennung zum Schein, die natürlich nicht offen ausgesprochen wird. Und die unvorstellbare Tragik besteht darin, daß diese mutige Frau, die aus Liebe zu ihrem Mann zur Selbstaufopferung bereit ist, in einem Kassiber schreibt: „Auch das Theater der bevorstehenden Ehescheidung soll uns nicht angreifen. Wenn die Zeit uns günstig ist, kommen wir bald wieder zusammen. Laß uns nur unseren Lebensmut behalten, Liebster, das ist die Hauptsache.“ (Rehnelt, in: Will, S. 242).

Als Quelle wird angegeben: „Urteil des Kaufmann-Will-Kreises, AZ des Originals: 8 J 120/42g Berlin Document Center.“ (Ebenda, S. 266). Zumindest läßt diese Darstellung auch eine andere Interpretation zu, als dies Reimann nahelegt. Die Idee einer Scheidung wurde im übrigen bereits auch 1938 erwogen: Will erkundigte sich damals bei der Reichskulturkammer, ob im Falle einer Scheidung seine Wiederaufnahme möglich sei, was die Reichskulturkammer bejahte - freilich nur bei Vorlage des rechtskräftigen Scheidungsurteils. Daraufhin geschah nichts (Gentges, in: Will, S. 49 mit den Belegen).

Soweit Reimann bezüglich der Darstellungen Rehnelts und Adamos geltend macht, daß vor dem Volksgerichtshof und in den Gnadengesuchen die historische Wahrheit über Wills Rolle als glühender, wenn auch nicht organisierter Anhänger der NSDAP formuliert wurde, berücksichtigt dies nicht die Handlungsbedingungen im Rahmen eines Strafprozesses, geschweige denn eines Verfahrens vor dem Volksgerichtshof. Reimann argumentiert: „Wären sie (gemeint sind Rehnelt und Adamo) davon ausgegangen, daß der Rehnelt-Vater Zimmer vor dem Volksgerichtshof die historische Wahrheit gesagt hat, dann hätte die Will-Darstellung nicht in dieser Weise erfolgen können. Wären sie aber im anderen Fall davon ausgegangen, daß Zimmer nicht die Wahrheit gesagt hätte, dann hätte dies das Vater-Bild der Tochter ein weiteres Mal arg ramponiert, dann würde Zimmer als einer jener Winkeladvokaten erscheinen, der zu jedem vorgetragenen Sachverhalt die entsprechende Wahrheit heranschafft“ (Schreiben vom 24.07.1996 an den Magistrat der Stadt Staufenberg). Diese Alternative unterstellt, es sei das Gericht der Ort, an dem die historische Wahrheit kund werde, vor allem als ob der Volksgerichtshof das besonders geeignete Instrument dazu gewesen sei. Strafgerichte sind zwar verpflichtet, den Tathergang zu ermitteln, sie sind aber häufig darauf verwiesen, sich auf Plausibilitäten zu stützen. Dies gilt vor allem, wenn ein Gericht sich auf Zeugenaussagen und nicht etwa auch auf schriftlich oder sonstwie abgesicherte Dokumente stützen kann. Selbst vor rechtsstaatlichen Gerichten erlebt man, wie schwierig es ist, Tathergänge zu rekonstruieren. Man wird weder einem Verteidiger noch gar einem Angeklagten zumuten können, daß sie mehr zugeben, als nach Lage der Dinge unbestreitbar zugegeben werden muß. Gerade weil vor Strafgerichten die Plausibilität eine so große Rolle spielt, gibt es Instanzenzüge, in denen ein anderes Gericht sich erneut mit der Plausibilität auseinanderzusetzen hat. Geht es um Plausibilitäten, liegt die Aufgabe der Prozeßparteien darin, Tatsachen und Argumente zu finden und zu werten, die für die Plausibilität der eigenen Position sprechen.

Beim Volksgerichtshof allerdings kommt hinzu, daß mit der Einrichtung nicht nur der Instanzenzug aufgehoben war, sondern Verteidigung und Angeklagte wurden in ihren bis dato bestehenden Rechten, für ihre Version ein Höchstmaß an Plausibilität zu erzeugen, auf das Äußerste

eingeschränkt. Der Volksgerichtshof nahm für sich in Anspruch, gestützt auf das sogenannte gesunde Volksempfinden in der von ihm gefundenen Version über einen Tathergang zugleich absolut zu wissen, daß ein Vorgang so und nicht anders gewesen sei - deswegen die Aufhebung der Instanzenzüge zugunsten einer Instanz. Hinzu kam, daß am Volksgerichtshof häufig die Beweislast umgekehrt wurde: Nicht das Gericht hatte dem Angeklagten seine Schuld nachzuweisen, sondern umgekehrt hatte dieser die Anschuldigungen des Gerichts zu widerlegen - und dies bei den stark eingeschränkten Verteidigungsmöglichkeiten. Der Volksgerichtshof war schon durch seine Konstruktion kein Gericht, das einer ordentlichen Rechtspflege entsprach, sondern ein gerichtsähnlich funktionierendes Instrument des Terrors.

Wenn man angesichts dieser Situation das Verhalten des Verteidigers Zimmer vor Gericht betrachtet, das von der notwendigen anwaltlichen Sorge bestimmt sein mußte, für seinen Mandanten ein möglichst geringes Strafmaß zu bewirken, erscheint die Frage, ob die Einlassungen Zimmers im Vorfeld des Prozesses und die Verwendung von Fakten nach dem Prozeß in den Gnadengesuchen der historischen Wahrheit entsprach, in einem ganz anderen Licht: Natürlich ist es die Aufgabe eines Verteidigers, für einen dem Angeklagten günstigen Sachverhalt, wie Reimann schreibt, die Wahrheit heranzuschaffen - freilich ist der Anwalt kein Historiker, der interesselos über Wahrheit zu befinden hat, sondern er ist Vertreter einer Partei in einem Verfahren, in dem es um unterschiedliche Darstellungen oder auch nur Gewichtungen von Vorgängen im Hinblick auf die Erzielung bestimmter Ergebnisse, nämlich Freispruch oder wenigstens geringe Bestrafung, geht. Daß es für einen Verteidiger im Vorfeld außerordentlich bedeutsam ist, vom Mandanten lückenlos über alles aufgeklärt zu werden, um dementsprechend seine Prozeßstrategie einrichten zu können, ist eine ganz andere Frage, die mit dem Geschehen vor Gericht nicht unmittelbar etwas zu tun hat: Verteidigung ist deshalb - um mit Jürgen Habermas zu sprechen - stets strategisches, also auf die Verfolgung von Interessen gerichtetes, und nicht kommunikatives Handeln, welches in einer Art herrschaftsfreiem Diskurs der Verständigung über Wahrheit zu dienen bestimmt ist.

5. Was bisher dargelegt wurde, zeigt, daß sich Adamo, Jatho und auch Reimann jeder auf seine Weise in Widersprüche mit dem nunmehr zugänglichen, wenn auch noch keineswegs vollständigen Material begeben. Sie gehen davon aus, daß die Quellen die lautere Wahrheit darstellen. Doch nichts ist falscher als diese Annahme. Die Kohärenz der eigenen Auffassung läßt sich nur so durchhalten, daß die querliegenden Aussagen in den Dokumenten nicht in die Argumentation einbezogen werden, und es darüber hinaus an jeder quellenkritischen Auseinandersetzung fehlt, die die terroristischen Umstände des Verfahrens, das Verfolgungsinteresse der Staatsorgane und die taktischen Zwänge von Verteidigung und Angeklag-

ten in Prozessen besonders vor dem Volksgerichtshof berücksichtigt. Der Kaufmann-Will-Kreis bzw. das Freitagskränzchen lassen sich nach keiner Seite zum moralischen Lehrstück erheben. Die nüchterne Wahrheit besteht darin, daß der Fall sich weder in negativer noch in positiver Hinsicht zur moralischen Erbauung eignet. Die Materialien bestätigen die alte Weisheit, wonach die Geschichte uns nicht den Gefallen tut, in ein Schwarz-Weiß-Raster hineinzupassen. Sie ist komplizierter, die tatsächlichen Vorgänge enthalten eine Menge Bunt und viele Grautöne. Wer dies nicht berücksichtigt, ist stets in der Gefahr, die historische Realität in ihrer Komplexität nicht zu erfassen. Für die Erforschung der Geschichte gilt ebenso wie für das menschliche Leben, daß man mit den Widersprüchen und zwar allen leben muß. Eine gewaltsame Auflösung von Widersprüchen verfehlt nicht nur die Wahrheit, sie schadet auch den Menschen, weil sie den Mensch auf das Bild eines Heroen oder Schurken reduziert.

Man tut gewiß auch niemandem einen Gefallen, am wenigsten den Opfern des Nationalsozialismus, wenn man Legenden, seien sie positiv oder negativ besetzt, bildet, die notwendig ebenso einseitige Gegenentwürfe produzieren, zumal dann, wenn sich diese Legenden zwar nicht vollständig ins Nichts auflösen, aber doch eine falsche Perspektive abgeben, die - wie in diesem Fall - dem Leben und Tod des Heinrich Will nicht gerecht wird. Es ist eine Überfrachtung, wenn man ihn als Widerstandskämpfer gewürdigt wissen will. Dazu ist nach allem, was wir bisher wissen, sein Leben einfach zu widersprüchlich. Dies tut in keiner Weise dem Respekt vor seinem Leiden und Tod irgendeinen Abbruch. Was bleibt, ist die gebrochene und uneindeutige Biographie eines Menschen, die zu Fragen auch an uns selbst Anlaß gibt, zum Beispiel die, wie wir uns in seiner Situation verhalten hätten. Heroen haben es an sich, daß sie bewundert werden sollen und deswegen blenden und das Nachdenken lähmen. Menschen wie Heinrich Will lassen in ihrer Gebrochenheit nachdenklich werden. Eine Zeit, die Heroen braucht, ist eine arme Zeit. Nicht Stilisierung, sondern Nüchternheit bringt uns in der Erforschung der Vergangenheit weiter und wird letztlich auch nur so den Opfern gerecht.

Literatur:

Heinrich Will 1894/1943, Leben und Werk, herausgegeben vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen und vom Oberhessischen Geschichtsverein, bearbeitet von Bertin Gentges, Gießen 1993 (im Text zitiert Autor, in: Will)

Jörg-Peter Jatho: Das Gießener Freitagskränzchen, Dokumente zum Mißlingen einer Geschichtslegende - zugleich ein Beispiel für Entsorgung des Nationalsozialismus, Fulda 1995 (im Text zitiert: Jatho)

Begrüßungsansprache zur Eröffnung der Ausstellung „Heinrich Wills Werke und Leben“ am 24.05.1993, 19.00 Uhr, Netanyasaal/Oberhessisches Museum

Michael Breitbach

Die Ausstellung „Heinrich Wills Werke und Leben“, die wir heute eröffnen, zeigt Heinrich Will zuvörderst als Künstler dieser Region. Dies fordert, ihn mit den Augen des Kunstbetrachters anzusehen und sein Werk mit primär ästhetischen Kriterien zu messen. Die Ausstellung zeigt aber auch einige Dokumente zu seiner Biographie, nämlich zum tragischen Ende als Opfer der nationalsozialistischen Politik - von Justiz sollte wohl aus guten Gründen keine Rede sein -, ferner finden wir Dokumente zum sozialen Umfeld, in dem sich Heinrich Will bewegt hat. Über das Lebensende von Heinrich, aber auch Liesel Will sind uns wichtige Fakten inzwischen bekannt. Die Beiträge des aus Anlaß der Ausstellung erschienenen Bandes „Heinrich Will. Leben und Werk“ geben hierzu wichtigen Aufschluß. Weniger wissen wir indes über die frühere Entwicklung des Künstlers und Menschen Heinrich Will, dieser Teil ist noch wenig erforscht. Kontrovers ist - vielleicht auch deshalb - die Bewertung seines letzten Lebensabschnittes.

Die Ausstellung präsentiert nun der Öffentlichkeit die mit Abstand meisten und wichtigsten Aussagen, die wir von Heinrich Will besitzen. Mündlich und schriftlich Dokumentiertes, das bis an die Seelengründe dieses Malers heranreichte, kennen wir - jedenfalls bislang - nur wenig; ich denke hier an den Abschiedsbrief, der in der Gedenkveranstaltung am

19. Februar dieses Jahres verlesen wurde. Da wir also noch nicht allzu viel von Heinrich Will wissen, sollten wir, die wir die Person als Maler und Mensch kennen lernen und verstehen wollen, seine Bilder sprechen lassen. Und wir sollten dies tun, gerade weil es schließlich auch Fakten in der Biographie Heinrich Wills gibt, die sich auf den ersten Blick nicht so recht zu einem stimmigen Bild zusammenfügen lassen und darum Fragen aufwerfen.

Ich nenne hierfür nur folgende Tatsachen:

Einerseits:

- Eintritt in den Kampfbund für Deutsche Kultur,
- Ernennung zum Bezirksleiter für den Bezirk Oberhessen des Reichskartells der bildenden Künste,
- öffentlicher Aufruf an alle freischaffenden bildenden Künstler, sich bei ihm sofort zur Aufnahme in das Reichskartell zu melden, alles Vorgänge der Monate April bis Juli 1933,
- bis 1935 bezeichnet sich Heinrich Will ausdrücklich noch als „Vertrauensmann der Maler und Graphiker“.

Auf der anderen Seite steht

- die Weigerung Heinrich Wills, sich nach Erlaß der Nürnberger Rassegesetze von seiner jüdischstämmigen Frau scheiden zu lassen, daraufhin Ausschluß aus der Reichskammer der bildenden Künste im Jahre 1936,
 - die Erfahrung, nicht öffentlich ausstellen zu dürfen, und damit die Bedrohung der materiellen Existenzgrundlage; daraufhin Überlegungen, durch eine Schein-Scheidung die Wiederaufnahme in die Reichskammer zu erlangen,
 - Einschränkung der Reisefreiheit für seine Frau, schließlich
 - das Hören ausländischer Rundfunksendungen im Bekanntenkreis.
- Dies wirft gewiß eine Reihe von Fragen auf. Nur wenige seien angeschnitten:

Was bewegte Will, eine herausgehobene Verantwortung nach 1933 in Kunstorganisationen des Dritten Reichs zu übernehmen?

Wie verarbeitete Will die Erfahrungen jener Jahre in Amt und Würden, und dann diejenigen nach seiner Entfernung aus der Reichskammer?

Wirken sich die soziale und wirtschaftliche Zwangslage für ihn und seine Frau und später die Erfahrungen des Krieges auf sein Werk aus? Wenn ja: Wie?

Gibt es Hinweise in seinem Schaffen, die jene - heute so rätselhaft erscheinende - Gewißheit begreifbar machen, daß es ihm letztlich nicht an den Kragen gehen könne - trotz der Ehe mit seiner jüdischstämmigen Frau, trotz des verbotenen Hörens ausländischer Rundfunksender?

Ich breche hier ab. Jeder von Ihnen mag, wenn er denn will, eine Antwort aus der Betrachtung der Bilder suchen.

Wenn ich diese Fragen hier aufwerfe, so geschieht dies deshalb, weil das öffentliche Interesse am Leben und Wirken von Heinrich Will eben über sein künstlerisches Schaffen noch hinausgeht. Wir haben es bei Heinrich Will wohl nicht mit dem klassischen Widerständler oder gar einem politischen Helden zu tun. Was an seiner Person ebenso wie an den Mitgliedern des Kaufmann Will-Kreises interessiert, ist nach meiner Auffassung das, was die Forschung zum Thema Widerstand und Exil als Phänomen der Resistenz bezeichnet. Analog zum medizinischen Wortgebrauch bedeutet dies: Resistenz gegenüber bestimmten äußeren Einflüssen, denen man ausgesetzt wird. Mir will scheinen, daß damit ein eigenständiges, besonderes soziales Phänomen angesprochen ist. Sprachlich gibt es dafür schon einen Hinweis: Während man vom Widerständler sprechen kann, ist dies im Falle der Resistenz wohl kaum möglich. Mit der Frage nach Resistenz war in der NS-Forschung über den Widerstand in Deutschland auch ein Perspektivenwechsel zu verzeichnen gewesen. Er richtete sich gegen die außerordentlich verkürzte Wahrnehmung, wonach alle Deutschen Nationalsozialisten gewesen sein sollen. Mit der Frage der Resistenz trat somit diejenige nach den Grenzen und Hindernissen in der Durchsetzung der nationalsozialistischen Herrschaft und ihrer proklamierten Ziele in den Blick. Das Dritte Reich entpuppte sich in seiner gesellschaftlichen Wirklichkeit keineswegs als so monolithisch und letztlich politisch so erfolgreich, wie es sich nach außen hin gern selbst darstellte. Erscheinungen und Resistenz hatten ihre eigene gesellschaftliche Bedeutung, sie vermitteln das Verständnis für Freiräume und Nischen in einer Diktatur. Sie beschreiben so den Raum, der menschliches Handeln, Solidarität mit Bedrängten, die Erhaltung der eigenen Würde auch im NS-Alltag ermöglichte und garantierte. Welche Bedeutung also Resistenz für den Lebensalltag besitzt, wäre auch am Beispiel von Heinrich Will im einzelnen zu verfolgen.

Und wie wichtig es ist, sich dieser Dimension menschlichen Handelns zu erinnern, die mit einem etwas altmodischen Wort wie „Anständigkeit“ bezeichnet werden könnte, drängt sich in unser Bewußtsein seit der deutschen Einigung. Die Verarbeitung der DDR-Wirklichkeit ist, wie wir inzwischen wissen, von ähnlichen Fragen, von ähnlichen Differenzierungen geprägt. Ich denke, wir müssen dieses Differenzierungsvermögen aufbringen, wenn wir den Verhaltensweisen und Handlungen von Menschen gerecht werden wollen, die den Zwängen und Brutalitäten von Diktaturen ausgesetzt sind. Wie aktuell Geschichte je ist, können wir also am Beispiel Heinrich Wills ebenso erkennen wie wir spüren, daß die Antworten auf geschichtliche Erfahrungen immer wieder von neuem errungen werden müssen.

OBERHESSISCHER GESCHICHTSVEREIN

Mitgliedsbeitrag: 30,-- DM jährlich für Einzelmitglieder
40,-- DM für Familienmitgliedschaft

Konten: Postgiroamt Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60, Kto. Nr. 291 39-602

Sparkasse Gießen
BLZ 513 500 25, Kto. Nr. 200 508 512

Volksbank Gießen
BLZ 513 900 00, Kto. Nr. 457 701

Die Mitgliedschaft berechtigt:

1. Zum Bezug der jährlich erscheinenden „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsverein.“ Die persönliche Abholung im Stadtarchiv ist erwünscht. Die spätere Zustellung ist mit Portokosten verbunden.
2. Zum freien Eintritt zu allen Vorträgen und bevorzugter Teilnahme an den Lehrfahrten und Exkursionen des Oberhessischen Geschichtsvereins.

Für Form und Inhalt der Aufsätze in den „Mitteilungen“ sind die Verfasser verantwortlich. Zukünftige Aufsätze und Beiträge werden druckreif, d.h. ohne Korrekturen und Zusätze für den Offset-Druck bereit, erbeten. Die Blätter sollen nur einseitig beschrieben sein.

Anschrift: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e.V.
Stadtarchiv, Ostanlage 45, Tel. (0641) 306 27 15
35390 Gießen

Redaktion: Ludwig Brake, Michael Breitbach, Eva-Marie Felschow

Der Schriftentausch wird von der Universitäts-Bibliothek Gießen, Otto-
Behaghel-Straße, durchgeführt.

An alten Jahrgängen der „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ sind noch vorhanden und können über das Stadtarchiv, 35390 Gießen, Ostanlage 45, bezogen werden.

Nr. 39/1953	vergriffen
Nr. 40/1955	14,00 DM
Nr. 41/1956	16,00 DM
Nr. 42/1957	vergriffen
Nr. 43/1959	12,00 DM
Nr. 44/1960 Festschrift Prof. Dr. Rauch	30,00 DM
Nr. 45/1961	vergriffen
Nr. 46 / 1962	20,00 DM
Nr. 47 / 1963	35,00 DM
Nr. 48 / 1964	18,00 DM
Nr. 49 / 50 / 1965	32,50 DM
Nr. 51 / 1966	22,50 DM
Nr. 52 / 1967	25,00 DM
Nr. 53 / 54 / 1969	24,00 DM
Nr. 55 / 1971	15,00 DM
Nr. 56 / 1971	33,50 DM
Nr. 57 / 1972	27,50 DM
Nr. 58 / 1973	vergriffen
Nr. 59 / 1974	26,00 DM
Nr. 60 / 1975	25,00 DM
Nr. 61 / 1976	22,50 DM
Nr. 62 / 1977 Festschrift Dr. Herbert Krüger	28,00 DM
Nr. 63 / 1978 Festschrift 100 Jahre OHG	35,00 DM
Nr. 64 / 1979 Festschrift 100 Jahre Oberh. Museum	32,00 DM
Nr. 65 / 1980	28,00 DM
Nr. 66 / 1981	27,00 DM
Nr. 67 / 1982	23,00 DM
Nr. 68 / 1983	25,00 DM
Nr. 69 / 1984	vergriffen
Nr. 70 / 1985	26,00 DM
Nr. 71 / 1986	28,00 DM
Nr. 72 / 1987	vergriffen
Nr. 73 / 1988	vergriffen
Nr. 74 / 1989	32,00 DM
Nr. 75 / 1990	28,00 DM
Nr. 76 / 1991	40,00 DM
Nr. 77 / 1992 Festschrift Erwin Knauß	vergriffen

Nr. 78 / 1993
Nr. 79 / 1994
Nr. 80 / 1995

25,00 DM
32,00 DM
33,80 DM

Ältere Jahressbände werden öfter für wissenschaftliche Institutionen gesucht, Der Verein bittet seine Mitglieder um Abgabe von „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ Nr. 1-73.